

Cornelia Daurer – Marcus Gräser – Brigitte Kepplinger –
Martin Krenn – Walter Schuster – Cornelia Sulzbacher (Hg.)

Bericht der Linzer Straßennamenkommission

Auszug aus dem Gesamtbericht

<https://stadtgeschichte.linz.at/strassennamenbericht.php>

Walter Schuster

Franz Dinghofer

Politiker, 6.4.1873 – 12.1.1956

Dinghoferstraße, benannt 1918

Inhaltsverzeichnis

Vorbemerkung	328
Kurzbiographie	330
Elternhaus, Studium und Familie.....	332
Elternhaus und Schule.....	332
Studium	333
Beruf.....	335
Familie	336
Kommunalpolitiker in Linz.....	338
Linz als „Deutsche Wacht an der Donau“	339
Linz als „Agitationsmittelpunkt“ eines besonders radikalen Deutschnationalismus?..	348
Bürgermeister.....	351
Wahlrecht.....	353
Städtische Verwaltung	355
Personalpolitik.....	356
Kommunale Betriebe.....	358
Finanzpolitik.....	361
Schulbauten.....	361
Pläne für eine Hochschule	362
Verkehrswesen	363
Sozial- und Gesundheitspolitik.....	364
Wohnbau.....	367
Eingemeindungen	370
Straßenbenennungen.....	371
Erster Weltkrieg.....	373
Patriotismus und Krieg.....	381
Ehrungen durch die Stadt Linz	385
Bundespolitiker.....	387
Parlamentarier in Wien	387
Im Reichsrat	387

Von der Monarchie zur Republik.....	389
Abgeordnetenklub und Parteiorganisation.....	393
Opposition	395
Koalition mit den Christlichsozialen.....	399
„Deutscher Klub“ und „Deutsche Gemeinschaft“	406
Dinghofer als Ziel sozialdemokratischer Angriffe.....	408
Mitglied der Bundesregierung.....	412
Schattendorf und Justizpalastbrand.....	413
Die Bilanz als Justizminister	415
Das Ende als Justizminister	416
Die Großdeutsche Volkspartei nach Dinghofer	419
Präsident des Obersten Gerichtshofs	421
Bestellung.....	421
Amtsführung.....	423
Politische Nebentätigkeiten	429
Funktion in der KAMIG	431
Gründung.....	431
Aktiengesellschaft.....	432
Arisierung.....	436
Verhandlungen im Polizeigefangenenhaus	437
Die weitere Entwicklung.....	441
Das weitere Schicksal von Paul Götzl, Rudolf Illner und der Brüder Askonas.....	449
Rückstellung.....	451
Die Neuaufstellung der Kamig nach dem Krieg.....	451
Die Rückstellungsgesetzgebung.....	453
Die Rückstellungsverfahren	454
Die Verantwortung Dinghofers.....	464
Dinghofer und Kamig	464
Die übrigen handelnden Personen bei der Arisierung.....	466
Wie sehr hat Dinghofer von der Arisierung persönlich profitiert?	472
Die Beurteilung von Dinghofers Rolle bei Arisierung und Rückstellung.....	476
Antisemitismus	482
Antisemitismus in politischen Parteien	483
Antisemitische Aussagen Dinghofers	490
Dinghofers persönliches Verhältnis zu Juden und Jüdinnen.....	495
Nationalsozialismus	499
Verhältnis zum Nationalsozialismus vor 1938	499
Das Ende als Präsident des Obersten Gerichtshofes.....	505

Politische Beurteilungen während der NS-Zeit.....	508
Mitglied der NSDAP	510
Die Frage nach der validen Quelle für das Faktum der Parteimitgliedschaft	517
Verfolgt von der Gestapo?	520
Enteignung des Schöllergutes.....	523
Enteignung.....	523
Streitpunkte.....	525
Entschädigung.....	527
Der „Ersatz“	532
Villa in Bad Ischl.....	532
Haus Taborstraße 9.....	534
Rückstellungsverfahren	537
Interventionsversuche.....	546
Die Vertreter der WAG	549
Ein gerichtliches Nachspiel.....	551
Zusammenfassende Beurteilung der Causa	552
Aktivitäten nach 1945	556
Rezeption.....	560
Stimmen der Zeitgenossen.....	560
Zeitgeschichtsforschung.....	562
Zusammenfassung und Schlussbetrachtung.....	567
Literatur	570

Vorbemerkung

Die wesentlichen Erkenntnisse über Franz Dinghofer basieren bis heute auf den Forschungen von Fritz Mayrhofer aus dem Jahr 1968.¹ Ergänzt wurden diese später noch vom Doyen der oberösterreichischen Zeitgeschichtsforschung Harry Slapnicka.²

Mayrhofer bearbeitete – auf Basis einer breiten Quellengrundlage – die Biographie Dinghofers. Um es vorwegzunehmen: Im Wesentlichen konnten seine Erkenntnisse und Einschätzungen über Dinghofer bestätigt werden. Durch den Kontakt mit einer Tochter Dinghofers hatte Fritz Mayrhofer „Nachgelassene Papiere“ des Politikers einsehen und auswerten können. Freilich waren diese Unterlagen nur ein Überrest eines früher wohl viel reichhaltigeren Privatarchivs, das jedoch durch einen Bombentreffer, der die Wiener Wohnung Dinghofers zerstört hatte, verloren gegangen war.³ Allerdings hatte Mayrhofer diese „Nachgelassenen Papiere“ nur benützen können, erhalten hatten sie sich in keinem öffentlichen Archiv. Jahrzehnte später gelang es dem Autor dieser Studie Kopien der Unterlagen aus dem Besitz der Nachkommen Dinghofers zu erhalten. Ein Vergleich mit der in den Sechzigerjahren verfassten Biographie zeigte, wie präzise Fritz Mayrhofer diese Schriftstücke ausgewertet hatte.

Personenbezogene Unterlagen waren im Jahr 1968 nur bedingt zugänglich: Vor allem jene, die die Zeit des Nationalsozialismus betreffen, waren zu diesem Zeitpunkt noch gesperrt. Dies gilt vor allem für die Akten des Österreichischen Staatsarchivs und des Bundesarchivs Berlin. Gerade diese erbrachten für die vorliegende Neufassung des Lebenslaufs von Franz Dinghofer wichtige Ergänzungen und zeigen dessen Verhalten während der NS-Herrschaft auf. Auch die Frage des Antisemitismus des deutschnationalen Politikers stand wohl 1968 nicht so sehr im Vordergrund: In dieser Studie wurde hingegen versucht, diesem Aspekt einer besonderen Betrachtung zu unterziehen.

Beschäftigten sich praktisch alle größeren Arbeiten zu Dinghofer ausschließlich mit dem Politiker, wurde sein – zum Teil paralleles – Engagement in der Privatwirtschaft völlig ausgeblendet. Schon allein aus diesem Grund, vielmehr aber aus der Erkenntnis heraus, dass Dinghofers Rolle bei der Arisierung des Bergbaubetriebs „Kamig“ als problematisch anzusehen ist, wird der Geschichte dieses Unternehmens breiter Raum gewidmet.

Quellen zu Franz Dinghofer sind in großer Fülle vorhanden: In den Printmedien der Monarchie, der demokratischen Ersten Republik, aber auch der Zeit des autoritären „Ständestaats-

¹ Mayrhofer, Dinghofer Diss.; ders., Dinghofer.

² Slapnicka, Dinghofer (1987 und 2010).

³ Vgl. Mayrhofer, Dinghofer Diss., II, 12, und 200, Anm. 1.

tes“, der NS-Diktatur und selbst noch der Nachkriegszeit zeugen viele Artikel von seiner Präsenz im öffentlichen Leben. Zudem sind die Protokolle des Gemeinderates, des Landtages, des Reichsrats, des Staatsrates, der Nationalversammlung und des Nationalrates, aber auch die Verhandlungsschriften des Abgeordnetenverbandes der Großdeutschen Volkspartei überliefert, durch die die politische Tätigkeit Dinghofers fassbar wird. Nicht erhalten sind hingegen praktisch alle Akten des Bürgermeisters Dinghofer. Hier muss man sich mit den Protokollen und den Rechenschaftsberichten des Gemeinderates zufriedengeben.

Der überreichen Fülle der Unterlagen stehen aber auch Lücken der Quellenüberlieferung gegenüber, und zwar gerade dort, wo man sich mehr oder detailliertere Informationen erhofft hätte. Dies gilt insbesondere für die Akten des Hauptverfahrens in der Rückstellungssache der Kamig-Aktien, die ebenso skartiert wurden wie die Unterlagen der meisten anderen Rückstellungsverfahren des Landesgerichts Wien. Als insgesamt recht wenig inhaltsreich haben sich die persönlichen Aufzeichnungen Dinghofers, die er nach 1945 verfasst hatte, erwiesen. Dies gilt vor allem für das 22 Manuskriptseiten umfassende Werk „Mahnung und Warnung. Ein Zeitbild 1951“ und für die zweieinhalbseitige Kurzfassung dieser Denkschrift.⁴

Für die vorliegende Studie wurden Unterlagen aus über zwanzig Archiven in Österreich und Deutschland verwendet. Neben den bereits zuvor genannten Schwerpunktsetzungen auf die Aspekte Nationalsozialismus, Antisemitismus und Kamig konnte der Lebenslauf Dinghofers auch mit anderen Abschnitten ergänzt werden. Freilich blieb es der Zielsetzung der Arbeit geschuldet, die Person Franz Dinghofers auf etwaige problematische Aspekte in seiner Biographie zu untersuchen, dass die Tätigkeitsfelder als Bundespolitiker und als Präsident des Obersten Gerichtshofs nur cursorisch abgehandelt werden konnten.

Besonderen Dank schulde ich Alexander Götzl für die Genehmigung der Einsichtnahme in das Firmenarchiv der „Kamig“. Viele Unterlagen hat mir freundlicherweise auch Peter Avancini aus dem Nachlass seines Großvaters zur Verfügung gestellt.

Wie immer bewährt hat sich die kollegiale Zusammenarbeit mit dem Oberösterreichischen Landesarchiv, weshalb ich Direktorin Cornelia Sulzbacher, Josef Goldberger, Franz Scharf und Peter Zauner besonders danken möchte. Der Leiter des Archivs der Republik im Österreichischen Staatsarchiv, Rudolf Jeřábek, hat die Recherchen besonders gefördert. Allen anderen Archivkolleginnen und -kollegen, insbesondere auch jenen im Archiv der Stadt Linz, sei ebenfalls für die große Unterstützung gedankt. Fritz Mayrhofer danke ich für zahlreiche Hinweise und die kritische Durchsicht des Manuskripts.

⁴ Privatarchiv Prof. Dr. Peter Avancini, Denkschrift Dinghofer (1951); ÖGZ, PERS Dinghofer Dr. Franz, 1-3.

Kurzbiographie

Franz Dinghofer wurde am 6. April 1873 als Sohn von Franz und Caroline Dinghofer in Ottensheim in Oberösterreich geboren.⁵ Sein Vater war Gasthausbesitzer, Postmeister und Bürgermeister in Ottensheim.

Nach Absolvierung des Staatsgymnasiums Freistadt studierte er Rechtswissenschaften an der Universität Graz, wo er sich der deutschnationalen akademischen Verbindung „Ostmark“ anschloss. 1897 wurde er zum Doktor beider Rechte promoviert. Er absolvierte die Richterausbildung und arbeitete als Richter von 1899 bis 1907 am Landesgericht Linz und am Bezirksgericht Urfahr.

Der wohlhabende Franz Dinghofer wurde durch seine Heirat mit Cäcilie Meindl Miteigentümer des ansehnlichen Schöllergutes in Linz-Waldegg, was seine finanzielle Unabhängigkeit noch vergrößerte. Im Jahr 1901 wurden die lokalen deutschnationalen Politiker Carl Beurle und Bürgermeister Gustav Eder auf den jungen Richter und Gutsbesitzer aufmerksam. Sie boten dem 28-Jährigen an, sich für den Linzer Gemeinderat aufstellen zu lassen, der sich zu diesem Zeitpunkt überwiegend in deutschnationaler Hand befand. Die kommunalpolitische Karriere Dinghofers entwickelte sich schnell: Er stieg vom einfachen Gemeinderat des Jahres 1901 bereits im Jahr 1905 zum Vizebürgermeister auf, um schließlich 1907 – im Alter von 34 Jahren – Bürgermeister der oberösterreichischen Landeshauptstadt zu werden.

Zu Dinghofers Leistungen als Kommunalpolitiker zählten unter anderem eine Reform der Stadtverwaltung, die Kommunalisierung des Gaswerks, der Ausbau des innerstädtischen Verkehrswesens, die Errichtung neuer Eisenbahnstrecken, der Bau von Schulen und Wohnungen sowie die Eingemeindungen von St. Peter und Urfahr, wobei letztere erst nach seinem Ausscheiden als Bürgermeister rechtlich fixiert werden konnte. Besondere Verdienste für die Linzer Bevölkerung erwarb sich Dinghofer jedoch vor allem durch die Organisation und Bevorratung von Lebensmitteln und Brennstoffen während der Zeit des Ersten Weltkriegs, wodurch das Versagen der staatlichen Stellen wenigstens zum Teil kompensiert werden konnte.

Dinghofers Leistungen als Bürgermeister wurden auch von den anderen politischen Parteien – Sozialdemokraten und Christlichsoziale – anerkannt. Die allgemeine Wertschätzung fand im Dezember 1918 ihren besonderen Ausdruck darin, die bisherige „Gemeindestraße“ in Linz in „Dinghoferstraße“ umzubenennen. Dinghofer erhielt im Laufe seiner politischen Kar-

⁵ Die Angaben in dieser Kurzbiographie beruhen vor allem auf den Arbeiten von Fritz Mayrhofer (vgl. Mayrhofer, Dinghofer Diss.; ders., Dinghofer; ders., Franz Dinghofer). Ergänzt wurden sie mit Inhalten aus den Kapiteln der vorliegenden Arbeit, wo sich auch die einzelnen Quellenbelege finden.

riere weitere Auszeichnungen, von denen das Komturkreuz des Franz-Joseph-Ordens, das Offizierskreuz des Roten Kreuzes mit der Kriegsdekoration und vor allem das Große Ehrenzeichen für Verdienste um die Republik mit Band und Stern die bedeutendsten waren.⁶ Als Bürgermeister nahm er 1909 an der Weihe von Rudolph Hittmair zum Linzer Bischof teil. Diesem Ereignis wurde eines der Gemäldefenster im Neuen Linzer Dom gewidmet. Neben anderen anwesenden Würdenträgern wie Erzherzog Josef Ferdinand, Statthalter Handel und Landeshauptmann Hauser wurde auch Dinghofer auf dem Fenster verewigt.⁷

Im Übergang von der Monarchie zur Republik und in der Anfangszeit der Ersten Republik fungierte Franz Dinghofer als einer der drei Präsidenten der Provisorischen Nationalversammlung, die auch den Vollzugsausschuss der Nationalversammlung und schließlich auch den Staatsrat leiteten. Damit übernahm er nicht nur als einer der Spitzenrepräsentanten der legislativen Gewalt Verantwortung, sondern war in dieser frühen Phase des Staates Deutschösterreich auch für die Führung der Regierungsgeschäfte mitverantwortlich.

In der Folge bekleidete Dinghofer als Klubobmann der Großdeutschen und als dritter Präsident der Konstituierenden Nationalversammlung bzw. des Nationalrates Spitzenpositionen im österreichischen Parlament. Besondere Bedeutung erlangte er in diesen Funktionen ab dem Jahr 1922, als die Christlichsoziale Partei und die Großdeutsche Volkspartei einen Koalitionspakt abschlossen, der zehn Jahre lang halten sollte. Dinghofer galt als einer der Architekten dieses Regierungsbündnisses und war gemeinsam mit dem christlichsozialen Parteiführer Ignaz Seipel ein Garant für die Funktionsfähigkeit dieser Koalition, die vor allem die Sanierung der Staatsfinanzen zu bewältigen hatte. Im Oktober 1926 trat er als Vizekanzler und als für die Justizangelegenheiten zuständiger Minister in die Bundesregierung ein. Nach der Wahl des Jahres 1927 musste er allerdings die Funktion eines Vizekanzlers abgeben, wurde dafür jedoch mit der Leitung des neu geschaffenen Justizministeriums entschädigt. Seine Entscheidung, den jüdischen Revolutionär Béla Kun nicht an Ungarn auszuliefern, führte zum Entzug des Vertrauens durch seine eigene Partei sowie zu seinem Rücktritt als Minister und als Parlamentarier in der zweiten Jahreshälfte 1928.

Nach seinem Rückzug aus der Politik übernahm er die Stelle des Präsidenten des Obersten Gerichtshofs, die ihm bereits während seiner Zeit als Justizminister zugesichert worden war. Dieses Amt behielt er auch während des autoritären „Ständestaates“ und musste es erst im Mai 1938 – nach dem „Anschluss“ Österreichs an das nationalsozialistische Deutsche Reich – abgeben. Sein Eintritt in die NSDAP erfolgte am 1. Juli 1940.

⁶ ÖGZ, PERS Dinghofer Dr. Franz, 13–15, Lebensdaten Dinghofer, ca. 1956.

⁷ Kral, Gemäldefenster, 216.

Parallel zu seiner politischen Karriere engagierte sich Franz Dinghofer auch in der Privatwirtschaft: Von 1922 bis 1939 fungierte er als Präsident und von 1939 bis 1945 als stellvertretender Vorsitzender des Aufsichtsrats der „Kamig Aktiengesellschaft“, eines Bergbaubetriebs im oberösterreichischen Mühlviertel mit dem Verwaltungssitz in Wien. Bei der Arisierung des mehrheitlich im jüdischen Eigentum befindlichen Unternehmens spielte er eine Schlüsselrolle.

Nach 1945 lebte Dinghofer zurückgezogen in Bad Ischl. Er war in der Nachkriegszeit mit Rückstellungsverfahren wegen der Kamig-Aktien, aber auch wegen des ihm während der NS-Zeit entzogenen Schöllergutes konfrontiert. Franz Dinghofer verstarb am 12. Jänner 1956 in Wien und ist am Linzer St. Barbara Friedhof begraben.

Elternhaus, Studium und Familie

Elternhaus und Schule

Der am 6. April 1873 in Ottensheim geborene Franz Dinghofer kam als vorletztes von insgesamt acht Kindern des Ehepaars Franz und Caroline Dinghofer zur Welt.⁸ Der Vater war Postmeister und Gasthausbesitzer in Ottensheim.⁹ Schon dessen Vater war Gastwirt in Waidhofen an der Thaya in Niederösterreich gewesen.¹⁰

Vater Franz Dinghofer fungierte über 18 Jahre lang als Bürgermeister von Ottensheim und bekannte sich zur Liberalen Partei.¹¹ Nachdem er 1890 im Alter von 54 Jahren gestorben war, übernahm der Cafetier Lorenz Hüttner aus Urfahr die Vormundschaft über Franz Dinghofer junior.¹² Von den acht Kindern der Familie Dinghofer waren fünf noch im Kindesalter verstorben, eine Tochter wurde mit 20 Jahren ein Opfer der Tuberkulose.¹³

Franz Dinghofers um vier Jahre älterer Bruder Leopold war zur weiterführenden Schulbildung nach Linz geschickt worden. Dort erlag der Schüler aber so sehr den Verlockungen des Stadtlebens, dass sich die Eltern entschlossen, ihren Sohn Franz nach dem Besuch der Volksschule im heimatlichen Ottensheim lieber das Staatsgymnasium in der beschaulichen Mühlviertler Bezirkshauptstadt Freistadt absolvieren zu lassen. Leopold Dinghofer kehrte schließlich der Heimat den Rücken und wanderte nach Amerika aus.¹⁴

⁸ ÖStA, AdR, Bundespensionsamt/Zentralbesoldungsamt, Zl. 78-2133 (Kt. 2674), Franz Dinghofer, Sterbeurkunde, 16.1.1956; Mayrhofer, Franz Dinghofer, 185.

⁹ ÖGZ, PERS Dinghofer Dr. Franz, 13–15, Lebensdaten Dinghofer, ca. 1956; Mayrhofer, Dinghofer, 12 f.

¹⁰ ÖGZ, PERS Dinghofer Dr. Franz, 13–15, Lebensdaten Dinghofer, ca. 1956.

¹¹ Mayrhofer, Dinghofer Diss., 2; Mayrhofer, Dinghofer, 14; Mayrhofer, Franz Dinghofer, 185.

¹² Mayrhofer, Dinghofer Diss., 3; Universitätsarchiv Graz, Nationale, WS 1892/93, Franz Dinghofer.

¹³ Mayrhofer, Franz Dinghofer, 185.

¹⁴ ÖGZ, PERS Dinghofer Dr. Franz, 13–15, Lebensdaten Dinghofer, ca. 1956; Mayrhofer, Franz Dinghofer, 185.

Franz Dinghofer besuchte von 1884 bis 1892 das Staatsgymnasium Freistadt.¹⁵ Da Freistadt rund 45 Kilometer entfernt von Ottensheim liegt, musste er in einem Privatquartier wohnen, wo er auch verköstigt wurde: zuerst sechs Jahre bei der Advokaten- und Notarswitwe Anna Vergeiner und danach bei Frau Anna Pühringer.¹⁶ Sein Schulerfolg war bestenfalls durchschnittlich: In den Hauptfächern stand er in Deutsch meist auf „befriedigend“ (= Note 3 auf einer fünfstufigen Skala) und in Mathematik und Latein auf „befriedigend“ oder „genügend“ (= 4). Während er in Naturgeschichte und Religion oftmals nur einen Dreier oder Vierer erlangte, reichte seine Beurteilung im gemeinsamen Fach Geographie und Geschichte je nach Schulstufe und Semester von „vorzüglich“ (= 1) bis „genügend“ (= 4).¹⁷

Auch dürfte sein Betragen nicht optimal gewesen sein: Außer in der ersten und achten Klasse, wo er in einem Semester bzw. in beiden Semestern ein „lobenswert“ (= Note 1) erhielt, waren seine Betragensnoten nur „befriedigend“ (2) oder „entsprechend“ (3).¹⁸ Meist nicht so gut waren auch die Noten im Turnen, die auf „befriedigend“ bis „genügend“, in der vierten Klasse hingegen auf „lobenswert“ lauteten.¹⁹ Eine Turnbefreiung in der zweiten Klasse lässt auf gesundheitliche Probleme schließen.²⁰

Das Maturazeugnis entsprach im Großen und Ganzen den sonstigen schulischen Leistungen Dinghofers, mit einer Ausnahme: Nachdem er in Physik ein „nicht genügend“ erhalten hatte, musste er sich diese Note in einer Wiederholungsprüfung auf ein „genügend“ ausbessern.²¹

Studium

Nach der Matura begann Franz Dinghofer im Wintersemester 1892/93 das Studium der Rechtswissenschaften an der Universität Graz.²² Im Studium dürften seine Noten besser als in der Schule ausgefallen sein: Im ersten, judiciellen Rigorosum wurde er von drei der vier Prüfer mit „genügend“ beurteilt, einer plädierte für „ausgezeichnet“.²³ Insgesamt gab es nur eine

¹⁵ ÖGZ, PERS Dinghofer Dr. Franz, 13–15, Lebensdaten Dinghofer, ca. 1956.

¹⁶ Rappersberger, Dinghofer, 17.

¹⁷ Schularchiv des BG Freistadt, Katalog 1885; ebenda, Hauptkatalog 1885/86; ebenda, Hauptkatalog 1886/87; ebenda, Hauptkatalog 1887/88; ebenda, Hauptkatalog 1888/89; ebenda, Hauptkatalog 1889/90; ebenda, Katalog 1881/92; Rappersberger, Dinghofer, 18.

¹⁸ Rappersberger, Dinghofer, 17 f.

¹⁹ Schularchiv des BG Freistadt, Katalog 1885; ebenda, Hauptkatalog 1885/86; ebenda, Hauptkatalog 1886/87; ebenda, Hauptkatalog 1887/88; ebenda, Hauptkatalog 1888/89; ebenda, Hauptkatalog 1889/90; ebenda, Katalog 1881/92.

²⁰ Rappersberger, Dinghofer, 18.

²¹ Schularchiv des BG Freistadt, Maturaprotokolle 1892.

²² Universitätsarchiv Graz, Nationale, WS 1892/93, Franz Dinghofer.

²³ Universitätsarchiv Graz, Prüfungsprotokolle, J8/391, Franz Dinghofer.

dreigliedrige Notenskala mit den Kalkülen ausgezeichnet, genügend und ungenügend.²⁴ Im zweiten, staatswissenschaftlichen und im dritten, rechtshistorischen Rigorosum wiederholte sich diese Beurteilung mit drei Stimmen für „genügend“ und einer für eine Auszeichnung.²⁵ Im März 1897 wurde Dinghofer zum Doctor iuris bzw. zum Doktor beider Rechte promoviert.²⁶

Dinghofer geriet in Graz in die Welt der studentischen Verbindungen, die sich in der Regel durch einen starken Deutschnationalismus gepaart mit einem mehr oder weniger heftigen Antisemitismus hervortaten. Die deutschnationalen Studentenverbindungen kamen untereinander keineswegs gut aus, es gab viele Streitigkeiten und Spaltungen. Auffassungsunterschiede konnten auch in der Haltung zum deutschnationalen „Führer“ und fanatischen Antisemiten Georg Schönerer zu Tage treten.²⁷

Innerhalb der deutschnationalen Studentenschaft erlangten die „konservativen“ Burschenschaften eine gewisse Dominanz, die das Prinzip der Satisfaktion und des Mensurschlagens vertraten und ihre bunten Bänder und Mützen zur Schau trugen.²⁸ Unpolitischer, weniger national und Habsburger-freundlich waren ursprünglich die studentischen Corps ausgerichtet, die in Graz jedoch eine immer geringere Rolle spielten, bis im Jahr 1892 nur mehr ein einziges übrigblieb.²⁹ Eine große Rolle bei den deutschnationalen Studenten spielten hingegen die „Wehrhaften Vereine“, die sich politisch in Richtung Deutschnationalismus und Antisemitismus exponierten, sich aber für das Prinzip der Einfachheit aussprachen und keine Kappen trugen.³⁰ Die Angehörigen der Vereine verzichteten auf Mensuren, lieferten sich jedoch im Falle der Beleidigung Duelle mit dem Säbel.³¹

Franz Dinghofer trat im Jahr 1892 der akademischen Verbindung „Ostmark“ bei, die 1889 als Wehrhafter Verein der Salzburger und Oberösterreicher in Graz gegründet worden war.³² Innerhalb der Verbindung war er besonders aktiv: Er gehörte dem Kommers- und Ballausschuss ebenso wie dem Komitee für das Ehrengericht an.³³ Als im Jahr 1895 die deutschnationalen Studentenkorporationen Feierlichkeiten anlässlich des 80. Geburtstags des ehemaligen

²⁴ Beck/Kelle, Universitätsgesetze, 867.

²⁵ Universitätsarchiv Graz, Prüfungsprotokolle, J8/391, Franz Dinghofer.

²⁶ Universitätsarchiv Graz, Promotionsbuch, Dr. iur. Franz Dinghofer, 6.3.1897; ÖGZ, PERS Dinghofer Dr. Franz, 13–15, Lebensdaten Dinghofer, ca. 1956.

²⁷ Doblinger/Cerwinka, Studentenwesen in Graz, 6 f., 19 und 24 f.

²⁸ Graf, „Los von Rom“, 70 f., 85 und 162.

²⁹ Ebenda, 77; Doblinger/Cerwinka, Studentenwesen in Graz, 7.

³⁰ Graf, „Los von Rom“, 82 und 85 f.; Doblinger/Cerwinka, Studentenwesen in Graz, 20–22.

³¹ Graf, „Los von Rom“, 89.

³² Mayrhofer, Dinghofer, 14; Doblinger/Cerwinka, Studentenwesen in Graz, 21 f.

³³ Mayrhofer, Dinghofer, 14.

deutschen Reichskanzlers Bismarck ausrichteten, war Dinghofer im Bismarckfeierausschuss tätig.³⁴

Im Laufe der Zeit näherten sich die Wehrhaften Vereine immer mehr den Burschenschaften an.³⁵ Die Studentenverbindung „Ostmark“ entschied im Jahr 1898, fortan eine rote Kappe zu tragen.³⁶ 15 Jahre nach dem Ende der Studienzeit Dinghofers wurde die „Ostmark“ im Jahr 1912 zur Burschenschaft und trat dem Dachverband „Burschenschaft der Ostmark“ bei.³⁷ Dinghofer galt als „Alter Herr“ der Verbindung, der auch im Juli 1929 anlässlich des 40. Stiftungsfestes der „Ostmark“ eine führende Rolle spielte.³⁸ Bekannte Angehörige der „Ostmark“ waren neben Dinghofer der steirische Heimwehrführer Walter Pfrimer und der spätere NS-Gauleiter von Salzburg und Kärnten Friedrich Rainer.³⁹

Während seiner Studienzeit musste sich Dinghofer im Jänner 1894 der militärischen Stellung unterziehen. Die ärztliche Untersuchung ergab eine bewegliche Narbe an der linken Wade und eine mäßige Kurzsichtigkeit.⁴⁰ Seine Militärzeit beim Tiroler Kaiserjäger-Regiment dauerte allerdings nur von Oktober 1894 bis Jänner 1895.⁴¹ Bereits im Dezember 1894 stand fest, dass er „als derzeit untauglich“ aus dem Heer auszuschneiden sei.⁴² Aus der NS-Zeit ist ein Lebenslauf erhalten, in dem hinsichtlich der Militärdienstzeit bloß vermerkt ist, dass Dinghofer „als Einjährig-Freiwilliger bei den Tiroler Kaiserjägern in Urfahr“ gedient habe.⁴³

Beruf

Unmittelbar nach Abschluss seines Studiums begann Franz Dinghofer seine berufliche Laufbahn als Rechtspraktikant beim Landesgericht Linz. Von 1897 bis 1899 arbeitete er als Rechtspraktikant und Auskultant (Richteramtsanwärter) an den Landesgerichten Linz und Wien. Im November 1898 legte er die Richteramtsprüfung in Wien ab. Nach seiner Rückkehr

³⁴ Dobliger/Cerwinka, Studentenwesen in Graz, 7.

³⁵ Graf, „Los von Rom“, 162.

³⁶ Dobliger/Cerwinka, Studentenwesen in Graz, 23.

³⁷ Schriftliche Mitteilung von Privatdozent Dr. Harald Lönnecker, Leiter Archiv und Bücherei der deutschen Burschenschaften und der Gesellschaft für burschenschaftliche Geschichtsforschung, Bundesarchiv Koblenz, an den Verfasser, 13.8.2020; siehe auch Lönnecker, Burschenschaft der Ostmark, 589.

³⁸ Tages-Post, 14.7.1929, 6.

³⁹ Preradovich, SS-Führer, 65.

⁴⁰ ÖStA, Kriegsarchiv, Grundbuchblätter Oberösterreich, Geb.Jg. 1873, Kt. 3550, Haupt-Grundbuchblatt Franz Dinghofer.

⁴¹ ÖStA, AdR, Bundespensionsamt/Zentralbesoldungsamt, Zl. 78-2133 (Kt. 2674), Franz Dinghofer, Ermittlung der Versorgungs-Genüsse, 2.2.1956.

⁴² ÖStA, Kriegsarchiv, Grundbuchblätter Oberösterreich, Geb.Jg. 1873, Kt. 3550, Haupt-Grundbuchblatt Franz Dinghofer.

⁴³ BArch Berlin, NS 5 VI/17564, Arbeitswissenschaftliches Institut der Deutschen Arbeitsfront, Lebenslauf Dinghofer, 23.3.1939.

nach Linz war er von 1899 bis 1907 als Gerichtsadjunkt (Einzelrichter) beim Landesgericht Linz und beim Bezirksgericht Urfahr beschäftigt.⁴⁴

Als sich 1905 die Poschacher Brauerei als Aktiengesellschaft unter dem Präsident Carl Beurle konstituierte, sollte Dinghofer in den Verwaltungsrat des Unternehmens einziehen. Sein Gesuch an das Justizministerium, ihm eine Ausnahmegenehmigung vom Verbot für Staatsbeamte zu gewähren, Stellungen bei Aktiengesellschaften zu bekleiden, wurde abgelehnt. Dinghofer musste daraufhin die Verwaltungsratsstelle zurücklegen. Fritz Mayrhofer meint, dass er den Posten wegen der Wahrung der Interessen seines angrenzenden Grundbesitzes angenommen hatte.⁴⁵

Anders verhielt es sich 1907 anlässlich seiner Wahl zum Linzer Bürgermeister, als Dinghofer auf seinen Antrag hin die Beurlaubung vom Richteramt gewährt und ihm der Titel eines Gerichtssekretärs verliehen wurde.⁴⁶ Als im Jahr 1913 die Wiederwahl des Bürgermeisters anstand, richteten die wichtigsten deutschnationalen Landtagsabgeordneten und Gemeinderäte eine Petition an das Justizministerium, in der sie baten, Dinghofer seine Gebühren als Bezirksrichter zu belassen und ihm auch alle Rechte hinsichtlich der Vorrückungen als Beamter zu gewähren. Das Ministerium erledigte das Ansuchen im Sinne der Antragsteller.⁴⁷

Tatsächlich konnte Dinghofer während seiner politischen Tätigkeit auch seine Laufbahn als Beamter fortsetzen, ohne dass er seinen Dienst tatsächlich versehen musste: Von Juli 1909 bis April 1915 galt er als Bezirksrichter „extra statum“, also außerordentlicher Bezirksrichter beim Landesgericht Wien. Danach stieg er zum Landesgerichtsrat beim Landesgericht Wien auf, um 1919 zum Oberlandesgerichtsrat am selben Gericht ernannt zu werden. Mit Ende 1924 avancierte er zum Vorsitzenden Rat beim Oberlandesgericht Wien. Bereits 1921 war ihm der Titel eines Hofrates verliehen worden.⁴⁸

Familie

Trotz des frühen Todes des Vaters im Jahr 1890 und den dadurch bedingten Verkauf des Gasthauses scheint der Franz Dinghofer zustehende Erbteil nicht unbeträchtlich gewesen zu sein. Dinghofer konnte nämlich im Jahr 1899 das Haus Bürgerstraße 35 in Linz erwerben, das ihm als Stadtwohnung diente.⁴⁹

⁴⁴ ÖGZ, PERS Dinghofer Dr. Franz, 13–15, Lebensdaten Dinghofer, ca. 1956; Mayrhofer, Dinghofer, 14.

⁴⁵ Mayrhofer, Dinghofer, 15.

⁴⁶ ÖGZ, PERS Dinghofer Dr. Franz, 13–15, Lebensdaten Dinghofer, ca. 1956; Mayrhofer, Dinghofer Diss., 6.

⁴⁷ Mayrhofer, Dinghofer Diss., 8.

⁴⁸ ÖGZ, PERS Dinghofer Dr. Franz, 13–15, Lebensdaten Dinghofer, ca. 1956.

⁴⁹ Mayrhofer, Dinghofer, 15; Mayrhofer, Franz Dinghofer, 185.

Im Juni 1899 heiratete Franz Dinghofer in der Linzer Kapuzinerkirche die um zweieinhalb Jahre jüngere Cäcilie Meindl. Deren Vater war Gründer und Direktor des oberösterreichischen Volkskredites sowie Kassier des Katholischen Volksvereines gewesen. Sie war Alleinerbin des Schöllergutes, eines großen Bauernhofes mit Äckern, Wiesen und Obstanlagen in Linz-Waldegg.⁵⁰ Stammte Dinghofer schon aus einer wohlhabenden Familie, so trugen die Besitzungen seiner Ehefrau viel zu seiner finanziellen Unabhängigkeit bei.⁵¹ In der Folge gefiel sich Dinghofer in der Rolle und der Tätigkeit eines Gutsherrn – er selbst bezeichnete sich als „Bauer“ –, die er neben seinem Beruf als Richter ausübte. Seine Frau übernahm die Milch- und Gartenwirtschaft, einen Verwalter leistete sich das Ehepaar – so Dinghofer – aus Sparsamkeitsgründen nicht.⁵²

Hatten sich schon in der Schulzeit und in der Militärzeit gesundheitliche Probleme bei Franz Dinghofer offenbart, zwang ihn ein hartnäckiges Halsleiden bald nach seinem Amtsantritt als Linzer Bürgermeister zu einem mehrwöchigen Krankenurlaub. Vom Jänner bis Anfang Juli 1908 konnte er seinen Amtsgeschäften kaum mehr nachgehen und verbrachte auch einige Zeit – wegen des milderen Klimas – in Italien. Zeitweise schien es, als ob er gänzlich seine Stimme verlieren würde, was das Ende seiner politischen Laufbahn bedeutet hätte. Erst einem Spezialisten in Frankfurt gelang es, eine Heilung herbeizuführen.⁵³ Auch 1931 – während seiner Amtszeit als Präsident des Obersten Gerichtshofs – wurde über seinen schlechten Gesundheitszustand berichtet: Aus gesundheitlichen Gründen wurde ihm ein zweimonatiger Erholungsurlaub gewährt.⁵⁴

Den Eheleuten Dinghofer wurden drei Kinder geboren: im Jahr 1900 der Sohn Franz, 1901 die Tochter Margarethe und 1917 – als Nachzüglerin – Tochter Else.⁵⁵ Während die Töchter heirateten und selbst Kinder bekamen, starb Sohn Franz recht früh: Nachdem er sich als 18-jähriger Soldat auf dem italienischen Kriegsschauplatz mit Lungentuberkulose infiziert hatte, erholte er sich von dieser Krankheit nicht mehr und erlag ihr schließlich im Jahr 1926.⁵⁶

⁵⁰ AStL, Pfarre St. Matthias, Trauungsbücher, 6.6.1899; Privataarchiv Prof. Dr. Peter Avancini, Denkschrift Dinghofer (1951), 1–4; WStLA, Meldeunterlagen Cäcilie Dinghofer; Mayrhofer, Dinghofer, 14.

⁵¹ AStL, GR-Kartei, Franz Dinghofer, Lebendiges Linz, Dez. 1979.

⁵² Privataarchiv Prof. Dr. Peter Avancini, Denkschrift Dinghofer (1951), 4 f.

⁵³ Mayrhofer, Dinghofer Diss., 6 f.

⁵⁴ Innsbrucker Nachrichten, 13.4.1931, 4.

⁵⁵ Privataarchiv Prof. Dr. Peter Avancini, Denkschrift Dinghofer (1951), 4; AStL, Pfarre St. Matthias, Geburtmatriken, 23.4.1900; ebenda, 4.7.1901; ebenda, 18.5.1917.

⁵⁶ Privataarchiv Prof. Dr. Peter Avancini, Denkschrift Dinghofer (1951), 4; ÖGZ, PERS Dinghofer Dr. Franz, 13–15, Lebensdaten Dinghofer, ca. 1956.

Kommunalpolitiker in Linz

Franz Dinghofer gelang eine – für die damalige Zeit – außergewöhnliche Karriere als Kommunalpolitiker: Im Alter von 28 Jahren wurde er 1901 Gemeinderat, mit 32 Jahren stieg er 1905 zum Vizebürgermeister auf und 1907 – mit 34 Jahren – übernahm er die Funktion des Bürgermeisters der Landeshauptstadt Linz.⁵⁷

Dinghofer, der zwischen 1899 und 1907 als Gerichtsadjunkt am Landesgericht Linz und beim Bezirksgericht Urfahr Dienst tat,⁵⁸ schilderte später, dass zuerst die deutschfreiheitlichen Bauernführer auf ihn, den studierten Gutsbesitzer, aufmerksam geworden waren:

„Es entbehrt nicht einer gewissen Komik und ist bezeichnend für die Denkungsweise unserer oberösterreichischen Bauern, daß diese vielfach beim Landesgerichte Linz nicht nach dem Untersuchungsrichter Dinghofer, sondern nach dem Schöllner fragten, wenn sie dort Anliegen vorzubringen hatten. Der Schöllner war ihnen offenbar viel vertrauenswürdiger als wie der Dinghofer. Es war daher begreiflich, daß sich auch unsere damaligen freiheitlichen oberösterreichischen Bauernführer für den studierten Gutsbesitzer interessierten und mir eine führende Rolle für die bäuerlichen Interessen zudachten.“⁵⁹

Diese Absicht wurde jedoch im März 1901 von Rechtsanwalt Carl Beurle und von Bürgermeister Gustav Eder durchkreuzt: Die beiden deutschnationalen Politiker, mit denen Dinghofer zuvor nicht bekannt gewesen war, boten ihm an, sich für den Linzer Gemeinderat aufstellen zu lassen.⁶⁰ Ab diesem Zeitpunkt galt Carl Beurle als politischer Mentor Dinghofers.⁶¹

Nach seinen eigenen späteren Erinnerungen entwickelte sich der junge Gemeinderat nicht unbedingt zur Freude seiner Partei, vertrat er doch – etwa hinsichtlich seines Einsatzes für die Linzer Vororte – andere Meinungen als seine Parteiführung, was aber dennoch seinen politischen Aufstieg rasch gelingen ließ:

„In meinem jugendlichen Eifer und vielleicht auch im Bewusstsein meiner materiellen Unabhängigkeit vertrat ich radikale Anschauungen, die sich allerdings dann im Laufe der Zeit abschwächten. Meine Herren Gesinnungsgenossen griffen zu einem einfachen Mittel mich zu bändigen, sie wählten mich 1905 zum ersten Bürgermeister Stellvertreter und am 15. Mai 1907 zum Bürgermeister der Stadt. Somit stellten sie mich auf einen derartig vorgeschobenen Posten, daß ich mir Gegenanträge im Gemeinderate natürlich nicht mehr leisten konnte.“⁶²

⁵⁷ Bart/Puffer, Gemeindevertretung, 119.

⁵⁸ ÖGZ, PERS Dinghofer Dr. Franz, 13–15, Lebensdaten Dinghofer, ca. 1956.

⁵⁹ Privataarchiv Prof. Dr. Peter Avancini, Denkschrift Dinghofer (1951), 4 f.

⁶⁰ Ebenda.

⁶¹ Slapnicka, Dinghofer (2010), 20.

⁶² Privataarchiv Prof. Dr. Peter Avancini, Denkschrift Dinghofer (1951), 5.

Insgesamt dürften die deutschnationalen Parteifreunde Dinghofers von den Qualitäten des jungen, mit 1,83 Metern auch großemäßig beeindruckenden Juristen überzeugt gewesen sein.⁶³

Linz als „Deutsche Wacht an der Donau“

Die Stadt Linz befand sich um 1900 in einer politischen Umbruchphase: Die Liberalen, die den Gemeinderat jahrzehntlang dominiert hatten, mussten allmählich den Deutschnationalen das politische Feld überlassen. Der Übergang vollzog sich dabei weitgehend friedlich, gleichsam natürlich, indem die älteren Liberalen den jungen Deutschnationalen Platz machten bzw. in ihrer Organisation aufgingen.⁶⁴

Die Liberalen waren keine Partei im engeren Sinn gewesen: Liberaler zu sein, bedeutete vor allem, eine bestimmte geistige Haltung einzunehmen. Geleitet von der Idee des freien Mandats rekrutierten sich die liberalen Gemeinderatsmandatäre vor allem aus den Honoratioren der Stadt: aus den Kaufleuten und Unternehmern sowie aus den freien Berufen wie Advokat, Arzt und Apotheker.⁶⁵ Das Kurienwahlrechtssystem, das die ungleiche Gewichtung der Wählerstimmen an die Steuerleistung (je höher die Steuerleistung, desto mehr Gewicht) oder an die Zugehörigkeit zu bestimmten Berufen (Professoren, Kleriker, Ärzte, Beamten, pensionierte Armeeoffiziere) koppelte, hatte den liberalen Eliten auf viele Jahre die klare Mehrheit im Gemeinderat gesichert.⁶⁶

Bereits in den Jahrzehnten vor der Jahrhundertwende setzte jedoch der Erosionsprozess der alten, vermögenden Liberalen ein. Vertreter des Mittelstandes und des Kleinbürgertums – Handwerker, Geschäftsleute, Hausbesitzer, Rechtsanwälte und Lehrer – erlangten immer mehr Teilhabe an der politischen Meinungsbildung. Diese standen der jungen deutschnationalen Bewegung nahe, die in Linz vor allem durch den Rechtsanwalt Carl Beurle repräsentiert wurde.⁶⁷ Betonten auch die alten Liberalen das Deutschtum, so gaben sich die jungen Deutschnationalen noch stärker national und befließigten sich zudem einer schärferen, auch antisemi-

⁶³ Zur Körpergröße Dinghofers siehe ÖStA, Kriegsarchiv, Grundbuchblätter Oberösterreich, Geb.Jg. 1873, Kt. 3550, Haupt-Grundbuchblatt Franz Dinghofer.

⁶⁴ Tweraser, Gemeinderat 1880–1914, 304; Embacher, Von liberal zu national, 73 f.

⁶⁵ Tweraser, Gemeinderat 1880–1914, 299 und 328 f.

⁶⁶ Ebenda, 296 f., 299 und 328; Bukey, Patenstadt, 19.

⁶⁷ Kandl, Hitlers Österreichbild, 7; Bukey, Patenstadt, 20 f.; Tweraser, Gemeinderat 1880–1914, 305; John, Bevölkerung in der Stadt, 136.

tischen Tonart. Anstatt einer gemäßigten Politik folgte nun ein romantisch-emotionaler Politikstil.⁶⁸ Aus der faktischen Alleinherrschaft der Liberalen wurde nach 1900 eine überlegene Mehrheit der Deutschnationalen, die auch durch die Schaffung eines vierten Wahlkörpers – in dem erstmals alle Wahlberechtigten unabhängig von ihrer Steuerleistung vertreten waren – nur unwesentlich tangiert wurde: Ab dem Mai 1905 stellte die Sozialdemokratische Partei mit zehn Mandataren (von insgesamt 48) die Opposition im Gemeinderat dar.⁶⁹ Allerdings gelang es den Deutschnationalen bei den folgenden Gemeinderatswahlen 1911 und 1913 gerade bei den einkommensschwächsten und bildungsferneren Schichten mit den Sozialdemokraten gleichzuziehen, was Michael John mit dem antisemitischen Antikapitalismus der Deutschnationalen in Zusammenhang bringt.⁷⁰

Die deutschnationale Dominanz im Gemeinderat führte zu einer Politik, die bewusst Emotionen gegen alles Nichtdeutsche – auch mit Hilfe xenophober Presseerzeugnisse wie „Linzer Montagspost“, „Der Scherer“, „Linzer Fliegende Blätter“ und „Deutscher Michl“ – schürte.⁷¹ Bevorzugtes Angriffsziel dieser Art Politik waren Tschechen und Juden:⁷² So wurden die tschechischen Predigten in der Martinskirche als Provokation empfunden und deren Einstellung verlangt. Tschechen sollten aus der Stadt vertrieben werden, selbst der Verkauf von tschechischen Zündhölzern in Gastwirtschaften in Urfahr wurde in der „Linzer Montagspost“ gebrandmarkt. In gleicher Weise wurde in diesem Blatt auch gegen Juden gehetzt, vor allem gegen die jüdischen Händler.⁷³ Die Linzer Fliegenden Blätter wiederum, denen es ausschließlich um Ausschluss und Ausgrenzung von Juden und Tschechen ging, empfanden es bereits als Provokation, wenn im öffentlichen Raum laut Tschechisch gesprochen wurde.⁷⁴ In dieser national aufgeheizten Atmosphäre konnten Auftritte anderssprachiger Künstler in Linz – wie das Konzert des Prager Geigers Jan Kubelík im März 1904 – zu lautstarken Protesten und Ausschreitungen der einheimischen „deutschen“ Bevölkerung führen.⁷⁵ Dass auch die Schüler der

⁶⁸ Tweraser, Gemeinderat 1880–1914, 301 f.; vgl. auch Wladika, Hitlers Vätergeneration, 22 f. Bukey spricht von einer „atavistischen Propaganda“, der sich die Deutschnationalen im Linzer Gemeinderat bedient hätten (Bukey, Patenstadt, 21).

⁶⁹ Bart/Puffer, Gemeindevertretung, 29–31 und 79 f.; Tweraser, Gemeinderat, 307–310: Die sozialdemokratische Fraktion im Gemeinderat reduzierte sich 1911 auf neun und 1913 auf acht Mitglieder, die christlichsoziale Präsenz erhöhte sich zwischen 1905 und 1913 von einem auf vier Mandatare.

⁷⁰ John, Linzer Fliegende Blätter, 434 f.; Tweraser, Gemeinderat 1880–1914, 308–310.

⁷¹ Bukey, Patenstadt, 23 f.; John, Linzer Fliegende Blätter und andere Zeitschriften, 350 f. „Der Scherer“ war ein der Schönerer-Bewegung nahestehendes Blatt, das von 1899 bis 1905 bestand und von 1903 bis März 1905 in Linz erschien (Banuls, Scherer, 198).

⁷² John, Bevölkerung in der Stadt, 136.

⁷³ Vgl. Embacher, Von liberal zu national, 95 f.; Bukey, Patenstadt, 23.

⁷⁴ John, Bevölkerung in der Stadt, 125. Zu den Linzer Fliegenden Blättern allgemein siehe John, Vom nationalen Hort, 45–47.

⁷⁵ Embacher, Von liberal zu national, 97; John, Bevölkerung in der Stadt, 126–128; John, Vom nationalen Hort, 39.

höheren staatlichen Schulen angesichts des deutschnationalen Klimas in der Stadt für antisemitische und antitschechische Agitationen empfänglich waren, kann nicht verwundern.⁷⁶

Das deutschnationale Klientel bzw. die deutschnationale Wählerschaft war vielfach in diversen, theoretisch „überparteilichen“ Vereinen organisiert, denen oftmals deutschnationale Politiker vorstanden. Die deutschnationale Mehrheit im Linzer Gemeinderat wiederum sorgte dafür, dass die Anliegen dieser Vereine weitestgehend finanziell unterstützt wurden. So bewilligte der Gemeinderat so genannten nationalen „Schutzvereinen“ wie „Deutscher Schulverein“, „Südmark“ oder „Bund der Deutschen in Böhmen“, deren lokale Funktionäre auch Linzer Gemeinderäte waren, wiederholt Subventionen.⁷⁷ Diese nationalen Schutzvereine waren in der damaligen Zeit sehr populär, praktisch aus allen Bevölkerungskreisen wurden Spenden gegeben.⁷⁸ So kann es nicht verwundern, dass unter ihren Mitgliedern bzw. Spendern der junge Adolf Hitler ebenso zu finden war wie der spätere sozialdemokratische Spitzenpolitiker Ernst Koref.⁷⁹ Franz Dinghofer nahm als Vizebürgermeister gemeinsam mit Bürgermeister Gustav Eder und dem deutschnationalen Landeshauptmannstellvertreter Ernst Jäger im Juni 1905 an den mehrtägigen Linzer Feierlichkeiten anlässlich des 25-jährigen Bestehens des Deutschen Schulvereins teil.⁸⁰ Der Festversammlung aus Anlass des 50-Jahr-Jubiläums des fusionierten „Deutschen Schulvereins Südmark“ im Mai 1930 in Wien wohnte der Präsident des OGH Franz Dinghofer schließlich – wie zahlreiche andere hochrangige Vertreter aus dem bürgerlichen Lager auch – als Ehrengast bei.⁸¹

In vielen Linzer Vereinen – wie dem „Turnverein Linz“, der „Turngemeinde Jahn“ und dem Ruderverein „Ister“ – wurde der „Arierparagraph“ eingeführt, der jüdische Mitglieder von der Vereinszugehörigkeit ausschloss.⁸² In diesen und den meisten anderen Linzer Vereinen gaben stadtbekanntes Deutschnationale den Ton an.⁸³ Dinghofer war nachweislich Mitglied des Deutschen Turnvereins, des Rudervereins Ister und der Ortsgruppe Linz des Deutsch-Österreichischen Alpenvereins. Zudem war er Mitglied und Ehrenmitglied des Sängerbunds Frohsinn und des Vereins der Oberösterreicher in Wien sowie Ehrenmitglied der Sängergesellschaft Widerhall in Linz.⁸⁴

⁷⁶ Kandl, Hitlers Österreichbild, 14 f.

⁷⁷ Embacher, Von liberal zu national, 79 f. und 96; Kandl, Hitlers Österreichbild, 4 f. und 29.

⁷⁸ Kandl, Hitlers Österreichbild, 23.

⁷⁹ Embacher, Von liberal zu national, 98; Leidinger/Rapp, Hitler, 85; Koref, Gezeiten, 513; Reder, Koref, 53 f.

⁸⁰ Leidinger/Rapp, Hitler, 86.

⁸¹ Neue Freie Presse, 13.5.1930, 4.

⁸² Embacher, Von liberal zu national, 77.

⁸³ Ebenda, 77 f.

⁸⁴ ÖGZ, PERS Dinghofer Dr. Franz, 13–15, Lebensdaten Dinghofer, ca. 1956; Dostal, Großdeutsche Volkspartei, 304.

Im Linzer Gemeinderat taten sich die deutschnationalen Mandatäre Fritz Ruckensteiner, Sepp Melichar und Josef Böheim mit der Artikulierung antitschechischer und antisemitischer Ressentiments hervor.⁸⁵ Im Vergleich zu ihnen dürfte sich Franz Dinghofer als Gemeinderat, Vizebürgermeister und Bürgermeister diesbezüglich – sieht man von einer an anderer Stelle wiedergegebenen Wortmeldung ab⁸⁶ – stark zurückgehalten haben. Die radikalen deutschnationalen Mandatäre Ruckensteiner, Melichar und Böheim verließen als Schönerer-Anhänger aus politischen Gründen die katholische Kirche und schlossen sich der evangelischen Glaubensgemeinschaft an.⁸⁷ Dinghofer hingegen blieb zeit seines Lebens Mitglied der römisch-katholischen Kirche.⁸⁸

Im Gemeinderat, dem Dinghofer seit 1901 angehörte, wurden wiederholt Vorfälle und Postenbesetzungen diskutiert und angeprangert, die aus „nationaler“ Sicht ein Problem darstellten: Im Oktober 1903 stellte der Mandatar Josef Böheim einen Dringlichkeitsantrag, in dem die Einstellung der in Linz seit 50 Jahren in tschechischer Sprache abgehaltenen Gottesdienste verlangt wurde. Weiters wurden darin die Linzer Unternehmer aufgefordert, nur „deutsche“ Gehilfen und Lehrlinge aufzunehmen. Dieser Antrag wurde prompt vom Gemeinderat einstimmig angenommen.⁸⁹ Wiederholt machte man auf die Gefahr der „Slawisierung“ der Tabakfabrik aufmerksam, da dort bereits mehrere Beamte und Arbeiter tschechischer Nationalität beschäftigt seien.⁹⁰ Im Juli 1908 sprach sich der Gemeinderat auf Grund eines Dringlichkeitsantrags dafür aus, dass nur ein deutscher Beamter zum Direktor der hiesigen Tabakfabrik ernannt werden dürfe.⁹¹ Zu einem Dringlichkeitsantrag und einem Gemeinderatsbeschluss führte im Dezember 1908 auch die Frage der Stellenbesetzung des Vorstands der Zugsförderungsabteilung der k.k. Staatsbahndirektion Linz, da die Gefahr bestand, dass ein Tscheche diesen Posten erhalten könnte.⁹² Im April 1909 thematisierte der Gemeinderat die geplante Bahnpost auf der Strecke Prag–Linz: Tschechischen Beamten sollte in diesem Zusammenhang keinesfalls erlaubt werden, oberösterreichischen Boden zu betreten.⁹³

⁸⁵ Embacher, Von liberal zu national, 95 f.; John, Vom nationalen Hort, 57 f.

⁸⁶ Siehe Kap. „Antisemitismus“, Abschnitt „Antisemitische Aussagen Dinghofers“.

⁸⁷ Embacher, Von liberal zu national, 81; Bart/Puffer, Gemeindevertretung, 110.

⁸⁸ Vgl. DAL, Totenbuchduplikat der Pfarre Linz–Heilige Familie, Franz Dinghofer, gest. 12.1.1956; laut Auskunft DAL vom 8.4.2019 befindet sich auch im Original des Geburtseintrages von Dinghofer kein Vermerk eines etwaigen zwischenzeitlichen Austritts, dieser wäre jedenfalls dort vermerkt worden.

⁸⁹ AStL, GRP (gedruckt), Sitzung vom 14.10.1908, 158; John, Bevölkerung in der Stadt, 124; ders., Vom nationalen Hort, 38 f.

⁹⁰ Embacher, Von liberal zu national, 97; John, Bevölkerung in der Stadt, 124 f.

⁹¹ AStL, GRP (gedruckt), Sitzung vom 15.7.1908, 253; John, Vom nationalen Hort, 41.

⁹² AStL, GRP (gedruckt), Sitzung vom 23.12.1908, 433; John, Bevölkerung in der Stadt, 124; ders., Vom nationalen Hort, 41.

⁹³ Ebenda, Sitzung vom 21.4.1909, 134 f.; John, Vom nationalen Hort, 40 f.

Bei den genannten Beispielen ist wohl interessant, wie das Abstimmungsverhalten der Opposition bei diesen Themen war. 1903 bestand der Gemeinderat beinahe ausschließlich aus deutschfreiheitlichen Mandataren und wohl nur einzelnen Katholisch-Konservativen. Das heißt aber, dass alle Bürgerlichen im Gemeinderat dem deutschnationalen Antrag gegen die Tschechen in Linz zu einem einstimmigen Beschluss verholphen haben.⁹⁴ 1908, als es um die Besetzung der Direktion der Tabakfabrik und um den Vorstand der Zugsförderungsabteilung ging, sah dies schon anders aus. In beiden Fällen fehlte die Einstimmigkeit im Gemeinderat: Das Protokoll vermerkt, dass der Antrag im Juli nur „angenommen“ und im Dezember nur „mit den Stimmen der Majorität angenommen“ wurde. Es ist demnach davon auszugehen, dass zumindest die sozialdemokratischen Mandatäre die Forderung nach „deutschen“ Führungskräften nicht unterstützen wollten.⁹⁵ Auch im April 1909, als es um die Frage der Nationalität der Bahnpostbeamten ging, erfolgte der Gemeinderatsbeschluss ebenfalls nur „mit den Stimmen der Majorität“, was wiederum auf ein gegensätzliches Abstimmungsverhalten der Sozialdemokraten schließen lässt.⁹⁶

Nicht nur Angelegenheiten und Ereignisse in der Stadt Linz selbst beschäftigten das oberste städtische Gremium in dieser Thematik: Wiederholt sprach sich der Gemeinderat gegen angebliche slawische Übergriffe in gemischtsprachigen oder mehrheitlich deutschsprachigen Regionen der Monarchie aus.⁹⁷ Dass in dieser national aufgeladenen Stimmung in Linz Franz Dinghofer seine Ansprache nach seiner Wahl zum ersten Vizebürgermeister im Mai 1905 mit den Worten: „Heil unserer Stadt! Heil der deutschen Wacht an der Donau!“ beendete, kann nicht verwundern.⁹⁸ Bemerkenswert ist allerdings, dass Dinghofer zwei Jahre später, anlässlich seiner Wahl zum Bürgermeister, auf derartige deutschnationale Bekenntnisse gänzlich verzichtet hat.⁹⁹ Allerdings vertrat er die allgemeine Parteilinie, wonach der „Besitzstand“ der „Deutschen“ gegenüber den Slawen stets gesichert werden müsse. Als Obmann des Deutschen Volksbundes prangerte er im Februar 1909 in einer Rede an, dass „Scholle um Scholle deutschen Besitzstandes verschwinden im slawischen Völkermeere“. Dem Deutschen in Österreich dürfe nicht gleichgültig sein, „ob seine Nachkommen einmal fortgerissen werden von der slawischen Welle“. In dieser Ansprache wandte sich Dinghofer aber auch scharf gegen

⁹⁴ Da es sich um ein Persönlichkeitswahlrecht gehandelt hat, ist die Zuordnung der Mandatäre zu einzelnen politischen Parteien nicht lückenlos möglich (vgl. Tweraser, Gemeinderat 1880–1914, 306, Tab. 4).

⁹⁵ Vgl. AStL, GRP (gedruckt), Sitzung vom 15.7.1908, 253, und Sitzung vom 23.12.1908, 433. In beiden Fällen kam es laut Protokoll vor der Abstimmung zu keiner Diskussion.

⁹⁶ Ebenda, Sitzung vom 21.4.1909, 135.

⁹⁷ Embacher, Von liberal zu national, 96.

⁹⁸ AStL, GRP, Sitzung vom 16.5.1905, fol. 831.

⁹⁹ Ebenda, Sitzung vom 15.5.1907, fol. 263–267.

den politischen Katholizismus und trat vehement für die Trennung von Kirche und Staat ein.¹⁰⁰ Konnte es – wenn es nach dem Bürgermeister ging – nicht genug Schulen in der Stadt geben, so sah dies gänzlich anders aus, wenn Pläne auftauchten, dass in Linz eine tschechische Schule errichtet werden sollte. Gegen diese Absicht organisierte der Deutsche Volksbund für Oberösterreich, der unter der Obmannschaft Dinghofers stand, im Oktober 1909 eine große Protestversammlung im Linzer Volksgartensaal.¹⁰¹

Eine andere Auffassung als die sozialdemokratische Opposition vertrat im Oktober 1907 Bürgermeister Dinghofer hinsichtlich der Beschäftigung von auswärtigen Arbeitskräften in Linz: Die Sozialdemokraten forderten, dass Unternehmer bei städtischen Bauarbeiten verpflichtet werden sollten, nur „die vorhandenen heimischen Arbeitskräfte in erster Linie zu beschäftigen“, wohingegen Dinghofer den Standpunkt einnahm, auch Arbeiter aus Deutschböhmen seien als einheimisch zu betrachten. Die einheimischen Kräfte sollten nur – so Dinghofer – gegen die „Schmutzkonkurrenz“ von slawischen und italienischen Arbeitern geschützt werden.¹⁰²

Im Juni 1918 – in den letzten Kriegsmonaten des Ersten Weltkriegs – machte Dinghofer beim „Deutschen Volkstag“ in Linz, der von Christlichsozialen und Deutschnationalen gemeinsam organisiert worden war, neben anderen Rednern wie Landeshauptmann Hauser und Landesausschussmitglied Schlegel gegen Tschechen Stimmung: Eine tschechische Bank sei bestrebt, in Linz und Umgebung Fuß zu fassen, und er erwarte, „dass kein Hausherr in Linz sich bereit finden werde, der czechischen Bank Aufnahme zu gewähren oder ihr sein Haus zu verkaufen“.¹⁰³

Auch das deutschnationale Symbol, die Kornblume, war Thema im Gemeinderat: Im Juni 1909 richtete Sepp Melichar eine Anfrage an den Bürgermeister. Hintergrund dieser Anfrage war ein angeblicher Erlass des Landesschulrates, wonach Schülern das Tragen der Kornblume und von „demonstrativen Abzeichen“ verboten worden sei. Dinghofer entgegnete, ihm als Vorsitzenden des Stadtschulrates und Bürgermeister sei ein derartiger Erlass nicht bekannt, er werde jedoch eine Anfrage an den Statthalter, der Vorsitzender des Landesschulrates sei, richten.¹⁰⁴ Da die Sache inzwischen auch im Reichsrat thematisiert worden war, fiel die Antwort des Statthalters, der dem zuständigen Minister nicht vorgreifen wollte, sehr knapp aus. Dinghofer wusste allerdings im Gemeinderat zu berichten, dass der Erlass zurückgezogen worden

¹⁰⁰ Tages-Post, 11.2.1909, 1 f.

¹⁰¹ Tages-Post, 30.9.1909, 4; ebenda, 23.10.1909, 3 f.

¹⁰² AStL, GRP (gedruckt), Sitzung vom 23.10.1907, 302; John, Bevölkerung in der Stadt, 416.

¹⁰³ Linzer Volksblatt, 5.7.1918, 4; Mühlviertler Nachrichten, 6.7.1918, 2.

¹⁰⁴ AStL, GRP (gedruckt), Sitzung vom 16.6.1909, 186 f.

sei. Der Bürgermeister meinte zudem, dass beim „Spiel- und Turnfest“ auch katholische Schüler die Kornblume getragen hätten, um „ein äußeres Zeichen der Festesfreude“ zu geben, „ähnlich wie es das Militär mit dem deutschen Eichenlaube tut“.¹⁰⁵

Eine Folge des politischen Klimas in Linz waren die Bemühungen, für große „Deutsche“ wie Schiller, Stifter, Stelzhamer und Jahn Denkmäler zu errichten.¹⁰⁶ Bei der feierlichen Enthüllung des Jahn-Denkmal am 1. Oktober 1905 befanden sich unter einer Vielzahl von Festgästen auch Bürgermeister Gustav Eder und Vizebürgermeister Franz Dinghofer. Wie sehr das Jahn-Denkmal als Nationaldenkmal aufgefasst wurde, konnte man auch der Inschrift auf einer am Sockel angebrachten Tafel entnehmen: „Dem Deutschen kann nur durch Deutsche geholfen werden“. Bürgermeister Eder übernahm das Jahn-Denkmal in die Obhut der Stadt und meinte, dieses werde „kommende Geschlechter“ an ihre Pflicht erinnern: „Der Erziehung eines gesunden und wehrhaften deutschen Volkes.“¹⁰⁷

An der Enthüllung des Stelzhamer-Denkmal im Oktober 1908 nahm Dinghofer bereits als Bürgermeister teil. In seiner Eröffnungsrede charakterisierte er Stelzhamer als „heimischen Volksdichter“. Er dankte dem „Stelzhamerbund“ für die Initiative zur Errichtung des Denkmals und übernahm dieses in die Obhut der Stadt.¹⁰⁸ Auch in seiner Rede vor 90 Ehrengästen beim Festbankett im Kaufmännischen Vereinshaus fand Dinghofer sachliche und nüchterne Worte zur Ehrung des Literaten. Schließlich bedankte er sich beim Statthalter Freiherr von Handel für die große finanzielle Unterstützung durch die Regierung. In diesem Zusammenhang wies der Bürgermeister darauf hin, dass auch Anton Bruckner und Johannes Kepler würdig wären, durch ein Denkmal ausgezeichnet zu werden.¹⁰⁹ Bei dieser Gelegenheit blieb es dem Obmann-Stellvertreter des Denkmalkomitees, Rechtsanwalt Alexander Nicoladoni, vorbehalten, eine „nationale“ Note in den Festakt zu bringen: Dieser zog einen Vergleich zwischen dem „Heros“ Bismarck, für den zeitgleich eine Büste in der Walhalla bei Regensburg enthüllt werde, und Stelzhamer:

„Wahrscheinlich hat mir die Monumentalität des Kunstwerkes, das wir heute zum erstenmal geschaut, das Ereignis im deutschen Nachbarstaate ins Gedächtnis gerufen. Eine Parallele zwischen dem deutschen Heros und dem heimischen Volksdichter besteht aber doch. Beider Stirne hat der Genius geküsst.“¹¹⁰

Am 2. Dezember 1908 fand eine Festsitzung des Gemeinderates anlässlich der 60-jährigen Regierungsjubiläums von Kaiser Franz Joseph statt. Bürgermeister Dinghofer ließ in seiner

¹⁰⁵ AStL, GRP (gedruckt), Sitzung vom 23.6.1909, 192 f.

¹⁰⁶ Kandl, Hitlers Österreichbild, 7; Embacher, Von liberal zu national, 99.

¹⁰⁷ Tages-Post, 3.10.1905, 4.

¹⁰⁸ Tages-Post, 20.10.1908, 4.

¹⁰⁹ Ebenda.

¹¹⁰ Ebenda, 5. Zu Nicoladoni siehe Krackowizer/Berger, Biographisches Lexikon, 217.

Festrede neben ehrenden Worten für den Monarchen auch die folgenden, betont deutschnationalen Positionen anklingen:

„Nur wir Deutsche dürfen uns auch an diesem Tage der Freude nicht verhehlen, dass leider unser Einfluss, den wir bisher in unserem Vaterlande, das wir alle mit aufrichtigem Herzen lieben, ausübten, im Rückgange begriffen ist, dass ein Zurückdrängen des deutschen Geistes sich allenthalben fühlbar macht und manche Stadt und manches Gebiet, welches vor 60 Jahren noch kerndeutsch war, heute von der slawischen Welle unserem Volkstamme entrissen ist.“

In seine Ansprache baute er auch einen Appell an den Kaiser ein:

„Bei den gegenwärtigen nationalen Kämpfen drängt sich uns der Wunsch und die Bitte auf, unser Kaiser, der selbst deutschem Blute entstammt und wiederholt zu unserer großen Freude und unserem Stolze sich als deutscher Fürst bekannt hat, möge stets eingedenk sein, dass es die Deutschen Oesterreichs waren, welche durch ihre arbeitsame Hand, durch ihren Fleiß und durch ihre nationale Uneigennützigkeit dem Reiche das heutige kulturell bedeutsame Gepräge gegeben haben.“¹¹¹

Bemerkenswert an dieser Festsitzung des Gemeinderates ist auch der Umstand, dass im Protokoll nur die Anwesenheit deutschnationaler Mandatare vermerkt wurde, woraus die Abwesenheit der sozialdemokratischen Opposition zu schließen ist: „Es sind hiezu in Festkleidung erschienen: Nahezu sämtliche Mitglieder der Majorität des Gemeinderates, zahlreiche Mitglieder des städtischen Armenrates, zahlreiche Beamte und Angestellte des Magistrats sowie der städtischen Anstalten.“¹¹²

Die zu einem nationalen Abwehrkampf hochstilisierte Deutschtümelei, die Dinghofer und andere Deutschnationale vertraten und der eine ebenso irrationale tschechisch-nationale Bewegung gegenüberstand,¹¹³ fand eine starke Entsprechung in der Position der Christlichsozialen im Land. So sprach Landeshauptmann Johann Nepomuk Hauser im Oktober 1910 von Oberösterreich, das „Gott sei Dank noch ein kerndeutsches Land“ sei. Hauser betonte weiters: „Allerdings hat es der ganzen Energie und Tatkraft bedurft, um es rein deutsch zu erhalten. Aber wir haben es zustande gebracht, freilich nicht ohne Kampf [...]“¹¹⁴ Der christlichsoziale

¹¹¹ AStL, GRP (gedruckt), Protokoll der Sitzung vom 2.12.1908, 420. Reder, Koref, 50, interpretiert die Ansprache wie folgt: „Vor allem die Rede Dinghofers war ein exzellentes Beispiel für jenen deutschnationalen ‚double speak‘, der bei allem kaisertreuen Schafspelz sich im richtigen Moment die deutschnationale Wolfsmaske aufzusetzen wusste.“ Vgl. hierzu auch den Bericht der Tages-Post, 3.12.1908, 5: „Nach dem Festgottesdienste im alten Dom fanden sich die Mitglieder der Majorität des Gemeinderates, die beiden Primärärzte des Allgemeinen Krankenhauses, der Direktor des städtischen Versorgungshauses, mehrere Stadtärzte sowie ein großer Teil der Beamtschaft der Gemeinde im Gemeinderats-Sitzungssaale zu einer Festversammlung ein.“

¹¹² AStL, GRP (gedruckt), Protokoll der Sitzung vom 2.12.1908, 419.

¹¹³ Vgl. John, Bevölkerung in der Stadt, 129.

¹¹⁴ Linzer Volksblatt, 11.10.1910, 7 f.

Landtagsabgeordnete Josef Schlegel, der auch Mitglied des Landesausschusses (= Landesregierung) war, gründete 1909 den nationalen „Schutzverein“ „Ostmark, Bund deutscher Österreicher“, der „allen deutschen Stammesbrüdern die Mitarbeit auf dem Gebiete rein nationaler Schutzarbeit ermöglichen“ wollte.¹¹⁵ In der Praxis lagen die konkreten Ziele etwa in der Verhinderung des Zuzugs von Tschechen nach Oberösterreich, der Verhinderung des Ankaufs von Mühlviertler Bauernhöfen durch Tschechen und der Verhinderung des Einsatzes tschechischer (anstatt deutscher) Beamten auf der Bahnpoststrecke Linz–Budweis.¹¹⁶ Zwar blieb die christlichsoziale „Ostmark“ von der Mitgliederzahl her hinter den großen, von den Deutschnationalen dominierten Schutzvereinen wie „Deutscher Schulverein“ (100.000 Mitglieder), „Südmark“ (90.000 Mitglieder) und „Bund der Deutschen in Böhmen“ (45.000 Mitglieder) zurück, wies allerdings mit über 30.000 Mitgliedern eine durchaus beachtliche Anhängerschaft auf.¹¹⁷

Insgesamt entbehrte die – primär von den bürgerlichen Parteien – entfachte Slawenangst mit konkretem Blickpunkt auf Linz und Oberösterreich einer realistischen Grundlage, da die tatsächliche Zuwanderung – etwa von Tschechen – nur in sehr geringem Ausmaß erfolgte.¹¹⁸ Dasselbe galt für den Anteil von Jüdinnen und Juden an der Linzer Gesamtbevölkerung, der im Jahr 1910 nicht mehr als 0,8 Prozent oder – in absoluten Zahlen – 600 Personen betrug.¹¹⁹ Auch nach dem Ersten Weltkrieg wurde der Hass gegen alles Tschechische geschürt. Er entlud sich auch – etwa im Jahr 1924 bei einer Feier anlässlich des 100. Geburtstages des tschechischen Komponisten Smetana in Linz – in gewalttätigen Demonstrationen.¹²⁰

Bürgermeister Dinghofer hatte keine Probleme, seine deutschnationale Grundeinstellung mit einer habsburgerfreundlich-patriotischen Gesinnung zu vereinbaren. So unternahm er im Mai 1909 gemeinsam mit Erzherzog Josef Ferdinand eine Ballonfahrt über Linz, bei der

¹¹⁵ Vgl. Ostmark-Briefe, Jg. 1, Nr. 1 (Jänner 1910), 1.

¹¹⁶ Vgl. Linzer Volksblatt, 24.2.1910, 1; Slapnicka, Politische Führungsschicht 1918–1938, 231 f.; Embacher, Von liberal zu national, 84; Ostmark-Briefe, Jg. 1, Nr. 10 u. 11 (Oktober–November 1910), 2.

¹¹⁷ Im Oktober 1910 zählte der Verein bereits 180 Ortsgruppen in 11 Kronländern und insgesamt 18.835 Mitglieder (vgl. Ostmark-Briefe, Jg. 1, Nr. 10 u. 11, Oktober–November 1910, 1); im Dezember 1913 30.589 Mitglieder in 269 Ortsgruppen (Ostmark-Briefe, Jg. 5, Nr. 1, 2 u. 3, Jänner–Februar–März 1914, 2); im Juni 1914 33.102 Mitglieder in 278 Ortsgruppen (Ostmark-Briefe, Jg. 5, Nr. 11 u. 12, November–Dezember 1914, 73). Zu den Mitgliederzahlen der anderen Vereine siehe Graf, „Los von Rom“, 193 f. und 202. Zur Dominanz der Deutschfreiheitlichen im Deutschen Schulverein siehe Lönnecker, Burschenschafterturm, 421; ders., Burschenschaft der Ostmark, 598 f.; Wladika, Hitlers Vätergeneration, 99; Höbelt, Kornblume, 37.

¹¹⁸ So die Analyse von John, Bevölkerung in der Stadt, 122.

¹¹⁹ Ebenda, 123. Im Jahr 1923 wurden – als Höchststand – 931 Jüdinnen und Juden in Linz gezählt (ebenda, 172).

¹²⁰ Vgl. ebenda, 192–194.

schwarz-gelbe Fähnchen und beschriebene Ansichtskarten über der Stadt abgeworfen wurden.¹²¹

Linz als „Agitationsmittelpunkt“ eines besonders radikalen Deutschnationalismus?

Michael John, der sich in mehreren größeren Studien mit der politischen Entwicklung von Linz vom Ende der Donaumonarchie bis in die Zweite Republik beschäftigt hat,¹²² zeigte auf, dass die oberösterreichische Landeshauptstadt „als ausgesprochen nationale Stadt“ gegolten hatte und zu einem „Agitationsmittelpunkt des deutschnationalen Antisemitismus“ geworden war.¹²³

In diesem Zusammenhang ist von großem Interesse, ob sich in Linz Deutschnationalismus und Antisemitismus radikaler präsentiert haben als in anderen vergleichbaren Städten des heutigen Österreich. Dies gilt vor allem für den Zeitabschnitt von 1901 bis 1918, in dem Franz Dinghofer als Gemeinderat, Vizebürgermeister und Bürgermeister über maßgebliche politische Positionen in der Stadt verfügt hat. Es sind – wenigstens zum Teil – auch jene Jahre, in denen der junge Adolf Hitler von 1900 bis 1907 in Linz zur Schule ging bzw. lebte.¹²⁴ So beschäftigte die Frage, ob Hitler bereits als überzeugter Antisemit von Linz nach Wien gegangen war oder erst in Wien – oder gar noch später in München – zum Antisemiten geworden war, wiederholt Historikerinnen und Historiker, wobei die Frage durchaus unterschiedlich beantwortet wurde. Freilich muss als gesichert angenommen werden, dass Hitler Formen des Antisemitismus bereits in Linz kennengelernt hatte.¹²⁵

Linz galt als „deutsche Stadt“, die sich in ihrer ethnischen Homogenität deutlich von einigen anderen Städten der Monarchie unterschied, die vergleichsweise mehr und unterschiedliche Nationalitäten aufwiesen. Neben der Reichshauptstadt Wien waren dies etwa Krakau, Czernowitz, Lemberg, Triest, Brünn und Prag.¹²⁶ Czernowitz war überhaupt multiethnisch und multikulturell konstituiert und hatte im Vergleich zu Linz auch einen relativ hohen Anteil an Jüdinnen und Juden.¹²⁷

Insgesamt dürfte sich der Deutschnationalismus in Linz – so die Analyse mehrerer Wissenschaftler – nicht so radikal wie in anderen österreichischen Städten – wie Graz oder Innsbruck

¹²¹ Tages-Post, 11.5.1909, 4.

¹²² Zu nennen sind vor allem die Monographien *Bevölkerung in der Stadt* (2000) und *Vom nationalen Hort* (2015).

¹²³ John, *Bevölkerung in der Stadt*, 136.

¹²⁴ Schuster, *Hitler und Linz*, 12; Leidinger/Rapp, *Hitler*, 150–153.

¹²⁵ Vgl. zusammenfassend John, *Bevölkerung in der Stadt*, 138; ders., *Linzer Fliegende Blätter und andere Zeitschriften*, 353–356.

¹²⁶ John, *Vom nationalen Hort*, 18.

¹²⁷ John, *Bevölkerung in der Stadt*, 391 f.

- präsentiert haben. Als Hauptgrund für diese Feststellung wird stets das Fehlen einer Universität genannt, wodurch es nicht wie anderswo zu radikalen antisemitischen Studentenkrallen kam.¹²⁸ Graz galt überhaupt als rohste Hochschulstadt des deutschen Sprachraums. Um 1900 gab es dort 55 Vereine betont deutschen Charakters, darunter 16 Burschenschaften, drei Corps und vier deutschnationale Verbindungen.¹²⁹

Bereits Ende des 19. Jahrhunderts war Graz als zweitgrößte deutschsprachige Stadt der Monarchie zum halboffiziellen Sprachrohr der Verfechter eines radikalen Deutschtums geworden. Die deutschnationale Stadtvertretung erhob den Anspruch, dass Graz die „deutscheste Stadt“ der Monarchie sei. Sie provozierte mit ihrem politischen Handeln wiederholt die übergeordneten Stellen.¹³⁰ So löste im Mai 1898 der Statthalter den Gemeinderat „wegen Überschreitung der Befugnisse“ auf und bestellte einen Regierungskommissär, weil zuvor der Gemeinderat u.a. die Verlegung des in Graz stationierten bosnischen Infanterieregiments verlangt hatte.¹³¹ Große deutschnationale Projekte und Veranstaltungen wurden auch in Graz initiiert. So war die Stadt im Juli 1902 Schauplatz des Deutschen Sängerbundfestes, an dem mehr als 17.000 Sänger aus allen Teilen des deutschen Sprachraums teilnahmen.¹³² Ein Jahn-Denkmal wurde in Graz 1902 - und damit drei Jahre früher als in Linz - errichtet.¹³³ Das 1904 für den deutschnationalen Dichter Robert Hamerling enthüllte Grazer Denkmal fand keine Entsprechung in Linz.¹³⁴ Die deutschnationale Ära - mit einem deutschnationalen Bürgermeister an der Spitze - dauerte in Graz von 1885 bis 1919, in Linz hingegen nur von 1900 bis 1919.¹³⁵

In der Stadt Salzburg wiederum betätigte sich der Rechtsanwalt und Schönerer-Anhänger Dr. Julius Sylvester als zentrale Figur für die deutschnationale Bewegung. Er gründete 1886 das „Wochenblatt“, das er bald mit seinem rassistischen und antisemitischen Organ „Der Kyffhäuser“ verschmolz.¹³⁶ 1887 wurde in Salzburg der „Germanenbund“, eine Art Dachverband

¹²⁸ Bukey, Patenstadt, 23; Slapnicka, Antisemitismus-Problem, 266; Neschwara, Rechtfertigung, 43, Anm. 16.

¹²⁹ Graf, „Los von Rom“, 165 f. Siehe auch Kernbauer, Universitäten, 367–370.

¹³⁰ Hubbard, Graz, 169–174; Brunner, Graz, 228 f. und 234 f.; Höbelt, Kornblume, 83 und 88; Heer, Glaube, 45.

¹³¹ Brunner, Graz, 238; Wladika, Hitlers Vätergeneration, 420.

¹³² Strahalm, Graz, 349 f.

¹³³ Ebenda, 350.

¹³⁴ Ebenda.

¹³⁵ Brunner, Graz, 231 f.; Tweraser, Gemeinderat 1880–1914, 306. Allerdings setzte in dieser Zeit mehrmals die Statthalterei einen Regierungskommissär in Graz ein (vgl. Brunner, Graz, 238 und 241).

¹³⁶ Haas, Vom Liberalismus zum Deutschnationalismus, 839 und 848 f.; Haas/Koller, Jüdisches Gemeinschaftsleben, 36 f.

deutschnationaler Gruppierungen, gegründet.¹³⁷ In der Folge übernahmen immer mehr Salzburger Vereine den Arierparagraphen.¹³⁸ Bereits vor der Jahrhundertwende führten Gemeindepolitiker Debatten über die angebliche jüdische Ausbeutung der christlich-deutschen Bürger.¹³⁹ Zum Unterschied von Linz gelang in Salzburg jedoch keine Einigung des deutschfreiheitlichen Lagers. Stärkste Gruppierung im Gemeinderat war seit 1899 der „Bürgerklub“, der sich primär als wirtschaftliche Interessenvertretung verstand und gemäßigt-deutschnational ausgerichtet war.¹⁴⁰

In Innsbruck kam es um 1900 durch Angehörige der Universität mehrfach zu politisch motivierten Gewaltakten und antisemitischen Ausschreitungen.¹⁴¹ Die deutschnationalen Studentenverbindungen wurden wiederholt von der Statthalterei aufgelöst.¹⁴² Im Innsbrucker Gemeinderat, der von 1897 bis 1918 rein deutschfreiheitlich zusammengesetzt war, konnten die deutschnationalen Studentenkorporationen einer finanziellen Unterstützung im Unterschied zu den katholischen Studentenverbindungen stets sicher sein.¹⁴³

Die angeführten Städtevergleiche unterstreichen jedenfalls die Richtigkeit der Feststellung, dass die österreichischen Landeshauptstädte vor 1918 ausschließlich von deutschnationalen Bürgermeistern regiert wurden. In der Reichshauptstadt Wien verfügten freilich die Christlichsozialen über eine Mehrheit.¹⁴⁴

Unabhängig von den sonstigen politischen Präferenzen stellte auch nach 1918 der Deutschnationalismus in Linz – über alle Parteigrenzen und sozialen Schichten hinweg – eine politisch dominierende Ideologie dar, die die angebliche Überlegenheit der deutschen Kultur, die Abwehr aller nicht-deutschen Ansprüche sowie antisemitische und antislawische Ressentiments beinhaltete.¹⁴⁵ Nach wie vor kontrastierte diese Einstellung mit der Tatsache, dass auch nach dem Ersten Weltkrieg die jüdische und die tschechische Minderheit weiterhin nur einen geringen Teil der Linzer Gesamtbevölkerung bildeten.¹⁴⁶

Am Beginn der Ersten Republik – nach der Einführung des allgemeinen und gleichen Wahlrechts – brachte die erste Gemeinderatswahl im Mai 1919 einen politischen Umbruch: Aus der

¹³⁷ Haas, Vom Liberalismus zum Deutschnationalismus, 849.

¹³⁸ Haas/Koller, Jüdisches Gemeinschaftsleben, 37–43; Haas, Vom Liberalismus zum Deutschnationalismus, 850–853.

¹³⁹ Hoffmann, Stadt im bürgerlichen Zeitalter, 2361 f.

¹⁴⁰ Ebenda, 2340 und 2363–2366; Dopsch/Hoffmann, Salzburg, 500–502.

¹⁴¹ Bösche, Studentenverbindungen, 188 f.

¹⁴² Ebenda, 189.

¹⁴³ Forcher, Innsbruck, 256 f.; Bubestinger/Zeindl, Stadtgeschichte Innsbrucks, 95; Bösche, Studentenverbindungen, 141 f.

¹⁴⁴ Höbelt, Erste Republik, 97.

¹⁴⁵ Schuster, Eliten, 57; John, Bevölkerung in der Stadt, 408 f. und 412 f.; siehe auch Reder, Koref, 55 f. und 58 f.

¹⁴⁶ John, Bevölkerung in der Stadt, 172 und 196–198.

absoluten Mehrheit der Deutschnationalen wurde eine absolute Mehrheit der Sozialdemokratischen Partei, die bis zum Februar 1934 auch den Bürgermeister stellte.¹⁴⁷ Insgesamt kam es in der Zwischenkriegszeit in Linz – vor allem im Vergleich zu anderen Städten – zu keiner gesteigerten Bedeutung des nationalen Lagers. Die Parteien mit betont deutschnationaler Grundausrichtung (Großdeutsche, Nationalsozialisten, später auch Heimatblock) stellten ab 1923 im Gemeinderat bloß rund ein Viertel bis ein Drittel der Mandatare.¹⁴⁸

Die NSDAP war zwar schon früh, nämlich seit 1923, im Stadtparlament vertreten, verfügte aber – bis zum Verbot der Partei im Jahr 1933 – nur über eine Handvoll Gemeinderatsmitglieder (zuletzt vier von 60 Mandaten).¹⁴⁹ Auf Hitler persönlich ging – wegen dessen besonderer Vorliebe für seine „Heimatstadt“ – jedoch die Entscheidung zurück, dass die Führung der österreichischen NSDAP seit 1928 bzw. 1931 ihren Sitz in Linz haben sollte.¹⁵⁰ Gegen die Propagandatätigkeit der kleinen, aber aktiven Gruppe der NS-Sympathisanten stellte in Linz die Sozialdemokratie mit ihrer großen Anhängerschaft eine wirkungsvolle Kraft dar – im Gemeinderat, aber auch auf der Straße und in politischen Versammlungen.¹⁵¹ In den allerletzten Monaten und Jahren vor dem Februar 1934 kam es jedoch auch in Linz und Oberösterreich zu einer Erosion sozialdemokratischer Positionen und zu einem Mitgliederschwund in der Sozialdemokratischen Partei. Nicht wenige oberösterreichische Sozialdemokraten liefen zu den Nationalsozialisten über.¹⁵² Durch die gewaltsame Ausschaltung der Sozialdemokratie nach dem Bürgerkrieg des Jahres 1934 fiel diese als Gegenkraft zum Nationalsozialismus komplett aus und auch in Linz stieg schließlich die nationalsozialistische Anhängerschaft rapide an.¹⁵³

Bürgermeister

Bürgermeister Gustav Eder hatte bereits zwei Jahre lang Rücktrittsabsichten geäußert, ehe er wegen seines schweren Nierenleidens im Mai 1907 tatsächlich sein Amt niederlegen musste. Bereits zwei Jahre später verstarb er – im Alter von 47 Jahren – an einem Schlaganfall.¹⁵⁴

Der 34-jährige Vizebürgermeister Franz Dinghofer konnte relativ gelassen zur Bürgermeisterwahl am 15. Mai 1907 antreten, stand doch der positive Ausgang für ihn auf Grund der Mehrverhältnisse im Gemeinderat ohnehin fest. Tatsächlich wurde er mit 35 von 47 Stimmen

¹⁴⁷ Schuster, Umbruch, 19; siehe auch Kandl, Hitlers Österreichbild, XLI, Aussage Commenda.

¹⁴⁸ Bart/Puffer, Gemeindevertretung, 84–88; John, Bevölkerung in der Stadt, 171; Schuster, Eliten, 59.

¹⁴⁹ Vgl. Bart/Puffer, Gemeindevertretung, 84 f.

¹⁵⁰ Dostal, Braunes Netzwerk, 24 f.; John, Vom nationalen Hort, 82; Schuster, Hitler und Linz, 12.

¹⁵¹ Vgl. Bukey, Patenstadt, 150 f. und 158; Dostal, Braunes Netzwerk, 30.

¹⁵² Kykal/Stadler, Bernaschek, 79 und 82 f.; Maderthaner, Krise einer Kultur, 63; Schuster, „Ständestaat“, 55.

¹⁵³ Bukey, Patenstadt, 197 f. und 236; Schuster, Politischer Extremismus, 16.

¹⁵⁴ Grüll, Bürgermeisterbuch (2. Aufl.), 116; Mayrhofer, Dinghofer Diss., 29.

zum Bürgermeister gewählt. Nicht für ihn stimmte allerdings die sozialdemokratische Opposition.¹⁵⁵

Unmittelbar nach seiner Wahl richtete der neue Bürgermeister überaus bescheidene Worte an den Gemeinderat:

„Diese Berufung drängt mir aber auch die Sorge auf, ob es mir gelingen wird, das mühe- und verantwortungsvolle Amt eines Bürgermeisters in der Weise zu führen, wie es das rasche Gedeihen und die gesunde Entwicklung unserer Stadt dringend erfordert. Wenn es heißt, der Mensch wächst mit seinem höheren Ziele, so mag dies in vieler Hinsicht zutreffen, namentlich dort, wo die angeborenen Fähigkeiten noch eine Steigerung erfahren können. Es gibt Naturen, die großes Selbstvertrauen zu sich haben; es gibt aber auch Naturen, die lieber bescheiden und unbeachtet wirken, und für diese ist es eine große Gewissensfrage, sich zu entscheiden, wenn der Ruf an sie ergeht, herauszutreten und die Führerschaft zu übernehmen. Ich rechne mich zu den letzteren und gestehe offen, daß ich in den letzten Tagen so manche Stunde ernster Ueberlegung zugebracht habe, bis ich mich entschloß, dem ehrenden Rufe Folge zu leisten.“¹⁵⁶

Die Stadt Linz zählte zum Beginn der Amtszeit von Bürgermeister Dinghofer etwa 60.000 Einwohnerinnen und Einwohner und gemeinsam mit der Stadt Urfahr auf der anderen Donauseite knapp 85.000 Menschen.¹⁵⁷ Die Stadt wirkte klein und manche Stadtgebiete erinnerten eher an eine Landgemeinde als an eine Landeshauptstadt. In der Innenstadt machte freilich der breite Franz-Josefs-Platz mit der Dreifaltigkeitssäule und vielen alten Häusern Eindruck. Auch die Altstadt mit dem Renaissancebau des Landhauses sowie die unmittelbare Lage an der Donau vermochten auch Besucher und Besucherinnen zu beeindrucken.¹⁵⁸ An bedeutenden Bauwerken wies die Stadt noch den im Bau befindlichen neugotischen Mariendom auf, der immerhin über eine größere Grundfläche als der Wiener Stephansdom verfügte, den Prachtbau des Museums Francisco Carolinum sowie – eigentlich außerhalb der Stadtgrenzen – die Wallfahrtskirche auf dem Pöstlingberg, die mit einer elektrischen Bergbahn erreicht werden konnte.¹⁵⁹ Linz profitierte zweifellos von seiner zentralen Lage, die noch die Bedeutung der Landeshauptstadt, des Bischofssitzes, der Beamtenstadt, der Garnisonsstadt sowie – wenigstens teilweise – der Industriestadt unterstrich. Die Ansiedlung von Industriebetrieben – Tabakfabrik, Brauereien, Kaffeemittelfabriken, Schiffswerft, Lokomotivfabrik und andere

¹⁵⁵ AStL, GRP (gedruckt), Protokoll der Sitzung vom 15.5.1907, 172; Bart/Puffer, Gemeindevertretung, 80.

¹⁵⁶ AStL, GRP, Sitzung vom 15.5.1907, fol. 264 f.

¹⁵⁷ Österreichischer Zentralkataster 1908, 171.

¹⁵⁸ Privatsammlung Verena Wagner, Lebenserinnerungen Egon Basch, 21.

¹⁵⁹ Zöhler/Pesendorfer, Donauperle 1908, 18 und 35–37.

mehr – hatte zur Folge, dass Linz immer mehr zur Stadt der Arbeiter und Arbeiterinnen wurde.¹⁶⁰ Als großes Manko wurde zweifellos das Fehlen einer Universität empfunden.¹⁶¹

Dinghofer startete in seiner neuen Funktion mit viel Elan.¹⁶² Wenige Monate nach seinem Amtsantritt richtete er im Juli 1907 ein Schreiben an die Städte Stuttgart, Frankfurt am Main, Mainz und Köln und bat diese um Unterstützung. Anlässlich seiner geplanten Auslandsreise im August beabsichtige er – so teilte er den jeweiligen Stadtverwaltungen mit – den Städten einen Besuch abzustatten, um „kommunale Neuerungen“ kennenzulernen. Das Schreiben, das in einem Konzept erhalten ist, lässt erkennen, wie Dinghofer seine diesbezüglichen Interessen vorerst allgemeiner niederschrieb, um diese dann in ganz konkrete Wünsche umzuformulieren. Ursprünglich wollte er kommunale Neuerungen „auf dem verkehrspolitischen und gesundheitlichen Gebiete“ erkunden. Schließlich änderte er diesen Passus auf eine sehr detaillierte Beschreibung ab: Demnach interessierte er sich besonders für „öffentliche Anlagen, Arbeiterwohnhäuser, Wohnungs- und Lebensmittelhygiene, Verarbeitungsstätten thierischer Abfälle, städtisches Warmbad, Lagerhaus, Kinderspielplätze etc.“ Dinghofer bat um die Zusendung etwaiger öffentlicher Berichte zu den genannten Themen sowie um die Möglichkeit, bei seinem Aufenthalt die eine oder andere städtische Einrichtung besuchen zu dürfen.¹⁶³

Wahlrecht

Durch die Gemeindewahlreform des Jahres 1905 wurde der Kreis der Wahlberechtigten erstmals auf alle männlichen Einwohner ab 24 Jahren, die seit mindestens einem Jahr ihren ununterbrochenen Wohnsitz in Linz hatten, erweitert. Allerdings handelte es sich dabei nach wie vor um ein ungleiches Wahlrecht, weil noch das alte Kuriensystem galt, das die Gewichtung der Stimmen der Wähler an deren Steuerleistung bzw. an deren soziale Stellung koppelte: Die Wahlberechtigten wurden nach ihrer Steuerleistung bzw. ihrem Beruf in vier Wahlkörper eingeteilt. Jeder Wahlkörper durfte zwölf Mandatare wählen, also insgesamt 48. Im vierten Wahlkörper konnten nicht nur alle, die nicht für einen der ersten drei Wahlkörper qualifiziert waren, wählen, sondern auch alle anderen. Das heißt, für die Privilegierteren ergab sich nicht nur der Vorteil, dass ihre Stimme mehr zählte, sondern sie durften sogar zweimal ihre Stimme abgeben. Eine Auswirkung der neuen Gemeindewahlreform war daher nur, dass

¹⁶⁰ Sandgruber, Hitlers Vater, 178 f.

¹⁶¹ Schuster, Eliten, 57.

¹⁶² Siehe dazu auch Ruckensteiner, Familiengeschichte, 79.

¹⁶³ AStL, Materienbestand, Sch. 5, Gemeinderatssitzungen und -anträge, Mappe 1907, Dinghofer an Stadtverwaltungen Stuttgart, Frankfurt, Mainz und Köln, 19.7.1907.

die Zahl der Gemeinderäte von 36 auf 48 erhöht wurde und eine Handvoll sozialdemokratischer Mandatare in den Gemeinderat gelangte, was der Vorherrschaft des Besitzbürgertums in der politischen Administration der Stadt jedoch keinen Abbruch tun konnte.¹⁶⁴

In der Folge forderten die Sozialdemokraten die Verwirklichung des allgemeinen und gleichen Wahlrechts, insbesondere ab 1907, als dieses für den Reichsrat realisiert wurde.¹⁶⁵ Die Forderungen der Sozialdemokraten wurden allerdings von der deutschnationalen Majorität im Gemeinderat abgelehnt. Die einzige Konzession war im Herbst 1908 die Einführung des Verhältniswahlrechts in der dritten und vierten Kurie.¹⁶⁶ Eine weitergehende Gemeindevahlreform, wonach die Wähler der ersten drei Kurien nicht mehr auch im vierten Wahlkörper wahlberechtigt sein sollten, wurde auf Landesebene von den Deutschnationalen, die über ein Vetorecht im Landtag verfügten, jahrelang blockiert.¹⁶⁷ Auch im Gemeinderat wurden alle Vorschläge der Sozialdemokraten, die eine – auch nur schrittweise – Wahlreform mit einem gerechteren Wahlsystem beinhalteten, von der deutschnationalen Majorität abgelehnt.¹⁶⁸

Erst als im Landtag bereits größere Reformen im Wahlrecht diskutiert wurden, entschlossen sich die Deutschnationalen im Februar 1914, auch in Linz weitere – bescheidene – Reformschritte zu wagen: Die Kurien wurden auf drei reduziert, wobei für die erste das Mehrheitswahlrecht und für die beiden anderen das Verhältniswahlrecht gelten sollte. Es waren nach wie vor alle Wahlberechtigten des ersten und zweiten Wahlkörpers auch in der dritten Kurie wahlberechtigt. Allerdings war bisher aus dieser allgemeinen Wählerklasse nur ein Viertel der Mandate vergeben worden, nun sollten sich aus ihr heraus ein Drittel der Mandatare rekrutieren. Durch den Ausbruch des Ersten Weltkriegs trat diese Wahlreform jedoch nicht mehr in Kraft.¹⁶⁹ Auch während des Krieges versuchten die Sozialdemokraten, ihre Forderung nach dem allgemeinen und gleichen Wahlrecht für Männer und Frauen durchzusetzen. Das einzige Resultat dieser Bemühungen war im Dezember 1917 die Einsetzung eines neunköpfigen Ausschusses des Gemeinderates, in den die Sozialdemokratische Partei drei Mitglieder entsenden konnte. Ergebnisse konnten bei diesen Beratungen allerdings nicht mehr erzielt werden.¹⁷⁰

Die deutschnationale Position hinsichtlich der Wahlrechtsfrage war eindeutig und gänzlich auf das eigene Wählersegment ausgerichtet: Jene, die den Hauptteil der Gemeindelasten zu

¹⁶⁴ Tweraser, Gemeinderat 1880–1914, 296; Tweraser, Parteiensystem, 103; Mayrhofer, Dinghofer Diss., 7 f.; Bart/Puffer, Gemeindevertretung, 29 und 31.

¹⁶⁵ Tweraser, Parteiensystem, 103.

¹⁶⁶ Ebenda, 105.

¹⁶⁷ Ebenda, 106 f.

¹⁶⁸ Ebenda, 107.

¹⁶⁹ Ebenda, 108.

¹⁷⁰ Ebenda, 108 f.

tragen hatten, sollten auch entsprechende Vorrechte genießen. Franz Dinghofer war jedenfalls selbst von diesem Grundsatz überzeugt.¹⁷¹

Als deutschfreiheitlicher Bürgermeister stand Dinghofer vor allem in der Kritik der sozialdemokratischen Opposition. Im Juni 1911 wurde er von der sozialdemokratischen Presse dafür kritisiert, dass er Arbeiterfrauen beschimpft habe. Hintergrund dafür dürfte gewesen sein, dass Dinghofer – wohl im Vorfeld der Wahlen zum Reichsrat – Drohbriefe erhalten hatte, deren Urheberschaft er in „sozialdemokratischen Frauenkreisen“ vermutete. Offenbar ließ sich Dinghofer angesichts der Angriffe, denen er von sozialdemokratischer Seite ausgesetzt gewesen war, zu einer diesbezüglichen öffentlichen Aussage hinreißen. Die den Deutschnationalen freundlich gesinnte Linzer Tagespost nahm ihn dafür in Schutz und konstatierte: „Gerade Dr. Dinghofer ist gewiss der letzte, der eine solche Pauschalverdächtigung aussprechen würde. Er hat nur die Richtung angedeutet, aus der offenbar diese Pfeile kommen.“¹⁷²

Städtische Verwaltung

Dinghofer galt als Verwaltungsfachmann, der bereits als Vizebürgermeister für die im Dezember 1906 im Gemeinderat beschlossene Verwaltungsreform der Stadtverwaltung verantwortlich gezeichnet hatte. Ausgehend von der bisherigen Umständlichkeit und Langsamkeit der Amtsgebarung war der Kernpunkt dieser Reform die Schaffung des Magistrates als städtischer Verwaltungskörper mit einem Magistratsdirektor als Leiter des inneren Dienstes. Die Aufgaben der – insgesamt sieben – Magistratsabteilungen wurden klar voneinander abgegrenzt, was früher nicht der Fall gewesen war. Die Leitung des Magistrates oblag dem Bürgermeister und in dessen Vertretung dem Bürgermeister-Stellvertreter. Die Reform brachte auch eine Entlastung des Bürgermeisters, der zuvor jedes Schriftstück der Stadtverwaltung selbst unterzeichnen hatte müssen.¹⁷³ Die von Dinghofer initiierte Verwaltungsreform trat am 1. Jänner 1907 und damit wenige Monate vor seinem Aufstieg zum Bürgermeister in Kraft.¹⁷⁴

Im Februar 1914 einigten sich die politischen Parteien noch auf eine weitere Reform in der Verwaltung der Stadt, und zwar auf die Schaffung eines Stadtrats. Dieses Gremium sollte die bisherige politische Administration durch den Bürgermeister und die zwei Vizebürgermeister ergänzen. Durch den Ausbruch des Ersten Weltkriegs wurde dieser Reformschritt allerdings erst nach dem Krieg realisiert.¹⁷⁵

¹⁷¹ Mayrhofer, Dinghofer Diss., 89; Tweraser, Gemeinderat 1880–1914, 309.

¹⁷² Tages-Post, 8.6.1911, 2.

¹⁷³ Mittmannsgruber, Stadtverwaltung 1848–1918, 242–248; Mayrhofer, Dinghofer Diss., 21–27.

¹⁷⁴ Mittmannsgruber, Stadtverwaltung 1848–1918, 244.

¹⁷⁵ Bukey, Patenstadt, 29 f.

Personalpolitik

Besonderes Augenmerk widmete Dinghofer der Personalpolitik. Im Juli 1914 wurde die Stelle eines Baudirektors durch die Stadt Linz ausgeschrieben. Als Bewerber kamen demzufolge „nur Deutsche“ in Betracht, die an einer technischen Hochschule studiert hatten.¹⁷⁶ Nachdem sich 14 Bewerber für diesen Posten gemeldet hatten, holte Dinghofer persönlich Auskünfte über die Kandidaten ein. So bat er den Oberbürgermeister von Charlottenburg um eine Einschätzung der fachlichen und persönlichen Eigenschaften des Regierungsbaumeisters Curt Kühne, der im Dienst der Stadt Charlottenburg stand.¹⁷⁷ Nachdem sich mit Dr. Felix von Glaßer noch ein zweiter Bewerber aus dem Stadtbauamt Charlottenburg gefunden hatte, wollte Dinghofer ermitteln, welcher der beiden für die Stelle besser geeignet sei: Zuerst bat er den Generaldirektor der Allgemeinen Lokal- und Straßenbahngesellschaft in Berlin, Philipp Schrimppf, Erkundigungen über die beiden Kandidaten einzuziehen. Die Berliner Gesellschaft war deutscher Hauptaktionär der Tramway- und Elektrizitäts-Gesellschaft Linz-Urfahr (TEG) und ihr Generaldirektor war im Verwaltungsrat der TEG vertreten, was die Verbindung des Linzer Bürgermeisters zu Generaldirektor Schrimppf erklärt. Schrimppf sprach mit den Vorgesetzten der beiden und schließlich auch mit Glaßer und Kühne selbst. Das Ergebnis war eindeutig: Glaßer arbeitete zwar brav und galt als bescheiden, ein organisatorisches Talent wurde ihm aber nicht konstatiert. Kühne hingegen wirkte energisch und verfügte über den Ruf, vor keiner Arbeit zurückzuschrecken. Dinghofer reiste schließlich im Herbst 1914 nach Berlin, um die beiden Kandidaten selbst in Augenschein zu nehmen: Während er Glaßer als „Waserl“ (unbeholfener Mensch) empfand, machte Kühne auf ihn einen ausgezeichneten Eindruck.¹⁷⁸ Auffällig war das mit 32 Jahren jugendliche Alter Kühnes, was aber den ebenfalls noch sehr jungen Bürgermeister wohl nicht gestört haben dürfte. Nach dem Beschluss des Linzer Gemeinderates trat Kühne im Jänner 1915 die Stelle des Stadtbaudirektors an.¹⁷⁹ Die von Dinghofer wohlvorbereitete Personalentscheidung sollte sich jedenfalls für die Stadt Linz überaus positiv auswirken: Die Leistungen von Curt Kühne als Stadtbaudirektor und Architekt wurden später allgemein anerkannt. Mehrere der von ihm entworfenen Gebäude wie das Parkbad und die Diesterwegschule gelten heute noch als besonders herausragende und stadtbildprägende Bauwerke der Stadt Linz.¹⁸⁰

¹⁷⁶ AStL, Personalakt Curt Kühne, Ausschreibung Baudirektor, 14.7.1914.

¹⁷⁷ Ebenda, Dinghofer an Oberbürgermeister Charlottenburg, 9.10.1914.

¹⁷⁸ AStL, Personalakt Curt Kühne, Bericht Dinghofer, 3.11.1914. Zum Engagement der Allgemeinen Lokal- und Straßenbahngesellschaft Berlin bei der TEG siehe Rafetseder, Kommunalwirtschaft, bes. 430, und Brandlmaier, ESG-Chronik, 13.

¹⁷⁹ AStL, Personalakt Curt Kühne, Personalkarteikarten.

¹⁸⁰ Mayrhofer/Katzinger, Geschichte Linz 2, 373; Schuster, Eliten, 72 und 74; Posch, Kühne, 51–63.

Auch eine zweite Personalentscheidung während der Bürgermeisterzeit von Franz Dinghofer betraf für Jahrzehnte eine Schlüsselposition in der Stadt Linz. Wegen der per 1. April 1913 geplanten Übernahme des privaten Gaswerks in das Eigentum der Stadt gelangte bereits 1912 die Stelle des Direktors des städtischen Gaswerks zur Besetzung. Aufgenommen wurde schließlich der gebürtige Bayer Philipp Imhof, der zuletzt stellvertretender Direktor des städtischen Gaswerks in Leipzig gewesen war. Der 35-jährige Imhof trat mit 1. Oktober 1912 seinen Posten an und erwies sich über viele Jahre hinweg als erstklassiger Fachmann bis zu seiner Pensionierung im Juni 1938.¹⁸¹

Karriere machte auch ein weiterer junger Beamter unter Bürgermeister Dinghofer: Matthias Kiener war bereits 1901 in die Stadtverwaltung eingetreten. Unter Dinghofer avancierte er 1909 im Alter von 31 Jahren zum Vorstand der als Magistratsabteilung II titulierten Bezirksverwaltung.¹⁸² Kiener verfügte über persönliche Kontakte zu Dinghofer, gehörten doch beide derselben akademischen Verbindung an. Der um vier Jahre jüngere Kiener war in der Grazer „Ostmark“ sogar Leibfuchs von Dinghofer gewesen.¹⁸³ Im Jahr 1919 – bereits unter dem sozialdemokratischen Bürgermeister Josef Dametz – stieg Dr. Kiener zum interimistischen Magistratsdirektor und schließlich im Dezember 1920 zum definitiv bestellten Magistratsdirektor auf.¹⁸⁴

Auch einem zweiten Leibfuchs Dinghofers gelang bereits in jungen Jahren eine steile Karriere im Magistrat: Dr. Anton Zötl, im Jahr 1900 in die Stadtverwaltung eingetreten, wurde 1908 – nicht einmal ein Jahr nach Dinghofers Amtsantritt als Bürgermeister – im Alter von 32 Jahren mit der Leitung der Amtsabteilung III betraut.¹⁸⁵ Diese umfasste die städtische Polizei inklusive der Zuständigkeit für das Vereins- und Meldewesen. Hinzukamen noch die Wahlangelegenheiten einschließlich der Führung des Wählerkatasters.¹⁸⁶ Zötl war damit Vorgesetzter von über hundert städtischen Bediensteten.¹⁸⁷

Die Zahl der städtischen Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen lag während Dinghofers Bürgermeisterzeit bei bis zu annähernd tausend Personen, wobei während des Ersten Weltkriegs viele von ihnen Kriegsdienst leisten mussten.¹⁸⁸ Von der Opposition gab es viel Kritik an der Personalpolitik Dinghofers. Noch Jahre später wurde daran erinnert, dass in den Zeiten von

¹⁸¹ AStL, Personalakt Philipp Imhof, Personalkarteikarten sowie eigenhändiger Lebenslauf (1912).

¹⁸² AStL, Personalakt Dr. Matthias Kiener; Puffer, Magistratsdirektoren, 132.

¹⁸³ Mayrhofer, Dinghofer, 14.

¹⁸⁴ AStL, Personalakt Dr. Matthias Kiener; Puffer, Magistratsdirektoren, 132.

¹⁸⁵ Vgl. AStL, Personalakt Dr. Anton Zötl, Dinghofer an Personalkomitee des Gemeinderates, 14.12.1909; Mayrhofer, Dinghofer, 14.

¹⁸⁶ Mittmannsgruber, Stadtverwaltung 1848–1918, 245.

¹⁸⁷ Rechenschaftsbericht Gemeinderat 1917, 138.

¹⁸⁸ AStL, GRP, Sitzung vom 20.9.1916, fol. 552; ebenda, Sitzung vom 29.11.1916, fol. 697 f.; Mittmannsgruber, Stadtverwaltung 1848–1918, 201.

Bürgermeister Dinghofer nie ein Sozialdemokrat in den Gemeindedienst aufgenommen worden war.¹⁸⁹

Kommunale Betriebe

Die Gründung einer Städtischen Sparkasse erfolgte durch den Gemeinderat bereits 1887, also noch in der liberalen Ära. Diese, seit 1897 im Haus Spittelwiese 3 untergebracht, expandierte aber rasch. 1914 erreichte sie bereits – was die Bilanzsumme und die „Einlageparteien“ betraf – etwa ein Viertel der Größe der Allgemeinen Sparkasse, die ein bedeutendes Geldinstitut in Linz und Oberösterreich darstellte. Die Stadt Linz war wiederholt Nutznießerin der von der Städtischen Sparkasse vergebenen Darlehen. Knapp vor dem Zusammenbruch der Monarchie übersiedelte die Sparkasse in das Haus Landstraße 38. Der Personalstand betrug bis zu 32 Beamte. Als Kanzleivorstand fungierte der deutschnationale Vizebürgermeister bzw. Gemeinderat Fritz Ruckensteiner. Nach dem Ersten Weltkrieg wurde von sozialdemokratischer Seite kritisiert, die Städtische Sparkasse sei – allein schon auf Grund der Personalpolitik – ein Beispiel für deutschnationale Günstlingswirtschaft gewesen.¹⁹⁰

Im Juli 1911 übernahm der Gemeinderat die Pfandleihanstalt, die von der Allgemeinen Sparkasse wegen der ständigen Defizite abgegeben wurde, in das Eigentum der Stadt Linz. Mit finanzieller Unterstützung der Allgemeinen Sparkasse erfolgte im Jahr 1912 der Umbau der Mayerhoferschen Lederfabrik an der Fabrikstraße in ein repräsentatives Jugendstilgebäude, das die städtische Leihanstalt beherbergte. War man bei der Übernahme noch von einem Gewinn in den ersten Jahren ausgegangen, so zeigte sich bald, dass davon – erst recht während des Ersten Weltkriegs – keine Rede sein konnte. Der Gemeinderat musste zur Kenntnis nehmen, dass immer weniger Gegenstände versetzt, hingegen relativ viele Pfandgegenstände ausgelöst wurden, was einen wirtschaftlichen Erfolg des Unternehmens nicht zuließ. Im Jahr 1922 wurde schließlich mit der Übergabe an das Wiener Dorotheum das Ende der Pfandleihanstalt als kommunaler Betrieb beschlossen. Zu diesem Zeitpunkt war auch der soziale Aspekt des Unternehmens mehr als umstritten, zählten zu den Kunden doch auch solche, die wertvolle Juwelen brachten, um mit dem erhaltenen Geld kurzfristig gute Geschäfte zu machen, oder Personen, die bei Gelegenheitskäufen erworbene Wohnungseinrichtungen bloß billig einlagern wollten.¹⁹¹ Aus diesen Gründen ist es zumindest fraglich, ob die Übernahme

¹⁸⁹ Tagblatt, 19.6.1929, 2.

¹⁹⁰ Rafetseder, Kommunalwirtschaft, 444–446; Rechenschaftsbericht Gemeinderat 1917, 198.

¹⁹¹ Rafetseder, Kommunalwirtschaft, 452–458.

der Leihanstalt in den Gemeindebetrieb tatsächlich als besondere Leistung Dinghofers angesehen werden kann, wie dies noch im Jahr 1918 behauptet wurde.¹⁹²

Während der Amtszeit von Bürgermeister Dinghofer kam es zu einem Ausbau des – zuvor eher bescheidenen – Wirtschaftshofes, dessen Bedeutung besonders im Ersten Weltkrieg als Bestandteil des Lebensmittelamtes bzw. wegen der Notwendigkeit der Brennstoffbewirtschaftung stieg. Die eigentliche Gründung des Wirtschaftshofes als kommunales Unternehmen datiert jedoch erst in das Jahr 1919, nachdem die Sozialdemokraten die Führung der Stadtverwaltung übernommen hatten, allerdings unter maßgeblicher Beteiligung des deutschnationalen Vizebürgermeisters Karl Sadleder.¹⁹³

Direkt mit dem Ersten Weltkrieg stand der Erwerb der Linzer Molkerei durch die Stadt Linz im Sommer 1917 in Verbindung. Die Stadt erwartete sich, durch den Kauf mehr Einfluss auf die Verteilung und Rationierung der Milch ausüben zu können. Die bereits vorhandenen städtischen Milchverkaufsstellen wurden in den neuen kommunalen Betrieb integriert.¹⁹⁴

Das größte Kommunalisierungsprojekt in Dinghofers Amtszeit war zweifellos jenes des Gaswerks. Der 1857 mit der Allgemeinen österreichischen Gasgesellschaft in Triest abgeschlossene Gasvertrag ermöglichte der Stadt den Bezug von Gas zum Sonderpreis insbesondere für die Straßenbeleuchtung.¹⁹⁵ Nachdem der Vertrag von 1868 wiederholt – zuletzt 1903 für weitere zehn Jahre – verlängert worden war, stellte sich für die Stadt schließlich die Frage, ob nicht Gaswerk und Gasversorgung in städtischer Eigenregie betrieben werden sollten.¹⁹⁶ Dinghofer, der sich für diese Option stark engagiert hatte, konnte die Übernahme des Gaswerks in städtisches Eigentum per 1. April 1913 realisieren.¹⁹⁷ In der Folge bewilligte der Gemeinderat größere Investitionen für die Modernisierung des veralteten Betriebs.¹⁹⁸ Im Zuge der Überlegungen für die Kommunalisierung des Gaswerks hatte Bürgermeister Dinghofer auch seine juristische Expertise – gemeinsam mit Rechtsanwalt Fritz Ruckensteiner – einbringen können: Die Triester Gesellschaft musste schließlich auch vor Gericht zur Kenntnis nehmen, dass die Stadt Linz das Recht hatte, den Gasvertrag einfach auslaufen zu lassen.¹⁹⁹ Während des Ersten Weltkriegs konnte das neue kommunale Unternehmen seine Leistungsfähigkeit unter Beweis stellen: Zum Unterschied von der Situation in anderen oberösterreichischen

¹⁹² AStL, GRP, Sitzung vom 20.12.1918, fol. 762 f.; Tages-Post, 21.12.1918, 1.

¹⁹³ Rafetseder, Kommunalwirtschaft, 459–461.

¹⁹⁴ Ebenda, 481 f.

¹⁹⁵ Ebenda, 380–382.

¹⁹⁶ Rafetseder, Kommunalwirtschaft, 386–389.

¹⁹⁷ Ebenda, 389–391.

¹⁹⁸ Ebenda, 392.

¹⁹⁹ Ebenda, 390; Ruckensteiner, Familiengeschichte, 85.

Städten wie Steyr, Wels und Gmunden musste der Betrieb des Linzer Gaswerks nicht zeitweise eingestellt werden.²⁰⁰

Während Dinghofers Amtszeit befand sich die – für die städtische Infrastruktur besonders wichtige – Tramway- und Elektrizitäts-Gesellschaft Linz-Urfahr (TEG) fast ausschließlich in Privatbesitz. Diese Gesellschaft war im Jahr 1898 für die Stromerzeugung, den Betrieb der Linzer Straßenbahn sowie für die – elektrisch geführte – Bergbahn von Urfahr auf den Pöstlingberg errichtet worden. Die Stadt Linz verfügte noch 1914 mit 12,5 Prozent nur über eine kleine Beteiligung an der Aktiengesellschaft. Hauptaktionäre waren die deutsche „Union“ Elektrizitätsgesellschaft in Berlin (bzw. die Allgemeine Lokal- und Straßenbahngesellschaft Berlin bzw. die Berliner Lokalbahn- und Kraftwerke AG) und die Wiener Länderbank. Die Deutschnationalen äußerten kein Interesse an der Kommunalisierung der TEG. Sie verfügten mit Carl Beurle und den Gemeinderäten Emil König und Gustav Wolf über Schlüsselpositionen in der TEG.²⁰¹ Dass die Rolle des deutschnationalen Multifunktionärs Beurle, der gleichzeitig Reichsratsabgeordneter, Landtagsabgeordneter, Inhaber einer Rechtsanwaltskanzlei und Präsident der TEG war, nicht unbedingt mit den Interessen der Stadt Linz übereinstimmen musste, zeigte sich im Jahr 1908: Beurle lehnte den Vorschlag für eine Fahrkartensteuer ab, die die Stadt Linz zur Bedeckung einer Anleihe einführen wollte, und erreichte im Landtag die Zuweisung an einen Ausschuss, was zum Leidwesen Dinghofers eine Verschleppung der Angelegenheit bedeutete.²⁰²

Gerade am Beispiel von Tramway und Elektrizität zeigt sich der Unterschied zwischen der christlichsozialen Stadtverwaltung unter Karl Lueger in Wien und der deutschnationalen Stadtregierung unter Bürgermeister Dinghofer in Linz: In Wien wurden nicht nur die Gaserzeugung und die Gasversorgung kommunalisiert, sondern auch die Straßenbahn und die Elektrizitätswirtschaft.²⁰³ Die deutschnationalen Stadtpolitiker in Linz wollten keine weitergehende Kommunalisierung, standen sie doch in wirtschaftspolitischer Hinsicht den alten Liberalen näher wie den christlichsozialen Kommunalpolitikern in Wien.²⁰⁴

²⁰⁰ Mateja, Oberösterreich im I. Weltkrieg, 182.

²⁰¹ Rafetseder, Kommunalwirtschaft, bes. 408–411, 424–427 und 430; Brandlmaier, ESG-Chronik, 13.

²⁰² Mayrhofer, Dinghofer Diss., 86 f.; Beurle, Carl Beurle, 65. Zu den Funktionen Beurles siehe Bart/Puffer, Gemeindevertretung, 108.

²⁰³ Vgl. Wien Geschichte Wiki, <https://www.geschichtewiki.wien.gv.at/Elektrizit%C3%A4t> (19.11.2021).

²⁰⁴ Rafetseder, Kommunalwirtschaft, 410; Leidinger/Rapp, Hitler, 177 f.

Finanzpolitik

Unter Dinghofer nahm die Stadt Linz eine Anleihe in der Höhe von 15 Millionen Kronen auf, die unter anderem für das Allgemeine Krankenhaus, die Erweiterung des Versorgungshauses und für den Kasernenbau gedacht war.²⁰⁵

Der Kasernenbau war für Linz insofern maßgeblich, als die Stadt nach dem Einquartierungsgesetz verpflichtet war, für die Unterkünfte von Truppen zu sorgen.²⁰⁶ So fielen in Dinghofers Amtszeit als Vizebürgermeister und als Bürgermeister die Beschlüsse für den Bau einer Landwehr-Artilleriekaserne und einer Heeres-Artilleriekaserne.²⁰⁷ Im Jahr 1917 ressortierten u.a. die Wasserkaserne, drei Landwehr-Infanteriekasernen, eine Landwehr-Artilleriekaserne, eine Heeres-Artilleriekaserne, ein Landwehr-Spitalsgebäude und ein Reitschulgebäude in die städtische Verantwortung, wohingegen die Schlosskaserne, die Fabrikkaserne und die Pionierkaserne staatliche Kasernen waren.²⁰⁸

Unter Dinghofer und mit maßgeblicher Beteiligung von Vizebürgermeister bzw. Gemeinderat Josef Helletzgruber kam es durch die Gemeinde zu einem groß angelegten Erwerb von Grund und Boden im Stadtgebiet, wobei eine Reihe von Bauerngütern, aber auch das Nordico und der Salzstadel ins städtische Eigentum wechselten. Der Ankauf von Grund und Boden war zum Teil auch für den Kasernenbau gedacht.²⁰⁹

Bürgermeister Dinghofer gelang es, mit der Regulierung des Fuchselbaches nicht nur ein wichtiges Bauvorhaben zu initiieren, sondern auch eine Finanzierungsbeteiligung des Staates und des Landes zu erreichen. Der Fuchselbach hatte bei Regenfällen regelmäßig die Vororte überschwemmt. In den Jahren 1914 bis 1917 konnte durch den Bau eines betonierten Sammelkanals Abhilfe geschaffen werden.²¹⁰

Schulbauten

Zu den Schwerpunkten der liberalen und der deutschnationalen Stadtpolitik zählten die Schulbauten. Die Errichtung der 1907 eröffneten Doppelvolksschule für Knaben und Mädchen auf dem Römerberg war bereits 1904, also noch vor dem Amtsantritt von Bürgermeister Franz Dinghofer beschlossen worden.²¹¹ Die Erbauung der Knaben-Bürgerschule Waldegg an der

²⁰⁵ Mayrhofer, Dinghofer Diss., 78 und 84 f.

²⁰⁶ Ebenda, 82.

²⁰⁷ Ebenda, 83 f.

²⁰⁸ Rechenschaftsbericht Gemeinderat 1917, 137.

²⁰⁹ Mayrhofer, Dinghofer Diss., 27 f.; Ruckensteiner, Familiengeschichte, 84.

²¹⁰ Mayrhofer, Dinghofer Diss., 63–67; OÖLA, Rückstellungsakten, Rk 257/47, 73, Dinghofer an Rückstellungskommission, eingelangt 2.2.1949.

²¹¹ Ziegler, Volksschulwesen, 57; Mayrhofer, Dinghofer Diss., 32.

Wiener Reichsstraße (heute Wiener Straße) war zwar schon 1904 angestrebt, aber erst 1908 – unter Dinghofer – beschlossen und 1911 fertiggestellt worden.²¹² Eine Mädchen-Bürgerschule konnte 1912 an der Raimundstraße eröffnet werden.²¹³ Mit diesen Schulbauten bekräftigte Dinghofer seinen Ruf, sich auch für die Entwicklung der Vororte einzusetzen, in denen ärmere Bevölkerungsschichten lebten.²¹⁴

In Dinghofers Amtszeit gelang es 1907 auch, die Staatshandwerkerschule an der Goethestraße zu einer Staatsgewerbeschule aufzuwerten.²¹⁵ Zudem konnte im Jahr 1909 die Realschule von der Steingasse in ein neu errichtetes repräsentatives Gebäude an der Fadingerstraße übersiedeln.²¹⁶ Mit dem neuen Realgymnasium, das in der Volksfesthalle am heutigen Hessenplatz untergebracht wurde, erhielt Linz 1911 eine weitere höhere Schule.²¹⁷ Allerdings gelang es Dinghofer trotz zahlreicher Interventionen nicht mehr, den von der k.k. Regierung versprochenen Neubau für die nur provisorisch untergebrachte Schule realisiert zu bekommen.²¹⁸

Bürgermeister Dinghofer, der sich generell als ein vehementer Verfechter der Interessen von Linz erwies, sah seine Stadt gerade in Schulfragen im Vergleich zu anderen Städten der Monarchie klar benachteiligt. So kritisierte er in einer Rede im Februar 1909 im Kaufmännischen Vereinshaus, dass Linz gemeinsam mit Urfahr nur über drei höhere staatliche Schulen – das Staatsgymnasium, die Realschule und die Lehrerbildungsanstalt – verfüge, wohingegen sich im doppelt so großen Graz sechs öffentliche Gymnasien und vier Realschulen befänden. In Czernowitz, das kleiner als Linz und Urfahr sei, seien drei Staatsgymnasien und eine Realschule vorhanden. In Laibach – nicht halb so groß wie Linz – gäbe es drei staatliche Mittelschulen.²¹⁹

Pläne für eine Hochschule

Die Forderungen, Linz endlich zum Sitz einer Hochschule zu machen, waren bereits vor der Bürgermeisterzeit Dinghofers wiederholt an die Wiener Zentralstellen gerichtet worden.²²⁰ In diesen Bestrebungen waren sich Stadt und Land einig, stellten doch Landeshauptmann Hauser und Bürgermeister Dinghofer im Dezember 1917 im Reichsrat einen gemeinsamen

²¹² Ziegler, Volksschulwesen, 57; Mayrhofer, Dinghofer Diss., 33 f.

²¹³ Ziegler, Volksschulwesen, 58.

²¹⁴ Mayrhofer, Dinghofer Diss., 15 f.

²¹⁵ Ebenda, 35 f.

²¹⁶ Ebenda, 38.

²¹⁷ Ebenda, 40.

²¹⁸ Linzer Volksblatt, 26.2.1918, 4 f.; AStL, GRP, Sitzung vom 20.12.1918, fol. 761–764.

²¹⁹ Tages-Post, 11.2.1909, 2.

²²⁰ Vgl. Koref, Gezeiten, 349.

Antrag, eine deutsche Universität in Linz zu errichten.²²¹ Dinghofer dachte vorerst an eine Medizinische Fakultät, dann gab es Pläne für eine Handelshochschule.²²² Noch kurz vor Kriegsende appellierte der Gemeinderat im Juli 1918 an die k.k. Regierung, Linz mit einer Hochschule auszustatten.²²³ Trotz aller Bemühungen auch nach dem Ersten Weltkrieg sollte die Linzer Hochschule erst Jahrzehnte später – in den 1960er Jahren – errichtet werden.²²⁴

Verkehrswesen

Im Verkehrswesen war Linz beinahe gegenüber der aufstrebenden Stadt Wels ins Hintertreffen gelangt.²²⁵ Wels hatte bereits früh die Bahnlinie Wels-Eferding-Aschach gebaut und plante nun eine Nord-Süd-Verbindung zur Mühlkreisbahn, weshalb Linz seine Interessen noch mehr bedroht sah. Der Streit über die Trasse dieser Verbindung konnte bis 1918 nicht gelöst werden.

Unter Dinghofer gelang es in den Jahren 1912 und 1913, die bereits längere Zeit geplante Bahnstrecke Linz-Eferding-Waizenkirchen sowie die Bahnlinie Ebelsberg-St. Florian zu realisieren. Bei letzterer Strecke konnte der weitere geplante Verlauf bis Steyr nicht mehr verwirklicht werden. Beide Eisenbahnen wurden in Form von privaten Aktiengesellschaften begründet, an denen die Stadt Linz beteiligt war. Nicht zur Ausführung kam hingegen die beabsichtigte Bahnverbindung zwischen Linz und Leonfelden.

Große Aufmerksamkeit erhielten die Pläne für einen neuen Bahnhof, der sich mit einer Länge von acht Kilometern vom Bahnhof Kleinmünchen bis nach Gaumberg erstrecken sollte. Kernstück der in den Jahren 1912 bis 1916 erfolgten Bauarbeiten war die Errichtung eines Vershubbahnhofes an der Wiener Straße.²²⁶

Im innerstädtischen Verkehr konnte im Jahr 1914 eine neue Straßenbahnlinie eröffnet werden, die – im West-Ost-Verlauf – vom Fuße des Bauernbergs bis zu den Krankenhäusern im Osten der Stadt geführt wurde. Städtebaulich musste dafür durch den Teilabriss eines Hauses und der Umwidmung eines Teils des Gartens der Karmeliter erst eine Verbindung zwischen der Landstraße und der Mozartstraße geschaffen werden. 1917 genehmigte der Gemeinderat die Errichtung einer neuen Straßenbahnstrecke durch die Blumauerstraße, Friedhofstraße,

²²¹ Tages-Post, 23.5.1918, 4; John, Bevölkerung in der Stadt, 413.

²²² Mayrhofer, Dinghofer Diss., 44.

²²³ AStL, GRP, Sitzung vom 10.7.1918, fol. 682'–683.

²²⁴ Vgl. zusammenfassend Mayrhofer, Kulturführer, 2.

²²⁵ Zum Abschnitt Verkehrswesen siehe – sofern nicht anders angegeben – Mayrhofer, Dinghofer Diss., 44–68.

²²⁶ Tages-Post, 15.10.1937, 4; Kreczi, Linz, 65.

Lenaustraße und Anastasius-Grün-Straße, die im Anschluss in das Gleis nach Kleinmünchen einmündete. Die Eröffnung der neuen Strecke erfolgte noch im Dezember 1917.²²⁷

Vergleichsweise bescheiden fiel das städtische Engagement im Bereich des Donauhafens aus: Die Stadt gab nur Grund am Donauufer an die diversen Schifffahrtsgesellschaften ab, die drei Lagerhäuser errichteten, wodurch der Donauumschlagplatz erweitert wurde. Freilich blieb dieser Hafen mit der Länge von rund 300 Metern, vier Lagerhäusern und vier Kränen ein nicht sehr leistungsfähiger Warenumschlagplatz.²²⁸ Als an eine Verbindung von Elbe, Moldau und Donau gedacht wurde, setzte sich Dinghofer im Jahr 1916 für die Variante Budweis-Linz anstatt Budweis-Korneuburg ein.²²⁹

Sozial- und Gesundheitspolitik

Im Jahr 1912 wurde das städtische Versorgungshaus baulich erweitert.²³⁰ Im Sinne der Volksgesundheit richtete man „Volksbrausebäder“ in den neuerrichteten Schulen ein.²³¹ Eine besondere Perspektive tat sich für Linz durch die großzügige Spende des Kaffeemittelfabrikanten Carl Franck und seiner Ehefrau Helene auf: Im Jahr 1910 schenkten die Eheleute der Stadt anlässlich ihrer Silberhochzeit den Betrag von 500.000 Kronen für die Errichtung eines modernen Volksbades. Die Gemeinde stellte für dieses Vorhaben einen Baugrund an der Goethestraße zur Verfügung und Techniker des Stadtbauamtes wurden zu Studienzwecken nach Deutschland geschickt, um Planungen für Schwimmbecken sowie Brause-, Wannen- und Dampfbäder kennenzulernen. Mit der konkreten Realisierung des Projekts ließ man sich jedoch Zeit, und zwar solange, bis nach dem Ausbruch des Ersten Weltkriegs nicht mehr an eine Verwirklichung gedacht werden konnte. Eine Folge des nicht rechtzeitig verwirklichten Bauvorhabens war freilich auch, dass die gestiftete Summe durch die Nachkriegsinflation praktisch wertlos geworden war.²³² Der Linzer Ehrenbürger Carl Franck stiftete gemeinsam mit seiner Ehefrau Helene im Mai 1917 der Stadt Linz auch den Betrag von 100.000 Kronen zur Errichtung eines städtischen Waisenhauses.²³³

Auf eine im Dezember 1909 gestartete Initiative Dinghofers ging die als „Hauspflege“ bezeichnete Hilfe für erkrankte Frauen mit Kindern zurück. Die Hauspflegerin verrichtete die

²²⁷ Rechenschaftsbericht Gemeinderat 1917, 129; Sternhart, Straßenbahn, 21 f.

²²⁸ Mayrhofer, Dinghofer Diss., 68; AStL, GRP, Sitzung vom 20.12.1918, fol. 761-764; Kreczi, Linz, 46.

²²⁹ Mayrhofer, Dinghofer Diss., 67; Mateja, Oberösterreich im I. Weltkrieg, 63.

²³⁰ Mayrhofer, Dinghofer Diss., 79.

²³¹ Ebenda.

²³² AStL, GRP (gedruckt), vertrauliche Sitzung vom 11. Mai 1910, 60 f.; In Memoriam Carl Franck, 21 f.; Tages-Post, 21.12.1918, 1; AStL, GRP, Sitzung vom 20.12.1918, fol. 761-764; Mayrhofer, Dinghofer Diss., 79.

²³³ Rechenschaftsbericht Gemeinderat 1917, 92.

Hausarbeiten, hatte die Kinder zu versorgen und betreute auch – ohne Krankenpflegerin zu sein – die erkrankte Frau. Bürgermeister Dinghofer selbst hatte diese Einrichtung, die in mehreren deutschen Städten bestand, in München studiert. Organisatorisch wurde die Hauspflege nicht von der Stadt Linz selbst geführt, sondern – mit finanzieller Unterstützung der Stadtgemeinde – vom deutschnational orientierten Verein für Fraueninteressen, dem Therese Hinsenkamp, die Ehefrau des Urfahrer Bürgermeisters, vorstand. Zum Zeitpunkt der Einführung der Hauspflege in Linz bestand in Österreich nur in Wien eine ähnliche Fürsorgeeinrichtung.²³⁴

Zu seinen sozialen Leistungen als Stadtoberhaupt rechnete Dinghofer die Gründung von Schrebergärten. Der Bürgermeister selbst hatte diese in Görlitz in Sachsen kennengelernt. Im Jahr 1909 stellte der Linzer Gemeinderat zu diesem Zwecke Grundstücke zur Verfügung.²³⁵ Der Nachwelt galt Dinghofer als „Gründer der ersten Schrebergärten in Österreich“, auch wenn es offenbar schon zuvor „Arbeitergemüseärten“ in St. Pölten gegeben hatte.²³⁶

Die Schaffung städtischer Naherholungsflächen lief – mit finanzieller Unterstützung durch die Stadt – über den Linzer Verschönerungsverein. Besonders eindrucksvoll fiel die Errichtung der Bauernberganlagen aus, wo zwischen 1910 und 1913 durch die Finanzierung des Industriellen Ludwig Hatschek aus einer Sandgrube eine große Parkanlage entstand. Hatschek, der jüdischer Abstammung war, wurde 1914 zum Linzer Ehrenbürger ernannt.²³⁷

Wie bereits sein Vorgänger Gustav Eder im Jahr 1906 rief Bürgermeister Dinghofer die Linzer Bevölkerung jährlich zur Pockenimpfung auf.²³⁸ Spezielle Kundmachungen Dinghofers zielten auf Impfungen und Auffrischungsimpfungen von Schulkindern gegen Pocken ab.²³⁹ Zu dieser Zeit gab es in Österreich keinen direkten Impfwang, jedoch waren die Eltern verpflichtet, im Falle dass sie ihre Kinder nicht impfen lassen wollten, eine förmliche Erklärung abzugeben. Nichtgeimpfte Kinder waren jedoch von der Aufnahme in Kindergärten und Erziehungsanstalten ausgeschlossen und sollten auch kein Stipendium erhalten.²⁴⁰ Die städtischen Impfungen fanden entweder in der Volksfesthalle am Marktplatz (heute Hessenplatz)

²³⁴ Tagespost, 24.12.1909, 4 f.; ÖGZ, PERS Dinghofer Dr. Franz, 12, Dinghofer an Institut für Landeskunde, 11.4.1953. Zum Verein für Fraueninteressen allgemein siehe Hauch, Frauen, 98–102.

²³⁵ ÖGZ, PERS Dinghofer Dr. Franz, 11, Dinghofer an Institut für Landeskunde, 11.4.1953.

²³⁶ ÖGZ, PERS Dinghofer Dr. Franz, 13–15, Lebensdaten Dinghofer, ca. 1956; Mayrhofer, Dinghofer Diss., 96 f.

²³⁷ Mayrhofer, Dinghofer Diss., 88 f.; Kreczi, Linz, 19.

²³⁸ Vgl. Tages-Post, 9.5.1906, 11; ebenda, 6.6.1907, 11; Linzer Volksblatt, 7.5.1908, 9 (durch Vizebürgermeister Beyer); Tages-Post, 6.5.1909, 13; ebenda, 23.4.1910, 13; ebenda, 28.4.1911, 14; Linzer Volksblatt, 24.4.1912, 12; Tages-Post, 18.4.1913, 12; ebenda, 22.5.1914, 12; ebenda, 31.5.1918, 7.

²³⁹ Tages-Post, 17.9.1907, 13.

²⁴⁰ Vgl. Tages-Post, 16.9.1906, 10.

oder direkt im Stadtphysikat im Rathaus statt.²⁴¹ Anscheinend waren die ständigen Impfauf- rufe notwendig, weil es zahlreiche Impfgegner gab, die – nach zeitgenössischer Einschätzung – sich gleichmäßig auf alle politischen Parteien verteilten.²⁴²

Zumindest zum Teil mit dem Ausbruch des Ersten Weltkrieges hing die Gründung eines städtischen Jugendamtes im Juni 1917 zusammen. Jugendämter hatte es in der k.u.k. Monar- chie im Unterschied zum Deutschen Reich bis dahin nicht gegeben, Linz ging damit allen an- deren österreichischen Städten voraus. Das Jugendamt, das sich auch der Pflege der Gesund- heit der Kinder und Jugendlichen annehmen sollte, war unmittelbar dem Bürgermeister un- terstellt.²⁴³

Die Initiative des Kriegsministeriums, ein Kriegsgefangenenlager auf dem Areal des gro- ßen Exerzierfeldes in der Katzenau zu bauen, wurde von Dinghofer wegen der Lage im Über- schwemmungsgebiet der Donau und der damit verbundenen Seuchengefahr abgelehnt. Zwar konnte der Bürgermeister die Verlegung des Kriegsgefangenenlagers nach Wegscheid in der Gemeinde Kleinmünchen erreichen, musste aber hinnehmen, dass das Lager Katzenau besteh- en blieb und zur Internierung von in- und ausländischen Italienern Verwendung fand.²⁴⁴

Die Tuberkulose war jene Krankheit, die vor und während des Krieges mit rund einem Viertel aller Todesfälle die meisten Todesopfer unter der Zivilbevölkerung forderte.²⁴⁵ Damit hatte sich in Linz der Anteil dieser Krankheit an der Gesamtsterblichkeit gegenüber der Mitte der 1890er Jahre nicht verbessert und lag ähnlich hoch wie in Wien und Graz.²⁴⁶

Die Spanische Grippe wurde noch Anfang Juli 1918 in der Linzer „Tages-Post“ als harmlos charakterisiert.²⁴⁷ Anfang Oktober mussten jedoch bereits sämtliche Mittel-, Bürger- und Volksschulen geschlossen werden.²⁴⁸ Zudem wussten Zeitungen bereits über den „ernsten Charakter“ der Seuche zu berichten, von der „hauptsächlich Personen in den besten Lebens- jahren und mit scheinbar unverwüstlicher Gesundheit“ betroffen seien. Auch das Auftreten der Grippe in Kombination mit schweren Lungenentzündungen wurde konstatiert.²⁴⁹ Im Laufe des Monats mussten in Linz auch Theater, Konzertsäle und Kinos gesperrt werden.²⁵⁰

²⁴¹ Tages-Post, 6.9.1907, 5; ebenda, 6.5.1909, 13.

²⁴² Tages-Post, 15.9.1907, 1.

²⁴³ Rechenschaftsbericht Gemeinderat 1917, 77 f.; Mateja, Oberösterreich im I. Weltkrieg, 215; Städte Deutschösterreichs 1, 294.

²⁴⁴ Mayrhofer, Dinghofer Diss., 108; Schuster, Erster Weltkrieg, 163 f.

²⁴⁵ Rechenschaftsbericht Gemeinderat 1912, 511–515; ebenda 1913, 558–562; ebenda 1914, 571–575; ebenda 1915, 553–557; ebenda 1916, 490–494; ebenda 1917, 461–465.

²⁴⁶ Dietrich-Daum, Tuberkulose, 141; Wien Geschichte Wiki, Art. Tuberkulose, <https://www.geschichtewiki.wien.gv.at/Tuberkulose> (24.11.2020).

²⁴⁷ Tages-Post, 2.7.1918, 4.

²⁴⁸ Tages-Post, 7.10.1918, 4.

²⁴⁹ Tages-Post, 8.10.1918, 3.

²⁵⁰ Tages-Post, 23.10.1918, 2.

Etwa 18 Todesfälle pro Woche schrieb man der Grippe zu.²⁵¹ Doch bereits im November 1918 wurde eine Normalisierung der Sterblichkeit festgestellt.²⁵² Da die Grippe nicht anzeigepflichtig war und auch der Erreger nicht identifiziert werden konnte,²⁵³ ist es schwer, die Sterberate der Spanischen Grippe in Linz festzustellen. Zählt man alle Todesopfer mit Lungenentzündung und mit Grippe zusammen, ergibt sich für das vierte Quartal 1918 ein Anteil von einem Drittel aller Todesfälle in Linz.²⁵⁴

Wohnbau

In der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts konnte der Linzer Wohnbau mit der Bevölkerungsentwicklung nicht mithalten. Die Folge waren triste Wohnverhältnisse vor allem für die ärmeren Bevölkerungsschichten. Es gab meist Ein- und Zweizimmerwohnungen mit hoher Belagsdichte. Die liberale Stadtverwaltung überließ den Wohnbau gänzlich der privaten Hand. Zum Teil versuchten die großen Industriebetriebe der Stadt – wie das Kaffeemittelunternehmen „Heinrich Franck Söhne“, der Nähmaschinenhersteller Jax, die Lokomotivfabrik Krauß oder die Schiffswerft – die Wohnungsnot mit dem Bau von Werkswohnungen zu lindern. Auch die Allgemeine Sparkasse sowie staatliche Unternehmen wie Tabakfabrik und Staatsbahn planten Arbeiterwohnungen.²⁵⁵

Schließlich entschloss sich auch die Stadtgemeinde Linz in den Jahren 1904 und 1905 – vor der Amtszeit von Bürgermeister Dinghofer – selbst als Bauträger für Arbeiterwohnhäuser aktiv zu werden. Die Möglichkeit für die Realisierung dieses Vorhabens bot der Linzer Kaffeemittelindustrielle Carl Franck, der 100.000 Kronen für diesen Zweck stiftete und dafür zum Ehrenbürger ernannt wurde.²⁵⁶ Jedes der projektierten Doppelhäuser sollte Wohnungen mit einer jeweiligen Größe von höchstens 40 Quadratmetern enthalten. Das Wohnbauprojekt wurde schließlich im Jahr 1908 an der verlängerten Gürtelstraße, in der damaligen Peripherie der Stadt, realisiert. Allerdings wurden von den geplanten fünf dreigeschossigen Arbeiterhäusern nur zwei gebaut.²⁵⁷ Die Stadtpolitik unter Bürgermeister Dinghofer war zum Schluss gekommen – wie es Gemeinderat Ruckensteiner im März 1909 formulierte –, es sozial Minderbemittelten lieber zu ermöglichen, Grund und Haus als Eigentum zu erwerben, anstatt sie in

²⁵¹ Linzer Volksblatt, 18.10.1918, 4.

²⁵² Tages-Post, 2.11.1918, 4; Linzer Volksblatt, 6.11.1918, 2.

²⁵³ Vasold, Spanische Grippe, 37 und 39; Witte, Bedrohungsszenario, 190–193; Tages-Post, 12.10.1918, 4; Tagblatt, 12.10.1918, 3; Wien Geschichte Wiki, Art. Spanische Grippe, https://www.geschichtewiki.wien.gv.at/Spanische_Grippe (24.11.2020).

²⁵⁴ AStL, Totenbeschauscheine Gesundheitsamt.

²⁵⁵ Mayrhofer, Linz am Beginn der Moderne, 21 f.

²⁵⁶ In Memoriam Carl Franck, 21 f.; Kepplinger, Arbeiterwohnbau, 24.

²⁵⁷ Kepplinger, Arbeiterwohnbau, 24; Kunsttopographie 15/3, 78 f.

„Mietkasernen“ unterzubringen. Ruckensteiner ergänzte noch: „Das eigene Haus fördert, wie sich in England und Deutschland zeigt, die Sesshaftigkeit, das Gefühl der Zugehörigkeit zum Gemeinwesen, den Sparsinn und die bessere Ausgestaltung des Heims in jeder Richtung.“²⁵⁸

Naturgemäß war die sozialdemokratische Opposition vor allem mit der Einstellung des Baus von Arbeiterwohnhäusern durch die Stadt Linz nicht einverstanden. Gemeinderat Josef Gruber stellte fest, dass es der Masse der Bevölkerung verwehrt bliebe, an den Bau eines eigenen Heims auch nur zu denken: „Jeder Kreuzer Lohnerhöhung wird ihm wieder genommen dadurch, dass die Wohnungs- und Lebensmittelpreise in die Höhe getrieben werden.“ Gruber kritisierte auch in scharfen Worten, dass das Wohnhaus zum Spekulationsobjekt geworden sei. Bürgermeister Dinghofer meinte zum Weiterbau der Arbeiterhäuser, dass dieser nur „dermalen“ nicht stattfinden werde. Er befürchtete, dass sich im Falle einer weiteren Errichtung von gemeindeeigenen Wohnhäusern der Bau der Arbeiterhäuser, der von der Staatsbahndirektion angekündigt worden sei, verzögern würde. Der Bürgermeister führte noch an, dass die Stadt Linz 85 Häuser besitze, in denen über 2.500 Personen wohnen würden: „Diese Zahlen zeigen, dass die Gemeinde bisher gewiss ihre Pflicht erfüllt hat.“²⁵⁹ Trotz dieser Vorbehalte Dinghofers, weitere kommunale Wohnungen durch die Stadt errichten zu lassen, wurde im Nachhinein stets sein Verdienst betont, für die Errichtung von städtischen Arbeiterwohnhäusern gesorgt zu haben.²⁶⁰ Freilich muss man die kommunale Wohnbaupolitik Dinghofers auch im Vergleich mit der Entwicklung in anderen Städten sehen: Neben Linz waren damals nur sieben andere Städte der k.u.k. Monarchie in dieser Hinsicht aktiv gewesen.²⁶¹

Die städtischen Arbeiterhäuser sollten allerdings im Mai 1911 noch einmal der Grund sein, weshalb im Gemeinderat eine lebhafte Debatte vonstattenging. Die Bewohnerschaft der Arbeiterhäuser hatte um die Ausfolgung eines Haustorschlüssels gebeten. Bisher war es üblich gewesen, dass sich die Mieterinnen und Mieter diesen für die Nachtstunden bloß ausborgen konnten bzw. gegebenenfalls eine Aufsperrgebühr zu entrichten hatten. Der deutschnationale Gemeinderat Karl Wöhrle beantragte, den Schlüssel nur „probeweise auf ein halbes Jahr“ auszufolgen und im Falle von Unzukömmlichkeiten diesen sofort wieder einzuziehen. Die sozialdemokratische Fraktion verlangte, dass der Haustorschlüssel bedingungslos – wie überall sonst auch in Linz – den Hausparteien ausgefolgt werde. Tatsächlich scheint es so, als ob von der städtischen Obrigkeit mit ihrem Hausverwalter, der die Bezeichnung „Intendant“ führte, ein allzu harter Standpunkt in dieser Sache eingenommen worden war. In der Wechselrede

²⁵⁸ AStL, GRP (gedruckt), Sitzung vom 17.3.1909, 108.

²⁵⁹ Ebenda, Sitzung vom 17.3.1909, 108–113; vgl. auch Ruckensteiner, Familiengeschichte, 84.

²⁶⁰ Vgl. AStL, GRP, Sitzung vom 20.12.1918, fol. 761–764.

²⁶¹ Kepplinger, Arbeiterwohnbau, 25.

ergriff schließlich der deutschnationale Mandatar Melichar für die Arbeiterschaft Partei und stellte ebenfalls – wie die Sozialdemokraten vor ihm – den Antrag, den Wohnparteien den Haustorschlüssel frei auszufolgen. Bürgermeister Dinghofer erklärte daraufhin, der Antrag Melichar decke sich völlig mit dem sozialdemokratischen Antrag und brachte beide als gemeinsamen Antrag zur Abstimmung. Bei 27 anwesenden Mandataren stimmte eine knappe Mehrheit, nämlich 14, für die bedingungslose Herausgabe des Wohnungsschlüssels an die Mieterschaft der städtischen Arbeiterhäuser. Dass diese Sache überhaupt eine Angelegenheit des Gemeinderates sein musste, war schon damals bezweifelt worden.²⁶² Noch 20 Jahre später thematisierte das sozialdemokratische Tagblatt diese Debatte, „die dem Ansehen dieses bürgerlichen Gemeinderates niemals förderlich sein konnte“.²⁶³

Bürgermeister Dinghofer war hinsichtlich Wohnbau noch in anderer Hinsicht aktiv, nämlich als Förderer der gemeinnützigen Wohnbaugenossenschaften.²⁶⁴ In Linz gab es deren vier: Die 1909 gegründete „Staatsbeamten Baugenossenschaft“ und die 1910 gegründete „Baureform“, die beide Hochbauten errichteten; weiters die 1912 entstandene „Familie“, die beinahe ausschließlich Familienhausbauten ausführte. Dinghofer selbst war 1911 führend an der Gründung der gemeinnützigen Baugenossenschaft „Heimstätte“ beteiligt, die fast nur den Bau von Familienhäusern zu realisieren trachtete. Konsequenterweise hatte letztere im Jahr 1917 bloß 15 Einzelhäuser mit insgesamt 30 Wohnungen an der Niederreithstraße gebaut, was die „Baureform“ bereits mit der Errichtung eines einzigen Doppelwohnhauses an der Eisenhandstraße übertraf.²⁶⁵ Die Stadtgemeinde unterstützte die Wohnbaugenossenschaften mit Darlehen zu niedrigen Zinsen, mit der billigen Überlassung von Baugrund, mit der Zeichnung von Geschäftsanteilen und anderem mehr. Freilich zeigte sich, dass die gemeinnützigen Baugenossenschaften nicht primär die sozial schwächsten Bevölkerungsschichten zu ihren Zielgruppen zählten, sondern den Mittelstand.²⁶⁶ Insgesamt konnten alle Initiativen das massive Wohnungsproblem in der Stadt Linz nicht beseitigen. Vielmehr wurde es noch durch den Ersten Weltkrieg wegen des Zuzugs von Soldaten-, Arbeiter- und Flüchtlingsfamilien verstärkt.²⁶⁷

²⁶² AStL, GRP (gedruckt), Sitzung vom 3.5.1911, 161 f.

²⁶³ Tagblatt, 5.4.1931, 4 f.

²⁶⁴ Vgl. Tages-Post, 10.5.1912, 4.

²⁶⁵ Tagblatt, 20.4.1930, 2; Rechenschaftsbericht Gemeinderat 1917, 95 f.; Ruckensteiner, Familiengeschichte, 84; Gröbl-Steinbach, Genossenschaftlicher Wohnbau, 161–169. Offenbar waren die „Heimstätte“ und die von Dinghofer in seinen späteren Aufzeichnungen als seine Gründung angeführte Baugenossenschaft „Deutsche Heimat“ ident, vgl. Privatarhiv Prof. Dr. Peter Avancini, Denkschrift Dinghofer (1951), 9; ÖGZ, PERS Dinghofer Dr. Franz, 13–15, Lebensdaten Dinghofer, ca. 1956.

²⁶⁶ Kepplinger, Arbeiterwohnbau, 25 und 48; Kepplinger, Finanzierungsgeschichte des Arbeiterwohnbaus, 112–114.

²⁶⁷ Mayrhofer, Linz am Beginn der Moderne, 21 f.; Rechenschaftsbericht Gemeinderat 1917, 250.

Eingemeindungen

Die Gemeinde St. Peter hatte bereits im Jahr 1906 Bestrebungen erkennen lassen, nach Linz eingemeindet zu werden. Die Stadt Linz reagierte jedoch erst unter Franz Dinghofer auf diesen Wunsch und lud die Gemeindevertreter von St. Peter im Jahr 1911 zu Verhandlungen ein, an denen der Linzer Bürgermeister selbst führend beteiligt war. Obwohl der Gemeindevorstand von St. Peter und der Linzer Gemeinderat bereits im März bzw. Juli 1912 ihre Einwilligung gegeben hatten, trat die Eingemeindung der Ortschaft St. Peter erst mit dem 1. Jänner 1915 in Kraft.²⁶⁸

Im Falle von Urfahr gestaltete sich die Sache wesentlich komplizierter: Die Bestrebungen von Linzer Seite, Urfahr einzugemeinden, hatten bereits im Jahr 1849 begonnen, waren jedoch – wegen der klaren Ablehnung der Urfahrer Gemeindevertretung – jahrzehntelang erfolglos geblieben.²⁶⁹ Die Fronten hatten sich im Laufe der Zeit sogar noch verhärtet und wurden wohl auch dadurch erschwert, dass Urfahr im Jahr 1882 selbst zur Stadt erhoben worden war.²⁷⁰ Konkrete Verhandlungen wurden erst in der Amtszeit Dinghofers im Jahr 1908 – allerdings erst nach einer Anregung des Statthalters Freiherr von Handel – in die Wege geleitet.²⁷¹ Dinghofer äußerte sich auch öffentlich als großer Befürworter der Vereinigung von Linz und Urfahr. Er begründete dies im März 1909 damit, dass „sich jede größere Gemeinde in wirtschaftlicher Beziehung leichter tue als eine kleinere“.²⁷² Eine Gesprächsbasis mit der Stadtvertretung von Urfahr war zweifellos gegeben, stellten doch da wie dort die Deutschfreiheitlichen den Bürgermeister und die maßgeblichen städtischen Vertreter. So kam es im Juni 1910 im Hotel Wolfinger am Linzer Hauptplatz zu einer parteiinternen Besprechung, auf deren schriftliches Ergebnis ein Briefwechsel der beiden Bürgermeister folgte.²⁷³

Ein Hauptproblem, das der Vereinigung beider Städte im Wege stand, stellte die Verzehrungssteuer dar.²⁷⁴ Bei dieser indirekten Steuer auf bestimmte Güter, vor allem Lebensmittel, galt in den „geschlossenen Städten“ wie Wien, Graz und Linz ein wesentlich höherer Tarif wie am flachen Land oder in kleineren Städten.²⁷⁵ Eine Folge davon war, dass das Leben und die Produktion von Gütern innerhalb des dichtverbauten Gebiets von Linz wesentlich teurer war wie in Urfahr. Zudem lebte ein großer Teil der Urfahrer Bevölkerung von der Versorgung der

²⁶⁸ Mayrhofer, Dinghofer Diss., 72–75.

²⁶⁹ Altmüller, Eingemeindungen, 53 f.

²⁷⁰ Ziegler, Urfahr, 90 f.

²⁷¹ Altmüller, Eingemeindungen, 58 f.; Mayrhofer, Dinghofer Diss., 75.

²⁷² Tages-Post, 16.3.1909, 2.

²⁷³ Altmüller, Eingemeindungen, 173–175; die Originaldokumente befinden sich in AStL, Stadtarchiv Urfahr, Sch. 159, Mappe Politische Konferenz 1910.

²⁷⁴ Mayrhofer, Dinghofer Diss., 76.

²⁷⁵ Hauer, Wiener Verzehrungssteuer, 14 f., 18 und 20.

Landeshauptstadt mit Waren wie Milch, Getreide, Mehl, Vieh und Fleisch, weshalb der Urfahrer Bürgermeister Heinrich Hinsenkamp auf die Nichteinbeziehung Urfahrs in das Verzeh- rungssteuergebiet von Linz beharrte.²⁷⁶ Weitere Problempunkte waren die beabsichtigte Auf- lösung des Bezirksgerichts Urfahr sowie der Wunsch Urfahrs, eine Bezirksvertretung nach dem Vorbild der Verhältnisse in der Stadt Wien zu erhalten.²⁷⁷

Wie schwierig sich die Verhandlungen zwischen den beiden Stadtvertretungen gestalteten, zeigte sich darin, dass die Stadt Urfahr ihre Vorschläge für ein Übereinkommen im Oktober 1912 an Linz übergab, die Linzer Gegenvorschläge jedoch erst im Mai 1914 in Urfahr einlang- ten.²⁷⁸ Schließlich gelang es dennoch, im Juni 1914 in Karlsbad, wo Dinghofer auf Kur weilte, die Eingemeindungsgespräche erfolgreich abzuschließen. An den Unterredungen in der Villa „Barbarossa“ nahmen für Linz Dinghofer und Magistratsdirektor Jantsch sowie für Urfahr Hinsenkamp und der oberste städtische Beamte Rösler teil.²⁷⁹ Das Übereinkommen, das man als „Karlsbader Entwurf“ bezeichnete, wurde sogar gedruckt.²⁸⁰ Zur formalen Eingemeindung kam es jedoch vorerst nicht, da diese der Ausbruch des Ersten Weltkriegs verhinderte. Wie gut die Vorarbeiten allerdings bereits erledigt worden waren, zeigte sich am Umstand, dass bereits wenige Monate nach Kriegsende, und zwar per 1. Juni 1919, Urfahr mit Einschluss der Katastralgemeinde Pöstlingberg ein Teil von Linz wurde.²⁸¹

Straßenbenennungen

Die Benennung von Verkehrsflächen diente stets auch dazu, politische Einstellungen und Ideologien deutlich zu machen.²⁸² In dieser Hinsicht sollen vor allem jene Straßenbenennun- gen näher betrachtet werden, die unter Bürgermeister Dinghofer erfolgt sind. Auffällig ist, dass es mehrere Neubenennungen nach alten Bauernhöfen und Flurbezeichnungen gab.²⁸³

Die Benennung einer „Ederstraße“ im Jahr 1910 nach dem im Jahr davor verstorbenen Amtsvorgänger Dinghofers ist sicherlich nicht als außergewöhnlich zu werten. Ein liberaler Vorgänger Eders, Johann Evangelist Wimbözl, erhielt erst 1914 eine Straße zugesprochen.²⁸⁴

²⁷⁶ Altmüller, Eingemeindungen, 171 f.; siehe auch Hauer, Wiener Verzehrssteuer, 16.

²⁷⁷ Altmüller, Eingemeindungen, 66; Dohle, Urfahr – 80 Jahre bei Linz, 309.

²⁷⁸ Altmüller, Eingemeindungen, 62–65.

²⁷⁹ Ebenda, 65.

²⁸⁰ Mayrhofer, Dinghofer Diss., 77.

²⁸¹ Altmüller, Eingemeindungen, 46 und 70; Puffer, Gemeindevertretung Urfahr, 19.

²⁸² Vgl. auch Krenn, Bismarckstraße, 21.

²⁸³ Bauerngüter: Darrgutstraße (1913), Fuchselstraße (1911), Stockbauernstraße (1913); Flurbezeichnun- gen: Auf der Gugl (1913), Freinbergstraße (1913), Im Hühnersteig (1913), Kürnbergerweg (1913) (vgl. Mayrhofer, Linzer Straßen, 23, 40 f., 60, 62, 94, 115 und 189).

²⁸⁴ Mayrhofer, Linzer Straßen, 47 und 210.

Nach „großen“ Deutschen wurden nur wenige Verkehrsflächen benannt: Hier ist vor allem der „Schillerplatz“ (1910) – benannt nach dem berühmten Dichter Friedrich von Schiller – anzuführen.²⁸⁵ Nach dem österreichischen Feldherrn Prinz Eugen von Savoyen wurde 1913 die „Prinz-Eugen-Straße“ benannt.²⁸⁶ Die im Sinne der deutschnationalen Ideologie wohl als besonders wichtig empfundene Benennung einer Verkehrsfläche nach dem „Turnvater“ Jahn erfolgte 1907 nicht in Linz, sondern in Urfahr.²⁸⁷

Im Jahr 1914 kam es in den Vororten Lustenau und Waldegg zu Straßenbenennungen für Dichter, die – wie Franz Keim und Peter Rosegger – in ihren Werken auch deutschnationales Gedankengut transportierten. Keim und Rosegger lebten zum Zeitpunkt der Straßenbenennung noch.²⁸⁸

Die „Greilstraße“ wurde 1913 nach dem in Linz geborenen Historienmaler Alois Greil benannt.²⁸⁹ Noch zu Lebzeiten von Oberbaurat Ingenieur Josef Stern wurde 1910 die „Ing.-Stern-Straße“ dem Pionier der oberösterreichischen Elektrizitätswirtschaft gewidmet.²⁹⁰ Mit Anton Herstorfer, Hermann Vielguth und Joseph Eberhard von Zeppenfeld wurden auch Personen ausgezeichnet, die bedeutende Stiftungen in der Stadt getätigt hatten.²⁹¹

Im Jahr 1914 wurde auch die Benennung nach einer Frau beschlossen, was damals äußerst selten vorkam: Dermaßen ausgezeichnet wurde die aus Linz stammende Künstlerin Marianne von Willemer, die auch mit Goethe näher bekannt gewesen war.²⁹² Insgesamt war dies – nach der Hausbesitzerin Anna Hartmayr im Jahr 1864 – erst die zweite Frau, die als Patin eines Straßennamens für würdig befunden wurde. Es sollten 16 Jahre vergehen, bis es zur nächsten Benennung, nach der Dichterin Enrica Handel-Mazzetti, kommen sollte.²⁹³

Eine besondere Bewandnis hatte es mit der Bezeichnung „Bismarckstraße“ auf sich: Im Jahr 1900 hatte der Linzer Gemeinderat beschlossen, die bisherige „Lustenauerstraße“ in „Bismarckstraße“ nach dem früheren deutschen Reichskanzler Otto von Bismarck umzubenennen. Bereits im Vorfeld der Benennung war es zu Protesten von katholisch-konservativen Kreisen wegen der angeblichen Verletzung der Gefühle der kaisertreuen Bevölkerung gekommen.

²⁸⁵ Mayrhofer, Linzer Straßen, 178.

²⁸⁶ Ebenda, 152 f.

²⁸⁷ Ebenda, 98.

²⁸⁸ Ebenda, 106 und 163. Zu Keim und Rosegger siehe die betreffenden Biographien im Linzer Straßennamenbericht.

²⁸⁹ Mayrhofer, Linzer Straßen, 69. Zu Alois Greil siehe Wien Geschichte Wiki, https://www.geschichtewiki.wien.gv.at/Alois_Greil (2.12.2021).

²⁹⁰ Mayrhofer, Linzer Straßen, 97.

²⁹¹ Ebenda, 83 f., 200 und 215.

²⁹² Ebenda, 209.

²⁹³ Vgl. Ebenda, 21 (Annagasse) und 76 (Handel-Mazzetti-Straße). Ev. wurde die Annagasse auch nach der hl. Anna benannt (ebenda, 21).

In der Folge mobilisierten die Katholisch-Konservativen, die im Landtag über die Mehrheit verfügten, gegen den Beschluss des Linzer Gemeinderates zahlreiche oberösterreichische Gemeinden, die gegen den Linzer Entscheid protestierten. Große Publizität erlangte die Auseinandersetzung durch die den beiden Lagern nahestehenden Zeitungen, die vehement pro Bismarck (Tages-Post) oder gegen Bismarck (Linzer Volksblatt) Stimmung machten. Schließlich entschied der Landesausschuss (Landesregierung), den Linzer Beschluss aufzuheben, was naturgemäß die politischen Vertreter der Landeshauptstadt erbitterte. Allerdings bestätigten sowohl das k.k. Reichsgericht wie auch der k.k. Verwaltungsgerichtshof die Rechtsmeinung des Landesausschusses. Unmittelbar nach Ausbruch des Ersten Weltkriegs – unter der Euphorie der „Waffenbrüderschaft“ mit dem Deutschen Reich – wurden in der Stadt Benennungen nach prominenten Vertretern des deutschen Bündnispartners wie Kaiser Wilhelm II., Generalstabschef Moltke und Bismarck gefordert. Man ging dabei so weit, die prominentesten Straßenzüge der Stadt wie die Landstraße oder die Promenade, aber auch die beiden Donaubrücken in diese Überlegungen miteinzubeziehen. Bürgermeister Dinghofer scheint in dieser Diskussion eher bremsend gewirkt zu haben. Schließlich wurde die Lustenauerstraße – wie bereits 1900 schon einmal – in „Bismarckstraße“ umbenannt und der an sie anschließende Marktplatz in „Kaiser-Wilhelm-Platz“ benannt. Die nun ausgewählten Verkehrsflächen waren durchaus prominent, zählten aber nicht zu den allerwichtigsten Straßenzügen der Stadt. Für die Benennungen stimmten im Gemeinderat die deutschnationalen und christlichsozialen Mandatäre, wohingegen sich die sozialdemokratische Fraktion dagegen aussprach.²⁹⁴

Insgesamt ist die Praxis der Benennung von Verkehrsflächen in der Zeit von Bürgermeister Dinghofer als nicht besonders auffällig zu bewerten. Parteipolitisch oder ideologisch motivierte Benennungen stellten eher die Ausnahme dar.

Erster Weltkrieg

Am 29. Juni 1914, dem Tag nach dem Attentat auf den österreichischen Thronfolger, überbrachten Bürgermeister Dinghofer und die Vizebürgermeister Wessely und Helletzgruber dem Statthalter Freiherr von Handel das Beileid der Stadt Linz an den Kaiser.²⁹⁵

Unmittelbar nach Kriegsbeginn beschäftigte sich der Gemeinderat in einer außerordentlichen Sitzung mit der Lebensmittelversorgung der Stadt. Ein eigenes Approvisierungskomitee stand unter dem Vorsitz von Vizebürgermeister Wessely. Bürgermeister Dinghofer gab be-

²⁹⁴ Krenn, Bismarckstraße, 32–45.

²⁹⁵ Mateja, Oberösterreich im I. Weltkrieg, 17.

kannt, dass hinsichtlich der Versorgung der Stadt kein Grund für eine Beunruhigung der Bevölkerung bestehe. In diesem Zusammenhang appellierte der Bürgermeister an das Gemeinsame.²⁹⁶ In der Folge waren für die Problematik der Lebensmittelversorgung – in Ermangelung eines Stadtratsgremiums – von politischer Seite her primär nur der Bürgermeister und die beiden Vizebürgermeister Wessely und Helletzgruber (ab 1915 Sadleder) verantwortlich.²⁹⁷

Die Stadt Linz musste sich jedoch nicht gänzlich unvorbereitet dem Problem der Versorgung der Bevölkerung im Kriegsfall stellen. Bürgermeister Dinghofer hatte bereits im Jahr 1912 – während der Balkankriege – begonnen, sich mit dieser Frage zu beschäftigen. Im Jänner 1914 hatte er dem Magistrat den Auftrag gegeben zu ermitteln, welche Mengen an wichtigen Versorgungsgütern wie Getreide, Reis, Milch, Kartoffeln und Kohle aus welchen Quellen im Falle eines Krieges bezogen werden müssten.²⁹⁸

Auf Grund dieser Vorarbeiten konnte die Stadtverwaltung sofort nach Kriegsbeginn aktiv werden und kaufte alles Notwendige auf, was nur irgendwie zu bekommen war. Dinghofer ließ sogar – zum Entsetzen des Statthalters und auch des Gemeinderates – zwei mit Getreide beladene Schlepsschiffe beschlagnahmen und die Lebensmittel in den Lagerhäusern der Schifffahrtsgesellschaften im Linzer Hafen einlagern. Ganz Jurist suchte er dieses Vorgehen durch eine Verordnung aus dem Jahre 1750 – in der Regierungszeit von Maria Theresia – rechtlich zu begründen. Da das Deutsche Reich erst einige Tage nach Österreich-Ungarn in den Krieg eintrat, gelang es auch noch, über Passau einige mit Kohlen beladene Züge nach Linz zu bringen. Auch wenn die Militärverwaltung Teile der für die Stadt Linz sichergestellten Güter beschlagnahmte, konnte durch das entschlossene Vorgehen Dinghofers für längere Zeit die Versorgung der Bevölkerung mit lebensnotwendigen Gütern gewährleistet werden.²⁹⁹

Wie wenig vorausschauend die österreichische Regierung agierte, lässt sich aus Folgendem erschließen: Dinghofer machte Ministerpräsident Graf Stürckh bereits Ende September 1914 darauf aufmerksam, dass sich der Staat um die Lebensmittelversorgung der Bevölkerung kümmern werde müssen. Stürckh erwiderte bloß, dass nach dem Staatsgrundgesetz von 1867 die Gemeinden für die Ernährung der Bevölkerung verantwortlich seien. Auf Grund dieser Erfahrung machte sich Dinghofer daran, den Einkauf und die Rationierung von Lebensmitteln

²⁹⁶ Tages-Post, 1.8.1914, 6; Mateja, Oberösterreich im I. Weltkrieg, 61 f. und 99 f.

²⁹⁷ Vgl. auch ÖGZ, PERS Dinghofer Dr. Franz, Bericht Dinghofer (undatiert), 4; 10 f., Dinghofer an Institut für Landeskunde, 11.4.1953.

²⁹⁸ ÖGZ, PERS Dinghofer Dr. Franz, Bericht Dinghofer (undatiert), 4; ebenda, 10 f., Dinghofer an Institut für Landeskunde, 11.4.1953.

²⁹⁹ ÖGZ, PERS Dinghofer Dr. Franz, Bericht Dinghofer (undatiert), 4; ebenda, 10 f., Dinghofer an Institut für Landeskunde, 11.4.1953; ebenda, 17–19, Würdigung Dinghofers, Herbst 1928.

für Linz zu planen.³⁰⁰ Die Einführung der Brotkarte zum Bezug von Brot und Mehl erfolgte in Oberösterreich im April 1915. Die Stadt Linz musste – wegen des Mangels von Mehl – bereits Wochen davor die Versorgung der Linzer Bevölkerung mit diesem Grundnahrungsmittel aus den eigenen Vorratsbeständen sicherstellen.³⁰¹ Die Ausgabe der Brotkarte gestaltete sich dezentral: Die Einwohner und Einwohnerinnen wurden häuserweise in Listen verzeichnet und die Stadt wurde in 150 Bezirke eingeteilt. In jedem Bezirk gab es einen Vertrauensmann, der für die Ausgabe der Karten verantwortlich war. Jeder Vertrauensmann hatte in etwa 100 bis 130 Haushalte zu betreuen.³⁰² Nach Einführung der Brotmarke musste die Stadtverwaltung jedoch feststellen, dass größere Mengen des Grundnahrungsmittels in andere Bezirke abfließen. Erst nach der Einführung von nach Provenienz gekennzeichneten Marken und dem Verbot, Mehl auf fremde Marken in andere Bezirke abzugeben, besserte sich die Lage.³⁰³ Ein für private Konsumentinnen und Konsumenten nicht mehr erhältlicher Luxusartikel wurden Teigwaren, da das hierfür benötigte Mehl nur mehr für die Erzeugung von Teigwaren für das Militär Verwendung fand.³⁰⁴

Hinsichtlich der Milchversorgung wies die Stadt Linz bereits vor Kriegsbeginn eine bessere Organisation auf, war doch bereits 1911 die erste Milchverkaufsstelle der Kommune eingerichtet worden.³⁰⁵ Im Februar 1916, noch bevor im November desselben Jahres die Milchkarte eingeführt wurde, war schon ein eigenes städtisches Milchamt gegründet worden, mit dessen Hilfe versucht wurde, die Milchzufuhr nach Linz aufrecht zu erhalten.³⁰⁶ Der wesentliche Grund für die Notwendigkeit der Einführung einer Milchkarte speziell in Linz lag in der unregelmäßigen Verteilung der Milch: Manchen Konsumentinnen und Konsumenten war es möglich, Milch im Überfluss zu beziehen, während andere wiederum gar keine bekommen konnten.³⁰⁷ Während stillenden Müttern und Kindern im ersten Lebensjahr, die nicht gestillt werden konnten, ein Liter Milch pro Tag zustand sowie Kindern im zweiten Lebensjahr ein Dreiviertelliter, erhielten alle anderen Kinder, Frauen und Männer gar nur einen Viertelliter

³⁰⁰ ÖGZ, PERS Dinghofer Dr. Franz, Bericht Dinghofer (undatiert), 4; ebenda, 10 f., Dinghofer an Institut für Landeskunde, 11.4.1953.

³⁰¹ Tages-Post, 2.4.1915, 4; Linzer Volksblatt, 7.4.1915, 2.

³⁰² Mateja, Oberösterreich im I. Weltkrieg, 103 f.; Mayrhofer, Dinghofer Diss., 99 f.

³⁰³ AStL, GRP, Sitzung vom 20.9.1916, fol. 521.

³⁰⁴ Ebenda, fol. 514.

³⁰⁵ Mayrhofer, Dinghofer Diss., 93.

³⁰⁶ Mateja, Oberösterreich im I. Weltkrieg, 133; Mayrhofer, Dinghofer Diss., 101 f.; AStL, GRP, Sitzung vom 20.9.1916, fol. 501.

³⁰⁷ Tages-Post, 31.8.1916, 3.

pro Tag. Die Ausgabe der Milchkarten erfolgte analog zu den Brotkarten durch Kommissionen.³⁰⁸ Bürgermeister Dinghofer hatte sich ursprünglich dafür ausgesprochen, mit der Einführung der Milchkarte solange zuzuwarten, bis eine ausreichende Milchzufuhr sichergestellt war.³⁰⁹ Tatsächlich musste die Milchkarte nicht einmal ein Jahr später wieder aufgelassen werden, da die Bedeckung der Mindestanforderungen für die festgeschriebenen Kontingente einfach nicht mehr gegeben war.³¹⁰ Hinsichtlich der Milchversorgung war die Lage in Linz so verzweifelt, dass sich Dinghofer – in unkonventioneller Weise – direkt an die Schweizer Regierung wandte und um Unterstützung für die größeren Städte der Alpenländer bat.³¹¹ Im Juni 1917 kaufte die Stadt schließlich die Linzer Molkerei. Im Verwaltungsausschuss der Molkerei saßen unter anderem der deutschnationale Vizebürgermeister Karl Sadleder, aber auch der sozialdemokratische Gemeinderat Josef Gruber.³¹² Der Vorteil dieses Ankaufs zeigte sich sofort, da auf diese Weise zwei Drittel des Milchumsatzes in der Stadt von der Linzer Molkerei abgedeckt werden konnten.³¹³

Von Beginn an gab es große Schwierigkeiten in der Versorgung mit Fett. Konnten anfangs noch 75 Prozent der nach der Fettkarte zustehenden Menge zugeteilt werden, sank diese Quote bis in den Herbst 1917 auf 40 Prozent.³¹⁴ Die Stadt Linz hatte schon 1915 begonnen, Rindfleisch im Ausland zu kaufen und in eigenen Verkaufsstellen abzusetzen. Im selben Jahr war man auch noch in der Lage, in diesen Verkaufsstellen gesalzene Seefische, Schweinefett und Rentierfleisch anzubieten. Größere Mengen von Schweinefett und Speck, die von der Gemeinde noch Anfang 1916 erworben werden konnten, wurden schließlich zu billigeren Preisen an die Bevölkerung abgegeben. Die erste städtische Verkaufsstelle wurde ab Ende Oktober 1915 im Casino des Landestheaters an der Promenade betrieben. Den Verkauf erledigten die Angehörigen der drei Linzer Frauenorganisationen, die den drei politischen Lagern nahestanden. Die städtischen Verkaufsstellen entwickelten sich im Laufe der Zeit zu richtigen Geschäften, in denen eine ganze Reihe von Artikeln erhältlich war: Zwiebeln, Rindfleisch, Konserven, Schweinefett, Äpfel, Eier, Butter, Malzkaffee, Erbsen, Dauerwurst, Wild und anderes mehr. Rund 3.000 Kundinnen und Kunden wurden täglich abgefertigt.³¹⁵

Im September 1916 musste Bürgermeister Dinghofer dem Gemeinderat berichten, dass es durch „rücksichtslose Geschäftspraktiken“ zu einer nicht gerechtfertigten Steigerung der

³⁰⁸ Tages-Post, 24.11.1916, 7; ebenda, 25.11.1916, 5.

³⁰⁹ AStL, GRP, Sitzung vom 29.11.1916, fol. 679.

³¹⁰ Tages-Post, 27.9.1917, 3; Linzer Volksblatt, 21.10.1917, 7.

³¹¹ AStL, GRP, Sitzung vom 29.11.1916, fol. 681.

³¹² Rechenschaftsbericht Gemeinderat 1917, 257 f.; Mayrhofer, Dinghofer Diss., 93.

³¹³ Mateja, Oberösterreich im I. Weltkrieg, 135.

³¹⁴ Linzer Volksblatt, 21.10.1917, 7.

³¹⁵ Mateja, Oberösterreich im I. Weltkrieg, 120 f. und 161 f.; AStL, GRP, Sitzung vom 20.9.1916, fol. 532.

Preise etwa bei Kartoffeln, Gemüse und Obst gekommen sei. Diese Produkte würden auch deshalb weniger auf dem Linzer Markt angeboten werden, weil die Einkäufer der Internierten- und Kriegsgefangenenlager den Bauern diese Artikel zu überhöhten Preisen abkaufen würden. Molkereiprodukte wie Butter und Topfen, Honig, Eier, Hülsenfrüchte und anderes mehr wurden – so Dinghofer – überhaupt nicht mehr auf dem Markt angeboten. Die Stadt versuchte gegen die überhöhten Preise mit Preisprüfungskommissionen und Preisregulierungen vorzugehen.³¹⁶ Ein besonderes Problem stellte die Versorgung mit Butter dar, da 90 Prozent der Erzeugung aus dem Kronland hinausgeschafft wurde, weil auf diese Weise ein höherer Preis zu erzielen war.³¹⁷ Um eine bessere Versorgung mit Eiern zu erreichen, bat die Stadt – letztendlich vergeblich – die Statthalterei, nur Bewilligungen zur Ausfuhr aus Oberösterreich zu erteilen, wenn der Bedarf im Land selbst gedeckt werden konnte.³¹⁸ Bürgermeister Dinghofer vertrat die generelle Meinung, dass Produkte, die in Oberösterreich erzeugt würden, in erster Linie im Land selbst Verwendung finden sollten.³¹⁹

War die mangelnde Versorgung der Bevölkerung mit Bohnenkaffee angesichts des kriegsbedingten Wegfalls des Importes einsichtig, war der Zuckermangel wegen der großen Mengen, die in Österreich selbst erzeugt wurden, schwer verständlich. In Linz konnten 1916 ein- einhalb Kilogramm Zucker pro Kopf und Monat bezogen werden, was freilich nicht den gesamten Bedarf abdeckte, der sich im Krieg wegen des Mangels an anderen Lebensmitteln noch erhöht hatte.³²⁰ Katastrophal war bald die Versorgung mit Fleisch: 1916 standen der Bevölkerung nur mehr 52 Gramm pro Person und Tag oder noch weniger zur Verfügung.³²¹

Die Stadt Linz gab auch Futtermittel – innerhalb eines Jahres rund 580.000 Kilogramm – an Private ab, um die Nutztierhaltung – und damit die Eigenversorgung der Bevölkerung – zu stärken.³²²

Seife wurde in Linz – trotz Bevorratung seitens der Stadtverwaltung – zu einem seltenen Artikel. Dinghofer machte für diese Entwicklung im September 1916 „Spekulanten“ verantwortlich, „welche Vorräte aufgestapelt und versteckt haben, um sie jetzt nach und nach an die

³¹⁶ AStL, GRP, Sitzung vom 20.9.1916, fol. 496 f.

³¹⁷ Ebenda, fol. 501.

³¹⁸ Ebenda, fol. 504.

³¹⁹ Rechenschaftsbericht Gemeinderat 1917, 98.

³²⁰ AStL, GRP, Sitzung vom 20.9.1916, fol. 512.

³²¹ Vgl. ebenda, fol. 518: „Bei Zugrundelegung von 5 Fleischtagen beträgt der gegenwärtige Tageskonsum per Kopf nur mehr 73 gr. gegenüber 245 gr. Durchschnittskonsum im Vorjahre, also nicht einmal mehr 1/3, wobei, wie schon erwähnt, die 2 wirklich fleischlosen Tage bei der Berücksichtigung überhaupt ausgeschaltet worden sind. In der letzten Zeit haben sich übrigens die Verhältnisse noch mehr durch die Einführung des 3. fleischlosen Tages in der Richtung der Verminderung der Kopfquote geändert.“

³²² Ebenda, fol. 527 f.

Oberfläche gelangen zu lassen“. Aus der guten Seife werde jedoch von diesen Spekulanten durch Änderung des Fettsäuregehaltes große Mengen schlechter Seife gemacht, die dann zu einem nur geringfügig niedrigeren Preis in den Handel gebracht würden.³²³ Der Bürgermeister äußerte sich scharf gegen das Spekulantentum: „Ich bin persönlich kein Anhänger der Todesstrafe. Aber ich komme immer mehr zur Ueberzeugung, daß nur mit dem Galgen gegen diese Vampyre [sic] des Volkes und des Vaterlandes wirklich Heilung geschaffen werden kann.“³²⁴

Große Probleme machte schon im Winter 1915/16 die Versorgung mit Kohle, was sich im Winter darauf noch verstärkte. Zwar gelang es, die städtischen Betriebe ausreichend mit Kohle zu versorgen, größere Vorräte konnten aber nicht eingelagert werden, um sie an die Bevölkerung abzugeben.³²⁵

Bereits im Dezember 1915 wurde ein städtisches Speisehaus im ehemaligen Gasthof „Zum Schwarzen Bären“ an der Herrenstraße eröffnet, in dem täglich über tausend Personen verköstigt werden konnten.³²⁶ Dem Verwaltungsausschuss des Speisehauses gehörten Vertreterinnen des deutschnational orientierten „Vereins für Fraueninteressen“ an, darunter mit Cäcilie Dinghofer die Ehefrau des Linzer Bürgermeisters. Sozial schlechter gestellte Bevölkerungsgruppen wurden von der Stadt mit billigen Lebensmitteln unterstützt und hunderte einkommensschwache Familien erhielten zu Weihnachten gesondert kostenlose Lebensmittelzuteilungen.³²⁷ Im Herbst 1916 wurde ein Ausschuss unter dem Ehrenvorsitz von Bürgermeister Dinghofer gebildet, um rund 650 armen Schulkindern in Linz und Urfahr ein tägliches Frühstück zu ermöglichen. Die Organisation lag in den Händen des „Vereins für Fraueninteressen“ und erreichte schließlich 1.200 Kinder.³²⁸ Im Dezember 1917 wurde den Schulkindern eine „kleine Weihnachtsfreude“ bereitet, die u.a. auch ein halbes Kilo, von der Linzer Firma Franck gespendeten „Enrilo“-Kaffee beinhaltete.³²⁹

Im Jahr 1916 entschloss sich die Stadt, eine große Dörranlage für die Haltbarmachung von Obst und Gemüse anzuschaffen. Mit Hilfe dieser Anlage, die im Schlachthof aufgestellt wurde und eine Tagesleistung von rund 4.000 Kilogramm aufwies, konnte selbst hergestelltes Tro-

³²³ AStL, GRP, Sitzung vom 20.9.1916, fol. 529.

³²⁴ Ebenda, fol. 530.

³²⁵ Ebenda, fol. 531.

³²⁶ Ebenda, fol. 533; Schuster, Erster Weltkrieg, 167.

³²⁷ AStL, GRP, Sitzung vom 20.9.1916, fol. 533; Rechenschaftsbericht Gemeinderat 1917, 86.

³²⁸ Tages-Post, 22.1.1918, 3; Rechenschaftsbericht Gemeinderat 1917, 85 f.

³²⁹ AStL, Linz in Bildern 1918, 15.

ckengemüse für den Winter bevorratet und dann in den städtischen Verkaufsstellen abgegeben werden.³³⁰ Im selben Jahr wurde auch eine städtische Schweinemast- und Zuchtanstalt errichtet, in der bis zu 200 Schweine, aber auch Kühe, Ziegen und Hühner gehalten wurden.³³¹

Im November 1916 wurde wegen der steigenden Anforderungen an die Stadtverwaltung hinsichtlich der vielfältigen Aufgaben in der Bewirtschaftung von Lebensmitteln und Brennstoffen eine eigene Dienststelle, das Lebensmittelamt, geschaffen, das in einem Haus an der Donaustraße 1 untergebracht wurde. Das Brennstofflager befand sich auf einem Lagerplatz an der Goethestraße.³³² In der Frage der Lebensmittelversorgung ging Bürgermeister Dinghofer auch insofern geschickt vor, als er in die städtischen Planungen und Vorsprachen – etwa bei der oberösterreichischen Statthalterei – auch Vertreter der sozialdemokratischen Opposition einband.³³³

Im Mai 1917 beschloss der Gemeinderat die Gründung einer Linzer Obst- und Gemüseverarbeitungs-Gesellschaft. Als Erzeugerbetrieb war die Poschacher Brauerei vorgesehen, die sich auch mit einem Anteil von 170.000 Kronen an der Gesellschaft beteiligte, wohingegen die Stadt nur 20.000 Kronen beisteuerte. Die Stadt Linz sicherte sich allerdings ein Vorkaufsrecht auf die Hälfte der Erzeugung, die aus Dörrgemüse und Marmeladen bestand.³³⁴

Im Herbst 1917 war die Versorgungslage generell so schlecht geworden, dass alle Bevölkerungsgruppen davon betroffen waren.³³⁵ Im Oktober vollzog sich im landschaftlichen Redoutensaal die Gründung einer „Vereinigung für Mittelstandsinteressen“, der auch Bürgermeister Dinghofer beiwohnte. Der Postbeamte Ernst Kral prangerte in deutlichen Worten das System der vielen Lebensmittelkarten, „die der Krieg uns beschert hat“, sowie die geringe Menge und Qualität der Versorgungsgüter an:

„Die Seifenkarte ist schön weiß und trägt das Kleid der Unschuld, als wolle sie sagen: Bleibe immer so weiß wie ich, dann brauchst du dich nicht zu waschen. Die Fettkarte trägt ebenfalls weiße Farbe, als wollte sie ihre Unschuld zum Ausdruck bringen, dass wir für sie kein Fett bekommen. Die Kaffeekarte wechselt ihre Farbe, bald ist sie grün, bald gelb, bald rot, wie eben die Kaffeemischungen in ihrer verdächtigen Farbe wechseln. Die Milchkarte trägt das Kleid der Demut und ist schön blau, als wollte sie um Verzeihung bitten,

³³⁰ AStL, GRP, Sitzung vom 20.9.1916, fol. 509; Mateja, Oberösterreich im I. Weltkrieg, 143; Mayrhofer, Dinghofer Diss., 104.

³³¹ AStL, GRP, Sitzung vom 29.11.1916, fol. 711; Rechenschaftsbericht Gemeinderat 1917, 98; Mateja, Oberösterreich im I. Weltkrieg, 126.

³³² AStL, GRP, Sitzung vom 29.11.1916, fol. 725 f.; Mateja, Oberösterreich im I. Weltkrieg, 152.

³³³ AStL, GRP, Sitzung vom 29.11.1916, fol. 688.

³³⁴ Rechenschaftsbericht Gemeinderat 1917, 100.

³³⁵ Ebenda, 97.

dass sie so groß ist und man für sie nur einen Viertelliter schlechte, gewässerte Milch bekommt. Die Brotkarte wechselt ebenfalls alle vierzehn Tage ihre Farbe, wie das Mehl wechselt, das zur Brotbereitung verwendet wird.“³³⁶

In der Retrospektive erinnerte sich Franz Dinghofer, dass trotz aller vorausschauenden und vielfältigen Maßnahmen der Stadtverwaltung auch er im letzten Kriegsjahr nicht mehr viel hinsichtlich der Lebensmittelversorgung ausrichten konnte.³³⁷ Im Juni 1918 wurde die Brotration auf 980 Gramm pro Woche gekürzt, im August verdoppelten sich die Brot- und Mehlpreise.³³⁸ Im Juli 1918 musste das bekannte Linzer Hotel „Zum Deutschen Kaiser“ wegen Lebensmittelmangels zusperren.³³⁹

Zahlreiche Gebäude der Stadt wie das Kolosseum am Hessenplatz und die Hallen auf dem Südbahnhofgelände mussten während des Krieges für Militärzwecke zur Verfügung gestellt werden. 1916 dienten auch städtische Gebäude wie die Kaiser-Franz-Josef-Schule an der Schützenstraße (heute Südtirolerstraße), die Römerbergschule, der Volksgartensalon und ein Teil des Versorgungshauses als Militärspitäler.³⁴⁰ Zudem organisierte die Stadtverwaltung wiederholt Sammlungen von Metall und Kautschuk für die Heeresverwaltung.³⁴¹

Im Linzer Stadtgebiet arbeiteten im September 1916 rund 600 – meist russische – Kriegsgefangene in diversen Betrieben.³⁴²

Während des Krieges erwiesen sich die Einberufungen von Mitarbeitern der städtischen Polizei zunehmend als Sicherheitsproblem: Von den etwa 90 Mann in Friedenszeiten standen für den Außendienst im September 1916 nur mehr 31 Mann zur Verfügung.³⁴³ Generell sank der Personalstand des Magistrates während des Krieges von 971 Personen auf nur mehr 813 Bedienstete. Vor allem die zusätzlichen Aufgaben im Ernährungssektor und der daraus resultierende Mehrbedarf an Personal vergrößerten die Probleme der Stadtverwaltung, die anstehenden Aufgaben zu erledigen.³⁴⁴ Zu Jahresende 1917 beschäftigte der Magistrat bereits 150 Frauen.³⁴⁵ Für die städtischen Bediensteten und deren Angehörige wurde im Jahr 1917 eine Personalküche im Rathaus eingerichtet.³⁴⁶

³³⁶ Tages-Post, 22.10.1917, 3.

³³⁷ Privatarchiv Prof. Dr. Peter Avancini, Denkschrift Dinghofer (1951), 6.

³³⁸ AStL, Linz in Bildern 1918, 77 und 89.

³³⁹ Ebenda, 88.

³⁴⁰ AStL, GRP, Sitzung vom 20.9.1916, fol. 537.

³⁴¹ Ebenda, fol. 538.

³⁴² Ebenda, fol. 527.

³⁴³ AStL, GRP, Sitzung vom 20.9.1916, fol. 540.

³⁴⁴ Ebenda, fol. 552; ebenda, Sitzung vom 29.11.1916, fol. 697 f.

³⁴⁵ Schuster, Erster Weltkrieg, 164.

³⁴⁶ Rechenschaftsbericht Gemeinderat 1917, 99 f.; Mateja, Oberösterreich im I. Weltkrieg, 201.

Patriotismus und Krieg

Da sowohl der Reichsrat (bis Mai 1917) wie auch der oberösterreichische Landtag (gänzlich) während des Ersten Weltkrieges nicht tagten, waren öffentliche politische Diskussionen nur in den Gemeindevertretungen möglich.³⁴⁷

Bürgermeister Dinghofer ließ in seinen Erklärungen im Linzer Gemeinderat keine Zweifel an seiner patriotischen Gesinnung und seiner Siegeszuversicht aufkommen. Zu Kriegsbeginn sprach er davon, dass alle Parteiunterschiede verschwinden müssen und jeder für alle einzustehen habe.³⁴⁸ Nach der Einnahme von Nisch (Niš) durch die Mittelmächte im November 1915 fanden auch in Linz Feiern des Sieges über Serbien statt. Am Rathaus wurden die Fahnen von Österreich-Ungarn, dem Deutschen Reich, dem Osmanischen Reich und von Bulgarien gehisst.³⁴⁹

Im September 1916 machte der Bürgermeister im Gemeinderat folgendermaßen Stimmung:

„Mit Bewunderung und Dankbarkeit blicken wir auf unser und unserer Verbündeten Heere, welche mit einer Kraftentfaltung dem Feinde begegnen, wie sie uns früher fast undenkbar schien. Wir sind ein Volk in höchster Not und nur dieses kann nur Höchstes leisten! Daher dürfen auch wir im Hinterlande nicht verzagen, sondern müssen alles daran setzen, daß es möglich wird, dem Kriege ein glückliches und baldiges Ende zu bereiten.“

In diesem Zusammenhang ließ sich Dinghofer auch zu einer herablassenden Bemerkung hinreißen, indem er die Kriegsgegner ironisch als „weiße und schwarze Kulturträger“ bezeichnete, offensichtlich anspielend auf die dunkle Hautfarbe mancher Soldaten der Entente.³⁵⁰ Die Durchhalteparolen Dinghofers gipfelten in den Worten: „Der Friede kann nicht mehr fern sein, wir stehen auf den [sic] Höhepunkt der Entscheidung. Wir aber im Hinterlande werden standhalten auch in höchster Not!“³⁵¹

Nach dem Ableben von Kaiser Franz Joseph hielt Dinghofer am Nachmittag des 22. November 1916 im schwarz ausgekleideten Sitzungssaal des Gemeinderates eine Trauerrede, die sowohl die Verbundenheit der Stadt Linz wie auch seine eigene mit dem Herrscherhaus zum Ausdruck brachte.³⁵² Bei der Trauerkundgebung für den Kaiser, die am Vormittag desselben Tages in der Linzer Synagoge stattgefunden hatte, war der Linzer Bürgermeister – zum Unterschied von seinem Urfahrer Amtskollegen Hinsenkauf – nicht zugegen gewesen.³⁵³ Eine

³⁴⁷ Mayrhofer, Dinghofer Diss., 125; Wladika, Hitlers Vätergeneration, 576; Slapnicka, Dinghofer (2010), 22.

³⁴⁸ Mateja, Oberösterreich im I. Weltkrieg, 61 f.

³⁴⁹ Ebenda, 83.

³⁵⁰ AStL, GRP, Sitzung vom 20.9.1916, fol. 494.

³⁵¹ Ebenda, fol. 554.

³⁵² Ebenda, fol. 651' f.; Mayrhofer, Dinghofer Diss., 112 f.

³⁵³ Dr. Bloch's oesterreichische Wochenschrift, 1.12.1916, 785. Ich danke Frau Mag.^a Verena Wagner für den Quellenhinweis.

Woche später, in der nächsten Linzer Gemeinderatssitzung, ergriff Dinghofer das Wort, „um Seiner Majestät, Kaiser Karl I. zu huldigen und unser aller unverbrüchliche Treue zu geloben“. Der Bürgermeister veranlasste die Mitglieder des Gemeinderates, Hoch-Rufe für den neuen Kaiser anzustimmen.³⁵⁴

Im Dezember 1917 vertrat Dinghofer im Gemeinderat die Ansicht, „dass den Krieg entscheiden und den Frieden bringen in erster Linie das Schwert wird“.³⁵⁵ Selbst im Juni 1918 wiederholte er seine Meinung, dass ein Frieden nur durch das Schwert möglich sei. Während die sozialdemokratischen Gemeinderäte einen raschen Friedensschluss forderten, kritisierte Dinghofer diese Wortmeldungen:

„Wir sind der Meinung, dass durch eine derartige Rede, wenn sie der Entente bekannt würde, der Krieg nur verlängert wird. Denn durch derartige Reden wird zweifellos der Eindruck erweckt, dass wir in Österreich fertig sind, dass wir bereit sind, einen Frieden um jeden Preis zu schließen. Dieser Anschauung können wir uns nicht anschließen. Das sind die wenigen Worte, die zu sagen ich als meine Pflicht erachtete.“

In der Wechselrede mit dem sozialdemokratischen Fraktionsobmann Josef Gruber meinte Dinghofer noch, auch er sei für den Frieden, man müsse aber schauen, „dass wir zu einem anständigen, ehrenvollen Frieden kommen“.³⁵⁶

Wenn man die patriotischen Reden Dinghofers während des Ersten Weltkrieges betrachtet, darf man nicht vergessen, dass auch die sozialdemokratische Opposition im Gemeinderat lange Zeit nicht gegen den Krieg Stellung genommen hatte. So erklärten sich die Sozialdemokraten unter Josef Gruber bereit, für die Zeichnung der ersten sechs von insgesamt acht Kriegsanleihen zu stimmen.³⁵⁷ Als der Sohn des sozialdemokratischen Fraktionsobmannes, der 22-jährige Flieger Kurt Gruber, der am südlichen Kriegsschauplatz gefallen war, am 11. Mai 1918 in Linz bestattet wurde, nahm Dinghofer am Begräbnis teil.³⁵⁸

Trotz seiner stets gezeigten patriotischen Gesinnung erwies sich Bürgermeister Dinghofer als scharfer Kritiker der schlechten Lebensmittelversorgung, die primär die Regierung und die Zentralstellen zu verantworten hatten. Im September 1916 kritisierte er im Gemeinderat die von der Regierung festgelegte Fettquote von 120 Gramm als Wochenration für eine Person anstelle der von ihm als nötig empfundenen 250 Gramm:

„Nach meiner Ansicht ist die Regierung zu dieser geringen Quote nicht etwa deshalb gekommen, weil man diese Menge für hinreichend findet, sondern dürfte vielmehr die Zent-

³⁵⁴ AStL, GRP, Sitzung vom 29.11.1916, fol. 658 f.

³⁵⁵ Ebenda, Sitzung vom 7.12.1917, fol. 480'.

³⁵⁶ Ebenda, Sitzung vom 21.6.1918, fol. 666'–667'.

³⁵⁷ Mateja, Oberösterreich im I. Weltkrieg, 62; Tweraser, Gemeinderat 1914–1934, 215.

³⁵⁸ Tages-Post, 8.5.1918, 11; ebenda, 13.5.1918, 3.

ralregierung, welche sich bis vor kurzer Zeit darauf beschränkt hat, Anträge auf organisatorische Maßnahmen zur Regelung des Fettverkehrs rundweg abzulehnen, gar keine Ahnung haben [sic] von der Höhe der Fetterzeugung Oesterreichs überhaupt, so daß sie auch nicht in der Lage gewesen sein wird, sich auch nur annäherungsweise ein Bild zu machen, wieviel von dem erzeugten Fett auf den Kopf der Bevölkerung entfällt.“³⁵⁹

Auch hinsichtlich der Versorgung mit Kartoffeln ging Dinghofer mit der Regierung hart ins Gericht: Er prangerte im Gemeinderat an, dass zwar laut Verordnung vom August 1916 die Kartoffelversorgung von Reichswegen her organisiert werden solle, Linz aber im September und Oktober überhaupt keine Zuteilungen erhalten habe. Die Wiener Regierung war der Meinung, dass Oberösterreich ohnehin ein Produktionsland für Kartoffeln sei, was Dinghofer jedoch mit dem Argument bestritt, Oberösterreich habe schon in Friedenszeiten eine passive Bilanz ausgewiesen. Die Stadt musste sich auf anderem Wege Kartoffeln beschaffen, um den notwendigsten Bedarf der Bevölkerung befriedigen zu können. Trotzdem blieb auch in der Folge die Versorgung mit Kartoffeln äußerst schlecht.³⁶⁰ Kein Verständnis brachte der Bürgermeister auch dafür auf, dass in Linz die Versorgung mit Eiern, Butter und Milch ungenügend war, obwohl in Oberösterreich eine Überproduktion bei diesen Artikeln herrschte.³⁶¹

Dinghofer kritisierte das System der zentralen Bewirtschaftung grundsätzlich: Die „Zentralen“ seien verspätet zu einem Zeitpunkt geschaffen worden, als schon viele Waren aus dem Handel verschwunden waren. Ein Fehler sei gewesen, dass die Finanzierung der Zentralen nicht wie in Deutschland vom Staat übernommen worden sei, sondern von Privaten, die naturgemäß einen Profit aus ihrer Tätigkeit ziehen wollten.³⁶² Im September 1916 forderte Dinghofer im Gemeinderat, ein „Zentralernährungsamt mit besonderen Vollmachten“ für ganz Österreich zu errichten.³⁶³ Offenbar – wie er selbst später berichtete – wurde der Linzer Bürgermeister wegen seiner Leistungen und Fähigkeiten im Jahr 1917 als geeigneter Kandidat für den Posten des Ernährungsministers angesehen. Er habe jedoch abgelehnt.³⁶⁴

Schärfer, aber im Grundtenor nicht anders klang die Kritik des sozialdemokratischen Gemeinderats Josef Gruber, der im September 1916 die zunehmende Empörung der Bevölkerung nach zwei Jahren Krieg aufzeigte: „Statt der begeisterten Straßenaufzüge von damals haben

³⁵⁹ AStL, GRP, Sitzung vom 20.9.1916, fol. 502 f.

³⁶⁰ Ebenda, fol. 507; ebenda, Sitzung vom 29.11.1916, fol. 685; Rechenschaftsbericht Gemeinderat 1917, 97.

³⁶¹ AStL, GRP, Sitzung vom 29.11.1916, fol. 674.

³⁶² Tages-Post, 25.6.1918, 2 f.

³⁶³ AStL, GRP, Sitzung vom 20.9.1916, fol. 535.

³⁶⁴ Privatarhiv Prof. Dr. Peter Avancini, Denkschrift Dinghofer (1951), 6. Vgl. hierzu auch Mayrhofer, Dinghofer Diss., 10: „Um welches Kabinett es sich handelt, wird nicht erwähnt.“

wir jetzt faktisch die Revolte auf der Straße.“³⁶⁵ Gruber kritisierte den Umstand, dass die Bevölkerung hungern müsse und die zentralen Stellen nicht in der Lage seien, für Abhilfe zu sorgen.³⁶⁶ Er forderte die staatliche Kontrolle für alle Lebensmittel, auch jene in den Fabriken und im Zwischenhandel.³⁶⁷ Die Stadtverwaltung machte der Sozialdemokrat ausdrücklich nicht verantwortlich für die Misere.³⁶⁸

Nichtsdestotrotz war nicht zu vermeiden, dass Teile der Bevölkerung die Stadtverwaltung für die Ernährungssituation in der Verantwortung sahen oder zumindest der Meinung waren, die Stadt hätte es in der Hand, Abhilfe zu schaffen.³⁶⁹ So zog im Oktober 1915 eine große Anzahl erboster Frauen zum Statthalter und zum Bürgermeister, um eine Herabsetzung der Lebensmittelpreise und die Beseitigung des Lebensmittelmangels zu fordern.³⁷⁰ Dinghofer zeigte im November 1916 im Gemeinderat auf, dass primär die staatlichen Stellen die Versorgung der Bevölkerung sicherzustellen hätten. Für die meisten der wichtigsten Lebensmittel hatte nämlich der Staat eine Sperre verfügt, weshalb die Stadtgemeinde darauf angewiesen war, Zuteilungen von dieser Seite zu erhalten.³⁷¹ Der Bürgermeister kritisierte aber auch das oberösterreichische Ernährungsamt wegen der mangelnden Zuteilung von Eiern und Butter an die Landeshauptstadt, da für beide Artikel in Oberösterreich eine Überproduktion herrschte.³⁷²

Gegen Ende des Jahres 1917 war Dinghofer – wieder einmal – mit dem Zorn der Bevölkerung wegen der schlechten Versorgung mit Brot konfrontiert: Eine aus Hausfrauen bestehende Protestdemonstration zog vor das Rathaus und schickte eine Abordnung direkt zum Bürgermeister. Die Wortführerin vertrat so vehement ihre Sache, dass ihr – während ihrer Rede – das künstliche Gebiss aus dem Mund fiel. Das daraufhin einsetzende allgemeine Gelächter entspannte die Situation. Dinghofer erklärte sich bereit, selbst mit den Frauen zum Statthalter zu marschieren und mitzuhelfen, ihre Forderungen an die zuständige Stelle zu richten.³⁷³

Die Verschlechterung der Ernährungssituation in Linz spiegelte sich auch in den offiziellen städtischen Statistiken wider: War vor dem Krieg bei 3,2 Prozent der Schüler und Schülerinnen der Pflichtschulen ein schlechter Ernährungszustand konstatiert worden, steigerte sich dieser

³⁶⁵ AStL, GRP, Sitzung vom 20.9.1916, fol. 561.

³⁶⁶ Ebenda, fol. 562 f.

³⁶⁷ Ebenda, Sitzung vom 29.11.1916, fol. 704–706.

³⁶⁸ Ebenda, Sitzung vom 20.9.1916, fol. 559 f.

³⁶⁹ Ebenda, Sitzung vom 29.11.1916, fol. 673.

³⁷⁰ Mateja, Oberösterreich im I. Weltkrieg, 87 f.

³⁷¹ AStL, GRP, Sitzung vom 29.11.1916, fol. 673 f.

³⁷² Ebenda, fol. 678.

³⁷³ ÖGZ, PERS Dinghofer Dr. Franz, Bericht Dinghofer (undatiert), 4.

Anteil im Jahr 1917 auf 5,8 Prozent, wobei die Mädchen einen noch schlechteren Ernährungszustand wie die Knaben aufwiesen.³⁷⁴

Die politischen Rahmenbedingungen begannen sich allerdings bereits ein Jahr vor Kriegsende zu ändern: Im Dezember 1917 bildete sich in Linz ein Arbeiterrat, der von den Sozialdemokraten unterstützt wurde.³⁷⁵ Im Jänner 1918 kam es wegen der Kürzung der Mehlquote zu Streiks in den großen Industriebetrieben der Stadt.³⁷⁶

Im Mai 1918 engagierte sich Bürgermeister Dinghofer – wie Landeshauptmann Hauser und der kaiserliche Statthalter Handel auch – für das Projekt des Alpengartens „Deutsche Heimat“, das auf dem Linzer Bauernberg entstehen sollte. Auf einer 11.000 Quadratmeter großen Fläche sollten sprudelnde Quellen, rieselnde Bächlein, kleine Alpenseen und ein Teich mit einer reichhaltigen Pflanzenwelt entstehen. Die gesamte Anlage war als „Kriegerdenkmal der Heldenöhne Oberösterreichs“ gedacht.³⁷⁷

Ehrungen durch die Stadt Linz

Im Oktober 1918, als sich die Ereignisse in der Endphase des Krieges und im Übergang von der Monarchie zur Republik überschlugen, fand keine Gemeinderatssitzung statt. In der nächsten Sitzung am 16. November, die bereits als konstituierende Sitzung des neuen provisorischen Gemeinderates betrachtet wurde, führte Vizebürgermeister Wessely den Vorsitz „in Abwesenheit des Herrn Bürgermeisters, der bekanntlich sein Mandat zurückgelegt hat“.³⁷⁸ Dinghofer hatte am 4. November Wessely erklärt,

„dass er den festen und unabänderlichen Entschluss gefasst habe, sowohl das Amt des Bürgermeisters als auch sein Gemeinderatsmandat niederzulegen. Es rufe ihn eine höhere Pflicht. Er sei jetzt auf lange Zeit an Wien gebunden und deshalb nicht in der Lage, diese Geschäfte in einer Weise fortzuführen, wie es die Bevölkerung mit Recht von ihm verlangen könne.“³⁷⁹

Fritz Mayrhofer und Harry Slapnicka sahen in der Begründung Dinghofers, in Wien gebraucht zu werden, nur die halbe Wahrheit für seinen Rücktritt: Nach der zu erwartenden Einführung des allgemeinen und gleichen Wahlrechts wäre Dinghofer trotz seiner Popularität des Bürgermeisteramtes verlustig gegangen.³⁸⁰

³⁷⁴ Vgl. Rechenschaftsbericht Gemeinderat 1912, 532; ebenda 1913, 577; ebenda 1915, 571; ebenda 1916, 510; ebenda, 1917, 480.

³⁷⁵ Tweraser, Gemeinderat 1914–1934, 215; Bukey, Patenstadt, 36 f.

³⁷⁶ Bukey, Patenstadt, 35.

³⁷⁷ Mühlviertler Nachrichten, 11.5.1918, 4; Tages-Post, 14.6.1918, 3.

³⁷⁸ AStL, GRP, Sitzung vom 16.11.1918, fol. 734.

³⁷⁹ Ebenda, fol. 734'.

³⁸⁰ Mayrhofer, Franz Dinghofer, 189; Slapnicka, Dinghofer (2010), 24.

Die konstituierende Sitzung des provisorischen Gemeinderates vom 16. November 1918 brachte größere Veränderungen in der Zusammensetzung des obersten städtischen Gremiums mit sich: Der Gemeinderat zählte nunmehr 57 Mitglieder anstatt zuvor 48. 13 der im Jahr 1913 gewählten Mandatare waren ausgeschieden, 22 wurden hingegen neu bestellt. Auch die politische Zusammensetzung änderte sich deutlich: Hatte das Kräfteverhältnis zuvor 75 Prozent Deutschnationale, 17 Prozent Sozialdemokraten und acht Prozent Christlichsoziale betragen, lautete die Aufteilung nach einer Parteienübereinkunft nun 54,4 Prozent Deutschnationale, 33,3 Prozent Sozialdemokraten und 12,3 Prozent Christlichsoziale. Erstmals gehörten mit der Sozialdemokratin Marie Beutlmayr und der Deutschfreiheitlichen Juliane Hudetschek auch zwei Frauen dem Linzer Gemeinderat an. Zum provisorischen Bürgermeister wurde der bisherige deutschnationale Vizebürgermeister Karl Sadleder gewählt.³⁸¹

Bürgermeister Sadleder war es auch, der am 20. Dezember 1918 im Gemeinderat eine ausführliche Laudatio auf Franz Dinghofer hielt. Er zählte detailliert die vielen Leistungen und Verdienste des Bürgermeisters vor und während des Krieges auf. Als besondere Auszeichnungen für Dinghofer wurde beantragt, ihm das Ehrenbürgerrecht zu verleihen, die bisherige „Gemeindestraße“ in „Dinghoferstraße“ umzubenennen sowie ein Porträt des Geehrten für die Bürgermeistergalerie im Gemeinderatssitzungssaal anfertigen zu lassen. Das Ehrenbürgerrecht für Dinghofer musste gegen die Stimmen der sozialdemokratischen Fraktion beschlossen werden, die es aus prinzipiellen Gründen ablehnte, wie Gemeinderat Eduard Euler erklärte: „Wir sind der bescheidenen Meinung, dass diese Sachen in die heutige Zeit nicht mehr hineinpassen, dass es genügen würde, die Verdienste hervorzuheben“. Die Straßenbenennung und der Beschluss für das Gemälde wurden hingegen einstimmig genehmigt.³⁸²

Über die Person des abgetretenen Bürgermeisters herrschte unter allen Mitgliedern des Gemeinderates jedenfalls Einmütigkeit. Der Sozialdemokrat Euler stellte im Namen seiner Fraktion ausdrücklich fest, dass man gegen eine Ehrung Dinghofers nichts einzuwenden habe und seine Verdienste anerkenne. Der christlichsoziale Gemeinderat Franz Bauer begrüßte die Auszeichnung ausdrücklich, „umsomehr als es sich um eine Ehrung handelt, welche den Verdiensten zukommt, die sich Dr. Dinghofer im Gemeinderate erworben hat und die ihm auch jeder politische Gegner zuerkennen muss“.³⁸³

³⁸¹ AStL, GRP, Sitzung vom 16.11.1918, fol. 734; Bart/Puffer, Gemeindevertretung, 82 f.; Tweraser, Gemeinderat, 1880–1914, 310; Schuster, Erster Weltkrieg, 168; Schuster, Umbruch, 18 f.

³⁸² AStL, GRP, Sitzung vom 20.12.1918, fol. 762'–764.

³⁸³ Ebenda, fol. 763'.

Bundespolitiker

Parlamentarier in Wien

Im Reichsrat

Im Juni 1911 zog Franz Dinghofer in das Abgeordnetenhaus des österreichischen Reichsrats ein.³⁸⁴ Zum Unterschied vom Linzer Gemeinderat (und dem oberösterreichischen Landtag) war die Wahl nach dem allgemeinen und gleichen Wahlrecht – allerdings nur für Männer – erfolgt. Mit Dinghofer hatte die Deutsche Volkspartei im Linzer Wahlkreis – anders als bei der Wahl des Jahres 1907 – einen Wahlsieg erzielt.³⁸⁵ Sein Biograph Fritz Mayrhofer interpretierte den Wahlerfolg als „Zeichen der Wertschätzung, die sich Dinghofer als Bürgermeister von Linz in weiten Kreisen der Bevölkerung bereits erworben hatte“.³⁸⁶ Es sollte die letzte Reichsratswahl vor dem Ende der Monarchie gewesen sein. Nicht weniger als 37 Parteien waren im Parlament vertreten, darunter auch viele ethnische Gruppen, die vehement ihre eigenen nationalen Anliegen vertraten.³⁸⁷

Die mandatstärkste Gruppierung, der auch Dinghofer angehörte, stellte – noch vor der Sozialdemokratischen Partei und der Christlichsozialen Partei – der „Nationalverband der deutschfreiheitlichen Abgeordneten“ (seit 1910 „Deutscher Nationalverband“) dar. Dabei handelte es sich allerdings nur um eine lockere Vereinigung der meisten deutschliberalen und deutschnationalen Abgeordneten.³⁸⁸ Der lose Zusammenschluss unterschiedlicher Mandatare und das daraus resultierende Abstimmungsverhalten wurde von Zeitgenossen spöttisch kommentiert: „Der eine saß, der andere stand: Der stimmte für, der andere wider. Das ist der Nationalverband. Stimmt an das Lied der Lieder!“³⁸⁹ Insgesamt war das zweifellos – im Vergleich zu den anderen großen Parteien – keine schlagkräftige Organisation:

„Es lag allerdings eine gewisse Ironie darin, daß die Christlichsozialen – als Erben der föderalistischen Konservativen – die Gründung einer ‚Reichspartei‘ zustande gebracht hatten, während die Freiheitlichen – als Nachfolger der zentralistischen Liberalen – über die föderalistische, länderweise Organisation nicht hinaus kamen.“³⁹⁰

Dinghofer, der dem Reichsrat bis zum Ende der Monarchie im Herbst 1918 angehören sollte, erwarb sich in diesem Gremium bald einen ausgezeichneten Ruf. Als Repräsentant der

³⁸⁴ Privatarhiv Prof. Dr. Peter Avancini, Denkschrift Dinghofer (1951), 5; Bart/Puffer, Gemeindevertretung, 119.

³⁸⁵ Mayrhofer, Dinghofer Diss., 119; Leidinger/Rapp, Hitler, 107.

³⁸⁶ Mayrhofer, Dinghofer Diss., 7.

³⁸⁷ Wladika, Hitlers Vätergeneration, 562.

³⁸⁸ Ebenda; Mayrhofer, Franz Dinghofer, 188 f.; Ackerl, Großdeutsche Volkspartei, 27.

³⁸⁹ Wiener Montagblatt, 11.12.1911, 4.

³⁹⁰ Höbelt, Kornblume, 290.

Deutschen Volkspartei, die – auf Grund der Rekrutierung ihrer Abgeordneten – als Beamten- und Professorenpartei titulierte wurde, trat er als eifriger Vertreter des Beamtenstandes in Erscheinung.³⁹¹ Ein zweiter Schwerpunkt seiner parlamentarischen Tätigkeit lag in der Vertretung der Interessen der Stadt Linz, deren Bürgermeister er ja zeitgleich war, bzw. der Interessen des Landes Oberösterreich.³⁹² Für diese Art der Interessenvertretung war eine Ämterkumulierung – Dinghofer war ab 1913 zusätzlich auch gewählter Abgeordneter des oberösterreichischen Landtags – ein großer Vorteil.³⁹³ Im Zuge seiner Tätigkeit im Reichsrat erreichte Dinghofer für Linz die – großteils – staatliche Finanzierung der Fuchselbachregulierung sowie die Gründung des Realgymnasiums.³⁹⁴ Während des Krieges thematisierte er im Reichsrat die schlechte Lebensmittelversorgung im Allgemeinen, die katastrophalen Linzer Wohnverhältnisse und das Problem von Linz als „Flüchtlingsstation“, aber auch die Einrichtung einer Universität in Linz.³⁹⁵

Dass die Abgeordnetentätigkeit auch durchaus ihre gefährlichen Seiten haben konnte, erfuhr Dinghofer im Oktober 1911: Eine Teuerungswelle hatte zu Demonstrationen mit Todesopfern geführt. Dies nahm der sozialdemokratische Parteiführer Viktor Adler zum Anlass, um in einer scharfen parlamentarischen Rede die Regierung zu kritisieren. Auf der Ministerbank saßen nebeneinander der Unterrichtsminister Stürgkh und der Justizminister Hochenburger. Während der Rede Adlers winkte der Unterrichtsminister Dinghofer zu sich, um ihm die Bewilligung für das Linzer Realgymnasium mitzuteilen. In diesem Moment schoss von der Galerie aus ein Angehöriger des Kronlandes Dalmatien mehrere Kugeln auf den Justizminister ab. Dabei streifte eine Kugel Dinghofer am Ohr, eine andere flog an seiner Kniescheibe vorbei und blieb in der Ministerbank stecken. Obwohl der Anschlag glimpflich endete, geriet Dinghofer – wie er selbst später angab – „in große Aufregung“ und musste vom anwesenden früheren Landeshauptmann von Oberösterreich Ebenhoch beruhigt werden. Dinghofers Parteikollege Carl Beurle war so aufmerksam, Dinghofers Ehefrau anzurufen, um ihr mitzuteilen, dass im Parlament geschossen worden sei, ihrem Ehemann aber nichts passiert sei.³⁹⁶ Diese Geschichte hatte tatsächlich so stattgefunden, wie Dinghofer sie viele Jahre später niederschrieb. Verletzt wurde er bei dem Vorfall nicht.³⁹⁷

³⁹¹ Mayrhofer, Franz Dinghofer, 188 f.

³⁹² Ebenda; Mayrhofer, Dinghofer Diss., 120 f.

³⁹³ Bart/Puffer, Gemeindevertretung, 119; Slapnicka, Politische Führungsschicht 1918–1938, 64; Slapnicka, Dinghofer (2010), 23. Der Landtag wurde allerdings während des Ersten Weltkriegs nicht einberufen, siehe Slapnicka, Dinghofer (2010), 22.

³⁹⁴ Mayrhofer, Dinghofer Diss., 63–67; ÖGZ, PERS Dinghofer Dr. Franz, Bericht Dinghofer, Gründung im Sturm, 21.6.1951

³⁹⁵ Tages-Post, 8.3.1918, 3; Tages-Post, 22.1.1918, 3; John, Bevölkerung in der Stadt, 413.

³⁹⁶ ÖGZ, PERS Dinghofer Dr. Franz, Bericht Dinghofer, Gründung im Sturm, 21.6.1951.

³⁹⁷ Vgl. Arbeiter-Zeitung, 1.12.1911, 7 f.

Dinghofer entwickelte sich im Laufe der Jahre zu einem der profiliertesten Abgeordneten des Nationalverbandes. Im September 1916 verabschiedete der Nationalverband auf seinen Antrag hin eine Resolution, die sich für die Wiedereinberufung des Reichsrats aussprach, der seit Kriegsbeginn nicht mehr zusammengetreten war.³⁹⁸ Freilich erwies sich der Nationalverband mit Fortdauer des Krieges zunehmend politisch desorientiert: Man hatte bis zum Schluss auf einen militärischen Sieg der Mittelmächte gesetzt, was sich als Illusion herausstellte.³⁹⁹ Im Oktober 1917 löste sich der Nationalverband in sechs verschiedene Gruppierungen auf. Eine davon war die Deutschnationale Partei, zu deren stellvertretenden Obmann Dinghofer gewählt wurde. An Stelle des Nationalverbandes wurde im Jänner 1918 ein „Verband der deutschnationalen Parteien im österreichischen Abgeordnetenhaus“ gebildet, dessen Leitung bei einem 25-köpfigen Ausschuss lag. Für die Deutschnationale Partei war neben dem 63-jährigen Dr. Julius Sylvester auch Franz Dinghofer in diesem Ausschuss vertreten.⁴⁰⁰

Von der Monarchie zur Republik

Die Deutschnationale Partei konnte sich mit liberalen und unabhängigen Abgeordneten der Sudetenländer verstärken und übernahm dadurch – mit insgesamt 35 Abgeordneten – die Führung im Verband der deutschnationalen Parteien im Reichsrat. Vor Kriegsende stellte sich der Gesamtverband personell neu auf und der 45-jährige Dinghofer, der sich als Bürgermeister von Linz einen Namen gemacht hatte, rückte an die Spitze der Vereinigung. Als Vorsitzender der größten Parteigruppe im Reichsrat fiel ihm dann auch im Oktober 1918 der Vorsitz in der Provisorischen Nationalversammlung zu.⁴⁰¹

Dinghofer wurde – neben dem Sozialdemokraten Karl Seitz und dem Christlichsozialen Jodok Fink (später Johann Nepomuk Hauser) – nicht nur zu einem der drei Präsidenten der Nationalversammlung bestellt, sondern auch zum alternierenden Vorsitzenden, der den 20-köpfigen Vollzugausschuss leitete. Dieser stellte in der Anfangsphase eine Art Regierung des sich formierenden deutschösterreichischen Staates dar.⁴⁰² Der Vollzugausschuss sollte vor allem die Struktur eines künftigen Staates durchdenken. Zu diesem Zweck wurden drei Arbeits-

³⁹⁸ Höbelt, Kornblume, 338; Mayrhofer, Dinghofer Diss., 123–125.

³⁹⁹ Vgl. Höbelt, Kornblume, 358.

⁴⁰⁰ Tages-Post, 23.1.1918, 2; Mayrhofer, Franz Dinghofer, 188 f.; Höbelt, Kornblume, 340 f.; Slapnicka, Dinghofer (2010), 24.

⁴⁰¹ Höbelt, Anmerkungen, 63; Höbelt, Kornblume, 349.

⁴⁰² Tages-Post, 22.10.1918, 1; Böhmerwald Volksbote, 27.10.1918, 2; Mayrhofer, Dinghofer Diss., 129 f.; Haas, Historische Einführung, XXVII f.

gruppen gebildet, und zwar „Äußeres und Krieg“, „Innere Verwaltung und Verfassung“ sowie „Volkswirtschaft und Ernährung“.⁴⁰³ Die Gruppe Innere Verwaltung und Verfassung resortierte direkt zu Präsident Dinghofer, als Berichterstatter wurde Karl Renner nominiert.⁴⁰⁴ Der Vollzugsausschuss agierte sehr defensiv, leitete vorerst auch keine Regierungsbildung ein und kooperierte mit der noch im Amt befindlichen kaiserlichen Regierung.⁴⁰⁵ Mit dieser zurückhaltenden Politik gelang es, Zug um Zug die friedliche Übernahme der Regierungsgeschäfte zu erreichen.⁴⁰⁶

Am 30. Oktober 1918 wählte die Nationalversammlung anstatt des Vollzugsausschusses einen Staatsrat, dem – wie beim Vollzugsausschuss – die Präsidenten der Nationalversammlung Dinghofer, Hauser und Seitz als Vorsitzende sowie 20 Mitglieder des Parlaments angehörten. Der Staatsrat wiederum widmete sich der Bildung einer Regierung. Es wurden Minister ernannt, die als „Staatssekretäre“ bezeichnet wurden, des Weiteren Unterstaatssekretäre, und Karl Renner wurde zum Leiter der Kanzlei des Staatsrates bestellt.⁴⁰⁷ Das Staatsratsdirektorium bestand aus den drei Präsidenten, dem Leiter der Kanzlei und dem ebenfalls neu bestellten Notar des Staatsrates.⁴⁰⁸

Der Staatsrat führte in einer Zeit, in der sich die Ereignisse täglich überstürzten, mit viel Einsatz die Regierungsgeschäfte. So tagte er zwei- bis dreimal täglich (vormittags, nachmittags, abends), zum Teil weit bis nach Mitternacht.⁴⁰⁹ Noch am 30. Oktober 1918 wandte er sich an den amerikanischen Präsidenten Wilson und präsentierte sich als Vollzugsgewalt der deutschösterreichischen Nationalversammlung, die allein berechtigt sei, Friedensverhandlungen zu führen. Zudem versuchte man gleich die Aufmerksamkeit Wilsons auf das Schicksal der deutschsprachigen Bevölkerung in Böhmen und Mähren zu lenken.⁴¹⁰ Den Abschluss eines Waffenstillstandes lehnte der Staatsrat allerdings ab und überließ dies lieber dem abtretenden Regime.⁴¹¹

Die Differenzen mit dem neuen tschechoslowakischen Staat zeichneten sich früh ab: Am 31. Oktober referierte Dinghofer im Staatsrat, dass „die Slaven bereits mit Rücksicht auf die große Zahl der Gemeinsamkeiten die Notwendigkeit einer Aussprache mit uns erkennen und einsehen“, allerdings auch Bedingungen stellen würden. Zu diesem Zeitpunkt glaubte man

⁴⁰³ Haas, Historische Einführung, XXVIII.

⁴⁰⁴ Protokolle Staatsrat, 3 f.

⁴⁰⁵ Haas, Historische Einführung, XXIX f.

⁴⁰⁶ Ebenda, XXXV-XLI.

⁴⁰⁷ Ebenda, XXXIII; Protokolle Staatsrat, 54–56.

⁴⁰⁸ Protokolle Staatsrat, 54 f.

⁴⁰⁹ Vgl. die Übersicht in Protokolle Staatsrat, VII f.

⁴¹⁰ Protokolle Staatsrat, 90–92; Tagblatt, 31.10.1918, 1; Tages-Post, 30.10.1918, 2.

⁴¹¹ Haas, Historische Einführung, XXII f.

noch, „daß sich hinsichtlich Deutschböhmen eine Einigung finden lasse“.⁴¹² Als sich in den ersten Novembertagen die Meldungen von Besetzungen von Teilen Deutschböhmens durch tschechische Truppen mehrten, kam es im Staatsrat zu heftigen Diskussionen: Deutschnationale Mitglieder des Staatsrates, die selbst aus Böhmen und Mähren stammten, forderten, dass das Heeresamt Truppen entsenden solle, aber auch reichsdeutsches Militär zu Hilfe gerufen werde. Gegen diesen Vorschlag sprachen sich die sozialdemokratischen Vertreter aus. Die Abstimmung im Staatsrat endete 5:5 und die Entsendung von Truppen nach Deutschböhmen war damit abgelehnt. Dinghofer hatte sich an der Diskussion nicht beteiligt.⁴¹³ Einmütigkeit herrschte im Gremium hingegen darüber, dass der Staat Deutschösterreich niemandem dem Krieg erklärt habe, nicht der Rechtsnachfolger von Österreich-Ungarn sei und deshalb als neutraler Staat zu gelten habe.⁴¹⁴

Als am 9. November 1918 im Staatsrat die Höhe der Zulagen diskutiert wurde, die die Mitglieder des Staatsrates, die Präsidenten, der Staatskanzler, der Staatsnotar, die Staatssekretäre und die Unterstaatssekretäre erhalten sollten, nahm Dinghofer eine mittlere Position ein: Er glaubte, „in dieser Richtung werde es die Versammlung der Bevölkerung niemals recht machen, weil die Meinungen sehr weit auseinandergehen“. Er war der Auffassung, dass man sich der Volksmeinung in dieser Beziehung nicht gänzlich unterwerfen dürfe, „allerdings muß auch eine gewisse Rücksichtnahme erfolgen“: „Deshalb sei er dafür, die mittlere Linie einzuhalten und das zu tun, was man vor dem eigenen Gewissen verantworten kann.“ Was die Bezüge der Präsidenten betraf, teilte Dinghofer dem Staatsrat auch im Namen der Präsidenten Hauser und Seitz mit, dass die für die Präsidenten vorgeschlagene Funktionszulage von 2.500 Kronen monatlich zu hoch sei und die Präsidenten keine höheren Bezüge als die Staatssekretäre wollen.⁴¹⁵ Freilich waren die Präsidenten insofern bessergestellt, als ihnen ein Dienstwagen und eine Dienstwohnung zugebilligt wurde.⁴¹⁶

Während die Sozialdemokraten bereits beim ersten Zusammentreten der Provisorischen Nationalversammlung am 21. Oktober 1918 die demokratische Republik als Staatsform forderten, waren die gemäßigten Deutschnationalen, zu denen auch Dinghofer zählte, wie die Christlichsozialen zu diesem Zeitpunkt noch für eine konstitutionelle Monarchie.⁴¹⁷ Eine Zeitlang spielte diese Frage wegen dringenderer anderer Probleme keine Rolle, bis sich dann durch den Rücktritt des deutschen Kaisers und die Ausrufung der deutschen Republik am

⁴¹² Protokolle Staatsrat, 102.

⁴¹³ Ebenda, 211 f.

⁴¹⁴ Vgl. ebenda, 220–223.

⁴¹⁵ Protokolle Staatsrat, 314.

⁴¹⁶ Ebenda, 315.

⁴¹⁷ Tages-Post, 22.10.1918, 1.

9. November auch für Deutschösterreich Handlungsbedarf ergab. Zudem hatte die Sorge auf einen gewaltsamen Umsturz durch revolutionäre Massen auch den Staatsrat erfasst. Während die Sozialdemokraten konsequent auf einen Beschluss für die Republik hinarbeiteten, sprach sich Dinghofer nicht gegen den Verbleib des Kaisers aus. In eine Krise schlitterten die Christlichsozialen, die große Probleme hatten, sich mit dem Ende der Monarchie abzufinden. Durch die Erklärung des Kaisers, auf jeden Anteil an den Staatsgeschäften verzichten zu wollen und jede Entscheidung Deutschösterreichs über seine künftige Staatsform anzuerkennen, war der Weg für einen unkomplizierten Übergang gewährleistet.⁴¹⁸ Dinghofer trat am 11. November 1918 im Staatsrat klar für die Ausrufung der demokratischen Republik ein. Gegen den sofortigen Anschluss an das Deutsche Reich äußerte er hingegen Bedenken: „Aber ich gebe zu, daß die Frage des sofortigen Anschlusses an das Deutsche Reich – ich bin ein Anhänger dieses Anschlusses – schweren, sachlichen, wirtschaftlichen und finanziellen Bedenken begegnet.“⁴¹⁹ Der sozialdemokratische Unterstaatssekretär Otto Bauer wies hingegen darauf hin, dass der Waffenstillstand der Entente mit dem Deutschen Reich nur auf 30 Tage laute:

„Das bedeutet, daß auch die Entscheidung über das Schicksal Deutschösterreichs voraussichtlich in diesem Monat fallen wird. Wir müssen unbedingt unseren Anspruch, daß wir über unser Schicksal selbst entscheiden und nicht die Entente, in diesem Augenblick anmelden, weil es fraglich ist, ob es in einem späteren Augenblick noch möglich sein wird.“⁴²⁰

Im Staatsrat stimmten Sozialdemokraten und Deutschnationale für die Republik, während die christlichsozialen Vertreter nicht anwesend waren, sich der Stimme enthielten oder dagegen votierten.⁴²¹ Die Abstimmung am 12. November 1918 in der Nationalversammlung ergab hingegen ein einstimmiges Resultat.⁴²² Zeitgleich wurde auch der Anschluss Österreichs an die deutsche Republik beschlossen, ohne dass diesem Entschluss eine gründliche Erörterung im Staatsrat oder in der Nationalversammlung vorausgegangen wäre.⁴²³

Franz Dinghofer galt als hervorragender Kenner der staatlichen Verwaltung und der parlamentarischen Geschäftsordnung und bewährte sich deshalb auch als Vorsitzender der Nationalversammlung und des Staatsrates.⁴²⁴ Konsequenterweise wies er mit seinen Wortmeldun-

⁴¹⁸ Haas, *Historische Einführung*, LVIII–LXII; siehe auch Rebhan, *Politische Parteien*, 32–35 und 46, Anm. 90; Höbelt, *Anmerkungen*, 64–66.

⁴¹⁹ *Protokolle Staatsrat*, 356.

⁴²⁰ *Ebenda*, 357.

⁴²¹ Haas, *Historische Einführung*, LX f.

⁴²² *Ebenda*, LXII.

⁴²³ *Ebenda*, LXV f.

⁴²⁴ ÖGZ, PERS Dinghofer Dr. Franz, 17–19, Würdigung Dinghofers, Herbst 1928.

gen im Vollzugausschuss der Nationalversammlung auf die Notwendigkeit des Aufbaus einer funktionierenden Verwaltung, die die neuen Staatsorgane zu unterstützen hatte, hin.⁴²⁵ Am 5. November 1918 stellte er im Staatsrat den Antrag, „zum Schutze der Deutschösterreicher im Gebiete anderer Nationalstaaten Österreichs [...] in diesen Staaten ehestens Gesandte Deutschösterreichs zu ernennen“.⁴²⁶

Er trat nicht nur im Parlament, sondern auch öffentlich in Erscheinung, etwa am 30. Oktober 1918 mit einer Rede in einer Kundgebung der deutschen Studenten der Universität Wien, bei der auch Karl Renner sprach und schließlich die „Wacht am Rhein“ angestimmt wurde.⁴²⁷ Als Vorsitzender der Provisorischen Nationalversammlung am 12. November 1918 kam es ihm zu, vor dem Parlament die Ausrufung der Republik zu verkünden. Dabei kam es zu dem unrühmlichen Vorfall, dass linke Aktivisten den weißen Mittelstreifen aus der rot-weiß-roten Fahne herausrissen, wodurch nur eine rote Fahne gehisst werden konnte.⁴²⁸ Wohl wegen der fragilen Sicherheitslage hatte Dinghofer bereits Anfang November einen Antrag für die Aufstellung einer Parlamentswache gestellt, was im Staatsrat auf Zustimmung gestoßen war.⁴²⁹

Abgeordnetenklub und Parteiorganisation

Die Wahl zur Konstituierenden Nationalversammlung vom 16. Februar 1919 gestaltete sich für die Deutschnationalen zum Misserfolg: Mit 18 Prozent der Stimmen setzte es eine klare Wahlniederlage. Hatten der Provisorischen Nationalversammlung noch 106 Vertreter nationaler Gruppierungen angehört, waren es nunmehr nur mehr 26. Zum Vergleich: Die Sozialdemokraten hatten 72, die Christlichsozialen 69 Mandate erzielt.⁴³⁰ Mitausschlagend für das schlechte Wahlergebnis der Deutschnationalen dürfte der Wegfall der deutschsprachigen Gebiete Böhmens und Mährens gewesen sein, die als deutschnationale Hochburgen gegolten hatten.⁴³¹

Dinghofer trachtete gleich nach der Wahl danach, das Dritte Lager im Parlament zu eimen. Es kam zur Bildung der „Großdeutschen Vereinigung“, der auch die Alldeutschen (bei denen freilich Georg Schönerer nicht mehr aktiv war) und die Deutschradikale Partei unter Karl Hermann Wolf angehörten.⁴³²

⁴²⁵ Vgl. Protokolle Staatsrat, 16: „Ferner berichtet der Präsident über die Notwendigkeit einer Kanzlei und besoldeter Konzeptskräfte.“

⁴²⁶ Protokolle Staatsrat, 193.

⁴²⁷ Linzer Volksblatt, 31.10.1918, 5.

⁴²⁸ Haas, Historische Einführung, LXVI f.

⁴²⁹ Protokolle Staatsrat, 304 f.

⁴³⁰ Ackerl, Großdeutsche Volkspartei, 321; Mayrhofer, Dinghofer Diss., 132.

⁴³¹ Dostal, Großdeutsche Volkspartei, 196.

⁴³² Ebenda, 40.

In der Folge nahm Dinghofer als Klubobmann eine Schlüsselrolle bei den Deutschnationalen bzw. Großdeutschen ein, die er bis 1926 innehatte. Bei dieser Position handelte es sich insofern um eine zentrale, als doch die Bundesregierung von der Nationalversammlung bzw. vom Nationalrat gewählt wurde, d.h. die wichtigsten Entscheidungen fielen im Parlament. Die Bedeutung des Klubobmanns wurde zudem noch durch das Faktum gestärkt, dass die Parteiohleute der geeinten Großdeutschen Volkspartei Hermann Kandl und August Wotawa überhaupt nicht im Parlament vertreten waren. Lothar Höbelt meint, dass nach heutigem Verständnis deren Macht nicht über die eines Generalsekretärs hinausreichte.⁴³³

Im Jänner 1922 stand die Großdeutsche Volkspartei vor einer Entscheidung über das weitere politische Vorgehen. Sie wollte Bundeskanzler Johann Schober nicht mehr unterstützen, der mit der Tschechoslowakei den für die Großdeutschen untragbaren Vertrag von Lana abgeschlossen hatte.⁴³⁴ Bei den Beratungen im Klub trat Dinghofer dafür ein, eine andere Klubführung zu wählen. Dinghofer glaubte, dass nach den bevorstehenden Verhandlungen mit den Christlichsozialen, den Großdeutschen nichts anderes übrigbleiben werde, als in Opposition zu gehen. Und dies sei eine Rolle, die er als Klubobmann nicht einnehmen wolle: „Ich bin kein Oppositionsführer und eine solche Stelle kann nur derjenige einnehmen, der davon überzeugt ist, daß die Opposition das beste Mittel ist zum Ziele zu gelangen.“ Diese Aussage sorgte bei den Abgeordneten für Aufregung. Mit Mühe konnte man Dinghofer dazu bewegen, von einem Rücktritt abzusehen.⁴³⁵

Die Gewaltenteilung innerhalb der Großdeutschen Volkspartei funktionierte nicht immer: Zwischen Klubspitze und Parteiführung kam es wiederholt zu Konflikten, die in wechselseitigen Rücktrittsdrohungen gipfelten. Politisch durchgesetzt dürfte sich dabei oftmals Dinghofer haben.⁴³⁶ Insgesamt erwies sich jedenfalls Dinghofer, der auch als dritter Präsident der Nationalversammlung bzw. des Nationalrates fungierte, bei den vielen personellen Wechseln im Parlament und in seiner Partei als ruhender Pol.⁴³⁷ Seine integrative Rolle im deutschnationalen Lager konnte er auch im Jahr 1920 unter Beweis stellen, als sich nicht weniger als 17 Parteigruppen zur Großdeutschen Volkspartei zusammenschlossen.⁴³⁸ Die Deutsche Nationalsozialistische Arbeiterpartei unter Walter Riehl trat dieser Vereinigung ebensowenig bei

⁴³³ Höbelt, Erste Republik, 100; Höbelt, Anmerkungen, 68 f.

⁴³⁴ Dostal, Großdeutsche Volkspartei, 203 f.; Ackerl, Großdeutsche Volkspartei, 139; Wladika, (Rassen-)Antisemitismus, 307.

⁴³⁵ ÖStA, AdR, GDVP, Kt. 3, 97. Sitzung des Verbandes der GDVP, Verhandlungsschrift, 16.1.1922.

⁴³⁶ Höbelt, Anmerkungen, 69; Dostal, Großdeutsche Volkspartei, 150.

⁴³⁷ Mayrhofer, Dinghofer, 98; Slapnicka, Dinghofer (2010), 28.

⁴³⁸ ÖGZ, PERS Dinghofer Dr. Franz, 18, Würdigung Dinghofers, Herbst 1928; Mayrhofer, Dinghofer, 135.

wie die deutschnationalen Bauern, die sich als Landbund konstituierten.⁴³⁹ In der Folge gelang es der Großdeutschen Volkspartei im Unterschied zur Sozialdemokratischen Partei und der Christlichsozialen Partei nicht, eine schlagkräftige Parteiorganisation zu schaffen. Sie verfügte weder über ein offizielles oder offiziöses Presseorgan noch über Vorfeldorganisationen, die direkt der Partei unterstanden.⁴⁴⁰

Dinghofers Bedeutung innerhalb der Großdeutschen Volkspartei wurde im Mai 1924 in einer Beratung der Obmänner der Landesparteileitungen über die Neuwahl des Bundesparteiobmanns deutlich. Eine Neuwahl war notwendig geworden, da der bisherige Parteiobmann Hermann Kandl zurückgetreten war. August Wotawa vertrat den Standpunkt, „dass unter den gegenwärtigen Verhältnissen die Partei nur durch einen Parlamentarier geführt werden kann. Als solcher kommt einzig und allein Dr. Dinghofer in Frage.“ Ein weiterer Sitzungsteilnehmer, Otto Wagner, plädierte ebenfalls für Dinghofer: „Wir müssen jetzt in die Parteipolitik Ruhe bringen. Die Wahl Dr. Dinghofers zum Parteiobmann ist diesbezüglich der einzige Ausweg.“ Allerdings gab es in der Sitzung auch – einige wenige – Vorbehalte gegen Dinghofer. Der Kärntner Gatternigg meinte, „dass Dinghofer nicht populär genug ist und agitatorisch nicht genügend wirken wird“. Nach einigen Wortmeldungen wurde jedoch einstimmig der folgende Antrag Wotawas beschlossen: „Als Parteiobmann ist Dr. Dinghofer in Aussicht zu nehmen. Er ist jetzt in feierlicher Weise zu ersuchen, eine etwaige Wahl anzunehmen.“ Es kam allerdings anders, zum neuen Parteiobmann wurde beim Reichsparteitag der bisherige geschäftsführende Parteiobmannstellvertreter August Wotawa gewählt, der in der Sitzung der Landesparteiobmänner noch erklärt hatte, „gesundheitlich sehr übel daran“ zu sein. Offensichtlich hatte Dinghofer seinen Parteifreunden eine Absage erteilt, wie es der Oberösterreichische Langoth bereits vor der Beschlussfassung in der Sitzung vermutet hatte.⁴⁴¹

Opposition

Nach der Bildung einer sozialdemokratisch-christlichsozialen Koalitionsregierung unter Karl Renner im März 1919 befanden sich die Deutschnationalen in Opposition. Das fragile Regierungsbündnis führte wiederholt zu wechselseitigen Klagen der beiden Partner, wobei Dinghofer für Vertreter beider Lager als „neutraler“ Ansprechpartner fungierte.⁴⁴²

⁴³⁹ Ackerl, Großdeutsche Volkspartei, 45 und 47; Wladika, Hitlers Vätergeneration, 579.

⁴⁴⁰ Ackerl, Kampfbündnis, 121 f.; Tweraser, Gemeinderat 1914–1934, 202 f.

⁴⁴¹ ÖStA, AdR, GDVP, Kt. 37, Verhandlungsschrift über die Beratung der Obmänner der Landesparteileitungen, 14.5.1924.

⁴⁴² Goldinger/Binder, Österreich 1918–1938, 84 f.

Als deutschnationaler Abgeordneter brachte Dinghofer gemeinsam mit Parteikollegen in der Sitzung der Nationalversammlung am 15. Oktober 1919 eine Anfrage an den Staatssekretär für Verkehrswesen über die Entlassung von Bediensteten der Fernsprechvermittlungsamter ein, die nicht der sozialdemokratischen „Technischen Union“ angehören würden. Angeblich waren auf den schwarzen Brettern in den Ämtern jenen Arbeitern mit Entlassung aus dem Staatsdienst gedroht worden, die nicht sofort ihre Rückstände bei den Mitgliedsbeiträgen begleichen würden, aber auch jenen, die sich gar nicht der Technischen Union anschließen wollten. Dinghofer und Genossen stellten in der Anfrage deshalb fest, „dass sich die Technische Union Rechte anmaßt, die derselben nie zukommen, denn die Aufnahmen in den Staatsdienst erfolgen nach der Auffassung der Gefertigten einstweilen noch durch die staatlichen Ämter“. Der Staatssekretär für Verkehrswesen konnte das Aushängen einer derartigen Kundmachung nicht bestätigen, wies aber die Antragsteller auf einen Erlass vom Mai 1919 hin,

„mit dem die Vorstände aller unterstellten Dienststellen auf das strengste angewiesen wurden, innerhalb des ihnen unterstehenden Personalkörpers keinerlei wie immer gearteten Zwang, sich einer Organisation anzuschließen oder aus einer solchen auszutreten, zu dulden oder selbst auszuüben, vielmehr jeden Versuch einer solchen Nötigung auf das entschiedenste zurückzuweisen“. ⁴⁴³

In der Ära der Konstituierenden Nationalversammlung der Jahre 1919 und 1920 beschäftigten zwei große Themen das Parlament: der Friedensvertrag von Saint Germain und die Verfassungsfrage. In beiden Fragen suchte die deutschnationale Opposition ein eigenständiges Profil zu entwickeln.

In der Sitzung am 6. September 1919, bei der in der Nationalversammlung über die Annahme des Friedensvertrages diskutiert wurde, kam es Dinghofer zu, als Hauptredner für die Deutschnationalen das Wort zu ergreifen. In scharfen Worten prangerte er die falschen Versprechungen des amerikanischen Präsidenten Wilson, den er als „Heiland aus dem Westen“ apostrophierte, hinsichtlich des Selbstbestimmungsrechts der Völker, aber auch in Bezug auf die Öffentlichkeit der Friedensverhandlungen an. Dinghofer charakterisierte den vorliegenden Vertragstext als „Ausdruck einseitigen Willens hasserfüllter Gegner“. Der studierte Jurist kritisierte, dass der Friedensvertrag auf zwei Rechtsfiktionen aufbaue: Zum einen darauf, dass „ausgerechnet die sechs Millionen Deutschen, welche in Deutschösterreich sich befinden, den

⁴⁴³ Stenographische Protokolle, Sitzung der Konstituierenden Nationalversammlung, 15.10.1919, Anfrage der Abgeordneten Dr. Straffner, Dr. Wutte und Genossen an den Herrn Staatssekretär für Verkehrswesen, betreffend die Übergriffe der „Technischen Union“ gegen Arbeiter, die nicht in der Technischen Union organisiert sind, 155/I, 14.10.1919, <https://alex.onb.ac.at/cgi-content/alex?aid=spk&datum=1919&page=4202&size=45>; ebenda, Anfragebeantwortung des Staatssekretärs für Verkehrswesen, zu Nr. 155/I (71), 18.11.1919, <https://alex.onb.ac.at/cgi-content/alex?aid=spk&datum=1919&page=4880&size=45> (31.8.2022); Tages-Post, 16.10.1919, 7.

Krieg verschuldet haben“. Die zweite Rechtsfiktion sei, dass „wir die alleinigen Rechtsnachfolger des alten Österreich, beziehungsweise, wie der offizielle Titel geheißen hat, der im Reichsrat vertretenen Königreiche und Länder sind“. Dinghofer erinnerte daran, dass sich auch Mitglieder anderer Nationen während des Krieges in der Regierung befunden hätten. Zudem hätten nicht nur Deutsche in der österreichisch-ungarischen Armee mitgekämpft, sondern auch Tschechen, Polen, Ruthenen und Südslawen. Die Deutschen in Österreich hätten keine imperialistischen Ziele im Auge gehabt: „Was hätten wir denn auch gewinnen sollen? Wir hatten ohnehin schon so viele Slawen in diesem Reiche, dass wir Deutsche uns seit fünfzig Jahren auf der Abwehrlinie befunden haben.“ Dinghofer sah allein schon die im Friedensvertrag als „Republik Österreich“ bezeichnete Adressatin als falsch an:

„Eine ‚Republik Österreich‘ existiert gar nicht, ein ‚Österreich‘ existierte überhaupt seit Jahrzehnten nicht, mindestens seit dem Jahre 1866 nicht. Der offizielle Titel war ‚die im Reichsrat vertretenen Königreiche und Länder‘. Wir sind ein vollkommen neuer Staat, wir haben eigentlich mit den früheren Teilstaaten oder mit dem früheren Staate Österreich, wenn man ihn kurz so nennen will, nicht mehr zu tun als die Tschechen, die Südslawen, die Polen, kurz die übrigen Völker, welche sich aus diesem Staate herausgegliedert haben.“

Der Redner vertrat die Meinung, es sei infolgedessen fraglich, ob Staatskanzler Renner überhaupt berechtigt gewesen sei, sich auf Verhandlungen einzulassen und einen derartigen Friedensvertrag entgegenzunehmen. Dinghofer wies auch auf die katastrophale finanzielle und wirtschaftliche Lage hin, in der sich der Kleinstaat befand: „Wir können nicht existieren, wir erzeugen nur ein Drittel von den Lebensmitteln, welche für den Bedarf der Menschen und der Tiere in diesem Staate notwendig sind; wir produzieren höchstens 6 bis 8 Prozent an Brennwert von Kohle, welche wir für diesen Staat brauchen.“⁴⁴⁴

Dinghofer appellierte in seiner Rede an die Abgeordneten, noch einen Versuch zu unternehmen, zu einem besseren Friedensabschluss zu kommen. Er glaubte, die Entente werde einlenken: „Aber glauben Sie wirklich, dass man ein Sechsmillionenvolk verhungern lassen kann? Glauben Sie wirklich, dass die Entente es auf ihr Gewissen wird nehmen können, wo Frankreich, England und Amerika angeblich an der Spitze der Zivilisation marschieren [...]?“⁴⁴⁵ Dinghofers Worte über den Zwangscharakter des Friedensvertrages gaben wohl die allgemeine Stimmung in Österreich wieder. Angeblich hatte sich sogar Staatskanzler Renner eine scharfe Kritik am Friedensvertrag durch die Deutschnationalen gewünscht. Dennoch vo-

⁴⁴⁴ Stenographische Protokolle, Sitzung der Konstituierenden Nationalversammlung, 6.9.1919, 771–776, <https://alex.onb.ac.at/cgi-content/alex?aid=spk&datum=1919&page=781&size=45> (31.8.2022).

⁴⁴⁵ Stenographische Protokolle, Sitzung der Konstituierenden Nationalversammlung, 6.9.1919, 776, <https://alex.onb.ac.at/cgi-content/alex?aid=spk&datum=1919&page=786&size=45> (31.8.2022).

tierte die sozialdemokratisch-christlichsoziale Mehrheit der Nationalversammlung mit 97 gegen 23 Stimmen für die Unterzeichnung des Vertrages.⁴⁴⁶ Von sozialdemokratischer Seite wurde Dinghofer und den Großdeutschen Tage später Verantwortungslosigkeit vorgeworfen: „23 Mann waren es, die nicht den Mut gehabt haben zur Unterschrift, die aber den Mut gehabt haben, 4 ½ Jahre als Siegfriedler alles daran zu setzen, dass dieser Krieg überhaupt nie ein Ende gefunden hätte.“⁴⁴⁷

Auch außerhalb des Parlaments trat Dinghofer als Redner in Erscheinung, der den Friedensvertrag kritisierte, aber auch die mangelnde Lebensfähigkeit Österreichs herausstrich.⁴⁴⁸ Deutschösterreich sei – so Dinghofer – „ein unmögliches Staatengebilde, das niemals einen dauernden Bestand haben kann. Wir sind nur zu retten durch den Anschluss an Deutschland.“⁴⁴⁹ Auch in den darauffolgenden Jahren sollte sich der deutschnationale Politiker als starker Befürworter des Anschlusses erweisen.⁴⁵⁰ Realpolitisch war dieser jedoch außerhalb des Möglichen: Ein nach Inkrafttreten des Vertrags von Saint Germain von den Großdeutschen eingebrachter Antrag für eine Volksabstimmung wurde zwar im Plenum angenommen, die Volksabstimmung selbst jedoch nie realisiert.⁴⁵¹

Der zweite große Themenkomplex, dem sich die Koalitionsregierung zwischen Sozialdemokraten und Christlichsozialen zu widmen hatte, war die Verfassungsfrage. Naturgemäß klappten da die Meinungen auseinander: Während den Sozialdemokraten eher eine zentralistische Ausrichtung des Staates vorschwebte, sprachen sich die Christlichsozialen für einen Föderalismus aus.⁴⁵² Die Großdeutschen präsentierten einen eigenen Verfassungsentwurf, der einen umfangreichen Abschnitt über die Grundrechte beinhaltet.⁴⁵³ Die anderen Parteien folgten jedoch diesem Punkt nicht, was zur Folge hatte, dass die österreichische Verfassung bis heute keinen Grundrechtskatalog enthält.⁴⁵⁴ Allerdings wurde aus dem großdeutschen Entwurf die Einsetzung eines Bundespräsidenten übernommen.⁴⁵⁵ Die Diskussionen über die Verfassung hatten auch – zumindest indirekt – die Trennung Wiens von Niederösterreich zur

⁴⁴⁶ Tages-Post, 9.9.1919, 1–3; Bihl, Erster, Weltkrieg, 292; Goldinger/Binder, Österreich 1918–1938, 84.

⁴⁴⁷ Linzer Volksblatt, 14.9.1919, 9; siehe auch Tagblatt, 16.9.1919, 1 f.

⁴⁴⁸ Vgl. etwa Linzer Volksblatt, 4.1.1919, 4; Tages-Post, 13.11.1919, 1.

⁴⁴⁹ Tages-Post, 19.11.1919, 3.

⁴⁵⁰ Mayrhofer, Dinghofer Diss., 136; Slapnicka, Dinghofer (2010), 26.

⁴⁵¹ Goldinger/Binder, Österreich 1918–1938, 78 f.

⁴⁵² Vgl. zusammenfassend Goldinger/Binder, Österreich 1918–1938, 94–98.

⁴⁵³ Neisser, Verfassungsentwicklung, 98–100.

⁴⁵⁴ Neschwara, Entstehung, 123; Neisser, Verfassungsentwicklung, 98–100.

⁴⁵⁵ Goldinger/Binder, Österreich 1918–1938, 98; Mayrhofer, Dinghofer, 114.

Folge. Mit dem 1. Jänner 1922 wurde Wien ein selbstständiges, den anderen Ländern gleichgestelltes Bundesland.⁴⁵⁶ Dinghofer kritisierte diesen Schritt, weil „etwa ein Drittel der Bevölkerung von ganz Österreich nunmehr auch in zweiter Instanz vollständig den Sozialdemokraten ausgeliefert wurde“.⁴⁵⁷

Koalition mit den Christlichsozialen

Die Koalition zwischen Sozialdemokraten und Christlichsozialen zerbrach im Juni 1920.⁴⁵⁸ Bereits zu diesem Zeitpunkt führten die beiden Oberösterreicher Dinghofer und Hauser Gespräche über eine mögliche Zusammenarbeit ihrer beiden Parteien auf Bundesebene.⁴⁵⁹ Die Nationalratswahl im Oktober 1920 brachte einen großen Erfolg der Christlichsozialen Partei, die mit 85 Mandaten klar vor der Sozialdemokratischen Partei mit bloß 69 Mandaten lag. Die Großdeutschen kamen gemeinsam mit den deutschnationalen Bauern auf 28 Mandate.⁴⁶⁰ Eine vom Christlichsozialen Michael Mayr geführte Bundesregierung, bestehend aus Beamten und Christlichsozialen, wurde von den Großdeutschen weitgehend unterstützt.⁴⁶¹

Eine Unterredung zwischen Ignaz Seipel und Dinghofer Anfang Dezember 1920 sollte dazu dienen, eine Einigung über den von der Bundesversammlung zu wählenden Bundespräsidenten zu erzielen. Dinghofer gestand der Mehrheitspartei zu, dass der Kandidat aus ihren Reihen kommen solle, doch sollte der Vorschlag mit den Großdeutschen abgestimmt sein. Seipel schlug Hauser oder Rintelen vor. Während er über Rintelen kein Urteil abgeben wollte, weil er ihn nicht kannte, lehnte Dinghofer Hauser ab, wie er dem großdeutschen Abgeordnetenklub im Parlament berichtete:

„Seiner persönlichen Meinung nach wäre Hauser für uns nicht akzeptabel: Hauser sei schwer krank, ausserdem hätten die Grossdeutschen die gehässigen Angriffe Hausers nicht vergessen. Hauser stünde den S.D. [Sozialdemokraten] jedenfalls näher als uns. Seine Wahl würde die Politik der Wiederaufnahme der alten Koalition bedeuten.“⁴⁶²

Im großdeutschen Klub schlug Leopold Waber Dinghofer für das Amt vor: „Dr. Dinghofer würde in der Bevölkerung als Bundespräsident begrüsst werden. Das Ansehen und der Stand

⁴⁵⁶ Goldinger/Binder, Österreich 1918–1938, 99 f.

⁴⁵⁷ Freie Stimmen, 23.9.1925, 2.

⁴⁵⁸ Goldinger/Binder, Österreich 1918–1938, 89.

⁴⁵⁹ Dostal, Großdeutsche Volkspartei, 198 f.

⁴⁶⁰ Zusammensetzung des Nationalrates 1920–1934, <https://www.parlament.gv.at/WWER/NR/MandateNR/> (27.1.2022).

⁴⁶¹ Goldinger/Binder, Österreich 1918–1938, 101.

⁴⁶² ÖStA, AdR, GDVP, Kt. 2, 8. Sitzung des Verbandes der GDVP, Verhandlungsschrift, 4.12.1920, 3; siehe auch Mayrhofer, Dinghofer, 114.

der Partei würden sich verbessern, denn wer die Macht in der Hand hat, bekommt auch den Anhang in der Bevölkerung.“ Waber malte sich für die Wahl das folgende Szenario aus:

„Aus dem ersten Wahlgang gehen die drei Kandidaten der Parteien ohne Mehrheit hervor. Der zweite Wahlgang könnte bereits die Stimmen der S.D. [Sozialdemokraten] auf unseren Kandidaten vereinigen. Dann müsste unser Kandidat erklären, die Wahl nicht annehmen zu können, weil hiez zu das Vertrauen aller Parteien nötig sei. Hier auf werden wohl die Ch.S. [Christlichsozialen] im dritten Wahlgang ebenfalls für unseren Mann stimmen.“

Der großdeutsche Klub nahm den Vorschlag, Dinghofer als Kandidaten zu nominieren, einstimmig an.⁴⁶³

Allerdings kam es anders, als man sich das im großdeutschen Klub vorgestellt hatte. Nachdem die Wahl vorerst ergebnislos verlaufen war, zeichnete sich ab, dass weder die Christlichsozialen noch die Sozialdemokraten Dinghofer wählen würden. Bei den Großdeutschen musste man feststellen, dass jener Flügel der Christlichsozialen Partei, der für Dinghofer stimmen würde, zu schwach sei, um sich durchzusetzen. Angeblich verhinderte „die persönliche Gegnerschaft“ Hausers zu Dinghofer einen Meinungsumschwung. Die Christlichsozialen nominierten schließlich den parteilosen Juristen Michael Hainisch, dem eine großdeutsche Einstellung zugeschrieben wurde. Im großdeutschen Klub gab es allerdings vereinzelte Stimmen gegen Hainisch wegen dessen jüdischer Ehefrau. Diese gaben allerdings nicht den Ausschlag, da sich im Klub die klare Majorität für den von den Christlichsozialen aufgestellten Kandidaten aussprach, um einen etwaigen monarchiefreundlichen christlichsozialen Kandidaten zu verhindern. So konnte letztendlich Michael Hainisch die Wahl gewinnen.⁴⁶⁴

Die Phase der bürgerlichen Regierungen, in denen primär Beamte die Ressorts übernommen hatten und die von den Großdeutschen mehr oder weniger unterstützt worden waren, endete im Mai 1922, als es unter Bundeskanzler Ignaz Seipel und Vizekanzler Felix Frank zu einer fixen Koalition zwischen der Christlichsozialen Partei und der Großdeutschen Volkspartei kam.⁴⁶⁵ Die Voraussetzungen für die Koalitionsregierung musste davor auf dem Großdeutschen Parteitag in Graz gelegt werden, auf dem Dinghofer als Hauptredner – letztendlich erfolgreich – für die Koalition mit den Christlichsozialen warb. Gegenstimmen aus der Partei wegen des von Seipel beabsichtigten Sanierungsprogramms und wegen des mangelnden Anschlusswillens der Christlichsozialen an Deutschland suchte Dinghofer abzuwiegeln. Die Ab-

⁴⁶³ ÖStA, AdR, GDVP, Kt. 2, 8. Sitzung des Verbandes der GDVP, Verhandlungsschrift, 4.12.1920.

⁴⁶⁴ Ebenda, 10. Sitzung des Verbandes der GDVP, Verhandlungsschrift, 9.12.1920: siehe auch Mayerhofer, Dinghofer, 114 f.; Goldinger/Binder, Österreich 1918–1938, 101 f.; Wladika, (Rassen-)Antisemitismus, 296.

⁴⁶⁵ Goldinger/Binder, Österreich 1918–1938, 100–107.

stimmung am Parteitag fiel schließlich mit 307:58 Stimmen sehr deutlich für das Zusammengehen mit den Christlichsozialen aus.⁴⁶⁶ Diese Entscheidung war insofern von Bedeutung, als ab diesem Zeitpunkt eine enge Zusammenarbeit der beiden Parteien begann, die zehn Jahre Bestand haben sollte.⁴⁶⁷

Im Koalitionsvertrag, den Christlichsoziale und Großdeutsche miteinander abschlossen, fanden sich auch eindeutig antisemitische Inhalte: So vereinbarte man einen „wirksamen Schutz der einheimischen deutschen Bevölkerung gegen die zunehmenden schädlichen Einflüsse des Judentums auf allen Gebieten des öffentlichen Lebens“.⁴⁶⁸ Mit diesem Passus hatten völkischer und christlichsozialer Antisemitismus zueinander gefunden.⁴⁶⁹

Eine Folge des Eintritts in eine Koalition mit den Christlichsozialen war, dass die Großdeutschen den Plan Seipels, ausländische Kredite gegen die Verpflichtung zu harten Sanierungsmaßnahmen und zur vorläufigen Aufgabe der Idee eines Anschlusses an Deutschland mitbringen bzw. mitbringen mussten.⁴⁷⁰ Allein die auf Grund der Genfer Verträge übernommene Verpflichtung, 100.000 Beamte innerhalb von zwei Jahren abzubauen, war für die Großdeutsche Volkspartei als „Beamtenpartei“ ein gegenüber dem eigenen Klientel schwer zu vermittelndes Vorhaben.⁴⁷¹

Die sozialdemokratische Opposition kritisierte die Sanierungspolitik heftig und das Tagblatt schrieb dazu:

„Der 12. Oktober 1922 wird ein Markstein in der Geschichte der politischen Parteien Oesterreichs sein – das ‚freisinnige‘ Bürgertum im Verein mit den zwei römischen Prälaten hat das deutsche Volk der italienisch-tschechischen Knechtschaft überliefert, aber nicht etwa gezwungen durch Waffengewalt eines siegreichen Feindes, sondern aus freien Stücken, aus freudigem Herzen, in der Hoffnung, dass nun endlich einmal wieder die Knute über die Arbeiterklasse geschwungen werden kann. Dinghofer und die Prälaten Seipel und Hauser haben die deutschen Bürger, Beamten, Professoren, Lehrer und Arbeiter in Oesterreich verraten und verkauft – an das ausländische Finanzkapital.“⁴⁷²

⁴⁶⁶ Salzburger Wacht, 29.5.1922, 5 f.; ÖGZ, PERS Dinghofer Dr. Franz, 17–19, Würdigung Dinghofers, Herbst 1928; Ackerl, Großdeutsche Volkspartei, 146; Mayrhofer, Dinghofer, 102; Dostal, Großdeutsche Volkspartei, 207.

⁴⁶⁷ Wladika, (Rassen)Antisemitismus, 309.

⁴⁶⁸ Wandruszka, Nationales Lager, 288.

⁴⁶⁹ Dostal, Großdeutsche Volkspartei, 208; Wladika, (Rassen)Antisemitismus, 309; Wandruszka, Nationales Lager, 288.

⁴⁷⁰ ÖGZ, PERS Dinghofer Dr. Franz, 17–19, Würdigung Dinghofers, Herbst 1928; Ackerl, Großdeutsche Volkspartei, 147; Mayrhofer, Dinghofer Diss., 140 f.

⁴⁷¹ Mayrhofer, Dinghofer Diss., 160 f. und 169; Wandruszka, Nationales Lager, 290.

⁴⁷² Tagblatt, 18.10.1922, 1.

Bei der Nationalratswahl im Oktober 1923 mussten die Großdeutschen eine herbe Niederlage einstecken – ihre Mandatszahl wurde auf die Hälfte reduziert –, während die Christlichsoziale Partei Zugewinne verbuchen konnte.⁴⁷³ Das sozialdemokratische Tagblatt titulierte Dinghofer als „Restenkönig“, der nur über ein Reststimmenmandat in den Nationalrat einziehen konnte.⁴⁷⁴ Das Wahlergebnis änderte jedoch nichts an der Koalition, für deren Fortsetzung Dinghofer im großdeutschen Parlamentsklub eifrig warb.⁴⁷⁵ Der – auf Grund der internationalen Verpflichtungen – auferlegte Sparkurs wurde weitergeführt: Ein neues Gehaltsgesetz für Beamte brachte definitive Verschlechterungen für die Betroffenen, wenngleich diese auf Grund des Drucks der Großdeutschen auf ihren Koalitionspartner weniger massiv ausfielen wie ursprünglich beabsichtigt.⁴⁷⁶ Einen politischen Erfolg erzielten die Großdeutschen insofern, als es ihnen gelang, die von den Christlichsozialen angestrebte Verlängerung der Bundesbeamten zu verhindern.⁴⁷⁷

Dinghofer war auch außenpolitisch präsent: Im Jänner 1925 reiste er gemeinsam mit seinem Parteikollegen Felix Frank nach Berlin, um Stimmung für den Ausbau der Beziehungen der beiden Länder zueinander zu machen.⁴⁷⁸ In Zusammenhang mit dieser Reise schrieb er auch in deutschen Zeitungen über die politische Lage in Europa und im Besonderen über das Verhältnis zwischen Deutschland und Österreich. Seine Ausführungen sind insofern bemerkenswert, als sie vorausschauende Gedanken beinhalteten. Die durch die Friedensverträge von Versailles, Saint Germain und Trianon geschaffene Weltordnung bezeichnete Dinghofer als „keineswegs so eisern, dass sie als dauernd angesehen werden kann“. Dies sei nicht nur die Meinung der Besiegten, sondern auch eine Erkenntnis in so manchen Kreisen der Siegerstaaten: „Durch Gewalt erzeugte Verträge können keine dauernde Ruhe bringen.“ Für das Verhältnis zwischen Deutschland und Frankreich müsse eine vernünftige Lösung gefunden werden. Davon hänge die „vollständige Wiedergenesung Europas“ ab. Dinghofer schwebte bereits eine Lösung vor: „Eine Zollunion zwischen Deutschland und Frankreich würde mit einem Schlage die Gesamtlage Mitteleuropas zum Besseren wenden.“⁴⁷⁹ Über Österreich sagte er, dieses sei im Sommer 1922 vor dem Zerfall gestanden und der Zusammenbruch sei nur

⁴⁷³ Mayrhofer, Dinghofer, 116; Ackerl, Großdeutsche Volkspartei, 322; Wladika, (Rassen-)Antisemitismus, 313.

⁴⁷⁴ Tagblatt, 24.10.1923, 5.

⁴⁷⁵ ÖStA, AdR, GDVP, Kt. 4, 1. Sitzung des Verbandes der GDVP, Verhandlungsschrift, 9.11.1923; Dostal, Großdeutsche Volkspartei, 214; Mayrhofer, Dinghofer Diss., 154.

⁴⁷⁶ Ackerl, Großdeutsche Volkspartei, 179.

⁴⁷⁷ Mayrhofer, Dinghofer Diss., 155; Mayrhofer, Franz Dinghofer, 198; Dostal, Großdeutsche Volkspartei, 215.

⁴⁷⁸ Ackerl, Großdeutsche Volkspartei, 183 f.

⁴⁷⁹ BArch Berlin, R 8034 III/97, Reichslandbund/Pressearchive, Franz Dinghofer, Artikel „Nach der Berliner Reise“, Februar 1925.

durch die „antimarxistische Front“ der Christlichsozialen und der Großdeutschen Partei gerettet worden. Die Christlichsoziale Partei hatte und habe in der Frage der Ziele der einzuschlagenden Außenpolitik keine einheitliche Auffassung:

„Der größte Teil glaubt an eine dauernde Lebensfähigkeit nach Art der Schweiz, ein Teil erhoffte sich die Möglichkeit einer Art Wiederherstellung der alten Habsburger-Monarchie in irgendeiner Form, wobei die verschiedenen Abarten in Diskussion standen. Und endlich der Rest war für die Rückkehr in das deutsche Vaterland, für die Eingliederung ins Deutsche Reich. Heute können wir insofern eine Verschiebung beobachten, als sich die Anhänger des Anschlusses an Deutschland sicher bedeutend vermehrt haben, die Anhänger irgend einer Art Donauföderation zu einer kleinen Minderheit geworden sind und die Vertreter des selbständigen Oesterreichs nicht mehr so überzeugt sind von der Richtigkeit ihrer Auffassung wie früher und sich den Anschlussfreunden bedeutend nähern.“

An seiner eigenen Position ließ er selbst keinen Zweifel aufkommen, indem er sich die Lösung der großen Wirtschaftsprobleme Österreichs nur durch den Anschluss an Deutschland vorstellen konnte.⁴⁸⁰

Zu einer Abrechnung mit der christlichsozialen-großdeutschen Koalitionsregierung im Allgemeinen und mit den Großdeutschen im Besonderen geriet die Debatte wegen des Genfer Sanierungsplans im Oktober 1925 im Nationalrat. Der sozialdemokratische Abgeordnete Leuthner prangerte an, dass durch die Bedingungen, die der Völkerbund für die finanzielle Unterstützung Österreichs gestellt hatte, der Anschlussgedanken verraten worden sei. Leuthner ging bei seinen Ausführungen weit in die Vergangenheit der Großdeutschen Volkspartei zurück:

„Auch der Ideengehalt, den ihre Vorgänger hatten, aus deren größerem Leib sie herausgeschnitten ist, war ein sehr armseliger, und wenn die Deutschnationalen von einst nicht die kleineren Raufereien in den Sprachgrenzstädten gehabt hätten, würden sie manchmal auch nicht recht gewusst haben, was sie eigentlich unter deutscher Politik verstehen.“

Der sozialdemokratische Redner machte auch die Deutschnationalen für den Ersten Weltkrieg mitverantwortlich:

„Das ist die große Schuld jener Deutschen, die stets den Mund voll nationaler Redensarten hatten und dann damit endeten, dass sie einen um des Balkanehrgeizes der Habsburger willen geführten Krieg hochpriesen, dass sie für die Zwecke der Habsburger Millionen deutsche Leben opferten und diese Opferung priesen.“⁴⁸¹

Dinghofer erwiderte die Angriffe der Sozialdemokratischen Partei mit einem uneingeschränkten Bekenntnis zum Anschluss Österreichs an das Deutsche Reich:

⁴⁸⁰ BAArch Berlin, R 8034 III/97, Reichslandbund/Pressearchiv, Franz Dinghofer, Artikel „Die Zukunft Österreichs“, Februar 1925.

⁴⁸¹ Stenographische Protokolle, 115. Sitzung des Nationalrates, 13. u. 14.10.1925, 2727, <https://alex.on.b.ac.at/cgi-content/alex?aid=spe&datum=0002&page=2737&size=45> (31.8.2022).

„Ja, wir gehen so weit und haben es schon oft erklärt und erklären es immer wieder, dass wir nicht fragen, welches Regime im Deutschen Reiche herrscht, da es uns für die Frage des Anschlusses vollkommen gleichgültig ist, ob ein republikanisches Regime oder ein monarchisches herrscht, ob diese oder jene Partei im Deutschen Reich an der Herrschaft ist, weil wir der Überzeugung sind, dass unser Schicksal von dem Anschluss an das Deutsche Reich abhängt und dass wir nur auf diesem Wege zu einer größeren und besseren Zukunft, zu einer glücklicheren Zukunft kommen können.“⁴⁸²

Dinghofer griff auch direkt die Sozialdemokraten an, wenn er ihnen die frühere „Schuldenwirtschaft“ vorhielt, auf die sich die Regierung unter Staatskanzler Renner eingelassen hatte. Dies veranlasste wiederum den sozialdemokratischen Parteiführer Otto Bauer zu Zwischenrufen: „Welche Schulden wurden damals gemacht, Herr Präsident? Keine anderen als für das Brot, um das Volk nicht verhungern zu lassen! Weil kein Brot im Lande war!“ Dinghofer entgegnete, es seien auch andere Schulden gemacht worden.⁴⁸³ Als Otto Bauer dann in seiner eigenen Rede nochmals auf diese Ausnahmesituation, in der sich Österreich nach Kriegsende befunden hatte, hinwies, rief ihm Dinghofer zu: „Das ändert nichts an der Tatsache, daß wir dadurch vom Auslande abhängig wurden!“ Bauer nahm den Zwischenruf auf und konterte mit den Worten: „Ja, Herr Präsident Dinghofer, durch den Krieg, zu dem Sie gehetzt haben, Sie, die Großdeutschen vor allem, sind wir vom Ausland abhängig geworden.“⁴⁸⁴ Dieses Rededuell sorgte auch für große Aufmerksamkeit in der Presse.⁴⁸⁵

Im Oktober 1926 musste Dinghofer als Auskunftsperson in einem parlamentarischen Untersuchungsausschuss Rede und Antwort stehen. Der Untersuchungsausschuss war wegen der Manipulationen mit Aktien, in die mehrere Banken, aber auch das Land Steiermark involviert waren, eingesetzt worden. Banken, aber auch Einzelpersonen hatten vom Kauf von Steweag-Aktien profitiert, die sie kurze Zeit später mit Gewinn dem Land Steiermark weiterverkauft hatten.⁴⁸⁶ Dinghofer schien in der Angelegenheit zweifach belastet: Zum einen war er einer der Profiteure des Kaufs und Verkaufs der Steweag-Aktien gewesen. Und zum anderen war ihm von der Industrie- und Handelsbank ein großzügiger Zinsennachlass gewährt worden. Im Untersuchungsausschuss gab Dinghofer an, er sei ein vermögender Mann, der deshalb auch über mehrere Bankkonti verfüge und von Banken auch Aktienkäufe habe tätigen

⁴⁸² Stenographische Protokolle, 115. Sitzung des Nationalrates, 13. u. 14.10.1925, 2737, <https://alex.onb.ac.at/cgi-content/alex?aid=spe&datum=0002&page=2747&size=45> (31.6.2022).

⁴⁸³ Stenographische Protokolle, 115. Sitzung des Nationalrates, 13. u. 14.10.1925, 2738, <https://alex.onb.ac.at/cgi-content/alex?aid=spe&datum=0002&page=2748&size=45> (31.8.2022).

⁴⁸⁴ Stenographische Protokolle, 115. Sitzung des Nationalrates, 13. u. 14.10.1925, 2742, <https://alex.onb.ac.at/cgi-content/alex?aid=spe&datum=0002&page=2752&size=45> (31.8.2022).

⁴⁸⁵ Siehe z.B. Salzburger Wacht, 15.10.1925, 2; Arbeiterwille, 16.10.1925, 3.

⁴⁸⁶ Arbeiter-Zeitung, 30.10.1926, 3 f.; Die Stunde, 25.3.1927, 10.

lassen. Sein Vermögen bezifferte er mit eineinhalb Millionen Goldkronen vor dem Krieg (entspricht beinahe neun Millionen Euro heute) und aktuell mit einem Betrag von 500.000 Schilling (entspricht etwa zwei Millionen Euro). Die Aktienkäufe bei der Industrie- und Handelsbank hatten Verluste gebracht, weshalb er sich entschlossen hatte, den Debetsaldo durch einen Grundstücksverkauf an die Stadtgemeinde Linz auszugleichen. Von der Bank sei ihm schließlich ein Zinsennachlass mit dem Hinweis auf „Großbankkonditionen“ gewährt worden, was er nicht weiter hinterfragt habe. Über den Ankauf und Verkauf der Steweag-Aktien habe er überhaupt keine Kenntnis gehabt, da er dem Präsidenten der Kompassbank das Recht eingeräumt hatte, Aktien zu kaufen und zu verkaufen.⁴⁸⁷

Die Aussagen Dinghofers wurden von sozialdemokratischer Seite kritisch kommentiert. Das Tagblatt verlangte gar, „dass er schleunigst aus dem politischen Leben verschwinde. Ein Börsenspieler kann einfach nicht Justizminister sein.“⁴⁸⁸ Aber auch die bürgerlich-liberale Zeitschrift „Der österreichische Volkswirt“ problematisierte die Sache:

„[...] daß der Führer der Großdeutschen Partei, der Vizepräsident des Abgeordnetenhauses und gegenwärtige Vizekanzler, sich nicht damit begnügt, ein reicher Mann zu sein, sein Vermögen zu verwalten, selbstverständlich auch in Aktien anzulegen, sondern daß er Effekten zur Spekulation kauft, sich bei seiner Bank verschuldet und ein Grundstück verkaufen muß, um seine Spekulationsverluste zu decken, und daß er einem befreundeten Bankpräsidenten das Recht erteilt, für ihn nach Gutdünken an der Börse zu spielen – ist das nicht ein Zeichen der Zeit und ein furchtbar trauriges?“⁴⁸⁹

Im November 1926 berieten die „nationalen“ Parteien über die Bildung einer „nationalen Einheitsfront“. Bei der Sitzung waren Vertreter der Großdeutschen Volkspartei, des Landbundes und der Nationalsozialisten der Schulz-Richtung zugegen. Die NSDAP Hitlerbewegung nahm an den Beratungen nicht teil. Während Parteiohmann August Wotawa die großdeutsche Abordnung anführte, fehlte Dinghofer, der kurz zuvor Vizekanzler im Kabinett Seipel geworden war, bei diesem Termin. Insgesamt brachte die Unterredung, bei der auch über eine „antimarxistische Einheitsfront“ (unter Einschluss der Christlichsozialen Partei) diskutiert wurde, wenig konkrete Ergebnisse.⁴⁹⁰ In einer weiteren Sitzung erklärte der Landbund, sich definitiv nicht an einer nationalen Einheitsfront beteiligen zu wollen.⁴⁹¹

⁴⁸⁷ Arbeiter-Zeitung, 30.10.1926, 3 f. Zu den angegebenen Geldsummen in heutiger Kaufkraft vgl. den Historischen Währungsrechner der Österreichischen Nationalbank, <https://www.eurologisch.at/docroot/waehrungsrechner/#/> (7.2.2022).

⁴⁸⁸ Tagblatt, 17.4.1927, 4.

⁴⁸⁹ Der österreichische Volkswirt, 6.11.1926, 146. Zur politischen Ausrichtung der Zeitschrift siehe Chauloupek, From Stabilization to Depression, bes. 73–75.

⁴⁹⁰ Ackerl, Großdeutsche Volkspartei, Anhang, Nr. 9.

⁴⁹¹ Ebenda, 217.

Im Gegensatz zur nationalen Einheitsfront entwickelte sich das Projekt einer antimarxistischen Einheitsliste – auch auf Grund des Interesses der Christlichsozialen für diese – besser: Die Christlichsoziale Partei, die Großdeutsche Volkspartei und die nationalsozialistischen Gruppierungen unter Schulz und Riehl vereinbarten, bei der Nationalratswahl 1927 als Einheitsliste anzutreten, während der Landbund eigenständig kandidieren wollte.⁴⁹² In der sozialdemokratischen Presse wurde das Übereinkommen hämisch kommentiert, werde dadurch doch ein Mandat von Seipels Gnaden für Dinghofer garantiert.⁴⁹³

Die Wahl im April 1927 gewann die Einheitsliste mit 48,2 Prozent der Stimmen gegenüber der Sozialdemokratischen Partei mit 42,3 Prozent. Die Großdeutschen konnten ihren Mandatsstand auf zwölf erhöhen. Einen Wahlerfolg erzielte der Landbund, der als eigene Partei kandidiert hatte und auf neun Mandate kam.⁴⁹⁴

„Deutscher Klub“ und „Deutsche Gemeinschaft“

1907 wurde der „Deutsche Klub“ als deutschnationaler Verein gegründet. Zweck dieser Gründung war die Zusammenführung der beiden nationalen Studentenverbindungen „Verband alter Burschenschaften“, in dem der Grundsatz galt, Messuren zu fechten, und „Kyffhäuserbund“, in dem es keine Messuren gab. Der Deutsche Klub stellte aber darüber hinaus ein Sammelbecken für alle deutschnationalen Würdenträger dar. Für diese gehörte es zum Prestige, Mitglied in diesem Verein zu sein.⁴⁹⁵ Dass neben vielen Richtern und Staatsanwälten auch Dinghofers Vorgänger als Präsident des OGH, Julius Roller, als Mitglied aufschien, ist nicht verwunderlich.⁴⁹⁶ Im Verein gaben die Burgbrüder der „Deutschen Gemeinschaft“ den Ton an. Klarerweise wurde der Anschluss an Deutschland als besonderes Ziel propagiert, aber auch die Zurückdrängung der Juden aus allen Bereichen des öffentlichen Lebens. In den vereinseigenen Mitteilungen gab es Aufrufe, nur bei „arischen“ Geschäftsleuten zu kaufen und nur in deutsche Sprachgebiete zu reisen. Referate wurden unter anderem über die „wirtschaftliche Macht des Judentums“ und „Rassenhygiene“ gehalten.⁴⁹⁷ Im Laufe der Zeit driftete der Klub immer mehr in Richtung der Nationalsozialisten ab und bot – nach dem Verbot der NSDAP in Österreich – diesen eine Plattform für ihre Agitation an.⁴⁹⁸

⁴⁹² Dostal, Großdeutsche Volkspartei, 217.

⁴⁹³ Tagblatt, 27.3.1927.

⁴⁹⁴ Ackerl, Großdeutsche Volkspartei, 214; Dostal, Großdeutsche Volkspartei, 217; Berchtold, Parteiprogramme, 88 f.

⁴⁹⁵ Huber/Erker/Taschwer, Deutscher Klub, 33 f.; Rosar, Deutsche Gemeinschaft, 38.

⁴⁹⁶ Huber/Erker/Taschwer, Deutscher Klub, 72.

⁴⁹⁷ Rosar, Deutsche Gemeinschaft, 38; Huber/Erker/Taschwer, Deutscher Klub, 65 und 117.

⁴⁹⁸ Rosar, Deutsche Gemeinschaft, 42 f.; Huber/Erker/Taschwer, Deutscher Klub, 131.

Auf Grund der rudimentären Quellenlage zum Deutschen Klub lässt sich nur sagen, dass Dinghofer zwischen dem Juli 1913 und dem März 1919 Mitglied geworden war. Zwischen März 1919 und Ende September 1939 war er wieder ausgetreten.⁴⁹⁹

Im Frühjahr 1919 gründeten Vertreter der Christlichsozialen und der Deutschnationalen den Verein „Deutsche Gemeinschaft“, der im Zeichen des Antimarxismus stand. Die Deutsche Gemeinschaft sollte katholische und völkische politische Richtungen und Strömungen miteinander in Einklang bringen. Antisemitismus und „Judenfrage“ waren dabei ein verbindendes Element.⁵⁰⁰

Die Deutsche Gemeinschaft stellte aber auch die Tarnorganisation für einen Geheimbund dar, der „die Burg“ hieß. Das Ziel dieses Bundes war es, „eigene Leute“ zu protegieren und unerwünschte Personen wie Juden, Freimaurer, Sozialdemokraten sowie andere Linke und Liberale von Führungspositionen in Staat und Gesellschaft auszuschließen. Es war klar, dass eine Ungleichbehandlung auf Grund des Staatsgrundgesetzes nicht möglich war, weshalb man geheim vorgehen musste.⁵⁰¹

Angehörige der Deutschen Gemeinschaft bzw. „Burgbrüder“ waren etwa die Christlichsozialen Engelbert Dollfuß und Emmerich Czermak, der Erzbischof von Wien Kardinal Piffl, der großdeutsche Politiker Leopold Waber, aber auch die späteren Nationalsozialisten Hermann Neubacher und Arthur Seyß-Inquart. Dinghofer gehörte ebenfalls diesem Kreis an.⁵⁰² Die Deutsche Gemeinschaft wies eine Doppelspitze mit je einem Vertreter des deutschnationalen und des katholischen Flügels auf. In der bruchstückhaften Überlieferung, die über die personelle Zusammensetzung dieser obersten Leitung vorliegt, werden die Namen von insgesamt zwölf Personen genannt, die einmal die oberste Führungsposition in dieser Organisation eingenommen haben sollen. Unter diesen zwölf Männern findet sich auch der Name von Franz Dinghofer, ohne dass bekannt wäre, wann genau er die Deutsche Gemeinschaft geleitet haben soll.⁵⁰³

In der zweiten Hälfte der 1920er Jahre befand sich die Deutsche Gemeinschaft in einer Krise, die eventuell mit einem Streit um Postenbesetzungen zwischen Christlichsozialen und Deutschnationalen in Zusammenhang stand. In der Folge kam es zu einem allmählichen Ausscheiden der Nationalen aus der Deutschen Gemeinschaft.⁵⁰⁴

⁴⁹⁹ Huber/Erker/Taschwer, Deutscher Klub, 266; Mail von Dr. Andreas Huber an den Verfasser, 20.4.2020.

⁵⁰⁰ Huber/Erker/Taschwer, Deutscher Klub, 93–97; Wenninger, Christlichsozialer Antisemitismus, 211.

⁵⁰¹ Huber/Erker/Taschwer, Deutscher Klub, 93–97.

⁵⁰² Rosar, Deutsche Gemeinschaft, 32 f.; Huber/Erker/Taschwer, Deutscher Klub, 97 und 115.

⁵⁰³ Vgl. Huber/Erker/Taschwer, Deutscher Klub, 96 f.

⁵⁰⁴ Ebenda, 112 f.; Rosar, Deutsche Gemeinschaft, 34.

Dinghofer als Ziel sozialdemokratischer Angriffe

Obwohl Franz Dinghofer nicht im Ruf stand, Politiker anderer Parteien allzu scharf oder unfair zu attackieren,⁵⁰⁵ war er selbst ein häufiges Ziel von Angriffen des politischen Gegners, insbesondere der Sozialdemokraten.

Im Vorfeld der Wahl zur Konstituierenden Nationalversammlung, für die Dinghofer zum Listenführer der Deutschen Volkspartei für den Wahlkreis Linz gewählt worden war,⁵⁰⁶ berichtete das sozialdemokratische Tagblatt kritisch über einen Wahlkampfauftritt Dinghofers in Ottensheim. Seine Rede im Gasthaus Riener stieß auf den Widerspruch sozialdemokratischer Parteigänger, da er „über die Ursachen des Krieges und des unglückseligen Ausganges desselben [...] viele Unrichtigkeiten vorbrachte und Wichtiges verschwieg“. Ein Genosse meldete sich zu Wort und

„geißelte das Verhalten der Deutschfreiheitlichen und der übrigen bürgerlichen Parteien vor dem Kriege und während desselben, welches Verhalten in vollständigem Gegensatz zu ihrem derzeitigen Programme war, in das sie Selbstbestimmungsrecht und Demokratie aus dem sozialdemokratischen Programme aufgenommen hatten“.

Der sozialdemokratische Sprecher meinte, die Kriegsgewinnler seien vor allem in der Partei Dinghofers zu finden. Dass Dinghofer den Achtsturentag ablehne, wurde besonders negativ gesehen.⁵⁰⁷

Dinghofer wurde im Februar 1919 auch unterstellt, dass er die Ausfuhr von Wurst- und Selchwaren von Linz nach Wien gestattet habe. Auf seine Anordnung hin würden auch „ganze Waggonladungen Hirsche“ vom Salzkammergut nach Wien abgehen. Die Linzer Tages-Post rückte zur Verteidigung Dinghofers aus und wies darauf hin, dass die Lebensmittellieferungen nach Wien unter Kontrolle des sozialdemokratischen Landeshauptmannstellvertreters Josef Gruber stehen würden.⁵⁰⁸

Der Redner Franz Dinghofer, der wiederholt bei Parteiveranstaltungen in Linz und Oberösterreich auftrat, mobilisierte nicht nur die eigenen Anhänger, sondern auch jene der Sozialdemokratischen Partei: Im Jänner 1920 sprach Dinghofer bei einer Versammlung im Hotel Achleitner in Linz-Urfahr „über die gegenwärtige Lage und über die elenden Verhältnisse, die der Gewaltfriede von St. Germain geschaffen habe“. Von Beginn an wurden seine Ausführungen durch Zwischenrufe der zahlreich anwesenden Sozialdemokraten unterbrochen. Als Dinghofer die Meinung vertrat, dass er sich vom Bolschewismus keine Rettung für die Gebiete

⁵⁰⁵ Vgl. Tages-Post, 13.11.1919, 1.

⁵⁰⁶ Tages-Post, 8.1.1919, 2.

⁵⁰⁷ Tagblatt, 4.2.1919, 2 f.

⁵⁰⁸ Tages-Post, 6.2.1919, 3.

Europas erhoffe, antworteten – nach einem Bericht der Tages-Post – die Sozialdemokraten „mit begeisterten Kundgebungen für den russischen Bolschewismus“. Das Bekenntnis der Deutschnationalen zum Anschluss wurde ihm von den sozialdemokratischen Anhängern im Saal nicht abgenommen. Schließlich wurde Dinghofer von der Menge der „Kriegshetze“ beschuldigt. Der Vortragende erhielt von den anwesenden Parteifreunden viel Applaus, stieß aber auf heftige Ablehnung der Sozialdemokraten im Saal.⁵⁰⁹

Bei einer wenige Tage später im Linzer Volksgartensaal stattfindenden sozialdemokratischen Versammlung kritisierte Landeshauptmannstellvertreter Josef Gruber Dinghofer scharf: Dinghofer sei „früher ein strammer Monarchist [gewesen, der] sich bei den Wahlen dann als Republikaner empfehlen ließ und nun, wenn sich die Gelegenheit dazu geben würde, sicherlich wiederum ein strammer Monarchist wäre“. Gruber griff die bürgerlichen Parteien generell an, „die den Krieg gewollt, zum Kriege gehetzt und während des Krieges immer wieder vom Kämpfen bis zum Endsieg faselten, sie sind die wahrhaft Schuldigen an unserem heutigen Elend“.⁵¹⁰

Das sozialdemokratische Tagblatt nutzte im Jänner 1920 den Nachruf auf den letzten k.k. Ministerpräsidenten Heinrich Lammasch, der wiederholt gegen einen „Siegfrieden“ eingetreten war, ihn mit Franz Dinghofer zu vergleichen. Der Vergleich fiel für Dinghofer wenig schmeichelhaft aus: „Dinghofer will noch immer etwas werden, obwohl er schon einmal etwas gewesen ist. Aber was nützt es, Fähigkeiten zu haben, wenn sie die Eitelkeit viel mehr nährt als die Ueberzeugung. Was nützt es, wenn man der Ueberzeugung das Wort erteilen möchte und die Eitelkeit fängt zu reden an?“ Das Tagblatt unterstellte dem deutschnationalen Politiker viel zu reden und sich „in Krieg und Blut“ verliebt zu haben.⁵¹¹

Dinghofer konterte – nach einem Bericht der Tagespost – die vielen Angriffe von sozialdemokratischer Seite auf sein Verhalten während des Krieges in einer Versammlung der Deutschen Freiheits- und Ordnungspartei selbstbewusst: „Dr. Dinghofer erwiderte, dass die Bürgerlichen von den Sozialdemokraten auch verschiedene Namen bekamen, wie ‚Kriegshetzer‘ und ‚Siegfriedler‘, er habe es nicht für eine Schande betrachtet, Siegfriedler genannt zu werden.“⁵¹²

Auch bei einer großdeutschen Parteiveranstaltung in Steyr kam es im Juli 1920 zur Konfrontation zwischen dem Vortragenden Dinghofer und sozialdemokratischen Anhängern, unter denen sich besonders der Landtagsabgeordnete Franz Jetzinger als Gegenredner hervortat.

⁵⁰⁹ Tages-Post, 9.1.1920, 1 f.

⁵¹⁰ Tagblatt, 13.1.1920, 6.

⁵¹¹ Tagblatt, 14.1.1920, 1.

⁵¹² Tages-Post, 14.1.1920, 3.

Den Worten Dinghofers, der heutige tschechoslowakische Staat sei ein „unmöglicher Staat“, weil er „eine Nachbildung des alten vielsprachigen Österreich“ sei, pflichtete Jetzinger bei, jedoch mit einer wesentlichen Einschränkung:

„Dann muß es aber umsomehr befremden [...], warum die deutschfreiheitlichen Parteien im Verein mit den Klerikalen bis zum letzten Abdruck [...] sich wehrten, den Nationalitäten Österreichs die seit Jahrzehnten unerbittlich geforderte Autonomie zu gewähren. Beim vielsprachigen Großstaat Österreich vertraten die beiden bürgerlichen Parteien in blinder Verkennung der Tatsachen den Einheitsstaat, und den heutigen, nationalgeeinigten Kleinstaat wollen dieselben Parteien mit gleicher Blindheit in Stücke zerschlagen!“⁵¹³

Das sozialdemokratische Tagblatt hatte generell von Dinghofer keine gute Meinung, was sich in einem Kommentar ausdrückte, wonach Dinghofer „seinerzeit ein ganz guter Bürgermeister von Klein-Linz war, dem aber die hohe Politik offenbar ins Gehirn gegangen ist, so dass er heute an Cäsarenwahn leidet“.⁵¹⁴ Das Feindbild Dinghofer wurde im sozialdemokratischen Tagblatt dermaßen gepflegt, dass man sich auch über die Deutschkenntnisse Dinghofers anlässlich eines von ihm verfassten Artikels in der Tages-Post lustig machte.⁵¹⁵

Im Oktober 1922 – die Großdeutschen befanden sich mit den Christlichsozialen in einer Koalition und trugen das Seipelsche Sanierungswerk mit – machte man sich im Tagblatt über die Zustimmung Dinghofers zu den mit den ehemaligen Kriegsgegnern geschlossenen Vereinbarungen lustig:

„Der Herr Präsident ist in den Gemeinderatssitzungen der Kriegszeit von Hass gegen Italien geradezu exzessiv geworden. Die ‚tückischen‘ ‚verächtlichsten‘ Feinde waren ihm die Italiener – und heute beugt er sein stolzes Germanenhaupt freiwillig unter das welsche Sklavenjoch. Wir haben den Nationalismus des Dinghofer nie hoch eingeschätzt, er ist ja doch bloß im Bierzipf und im zerhauten Gesicht konzentriert. Er hat es weit gebracht, der ehemalige Obergermane! Heil ihm!“⁵¹⁶

Selbst nach dem von den eigenen Parteifreunden veranlassten Rücktritt als Justizminister goss das Tagblatt Hohn und Spott über Dinghofer:

„Fleiß und Eifer konnte man dem Dinghofer im Leben nicht nachsagen. Wir glauben, dass er im ganzen Leben niemals soviel Arbeit hatte, wie in diesen Tagen seiner Scheidemission. [...] Drum wollte er trotz des förmlichen Vorführungsbefehls seines Parteiklubs auch nicht weg vom Sprudel [in Karlsbad], bis ihm endlich Seipel zu verstehen gab, er müsse kommen. Gehen!! lautet aber das einstimmige Echo, das ihm, dem schwerhörigsten unter den großdeutschen Schwerhörigen, aus seinem Klub entgegenhallt.“⁵¹⁷

⁵¹³ Tagblatt, 7.7.1920, 1. Zu Jetzinger siehe Slapnicka, Politische Führungsschicht 1918–1938, 140 f.

⁵¹⁴ Tagblatt, 3.1.1920, 1.

⁵¹⁵ Tagblatt, 26.9.1919, 1.

⁵¹⁶ Tagblatt, 18.10.1922, 1.

⁵¹⁷ Tagblatt, 5.7.1928, 4.

Die sozialdemokratische Polemik gegen Dinghofer gipfelte im Dezember 1929 in der Behauptung, mit der Dinghoferstraße sei in Linz erstmals nach einem Lebenden eine Straße benannt worden,⁵¹⁸ was freilich in keinsten Weise den Tatsachen entsprach⁵¹⁹. Selbst noch im Jahr 1932 wurde im Tagblatt an die angeblich kulturfeindliche Haltung des Linzer Bürgermeisters Dinghofer erinnert: „Von Dinghofer ist ja das Wort bekannt, das er gebrauchte, wenn er von einer Stadtbibliothek etwas hörte: ‚Lassts mi mit engane Büachln in Ruah!‘“ (Lasst mich mit Euren Büchern in Ruhe!).⁵²⁰

Selbst vor den Privatangelegenheiten der Familie Dinghofers machte die Kritik nicht halt. Als seine Tochter Margarethe im Februar 1931 – Dinghofer war längst aus der aktiven Politik ausgeschieden – den Italiener Dr. Louis Peter von Avancini heiratete, erschien ein Bericht zur Eheschließung im Tagblatt:

„Der Dinghofer, der derzeitige Präsident des Obersten Gerichtshofes war früher einmal deutschnationaler Abgeordneter von Linz. Als solcher war er radikaler Antisemit, radikaler Gönner aller Los von Rom-Geher, radikaler Förderer alles Germanischen. Nun hat er seine Tochter verheiratet, aber beileibe nicht an einen blauäugigen, blonden Germanen, sondern an einen Italiener. Wenn vor 10, 15 Jahren ein Sozialdemokrat seine Tochter mit einem Italiener verheiratet hätte, da hätten wir wirklich Dr. Dinghofer predigen hören mögen über die Blutvermischung mit dem ‚wälschen Erbfeind‘. Heute findet er nichts daran, einen wälschen Schwiegersohn bekommen zu haben, umso weniger, als dieser ein Herr ‚von‘ ist. Die Trauung vollzog nicht irgend ein simpler Standesbeamter, Pastor oder Pfarrer, nein, wenn die Tochter eines Deutschnationalen, der der Los von Rom-Bewegung sehr nahestand, heiratet, muss schon ein leibhaftiger Kardinal die Trauung vollziehen. Unter einem Kardinal tuts einfach der Dinghofer nicht.“

Im Artikel wurde auch angeprangert, dass Dinghofer für den detaillierten Bericht über die Hochzeit ausgerechnet das „Neue Wiener Tagblatt“ ausgewählt habe, das – so das sozialdemokratische Tagblatt – „das größte Judenblatt Wiens“ sei. Das Tagblatt kam zum folgenden Schluss:

„Uns dünkt das jüdische Wiener-Journal, der italienische Schwiegersohn, der kaiserliche Flügeladjutant [als Trauzeuge], der Kardinal Piffel und der Demokrat, der Antisemit, der Radikal-Völkische und Radikal-Freiheitliche Dinghofer passen recht gut zusammen. Die ehemaligen Wähler Dinghofers werden sich freilich über eine solche Zusammenstellung,

⁵¹⁸ Vgl. Tagblatt, 15.12.1929, 10.

⁵¹⁹ Vgl. die Straßenbenennungen nach folgenden Personen (Mayrhofer, Linzer Straßen): 1882 nach Kaufmann Christian Coulin (gest. 1888); 1899 nach Fabriksbesitzer und Politiker Emil Dierzer von Traunthal (gest. 1904); 1894 nach Großkaufmann und Sparkassenpräsident Anton Dimmel (gest. 1901); 1905 nach Fabriksbesitzer Carl Franck (gest. 1926); 1810 nach Tuchfabrikanten Karl Anton Hafferl (gest. 1821); 1910 nach Ingenieur Josef Stern (gest. 1924); 1876 nach Zuckerbäcker und Presbyter Johann Konrad Vogel (gest. 1883); 1914 nach Dichter Franz Keim (gest. 1918); 1905 nach Politiker Hans Kudlich (gest. 1917); 1914 nach Schriftsteller Peter Rosegger (gest. 1918).

⁵²⁰ Tagblatt, 9.10.1932, 6.

die die Wandlungen des deutschen Bürgertums bestens illustriert, ihre Gedanken machen.“⁵²¹

Mitglied der Bundesregierung

Klubobmann Franz Dinghofer galt als einer der Architekten der Zusammenarbeit zwischen Christlichsozialen und Großdeutschen auf Bundesebene. Als jedoch Ignaz Seipel im Oktober 1926 wiederum das Kanzleramt übernahm und eine Regierung mit hervorragenden Persönlichkeiten bilden wollte, konnte sich Dinghofer – auch auf Drängen seiner Partei – nicht der Übernahme des Postens des Vizekanzlers in dieser Regierung entziehen. Auf Grund des Sanktionskurses, der Österreich auferlegt worden war, gab es nur sechs Ministerien, die von fünf Christlichsozialen und einem Großdeutschen besetzt wurden. Zusätzlich wurde Dinghofer als Minister ohne Portefeuille mit der Leitung der Justizangelegenheiten, die im Bundeskanzleramt angesiedelt waren, betraut.⁵²²

Dinghofers Verhältnis zu Seipel war ein sehr freundschaftliches geworden. Noch im November 1920 hatte sich Dinghofer im großdeutschen Klub klar gegen einen Regierungschef Seipel ausgesprochen:

„Die Ch.S. [Christlichsozialen] dachten vorübergehend an ein Kabinett Seipel. Ich empfahl, diese Kandidatur nicht festzuhalten, da es nicht gut angehe, einen Priester als Ministerpräsidenten aufzustellen und weil auch bei uns gegen Seipel Misstrauen herrsche wegen seiner Stellung in der Anschlussfrage und als Freund der Habsburger.“⁵²³

Der Eintritt Dinghofers in das Kabinett Seipel im Jahr 1926 wurde jedenfalls in der bürgerlichen Presse überaus positiv kommentiert. Dinghofer wurde als Mann von hohem politischen Ansehen gewürdigt, der dem Posten eines Vizekanzlers erhöhte Wichtigkeit verleihen würde.⁵²⁴ Er genieße

„nicht nur in den eigenen Reihen unbedingtes Vertrauen und, was für einen politischen Führer besonders wertvoll ist, Autorität, er wird auch von den anderen Parteien unseres Parlamentes als hervorragender politischer Kopf, dem die Lösung der schwierigsten Aufgaben gelungen ist, und als Führernatur gewertet“.

Hervorgehoben wurden „seine Geschicklichkeit und sein großer Takt bei der Führung von Verhandlungen und bei der Entwirrung besonders schwieriger Fragen“. Manche Kommentare klangen geradezu euphorisch:

⁵²¹ Tagblatt, 10.2.1931, 10. Zur Eheschließung siehe auch ÖGZ, PERS Dinghofer Dr. Franz, 13–15, Lebensdaten Dinghofer, ca. 1956.

⁵²² Mayrhofer, Dinghofer Diss., 168; Mayrhofer, Dinghofer, 120 f.; Diskussionsbeitrag Goldinger in: Die Ereignisse des 15. Juli 1927. Hrsg. von Rudolf Neck und Adam Wandruszka. Wien 1979, 193.

⁵²³ ÖStA, AdR, GDVP, Kt. 2, 5. Sitzung des Verbandes der GDVP, Verhandlungsschrift, 20.11.1920, 2.

⁵²⁴ Grazer Tagblatt, 21.10.1926, 14.

„Ehrliche Überzeugung, tiefes Verantwortungsgefühl und ein entschiedener Wille ließen ihn schon viele politische Schwierigkeiten besiegen und im entscheidenden Moment das Richtige treffen. Deshalb hat er sich auf parlamentarischem Boden den Ruf eines erfolgreichen, ehrlichen Maklers erworben.“⁵²⁵

Dinghofers Karriere als Vizekanzler sollte allerdings nicht lange währen: Nach der Nationalratswahl und dem Wahlerfolg der Einheitsliste gegen die Sozialdemokratische Partei im April 1927 brauchte Bundeskanzler Seipel für eine Regierungsbildung auch den Landbund, der separat kandidiert und mit neun Mandaten ein gutes Ergebnis erzielt hatte. Die Unterstützung durch den Landbund wurde mit dem Vizekanzleramt für Karl Hartleb erreicht. Die Großdeutschen und Dinghofer wurden von Seipel damit entschädigt, dass für die Belange des Justizwesens nicht mehr das Bundeskanzleramt zuständig sein sollte, sondern ein eigenes Justizministerium, dem Dinghofer vorstehen sollte.⁵²⁶ Allerdings scheiterte im Mai 1927 die sofortige Übernahme des Ressorts durch Dinghofer daran, dass die Sozialdemokraten auf der vorherigen Schaffung der legislativen Voraussetzungen bestanden, weshalb Dinghofer vorerst Minister ohne Portefeuille bleiben musste und erst Ende August 1927 formell zum Bundesminister für Justiz ernannt werden konnte.⁵²⁷

Schattendorf und Justizpalastbrand

In die Zeit, als Dinghofer Mitglied der Bundesregierung war, fielen zwei folgenschwere Ereignisse, die die innenpolitische Lage stark belasteten. Im burgenländischen Ort Schattendorf kam es im Jänner 1927 zu einem Zusammenstoß zwischen der Frontkämpfervereinigung auf der einen Seite und den Sozialdemokraten auf der anderen Seite. Die Angehörigen der Frontkämpfervereinigung standen im Allgemeinen den Christlichsozialen, den Großdeutschen, aber auch den Nationalsozialisten nahe, galten im Burgenland aber als besonders ungarnfreundlich. Von den Schüssen der Frontkämpfer wurden ein Kriegsinvalid und ein achtjähriges Kind getötet. Der im Juli 1927 durchgeführte Prozess vor einem Geschworenengericht machte den Sachverhalt klar: Die in einem Haus befindlichen Frontkämpfer hatten Schüsse auf die Schutzbündler abgegeben, die sich vom Gebäude wegbewegt hatten. Trotzdem endete das Gerichtsverfahren mit einem Freispruch der Angeklagten. Es wurde nicht einmal eine Notwehrüberschreitung konstatiert. Nach Bekanntwerden des Urteils kam es am 15. Juli unter Beteiligung von zehntausenden Menschen zu Großdemonstrationen in der Wiener Innenstadt, die zu einer Eskalation führten, in deren Folge der Justizpalast in Brand gesteckt wurde. Alle

⁵²⁵ Freie Stimmen, 22.10.1926, 2.

⁵²⁶ Neues Wiener Journal, 4.4.1929, 3; Mayrhofer, Dinghofer, 122; Ackerl, Nationale Mehrheitsparteien, 173; Dostal, Großdeutsche Volkspartei, 217.

⁵²⁷ Arbeiter-Zeitung, 18.5.1927, 1 f.; Mayrhofer, Dinghofer Diss., 170.

Versuche sozialdemokratischer Politiker, die Massen zu beruhigen, fruchteten nicht. Nachdem die Polizei gegen die wütende Menschenmenge von den Schusswaffen Gebrauch gemacht hatte, kam es zu zahlreichen Todesopfern. Die Auseinandersetzungen wurden am nächsten Tag in den Außenbezirken fortgeführt. Insgesamt fanden 89 Menschen den Tod, beinahe alle davon waren Demonstranten, aber auch vier Sicherheitswachebeamte wurden getötet. Zudem gab es hunderte Verletzte auf beiden Seiten.⁵²⁸

Von Dinghofer selbst ist ein – undatiertes, aber jedenfalls aus der Retrospektive geschriebener – Kurzbericht über den Brand des Justizpalastes überliefert: Danach habe Bundeskanzler Seipel an diesem Tag „permanenten Ministerrat“ angeordnet. Die sozialdemokratischen Parteiführer seien wiederholt am Ballhausplatz erschienen und hätten den Rücktritt der Regierung verlangt: „Wir lehnten ab, obwohl unsere Lage in den Vormittagsstunden ziemlich bedenklich war.“ Dinghofer wurde beauftragt, eine Standrechtserklärung vorzubereiten, was er vorsorglich bereits getan hatte, aber damit nicht sofort herausgerückt sei: „Ich hatte dieselbe bereits fertig in der Tasche, aber ich hielt es nicht für zweckmässig mit derselben herauszurücken. Mein Gewissen sagte mir, nur im äußersten Notfall darf man zu derartigen Mittel greifen.“ Laut Dinghofer „übernahm schließlich der Ministerrat die Verantwortung, die Polizei wurde bewaffnet und Polizeipräsident Schober stellte mit seinen Leuten in kurzer Zeit die Ruhe wieder her. Leider war eine große Anzahl von Todesopfern zu beklagen.“⁵²⁹

Naturgemäß stand der für Justizangelegenheiten verantwortliche Minister Dinghofer im Zentrum der politischen Diskussionen. Nach den Ereignissen von Schattendorf machte Dinghofer innerhalb des Verbandes der großdeutschen Abgeordneten klar, dass für ihn die Frontkämpfer schuld seien:

„Was die Vorgänge im Orte Schattendorf selbst anlangt, ist das Unrecht auf Seite der Frontkämpfer. Die Erhebungen gehen dahin, dass die Versammlung der Roten zu Ende war. [...] Geschossen hat der ältere Sohn Tscharmanns. Er sagt, er habe scharfe Schreckschüsse in die Menge abgegeben. Der Obduktionsbefund hat ergeben, dass der Arbeiter von rückwärts den Schuss erhalten hat. Das Kind hat einen in den Bauch und ins Herz.“⁵³⁰

⁵²⁸ Botz, *Gewalt in der Politik*, 107–111 und 141–154; Liebscher, *Geschwornengerichtsbarkeit*, 75–87; Goldinger/Binder, *Österreich 1918–1938*, 145–149. Zur Frontkämpfervereinigung siehe Masek, *Schattendorf*, 3 f.; *Wien Geschichte Wiki*, <https://www.geschichtewiki.wien.gv.at/Frontk%C3%A4mpfervereinigung> (10.2.2022), sowie Botz, *Gewalt in der Politik*, 442; zu den burgenländischen Frontkämpfern vgl. ÖStA, AdR, GDVP, Kt. 5, 155. Sitzung des Verbandes der GDVP, Verhandlungsschrift, 3.2.1927, 2.

⁵²⁹ ÖGZ, PERS Dinghofer Dr. Franz, 16, Dinghofer, *Brand des Justizpalastes*, undatiert.

⁵³⁰ ÖStA, AdR, GDVP, Kt. 5, 155. Sitzung des Verbandes der GDVP, Verhandlungsschrift, 3.2.1927, 2; siehe auch Ackerl, *Nationale Mehrheitsparteien*, 170. Vgl. auch Huber/Erker/Taschwer, *Deutscher Klub*, 98: „Stets auf großdeutscher Parteilinie war Dinghofer jedenfalls nicht. So machte der damalige Justizminister die Frontkämpfer für den folgenreichen Zusammenstoß in Schattendorf 1927 verantwortlich.“

Auch der Freispruch der Frontkämpfer durch das Geschworenengericht wurde von großdeutscher Seite kritisch gesehen.⁵³¹ Das änderte aber nichts daran, dass die sozialdemokratische Opposition in erster Linie Dinghofer für die vermeintliche Krise der Justiz verantwortlich machte.⁵³²

Nach dem Justizpalastbrand wurde er in der sozialdemokratischen Presse dafür kritisiert, dass er sich am 19. Juli 1927 auf Kur nach Karlsbad begeben habe, obwohl er eigentlich mit der Leitung der Aufgaben betraut worden sei, „die sich aus dem Brande des Justizpalastes ergeben und die doch alle Energie erfordern und auch sehr dringend sind“.⁵³³ Dinghofer lehnte schließlich eine Amnestie für Straftaten, die im Zusammenhang mit den Ereignissen vom 15. und 16. Juli 1927 gestanden waren, ab.⁵³⁴ Allerdings ging die Justiz sehr zurückhaltend mit den rund 1.500 wegen Beteiligung an den Ausschreitungen angezeigten Personen um: Nur zehn Prozent wurden wegen Bagatelldelikten wie Vergehen des Auflaufs, Einmischung in eine Amtshandlung und Nichfolgeleistung der Anordnungen der Wache verurteilt. Lediglich ein Mann wurde wegen der Aufreizung zu Feindseligkeiten und der Guttheißung ungesetzlicher Handlungen angeklagt, aber von einem Geschworenengericht freigesprochen.⁵³⁵ Dinghofer selbst sorgte für die Einstellung des Strafverfahrens gegen jene Schutzbündler, die am 30. Jänner 1927 die Frontkämpfer in Schattendorf attackiert hatten. Einstellen ließ er auch das Verfahren gegen Redakteure der sozialdemokratischen und kommunistischen Presse, denen vorgeworfen worden war, eine Hetzkampagne gegen die Behörden und einzelne Regierungsorgane entfacht zu haben.⁵³⁶

Die Bilanz als Justizminister

Unter Dinghofer kam es zu einer Strafrechtsreform, deren Gesetzestext im Sinne der beabsichtigten Rechtsangleichung mit dem Deutschen Reich akkordiert worden war.⁵³⁷ Positiv hatte die Richterschaft die Ministerschaft Dinghofers in Erinnerung, waren ihm doch Erfolge gegen geplante Gehaltseinsparungen gelungen.⁵³⁸ Kritik erhielt Justizminister Dinghofer von Seiten der Sozialdemokratie speziell wegen der nicht durchgeführten Reform des Eherechts, die am Einspruch der Christlichsozialen gescheitert war.⁵³⁹

⁵³¹ Ackerl, Nationale Mehrheitsparteien, 173 f.

⁵³² Ebenda, 174.

⁵³³ Arbeiter Zeitung, 24.7.1927, 5.

⁵³⁴ Mayrhofer, Dinghofer, 125; Ackerl, Großdeutsche Volkspartei, 221; Die Rote Fahne, 23.9.1927, 2.

⁵³⁵ Liebscher, Geschworenengerichtsbarkeit, 90.

⁵³⁶ Mayrhofer, Dinghofer Diss., 175 f.

⁵³⁷ Mayrhofer, Dinghofer, 123; Neues Wiener Tagblatt, 9.2.1930, 2; Reichspost, 31.1.1928, 4.

⁵³⁸ Österreichische Richterzeitung, Jänner 1929, 16.

⁵³⁹ Arbeiter-Zeitung, 14.9.1927, 1.

Wegen der Befürwortung bürgerlicher Pläne zur Erhöhung des Instandhaltungszinses stand Dinghofer ebenfalls im Zentrum der Angriffe der Sozialdemokraten, die dies wegen des dadurch verursachten Anstiegs der Mietzinse als Anschlag auf den Mieterschutz werteten. Er, der selbst Hausbesitzer sei, wurde als „Hausherren-Schutzpatron“ bezeichnet. Das Tagblatt zog folgenden Schluss:

„Die Rolle als Anwalt der deutschen Volksgemeinschaft wird der Herr Dinghofer kaum mehr spielen. Wir haben aber nichts dagegen, wenn Herr Dinghofer künftighin als das auftritt, was er in Wirklichkeit ist: Als Vertreter der Großbauern oder der Hausherren oder der Börsenspekulanten oder als antisemitischer Präsident von jüdischen Aktiengesellschaften. Solche Rollen liegen ihm entschieden besser.“⁵⁴⁰

Weil Dinghofer eine präzise Stellungnahme zur Frage der Festsetzung des Instandhaltungszinses abgelehnt habe, widmete ihm das sozialliberale Blatt „Der Morgen“ eine Karikatur. Unterhalb derer war die folgende Aussage zu lesen, die man Dinghofer in den Mund legte: „Ich sag’ net so und net so, damit’s dann net heißt, i hab’ a so oder a so g’sagt. Aber, wann Ihna wer fragt, könnan S’ sag’n, i hab’ a so g’sagt!“⁵⁴¹

Zwar bescheinigte die Arbeiter-Zeitung Dinghofer die prinzipielle Fähigkeit,

„manchmal das Richtige zu tun, nur eben, dass es ihm Seipel immer verboten hat und er, der Großdeutsche und der Minister von Seipels Gnaden, nie die Kraft hatte, wider Seipels Stachel zu löken. Wo man auf dem Gebiet des Rechtes reformieren will, überall stößt man auf klerikale Vorurteile; aber diese klerikalen Vorurteile waren für den großdeutschen Minister bindend.“

Dinghofer habe „sein besseres Wesen dem Seipel geopfert [...], der die Quelle seiner Ministerherrlichkeit gewesen ist“.⁵⁴²

Das Ende als Justizminister

Der Anlass für den Sturz Dinghofers als Justizminister war die sogenannte „Affäre Béla Kun“. Béla Kun war im Jahr 1919 der Führer der ungarischen Räteregierung gewesen. Nach dem Ende der Rätediktatur war er nach Österreich geflohen, hatte das Land aber verlassen müssen. Im Frühjahr 1928 wurde Kun wieder in Wien gesehen und schließlich wegen Geheimbündelei und der verbotenen Rückkehr verhaftet. Die Probleme für die österreichische Justiz begannen, als die rechtsgerichtete ungarische Regierung die Auslieferung des linken jüdischen Revolutionärs „wegen dreifachen Mordes“ verlangte.⁵⁴³

⁵⁴⁰ Tagblatt, 14.1.1927, 1. Sieh auch Volkspost, 22.1.1927, 2, sowie Die Rote Fahne, 23.12.1926, 1.

⁵⁴¹ Der Morgen, 17.1.1927, 5.

⁵⁴² Arbeiter-Zeitung, 5.7.1928, 2.

⁵⁴³ Ministerratsprotokolle V/2, 291 und 300 f.

Justizminister Dinghofer berichtete am 3. Mai 1928 im Ministerrat über die Causa. Demzufolge hänge eine etwaige Auslieferung Béla Kuns davon ab, ob die ihm zu Last gelegten strafbaren Handlungen den Charakter eines gemeinen Verbrechens aufweisen würden oder nicht. Die Auslieferung wegen politischer strafbarer Handlungen würde nicht bewilligt werden, wohingegen die politische Färbung eines an sich gemeinen Verbrechens kein Grund sei, die Auslieferung zu verweigern.⁵⁴⁴

Das Landesgericht für Strafsachen Wien I entschied, die Auslieferung in einem Fall durchzuführen, in den beiden anderen nicht. Das Oberlandesgericht Wien hingegen sprach sich für die Auslieferung in allen drei Fällen aus.⁵⁴⁵ Entgegen den Feststellungen der Gerichte entschied der Justizminister jedoch, Béla Kun nicht auszuliefern.⁵⁴⁶

Nachdem Dinghofer im Juni 1928 gegen die Auslieferung entschieden hatte, begab er sich zur Kur nach Karlsbad. Zwar hatte er vor seiner Abreise Parteiobmann August Wotawa über seine Entscheidung unterrichtet, offenbar aber nicht darüber, dass diese gleich durch ein Communiqué der Regierung veröffentlicht werde. Befeuert wurde die Sache noch durch die der Christlichsozialen Partei nahestehende „Reichspost“, die die Entscheidung des Justizministers scharf kritisierte. Im unzureichend informierten Klub, der den Druck der Öffentlichkeit und der eigenen Anhängerschaft fürchtete, schaukelte sich die Stimmung in einer Sitzung am 25. Juni immer mehr gegen den eigenen Justizminister auf. Was folgte war eine parteiinterne Revolte gegen Dinghofer.⁵⁴⁷ Eine Abordnung der großdeutschen Nationalratsabgeordneten unter Führung von Wotawa verlangte von Bundeskanzler Seipel Aufklärung. Seipel verteidigte die Entscheidung Dinghofers und bat die Herren, auf Dinghofers Rückkehr zu warten.⁵⁴⁸ Dinghofers Parteifreunde suchten die Angelegenheit zu beschleunigen und telegrafierte ihm Folgendes: „Klub billigt Deine Entscheidung nicht, erwarten Dich sofort.“ Dinghofer dachte jedoch nicht daran, die Kur abzubrechen und bat Seipel, mit dem großdeutschen Klub über seinen Verbleib als Minister zu verhandeln. In diesem Sinne antwortete er auch seiner Partei. Als Wotawa und der Klub auf dem Rücktritt des Ministers beharrten, teilte Seipel das Ergebnis

⁵⁴⁴ Ministerratsprotokolle V/2, 301.

⁵⁴⁵ Neue Freie Presse, 25.6.1928, 3.

⁵⁴⁶ Salzburger Volksblatt, 18.6.1928, 4; Mayrhofer, Dinghofer, 128 f.; Höbelt, Anmerkungen, 72.

⁵⁴⁷ ÖStA, AdR, GDVP, Kt. 7, 55. Sitzung des Verbandes der GDVP, Verhandlungsschrift, 25.6.1928; siehe auch Reichspost, 25.6.1928, 1 f.

⁵⁴⁸ Ministerratsprotokolle V/2, 395 f.; Neuigkeits-Welt-Blatt, 27.6.1928, 3.

der „Verhandlungen“ Dinghofer mit. Dieser entgegnete kurz und bündig per Telegramm: „Ersuche Genehmigung meiner Entlassung Dinghofer“.⁵⁴⁹ Rückhalt erhielt der Minister nur von der oberösterreichischen und – zum Teil – von der Vorarlberger Landespartei.⁵⁵⁰

In der Presse äußerte sich Dinghofer ausführlich zur Entscheidung, die zu seinem Rücktritt geführt hatte:

„Bela Kun konnte aus juristischen und politischen Gründen nicht ausgeliefert werden. Die Taten, die ihm von der ungarischen Regierung angelastet werden, waren angeblich zur Erhaltung der Räterepublik notwendig und beschränkten sich auf die allerdings vielfach blutige Niederschlagung konterrevolutionärer Aktionen. Einen Gegenbeweis für diese Behauptung hat die ungarische Regierung in ihrem Auslieferungsbegehren nicht erbracht. Es ist auch nicht erwiesen, dass Bela Kun aus persönlicher Rache oder Grausamkeit gehandelt hat.“

Seinen Parteifreunden richtete Dinghofer über die Tagespresse aus: „Ein Minister darf nicht nach Parteigefühl, sondern nur nach der rechtlichen und politischen Lage und im Bewusstsein der Verantwortung für alle etwaige Folgen entscheiden.“⁵⁵¹

Dinghofer stellte sich – wohl zu Recht – als Minister dar, der – auch gegen Parteiinteressen – für eine objektive Führung des Justizressorts steht. Allerdings ist die Angelegenheit auch noch aus einer weiteren Perspektive zu betrachten: Dinghofer hatte die Nichtauslieferung Béla Kuns im Vorhinein mit Bundeskanzler Seipel, zu dem er ja ein besonders gutes persönliches Verhältnis hatte, besprochen und wohl gemeinsam entschieden. Der politisch gewiefte Bundeskanzler war zweifellos gegen die Auslieferung des linken Revolutionärs, hätten sich doch daraus innen- wie auch außenpolitische Komplikationen ergeben. Innenpolitisch hätten die Sozialdemokraten das Vorgehen als Missachten des politischen Asylrechts, das von einer demokratischen Regierung niemals verletzt werden dürfe, brandmarken können. Und außenpolitisch wäre es wohl zu einem Konflikt mit der Sowjetunion gekommen.⁵⁵²

Die politische Karriere Dinghofers endete mit seiner Enthebung als Justizminister im Juli 1928 und seinem Rücktritt als Nationalratsabgeordneter im November 1928. Dinghofer war zu diesem Zeitpunkt 55 Jahre alt.⁵⁵³

⁵⁴⁹ Ministerratsprotokolle V/2, 396; siehe auch ÖStA, AdR, GDVP, Kt. 7, 58. Sitzung des Verbandes der GDVP, Verhandlungsschrift, 28.6.1928; ebenda, Kt. 37, Verhandlungsschrift über die Besprechung der Landesparteiobmänner, 4.7.1928.

⁵⁵⁰ ÖStA, AdR, GDVP, Kt. 37, Verhandlungsschrift über die Besprechung der Landesparteiobmänner, 4.7.1928; ebenda, Kt. 7, 63. Sitzung des Verbandes der GDVP, Verhandlungsschrift, 11.7.1928, 3; Salzburger Chronik für Stadt und Land, 5.7.1928, 1; Mayrhofer, Dinghofer, 129; Höbelt, Anmerkungen, 73.

⁵⁵¹ Salzburger Volksblatt, 28.6.1928, 1 f.; Reichspost, 29.6.1928, 3.

⁵⁵² Vgl. AdR, GDVP, Kt. 37, Verhandlungsschrift über die Besprechung der Landesparteiobmänner, 4.7.1928; Neue Freie Presse, 26.6.1928, 1; Salzburger Volksblatt, 27.6.1928, 1; Volksbote, 30.6.1928, 8.

⁵⁵³ Mayrhofer, Dinghofer, 129 und 131.

Die Großdeutsche Volkspartei nach Dinghofer

Die zehn Jahre währende Koalition zwischen Christlichsozialen und Großdeutschen, die Dinghofer bis zu seinem Ausscheiden so stark propagiert hatte, brachte eine gewisse Stabilität in die österreichische Innenpolitik.⁵⁵⁴ Mit dem Mittragen unpopulärer Maßnahmen bewies die Großdeutsche Volkspartei zweifellos Verantwortungsgefühl für das Staatsganze.⁵⁵⁵ Unter Dinghofer präsentierte sie sich als Partei der Mitte und des Kompromisses, ein Umstand, der den Großdeutschen weder angerechnet noch gedankt wurde, sondern vielmehr Wählerstimmen kostete, weil auch Teile des „nationalen Lagers“ diesen Kurs kritisierten.⁵⁵⁶ Bereits während Dinghofers aktiver Zeit als Politiker bestand die Diskrepanz im deutschnationalen Lager darin, dass sich zwar die Großdeutsche Volkspartei zum Parlamentarismus bekannte, andere deutschnationale und völkische Vereine und Gruppen, die potenziell zum Wählerstamm der Großdeutschen zählten, jedoch antidemokratisch und antiparlamentarisch eingestellt waren.⁵⁵⁷

Fritz Mayrhofer meint, dass radikale Kreise der Großdeutschen Volkspartei schon einige Zeit auf die Ablöse Dinghofers hingearbeitet hätten, die „Affäre Béla Kun“ sei nur der Anlass dafür gewesen. Der eigentliche Grund für den erzwungenen Rücktritt sei die Positionierung der Großdeutschen als „Partei von Seipels Gnaden“ gewesen.⁵⁵⁸ Besonders kritisch ging die nationalsozialistische „Volksstimme“ wegen der Béla-Kun-Affäre mit Dinghofer um. Die Zeitung nahm die Sache zum Anlass, die „Scheidung zwischen aufrechten Völkischen und Nationalliberalen“ zu fordern, „bevor der wahrhaft völkisch-antisemitisch fühlende Teil unserer Bevölkerung aus Verzweiflung über die Charakterlosigkeit und Feigheit der sogenannten ‚nationalen‘ Politik in Oesterreich ins schwarze oder rote Lager getrieben wird.“⁵⁵⁹

Für Franz Dinghofer war jedenfalls seit 1928 das Kapitel Großdeutsche Volkspartei beendet, er gehörte der Partei auch nicht mehr als einfaches Mitglied an.⁵⁶⁰

⁵⁵⁴ Wandruszka, Nationales Lager, 289.

⁵⁵⁵ Ebenda, 291; Ackerl, Großdeutsche Volkspartei, 319.

⁵⁵⁶ Wandruszka, Nationales Lager, 289; Ackerl, Großdeutsche Volkspartei, 156. Vgl. hierzu auch Tagblatt, 5.3.1930, 5: „Im übrigen aber waren die Großdeutschen für die Christlichsozialen doch recht unsichere Kantonisten, die großdeutschen Führer fraßen zwar dem Prälaten Seipel aus der Hand, die wenigen Großdeutschen Geführten – Massen kann man wohl nicht gut sagen – waren aber nicht immer ohneweiters bereit, allen Verklerikalisierungstendenzen der Christlichsozialen lediglich deshalb Vorspann zu leisten, weil beispielsweise der Dinghofer durch die Christlichsozialen Präsident des Obersten Gerichtshofes geworden war.“

⁵⁵⁷ Ardelt, Zwischen Demokratie und Faschismus, 156, 166 und 208.

⁵⁵⁸ Mayrhofer, Dinghofer, 130 f.

⁵⁵⁹ Volksstimme, 6.7.1928, 2.

⁵⁶⁰ Archiv des OGH, Dinghofer an Bundesministerium für Justiz, 10.4.1946.

Es war klar, dass sich bei den Großdeutschen früher oder später ein radikalerer Kurs durchsetzen würde. Nach dem Justizpalastbrand wandten sich immer mehr großdeutsche Politiker den Heimwehren zu. Bereits Dinghofers Nachfolger als Justizminister, Franz Slama, war Mitglied der Heimwehr.⁵⁶¹ Zwar sollten Mitglieder der Großdeutschen Volkspartei nicht den antidemokratischen „Korneuburger Eid“ der Heimwehren des Jahres 1930 leisten, andererseits wurde von der Parteiführung die ideenmäßige Einheit zum Heimatschutz betont.⁵⁶²

Im Jänner 1932 endete die Koalition der Christlichsozialen mit den Großdeutschen, die nahezu ein Jahrzehnt Bestand gehabt hatte. Waren großdeutsche Wähler schon bisher zu den Heimwehren abgewandert, wandten sie sich nun immer mehr den Nationalsozialisten zu. Aus den Landtagswahlen in Wien, Niederösterreich und Salzburg im April 1932 ging die NSDAP als stärkste Kraft des „nationalen Lagers“ hervor, während die Großdeutschen marginalisiert wurden.⁵⁶³ Innerhalb der Großdeutschen Volkspartei traten Exponenten eines radikaleren Kurses hervor wie die Oberösterreicher Hermann Foppa, der Parteiobmann wurde, und Franz Langoth. Sie strebten danach, nicht noch mehr Wähler an die NSDAP zu verlieren, wurden jedoch schließlich zu „Steigbügelhaltern“ des Nationalsozialismus in Österreich, indem sie diesen in bürgerlichen Kreisen salonfähig machten.⁵⁶⁴ Ein erster Höhepunkt dieser Entwicklung war das „Kampfbündnis“, das am 15. Mai 1933 zwischen der NSDAP, dem Steirischen Heimatschutz und der Großdeutschen Volkspartei geschlossen wurde. In diesem Pakt wurde Adolf Hitler als „Führer des gesamten deutschen Volkes“ bezeichnet und Übertritte von Anhängern der Großdeutschen Volkspartei zur NSDAP wurden eindeutig erlaubt. Realpolitisch war das Bündnis durchaus von Bedeutung, stand doch damit der vom Christlichsozialen Engelbert Dollfuß geführten Bundesregierung ein nationales Lager in einer bis dahin nie gekannten Geschlossenheit gegenüber.⁵⁶⁵

Nach dem Verbot der NSDAP in Österreich im Juni 1933 waren es vor allem großdeutsche Politiker wie Langoth und Foppa, die mit einem Doppelspiel einerseits den Regierungen Dollfuß und Schuschnigg „Verständigungsbereitschaft“ signalisierten, andererseits aber mit diversen Initiativen unverhohlen die Interessen der Nationalsozialisten vertraten. Nicht zuletzt der Einsatz ehemaliger großdeutscher Politiker sorgte für jene Entwicklung, die den Boden für den „Anschluss“ des Jahres 1938 aufbereitet hat.⁵⁶⁶ Die Bemühungen der Großdeutschen,

⁵⁶¹ Ackerl, Großdeutsche Volkspartei, 222; Dostal, Großdeutsche Volkspartei, 230; Slapnicka, Politische Führungsschicht 1918–1938, 244.

⁵⁶² Ackerl, Großdeutsche Volkspartei, 223.

⁵⁶³ Dostal, Großdeutsche Volkspartei, 239 f.; Wladika, (Rassen-)Antisemitismus, 323; Huber/Erker/Taschwer, Deutscher Klub, 124.

⁵⁶⁴ Wandruszka, Nationales Lager, 291; Dostal, Großdeutsche Volkspartei, 257.

⁵⁶⁵ Schuster, Deutschnational, 71.

⁵⁶⁶ Ebenda, 72–104.

die auf eine weitergehende Betätigungsfreiheit der Nationalsozialisten in Österreich hinausliefen, sind auch Thema in einem anderen Abschnitt dieser Arbeit.⁵⁶⁷

Präsident des Obersten Gerichtshofs

Bestellung

Gegen Ende des Jahres 1927 bewarb sich Justizminister Franz Dinghofer für den freiwerdenden Posten des Präsidenten des Obersten Gerichtshofs. Gleichzeitig bot er seine Demission als Minister an, was von Bundeskanzler Seipel jedoch abgelehnt wurde. So wurde Dinghofer zwar per 31. Dezember 1927 zum Präsidenten des OGH bestellt, aber für die Dauer seines Einsatzes als Justizminister beurlaubt.⁵⁶⁸

Tatsächlich dürfte die Bestellung als OGH-Präsident auf eine Vereinbarung zwischen Seipel und Dinghofer zurückgehen,⁵⁶⁹ die zweifellos als Rückversicherung für Dinghofer nach seinem Ausscheiden aus der Politik gedacht war. Fritz Mayrhofer schreibt hierzu:

„Die zunehmende Radikalisierung im nationalen Lager konnte Dinghofer nicht verborgen geblieben sein. Bestehende Spannungen mit dem radikalen Flügel seiner Partei mußten ihn mit einer Ablöse von seinem Ministerposten rechnen lassen. Einer solchen Entwicklung zuvorzukommen, bot der freiwerdende Präsidentenposten des Obersten Gerichtshofes die beste Möglichkeit.“⁵⁷⁰

Zu dieser Interpretation der Dinge passt auch, dass es Dinghofer offenbar unterlassen hatte, seine Parteikollegen von der Absicht zu informieren, sich als Vorsitzender des OGH bewerben zu wollen.⁵⁷¹

In der sozialdemokratischen Presse wurde die Bestellung an und für sich kritisiert, aber auch der Umstand, wie sie zustande gekommen war. Dinghofer sei nicht als Richter an diese Stelle gelangt, sondern nur als Politiker. Die juristische Karriere vom „Bezirksrichter in Urfahr“ – dies sei die letzte richterliche Tätigkeit Dinghofers gewesen – zum Präsidenten des OGH sei nicht gerade normal.⁵⁷² Sein juristisches Können habe bisher nur im Verborgenen geblüht, „denn weit und breit ist Dinghofers Juristerei gerade so bekannt wie die jedes Bezirksrichters“.⁵⁷³

⁵⁶⁷ Siehe Kapitel „Nationalsozialismus“, Abschnitt „Verhältnis zum Nationalsozialismus vor 1938“.

⁵⁶⁸ Mayrhofer, Dinghofer, 132; ÖGZ, PERS Dinghofer Dr. Franz, 13–15, Lebensdaten Dinghofer, ca. 1956.

⁵⁶⁹ Vgl. Grazer Tagblatt, 21.3.1929, 7.

⁵⁷⁰ Mayrhofer, Dinghofer Diss., 186 f.

⁵⁷¹ Grazer Tagblatt, 21.3.1929, 7.

⁵⁷² Voralberger Wacht, 3.1.1928, 1.

⁵⁷³ Arbeiterwille, 22.1.1928, 1.

Die Einsetzung Dinghofers wurde von sozialdemokratischer Seite geradezu als Gefahr gesehen, „dass die Justiz direkt zur Magd der Politik wird“. Man stieß sich nicht nur an der Bestellung, sondern auch an der sofortigen Beurlaubung:

„Wenn man den Plan damit begründen will, dass gerade jetzt im Nationalrat wichtige legislatorische Aufgaben auf dem Gebiete der Rechtspflege verhandelt werden, bei denen Dr. Dinghofer unentbehrlich ist, so würde das höchstens die Notwendigkeit Dinghofers als Justizminister dartun, aber doch nicht seine Notwendigkeit für den Obersten Gerichtshof beweisen; so ärmlich wird der Bestand an tüchtigen Juristen doch nicht sein, dass für alle Notwendigkeiten nur just der Dr. Dinghofer zur Verfügung steht.“⁵⁷⁴

Kritik an der Art der Bestellung wurde selbst aus dem bürgerlichen Lager geäußert, aber auch von juristischer Seite wie den Rechtsanwaltskammern der Bundesländer.⁵⁷⁵ Um der Kritik zu entgegnen, musste von amtlicher Seite verlautbart werden, dass Dinghofer kein Doppelgehalt beziehe.⁵⁷⁶ Dass auch innerhalb der Großdeutschen Volkspartei diese Postenbesetzung bei gleichzeitigem Beibehalten des politischen Amtes kritisch gesehen wurde, bezeugen die Protokolle des großdeutschen Parlamentsklubs.⁵⁷⁷

Als Dinghofer ein halbes Jahr später auf Grund der „Affäre Béla Kun“ als Justizminister aus dem Amt scheiden musste, erneuerte sich die Kritik der Sozialdemokraten:

„Die Großdeutschen, die sich gegen ihn so schäbig benommen haben, zu verachten, hat Dinghofer allen Grund; aber der Effekt dieses Stolzes ist doch gering: weil sich jeder unwillkürlich denkt, dass es Dinghofer doch nicht schwer falle, stolz zu tun; er wird nicht postenlos, wenn er den Ministerposten aufgibt. Minister fallen wie Butterbrote, gewöhnlich auf die gute Seite, spottet Börne. Aber wenn einer so rechtzeitig dafür sorgt, dass er auf keine schlechte Seite fallen kann, so kann die Bewunderung darob, dass er ein Ministerportefeuille freiwillig aufgibt, nicht groß sein.“⁵⁷⁸

Noch im Oktober 1929, als die Großdeutsche Volkspartei die Entpolitisierung der Beamenschaft forderte, konnte sich das sozialdemokratische Tagblatt einen Seitenhieb auf den Fall Dinghofer nicht verkneifen:

„Da haben sie gleich die herrlichste Gelegenheit. Sie mögen doch gleich anfangen mit der Entpolitisierung des Obersten Gerichtshofes. Dieser Anfang könnte gar nicht so schwer sein, da doch der Präsident des Obersten Gerichtshofes, Dr. Dinghofer, der alte Parteichef der Großdeutschen selbst ist. Diesen Mann möge die Partei von seinem Posten abziehen und ihn durch einen wirklichen Fachmann ersetzen, dann wird man daran glauben können, dass hinter dem Gerede der Großdeutschen von Entpolitisierung doch ein Ernst steckt.“⁵⁷⁹

⁵⁷⁴ Voralberger Wacht, 3.1.1928, 1.

⁵⁷⁵ Mayrhofer, Dinghofer Diss., 187.

⁵⁷⁶ Voralberger Landes-Zeitung, 10.2.1928, 2.

⁵⁷⁷ Vgl. ÖStA, AdR, GDVP, Kt. 7, 55. Sitzung des Verbandes der GDVP, Verhandlungsschrift, 25.6.1928.

⁵⁷⁸ Arbeiter-Zeitung, 5.7.1928, 2.

⁵⁷⁹ Tagblatt, 3.10.1929, 2.

Als der großdeutsche Justizminister Slama für die Entpolitisierung der Gerichtshöfe eintrat, sparte das Tagblatt nicht mit Spott:

„Ist denn Slama mit Dinghofer böse, dass er ihn vom Sessel des Obersten Gerichtshofes stoßen will, denn Dinghofer müsste doch sofort abtreten und wieder Bezirksrichter in Urfahr werden, wenn der Oberste Gerichtshof entpolitisiert würde. Einen solchen Sturz würden nicht einmal wir dem Herrn Dinghofer vergönnen.“⁵⁸⁰

Amtsführung

Mitte Oktober 1928 trat Franz Dinghofer den Posten des Präsidenten des Obersten Gerichtshofes an, worüber er seinen Nachfolger im Amt des Justizministers Dr. Franz Slama informierte: „Ich beehre mich mitzuteilen, dass ich mit dem gestrigen Tage die Amtsleitung des Obersten Gerichtshofes übernommen habe.“⁵⁸¹

Über Dinghofers Amtsführung als Präsident des Obersten Gerichtshofes ist wenig bekannt. In der Folge sollen einige Stimmen dazu zusammengetragen werden, die jedoch keine gründliche und systematische Untersuchung ersetzen können. Dinghofer selbst stellte in der Retrospektive seine Amtsführung positiv heraus:

„Ich kümmerte mich um die Rechtssprechung in allen Senaten und wenn ich die Beobachtung machte, daß die Kontinuität gefährdet sei, verwies ich die Entscheidung in grundsätzlicher Art an einen Fünftehner Senat, an dessen Ausspruch dann nicht etwa die Richter der unteren Instanzen, wohl aber die Richter des Obersten Gerichtshofes gebunden waren.“⁵⁸²

Im Jahr 1930 sorgte Dinghofer für die Herausgabe einer Gedenkschrift zu „80 Jahre Oberster Gerichtshof“, wobei es ihm gelang, dass dieses Jubiläum auch in der Tagespresse gewürdigt wurde.⁵⁸³ In der Festschrift zur Hundertjahrfeier des OGH im Jahr 1950 wurde bereits seine eigene Amtszeit dargestellt: Demnach habe Dinghofer „vermöge seines scharfen Verstandes, seiner Lebensklugheit und seiner Fähigkeit, auch schwierige und verworrene Lagen zu meistern, sowie wegen seines freundlichen, offenen, treuherzigen Wesens allgemeines Ansehen und große Beliebtheit genossen“.⁵⁸⁴

Während seiner Zeit als OGH-Präsident führte Dinghofer auch selbst den Vorsitz in Prozessen des OGH, die mitunter auch Eingang in die Tagespresse fanden. In einem Fall ging es

⁵⁸⁰ Tagblatt, 5.10.1929, 7.

⁵⁸¹ Archiv des OGH, Dinghofer an Justizminister Slama, 17.10.1928. Leonhard, Geschichte des Obersten Gerichtshofes, 204, nennt als Datum des Amtsantritts den 4.7.1928.

⁵⁸² Privatarchiv Prof. Dr. Peter Avancini, Denkschrift Dinghofer (1951), 6 f.

⁵⁸³ Ebenda, 6; Neue Freie Presse, 7.8.1930, 6; Salzburger Volksblatt, 7.8.1930, 2.

⁵⁸⁴ Leonhard, Geschichte des Obersten Gerichtshofes, 204 f.

um eine Ehefrau, die wegen eines Obsthandels ihren Schwiegersohn auf Autofahrten begleitet, ihn wiederholt geküsst und mit ihm auch gemeinsam in einem Zimmer übernachtet hatte. Der Ehemann beschwerte sich wegen der Vernachlässigung des Haushaltes und wegen Beschimpfungen durch seine Gattin. Die Ehefrau führte hingegen vor Gericht dessen Untreue mit mehreren Frauen an, seine Leidenschaft für das Kartenspiel sowie die Verweigerung des Wirtschaftsgeldes, weshalb sie zum Geldverdienen und den Ausfahrten gezwungen gewesen war. Das Landesgericht erklärte die Ehe aus dem alleinigen Verschulden des Ehegatten für geschieden, ein Ehebruch der Frau könne nicht angenommen werden. Das Oberlandesgericht entschied hingegen auf beiderseitiges Verschulden. Der OGH unter dem Vorsitz Dinghofers bestätigte das Ersturteil.⁵⁸⁵

Auch ein weiterer Fall beschäftigte die Gerichte durch alle Instanzen, bis er dann vom OGH unter dem Vorsitz Dinghofers rechtskräftig entschieden wurde: Ein Kaufmann hatte zehn Jahre in einer Lebensgemeinschaft mit einer Frau gelebt und mit ihr ein Kind gehabt. Nach seinem Tod kündigte die Hausverwaltung die Wohnung, wogegen die Frau die Klage einreichte. Während das Landesgericht die Klage abwies, gab ihr das Oberlandesgericht Recht. Der OGH bestätigte das Oberlandesgericht:

„Der Begriff Familienangehörige sei im Mietengesetz anders aufzufassen wie im Familien- und Erbrecht, er sei im Mietengesetz als Begriff einer wirtschaftlichen Familiengemeinschaft aufzufassen. Die Lebensgefährtin ist daher im Sinne des Mietengesetzes als Familienangehörige anzusehen.“⁵⁸⁶

Im Wiener Schlachthof St. Marx war ein Markthelfer von einem Stier aufgespießt worden, was der Mann nicht überlebt hatte. Seine Witwe verlangte von der Gemeinde Wien eine Monatsrente, weil auch keine Schutzvorrichtungen und keine Aufsicht vorhanden gewesen war. Landesgericht und Oberlandesgericht wiesen die Klage ab. Der OGH unter dem Vorsitz Dinghofers verwies die Sache jedoch an die erste Instanz zurück, weil eine Verwahrungspflicht der Gemeinde gegeben sei.⁵⁸⁷

In einigen Verfahren entschied der OGH unter dem Vorsitz Dinghofers gegen die Arbeitgeberinteressen: Die Bundesbahnen strengten Prozesse gegen ihre Pensionisten an, weil ihnen zu viel Geld ausbezahlt worden war. Die Ruheständler wollten der Rückforderung nicht entsprechen, weil sie das, was sie im guten Glauben verbraucht hatten, nicht rückerstatten wollten. Der OGH entschied, dass im Falle des redlichen Verbrauchs eine Rückforderung nicht

⁵⁸⁵ Kleine Volks-Zeitung, 10.1.1929, 10.

⁵⁸⁶ Arbeiter-Zeitung, 26.1.1929, 8.

⁵⁸⁷ Kleine Volks-Zeitung, 1.8.1929, 11 f.

möglich sei.⁵⁸⁸ In einer anderen Causa war ein Pferdeknecht vom Dienstgeber bei einer falschen Krankenkasse angemeldet worden. Als er eine Verletzung erlitt, wurde deshalb nur ein geringeres Krankengeld ausbezahlt. Seiner Klage gegen den Dienstgeber wurde schließlich auch vom OGH Recht gegeben. Er erhielt den vollen Differenzbetrag ausbezahlt.⁵⁸⁹

In einer Causa erhielt der OGH im April 1929 viel Kritik von der sozialdemokratischen „Arbeiter-Zeitung“: Bei einem Zusammenstoß zwischen Schutzbund und Heimwehr im steirischen Hinterberg war ein Schutzbündler verletzt worden. Der Betriebsrat der Zellulosefabrik Hinterberg verlangte die Einstellung des Betriebs für eine Stunde, um eine Protestversammlung abhalten zu können. Die Direktion lehnte ab, worauf Demonstrierende in die Fabrik eindrangen. 16 Personen, davon zwölf Frauen, wurden wegen Gewalttätigkeit angeklagt, aber vom Gericht freigesprochen. Der OGH gab jedoch der Nichtigkeitsbeschwerde des Staatsanwalts Folge und ordnete die neuerliche Verhandlung der Sache vor dem Kreisgericht Leoben an, was die Arbeiter-Zeitung zu folgendem Kommentar veranlasste: „Eine Entscheidung, des Obersten Gerichtshofes würdig, der, seitdem der Herr Dr. Dinghofer sein Präsident geworden ist, nur noch arbeiterfeindlicher und scharfmacherischer urteilt als schon vordem.“⁵⁹⁰ Einen anderen Standpunkt nahm die Arbeiter-Zeitung einige Monate später ein, indem sie Entscheidungen des OGH unter anderen Vorsitzenden kritisierte, die – im Unterschied zu Dinghofer – Lebensgefährtinnen nicht als Familienangehörige gewertet hätten. Dies würde bewusst gegen Dinghofer so entschieden werden.⁵⁹¹

Die Arbeiter-Zeitung thematisierte im Mai 1930 ein Gerichtsverfahren, das infolge einer Karikatur wegen Gotteslästerung und der Beleidigung des Obersten Gerichtshofes gegen die Zeitung „Der Morgen“ angestrengt worden war. Der OGH-Senat, der wegen eines Urteils kritisiert wurde, war in der Zeichnung durch fünf Männer im Talar dargestellt worden, die anstatt des Kopfes eine leere Stelle aufwiesen. Die Arbeiter-Zeitung kritisierte, dass Dinghofer der Justiz die Zustimmung zur Einleitung der Verfolgung wegen Beleidigung des OGH erteilt hatte:

„Von der strafprozessualen Mangelhaftigkeit dieser Zustimmung ganz abgesehen, sollte sich ein Mann von der politischen Vergangenheit des Herrn Dr. Dinghofer wohl bedenken, eine Verfolgung in Gang zu setzen, die die Verfolgung einer Meinungsäußerung ist, und der Herr Präsident des Obersten Gerichtshofes sollte auch imstande sein, für sein Gericht selbst eine unangenehme Kritik zu vertragen.“

⁵⁸⁸ Tages-Post, 4.9.1929, 4.

⁵⁸⁹ Innsbrucker Nachrichten, 21.9.1929, 13.

⁵⁹⁰ Arbeiter Zeitung, 30.4.1929, 8.

⁵⁹¹ Arbeiter-Zeitung, 11.8.1929, 4.

Laut Arbeiter-Zeitung hatte der Staatsanwalt ursprünglich das Bild gar nicht beanstandet. Erst als die Christlichsozialen im Nationalrat eine Anfrage in dieser Angelegenheit eingebracht hatten, sei die Staatsanwaltschaft tätig geworden und Dinghofer habe die Zustimmung zur Verfolgung erteilt.⁵⁹²

Auch ein anderer Fall, bei dem eine Zeitung wegen Beleidigung des OGH angeklagt worden war, fand samt kritischem Kommentar Eingang in die Arbeiter-Zeitung: Ein OGH-Urteil war von der Zeitung unter dem Titel „Kleine Diebe hängt man, große lässt man laufen“ kritisiert worden. Es folgte eine Anklage gegen die Zeitung, wofür Dinghofer seine Zustimmung gegeben hatte. Die Arbeiter-Zeitung kritisierte vor allem die Entscheidung Dinghofers:

„Welche Entwicklung von dem freiheitlichen Manne, der für Freiheit der Presse, für Freiheit der Kritik schwärmte, der als demokratischer Mann auftrat, zu diesem Gerichtshofpräsidenten, der sich nicht bedenkt, gegen eine derartige Kritik den Staatsanwalt aufzubieten! [...] Das ist nun freilich keine Entwicklung, das ist ein Verfall, und wenn sich Herr Dr. Dinghofer dieser Zustimmung nicht schämt, so bleibt nichts übrig, als auch diese Illusion großdeutschen Freiheitssinnes zu den anderen großdeutschen Toten zu legen.“⁵⁹³

Im November 1931 urteilte der OGH, offenbar unter der Vorsitzführung Dinghofers, in einer Angelegenheit mit politischem Hintergrund: Ein christlichsozialer Armenrat hatte einem sozialdemokratischen Bezirksrat die Wohnung im 9. Wiener Gemeindebezirk wegen Eigenbedarf (Verlobung der Tochter) gekündigt. Der Bezirksrat wies auf seinen schlechten Gesundheitszustand, seine nahe Tischlerei sowie auf sein Bezirksmandat hin, das er im Falle einer Übersiedlung in einen anderen Bezirk verlieren würde. Während das Bezirksgericht die Kündigung bestätigte, hob das Zivillandesgericht das Urteil wegen des größeren Nachteils für den Bezirksrat als für die Tochter des Wohnungseigentümers auf. Der OGH bestätigte die Entscheidung des Landesgerichts, da die Kündigung der Wohnung wegen des Alters und der Kränklichkeit des Bezirksrats dessen wirtschaftliche Existenz gefährden würde.⁵⁹⁴

Auf Grund der Ausschaltung des Nationalrats durch die Regierung Dollfuß im Jahr 1933 war es unmöglich geworden, Angelegenheiten, die einer gesetzlichen Regelung bedurften, verfassungsmäßig zu regeln. Durch die Beseitigung des Verfassungsgerichtshofs konnten zudem Verordnungen nicht mehr auf ihre Gesetzmäßigkeit überprüft werden.⁵⁹⁵ Die Grundrechte wurden immer mehr eingeschränkt.⁵⁹⁶ Das Gesetz zum Schutz der persönlichen Freiheit von 1862 wurde aufgehoben, das einen Schutz vor Internierungen ohne gesetzlicher Grundlage geboten hatte. Der Schutz des Hausrechtes wurde gelockert, was Hausdurchsuchungen

⁵⁹² Arbeiter-Zeitung, 31.5.1930, 3.

⁵⁹³ Arbeiter-Zeitung, 12.4.1931, 4.

⁵⁹⁴ Der Tag, 3.11.1931, 9.

⁵⁹⁵ Leonhard, Geschichte des Obersten Gerichtshofes, 205.

⁵⁹⁶ Reiter-Zatloukal, Rechtsstaat, 235.

in das Ermessen der Sicherheitsbehörden stellte. Die Meinungs- und Pressefreiheit und das Briefgeheimnis waren praktisch nicht mehr existent.⁵⁹⁷ Insgesamt ermöglichten die neuen rechtlichen Bestimmungen, dass Österreich autoritär regiert werden konnte.⁵⁹⁸ Man konnte nicht mehr von einem Rechtsstaat sprechen, da die dafür wesentliche Gewaltenteilung zwischen Exekutive und Legislative in der Praxis nicht mehr existierte.⁵⁹⁹

Der Oberste Gerichtshof hatte während des autoritären „Ständestaat“-Regimes weiterhin Bestand. Im Oktober 1933 suchte Dinghofer öffentlich Bedenken zu zerstreuen, dass an der Unabhängigkeit der Richter gerüttelt werden solle: Bundesregierung und Justizverwaltung seien der Meinung, dass dies nicht getan werden dürfe.⁶⁰⁰ Dieses Versprechen erfolgte jedoch voreilig, hatte doch der Justizminister schließlich das Recht, Richter gegen ihren Willen an einen anderen Dienstort oder in den Ruhestand zu versetzen.⁶⁰¹ Dass das Gewissen der Richter des Obersten Gerichtshofes in dieser Zeit „vor geradezu erschütternde Probleme“ gestellt wurde, wird in einer OGH-Festschrift aus dem Jahr 1950 nur angedeutet.⁶⁰²

Der Oberste Gerichtshof hatte im autoritären „Ständestaat“ auch bei politischen Delikten zu entscheiden. Die von der Regierung verbotene und im Ausland hergestellte Arbeiter-Zeitung berichtete plakativ über „Oberste Richter? Nein, Regierungslakaien“: Ein Arbeiter hatte die illegale Zeitung verteilt und musste sich deswegen vor Gericht verantworten. Das Gericht sprach ihn frei, weil nicht erwiesen sei, dass er den Inhalt gekannt habe. Der OGH entschied jedoch anders: Da es sich um eine illegale Zeitung handle, habe der Mann mit der Möglichkeit rechnen müssen, dass die von ihm verbreiteten Zeitungen „eine strafbare Aufreizung gegen die Regierung“ enthalten.⁶⁰³ Wiederholt kritisierte die Arbeiter-Zeitung das Hinaufsetzen des Strafmaßes durch den OGH bei Sozialdemokraten, die illegale Zeitungen verteilt oder Zusammenkünfte organisiert hatten.⁶⁰⁴

Der Oberste Gerichtshof lehnte im Jahr 1935 die Nichtigkeitsbeschwerde und die Berufung der Führer des Schutzbundes gegen die Urteilssprüche ab, setzte aber das Strafmaß um einige Jahre Haft hinunter. Die Arbeiter-Zeitung bezeichnete in diesem Zusammenhang den OGH-

⁵⁹⁷ Reiter-Zatloukal, Rechtsstaat, 236.

⁵⁹⁸ Ebenda, 237.

⁵⁹⁹ Ebenda, 239. Vgl. auch Vocelka, Geschichte Österreichs, 293: „Man mag beschönigende Worte für dieses Regierungssystem finden (Ständestaat, autoritäre Regierung, System-Zeit etc.), doch wird man in einer ernsthaften wissenschaftlichen Analyse über die Tatsache, dass es ein faschistisches System war, nicht hinwegkommen.“

⁶⁰⁰ Neues Wiener Journal, 3.10.1933, 9; Salzburger Volksblatt, 3.10.1933, 10.

⁶⁰¹ Reiter-Zatloukal, Rechtsstaat, 229 und 241.

⁶⁰² Leonhard, Geschichte des Obersten Gerichtshofes, 205.

⁶⁰³ Arbeiter-Zeitung, 30.6.1935, 7.

⁶⁰⁴ Arbeiter-Zeitung, 8.8.1935, 1; Arbeiter-Zeitung, 6.10.1935, 5.

Präsidenten als „Renegat“.⁶⁰⁵ In einem anderen Artikel hatte das Blatt ebenfalls Dinghofer im Visier:

„Manche von ihnen haben sogar der kleriko-faschistischen Diktatur durch die ganze Kampfzeit brav gedient und hohe Gehälter von ihr angenommen; so zum Beispiel der Herr Dinghofer, der die ganze Zeit, in der seine Gesinnungsgenossen verfolgt und eingekerkert wurden, Präsident des Obersten Gerichtshofes geblieben ist.“⁶⁰⁶

Die Machthaber des austrofaschistischen Regimes waren offenbar zufrieden mit Dinghofers Amtsführung, ansonsten wäre er wohl abgelöst worden. Im Jahr 1937 wurde sogar über Auftrag des Kultusministeriums ein Porträt des obersten Richters angefertigt und sein Name auf der Ehrentafel der Präsidenten des Obersten Gerichtshofs verewigt, „was sonst erst beim Ausscheiden des Betreffenden üblich war“.⁶⁰⁷ Im Jänner 1938 konnte jedenfalls der in Juristenkreisen anerkannte oberste Richter sein zehnjähriges Jubiläum als OGH-Präsident feiern.⁶⁰⁸ Dinghofer selbst problematisierte in seinen Erinnerungen die Zeit des „autoritären Ständestaats“ in Österreich in keinster Weise. Auch die Tatsache, dass er als oberster Richter in dieser Zeit sein Amt versah, reflektierte er nicht, obwohl er – allerdings nur auf die NS-Diktatur bezogen – meinte, „in den Rahmen eines autoritären Systems“ nicht zu passen.⁶⁰⁹

Interessant sind wohl besonders die Beurteilungen aus der NS-Zeit über Dinghofers Tätigkeit als OGH-Präsident vor 1938. Die Nationalsozialisten attestierten Dinghofer eine überparteiliche Amtsführung. Er habe nicht versucht, „auf Entscheidungen in Sachen mit politischem Hintergrund, besonders in Strafsachen gegen Nationalsozialisten, im Sinne der Systemregierung Einfluss zu nehmen“.⁶¹⁰ Umgekehrt konnten die NS-Funktionäre auch keinen „positiven Einsatz für den Nationalsozialismus außer einigen unbedeutenden Interventionen“ von Seiten des Präsidenten des OGH wahrnehmen.⁶¹¹

Die offiziellen Einschätzungen der Parteifunktionäre in der NS-Zeit stimmen mit Dinghofers eigenen Erzählungen nach 1945 überein. Dinghofer meinte, ihm sei von den Nationalsozialisten vorgeworfen worden,

„dass ich als Präsident des Obersten Gerichtshofes es unterlassen habe, auf dessen Rechtsprechung in einem dem Nationalsozialismus genehmen Sinne einzuwirken, vielmehr ausschliesslich darauf bedacht war, dass die bestehenden österr[eichischen] Gesetze entsprechend zur Anwendung gelangen“.

⁶⁰⁵ Arbeiter-Zeitung, 1.12.1935, 3.

⁶⁰⁶ Arbeiter-Zeitung, 26.7.1936, 1.

⁶⁰⁷ Privatarchiv Prof. Dr. Peter Avancini, Denkschrift Dinghofer (1951), 6 f.

⁶⁰⁸ Österreichische Richterzeitung, Februar 1938, 48 f.

⁶⁰⁹ Privatarchiv Prof. Dr. Peter Avancini, Denkschrift Dinghofer (1951), 7.

⁶¹⁰ ÖStA, AdR, Gauakt Franz Dinghofer, Politische Beurteilung Amt für Beamte an Gaupersonalamt, 6.3.1939.

⁶¹¹ Ebenda, Politische Beurteilung Dr. Paul Lux. bzw. Gaurechtsamt, 4.2.1939.

Er sei als Präsident des OGH in den Augen der Nazis schwer belastet gewesen, weil das oberste Gericht Urteile, die Nationalsozialisten betroffen hatten, bestätigt hatte.⁶¹² Das Dinghofer zugeschriebene Verhalten ist umso bemerkenswerter, als nach Schätzungen bis zur Hälfte der Richter des „Ständestaates“ illegale Mitglieder der NSDAP gewesen sein dürften.⁶¹³

Politische Nebentätigkeiten

Selbst noch kurz nach seinem Amtsantritt als Präsident des Obersten Gerichtshofs war Dinghofer als öffentlicher Befürworter des Anschlusses Österreichs an Deutschland in der Tagespresse präsent: Der Anschluss sei schrittweise vorzubereiten, weshalb „an unseren Aufgaben in den Fragen der Rechtsangleichung, der Annäherung der Wirtschaft, der Anerkennung der Schulzeugnisse, der Verkehrsregelung, kurz und gut auf allen Gebieten, die das öffentliche Leben ausmachen“, weiterhin gearbeitet werden müsse. Auch eine Betriebsgemeinschaft der österreichischen mit den reichsdeutschen Eisenbahnen konnte sich Dinghofer vorstellen. Er gab sich überzeugt vom Anschlusswillen der österreichischen Bevölkerung: „Wollte man heute eine Abstimmung im ganzen Bundesgebiet vornehmen, man würde an Anschlußgegnern kaum mehr als ein Prozent zählen.“ Dinghofer ließ keinen Zweifel an der nationalen Zugehörigkeit der Österreicherinnen und Österreicher aufkommen: „Vor allem gibt es kein österreichisches Volk oder eine österreichische Nation. Österreich ist ein geographischer Begriff, der von Deutschen bewohnte Rest der ehemaligen Donaumonarchie.“⁶¹⁴

Beim Festakt zum 50-Jahr-Jubiläum des deutschen Reichsgerichts in Leipzig im Oktober 1929 hielt Franz Dinghofer eine Rede. In dieser machte er deutlich, dass der OGH in Wien keine Arbeitswoche habe, „in der nicht reichsdeutsches Recht und die Spruchpraxis des Deutschen Reichsgerichtshofes zu Rate gezogen werden müssen“. Dinghofer sprach sich für noch engere und tiefere Beziehungen zwischen deutschem und österreichischem Recht aus:

„Aus uns sprechen die Stimmen des Blutes und des Herzens. Beide Richterschaften, die österreichische wie die deutsche, stehen vor großen Aufgaben und es wird keinem vernünftigen Menschen einfallen, zu behaupten, dass es ein deutsches oder ein österreichisches Recht geben könne, die nicht miteinander zusammenzuarbeiten vermöchten.“⁶¹⁵

Im Jahr 1930 trat der Präsident des OGH, Franz Dinghofer, in das Ehrenpräsidium des Komitees für das in Wien geplante Hamerling-Denkmal ein. Robert Hamerling (1830–1889) zählte zu seinen Lebzeiten zu den meistgelesenen Dichtern des deutschen Sprachraums. Er

⁶¹² Archiv des OGH, Dinghofer an Bundesministerium für Justiz, 10.4.1946.

⁶¹³ Wedrac, Richter des Obersten Gerichtshofes, 154.

⁶¹⁴ Vorarlberger Tagblatt, 12.2.1929, 1; vgl. auch ähnlich Neues Wiener Journal, 3.2.1929, 1.

⁶¹⁵ Innsbrucker Nachrichten, 2.10.1929, 1.

bediente in seinen Werken antisemitische Stereotype und verschonte auch Journalisten und Literaturkritiker nicht mit antisemitischen Ressentiments.⁶¹⁶ Dinghofer befand sich im Hamerling-Komitee in prominenter Gesellschaft: Mit dem christlichsozialen Bundespräsidenten Wilhelm Miklas, dem parteilosen Altbundespräsidenten Michael Hainisch, dem ehemaligen christlichsozialen Bundeskanzler Ernst Streeruwitz, dem christlichsozialen Bundesminister a.D. Emmerich Czermak, dem christlichsozialen Landeshauptmann von Niederösterreich Karl Buresch und dem sozialdemokratischen Präsidenten des Wiener Stadtschulrates Otto Glöckel setzten sich viele bekannte Persönlichkeiten für das Hamerling-Denkmal ein.⁶¹⁷

Im Oktober 1932 erfolgte in Linz die Einweihung des Burschenschafterturms, der von den deutschen und österreichischen Burschenschaften gestiftet worden war.⁶¹⁸ Der Turm, der in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts als Teil der von Erzherzog Maximilian d'Este initiierten Befestigungsanlage erbaut worden war, hatte bereits früh den Namen „Anschlussurm“ getragen, was sich von seiner Funktion als Anschluss zu den Festungswerken an der Donau ableitete. Nach dem Ersten Weltkrieg war dieser Name politisch aufgeladen worden, hatte sich doch die Republik Deutschösterreich als Teil des Deutschen Reichs erklärt.⁶¹⁹ Der Umbau bzw. die Adaptierung des Turms war von zwei Hauptgedanken getragen gewesen: Zum einen dem Gedenken an die im Weltkrieg gefallenen Burschenschafter und zum anderen als „Anschlussdenkmal“ zur Versinnbildlichung der geistigen und kulturellen Einheit des deutschen Volkes, was auch durch die auf der Außenseite des Turms groß angebrachte Inschrift „Ein Volk, ein Reich“ ausgedrückt wurde.⁶²⁰

Am 16. Oktober 1932 fand ein festlicher Fahnenaufmarsch vom Volksgarten in der Linzer Innenstadt zum Turm statt, an dem über 2.000 Festgäste teilnahmen.⁶²¹ Die österreichische Bundesregierung unter Bundeskanzler Engelbert Dollfuß, in der die Christlichsoziale Partei, der Landbund und die Heimwehr vertreten waren, wählte für die Übermittlung von Grüßen, Wünschen und Anteilnahme Franz Dinghofer als Überbringer aus.⁶²² Die oberösterreichische Landesregierung war durch den großdeutschen Landesrat Franz Langoth vertreten.⁶²³ An der Festveranstaltung nahm auch Walter Pfrimer vom steirischen Heimatschutz teil, der ein Jahr zuvor einen Putschversuch gegen die Regierung unternommen hatte.⁶²⁴

⁶¹⁶ Vgl. Krumpöck, Hamerling, bes. 277–314.

⁶¹⁷ Neues Wiener Abendblatt, 26.2.1930, 21.

⁶¹⁸ Lönnecker, Burschenschafterturm, 405.

⁶¹⁹ Ebenda, 438 f.

⁶²⁰ Lönnecker, Burschenschafterturm, bes. 441, 444, 453 und 457; Schultes, Linz, 315.

⁶²¹ Tages-Post, 17.10.1932, 12; Lönnecker, Burschenschafterturm, 489.

⁶²² Lönnecker, Burschenschafterturm, 490.

⁶²³ Reichspost, 18.10.1932, 5.

⁶²⁴ Lönnecker, Burschenschafterturm, 492.

Funktion in der KAMIG

In den bisherigen Biographien über Franz Dinghofer wurde naturgemäß das Hauptaugenmerk auf Dinghofers politische Tätigkeit gelegt. Seine Tätigkeit in der Privatwirtschaft, besonders als Präsident einer Aktiengesellschaft, fanden keine Erwähnung.⁶²⁵ Für die Beurteilung von „problematischen“ Aspekten im Leben Dinghofers ist jedoch gerade seine Tätigkeit in und für die Firma „Kamig“ von essentieller Bedeutung, weshalb diesem Unternehmen inklusive dem Themenkomplex Arisierung und Rückstellung eine besondere Aufmerksamkeit gewidmet werden muss.

Gründung

Bereits vor dem Ersten Weltkrieg ergaben Bohrungen in Kriechbaum (Bez. Perg im oberösterreichischen Mühlviertel) einen nahezu unerschöpflichen Vorrat an Kaolin.⁶²⁶ Kaolin ist ein weißes Gestein, das besonders für die Herstellung von Papier und Porzellan Verwendung findet.⁶²⁷ Die Gründung der „Kamig“ geht auf das Jahr 1920 zurück. Im Mai dieses Jahres bildete sich ein Konsortium, das sich als „Kamig Österreichische Kaolin- und Montanindustrie GmbH in Linz“ an die Öffentlichkeit wandte. Dieses Konsortium hatte sich zum Ziel gesetzt, das Kaolinlager in Kriechbaum planmäßig und rationell auszubeuten sowie die dortigen Gründe zu erwerben.⁶²⁸

Als Spiritus Rector dieser Unternehmung galt der 28-jährige tschechoslowakische Staatsbürger und studierte Jurist Dr. Rudolf Illner, der in Rumburg (Rumburk) in Deutschböhmen geboren worden war. Illner entstammte einer jüdischen Kaufmannsfamilie, die in Rumburg und Reichenberg (Liberec) tätig war.⁶²⁹ Erst kurze Zeit, bevor er in Oberösterreich mit der Unternehmensgründung in Erscheinung trat, hatte er im Februar 1920 seinen Namen von „Jerusalem“ auf „Illner“ amtlich ändern lassen.⁶³⁰ Wegen der Finanzierung des Unternehmens wandte er sich an die Linzer Filiale der Anglo-Österreichischen Bank, wo ihn der stellvertretende Leiter Egon Basch betreute, der ebenfalls Jude war. Diesem war klar, dass man vorerst

⁶²⁵ In Mayrhofer, Dinghofer Diss. bzw. Mayrhofer, Dinghofer, wird Dinghofers Tätigkeit für die Kamig nicht erwähnt; dasselbe gilt für Slapnicka, Dinghofer (1987 und 2010), sowie ders., Politische Führungsschicht 1918–1938, 63–65.

⁶²⁶ Privatarchiv Karl Rieder, Unterlagen Kamig, Exposé Kamig, September 1920. Vgl. auch Höpoltzeder, Kamig, 27–31.

⁶²⁷ Kamig, 35.

⁶²⁸ Privatarchiv Karl Rieder, Unterlagen Kamig, Exposé Kamig, September 1920.

⁶²⁹ Staatliches Zentralarchiv Prag, Národní archiv v Praze, pracoviště Dejvice, Jüdische Matriken, HBMa 239, Česká Lípa; WStLA, Meldeunterlagen Dr. Rudolf Illner.

⁶³⁰ Ebenda, HBMa 239, Česká Lípa.

nur eine kleinere Firmengründung – in Form einer GmbH – anstreben müsse, bevor man an ein größeres Unternehmen denken konnte.⁶³¹

Egon Basch, der das Potenzial des Projekts erkannt hatte, beteiligte sich selbst mit 200.000 Kronen an der Kamig und rekrutierte auch weitere Gesellschafter aus seinem eigenen Bekanntenkreis – darunter den jüdischen Unternehmer Rudolf Kafka von der bekannten Linzer Likörfirma L. & S. Kafka.⁶³² Basch selbst übernahm auch einen von drei Aufsichtsratsposten des Unternehmens. Wohl auf seine Vermittlung hin stieg auch der ihm persönlich bekannte Graf Botho Coreth als Gesellschafter und Aufsichtsrat bei der Kamig ein. Die Basch-Gruppe und die von Illner organisierten Personen bildeten schließlich den 31-köpfigen Gesellschafterkreis, der für die Aufbringung des Stammkapitals von fünf Millionen Kronen sorgte.⁶³³

Im Juli 1920 wurde der Gesellschaftsvertrag der Kamig errichtet. Die konstituierende Sitzung fand im Hotel Weinzinger in Linz statt.⁶³⁴ Im Dezember erfolgte die Eintragung der „Kamig“ Österreichische Kaolin- und Montan-Industriegesellschaft m.b.H. mit Sitz in Linz in das oberösterreichische Handelsregister. Die Geschäftsräume der Gesellschaft befanden sich im Haus Landstraße 37. Geschäftsführer der Kamig war Rudolf Illner, vorerst gemeinsam mit Rudolf Pollak, einem Fabrikdirektor in Prag, der ebenfalls Gesellschafteranteile an der Kamig hielt.⁶³⁵

Aktiengesellschaft

Egon Basch und Rudolf Illner betrieben in einem zweiten Schritt die Gründung einer Aktiengesellschaft, um auf diese Weise eine Kapitalerhöhung zu erreichen, wodurch sich ihrer Meinung nach ein sehr lukratives Geschäftsergebnis erwarten ließ. Schließlich gelang es, die

⁶³¹ Privatsammlung Verena Wagner, Lebenserinnerungen Egon Basch, 36–39.

⁶³² Zu Rudolf Kafka siehe Wagner, *Jüdisches Leben 2*, bes. 879.

⁶³³ Vgl. Privatsammlung Verena Wagner, Lebenserinnerungen Egon Basch, 27 und 36–39; OÖLA, Firmenbuch RgC II, p. 98 f.; OÖLA, Sondergerichte Linz, Sch. 1163, RgC II 98, Firma Kamig, Gesellschaftsvertrag, 17.7.1920, samt Vollmachten; fol. 35 f., Verzeichnis der Aufsichtsräte sowie Beurkundung Wahl der Aufsichtsräte in Generalversammlung, 5.8.1920; ebenda, fol. 45, Liste der Gesellschafter, Jänner 1922.

⁶³⁴ OÖLA, Firmenbuch RgC II, p. 98 f.; OÖLA, Sondergerichte Linz, Sch. 1163, RgC II 98, Firma Kamig, Gesellschaftsvertrag, 17.7.1920, samt Vollmachten; fol. 35 f., Verzeichnis der Aufsichtsräte sowie Beurkundung Wahl der Aufsichtsräte in Generalversammlung, 5.8.1920; ebenda, fol. 45, Liste der Gesellschafter, Jänner 1922.

⁶³⁵ Ebenda, Illner und Pollak an Handelsgericht Linz, 1.10.1920; ebenda, Firma Kamig, Gesellschaftsvertrag, 17.7.1920, samt Vollmachten; ebenda, fol. 45, Liste der Gesellschafter, Jänner 1922.

leitenden Herren der Anglobank in Wien zu überzeugen, die der Gründung einer Aktiengesellschaft mit einem Grundkapital von 100 Millionen Kronen und einem unbeschränkten Bankkredit zustimmten.⁶³⁶

Im Oktober 1922 beschloss der Aufsichtsrat der Kamig auf Grund einer schon zuvor erteilten Vollmacht der Generalversammlung, das Vermögen der GmbH auf die neue Aktiengesellschaft zu übertragen.⁶³⁷ Am 24. November 1922 erfolgte die Eintragung der Aktiengesellschaft in das Wiener Handelsregister. Der Sitz der Kamig war nun nicht mehr Linz, sondern Wien. Laut den Eintragungen im Handelsregister hatte der Vorstand des Unternehmens aus mindestens fünf und höchstens 15 Mitgliedern des Verwaltungsrates zu bestehen.⁶³⁸ Zu diesen zählten neben den schon bisher in Erscheinung getretenen Funktionsträgern wie Graf Botho Coreth, Rudolf Illner und Egon Basch auch – erstmals – Dr. Franz Dinghofer.⁶³⁹

Wie Dinghofer zur Kamig kam, lässt sich aus den Erinnerungen von Egon Basch erschließen. Basch und Illner war klar, dass „zur Heranziehung von Kapital an die Spitze des Unternehmens eine Persönlichkeit von unantastbarem Ruf gesetzt werden müsse“. Basch schlug für die Spitzenposition Graf Coreth vor. Der 51-Jährige war Präsident der Oberösterreichischen Landwirtschaftsgesellschaft und verfügte noch über eine Reihe anderer repräsentativer Funktionen in der Wirtschafts- und Bankenwelt.⁶⁴⁰ Coreth seinerseits sprach sich wiederum für Franz Dinghofer aus.⁶⁴¹ So kam es, dass beide Männer Funktionen in der Kamig Aktiengesellschaft übernahmen, Dinghofer als Präsident und Coreth als Vizepräsident.⁶⁴² Die Bekanntschaft der beiden ging womöglich schon bis in die Schulzeit zurück: Beide waren im Schuljahr 1889/90 am Gymnasium in Freistadt in der 6. Klasse eingeschrieben gewesen, Coreth freilich

⁶³⁶ Privatsammlung Verena Wagner, Lebenserinnerungen Egon Basch, 36–39; OÖLA, Sondergerichte Linz, Sch. 1163, RgC II 98, Firma Kamig, Auszug aus dem Handelsregister Wien; WStLA, Handelsregister, B 13/241.

⁶³⁷ OÖLA, Sondergerichte Linz, Sch. 1163, RgC II 98, Firma Kamig, Protokoll Aufsichtsratssitzung 2.10.1922.

⁶³⁸ Ebenda, Auszug aus dem Handelsregister Wien; WStLA, Handelsregister, B 13/241.

⁶³⁹ Ebenda.

⁶⁴⁰ Vgl. Slapnicka, Politische Führungsschicht 1918–1938, 58.

⁶⁴¹ Privatsammlung Verena Wagner, Lebenserinnerungen Egon Basch, 37. Allerdings vermittelt Basch in seinen Erinnerungen den Eindruck, Dinghofer sei bereits 1920 bei der Gründung der GmbH in führender Rolle dabei gewesen. In den offiziellen Quellen im Firmenbuch sowie in den Handelsgerichtsakten scheint der Name Dinghofer jedoch erst in Zusammenhang mit der Aktiengesellschaft auf (vgl. OÖLA, Sondergerichte Linz, Sch. 1163, RgC II 98, Firma Kamig, fol. 35, Verzeichnis der Aufsichtsräte; ebenda Gesellschaftsvertrag, 17.7.1920, samt Vollmachten; ebenda, fol. 45, Liste der Gesellschafter, Jänner 1922; ebenda, Auszug aus dem Handelsregister Wien; WStLA, Handelsregister, B 13/241).

⁶⁴² Privatsammlung Verena Wagner, Lebenserinnerungen Egon Basch, 38.

nur als „Privatist“, d.h., er hatte nur Prüfungen abgelegt, wohl aber nicht am Unterricht teilgenommen.⁶⁴³ Zum Generaldirektor des Unternehmens wurde Rudolf Illner bestellt.⁶⁴⁴

Während sich das Kaolin-Lager in Kriechbaum (Gem. Allerheiligen im Mühlkreis) befand, erfolgte die Aufbereitung des Gesteins mit Hilfe des Wassers der Aist in Josefstal (Gem. Schwertberg). Zum Transport auf der 3,7 Kilometer langen Strecke wurde eine Drahtseilbahn errichtet und zwischen Josefstal und dem Verladebahnhof in Schwertberg bestand eine 3,8 Kilometer lange Bahnstrecke für eine Schmalspurbahn.⁶⁴⁵

Die Produktion lief gut an und erreichte bereits in den ersten Jahren fünf Waggonladungen Kaolin pro Tag. Der Abbau erfolgte sowohl im Tagbau wie auch im Tiefbau. Schließlich konnten mehrere hundert Arbeiter im Betrieb beschäftigt werden.⁶⁴⁶

Die Firma Kamig erregte nun auch das Interesse der Entscheidungsträger im Land Oberösterreich. Im Mai 1924 wurde eine offizielle Besichtigung der Produktionsanlagen in Kriechbaum und Josefstal für Vertreter der Landesregierung, der Handelskammer sowie der Wiener und Linzer Presse organisiert. Bei einem Festdiner in der Fabrik trat Präsident Dinghofer als oberster Repräsentant der Kamig in Erscheinung.⁶⁴⁷

Vor der Währungsumstellung von Kronen auf Schilling, die mit 1. März 1925 erfolgte, musste die Sanierung des Unternehmens eingeleitet werden, an der die Anglobank führend beteiligt war.⁶⁴⁸ Im Oktober 1929 kritisierte das sozialdemokratische „Tagblatt“ das Verhalten von Franz Dinghofer in Zusammenhang mit dem „Zusammenbruch“ der Kamig: Dinghofer, der ein schwerreicher Mann sei, habe an der Präsidentschaft der Kamig ein schönes Stück Geld verdient, habe aber nicht die Aktionäre entschädigt und sich auch nicht in das Privatleben zurückgezogen.⁶⁴⁹

Durch mehrere Kapitalerhöhungen stieg bis zum Jahr 1935 das Grundkapital der Kamig auf 1,5 Millionen Schilling an.⁶⁵⁰ Im Jahr 1936 erwarb das Unternehmen das Gut Oberhammer, ein Forstgut im Bezirk Freistadt.⁶⁵¹

⁶⁴³ Vgl. Schularchiv Bundesgymnasium Freistadt, Hauptkatalog 1889/90, 6. Klasse, Einträge Franz Dinghofer und Graf Botho Coreth.

⁶⁴⁴ Privatsammlung Verena Wagner, Lebenserinnerungen Egon Basch, 38.

⁶⁴⁵ Kamig, 11; AStL, Interview des Verfassers mit Karl Rieder, 11.3.2020.

⁶⁴⁶ Privatsammlung Verena Wagner, Lebenserinnerungen Egon Basch, 38; Höpoltzeder, Kamig, 42; AStL, Interview des Verfassers mit Karl Rieder, 11.3.2020; Archiv Kamig, Mappe Öffentliche Verwaltung, Kamig an Verband der Stein- und keramischen Industrie, 13.8.1947.

⁶⁴⁷ Privatsammlung Verena Wagner, Lebenserinnerungen Egon Basch, 38 f.

⁶⁴⁸ Ebenda, 39; Archiv Kamig, Mappe Generalversammlungen bis 1948, Bericht des Verwaltungsrates über den Geschäftsbetrieb im abgelaufenen Geschäftsjahre 1925, Dezember 1926.

⁶⁴⁹ Tagblatt, 13.10.1929, 2.

⁶⁵⁰ WStLA, Handelsregister, B 13/241.

⁶⁵¹ Archiv Kamig, Mappe Restitutionen, Fritz Götzl an Bundesministerium für Vermögenssicherung und Wirtschaftsplanung, 6.11.1946.

Gegen Ende der Zwanzigerjahre dürfte Egon Basch, der in der Aufbauphase der Kamig eine wichtige Funktion innehatte, in den Hintergrund getreten sein. Seit 1929 lässt er sich nicht mehr als Mitglied des Verwaltungsrates nachweisen.⁶⁵² Dinghofer und Coreth bildeten hingegen bis 1938 die Spitze des Verwaltungsrates der Kamig. Eine bedeutende Rolle sollte schließlich Ing. Paul Götzl spielen, der im Jänner 1928 erstmals Mitglied dieses Gremiums wurde und 1932 – neben Coreth – zum Vizepräsidenten des Unternehmens aufstieg.⁶⁵³

Der 1884 in Wien geborene Paul Götzl war mosaischen Glaubens.⁶⁵⁴ Er entstammte einer Fabrikantenfamilie und hatte bereits als junger Mann die Gelegenheit genutzt, Studien- und Lehrjahre in den USA bei General Electric und in der Automobilindustrie zu verbringen.⁶⁵⁵ 1925 stieg er zum Generaldirektor und Vizepräsident der Steyr-Werke auf, ab 1928 stand er an der Spitze der fusionierten Austro-Daimler-Puch-Werke. 1930 wurde er von der Creditanstalt mit der Zusammenführung von Austro-Daimler-Puch mit den Steyr-Werken betraut, wodurch er auch Generaldirektor in Steyr wurde. Als Generaldirektor und Vizepräsident der Steyr-Daimler-Puch AG sowie als Vizepräsident der Industriellenvereinigung zählte er zu den mächtigsten Industriekapitänen des Landes.⁶⁵⁶ In Götzls Gefolge dürfte auch Richard Ryznar – erstmals 1933 – in den Verwaltungsrat der Kamig gekommen sein.⁶⁵⁷ Ryznar war Vertreter des Generaldirektors Götzl bei der Steyr-Daimler-Puch AG.⁶⁵⁸

Im Oktober 1932 scheint auch erstmals Carl Askonas als Mitglied des Verwaltungsrates der Kamig auf.⁶⁵⁹ Der in Wien wohnhafte Askonas verfügte nicht über die österreichische, sondern über die tschechoslowakische Staatsbürgerschaft. Der Gesellschafter der Stoff-, Strickhandschuh- und Strumpffabrikfirma Heller & Askonas war mosaischen Glaubens.⁶⁶⁰

⁶⁵² Archiv Kamig, Mappe Generalversammlungen bis 1948, Bericht des Verwaltungsrates für das Geschäftsjahr 1929; ebenda 1930, 1931 und 1932. Allerdings wurde er erst am 29.12.1933 als Vorstandsmitglied im Firmenbuch gelöscht (vgl. OÖLA, Sondergerichte Linz, Sch. 1163, RgC II 98, Firma Kamig, Auszug aus dem Handelsregister Wien; WStLA, Handelsregister, B 13/241).

⁶⁵³ OÖLA, Sondergerichte Linz, Sch. 1163, RgC II 98, Firma Kamig, Auszug aus dem Handelsregister Wien; WStLA, Handelsregister, B 13/241; Archiv Kamig, Mappe Generalversammlungen bis 1948, Bericht des Verwaltungsrates für das Geschäftsjahr 1932.

⁶⁵⁴ ÖStA, AdR, BM für Finanzen und Vermögenssicherung, J 278/15, Kamig, Auszug aus der Heimatrolle; WStLA, Meldeunterlagen Paul Götzl.

⁶⁵⁵ Pfundner, Austro Daimler und Steyr, 154.

⁶⁵⁶ Tweraser, US-Militärregierung 2, 377; Pfundner, Austro Daimler und Steyr, 154.

⁶⁵⁷ OÖLA, Sondergerichte Linz, Sch. 1163, RgC II 98, Firma Kamig, Auszug aus dem Handelsregister Wien; WStLA, Handelsregister, B 13/241; Archiv Kamig, Mappe Generalversammlungen bis 1948, Bericht des Verwaltungsrates für das Geschäftsjahr 1933.

⁶⁵⁸ Pfundner, Austro Daimler und Steyr, 169; Tweraser, US-Militärregierung 2, 378.

⁶⁵⁹ OÖLA, Sondergerichte Linz, Sch. 1163, RgC II 98, Firma Kamig, Auszug aus dem Handelsregister Wien; WStLA, Handelsregister, B 13/241.

⁶⁶⁰ WStLA, Meldeunterlagen Carl Askonas; AdR, BM für Finanzen und Vermögenssicherung, J 278/15, Kamig, Aktennotiz für die Sowjet-Abteilung des Alliierten Kommandos in Wien, 18.8.1947; Gaugusch, Wer einmal war, 34.

Vor 1938 bestand der Verwaltungsrat der Kamig nur aus fünf Personen: dem Präsidenten Dinghofer, den beiden Vizepräsidenten Coreth und Götzl sowie den weiteren Mitgliedern Carl Askonas und Richard Ryznar.⁶⁶¹ Die drei jüdischen Großaktionäre Paul Götzl, Rudolf Illner und Carl Askonas besaßen gemeinsam 87,6 Prozent des Aktienkapitals der Kamig, das waren 13.145 von 15.000 Aktien.⁶⁶²

Arisierung

Unmittelbar nach dem „Anschluss“ Österreichs an das nationalsozialistische Deutsche Reich erfolgten binnen kürzester Zeit innerhalb der Kamig gravierende Änderungen, die dahin hinausliefen, dass die jüdischen Großaktionäre Carl und Rudolf Askonas, Dr. Rudolf Illner und Paul Götzl ihre Aktien abgeben mussten und der Geschäftsführer Rudolf Illner seines Postens enthoben wurde.

Nach dem „Anschluss“ im März 1938 kam es zu Ausbrüchen „spontaner Volkswut“ gegen die jüdische Bevölkerung. Dies drückte sich auch in „wilden Arisierungen“ und der Etablierung von kommissarischen Verwaltern in jüdischen Unternehmen und Betrieben aus. All dies geschah mit mehr oder weniger Zustimmung von Repräsentanten der NSDAP.⁶⁶³ Viele jüdischen Eigentümer fühlten sich wegen dieser radikalisierten Stimmung genötigt, Eigentumsübertragungen in aller Eile abzuschließen.⁶⁶⁴

Angesichts dieser Ereignisse sahen offenbar die „arischen“ Mitglieder der Geschäftsleitung und des Verwaltungsrates der Kamig für sich einen großen Handlungsbedarf. Der bisherige Prokurist, Dr. Rudolf Ecker, der von der Partei als „kommissarischer Leiter“ eingesetzt worden war, enthob die nicht-arischen Mitglieder des Verwaltungsrates (Paul Götzl und Carl Askonas) sowie den jüdischen Generaldirektor (Rudolf Illner) ihrer Funktionen. Der Präsident des Verwaltungsrates, Franz Dinghofer, wiederum betraute einen dreiköpfigen Vorstand, bestehend aus den Direktoren Adolf Graf, Rudolf Ecker und Norbert Niedermayr mit der Leitung der Kamig und stellte sich für den Erwerb der Aktien aus jüdischem Besitz zur Verfügung.⁶⁶⁵

⁶⁶¹ Archiv Kamig, Mappe Generalversammlungen bis 1948, Bericht des Verwaltungsrates für das Geschäftsjahr 1934, 1935 und 1936.

⁶⁶² ÖStA, AdR, Vermögensverkehrsstelle, Kamig, Dinghofer an Kamig, 12.5.1939; Archiv Kamig, Mappe Öffentliche Verwaltung, Fritz Götzl an Bundesministerium für Vermögenssicherung und Wirtschaftsplanung, 5.5.1947, Beilage 2; Archiv Kamig, Mappe Diversa, Bundesministerium für Vermögenssicherung und Wirtschaftsplanung, Vorläufiges Abschlussblatt (Abschrift), 16.9.1947.

⁶⁶³ Weber, Grundzüge, 66 f.; Fuchs, Vermögensverkehrsstelle, 58.

⁶⁶⁴ Jabloner u.a., Schlussbericht, 106 f.

⁶⁶⁵ ÖStA, AdR, Vermögensverkehrsstelle, Kamig, Dinghofer an Vermögensverkehrsstelle, 12.5.1939; Archiv Kamig, Mappe Öffentliche Verwaltung, Bericht über Arisierung der Kamig AG, 29.5.1945;

Bereits am 24. März 1938 schloss die Kamig ein „Abfindungsübereinkommen“ mit dem bisherigen Generaldirektor Dr. Illner ab. Am 2., 8. und 14. April fixierten die Verantwortlichen der Kamig mit Illner, Rudolf Askonas und Götzl den Verkauf ihrer Aktien. Paul Götzl, der über einen Mehrheitsanteil verfügte, verkaufte 8.567 Aktien, Rudolf Illner (mit seinen Angehörigen) 2.455 Aktien sowie Rudolf und Carl Askonas 2.123 Aktien. Formal war es Dr. Franz Dinghofer, der die insgesamt 13.145 Aktien von den jüdischen Eigentümern erwarb.⁶⁶⁶

Der Kaufpreis, der mit den Großaktionären fixiert wurde, war durchaus unterschiedlich: Rudolf und Carl Askonas erhielten pro Aktie 124 Schilling (ohne Kupons 1937 bzw. Dividende 1938) zugesprochen, ebenso Paul Götzl für 7.567 seiner gesamt 8.567 Aktien. Die restlichen 1.000 Aktien überließ er für zehn Schilling pro Stück der Gefolgschaft der Kamig. Den höchsten Preis für sein Aktienpaket erzielte formal Rudolf Illner mit 140 Schilling pro Stück (ohne Kupons 1937 bzw. Dividende 1938).⁶⁶⁷ Der Nennwert der Aktien lag mit 100 Schilling pro Stück jedenfalls unter den Verkaufssummen, der reale Kurswert dürfte jedoch klar höher als die zugebilligten Stückpreise gewesen sein.⁶⁶⁸

Verhandlungen im Polizeigefangenenhaus

Die „Verhandlungen“ über den Verkauf des Aktienpakets von Paul Götzl fanden am 14. April 1938 im Polizeigefangenenhaus an der Roßauer Lände in Wien statt, da sich Götzl zu diesem Zeitpunkt in Gestapo-Haft befand. An dem Gespräch nahmen außer Götzl noch der kommissarische Leiter der Kamig, Dr. Rudolf Ecker, der Präsident der Kamig, Dr. Dinghofer, sowie Dr. Josef Langer als Rechtsvertreter von Paul Götzl teil. Ein „Aufsichtsbeamter der geheimen Staatspolizei“ war ständig anwesend. Über die Inhalte und Ergebnisse der Unterredung wurde eine von Ecker und Langer unterfertigte „Gedächtnisniederschrift“ angefertigt. Die Authentizität dieses siebenseitigen Dokuments wurde sowohl während als auch nach der NS-Zeit von keiner Seite bestritten, auch nicht hinsichtlich der darin festgelegten Punkte.⁶⁶⁹

ÖStA, AdR, BM für Finanzen und Vermögenssicherung, J 278/15, Kamig, Anlage zu II/Zl. 3 des U-Blattes, Auszug aus dem Akt der Vermögensverkehrsstelle, 16.9.1947.

⁶⁶⁶ ÖStA, AdR, Vermögensverkehrsstelle, Kamig, Dinghofer an Kamig, 12.5.1939; AdR, BM für Finanzen und Vermögenssicherung, J 278/15, Kamig, Anlage zu II/Zl. 3 des U-Blattes, Auszug aus dem Akt der Vermögensverkehrsstelle, 16.9.1947.

⁶⁶⁷ ÖStA, AdR, Vermögensverkehrsstelle, Kamig, Dinghofer an Kamig, 12.5.1939.

⁶⁶⁸ Vgl. ÖStA, AdR, Vermögensverkehrsstelle, Kamig, Kamig an Vermögensverkehrsstelle, 25.6.1938; Archiv Kamig, Mappe Öffentliche Verwaltung, Fritz Götzl an Bundesministerium für Vermögenssicherung und Wirtschaftsplanung, 5.5.1947, Beilage 2.

⁶⁶⁹ OÖLA, Rückstellungsakten, Rk 320/1948, Götzl, Illner und Askonas gegen Lothar Kuhlmann, Gedächtnisniederschrift, 14.4.1938; auch vorhanden in: ÖStA, AdR, Vermögensverkehrsstelle, Kamig; Archiv Kamig, Gedächtnisniederschrift 1938.

Laut diesem Gedächtnisprotokoll⁶⁷⁰ eröffnete Dinghofer das Gespräch mit einer Schilderung der „gegenwärtigen Situation“. Worin diese Schilderung bestand, wurde in der Niederschrift nicht vermerkt. Allerdings leitete Dinghofer daraus „die Notwendigkeit der vollkommenen Arisierung des Unternehmens“ ab. Er informierte Götzl über die bereits mit Illner und Askonas getroffenen Vereinbarungen. Weiters teilte er dem Aktionär mit, dass es laut Gestapo ausgeschlossen sei, dass die Aktiensperre aufgehoben werden könne, damit die Aktien von Verwandten Götzls oder anderen Personen erworben werden könnten. Dinghofer machte deutlich, dass der einzige Weg für Götzl sei, den von ihm vorgeschlagenen Preis zu akzeptieren, „als noch länger zuzuwarten und nachher einen schlechteren Käufer zu riskieren“.

Anschließend ergriff Dr. Langer das Wort und teilte Götzl mit, dass er die von Götzl erhaltene „Spezialvollmacht“ zurücklege, da „die Familie des Herrn Götzl [...] eine Gefährdung ihrer Interessen ersehe“. Langer müsse deshalb „die volle Entscheidung in dieser Transaktion Herrn Paul Götzl selbst überlassen“.

Dann erfolgte eine Unterbrechung der Unterredung, da gemeldet wurde, dass der Anwalt der Familie Götzl, Dr. Wilhelm Buchta, gekommen sei, und wünsche, der Besprechung beigezogen zu werden. Dr. Langer hatte versucht, Buchta vor dem Gefängnisbesuch zu benachrichtigen, was dessen Erscheinen erklärte. Laut Protokoll lehnte Paul Götzl die Beziehung Dr. Buchtas ab, da er zu Dinghofer und Langer das vollste Vertrauen habe und selbst die Entscheidungen treffen wollte, ohne die Meinung seiner Familie zu hören. Die Diskussion beendete der anwesende Polizeibeamte, indem er darauf hinwies, dass die Sprecherlaubnis nur für Dinghofer, Langer und Ecker gelte. In der Folge verließ Langer mehrmals während des Gesprächs den Raum, um sich mit dem draußen wartenden Buchta auszutauschen.

Die eigentlichen Verkaufsverhandlungen bestanden aus den folgenden Punkten: Paul Götzl wollte 1.000 Aktien der Gefolgschaft der Kamig zum Preis von zehn Schilling pro Stück zukommen lassen. Die Form der Übergabe sollte Dinghofer bestimmen. Schwieriger war es, eine Einigung über den Kaufpreis der restlichen 7.567 Aktien zu erzielen. Ursprünglich hatte man Götzl offenbar nur 100 Schilling pro Stück (exklusive Kupons 1937) geboten. Das Angebot wurde nun auf 124 Schilling hinaufgesetzt.

Dr. Langer referierte dagegen die Wünsche des Familienanwaltes Dr. Buchta: Dieser wollte, dass Götzl die Möglichkeit erhalte, seine Aktien gegen ausländische Aktien einzutauschen. Dies wurde von allen Anwesenden – laut Protokoll auch von Paul Götzl selbst – abgelehnt.

⁶⁷⁰ Zum Folgenden siehe OÖLA, Rückstellungsakten, Rk 320/1948, Götzl, Illner und Askonas gegen Lothar Kuhlmann, Gedächtnisniederschrift, 14.4.1938.

Weiters setzte sich Dr. Buchta dafür ein, dass es anderen Interessenten, die von den Familienmitgliedern genannt wurden, ermöglicht werde, Aktien aus dem Paket von Paul Götzl zu erwerben. Falls dabei ein höherer Verkaufspreis als die vereinbarten 124 Schilling erzielt würde, sollte dies Paul Götzl zugutekommen. Ohne dass dies extra in der Niederschrift vermerkt worden wäre, wurde offenbar auch dieser Vorschlag des Familienanwalts abgelehnt.

Im nächsten Abschnitt des Protokolls findet sich bereits die letztendlich getroffene Vereinbarung: Götzl verkaufte 1.000 Stück Aktien um zehn Schilling pro Stück „mit der Widmung, diese Aktien bezw. deren Erträge und die Rechte daraus nach Gutdünken des Herrn Präsidenten [Dinghofer] der Gefolgschaft der Kamig A.G. zukommen zu lassen“. Die restlichen 7.567 Stück verkaufte Götzl zum Preis von 124 Schilling pro Stück. Für alle Aktien wurde ausdrücklich Franz Dinghofer als Käufer vermerkt. Die erste Hälfte des Kaufpreises sollte bis 31. August 1938, die zweite Hälfte bis 31. Dezember 1938 entrichtet werden. Festgehalten wurde außerdem, dass Dinghofer die von ihm erworbenen Aktien „entweder ganz oder teilweise weiter veräußern“ werde. Götzl durfte zwar Käufer namhaft machen, Dinghofer war jedoch nicht verpflichtet, diese zu akzeptieren. Die potenziellen Käufer mussten nämlich – so vermerkt das Protokoll – „als genehm anerkannt worden sein“, und zwar von Dinghofer und den Führungskräften der Kamig Adolf Graf und Rudolf Ecker sowie von der gesetzlichen Vertretung der Gefolgschaft, aber auch von der Gestapo. Mehrerlöse aus dem Aktienverkauf sollten abzüglich Zinsen und Spesen Paul Götzl zugutekommen.

Dinghofer verpflichtete sich, die Freigabe für den derzeit gesperrten Aktienbestand bei den Behörden zu erreichen. Die Aktien sollten sofort an ihn übertragen werden. Dinghofer informierte Götzl auch darüber, dass die Gestapo bestimmt habe, dass der Kaufpreis für das Aktienpaket auf ein Sperrkonto eingezahlt werden müsse, auf das Götzl bis auf Weiteres nicht verfügen dürfe.

Die von Ecker und Langer unterfertigte Gedächtnisniederschrift vom 14. April 1938 über das Gespräch mit Götzl im Polizeigefangenenhaus findet sich auch im Nachlass von Franz Dinghofer. In den nachgelassenen Dinghofer-Papieren ist jedoch auch eine von Dinghofer selbst verfasste Gedächtnisnotiz über die Unterredung mit Götzl, aber auch über die unmittelbare Vor- und Nachgeschichte dieser Unterredung überliefert. Verfasst wurde das über achtseitige Dokument laut Dinghofers Vermerken am 15. und 16. April 1938 in Hinterstoder. Die Authentizität dieser Notizen wird durch die Tatsache gestützt, dass sich eine Kopie heute auch im Archiv der Firma Kamig befindet.⁶⁷¹

⁶⁷¹ Privataarchiv Prof. Dr. Peter Avancini, Notiz von Franz Dinghofer, „Gründonnerstag, 14. April 1938“, datiert mit 15.4. und 16.4.1938; vgl. auch die idente Kopie (inkl. handschriftliche Unterstreichungen und Ergänzungen) in Archiv Kamig, Mappe Gedächtnisniederschrift 1938.

Dinghofer berichtet darin, dass er für den 14. April 1938 gemeinsam mit Dr. Ecker und Dr. Langer zur Gestapo bestellt wurde. Der dortige Gesprächspartner war ein gewisser Assessor Schulz, der Folgendes mitteilte:

„Es ist ausgeschlossen, dass Herr Götzl den Aktienbesitz der Kamig behalten kann; es ist ausgeschlossen, dass die Aktien irgendjemand von der Familie oder auch sonst jemand von der Familie oder von Herrn Götzl Bezeichneter übernehmen kann, wenn auch nur der geringste Verdacht einer Tarnung gegeben ist.“

Schulz schlug vor, Dinghofer möge die Aktien erwerben, „dann wird die Gestapo bereit sein, die Sperre über dieselben aufzuheben“. Über die rechtsgültige Übergabe der Aktien im Sinne des Allgemeinen Bürgerlichen Gesetzbuches machte sich der Assessor keine Gedanken: Ihm sei alles recht, „nur müssen die Aktien aus dem Besitze Götzl's und seiner Angehörigen“. Auf den Einwand Eckers, die Familie Götzls leiste heftigen Widerstand gegen den Verkauf, entgegnete der Assessor nur: „Wenn der junge Fritz Götzl Schwierigkeiten mache, werde er sich ihn holen lassen.“ Schulz meinte, die drei Herren sollten gleich im Anschluss mit Götzl im Polizeigefangenenhaus verhandeln. Dinghofer soll dann noch – nach seinen eigenen Aufzeichnungen – Folgendes gesagt haben:

„Auf meine Aeußerung, dass ich jeden Zwang ablehne und das Weitmöglichste für die Aktien, die ich ja selbst gar nicht in so grosser Anzahl kaufen kann und wozu ich mich lediglich im Interesse der Kamig hergebe, damit die Aktien nicht in Spekulations- oder sonst unwürdige Hände kommen, geben werde, antwortete der Herr Assessor, er sei überzeugt, dass ich das Beste tun werde.“

Dinghofers Schilderung über das anschließende Gespräch mit Götzl im Polizeigefangenenhaus stimmt im Großen und Ganzen mit den Ausführungen, die von Dr. Ecker und Dr. Langer protokolliert wurden, überein. Allerdings legte Dinghofer in seinen eigenen Notizen Wert darauf zu betonen, dass er Götzl vorgeschlagen habe, eine andere Person zu nominieren, die mit ihm über den Aktienverkauf verhandeln solle:

„Ich stellte Götzl den Antrag, er möge vielleicht einen anderen Herrn, z.B. Herrn Ryznar [Mitglied des Verwaltungsrates der Kamig] oder sonst jemand seines Vertrauens bestimmen und mit diesem über den Aktienverkauf verhandeln, denn er wisse wohl, dass ich selbst das ganze Paket aus Mangel an eigenen Mitteln nicht erwerben könne.“

Götzl habe – so Dinghofer – erwidert, „er kenne niemanden, zu dem er mehr Vertrauen hätte als zu mir“. Götzl beruhigte Dinghofer auch hinsichtlich dessen Befürchtungen, „dass man vielleicht später die Sache so darstellen werde, er habe unter Zwang und Druck gehandelt“. Dinghofers Notizen enthalten auch noch Informationen über Kontaktaufnahmen von Paul Götzls Sohn, Fritz Götzl, und des Familienanwaltes Dr. Buchta. Deren Wünschen stand

Dinghofer jedoch ablehnend gegenüber, da beide kein von Paul Götzl übertragenes Verhandlungsmandat gehabt hätten.⁶⁷²

Zum Verkauf der Götzl-Aktien am 14. April 1938 ist auch ein von Dr. Ecker und Dr. Langer unterzeichneter „Nachtrag“ vom 22. April 1938 überliefert, wonach Paul Götzl die Erklärung abgegeben habe,

„dass er dieses mündlich getroffene Abkommen, betreffend Veräußerung seines Aktienpaketes, wegen etwaiger Verletzung über die Hälfte des wahren Wertes sowie aus dem Titel von Zwang, Furcht und ähnlichen Titeln nicht anfechten werde und ausdrücklich auf so eine Anfechtung verzichte“.⁶⁷³

Paul Götzl bestätigte gegenüber Franz Dinghofer mit seiner eigenhändigen Unterschrift diesen Nachtrag.⁶⁷⁴

Die weitere Entwicklung

Bereits am 27. April 1938 wurde eine ordentliche Generalversammlung der Kamig abgehalten.⁶⁷⁵ Der zuvor fünfköpfige Verwaltungsrat hatte sich wegen des Ausscheidens der jüdischen Mitglieder Paul Götzl und Carl Askonas sowie des Grafen Botho Coreth, der als ehemaliger Funktionär der oberösterreichischen Heimwehr ebenfalls nicht mehr als politisch kompatibel galt,⁶⁷⁶ auf nur mehr zwei Personen reduziert: auf den Präsidenten Franz Dinghofer und den Verwaltungsrat Richard Ryznar. Ryznar war einer jener Industriemanager, die – ohne Kontinuitätsbrüche – vor, während und nach der NS-Zeit Karriere machten. Nach dem „Anschluss“ hatte er seine Stellung im Verwaltungsrat und im Vorstand der Steyr-Daimler-Puch AG behalten.⁶⁷⁷

Jedenfalls waren es nun Dinghofer und Ryznar allein, die gemeinsam mit den Kamig-Führungskräften Graf und Ecker die Generalversammlung gestalteten. Auch die Aktienverteilung war bei dieser Sitzung relativ einseitig: 12.145 Aktien hielt Franz Dinghofer, 1.000 Richard Ryznar für die Gefolgschaft der Kamig und fünf der Oberbuchhalter der Kamig, Marcel de Marteau. Somit waren 13.150 von 15.000 Aktien bei der Generalversammlung angemeldet und

⁶⁷² Privatarchiv Prof. Dr. Peter Avancini, Notiz von Franz Dinghofer, „Gründonnerstag, 14. April 1938“, datiert mit 15.4. und 16.4.1938.

⁶⁷³ OÖLA, Rückstellungsakten, Rk 320/48, Götzl, Illner und Askonas gegen Lothar Kuhlmann, Nachtrag zur Gedächtnisniederschrift, 22.4.1918, beglaubigte Abschrift; auch vorhanden in Archiv Kamig, Mappe Gedächtnisniederschrift 1938.

⁶⁷⁴ ÖStA, AdR, BM für Finanzen und Vermögenssicherung, J 278/15, Kamig, Götzl an Dinghofer, 22.4.1938.

⁶⁷⁵ Siehe zum Folgenden Archiv Kamig, Mappe GV April 1938, Protokoll o. GV, 27.4.1938, sowie beiliegende Unterlagen.

⁶⁷⁶ Zu Coreth siehe Slapnicka, Politische Führungsschicht 1918–1938, 58.

⁶⁷⁷ Pfundner, Austro Daimler und Steyr, 169; Tweraser, US-Militärregierung 2, 378.

vertreten. Präsident Dinghofer berichtete, dass der alte Verwaltungsrat beschlossen habe, zurückzutreten. Als neuer Verwaltungsrat wurden Dinghofer und Ryznar bestellt. Dinghofer stellte den Antrag, „den Verwaltungsrat zu ermächtigen, die sich im Zuge der Neuorientierung als notwendig oder zweckmässig erweisenden Umstellungen des Aktienbesitzes weitestgehend zu fördern und zu unterstützen“. Der Antrag wurde einstimmig angenommen.⁶⁷⁸

Die Verantwortlichen der Kamig bemühten sich, den Aktienverkauf bzw. -kauf in betont legalen Formen, aber auch rasch abzuwickeln. Ein Grund dafür war sicherlich, dass es unmittelbar nach dem „Anschluss“ noch keine Bestimmungen gab, wonach Jüdinnen und Juden gezwungen waren, Posten und Vermögen an „Arier“ abzugeben.⁶⁷⁹ Die Verordnung über die Anmeldung des Vermögens von Juden erfolgte am 26. April 1938.⁶⁸⁰ Aber erst nach dem Novemberpogrom 1938 wurde mit der Verordnung zur Ausschaltung der Juden aus dem deutschen Wirtschaftsleben die gesetzliche Grundlage geschaffen, jüdische Betriebsinhaber zum Verkauf zu nötigen.⁶⁸¹

Für die Durchführung und Überwachung von Arisierungen wurde mit der Vermögensverkehrsstelle im Mai 1938 eine eigene Behörde eingerichtet, der alle auch davor getätigten Eigentumsübertragungen nachträglich zur Genehmigung vorgelegt werden mussten.⁶⁸² Die Vermögensverkehrsstelle war beim Ministerium für Handel und Verkehr bzw. Ministerium für Wirtschaft und Arbeit angesiedelt und damit dem zuständigen Minister Dr. Hans Fischböck unterstellt.⁶⁸³

Bei Arisierungen galt der Grundsatz, dass der Einzelne nicht verdienen dürfe, sondern die Gewinne aus der Arisierung der Allgemeinheit zufließen müssen.⁶⁸⁴ Die Vermögensverkehrsstelle traf die endgültige Entscheidung über die Ariseure, besonders auch hinsichtlich ihrer „politischen Eignung“.⁶⁸⁵

Spätestens mit der Installierung der Vermögensverkehrsstelle war klar, dass die Arisierung der Kamig-Aktien nur in Absprache und Übereinstimmung mit dieser Behörde realisiert wer-

⁶⁷⁸ Archiv Kamig, Mappe GV April 1938, Protokoll o. GV, 27.4.1938, sowie beiliegende Unterlagen.

⁶⁷⁹ Weber, Grundzüge, 93. Vgl. auch ÖStA, AdR, BM für Finanzen und Vermögenssicherung, J 278/15, Kamig, Anlage zu II/Zl. 3 des U-Blattes, Auszug aus dem Akt der Vermögensverkehrsstelle, 16.9.1947: „Hinsichtlich der Preisfestsetzung musste sehr sorgsam verhandelt werden, da es zum Zeitpunkt des Abschlusses der Kaufverträge noch keinen gesetzlichen Zwang für Juden gab, ihre Aktien zu verkaufen und musste alles vermieden werden, was die Anfechtung eines Vertrages wegen Zwang ermöglichen konnte.“

⁶⁸⁰ Weber, Grundzüge, 68 f.; Fuchs, Vermögensverkehrsstelle, 60 f.

⁶⁸¹ Unfried, Liquidierung und Arisierung, 206; Jabloner u.a., Schlussbericht, 106 f.

⁶⁸² Weber, Grundzüge, 93; Jabloner u.a., Schlussbericht, 106 f.

⁶⁸³ Fuchs, Vermögensverkehrsstelle, 30 f.

⁶⁸⁴ Weber, Grundzüge, 91.

⁶⁸⁵ Fuchs, Vermögensverkehrsstelle, 145 f.

den konnte. Konsequenterweise musste Dinghofer ab Ende Mai 1938 laufend an die Vermögensverkehrsstelle über den Stand der Arisierung berichten und deren Weisungen einholen.⁶⁸⁶ Parallel dazu lief die politische Überprüfung Dinghofers durch die Parteistellen, die letztendlich offenkundig zufriedenstellend ausfiel.⁶⁸⁷ Nachdem auch Wirtschaftsminister Dr. Hans Fischböck eine positive Stellungnahme über Dinghofer abgegeben hatte, erteilte die Vermögensverkehrsstelle schließlich die Zustimmung zu den im April 1938 festgelegten Aktientransaktionen und war auch mit der Person Franz Dinghofers als Käufer der Aktien einverstanden.⁶⁸⁸

Früh wurde Dinghofer von der Vermögensverkehrsstelle angewiesen, den Kaufschilling für die Aktienpakete von Götzl und Illner nur auf ein Sperrkonto zu überweisen. Auch sollte er bei Weiterverkäufen der Aktien die Genehmigung der Vermögensverkehrsstelle sowie der Gestapo einholen.⁶⁸⁹

Die Vermögensverkehrsstelle setzte schließlich den Kaufpreis der Aktien von Rudolf Illner und Paul Götzl hinunter. Begründet wurde diese Vorgehensweise damit, dass die frühere Geschäftsleitung der Kamig durch fehlerhaftes Verhalten Kredithaftungen für die Ungarische Kaolinwerke AG in Sárospatak eingegangen sei, wodurch der Kamig eine schwere Schädigung erwachsen könnte. Der an Illner zu zahlende Kaufpreis wurde von 140 auf 110 Schilling pro Aktie herabgesetzt, jener an Götzl von 124 auf ebenfalls 110 Schilling. Dinghofer wurde angewiesen, die dadurch erzielten Geldsummen der Kamig zur Verfügung zu stellen.⁶⁹⁰ Der Gesamtbetrag musste von Dinghofer auf ein von Rechtsanwalt Dr. Langer verwaltetes Treuhanddepot eingezahlt werden.⁶⁹¹

Franz Dinghofer und das Management der Kamig waren jedoch nicht nur mit dem Ankauf der Aktien der jüdischen Großaktionäre beschäftigt, sondern kümmerten sich auch um die Arisierung von kleineren Aktienbeständen aus jüdischer Hand. Im Dezember 1938 teilten

⁶⁸⁶ ÖStA, AdR, Vermögensverkehrsstelle, Kamig, Vermögensverkehrsstelle an Kamig und Dinghofer, undatiert (ca. Ende Mai 1938).

⁶⁸⁷ Siehe dazu im Kapitel „Nationalsozialismus“ den Abschnitt über „Politische Beurteilungen während der NS-Zeit“.

⁶⁸⁸ ÖStA, AdR, Vermögensverkehrsstelle, Kamig, Vermögensverkehrsstelle an Kamig und Dinghofer, undatiert; ebenda, Aktenvermerk Vermögensverkehrsstelle, 11.7.1938; ebenda, Vermögensverkehrsstelle an Dinghofer, Endgültige Genehmigung zum Ankauf der in jüdischem Besitz befindlichen Aktien der Kamig, 28.7.1938.

⁶⁸⁹ ÖStA, AdR, Vermögensverkehrsstelle, Kamig, Vermögensverkehrsstelle an Kamig und Dinghofer, undatiert (ca. Ende Mai 1938); AdR, BM für Finanzen und Vermögenssicherung, J 278/15, Kamig, Vermögensverkehrsstelle an Dinghofer, 28.7.1938.

⁶⁹⁰ ÖStA, AdR, Vermögensverkehrsstelle, Kamig, Richtigstellung des Kaufpreises der von Herrn Präsidenten Dr. Dinghofer von Dr. Rudolf Illner und Paul Götzl gekauften Kamig-Aktien, undatiert.

⁶⁹¹ ÖStA, AdR, Vermögensverkehrsstelle, Kamig, Vermögensverkehrsstelle an Langer, 19.8.1938; Archiv Kamig, Mappe Diversa, Fritz Götzl an Bundesministerium für Vermögenssicherung und Wirtschaftsplanung, 10.4.1946.

Dinghofer und Dr. Ecker der Vermögensverkehrsstelle dazu mit: „Von den 15.000 Stk. Inhaberaktien à Nominale S 100,- sind uns die Besitzer von einigen hundert Stück nicht bekannt. Wir haben natürlich Interesse, diese Aktien, soweit sie sich noch in jüdischem Besitz befinden sollten, auf arische Besitzer überzuleiten.“⁶⁹² So hatte sich die Linzer Jüdin Ella Pollak an Dinghofer gewandt und ihm den Kauf von 19 Kamig-Aktien angeboten. Frau Pollak befand sich in einer finanziellen Notlage und bat deshalb, dass ihr der Kaufpreis in bar ausbezahlt werde. Dinghofer und Ecker wandten sich in dieser Frage an die Vermögensverkehrsstelle, die den Ankauf und die Barauszahlung der Aktien genehmigte. Freilich erhielt Ella Pollak mit 75 Reichsmark pro Aktie weniger als die jüdischen Großaktionäre, immerhin jedoch mehr als den Nominalwert, der 66,66 Reichsmark betrug.⁶⁹³

Im August 1938 meldete Dinghofer der Vermögensverkehrsstelle den Verkauf von 7.644 der insgesamt 13.145 Aktien aus jüdischem Besitz an diverse Personen und ersuchte um Zustimmung zu diesen Transaktionen. 1.200 Aktien hatte Dinghofer selbst erworben. Zudem hatte er eine Reihe von Käufern aus seinem Bekanntenkreis in Oberösterreich gefunden, und zwar den Seniorchef der renommierten Linzer Kaffeemittelfirma „Heinrich Franck Söhne“, Walter Franck, den Linzer Gutsbesitzer Eberhard von Sick, den Direktor der Linzer Kaffeemittelfirma „Titze“, Lothar Kuhlmann, Oberst a.D. Fritz Becker, der ebenfalls Beziehungen zu Linz hatte, sowie Josef Poschacher, der im Gabrielenhof in Linz wohnte. Einen kleinen, aus 44 Stück bestehenden Aktienbestand erwarb Norbert Niedermayr, der technische Direktor der Kamig in Josefstal.⁶⁹⁴

Der geborene Deutsche Eberhard von Sick hatte eine Franck-Tochter geheiratet und bewirtschaftete das Gut Hummelhof in Linz.⁶⁹⁵ Dinghofer war mit Sick persönlich gut bekannt, hatte er doch das Bindermichlgut in Linz, das ihm und seiner Frau gehörte, an Sick verpachtet.⁶⁹⁶ Auch Lothar Kuhlmann war mit einer Franck-Tochter verheiratet.⁶⁹⁷ Walter Franck war im Jahr 1939 das älteste männliche Familienmitglied der Kaffeemitteldynastie Franck, die in Deutschland und Österreich beheimatet war.⁶⁹⁸ Franck hatte bereits mit dem seinerzeitigen Linzer Bürgermeister Dinghofer hinsichtlich der Gründung einer Wohnbaugenossenschaft zusammengearbeitet.⁶⁹⁹ Auch Fritz Becker zählte zum erweiterten Familienkreis der

⁶⁹² OÖLA, IKG, Sch. 3 u. 4, Mikrofilm 5282, Vermögensanmeldung Pollak, Kamig an Vermögensverkehrsstelle, 8.12.1938.

⁶⁹³ Ebenda; ebenda, Vermögensverkehrsstelle an Kamig, 14.12.1938.

⁶⁹⁴ ÖStA, AdR, Vermögensverkehrsstelle, Kamig, Dinghofer an Vermögensverkehrsstelle, 12.8.1938.

⁶⁹⁵ Sandgruber, Franck in Linz, 53 f.

⁶⁹⁶ Salzburger Volksblatt, 21.10.1929, 7; Privatarchiv Prof. Dr. Peter Avancini, Denkschrift Dinghofer (1951), 4.

⁶⁹⁷ Pfister/Huber, Familie Franck, 156 f.

⁶⁹⁸ Zu Walter Franck siehe ausführlich Schuster, Aecht Franck, bes. 159–161.

⁶⁹⁹ Vgl. Ruckensteiner, Familiengeschichte, 84, sowie Mayrhofer, Dinghofer Diss., 81 f.

Francks.⁷⁰⁰ Nicht zur Familie Franck gehörte Josef Poschacher, der Erbe der Poschacher Brauerei, die in der Österreichischen Brau AG mit Sitz in Linz aufgegangen war.⁷⁰¹ Die Bekanntschaft zwischen Dinghofer und Poschacher musste bereits seit langem bestehen, war doch Dinghofer im Jahr 1905 als Verwaltungsrat der Poschacher Brauerei vorgesehen gewesen.⁷⁰² Dinghofer, Franck und Poschacher waren in etwa gleich alt.⁷⁰³

Dinghofer hatte – was die neuen Aktionäre betraf – eine aus seiner Sicht gute Wahl getroffen. Nicht nur, dass sie zum Teil langjährige Bekannte von ihm waren, waren sie wohl auch – aus nationalsozialistischer Sicht – politisch zuverlässig. Die Familie Franck galt als stark deutschnational orientiert mit klaren Sympathien für den Nationalsozialismus.⁷⁰⁴

Eine Käuferin, und zwar Amalie Mayer aus Wien, war Dinghofer nach dessen eigener Aussage zuvor nicht bekannt gewesen. Frau Mayer war über die Mercurbank an ihn vermittelt worden. Für den Abschluss des Geschäftes verlangte er von ihr einen „Ariernachweis“, ein Unbedenklichkeitszeugnis der NSDAP sowie den Nachweis, dass die Kaufsumme aus ihrem eigenen Vermögen stammt.⁷⁰⁵

In dem Schreiben an die Vermögensverkehrsstelle machte sich Dinghofer im August 1938 Sorgen, an wen er die 5.501 restlichen Aktien der jüdischen Großaktionäre verkaufen könne. Sein Bekanntenkreis sei „erschöpft“, er selbst verfüge nicht über die Mittel, die Aktien zu erwerben. Offenbar erwiesen sich mögliche weitere österreichische Interessenten aus Sorge um die zukünftige Konkurrenzfähigkeit der Kamig als zu vorsichtig und zu unentschlossen. Deshalb dachte Dinghofer sogar an die Weiterveräußerung der Aktien an eine Großbank.⁷⁰⁶ Im Dezember 1938 konnte er allerdings der NS-Behörde berichten, dass es ihm gelungen war, alle Aktien an einzelne Personen zu veräußern: Neben kleineren Verkäufen an schon bisher beteiligte Aktionäre wie Eberhard von Sick, Richard Ryznar, Adolf Graf und Dinghofer selbst trat nun erstmals der 34-jährige Dr. Adolf Sandner in Erscheinung, der sich mit 4.950 Stück ein sehr großes Aktienpaket gesichert hatte.⁷⁰⁷

⁷⁰⁰ Vgl. etwa AStL, Sammlung Franck, Walter Franck an Oberst Fritz Becker, 24.5.1944.

⁷⁰¹ Lackner/Stadler, Fabriken, 273 und 575 f.

⁷⁰² Mayrhofer, Dinghofer, 15.

⁷⁰³ Franz Dinghofer, geb. 6.4.1873 (Puffer/Bart, Gemeindevertretung, 119); Walter Franck, geb. 13.1.1874 (AStL, Personenkataster, Walter Franck, Amtsblatt, 5. Juni 1957); Josef Poschacher, geb. 23.9.1876 (WStLA, Meldeunterlagen Josef Poschacher).

⁷⁰⁴ Vgl. bes. Schuster, Aecht Franck, 74–79.

⁷⁰⁵ ÖStA, AdR, Vermögensverkehrsstelle, Kamig, Dinghofer an Vermögensverkehrsstelle, 12.8.1938.

⁷⁰⁶ Ebenda; Archiv Kamig, Mappe Öffentliche Verwaltung, Bericht über Arisierung der Kamig AG, 29.5.1945.

⁷⁰⁷ ÖStA, AdR, Vermögensverkehrsstelle, Kamig, Dinghofer an Vermögensverkehrsstelle, 22.12.1938.

Adolf Sandner war 1904 auf Schloss Rosenau in Niederösterreich als Sohn des dortigen Verwalters geboren worden.⁷⁰⁸ Bereits während seines Studiums an der Hochschule für Bodenkultur in Wien war er bei der NS-Hochschuljugend aktiv gewesen.⁷⁰⁹ Bereits 1932 wurde er Mitglied der NSDAP.⁷¹⁰ Nach dem nationalsozialistischen Putschversuch im Juli 1934 floh er in das Deutsche Reich, wo er sich – er verfügte über einen technischen Studienabschluss – als Industriefachmann zu profilieren trachtete.⁷¹¹ Sandner hatte offenbar beste Kontakte zu prominenten Nationalsozialisten und zählte zu jenen Parteigenossen, die nach dem „Anschluss“ im Sinne einer „Wiedergutmachung“ besonders gefördert wurden.⁷¹² So hatte er die Erlaubnis erhalten, die Guggenbacher Papier- und Zellstofffabriken, die über mehrere hundert Arbeiter verfügten, zu arisieren.⁷¹³ Jedenfalls war Sandner durch die Arisierung der „Guggenbacher“ der Vermögensverkehrsstelle bestens bekannt, was sicherlich seinen Großeinstieg bei der Kamig erleichterte.⁷¹⁴ Er verfügte auch über den Vorzug, dass eine Gruppe reichsdeutscher Finanziere hinter ihm stand, die die Garantie bot, dass er das nötige Kapital für das Aktienpaket aufbringen konnte.⁷¹⁵

Bei der außerordentlichen Generalversammlung der Kamig am 16. Dezember 1938 wurde der neue Großaktionär gleich zum stellvertretenden Vorsitzenden des Aufsichtsrats bestellt. Vorsitzender des Aufsichtsrats blieb Präsident Dinghofer, zu weiteren Mitgliedern wurden Richard Ryznar, Josef Poschacher und Ing. Ernst Ertl gewählt. Das Management bestand nun aus dem kaufmännischen Direktor Adolf Graf und seinem Stellvertreter Dr. Rudolf Ecker (beide in Wien) sowie aus dem technischen Direktor Norbert Niedermayr in Josefstal. Zu diesem Zeitpunkt befanden sich nur mehr 489 von gesamt 15.000 Aktien in der Hand unbekannter Aktionäre.⁷¹⁶ Der Linzer Architekt und Präsident der Handwerkerkammer Oberdonau Ing.

⁷⁰⁸ WStLA, Meldeunterlagen Dr. Adolf Sandner; Archiv Kamig, Mappe Vorstand und Dr. Sandner, Aufsichtsräte 1939.

⁷⁰⁹ Archiv Kamig, Mappe Vorstand und Dr. Sandner, Sonderbericht Informationsbüro Vindobona, 22.2.1940.

⁷¹⁰ BArch Berlin, R 9361-VIII, NSDAP-Zentralkartei, Adolf Sandner.

⁷¹¹ Archiv Kamig, Mappe Vorstand und Dr. Sandner, Sonderbericht Informationsbüro Vindobona, 22.2.1940; ebenda, Neues Österreich, 19.10.1946; Melichar, Papier- und Holzsektor, 416.

⁷¹² Archiv Kamig, Mappe Öffentliche Verwaltung, Bericht über Arisierung der Kamig AG, 29.5.1945; ebenda, Mappe Vorstand und Dr. Sandner, Artikel Kurier, Großarisierer brauchte sechs Autos; Melichar, Papier- und Holzsektor, 422; Unfried, Liquidierung und Arisierung, 174–176.

⁷¹³ Archiv Kamig, Mappe Vorstand und Dr. Sandner, Neues Österreich, 19.10.1946.

⁷¹⁴ Melichar, Papier- und Holzsektor, 308 und 390; ÖStA, AdR, Vermögensverkehrsstelle, Kamig, Dinghofer an Vermögensverkehrsstelle, 22.12.1938.

⁷¹⁵ ÖStA, AdR, Vermögensverkehrsstelle, Kamig, Aktenvermerk, 17.2.1939.

⁷¹⁶ Archiv Kamig, Mappe Generalversammlungen bis 1948, Protokoll ao. GV, 16.12.1938; Neues Wiener Tagblatt, 18.12.1938, 24.

Ernst Ertl, der selbst keine Aktien der Kamig hielt, war vom Staatskommissar in der Privatwirtschaft bestellt worden und diente offenbar als Vertrauensmann des oberösterreichischen Gauleiters August Eigruber.⁷¹⁷ Ertl war bereits am 1. April 1933 der NSDAP beigetreten.⁷¹⁸

Im Mai 1939 sandte Franz Dinghofer seinen Abschlussbericht über die erfolgte Arisierung an die Kamig sowie an die Vermögensverkehrsstelle. Dinghofer wies bei diesen Transaktionen einen Überschuss von 17.526,37 Reichsmark aus.⁷¹⁹

Das Personalkarussell in der Kamig war jedoch noch nicht beendet: Im Februar 1939 amtierte bereits Dr. Adolf Sandner als alleiniger Vorstand und war damit den bisher leitenden Direktoren Graf, Ecker und Niedermayr übergeordnet.⁷²⁰ Sandner war zu diesem Zeitpunkt bestrebt, noch mehr Kamig-Aktien zu erwerben, wofür er auch die Österreichische Creditanstalt und die Länderbank, aber auch die Führungskräfte der Kamig um Mithilfe bat.⁷²¹

Die Hauptversammlung der Aktionäre der Kamig im Juni 1939 ergab eine Umgruppierung des Aufsichtsrates. Die reichsdeutschen Geldgeber des neuen Vorstands Adolf Sandner, nämlich Carl Müller – Vorstandsmitglied der Rütgerswerke AG Berlin – und Wilhelm Krefter – ein Geschäftsmann aus Hamburg –, sorgten für eine Neubesetzung des Aufsichtsrates, wobei Müller gleich den Vorsitz übernahm. Dinghofer amtierte ab diesem Zeitpunkt nur mehr als „Vorsitzer-Stellvertreter“.⁷²² Es war offensichtlich, dass eine reichsdeutsche Gruppe mit Hilfe des „Strohmanns“ Adolf Sandner die Aktienmehrheit in der Kamig übernommen hatte.⁷²³ In der Hauptversammlung am 26. Juni 1940 repräsentierten die 10.111 Aktien von Carl Müller, Wilhelm Krefter und Johann Haltermann jedenfalls eine klare Mehrheit.⁷²⁴

Zu diesem Zeitpunkt war Dr. Adolf Sandner bereits wieder aus der Kamig – offenbar nicht ganz freiwillig – ausgeschieden. Sandner, der ja auch Chef der Guggenbacher Papierfabrik

⁷¹⁷ Archiv Kamig, Mappe Generalversammlungen bis 1948, Protokoll ao. GV, 16.12.1938; ebenda, Mappe Öffentliche Verwaltung, Bericht über Kamig in NS-Zeit, 24.5.1945; Slapnicka, Oberdonau, 357 und 454.

⁷¹⁸ BArch Berlin, Mitgliederkartei NSDAP, Ernst Ertl.

⁷¹⁹ ÖStA, AdR, Vermögensverkehrsstelle, Kamig, Dinghofer an Kamig, 12.5.1939; ebenda, Dinghofer an Vermögensverkehrsstelle, 12.5.1939.

⁷²⁰ Archiv Kamig, Mappe Vorstand und Dr. Sandner, Dinghofer an Sandner, 28.2.1939.

⁷²¹ Ebenda, Sandner an Oesterr. Creditanstalt, 1.3.1939; ebenda, Länderbank Wien an Vorstand Kamig, 6.3.1939; ebenda, Graf an Niedermayr, 28.6.1939; ebenda, Bericht Kamig an Sandner, 9.8.1939.

⁷²² Archiv Kamig, Mappe Generalversammlungen bis 1948, Niederschrift Hauptversammlung, 27.6.1939; ebenda, Geschäftsbericht für das Jahr 1939, 1940 sowie für 1941; ÖStA, AdR, BM für Finanzen und Vermögenssicherung, J 278/15, Kamig, Geschäftsbericht für 1939; vgl. auch Privatarchiv Prof. Dr. Peter Avancini, Dinghofer an Kamig, undatiert [Aug./Sept. 1945]. Zur Verbindung von Müller und Krefter mit Sandner siehe ÖStA, AdR, Vermögensverkehrsstelle, Kamig, Aktenvermerk, 17.2.1939; Melichar, Papier- und Holzsektor, 418 u. Anm. 314.

⁷²³ OÖLA, Rückstellungsakten, Rk 693/48, Illner, Askonas und Götzl gegen Dinghofer, Schreiben Dinghofer, 15.1.1949; ÖStA, AdR, BM für Finanzen und Vermögenssicherung, J 278/15, Kamig, Fragebogen, 5.8.1946.

⁷²⁴ Archiv Kamig, Mappe Generalversammlungen bis 1948, Niederschrift und Anwesenheitsliste Hauptversammlung, 26.6.1940.

war, hatte offenbar nur einen sehr begrenzten Teil seiner Arbeitszeit für die Kamig aufgewendet. Außertourliche Zahlungswünsche Sandners an die Kamig führten letztendlich im Februar 1940 zu seinem Ausscheiden aus dem Unternehmen.⁷²⁵ In der Folge amtierten mit Adolf Graf in Wien und Norbert Niedermayr in Josefstal wieder dieselben obersten Führungskräfte wie in der Zeit vor Adolf Sandner.⁷²⁶ Auf Ausgleich war man offenbar auch mit der Zusammensetzung des neuen Aufsichtsrates bedacht: Carl Müller und Wilhelm Krefter repräsentierten die reichsdeutsche Gruppe, die über zirka 67 Prozent der Aktien verfügte, Franz Dinghofer und Walter Franck die österreichische, die 33 Prozent der Aktien hielt.⁷²⁷

Damit war jedoch das Aktien-Revirement während der NS-Zeit nicht beendet: Adolf Sandner verkaufte nach seinem Ausscheiden seinen Aktienbesitz, wobei auch Franz Dinghofer als Käufer tätig wurde.⁷²⁸ Größere Eigentumsveränderungen ergaben sich – offensichtlich durch den für das NS-Regime ungünstigen Kriegsverlauf bedingt – im Jahr 1944 dadurch, dass deutsche Aktionäre einen Teil ihrer Aktien an der Wiener Börse verkauften, wodurch mehrere Österreicher – auch Dinghofer – in den Besitz von Kamig-Aktien gelangten.⁷²⁹ Bei dieser Gelegenheit trat auch die Länderbank als Käuferin von Kamig-Aktien in Erscheinung.⁷³⁰

Der Abschluss der Neuaufstellung der Kamig spiegelte sich auch in einer Namensänderung wider: Aus der „Kamig‘ Österreichische Kaolin- und Montanindustrie Aktiengesellschaft“ wurde im Juli 1941 die „Kamig‘ Kaolin- und Montanindustrie Aktiengesellschaft“.⁷³¹

Die wirtschaftliche Entwicklung des Unternehmens während der NS-Zeit verlief vorerst sehr gut: War vor 1938 eine Dividendenausschüttung von zehn Prozent durchaus üblich, beschloss man 1939 eine 15-prozentige Dividende, um schließlich im Schnitt drei bis sechs Prozent jährlich zu gewähren. Der Betrieb konnte ausgebaut und modernisiert werden, auch

⁷²⁵ Archiv Kamig, Mappe Vorstand und Dr. Sandner, Sandner an Graf, 30.1.1940; ebenda, Graf an Sandner, 31.1.1940; ebenda, Gesprächsnotiz Graf, 1.2.1940, und Aktenvermerk Graf, 5.2.1940; ebenda, Aktentnotiz, 22.2.1940; ebenda, Graf an Direktor Müller (zwei Briefe), 26.2.1940; Privataarchiv Karl Rieder, Unterlagen Kamig, Schreiben des Vorsitzers des Aufsichtsrats Carl Müller, 15.2.1940.

⁷²⁶ Privataarchiv Karl Rieder, Unterlagen Kamig, Schreiben des Vorsitzers des Aufsichtsrats Carl Müller, 15.2.1940.

⁷²⁷ Archiv Kamig, Mappe Generalversammlungen bis 1948, Niederschrift Hauptversammlung, 26.6.1940; ebenda, Mappe Öffentliche Verwaltung, Bericht über Kamig in NS-Zeit, 24.5.1945.

⁷²⁸ OÖLA, Rückstellungsakten, Rk 693/48, Illner, Askonas und Götzl gegen Dinghofer, Schreiben Dinghofer, 15.1.1949; Privataarchiv Prof. Dr. Peter Avancini, 63 Rk 100-105/50-65, Beweisantrag Dinghofer, 26.9.1950; ebenda, Dinghofer an Illner, 31.3.1951.

⁷²⁹ Archiv Kamig, Mappe Diversa, Fritz Götzl an Bundesministerium für Vermögenssicherung und Wirtschaftsplanung, 5.11.1946, Beilage 1, Bericht über die Gründe der Einsetzung eines öffentlichen Verwalters für die Kamig; ebenda, Mappe Öffentliche Verwaltung, Fritz Götzl an Bundesministerium für Vermögenssicherung und Wirtschaftsplanung, 5.5.1947, Beilage 1; ÖStA, AdR, BM für Finanzen und Vermögenssicherung, J 278/15, Kamig, Vorläufiges Abschlussblatt, 16.9.1947

⁷³⁰ Archiv Kamig, Mappe Öffentliche Verwaltung, Fritz Götzl an Bundesministerium für Vermögenssicherung und Wirtschaftsplanung, 28.5.1949.

⁷³¹ Archiv Kamig, Mappe Diversa, Bundesministerium für Vermögenssicherung und Wirtschaftsplanung, Vorläufiges Abschlussblatt, 16.9.1947.

Rücklagen wurden geschaffen.⁷³² Eine Neubewertung sämtlicher Anlagen auf Grund von Sachverständigengutachten ermöglichte im Jahr 1940 die Aufwertung des Aktienkapitals von 1,5 Millionen Schilling (= 1 Million Reichsmark) auf 1,5 Millionen Reichsmark. Die Aktionäre mussten dafür keine Bargeldeinzahlungen leisten. Jede alte Aktie im Nominalwert von 100 Schilling wurde auf eine neue mit dem Nominale 100 Reichsmark umgetauscht.⁷³³

Dass offenbar auch das Thema Zwangsarbeit bei der Kamig eine Rolle spielte, geht aus einer betriebsinternen Kundmachung vom Sommer 1940 hervor, wie sich „die Franzosen“ – wahrscheinlich Kriegsgefangene – bei der Arbeit verhalten sollten. Die Mitteilung gipfelte in der Feststellung: „Arbeitsunwillige werden wieder ins Lager zurück gegeben.“⁷³⁴

Die kriegsbedingten Beschränkungen gingen schließlich auch an der Kamig nicht spurlos vorüber: 1944 musste die Produktion teilweise, ab Februar 1945 gänzlich eingestellt werden. Frachttransporte waren wegen fehlender Waggons nicht mehr möglich, Kohlenvorräte wurden beschlagnahmt. Das männliche Personal – mit Ausnahme der Direktoren – wurde zur Wehrmacht, zum Volkssturm oder zum Arbeitseinsatz in Oberdonau eingezogen. Das Wiener Büro verfügte schließlich nur mehr über vier weibliche Arbeitskräfte.⁷³⁵

Das weitere Schicksal von Paul Götzl, Rudolf Illner und der Brüder Askonas

Mit dem 1938 54-jährigen Paul Götzl gingen die Nationalsozialisten besonders rüde um. Er wurde bereits zwei Tage nach dem „Anschluss“ in Haft genommen. Erst nachdem er gegenüber den NS-Behörden weitgehende Konzessionen hinsichtlich seines Privatvermögens gemacht hatte, wurde er aus der Haft entlassen. Allerdings verhaftete man ihn kurze Zeit später erneut und drohte ihm die Einlieferung in das KZ Dachau an. Dass es schließlich nicht dazu kam und er wieder enthaftet wurde, verdankte er – und da werden zwei Gründe angeführt – entweder einer Intervention des Präsidenten der Steyr-Werke, Baurat Heller, oder dem Umstand, dass er norwegischer Generalkonsul war.⁷³⁶ Paul Götzl war mit einer „Arierin“ verheiratet, was erklärt, weshalb die NS-Behörden mit besonderem Druck auf ihn persönlich verhängern wollten, dass sein Vermögen auf seine Frau und seine Kinder überging.⁷³⁷ Schließlich

⁷³² Archiv Kamig, Mappe Öffentliche Verwaltung, Bericht über Kamig in NS-Zeit, 24.5.1945.

⁷³³ Archiv Kamig, Mappe Generalversammlungen bis 1948, Hauptversammlung 26.6.1940, Bericht des Vorstands zur Reichsmarkeröffnungsbilanz zum 1.1.1940; Landesgericht Linz, Firmenbuchakten, HRA 2696, FN 25447y, Kamig, Abschrift aus Handelsregister Wien; Archiv Kamig, Mappe Öffentliche Verwaltung, Fritz Götzl an Bundesministerium für Vermögenssicherung und Wirtschaftsplanung, 5.5.1947, Beilage.

⁷³⁴ Privatarchiv Karl Rieder, Unterlagen Kamig, Kundmachung Kamig, 30.7.1940 (Transkript).

⁷³⁵ Archiv Kamig, Mappe Aufsichtsrat NS-Zeit, Graf an Krefter, 2.3.1945; Höpoltzeder, Kamig, 48.

⁷³⁶ Vgl. Tweraser, US-Militärregierung 2, 377; Pfundner, Austro Daimler und Steyr, 154.

⁷³⁷ OÖLA, Rückstellungsakten, Rk 261/1948, Paul Götzl gegen Else Sick, 1–4, Rückstellungsantrag an die Rückstellungskommission beim Landesgericht Linz, eingelangt 28.4.1948.

musste Paul Götzl den gesamten Erlös aus dem Verkauf seiner Kamig-Aktien für Steuerschulden, Reichsfluchtsteuer, Judenvermögensabgabe, Arisierungsgeld und anderes mehr bezahlen.⁷³⁸ Letztendlich gelang es ihm, im Sommer bzw. Herbst 1938 gemeinsam mit seiner Familie nach Athen auszureisen, wo er bis nach Kriegsende verblieb.⁷³⁹

Wie bereits in einem früheren Abschnitt erwähnt, war Dr. Rudolf Illner der Initiator und die treibende Kraft der Kamig gewesen, der es geschafft hatte, das Unternehmen auf einen wirtschaftlich erfolgreichen Weg zu führen. Selbst die neue, NS-kompatible Geschäftsführung der Kamig kam nicht umhin, dem 46-Jährigen zu attestieren, dass er sein eigenes Vermögen für die Gründung und den Aufbau der Firma eingesetzt hatte.⁷⁴⁰ Illner schützte auch seine tschechoslowakische Staatsbürgerschaft nicht vor den Repressionen des NS-Staates und den Eingriffen in seine Vermögensrechte. Im September 1938 verließ er Wien in Richtung London.⁷⁴¹ 1942 wurde ihm die Angehörigkeit als Bürger des Protektorats Böhmen und Mähren aberkannt. 1946 wurde er US-Staatsbürger.⁷⁴² Nach dem Krieg musste er feststellen, dass er als einziger aus seiner Familie überlebt hatte, während seine Mutter, seine Brüder, seine Schwester und die Kinder seiner Geschwister dem Holocaust zum Opfer gefallen waren.⁷⁴³

Die Brüder Carl und Rudolf Askonas, 1883 bzw. 1885 in Wien geboren, verfügten gemeinsam über ihre Kamig-Aktien. Während Rudolf die österreichische Staatsbürgerschaft besaß, galt Carl Askonas als Bürger der Tschechoslowakei.⁷⁴⁴ Der Kaufpreis von insgesamt 189.654,66 Reichsmark für das Aktienpaket der beiden Brüder wurde in zwei Tranchen überwiesen. Der zweite Teilbetrag in Höhe von 101.904 Reichsmark musste von Dinghofer allerdings auf das Sonderkonto „Reichsfluchtsteuer der Firma Heller & Askonas“ eingezahlt werden.⁷⁴⁵ Offenbar

⁷³⁸ Archiv Kamig, Mappe Restitutionen, Fritz Götzl an Bundesministerium für Vermögenssicherung und Wirtschaftsplanung, 20.3.1946, Anlage 2; ebenda, Mappe Diversa, Fritz Götzl an Bundesministerium für Vermögenssicherung und Wirtschaftsplanung, 5.11.1946, Beilage 1, Bericht über die Gründe der Einsetzung eines öffentlichen Verwalters für die Kamig; vgl. auch Dinghofers eigene Angaben, die die Nichtauszahlung des Kaufschillings an Paul Götzl wegen Reichsfluchtsteuer, Einkommenssteuer usw. bestätigen: ÖStA, AdR, Vermögensverkehrsstelle, Kamig, Dinghofer an Vermögensverkehrsstelle, 12.8.1938; ebenda, Dinghofer an Kamig, 12.5.1939.

⁷³⁹ WStLA, Meldeunterlagen Paul Götzl; Pfundner, Austro Daimler und Steyr, 154 und 169.

⁷⁴⁰ ÖStA, AdR, Vermögensverkehrsstelle, Kamig, Kamig an Vermögensverkehrsstelle, 25.6.1938.

⁷⁴¹ WStLA, Meldeunterlagen Dr. Rudolf Illner.

⁷⁴² ÖStA, AdR, BM für Finanzen und Vermögenssicherung, J 278/15, Kamig.

⁷⁴³ Privatarchiv Prof. Dr. Peter Avancini, Illner an Dinghofer, 30.11.1945; siehe auch Engelmann, Reichenberg und seine jüdischen Bürger, 82–84.

⁷⁴⁴ WStLA, Meldeunterlagen Carl Askonas; ebenda, Meldeunterlagen Rudolf Askonas; ÖStA, AdR, BM für Finanzen und Vermögenssicherung, J 278/15, Kamig, bes. Certificate of Naturalization, 2.12.1946, sowie Aktennotiz für die Sowjet-Abteilung des Alliierten Kommandos in Wien, 18.8.1947.

⁷⁴⁵ ÖStA, AdR, Vermögensverkehrsstelle, Kamig, Dinghofer an Kamig, 12.5.1939; Archiv Kamig, Mappe Diversa, Bundesministerium für Vermögenssicherung und Wirtschaftsplanung, Vorläufiges Abschlussblatt (Abschrift), 16.9.1947; ebenfalls vorhanden in Archiv Kamig, Mappe Öffentliche Verwaltung.

wurde auch für Carl Askonas, der eigentlich nicht reichsfluchtsteuerpflichtig war, die Reichsfluchtsteuer berechnet.⁷⁴⁶ Carl Askonas emigrierte bereits im Mai 1938 von Wien nach Frankreich. Schließlich gelangte er nach Kanada, wo er 1946 in Montreal verstarb.⁷⁴⁷ Sein Bruder Rudolf meldete sich im Sommer 1938 nach Paris ab. Anschließend reiste er nach England, wo er die britische Staatsbürgerschaft erwarb.⁷⁴⁸

Rückstellung

Die Rückstellung der Kamig-Aktien nach 1945 sollte sich als langwieriger Prozess mit zahlreichen Verfahren an verschiedenen Gerichten und durch mehrere Instanzen erweisen. Im Großen und Ganzen gelangte die Rechtssache erst im Jahr 1951 zu einem Abschluss. Im Folgenden wird versucht, zumindest die Hauptstränge der Rückstellungsangelegenheit darzustellen. Zu bedenken ist freilich, dass der Rückstellungsakt des Hauptverfahrens, das vor dem Landesgericht Wien stattfand, skartiert worden ist.⁷⁴⁹

Die Neuaufstellung der Kamig nach dem Krieg

Nach Kriegsende stand die Kamig beinahe führungslos da. Der einstige kommissarische Verwalter und stellvertretende kaufmännische Leiter Dr. Rudolf Ecker war bereits zu Kriegsbeginn zum Militärdienst einberufen worden und war deshalb während des gesamten Krieges und – wegen Kriegsgefangenschaft – auch nach Kriegsende für die Kamig nicht mehr tätig.⁷⁵⁰ Der technische Leiter Norbert Niedermayr wiederum, der in Oberösterreich den Betrieb geleitet hatte, hatte sich wegen seiner Rolle als Volkssturmkommandant in Schwertberg während der so genannten „Mühlviertler Hasenjagd“, bei der entflozene russische Häftlinge aus dem KZ Mauthausen erschossen worden waren, in das Salzkammergut bzw. nach Salzburg abgesetzt.⁷⁵¹

Unmittelbar nach Kriegsende war damit aus dem Topmanagement nur mehr der in der Wiener Zentrale amtierende 47-jährige Adolf Graf vorhanden. Dieser ergriff bereits im Mai

⁷⁴⁶ Vgl. Privatarhiv Prof. Dr. Peter Avancini, Vorbereitender Schriftsatz und Antrag auf Anberaumung einer Streitverhandlung, 3.4.1950.

⁷⁴⁷ WStLA, Meldeunterlagen Carl Askonas; Gaugusch, Wer einmal war, 34.

⁷⁴⁸ WStLA, Meldeunterlagen Rudolf Askonas; ÖStA, AdR, BM für Finanzen und Vermögenssicherung, J 278/15, Kamig, Aktennotiz für die Sowjet-Abteilung des Alliierten Kommandos in Wien, 18.8.1947.

⁷⁴⁹ Zur Vernichtung der Rückstellungsakten des Landesgerichts Wien siehe Rigele, Wiedergutmachung, 142 f.; Unfried, Restitution von Unternehmen, 230.

⁷⁵⁰ Vgl. WStLA, M.Abt. 119, A42, NS-Registrierungsakt Dr. Rudolf Ecker, Ecker an NS-Registrierungsstelle für den 1. Bezirk, 26.7.1947.

⁷⁵¹ WStLA, Volksgerichtsakten, Vg Vr 6211/1947, 81, Niederschrift Niedermayr, 5.8.1947.

1945 die Initiative, um sich auf Basis des von der österreichischen Staatsregierung beschlossenen „Verwaltergesetzes“ zum „öffentlichen Verwalter“ des Unternehmens bestellen zu lassen.⁷⁵²

Im Juni 1945 trat jedoch mit Fritz Götzl der 32-jährige Sohn des einstigen Mehrheitsaktionärs Paul Götzl in Erscheinung. Fritz Götzl war bereits zwischen 1935 und 1938 in diversen Funktionen im mittleren Management der Kamig tätig gewesen.⁷⁵³ Im Herbst 1938 hatte er, der nach den nationalsozialistischen Gesetzen als „jüdischer Mischling ersten Grades“ galt, seine Eltern in die Emigration nach Griechenland begleitet.⁷⁵⁴ Nach der Besetzung Griechenlands durch deutsche Truppen war er 1942 zur deutschen Wehrmacht eingezogen worden. Nach drei Jahren Militärdienst, in dem er als Dolmetsch für Griechisch und Französisch – zuletzt auch in Berlin – Verwendung gefunden hatte, desertierte er im April 1945 und lief zu den amerikanischen Truppen über. Diese verwendeten ihn als Dolmetsch der US-Besatzungsmacht in Deutschland. Mit Hilfe der Amerikaner gelang Fritz Götzl schließlich im Juni 1945 die Rückkehr nach Wien.⁷⁵⁵

Am 5. Juni 1945 trafen Adolf Graf und Fritz Götzl eine Vereinbarung, die schriftlich überliefert ist. In einer Aussprache waren offenbar auch die „persönlichen Differenzen“ der beiden, die sich im Zuge der Arisierung des Unternehmens ergeben hatten, bereinigt worden. Es wurde vereinbart, dass Graf seine Bewerbung als öffentlicher Verwalter der Kamig zurückziehen sollte und stattdessen Fritz Götzl nominiert werde. Alle das Unternehmen betreffenden Entscheidungen sollten im beiderseitigen Einvernehmen getroffen werden. Die Abmachung sollte solange in Kraft bleiben, bis eine endgültige Neuordnung der Besitzverhältnisse und der Geschäftsführung bestimmt worden sei. Fritz Götzl versprach, dass Graf jedoch auch danach „eine angemessene Stellung“ bei der Kamig bekleiden solle. Umgekehrt verpflichtete sich Graf, Fritz Götzl – in Vertretung von dessen Vater – „über alle Vorkommnisse der Vergangenheit und Gegenwart bei der Kamig zu unterrichten“.⁷⁵⁶

Die unmittelbare Folge dieser Vereinbarung war, dass die Kamig Fritz Götzl als Direktor und Prokurist rückwirkend mit 1. Juni 1945 einstellte.⁷⁵⁷ Am 8. August 1945 bestellte das

⁷⁵² Archiv Kamig, Mappe Öffentliche Verwaltung, Bericht über Kamig in NS-Zeit, 24.5.1945; ebenda, Mappe Diversa, Gedächtnisnotiz Graf-Fritz Götzl, 5.6.1945.

⁷⁵³ Archiv Kamig, Mappe Öffentliche Verwaltung, Fritz Götzl an ÖGB, Bezirkssekretariat Perg, 30.7.1945, Lebenslauf Fritz Götzl.

⁷⁵⁴ WStLA, Meldeunterlagen Fritz Götzl; Archiv Kamig, Mappe Öffentliche Verwaltung, Fritz Götzl an ÖGB, Bezirkssekretariat Perg, 30.7.1945, Lebenslauf Fritz Götzl.

⁷⁵⁵ Archiv Kamig, Mappe Öffentliche Verwaltung, Fritz Götzl an ÖGB, Bezirkssekretariat Perg, 30.7.1945, Lebenslauf Fritz Götzl.

⁷⁵⁶ Archiv Kamig, Mappe Diversa, Gedächtnisnotiz Graf-Fritz Götzl, 5.6.1945.

⁷⁵⁷ Ebenda, Kamig an Fritz Götzl, 8.6.1945.

Staatsamt für Industrie, Gewerbe, Handel und Verkehr Götzl formal zum öffentlichen Verwalter der Kamig.⁷⁵⁸ Das Kamig-Management war bestrebt, den Betrieb wieder in Gang zu bringen. Im Jahr 1946 konnte eine Produktionskapazität von 60 Prozent erreicht werden. Auch der Export lief wieder im bescheidenen Ausmaß an.⁷⁵⁹ Aber erst im Jahr 1948 konnte mit über 36.000 Tonnen Kaolin wieder die normale Friedenskapazität in der Produktion erreicht werden.⁷⁶⁰

Das rasche Einlenken und die Kooperationsbereitschaft Adolf Grafs gegenüber Fritz Götzl war durchaus logisch, hatte doch der österreichische Bundesgesetzgeber bereits im Mai 1945 mit dem „Gesetz über die Erfassung arisierter und anderer im Zusammenhange mit der nationalsozialistischen Machtübernahme entzogenen Vermögensschaften“ die prinzipielle Bereitschaft bekundet, Vermögensentziehungen während der NS-Diktatur zu ahnden.⁷⁶¹

Durch die rasche Bestellung des Vertreters des geschädigten Hauptaktionärs zum öffentlichen Verwalter war bei der Kamig die Ausgangssituation für Rückstellungsansprüche jedenfalls viel besser als in anderen Unternehmungen, die sich nach wie vor im Besitz der Ariseure befanden. Der öffentliche Verwalter übte nämlich allein alle Rechte und Pflichten des Unternehmens aus, wohingegen die Befugnisse von Aufsichtsrat und Aktionären ruhten.⁷⁶²

Der öffentliche Verwalter Fritz Götzl berief kraft seiner Funktion die Mitglieder des bisherigen Aufsichtsrates der Gesellschaft ab. Gegenüber Franz Dinghofer begründete er die Abberufung wie folgt:

„Die Begründung hiefür liegt einerseits in der von Ihnen im Jahre 1938 ausgeübten Arisierungsfunktion, andererseits in Ihrer allgemein bekannten grossdeutschen bzw. nationalsozialistischen Einstellung, die für einen leitenden Funktionär der ‚Kamig‘ A.G. im neuen Oesterreich nicht tragbar erscheint.“⁷⁶³

Die Rückstellungsgesetzgebung

Die konkrete Rückstellungsgesetzgebung ließ in Österreich auf sich warten. Erst im Mai 1946 wurde das Nichtigkeitsgesetz erlassen, das die Nichtigkeit von Vermögensentziehungen

⁷⁵⁸ ÖStA, AdR, BM für Finanzen und Vermögenssicherung, J 278/15, Kamig, Beurkundung Niederschrift, 17.9.1945.

⁷⁵⁹ Archiv Kamig, Mappe Generalversammlungen bis 1948, Bericht des öffentlichen Verwalters zum Jahresabschluss vom 31.12.1946, Mai 1947.

⁷⁶⁰ Ebenda, Bericht des öffentlichen Verwalters zum Jahresabschluss vom 31.12.1948, September 1949.

⁷⁶¹ StGBI. Nr. 10/1945.

⁷⁶² Vgl. StGBI. Nr. 9/1945, bes. § 2.

⁷⁶³ Vgl. Archiv Kamig, Mappe Aufsichtsrat neu, Fritz Götzl, Kamig, an Dinghofer, 16.8.1945, sowie weitere Schreiben.

feststellte. Allerdings war darin vorgesehen, dass die Art und Geltendmachung sowie der Umfang der Ansprüche erst durch ein weiteres Bundesgesetz geregelt werden sollten.⁷⁶⁴

Erst das Dritte Rückstellungsgesetz vom Februar 1947 betraf Vermögen, das u.a. durch Rechtsgeschäfte entzogen worden war.⁷⁶⁵ Eine Vermögensentziehung lag insbesondere dann vor, wenn der Eigentümer politischer Verfolgung durch den Nationalsozialismus ausgesetzt gewesen war. Keine Vermögensentziehung lag vor, wenn die Vermögensübertragung auch unabhängig von der Machtergreifung des Nationalsozialismus erfolgt wäre, oder wenn der Eigentümer die Person des Käufers frei auswählen hatte können und eine angemessene Gegenleistung erhalten hatte.⁷⁶⁶

Für die Abwicklung der Rückstellungsverfahren war ein dreistufiger Instanzenzug bei den Landesgerichten, den Oberlandesgerichten und dem Obersten Gerichtshof vorgesehen.⁷⁶⁷ Allein nach dem Dritten Rückstellungsgesetz mussten 40.000 Verfahren abgewickelt werden.⁷⁶⁸

Bei der Feststellung, ob jemand politisch verfolgt worden war, gab es eine Beweislastumkehr: Die Erwerber mussten nachweisen, dass die Rückstellungswerber keiner politischen Verfolgung ausgesetzt gewesen waren. Jüdinnen und Juden wurden generell als politisch verfolgt angesehen.⁷⁶⁹

Voraussetzung für die Anmeldung von Ansprüchen war, dass die geschädigten Eigentümerinnen und Eigentümer bzw. deren Erbberechtigte einen Rückstellungsantrag stellten. Wurde dies nicht getan, blieb die Vermögensentziehung unanfechtbar.⁷⁷⁰

Die Rückstellungsverfahren

Am 4. November 1946 meldete Fritz Götzl am Magistratischen Bezirksamt für den 1. Bezirk in Wien den Entzug des Kamig-Aktienbesitzes der jüdischen Eigentümer Götzl, Illner und Askonas im Gesamtausmaß von 13.145 Aktien an. Götzl zeigte auch auf, unter welchen Umständen sein Vater gezwungen gewesen war, sein Aktienpaket zu verkaufen:

„Der Hauptaktionär Paul Götzl wurde sofort nach dem Einmarsch der deutschen Eroberer von der Gestapo verhaftet. Es wurde ihm im Gefängnis sein Aktienpaket der Kamig A.G. unter der Androhung abgepresst, dass er solange in Haft gehalten würde, bis er einem ‚Verkauf‘ zustimme. Die Festsetzung des Kaufpreises und der Zahlungstermin mussten den Erpressern überlassen bleiben.“

⁷⁶⁴ Jabloner u.a., Schlussbericht, 254.

⁷⁶⁵ Ebenda, 257.

⁷⁶⁶ Ebenda, 258 f.

⁷⁶⁷ Jabloner u.a., Schlussbericht, 289.

⁷⁶⁸ Meissel/Gnant, Müh(l)en des Rechts, 53.

⁷⁶⁹ Graf, Rückstellungsgesetzgebung, 61 f.; Jabloner u.a., Schlussbericht, 259.

⁷⁷⁰ Jabloner u.a., Schlussbericht, 265.

Es fehlte auch nicht der Hinweis auf den Käufer Dr. Franz Dinghofer, der die Aktien „zu einem nicht einmal die Hälfte des wahren Wertes repräsentierenden Preis erworben“ habe. Auch ein Kernproblem, das mehrere Jahre die Gerichte beschäftigen sollte, zeigte Fritz Götzl auf: „Die Aktien gingen in der Zeit zwischen 1938 und 1945 durch verschiedene Hände. Die Aktionäre, ihre Adressen etc., können heute nicht mehr genau festgestellt werden.“⁷⁷¹

In einer zeitgleichen weiteren Vermögensanmeldung, betreffend den „widerrechtlichen Rückbehalt“ eines Teiles der Kaufsumme wegen der Bürgschaften für die ungarischen Kaolinwerke, machte Fritz Götzl direkt Dinghofer für diesen Vermögensentzug verantwortlich: Der Präsident der Kamig habe die Zwangslage von Paul Götzl und Rudolf Illner dazu ausgenutzt,

„um mit Hilfe und über Weisung der Vermögensverkehrsstelle bzw. der Gestapo die beiden genannten Herren, als für die Geschäftsführung der Kamig A.G. und der ungarischen Kaolinwerke angeblich verantwortlich gewesenen Funktionäre, zur Ersatzleistung heranzuziehen“.⁷⁷²

Für den einstigen Großaktionär Paul Götzl, der erst im Mai 1946 von Griechenland nach Österreich zurückkehrte,⁷⁷³ war es zweifellos ein Vorteil, dass sich sein Sohn Fritz bereits kurz nach Kriegsende um die Angelegenheiten der Kamig sowie des entzogenen Aktienbesitzes kümmern konnte.⁷⁷⁴ Der 62-jährige Paul Götzl nahm nach seiner Rückkehr wieder eine prominente Rolle im Aufsichtsrat der Steyr-Daimler-Puch AG ein.⁷⁷⁵ Auch wenn ihn sein Sohn Fritz wegen der Kamig stets um Rat fragte,⁷⁷⁶ hatte es nach außen den Anschein, als ob Fritz Götzl allein die Rückstellung der Kamig-Aktien betrieb.

Fritz Götzl war bestrebt – auch mit Hilfe des Bundesministeriums für Vermögenssicherung –, den Verbleib der arisierten Kamig-Aktien zu ermitteln.⁷⁷⁷ Diese Ermittlungen waren nicht nur für die Rückstellungsfrage von essentieller Bedeutung, sondern auch für die bedeutende Frage, ob es sich bei der Kamig um „Deutsches Eigentum“ handle, das nach dem Beschluss der Siegermächte in Potsdam für Reparationszahlungen beansprucht werden konnte.⁷⁷⁸ Die

⁷⁷¹ WStLA, M.Abt. 119, A41 – VEAV: 1. Bezirk, 93 und 880, Anmeldung entzogener Vermögen, 4.11.1946 und 27.7.1949.

⁷⁷² WStLA, M.Abt. 119, A41 – VEAV: 1. Bezirk, 880, Anmeldung entzogener Vermögen, 4.11.1946.

⁷⁷³ WStLA, Meldeunterlagen Paul Götzl.

⁷⁷⁴ Vgl. hierzu auch allgemein Böhmer, Wer konnte, griff zu, 70, sowie Unfried, Restitution von Unternehmen, 259.

⁷⁷⁵ Tweraser, US-Militärregierung 2, 377 f.

⁷⁷⁶ Vgl. Archiv Kamig, Mappe Exekutivkomitee, Rechtsanwalt Dr. Harold Seidler an Paul Götzl, 20.6.1952.

⁷⁷⁷ Vgl. ÖStA, AdR, BM für Finanzen und Vermögenssicherung, J 278/15, Kamig, Fritz Götzl, Liste der Aktionäre der Kamig sowie Ergänzungsliste, 11.8.1947; ebenda, Dinghofer an Bundesministerium für Vermögenssicherung, 2.7.1947; ebenda, Walter Franck an Bundesministerium für Vermögenssicherung, 22.7.1947.

⁷⁷⁸ Vgl. Seidel, Wirtschaft, 343.

große Beteiligung reichsdeutscher Aktionäre während der NS-Zeit hatte einen diesbezüglichen Verdacht erweckt. Die sowjetische Besatzungsmacht, in deren Besatzungszone in Oberösterreich der Betrieb der Kamig lag, stellte jedenfalls viele Fragen und erkundigte sich im Speziellen über die Besitzverhältnisse der Kamig zu Kriegsende. Wie real die Gefahr war, dass das Unternehmen zum Deutschen Eigentum erklärt werden konnte, zeigte das Beispiel der ungarischen Tochtergesellschaft der Kamig in Sárospatak: Diese war von den Russen als Deutsches Eigentum beschlagnahmt worden. Bei einer Beschlagnahme der Kamig wäre die Folge gewesen, dass die sowjetische Besatzungsmacht die Kontrolle über praktisch die gesamte österreichische Kaolinindustrie erlangt hätte.⁷⁷⁹ Die Gefahr für die Kamig bestand noch mehrere Jahre: So verlangten im Mai 1949 die leitenden Herren der sowjetischen USIA-Betriebe von der Kamig eine Gewinnausschüttung, da knapp die Hälfte des Unternehmens Deutsches Eigentum sei.⁷⁸⁰

Im Jänner 1947 kam es vor dem Kreisgericht Wels zur ersten gerichtlichen Auseinandersetzung zwischen der Familie Götzl und Franz Dinghofer. Die Standpunkte der beiden Parteien trafen schroff aufeinander: Dinghofer argumentierte, er habe beim Aktienkauf nur als Treuhänder der Kamig gehandelt. Zudem sei der Verkauf der Aktien im Jahr 1938 auch vom Anwalt der Familie Götzl, Dr. Buchta, ausdrücklich genehmigt und anerkannt worden. Auf die Aussage der klagenden Partei, der Kaufpreis sei unangemessen niedrig gewesen und habe eine Ausbeutung der Zwangslage des Verkäufers dargestellt, reagierte Dinghofer mit der Feststellung, der Kaufpreis sei angemessen gewesen. Dem Begehren auf Zahlung von Zinsen konterte Dinghofer mit dem Hinweis auf Verjährung.⁷⁸¹ Das Verfahren endete im April 1947 mit dem Beschluss des Gerichtes, dass die Rechtsache an die Rückstellungskommission beim Landesgericht Linz abgetreten werde. Der Grund hierfür war, dass im Dritten Rückstellungsgesetz festgelegt worden war, dass über Ansprüche auf Vermögenswerte, die während der NS-Zeit entzogen worden waren, ausschließlich Rückstellungskommissionen zu entscheiden hatten.⁷⁸²

Schließlich wurden vor Gericht mehrere Rückstellungsverfahren abgewickelt, die Paul Götzl, Rudolf Illner und die Familie Askonas – vorerst einzeln, dann gemeinsam – gegen Franz Dinghofer, aber auch gegen mehrere Kamig-Aktionäre angestrengt hatten, die die Aktien

⁷⁷⁹ ÖStA, AdR, BM für Finanzen und Vermögenssicherung, J 278/15, Kamig, Gedächtnisnotiz, 24.3.1947; Archiv Kamig, Mappe Öffentliche Verwaltung, Kamig an Verband der Stein- und keramischen Industrie, 13.8.1947.

⁷⁸⁰ ÖStA, AdR, BM für Finanzen und Vermögenssicherung, J 278/15, Kamig, Aktennotiz Usia, 20.5.1949.

⁷⁸¹ Privatarchiv Prof. Dr. Peter Avancini, Protokoll Verhandlung Kreisgericht Wels, 15.1.1947.

⁷⁸² Ebenda, Beschluss Kreisgericht Wels, 18.4.1947.

während der NS-Zeit erworben hatten und offensichtlich noch besaßen. Eine Folge der Rechtsstreitigkeiten war, dass der Rechtsanwalt von Paul Götzl, Dr. Harold Seidler, zum öffentlichen Verwalter der Kamig-Aktien von Franz und Cäcilie Dinghofer, Walter Franck, Else Sick und Lothar Kuhlmann bestellt wurde.⁷⁸³

Von wesentlicher Bedeutung war das Verfahren Rk 29/47, das Paul Götzl beim Landesgericht Linz gegen Franz Dinghofer angestrengt hatte. Bei der Verhandlung im Mai 1948 standen die Gespräche im Wiener Gefangenenhaus am 14. April 1938 im Zentrum des Interesses, in denen der Verkauf bzw. Kauf der Aktien Götzls fixiert worden war. Der Rechtsvertreter Paul Götzls – Götzl war offenbar selbst nicht zugegen (wohingegen Dinghofer persönlich anwesend war) – betonte vor Gericht, dass Dinghofer Götzl bei der Unterredung im April 1938 mitgeteilt hätte, „dass er nicht aus der Haft entlassen würde, wenn er die Aktien nicht verkaufe“. Dinghofer bestritt, dass diese Äußerung gefallen sei. Von der Klägerpartei bzw. – wie es bei Rückstellungsverfahren hieß – von der Seite des Antragstellers kam noch die Feststellung, dass Dinghofers angebliche Eigenschaft als Treuhänder der Kamig bei diesem Rechtsgeschäft dem Verkäufer nicht bekannt war. Das Teilerkenntnis der Rückstellungskommission fiel eindeutig aus: Dinghofer war schuldig, Paul Götzl 8.567 Kamig-Aktien samt Erträgen zurückzustellen. Die Frage, welcher Teil des Kaufpreises Götzl zur freien Verfügung zugekommen sei, bedurfte laut dem Erkenntnis des Gerichts noch einer weiteren Erörterung.⁷⁸⁴

Die Rückstellungskommission begründete das Erkenntnis mit der Feststellung, dass eindeutig eine Vermögensentziehung durch Dinghofer vorliege. Dem Einwand Dinghofers, wonach er ja nicht nur Aktien von Götzl, sondern auch von Illner und Askonas erworben habe, und deshalb Götzl seine Aktien durch Nummern bezeichnen müsse, folgte das Gericht nicht. Da Dinghofer als unredlicher Besitzer anzusehen sei, habe

„er für allen durch seinen Besitz verursachten Schaden aufzukommen und dazu gehört es auch, daß er dem Antragsteller bei Weiterveräußerung von entzogenen Aktien wieder Aktien in solchem Ausmaße verschafft, daß dieser über ein Aktienpaket verfügt, welches ihm den gleichen Einfluß in der Gesellschaft sichert, den er vor der Entziehung gehabt hat“.⁷⁸⁵

Entgegen dem erstinstanzlichen Erkenntnis beschloss im September 1948 die Rückstellungsoberkommission am Oberlandesgericht Linz nach einer Beschwerde von Dinghofer die

⁷⁸³ ÖStA, AdR, BM für Finanzen und Vermögenssicherung, J 278/15, Kamig, Teilabschrift aus Zl. 115.802-6/48.

⁷⁸⁴ Privataarchiv Prof. Dr. Peter Avancini, Protokoll und Teilerkenntnis der Rückstellungskommission Linz im Verfahren Rk 29/47 Paul Götzl gegen Dr. Franz Dinghofer, 25.5.1948; ÖStA, AdR, BM für Finanzen und Vermögenssicherung, J 278/15, Kamig, Teilabschrift aus Zl. 115.802-6/48 und Teilabschrift aus Zl. 100.716-6/49, Teilerkenntnis, 25.5.1948.

⁷⁸⁵ Privataarchiv Prof. Dr. Peter Avancini, Protokoll und Teilerkenntnis der Rückstellungskommission Linz im Verfahren Rk 29/47 Paul Götzl gegen Dr. Franz Dinghofer, 25.5.1948.

Rückweisung der Causa an die erste Instanz. Die Rückstellungsoberkommission vertrat die Ansicht, dass Dinghofer nur zur Rückstellung jener Aktien verhalten werden könne, die er auch tatsächlich besitze. Im Unterschied zur ersten Instanz sah die Oberkommission auch in der Möglichkeit, dass die jetzigen Aktien Dinghofers aus den Aktienpaketen von Illner und Askonas stammen könnten, einen wesentlichen Einwand: „Es erscheint daher nicht angängig, dem Antragsteller, nur weil er seinen Anspruch früher gerichtlich betrieben hat, eine Vorzugsstellung einzuräumen.“ Freilich lehnte auch die Rückstellungsoberkommission den Einwand Dinghofers, Götzl habe ja seinerzeit den Vertrag vom 14. April 1938 „als unwiderruflich erklärt“, „was auch heute noch gelten müsse“, ab: „Erklärungen, die im Zusammenhang mit nichtigen Rechtsgeschäften abgegeben worden sind, sind bedeutungslos, da ja das Geschäft selbst als nichtig anzusehen ist.“⁷⁸⁶

Mit der Erkenntnis der Rückstellungsoberkommission war klar, dass die ehemaligen jüdischen Eigentümer gute Chancen hatten, die Rückgabe ihrer entzogenen Aktien zu betreiben. Der Weg dorthin zeichnete sich jedoch als mühsam ab: Die Rückstellung musste nicht nur vom damaligen Käufer des Gesamtpaketes, Franz Dinghofer, sondern von den aktuellen Besitzern verlangt werden. Vorerst gab es auch offenbar keine Absprachen zwischen den Geschädigten, das heißt, Götzl, Illner und die Familie Askonas trachteten unabhängig voneinander danach, vor Gericht zu reüssieren. Es war deshalb eine Reihe von einzelnen Verfahren zu führen, was natürlich Zeit und Ressourcen kostete. Der Industrielle Walter Franck, der insgesamt 2.000 Aktien von Dinghofer gekauft hatte, bestritt im Verfahren gegen Paul Götzl im Oktober 1947 so ziemlich alles, was der Antragsteller angegeben hatte: Die Gestapo sei gar nicht bestrebt gewesen, Götzl den Aktienbesitz gewaltsam zu entziehen, auf ihn sei keinerlei Druck wegen des Verkaufs ausgeübt worden. Dinghofer sei jedenfalls daran nicht beteiligt gewesen, vielmehr habe sich Dinghofer vor 1938 stets als Gegner des Nationalsozialismus erwiesen und sei nach dem „Anschluss“ verschiedenen Verfolgungen ausgesetzt gewesen.⁷⁸⁷ Franck argumentierte auch im Oktober 1948, diesmal gegenüber der Familie Askonas, mit „gutgläubigem Erwerb“. Zudem stellte er fest, dass Carl und Rudolf Askonas ihre Aktien bereits in den ersten Tagen des April 1938 „freiwillig“ an Franz Dinghofer verkauft hätten: „Sie haben die Person des Erwerbers frei ausgewählt, haben für ihre Aktien einen angemessenen Kaufpreis erhalten und wurde ihnen dieser auch zur freien Verfügung ausbezahlt.“ Zudem stehe der Antrag von Paul Götzl gegen Walter Franck, der alle Kamig-Aktien aus dem Besitz Francks forderte, im

⁷⁸⁶ Privataarchiv Prof. Dr. Peter Avancini, Beschluss der Rückstellungsoberkommission beim Oberlandesgericht Linz, 30.9.1948.

⁷⁸⁷ OÖLA, Rückstellungsakten, Rk 130/47, Gegenäußerung Walter Franck, 14.10.1947.

Widerspruch zum Rückstellungsantrag der Familie Askonas.⁷⁸⁸ Ähnlich argumentierte im November 1948 Lothar Kuhlmann in einem weiteren Rückstellungsverfahren:

„Herr Dr. Dinghofer hat nicht nur von Herrn Götzl, sondern auch von anderen Aktienbesitzern Kamig-Aktien erworben und weiterverkauft. Hiebei steht nicht fest, ob die von mir erworbenen Stücke früher tatsächlich im Besitze von Herrn Götzl waren. Solange dies aber nicht einwandfrei erwiesen ist, besteht kein Zusammenhang zwischen den von Herrn Götzl verkauften und den in meinem Besitz befindlichen Aktien.“⁷⁸⁹

Else Sick gab in dem Rückstellungsverfahren, das Paul Götzl gegen sie angestrengt hatte, an, dass sie nichts davon gewusst hätte, dass es sich um arisierten jüdischen Besitz gehandelt hätte: „Dr. Dinghofer hat uns ausdrücklich erklärt, dass bei der Kamig von Arisierung keine Rede sein könne. Er habe die Aktien als Treuhänder der Kamig freihändig angekauft.“⁷⁹⁰

Diesem Wirrwarr, das sich durch die einzelnen Rückstellungsverfahren zeigte, versuchten die ehemaligen jüdischen Eigentümer bzw. Erben im November 1948 so zu entgegnen, dass sie sich zusammenschlossen und auch gemeinsam einen Antrag bei der Rückstellungskommission am Landesgericht Linz einbrachten, dass Dinghofer jene Personen nennen solle, an die er die Aktien weitergegeben hatte. Eile war insofern geboten, da die Frist zur Erhebung von Ansprüchen nach dem Dritten Rückstellungsgesetz am 31. Dezember 1948 endete.⁷⁹¹ Im Jänner 1949 – jedenfalls noch rechtzeitig – gab Dinghofer die Käufer der Aktien aus jüdischem Besitz bekannt und teilte auch die ihm bekannten Weiterverkäufe mit.⁷⁹² Im Februar 1950 leistete er vor der Rückstellungskommission den Auskunftseid, dass er nichts über den Verbleib der Aktien von Götzl, Illner und Askonas verschwiegen habe.⁷⁹³

Die Geschädigten mussten auch Rückstellungsverfahren gegen die deutschen Aktionäre der Kamig wie Hans Colsmann, Wilhelm Krefter und Johann Haltermann anstrengen. Für jene wurden vom Gericht Abwesenheitskuratoren bestellt. Das Bundesministerium für Vermögenssicherung und Wirtschaftsplanung übernahm es, die betreffenden Aktien sicherzustellen.⁷⁹⁴ Es zeigte sich, dass es nach 1945 schwierig war, die Aktienverkäufe während der NS-Zeit nachzuverfolgen, hatten doch die Aktienbesitzer zum Teil mehrmals gewechselt. So konnte Generaldirektor Otto Braun, der ein größeres Aktienpaket von Carl Müller erworben

⁷⁸⁸ OÖLA, Rückstellungsakten, Rk 309/48, Walter Franck an Rückstellungskommission Linz, 25.10.1948.

⁷⁸⁹ Ebenda, Rk 320/48, Lothar Kuhlmann an Rückstellungskommission, 9.11.1948.

⁷⁹⁰ Ebenda, Rk 261/1948, Paul Götzl gegen Else Sick, 7-13, Äußerung Else Sick, eingelangt 24.9.1948.

⁷⁹¹ Ebenda, Rk 130/47, Rückstellungsantrag Götzl, Askonas und Illner gegen Walter Franck, 24.11.1948; ebenda, Rk 693/48, Antrag Illner, Askonas und Götzl, 20.11.1948; ebenda, Rk 687/48, Antrag Antragsteller gegen Else Sick, 25.11.1948.

⁷⁹² Ebenda, Rk 693/48, Illner, Askonas und Götzl gegen Dinghofer, Schreiben Dinghofer, 15.1.1949.

⁷⁹³ Ebenda, Illner, Askonas und Götzl gegen Dinghofer, Verhandlungsschrift, 23.2.1950.

⁷⁹⁴ Ebenda, Rk 53/49, Antrag Antragsteller, 22.12.1948

hatte (der die Aktien wiederum von Dinghofer gekauft hatte), argumentieren, Müller habe ihm mit keinem Wort gesagt, „dass es sich hier um ehemals nichtarischen Aktienbesitz handelte“. ⁷⁹⁵ Erschwert wurde die Rückstellungsangelegenheit generell noch dadurch, dass es den ehemaligen Eigentümern offenbar vorerst nicht möglich war, die Nummern „ihrer“ Aktien zu nennen, weshalb vielfach die derzeitigen Besitzer argumentieren konnten, über einen Aktienbesitz aus anderer Herkunft zu verfügen. Erst Mitte des Jahres 1950 war Fritz Götzl in der Lage, den größten Teil der Nummern jener Aktien, die früher seinem Vater gehört hatten, anzugeben. ⁷⁹⁶

In dem Verfahren gegen Götzl, Illner und Askonas behauptete Dinghofer im Dezember 1948, dass die Antragsteller nicht gezwungen gewesen seien, wegen ihrer Angehörigkeit zum Judentum die Aktien sofort zu verkaufen. Er musste jedoch bestätigen, dass er als Präsident der Kamig die betreffenden Aktien in Verwahrung gehabt habe. ⁷⁹⁷

Neben der Vielzahl an Antragsgegnerinnen und -gegner, gegen die jeweils einzeln vorgegangen werden musste, standen einem raschen Abschluss der Rückstellungsverfahren auch die Streitfrage entgegen, ob seinerzeit für die arisierten Aktien ein angemessener Preis bezahlt worden sei. Die Stellungnahme Lothar Kuhlmanns enthielt dabei zweifellos eine Spitze gegen die ehemaligen jüdischen Eigentümer:

„Die Behauptung, dass die ‚Regeln des redlichen Verkehrs‘ nicht eingehalten worden sind, muss ich zurückweisen. Auch wird diese Frage von jemandem, der sich bemüht, eine ordnungsgemäss verkaufte und bezahlte Ware kostenlos zurück zu bekommen, besser nicht aufgeworfen.“ ⁷⁹⁸

Einen Ansatz, wie die Rückstellungscausa zu lösen sei, lieferte im Juli 1949 das Teilerkenntnis der Rückstellungskommission beim Landesgericht Linz im Verfahren Götzl, Illner und Askonas gegen Walter Franck, Else Sick und Lothar Kuhlmann: Walter Franck musste 2.000, Else Sick 800 und Lothar Kuhlmann 100 Kamig-Aktien zurückstellen. Die Antragsteller hatten Franck 39,80 Schilling, Sick 35 Schilling und Kuhlmann ebenfalls 35 Schilling pro Aktie zu bezahlen. ⁷⁹⁹ Der Kaufpreis, den die Rückstellungspflichtigen seinerzeit an Dinghofer zu leisten hatten, hatte zwischen 88 und 90 Reichsmark (= Schilling nach 1945) pro Stück betragen. ⁸⁰⁰

⁷⁹⁵ OÖLA, Rückstellungsakten, Rk 281/49, Gegenäußerung Otto Braun, 14.7.1949.

⁷⁹⁶ Ebenda, Rk 102/49, Götzl, Illner und Askonas gegen Lotte Proske, Beweisantrag Antragsteller, 16.8.1950.

⁷⁹⁷ Ebenda, Rk 693/48, Verhandlung Illner, Askonas und Götzl gegen Dinghofer, 21.12.1948.

⁷⁹⁸ Ebenda, Rk 320/1948, Götzl, Illner und Askonas gegen Lothar Kuhlmann, Kuhlmann an Rückstellungskommission Linz, eingelangt 8.3.1949.

⁷⁹⁹ Ebenda, Rk 130/47, Verhandlungsschrift und Teilerkenntnis, 5.7.1949.

⁸⁰⁰ ÖStA, AdR, Vermögensverkehrsstelle, Kamig, Dinghofer an Kamig, 12.5.1939; Archiv Kamig, Mappe Diversa, Anlage zu II/Zl. 3 des U-Blattes, Auszug aus dem Akt der VVSt, Abschrift, undatiert.

Auch wenn das Rückstellungsverfahren der jüdischen Eigentümer gegen Franz Dinghofer noch nicht abgeschlossen war, zeichnete sich ab, dass die öffentliche Verwaltung der Kamig in Kürze aufgehoben werden würde.⁸⁰¹ Am 23. März 1950 fand eine außerordentliche Hauptversammlung in den Geschäftsräumen der Firma in der Hansenstraße 4 in Wien statt. Anwesend waren die aktuellen Großaktionäre bzw. deren Vertreter. Von den 13.118 bei der Hauptversammlung registrierten Aktien gehörten 7.584 Paul Götzl, 1.981 Dr. Rudolf Illner und 1.873 der Familie Askonas. Ein größeres Aktienpaket mit 1.660 Stück wurde von Dr. Harold Seidler, dem Rechtsanwalt von Paul Götzl, vertreten. Bei diesem Paket handelte es sich zum größten Teil um die Aktien von Franz Dinghofer, für die ja Dr. Seidler als öffentlicher Verwalter fungierte. Die Aktienverteilung bei der Hauptversammlung zeigte jedenfalls, dass es den jüdischen Großaktionären bereits gelungen war, einen großen Teil ihres ehemaligen Besitzes wieder zu erlangen.⁸⁰² Zum Vorsitzenden des Aufsichtsrates wurde Paul Götzl bestellt. Weitere Mitglieder des Aufsichtsrates waren neben den Rechtsanwälten Dr. Harold Seidler und Dr. Gustav Rinesch (der die Interessen der Familie Askonas vertrat) noch Dipl.-Ing. Gert Götzl (der Sohn von Paul Götzl und Bruder von Fritz Götzl) sowie Richard Ryznar, der mit Paul Götzl schon lange bekannt war. Der Aufsichtsrat bestellte formell den Vorstand des Unternehmens, der aus Generaldirektor Fritz Götzl und Adolf Graf bestand.⁸⁰³ Am 1. April 1950 hob das Finanzministerium die öffentliche Verwaltung über die Kamig auf.⁸⁰⁴

Franz Dinghofer listete im September 1950 gegenüber der Rückstellungskommission in Wien die Herkunft seines derzeitigen Aktienbesitzes von 1.510 Stück auf: 330 Aktien habe er bereits vor 1938 besessen, den Rest habe er von der Creditanstalt, der Kamig und von Adolf Sandner erworben. Insgesamt erkannte er eine Rückstellungspflicht für nur 643 Aktien gegen die Zahlung des damaligen Kaufpreises an.⁸⁰⁵ Dinghofer bestritt, dass Paul Götzl wegen der Kamig-Aktien in Gestapohaft geraten sei, sondern ausschließlich wegen einer Anzeige des SA-Sturmchefen Fritz Hamburger, der seinerzeit wegen Götzl von einem österreichischen Militärgericht verurteilt worden war.⁸⁰⁶

Franz Dinghofer blieb vor Gericht bei der Aussage, dass der „wirkliche Erwerber“ der arisierten Aktien die Kamig – und nicht er selbst – gewesen sei.⁸⁰⁷ Er sei deshalb als „Strohmann“

⁸⁰¹ Vgl. ÖGZ, NL 87, Eugen Margaretha, M23, Tagebuch 1.3.1950.

⁸⁰² Archiv Kamig, Mappe Diversa, außerordentliche Hauptversammlung, 23.3.1950, Anwesenheitsliste.

⁸⁰³ Archiv Kamig, Protokolle Aufsichtsratssitzungen ab März 1950, 1. Aufsichtsratssitzung, 23.3.1950; ebenda, Kamig an Finanzministerium, 23.3.1950.

⁸⁰⁴ Archiv Kamig, Mappe Vorstand 1950–1954, Finanzministerium an Kamig, 1.4.1950.

⁸⁰⁵ Privatarhiv Prof. Dr. Peter Avancini, 63 Rk 100-105/50-65, Beweisantrag Dinghofer, 26.9.1950.

⁸⁰⁶ Ebenda.

⁸⁰⁷ OÖLA, Rückstellungsakten, Rk 693/48, Illner, Askonas und Götzl gegen Dinghofer, Franz Dinghofer, Ergänzung der Eingabe vom 12.1.1949, 23.2.1950.

aufgetreten, weil die Kamig nach deutschem Recht ihre eigenen Aktien nicht erwerben durfte. Dinghofer argumentierte wie folgt:

„Wenn ich – wie die Antragsteller behaupten – der wirkliche Käufer gewesen wäre, dann hätte nach den Ankäufen der Aktien von den Antragstellern zwischen der Kamig und mir ein Rechtsakt gesetzt werden müssen, durch den ich diese Aktien an die Kamig weiterverkauft hätte; ein solcher hat aber nie stattgefunden und trotzdem habe ich – wie oben erwähnt – von der Kamig Aktien gekauft.“⁸⁰⁸

Die Frage, ob seinerzeit ein „angemessener“ Preis den jüdischen Eigentümern für ihre Aktien gezahlt worden sei, war vor Gericht nicht schnell zu lösen. Im Jahr 1950 machte die Rückstellungskommission in Wien im Verfahren Götzl, Illner und Askonas gegen Dinghofer klar, dass ein Sachverständiger zu bestellen sei, für dessen Bezahlung die Antragsteller aufzukommen hätten.⁸⁰⁹

Auch wenn nach dem Stand des Verfahrens zu vermuten war, dass Dinghofer und seine Ehefrau Aktien zurückzustellen haben werden, war unklar, wie viele Aktien – Dinghofer hatte ja auch bereits vor 1938 über einen eigenen Aktienbesitz verfügt – und zu welchem Preis. Die unterschiedlichen Standpunkte der Parteien ergaben sich aus der unterschiedlichen Ausgangssituation: Dinghofer hatte für die nach dem „Anschluss“ erworbenen Aktien bezahlt, wohingegen die jüdischen Eigentümer vom Kaufpreis nichts oder zumindest nicht die volle Kaufsumme erhalten hatten. Rudolf Illner machte gegenüber Dinghofer im Jänner 1951 deutlich, wie sehr ihn der Aktienverlust finanziell schwer getroffen hatte:

„So wenig Sie auch dafür können, war ich ja doch jetzt gezwungen, mir den grössten Teil meines früheren Besitzes mit eigenem Geld zurückzukaufen, nachdem ich szt. [= seinerzeit] von dem Kaufbetrage so gut wie nichts erhalten (mein Sperrkonto wurde konfisziert und weggetragen), und hat mich die Führung der Prozesse und die Anwaltsvertretung in USA und hier ein Vermögen gekostet. In USA, wo ich immer in grossen Sorgen lebte und mich abrackerte, ist mir nichts geblieben, nur Schulden, und hier habe ich die wiedergekauften Aktien belehnen müssen.“⁸¹⁰

Vor allem wegen dieser Fragen – wie viele Aktien muss Dinghofer zu welchem Preis abgeben? – liefen parallel zum Rückstellungsverfahren Verhandlungen zwischen den Streitparteien, wie vor allem aus der Korrespondenz Dinghofer/Illner deutlich wird: Im September 1950 bot Dinghofer Illner 130 Aktien zum Preis von 100 Schilling pro Stück an.⁸¹¹ Illner wollte jedoch im Jänner 1951, dass ihm Dinghofer 322 Aktien kostenlos überlasse.⁸¹² Im März 1951

⁸⁰⁸ Privataarchiv Prof. Dr. Peter Avancini, 63 Rk 100-105/50-65, Beweisantrag Dinghofer, 26.9.1950.

⁸⁰⁹ Privataarchiv Prof. Dr. Peter Avancini, Protokoll Rückstellungsverfahren Rk 100/50, undatiert, handschriftlicher Vermerk: „26.10.1950?“.

⁸¹⁰ Privataarchiv Prof. Dr. Peter Avancini, Illner an Dinghofer, 1.1.1951.

⁸¹¹ Vgl. OÖLA, Rückstellungsakten, 63 Rk 100-105/50-65, Beweisantrag Dinghofer, 26.9.1950.

⁸¹² Privataarchiv Prof. Dr. Peter Avancini, Illner an Dinghofer, 1.1.1951.

hatten sich die beiden Parteien in ihren Standpunkten etwas angenähert: Illner wollte für die von ihm verlangten Aktien 46 Schilling pro Stück zahlen, Dinghofer bot 300 Aktien zum Preis von 73 Schilling an.⁸¹³

Franz Dinghofer lenkte schließlich bei der Anzahl jener Aktien, die er den ehemaligen jüdischen Eigentümern zu überlassen gedachte, ein: Anstatt 643 Stück wollte er im März 1951 1.350 Aktien zurückstellen.⁸¹⁴ Schließlich wurde das Rückstellungsverfahren im März 1951 (mit der Familie Askonas) bzw. im Mai 1951 (mit Götzl und Illner) formal mit einem gerichtlichen Vergleich beendet: Dinghofer stellte 1.350 Aktien aus seinem Besitz zum Preis von 66,66 Schilling pro Stück an Götzl (der 933 Aktien erhielt), Illner (267 Aktien) und Askonas (150 Aktien) zurück.⁸¹⁵ Ihm verblieben damit lediglich 160 Aktien, was deutlich weniger war, als er vor 1938 besessen hatte.⁸¹⁶ Zudem mussten er und seine Ehefrau darauf verzichten, Vermögensnachteile, die sich aus dem Vergleich ergaben, im Regresswege gegen die Kamig geltend zu machen.⁸¹⁷

Der Prozessmarathon war für die jüdischen Eigentümer nach der Einigung mit Dinghofer noch nicht abgeschlossen: Erst im November 1951 wurde das Rückstellungsverfahren, das die Antragsteller gegen die deutschen Großaktionäre Colsmann, Krefter und Haltermann angestrengt hatten, durch eine außergerichtliche Einigung beendet.⁸¹⁸

Eine korrekte Gegenüberstellung der Werte, die 1938 entzogen und nach 1945 restituiert wurden, kann in diesem Fall – wie auch in anderen Fällen – nur sehr beschränkt erfolgen: Man kann nicht wirklich berechnen, was der 1938 arisierte Betrieb nach 1945 wert gewesen wäre, wenn er nicht arisiert worden wäre. Zudem erlaubt die Quellenlage nicht, festzustellen, auf welcher Grundlage die Vergleiche in den Rückstellungsverfahren abgeschlossen wurden, weshalb die Überprüfung der bezahlten Summen kaum möglich erscheint.⁸¹⁹

Die weitere wirtschaftliche Entwicklung der Kamig verlief – unter Führung der Familie Götzl – gut: Im Jahr 1951 wurde eine um 25 Prozent höhere Produktion im Vergleich zum Jahr 1937 erreicht. Über ein Viertel der gesamten Liefermengen wurden im Ausland – besonders

⁸¹³ Privataarchiv Prof. Dr. Peter Avancini, Dinghofer an Illner, 27.3.1951.

⁸¹⁴ Privataarchiv Prof. Dr. Peter Avancini, Dinghofer an Illner, 31.3.1951.

⁸¹⁵ WStLA, M.Abt. 119, A41 – VEAV: 1. Bezirk, 880, Anmeldung entzogener Vermögen, Vergleichsausfertigung Rückstellungskommission, 13.3.1951; ebenda, M.Abt. 119, A41 – VEAV: 1. Bezirk, 93, Anmeldung entzogener Vermögen, Vergleichsausfertigung Rückstellungskommission, 31.5.1951. Siehe auch WStLA, M.Abt. 119, A41 – VEAV: 1. Bezirk, 92, Cäcilie Dinghofer an Magistratisches Bezirksamt für den 1. Bezirk, 12.10.1951.

⁸¹⁶ Vgl. auch Privataarchiv Prof. Dr. Peter Avancini, Dinghofer an Illner, 31.3.1951.

⁸¹⁷ WStLA, M.Abt. 119, A41 – VEAV: 1. Bezirk, 93, Anmeldung entzogener Vermögen, Vergleichsausfertigung Rückstellungskommission, 31.5.1951.

⁸¹⁸ OÖLA, Rückstellungsakten, Rk 53/49, Rückziehung des Antrages, eingelangt 9.11.1951.

⁸¹⁹ Vgl. allgemein Weber, Ausmaß und Folgen, 346 f.

in Italien, der Schweiz, Polen, Deutschland, Jugoslawien und Ungarn – abgesetzt. Zudem war man dabei, ein neues Kaolin-Vorkommen in Weinzierl in der Gemeinde Perg zu erschließen.⁸²⁰

Die Verantwortung Dinghofers

Dinghofer und Kamig

Weshalb das Kamig-Management und auch Dinghofer nach dem „Anschluss“ einen raschen Handlungsbedarf sahen, lässt sich aus dem Protokoll der Unterredung der Kamig-Verantwortlichen mit Paul Götzl vom April 1938 herauslesen: Demnach war eine Großbank – offenbar die Creditanstalt – bestrebt gewesen, zu einem besonders niedrigen Preis das Majoritätsaktienpaket Götzls zu erwerben.⁸²¹ Auch fürchtete man offenbar bei der Kamig, dass das Unternehmen von der reichsdeutschen Konkurrenz aufgekauft und in der Folge stillgelegt werden würde.⁸²²

Franz Dinghofer verantwortete sich in den Rückstellungsverfahren damit, dass die Initiative für die Arisierung der Kamig vom Management ausgegangen sei und nicht von ihm. Er selbst habe sich nur im Interesse des Unternehmens, mit dem er als Präsident schon lange verbunden gewesen war, als „Strohmann“ für den Kauf und Verkauf der Aktien zur Verfügung gestellt. Wesentliche Verkaufsschritte – wie die Bestimmung der Kauf- und Verkaufspreise der Aktien – seien von den Direktoren der Kamig vorbereitet und entschieden worden. Die Verrechnung der Käufe und Weiterverkäufe seien durch die Buchhaltung der Kamig erfolgt.⁸²³

Tatsächlich hat es den Anschein, dass die Impulse für die rasche Arisierung der Kamig nicht von Dinghofer, sondern vom Management der Kamig – Ecker, Graf und Niedermayr – ausgingen, das die angebliche politische Unruhe innerhalb der Arbeiterschaft in Schwertberg dazu benutzte, eine Änderung in den Eigentumsverhältnissen herbeizuführen.⁸²⁴ Diesen Eindruck vermittelt jedenfalls auch ein Schriftsatz, den die geschädigten jüdischen Eigentümer

⁸²⁰ Archiv Kamig, Protokolle Aufsichtsratssitzungen ab März 1950, 3. und 4. Aufsichtsratssitzung, 24.10.1951.

⁸²¹ OÖLA, Rückstellungsakten, Rk 320/1948, Götzl, Illner und Askonas gegen Lothar Kuhlmann, Gedächtnisniederschrift, 14.4.1938; Privatarhiv Prof. Dr. Peter Avancini, Protokoll und Teilerkenntnis der Rückstellungskommission Linz im Verfahren Rk 29/47 Paul Götzl gegen Dr. Franz Dinghofer, 25.5.1948. Zum Interesse der Creditanstalt siehe Privatarhiv Prof. Dr. Peter Avancini, Notiz von Franz Dinghofer, „Gründonnerstag, 14. April 1938“, datiert mit 15.4. und 16.4.1938.

⁸²² Privatarhiv Prof. Dr. Peter Avancini, 63 Rk 100-105/50-65, Beweisantrag Dinghofer, 26.9.1950. Das konkrete Interesse einer reichsdeutschen Firma an der Kamig kann dokumentiert werden (vgl. ÖStA, AdR, Vermögensverkehrsstelle, Kamig, Kreide-Fabrik Franz Hoffmann & Söhne, Neuburg a.D., an Vermögensverkehrsstelle, 24.1.1939).

⁸²³ Privatarhiv Prof. Dr. Peter Avancini, 63 Rk 100-105/50-65, Beweisantrag Dinghofer, 26.9.1950.

⁸²⁴ Privatarhiv Prof. Dr. Peter Avancini, Protokoll Rückstellungsverfahren Rk 100/50, undatiert, handschriftlicher Vermerk: „26.10.1950?“, Aussage Adolf Graf.

im April 1950 bei der Rückstellungskommission beim Landesgericht für Zivilrechtssachen in Wien einbrachten. Zu Dinghofer wurde darin festgestellt:

„Der Erstantragsgegner hatte volle Kenntnis von den Bemühungen des damaligen Prokuristen der Kamig, Dr. Rudolf Ecker, die Arisierung so rasch als möglich durchzuführen. Er wusste, dass Dr. Ecker zu diesem Zweck zum Parteibeauftragten der NSDAP für die Kamig bestellt worden war [...].“⁸²⁵

Vor der Rückstellungskommission bestätigte Dr. Ecker, dass Dinghofer keinerlei Einfluss auf die Vertragsmodalitäten mit den jüdischen Eigentümern genommen hatte. Dies sei – so Ecker – die Aufgabe von Direktor Graf und ihm selbst gewesen.⁸²⁶ Adolf Graf wiederum sah nach 1945 für die Arisierung der Kamig den kommissarischen Leiter Dr. Ecker „unter Mitwirkung des Präsidenten der Gesellschaft als Treuhänder“ verantwortlich.⁸²⁷ Aus alledem geht hervor, dass Dinghofer jedenfalls nicht der Initiator der Arisierung war.

Offenbar war ursprünglich tatsächlich daran gedacht worden, dass die Kamig – und nicht Dinghofer persönlich – die Aktien der jüdischen Aktionäre erwerben sollte. Demnach hätte man – so Dr. Ecker vor Gericht – Dinghofer bloß als „Aushängeschild“ für den Aktienerwerb benötigt und durch einen von der Kamig beschafften Kredit den Ankauf finanziert.⁸²⁸ Aber auch die letztendlich gewählte Vorgangsweise, wonach Dinghofer – und nicht die Kamig – als Käufer und Weiterverkäufer in Erscheinung getreten war, war selbst von der Vermögensverkehrsstelle nur so interpretiert worden, dass Dinghofers Stellung „der eines Treuhänders gleichzustellen“ sei.⁸²⁹ Jedenfalls konnte die Beteuerung Dinghofers, nicht er selbst, sondern die Kamig sei der wirkliche Erwerber der Aktien der jüdischen Eigentümer gewesen, in all den Jahren vor Gericht nicht entkräftet werden.⁸³⁰

⁸²⁵ Privatarchiv Prof. Dr. Peter Avancini, Vorbereitender Schriftsatz und Antrag auf Anberaumung einer Streitverhandlung, 3.4.1950.

⁸²⁶ Ebenda, Protokoll Rückstellungsverfahren 63 Rk 100/50 [Auszug], Zeugenaussage Dr. Ecker, 30.9.1950.

⁸²⁷ WStLA, M.Abt. 119, A42, NS-Registrierungsakt Adolf Graf, Ansuchen um Nachsicht von der Registrierung, 28.6.1945.

⁸²⁸ Privatarchiv Prof. Dr. Peter Avancini, Protokoll Rückstellungsverfahren 63 Rk 100/50 [Auszug], Zeugenaussage Dr. Ecker, 30.9.1950.

⁸²⁹ ÖStA, AdR, Vermögensverkehrsstelle, Kamig, Aktenvermerk, 11.7.1940.

⁸³⁰ Siehe WStLA, M.Abt. 119, A41 – VEAV: 1. Bezirk, 93, Anmeldung entzogener Vermögen, Vergleichsausfertigung Rückstellungskommission, 31.5.1951. Vgl. auch das von Dinghofer, Graf und Ecker gezeichnete Schreiben der Kamig vom 24. Mai 1938 an die Vermögensverkehrsstelle (ÖStA, AdR, Vermögensverkehrsstelle, Kamig): „Der Kauf dieser Aktien wurde durch den Präsidenten der Gesellschaft, Herrn Dr. Franz Dinghofer als treuhändischer Käufer durchgeführt.“ Siehe weiters Archiv Kamig, Mappe Öffentliche Verwaltung, Bericht über Kamig in NS-Zeit, 24.5.1945 (verfasst von Adolf Graf): „Dieser [der kommissarische Leiter der Kamig] trifft die Massnahmen zur Ueberführung des nichtarischen Aktienbesitzes, wobei der Präsident der Gesellschaft als Treuhänder fungiert.“ Vgl. auch den Beweisantrag Dinghofers vom September 1950 (Privatarchiv Prof. Dr. Peter Avancini, 63 Rk 100-105/50-65, Beweisantrag Dinghofer, 26.9.1950).

Dass die Kamig – mit Hilfe des „Strohmanns“ Adolf Sandner – letztendlich doch von einer reichsdeutschen Gruppe mehrheitlich übernommen werden konnte, lag sicherlich nicht in den Intentionen Dinghofers. Die Frage, wer Sandner, der als Großkäufer für Kamig-Aktien aufgetreten war, ins Spiel gebracht hatte, wurde nach 1945 beantwortet, indem Dr. Ecker dieses „Verdienst“ für sich reklamierte.⁸³¹ Dinghofer beteuerte später, er habe seinerzeit – allerdings vergeblich – die Vermögensverkehrsstelle darauf aufmerksam gemacht, dass es sich bei Sandner um einen „Hochstapler“ handle.⁸³²

Auch der Anstoß für die Entfernung des jüdischen Generaldirektors Dr. Illner kam nicht von Dinghofer, sondern aus dem Management der Kamig: Nach einer Aussage von Dr. Ecker vom September 1950 machte Illner noch in den ersten Tagen nach dem „Anschluss“ Dienst. Erst eine Vorsprache des technischen Direktors Niedermayr, der von Forderungen der Belegschaft in Schwertberg berichtete, die jüdischen Funktionäre zu entfernen, seien der Anlass für den Rücktritt Illners gewesen.⁸³³ Diese Darstellung der Ereignisse stimmt mit dem Eindruck Illners überein, der nach 1945 in diesem Zusammenhang gegenüber einem Kamig-Mitarbeiter von „Niedermayrs Verrat“ sprach.⁸³⁴

Freilich ergibt sich aus den vorhandenen Unterlagen kein einziger Hinweis, dass sich Dinghofer gegen die Arisierung ausgesprochen hätte. Vielmehr war er offenbar von Anfang an bereit, sich in den Dienst der Sache zu stellen und für einen raschen Übergang der Aktienpakete der jüdischen Eigentümer in „arische“ Hände zu sorgen. So unterschrieb er – neben dem kommissarischen Verwalter Ecker – auch die fristlose Entlassung Illners. Zudem setzte er – gemeinsam mit Ecker – Illner mit der Feststellung unter Druck, der Widerruf der Entlassung könne nur unter der Bedingung erfolgen, dass Illner seine Aktien hergebe und auch bei der Herausgabe der Aktien von Götzl und Askonas behilflich sei.⁸³⁵

Die übrigen handelnden Personen bei der Arisierung

Wie aus dem oben Gesagten hervorgeht war die Arisierung der Kamig nicht allein das Werk Dinghofers, sondern es hatten daran auch das Management der Kamig – vor allem Dr. Rudolf Ecker, Adolf Graf und Norbert Niedermayr – sowie der Rechtsanwalt Dr. Josef Langer

⁸³¹ Privataarchiv Prof. Dr. Peter Avancini, Protokoll Rückstellungsverfahren 63 Rk 100/50 [Auszug], Zeugenaussage Dr. Ecker, 30.9.1950.

⁸³² Privataarchiv Prof. Dr. Peter Avancini, Rückstellungsverfahren Rk 100/50 gegen Götzl, Illner, Askonas, Aussage Dinghofer, 13.2.1951.

⁸³³ Privataarchiv Prof. Dr. Peter Avancini, Protokoll Rückstellungsverfahren 63 Rk 100/50 [Auszug], Zeugenaussage Dr. Ecker, 30.9.1950.

⁸³⁴ Privataarchiv Karl Rieder, Unterlagen Kamig, Illner an Hans Riedl, 19.8.1946.

⁸³⁵ Privataarchiv Prof. Dr. Peter Avancini, Illner an Dinghofer, 1.1.1951.

einen großen Anteil gehabt. Insofern ist es zielführend, auf die genannten Personen näher einzugehen und insbesondere deren Verhältnis zum Nationalsozialismus einer Betrachtung zu unterziehen.

Eine Schlüsselposition bei der Arisierung der Kamig nahm der 41-jährige Dr. Rudolf Ecker ein. Als „kommissarischer Verwalter“ durfte er allein alle Rechtshandlungen für das Unternehmen durchführen, während alle sonstigen Organe ihre Befugnisse verloren.⁸³⁶ Der studierte Jurist war bereits per 1. April 1933 in die – damals noch legale – NSDAP, Ortsgruppe Wien, eingetreten.⁸³⁷ Im Handelsregister ist er mit 11. Mai 1937 als Prokurist der Kamig verzeichnet.⁸³⁸

In einem Personal-Fragebogen der NSDAP führte er im Mai 1938 seine Tätigkeiten für die Partei ausführlich an, wobei er vor allem die Arisierung der Kamig als sein alleiniges Verdienst herausstrich:

„Wahrung der NS Interessen im Rahmen meines Berufes in einem für die nationale Wirtschaft wichtigen Rohstoffunternehmen, auch in der schwersten Zeit, so dass ich nach dem Umbruche, von der Gaubetriebszellenleitung Wien und Bez. Leiter Pg. Gigl zum Kommissarischen Leiter der Kamig AG bestellt, ohne Störung des Betriebes mit seiner Belegschaft von 300 Mann, die völlige Arisierung des Unternehmens in kürzester Frist in vollster Ordnung durchführen konnte.“⁸³⁹

Im Mai 1938 gehörte Ecker bereits der SA an. Auch wenn er nach dem „Anschluss“ noch jahrelang als frühes Parteimitglied der NSDAP gegolten hatte, wurde jedoch letztendlich seine Parteimitgliedschaft für ungültig erklärt, da er während der Zeit des Verbots der Partei in Österreich keine Mitgliedsbeiträge mehr gezahlt hatte und auch keine ausreichende illegale Betätigung nachweisen konnte. Er galt schließlich als „ausgetreten“ ab Juni 1935.⁸⁴⁰

Eckers Karriere in der Kamig gelangte bald zu einem Ende, wurde er doch als ehemaliger Offizier des Ersten Weltkriegs bereits im September 1938 zur Militärdienstleistung und ab Ende 1939 zur dauernden Frontdienstleistung eingezogen. Nach Kriegsdienst und Kriegsge-

⁸³⁶ Fuchs, Vermögensverkehrsstelle, 59 f.

⁸³⁷ BArch Berlin, R 9361 (BDC/PK), II/193116, Dr. Rudolf Ecker, Schiedsamt München an Gauschatzmeister Wien, 31.5.1941.

⁸³⁸ WStLA, Handelsregister, B 13/241.

⁸³⁹ BArch Berlin, R 9361 (BDC/PK), II/193116, Dr. Rudolf Ecker, Personal-Fragebogen NSDAP, 20.5.1938.

⁸⁴⁰ Ebenda, Schiedsamt München an Gauschatzmeister Wien, 31.5.1941; WStLA, Gauakten, Dr. Rudolf Ecker, Mitteilung SA-Standarte 4 Wien, 13.5.1938; WStLA, M.Abt. 119, A42, NS-Registrierungsakt Dr. Rudolf Ecker, Meldeblatt VG 1947, 28.7.1947; ebenda, NSDAP Reichsleitung München an Reichschatzmeister Wien, 31.5.1941.

fangenschaft kehrte er erst nach über sechs Jahren nach Wien zurück. Die neue Kamig-Führung war zu diesem Zeitpunkt an seiner Mitarbeit nicht mehr interessiert, weshalb er Rechtsanwaltsanwärter wurde.⁸⁴¹

Die nach dem „Anschluss“ erfolgte Beförderung von Rudolf Ecker zum kommissarischen Leiter der Kamig hätte innerhalb des Unternehmens durchaus für Probleme sorgen können, war doch Ecker zuvor als stellvertretender Direktor dem eigentlichen Direktor Adolf Graf unterstellt gewesen. Allerdings bestand eine betriebliche Übereinkunft, wonach intern im Hinblick auf die Leitung des Unternehmens keine Änderung vorgenommen werden sollte.⁸⁴² In diesem Sinne war es auch nicht verwunderlich, dass Graf in die Arisierung des Unternehmens maßgeblich eingebunden war: Er führte gemeinsam mit Dr. Ecker die (Vor-)Verhandlungen mit den jüdischen Großaktionären wegen des Ankaufes der Aktien und mitunterfertigte mehrere Schreiben an die Vermögensverkehrsstelle.⁸⁴³ Für den 50-jährigen Graf, der bereits seit 1927 als Verkaufsdirektor fungiert hatte,⁸⁴⁴ bedeutete jedenfalls die Ablöse des bisherigen Geschäftsführers Dr. Rudolf Illner den Karrieresprung an die Spitze des Unternehmens, der nur durch das relative kurze Intermezzo von Adolf Sandner als Alleinvorstand unterbrochen wurde.

Nach dem „Anschluss“ galt Graf als Parteianwärter der NSDAP.⁸⁴⁵ Parteimitglied wurde er mit 1. April 1940.⁸⁴⁶

Adolf Graf war ein Phänomen, gelang es ihm doch als Einzigen, eine Spitzenfunktion in der Kamig vor, während und nach der NS-Zeit innezuhaben. Dass er selbst noch unmittelbar nach Kriegsende, als er sich als öffentlicher Verwalter der Kamig einsetzen lassen wollte, die seinerzeitige Arisierung des Unternehmens herunterspielte, zeigt ein von ihm am 24. Mai 1945 verfasster Bericht: „Die Arisierung des Aktienbesitzes erfolgte im übrigen im Einvernehmen mit den zuständigen Stellen durchaus legal und loyal.“⁸⁴⁷ Nur kurze Zeit später – als Fritz

⁸⁴¹ WStLA, M.Abt. 119, A42, NS-Registrierungsakt Dr. Rudolf Ecker, Ecker an NS-Registrierungsstelle für den 1. Bezirk, 26.7.1947; ebenda, Bescheid Registrierungsbehörde, 26.8.1947.

⁸⁴² Privatarchiv Prof. Dr. Peter Avancini, Protokoll Rückstellungsverfahren 63 Rk 100/50 [Auszug], Zeugenaussage Rudolf Ecker, 30.9.1950.

⁸⁴³ Vgl. u.a. ÖStA, AdR, Vermögensverkehrsstelle, Kamig, Dinghofer an Vermögensverkehrsstelle, 12.5.1939; Privatarchiv Prof. Dr. Peter Avancini, Protokoll Rückstellungsverfahren 63 Rk 100/50 [Auszug], Zeugenaussage Dr. Rudolf Ecker, 30.9.1950; ebenda, Protokoll Rückstellungsverfahren Rk 100/50, Zeugenaussage Adolf Graf, undatiert, handschriftlicher Vermerk: „26.10.1950?“; ebenda, Rk 100/50, Aussage Dinghofer, 13.2.1951; ÖStA, AdR, Vermögensverkehrsstelle, Kamig, Kamig an Vermögensverkehrsstelle, 24.5.1938; ebenda, Kamig an Vermögensverkehrsstelle, 4.8.1938; ebenda, Kamig an Vermögensverkehrsstelle, 2.2.1939.

⁸⁴⁴ Höpoltzeder, Kamig, 34.

⁸⁴⁵ ÖStA, AdR, Gauakt Adolf Graf, Politische Beurteilung, 5.7.1940.

⁸⁴⁶ BArch Berlin, R 9361-IX, NSDAP-Gaukartei, Adolf Graf.

⁸⁴⁷ Archiv Kamig, Mappe Öffentliche Verwaltung, Bericht über Kamig in NS-Zeit, 24.5.1945. Adolf Graf ist in dem Bericht nicht explizit als Verfasser genannt. Da jedoch zu diesem Zeitpunkt kein anderer

Götzl, der Sohn des früheren Mehrheitseigentümers, wieder im Land war – sollte Graf freilich ausschließlich die Interessen der Familie Götzl vertreten, wofür Fritz Götzl ihm hinsichtlich der seinerzeitigen Arisierung einen Persilschein ausstellte: „Die Ueberführung des nichtarischen Aktienanteiles unseres Unternehmens im Jahre 1938 wurde nicht von ihm durchgeführt.“⁸⁴⁸

Eine große Rolle bei der Arisierung spielte auch der technische Direktor, der direkt im Bergbaubetrieb der Kamig in Oberösterreich arbeitete: Der 42-jährige gebürtige Perger Norbert Niedermayr⁸⁴⁹ hatte die angebliche Unruhe der Arbeiterschaft im Betrieb dazu benutzt, die ersten Impulse für die Arisierung zu setzen. Der abgesetzte jüdische Geschäftsführer Dr. Rudolf Illner empfand den „Verrat“ Niedermayrs als besonders schmerzlich, hatte er doch diesen, der schon im März 1920 Betriebsleiter der Kamig gewesen war, zu seinen engsten Mitarbeitern gezählt.⁸⁵⁰

Nach seinen eigenen späteren Angaben hatte Niedermayr vor 1938 keiner politischen Partei angehört, war aber Wähler der Großdeutschen Volkspartei gewesen.⁸⁵¹ Nach Zeugenaussagen galt er jedoch als „Altparteigenosse“ und „fanatischer Anhänger der NSDAP“.⁸⁵² Niedermayr wurde jedenfalls unter dem Datum 1. Mai 1938 als Mitglied in die NSDAP aufgenommen.⁸⁵³ Mit diesem Beitrittsdatum und der Mitgliedsnummer 6,266.898 galt er als einer jener besonders anerkannten Parteigenossen, die sich bereits in der Zeit des Verbotes der NSDAP in Österreich – zwischen 1933 und 1938 – für die nationalsozialistische Sache betätigt hatten.⁸⁵⁴ Für die Partei übte Niedermayr auch die Funktion eines Kreiswirtschaftsberaters des Kreises Perg aus.⁸⁵⁵

Wegen seiner Rolle in der sogenannten „Mühlviertler Hasenjagd“, für die er als Volksturmkommandant auch die Arbeiter der Kamig aufgeboten hatte, setzte sich Niedermayr

verantwortlicher Topmanager im Unternehmen arbeitete und im Bericht vor allem die positive Rolle Graf's herausgestrichen wird, ist an seiner Autorenschaft nicht zu zweifeln.

⁸⁴⁸ WStLA, M.Abt. 119, A42, NS-Registrierungsakt Adolf Graf, Bescheinigung von Fritz Götzl, 26.6.1945.

⁸⁴⁹ WStLA, Meldeunterlagen Norbert Niedermayr.

⁸⁵⁰ Privatarchiv Karl Rieder, Unterlagen Kamig, Illner an Hans Riedl, 19.8.1946; WStLA, Volksgerichtsakten, Vg Vr 6211/1947, Protokoll Hauptverhandlung, 14./15.12.1948.

⁸⁵¹ WStLA, Volksgerichtsakten, Vg Vr 6211/1947, Protokoll Hauptverhandlung, 14./15.12.1948.

⁸⁵² Ebenda, 81, Niederschrift Niedermayr, 5.8.1947; ebenda, 213–219, Anklageschrift, 23.7.1948; ebenda, Postenkommandant Schwertberg an Landesgericht Linz-Nord, 30.7.1947.

⁸⁵³ BArch Berlin, R 9361-IX, NSDAP-Gaukartei, Norbert Niedermayr.

⁸⁵⁴ Vgl. OÖLA, Landesregierung, Präsidium, Sch. 27, Präs. 21.017/48, Sicherheitsdirektor an Amt der Landesregierung am 13. April 1948; Schuster, NS-Kommunalpolitik, 260 und 293 f.; Kuretsidis-Haider/Garscha, Linzer Volksgericht, 1526.

⁸⁵⁵ WStLA, Volksgerichtsakten, Vg Vr 6211/1947, 81, Niederschrift Niedermayr, 5.8.1947.

nach Kriegsende ab und tauchte vorerst unter.⁸⁵⁶ Im Juni 1946 verhaftet, wurde ihm vor dem Volksgericht Wien der Prozess wegen Hochverrat, Kriegsverbrechen und Mord gemacht.⁸⁵⁷ Die Vorwürfe der Anklage gegen ihn, für den Tod von russischen KZ-Häftlingen verantwortlich gewesen zu sein, wurden vor Gericht nicht bestätigt. Die Aussagen der Zeugen waren nicht eindeutig, ob der Befehl Niedermayrs an die Männer des Volkssturmaufgebotes, die aus dem KZ Mauthausen entflohenen Häftlinge bei Antreffen sofort zu erschießen, tatsächlich gefallen war.⁸⁵⁸ Im Urteil des Gerichts wurde Niedermayr jedenfalls im Dezember 1948 in allen Anklagepunkten freigesprochen.⁸⁵⁹ Eine Rückkehr in die Kamig war für ihn freilich nicht mehr möglich.

Der 31-jährige Dr. Josef Langer nahm bei der Arisierung der Kamig eine wichtige Rolle ein. Er war bereits 1932 der NSDAP beigetreten. Seine Mitgliedschaft wurde schließlich als durchgehend bestehend zwischen 1932 und 1945 angesehen.⁸⁶⁰ Zwischen 1932 und 1934 hatte er auch der SA angehört.⁸⁶¹ Auch der Nationalsozialistische Rechtswahrerbund zählte ihn zu seinen frühen Mitgliedern.⁸⁶² Alle politischen Beurteilungen bestätigten seine Einsatzfreude und Verlässlichkeit für die nationalsozialistische Sache.⁸⁶³

Langer war 1938 Rechtsanwaltsanwärter in der Kanzlei von Dr. Alfred Musil, die ursprünglich Paul Götzl persönlich vertreten hat, gewesen.⁸⁶⁴ Nach der Verhaftung Götzls sollte Langer dessen Freilassung aus der Gestapohaft und die Aufhebung der Sperre von dessen Aktienvermögen erreichen. Dies erschien aber nur unter der Voraussetzung möglich, dass die Aktien

⁸⁵⁶ WStLA, Volksgerichtsakten, Vg Vr 6211/1947, 81, Niederschrift Niedermayr, 5.8.1947; ebenda, Landesgendarmierkommando Mühlviertel, Vernehmungsniederschrift Maskinger, 5.6.1946.

⁸⁵⁷ Ebenda, Niederschrift Niedermayr, 5.8.1947;

⁸⁵⁸ WStLA, Volksgerichtsakten, Vg Vr 6211/1947, Landesgendarmierkommando Mühlviertel an Staatsanwaltschaft beim Landesgericht Linz-Nord, 5.6.1946; ebenda, Niederschrift Tacha, 6.9.1947.

⁸⁵⁹ Ebenda, Urteilsspruch und Beratungsprotokoll, 18.12.1948.

⁸⁶⁰ BArch Berlin, R 9361-IX, NSDAP-Gaukartei, Dr. Josef Langer; WStLA, M.Abt. 119, A42, NS-Registrierungsakt Dr. Josef Langer, Meldeblatt VG 1947, 6.8.1947.

⁸⁶¹ WStLA, M.Abt. 119, A42, NS-Registrierungsakt Dr. Josef Langer, Langer an Rechtsanwaltskammer Wien, 12.1.1947.

⁸⁶² Ebenda, BM für Inneres, Abschrift der wichtigsten Teile aus dem Gauakt Dr. Langer, politische Beurteilung durch NS-Rechtswahrerbund, 5.6.1942.

⁸⁶³ Ebenda, BM für Inneres, Abschrift der wichtigsten Teile aus dem Gauakt Dr. Langer, politische Beurteilung Ortsgruppe Burgviertel, 1.11.1940; ebenda, politische Beurteilung Gaupersonalamt, 6.11.1941; ebenda, politische Beurteilung Ortsgruppe Burgviertel, 3.4.1942; ebenda, politische Beurteilung NS-Rechtswahrerbund, 5.6.1942; ebenda, politische Beurteilung Ortsgruppe Hungerberg, 18.3.1943; siehe auch ÖStA, AdR, Gauakt Dr. Josef Langer.

⁸⁶⁴ Vgl. WStLA, M.Abt. 119, A42, NS-Registrierungsakt Dr. Josef Langer, Langer an Rechtsanwaltskammer Wien, 12.1.1947; ÖStA, AdR, Vermögensverkehrsstelle, Kamig, RA Buchta an Vermögensverkehrsstelle, 10.2.1939; ebenda, Dinghofer an Vermögensverkehrsstelle, 12.8.1938.

Götzls in arische Hände gelangen, nicht jedoch von der eigenen Familie übernommen werden.⁸⁶⁵ Auf Grund des Interessenkonflikts zwischen der Kamig-Führung und der Familie Götzl legte Langer während der „Verhandlungen“, die mit Paul Götzl am 14. April 1938 im Polizeigefangenenhaus geführt wurden, seine, Götzl betreffende, Vollmacht zurück.⁸⁶⁶ Dr. Langer war – gemeinsam mit Dr. Ecker – nicht nur für die Verfassung der Gedächtnisniederschrift über den Verkauf der Götzl-Aktien verantwortlich, sondern auch für den „Nachtrag“ vom 22. April 1938, wonach Götzl die Erklärung abgeben musste,

„dass er dieses mündlich getroffene Abkommen, betreffend Veräußerung seines Aktienpaketes, wegen etwaiger Verletzung über die Hälfte des wahren Wertes, sowie aus dem Titel von Zwang, Furcht und ähnlichen Titeln nicht anfechten werde und ausdrücklich auf so eine Anfechtung verzichte“.⁸⁶⁷

In der Folge wurde Dr. Langer von der Vermögensverkehrsstelle als Treuhänder eines Depots bestellt, das der Kamig zur Verfügung stehen sollte, falls diese wegen Haftungen und Verlusten aus der Beteiligung an der Ungarischen Kaolin-Werke AG in Anspruch genommen werde.⁸⁶⁸ Die finanzielle Bedeckung dieses Depots wurde in unzulässiger Weise vom Kaufpreis der Aktien von Paul Götzl und Rudolf Illner zu Lasten der beiden Verkäufer abgezogen.⁸⁶⁹ Unabhängig von der ursprünglichen zeitlichen Befristung des Depots bemühte sich das Kamig-Management – Graf und Ecker – bei der Vermögensverkehrsstelle erfolgreich um eine Verlängerung.⁸⁷⁰ Im Februar 1939 trat Dr. Langer dann noch als Rechtsvertreter für den neuen Großaktionär der Kamig, Adolf Sandner, in Erscheinung.⁸⁷¹

⁸⁶⁵ Vgl. Privataarchiv Prof. Dr. Peter Avancini, Protokoll Rückstellungsverfahren 63 Rk 100/50 [Auszug], Zeugenaussage Dr. Ecker, 30.9.1950; ebenda, 63 Rk 100-105/50-65, Beweisantrag Dinghofer, 26.9.1950.

⁸⁶⁶ OÖLA, Rk 320/1948, Götzl, Illner und Askonas gegen Lothar Kuhlmann; auch vorhanden in Archiv Kamig, Gedächtnisniederschrift 1938.

⁸⁶⁷ OÖLA, Rückstellungsakten, Rk 320/48, Götzl, Illner und Askonas gegen Lothar Kuhlmann, Nachtrag zur Gedächtnisniederschrift, 22.4.1918, beglaubigte Abschrift; auch vorhanden in Archiv Kamig, Gedächtnisniederschrift 1938.

⁸⁶⁸ ÖStA, AdR, Vermögensverkehrsstelle, Kamig, Vermögensverkehrsstelle an Dr. Langer, 9.8.1938; ebenda, Langer an Vermögensverkehrsstelle, 8.9.1938.

⁸⁶⁹ Vgl. Archiv Kamig, Mappe Diversa, Fritz Götzl an Bundesministerium für Vermögenssicherung und Wirtschaftsplanung, 10.4.1946.

⁸⁷⁰ ÖStA, AdR, Vermögensverkehrsstelle, Kamig, Kamig an Vermögensverkehrsstelle, 2.2.1939; ebenda, Aktenvermerk Vermögensverkehrsstelle, 9.2.1939.

⁸⁷¹ Ebenda, Nachtrag zum Aktenvermerk, 20.2.1939.

Im Laufe des Jahres 1940 wurde Langer zur Wehrmacht eingezogen.⁸⁷² In den Jahren 1943, 1944 und 1945 konnte er zumindest einzelne Rechtsvertretungen in Wien übernehmen.⁸⁷³ Nach Kriegsdienst und US-Kriegsgefangenschaft wurde er im November 1945 von der Staatspolizei Wien verhaftet, da er im Verdacht stand, der Geheimen Feldpolizei angehört zu haben. Das gegen ihn eingeleitete Strafverfahren vor dem Volksgericht Wien wurde jedoch im Dezember 1946 eingestellt.⁸⁷⁴ Nachdem er von der Wiener Rechtsanwaltskammer als Rechtsanwalt suspendiert worden war, bemühte er sich um die Aufhebung der Suspendierung mit dem Hinweis, dass er während der NS-Zeit zahlreiche Rechtsvertretungen für Juden und politisch Verfolgte übernommen hätte, wodurch er in das Visier der Gestapo gelangt sei.⁸⁷⁵ Nach dem Verbotsgesetz 1947 galt Langer schließlich als „minderbelastet“.⁸⁷⁶

Wie sehr hat Dinghofer von der Arisierung persönlich profitiert?

Franz Dinghofer profitierte von der Arisierung der Kamig insofern, als es ihm auch nach dem von ihm mitgestalteten Eigentümerwechsel möglich war, seine Stellung als Vorsitzender des Aufsichtsrates zu behalten. Im Falle der Übernahme des Unternehmens durch eine Großbank oder die reichsdeutsche Konkurrenz wäre dies wohl zweifelhaft gewesen.

Auch als Aktionär hatte Dinghofer sicherlich ein Interesse an einem – in seinem Sinne – geordneten Eigentümerwechsel. Im schlimmsten Fall – wenn die reichsdeutsche Konkurrenz die Aktienmehrheit erlangt hätte – wäre die Kamig womöglich stillgelegt worden, wodurch die Kamig-Aktien gänzlich wertlos geworden wären.⁸⁷⁷

Durch die Arisierung gelang es Dinghofer, seinen eigenen Aktienbesitz deutlich zu vermehren. Im Zuge der nach 1945 geführten Ermittlungen nach dem Verbleib des ehemaligen Aktienbesitzes der jüdischen Großaktionäre wurde auch jener von Dinghofer vor, während

⁸⁷² ÖStA, AdR, Gauakt Dr. Josef Langer, Gutachten des Ortsgruppenleiters, 26.2.1943; WStLA, M.Ab. 119, A42, NS-Registrierungsakt Dr. Josef Langer, BM für Inneres, Abschrift der wichtigsten Teile aus dem Gauakt Dr. Langer, politische Beurteilung Ortsgruppe Burgviertel, 3.4.1942; ebenda, politische Beurteilung Ortsgruppe Hungerberg, 18.3.1943. Im April 1940 war er noch als Rechtsanwalt in Wien tätig (vgl. ÖStA, AdR, Gauakt Dr. Josef Langer, Langer an Gaurechtsamt, 3.4.1940).

⁸⁷³ ÖStA, AdR, Gauakt Dr. Josef Langer, Langer an Gaurechtsamt, 6.7.1943; ebenda, Langer an NSDAP-Gauleitung Wien, 30.11.1943; ebenda, Langer an Gaurechtsamt, 17.3.1944; ebenda, Langer an NSDAP-Gauleitung Wien, 22.2.1945.

⁸⁷⁴ WStLA, M.Ab. 119, A42, NS-Registrierungsakt Dr. Josef Langer, Langer an Rechtsanwaltskammer Wien, 12.1.1947.

⁸⁷⁵ Ebenda, Meldeblatt VG 1945, 15.5.1946; ebenda, Langer an Rechtsanwaltskammer Wien, 12.1.1947. Siehe auch ÖStA, AdR, Gauakt Dr. Josef Langer, ZEST-Anfrage, 15.4.1947: „L. hat sich in einer Eingab[e] a[n] d[as] BMf.I. [Bundesministerium für Inneres] m[it] d[er] Bitte gewendet eine Berichtigung seiner politischen Beurteilung vorzunehmen. L. gibt an, d[ie] Verhaftung durch d[ie] Gestapo am 22.5.38 vorgetäuscht zu haben, Angeh[öriger] d[er] SA von 1932 b[is] 34 und illeg[aler] NS [Nationalsozialist] gewesen zu sein.“

⁸⁷⁶ Ebenda, Meldeblatt VG 1947, 6.8.1947.

⁸⁷⁷ Privataarchiv Prof. Dr. Peter Avancini, 63 Rk 100-105/50-65, Beweisantrag Dinghofer, 26.9.1950.

und nach der NS-Zeit recherchiert – mit durchaus unterschiedlichen Ergebnissen. Bei der außerordentlichen Generalversammlung der Kamig im Dezember 1938 verfügte Dinghofer über 1.854 Aktien, und zwar einerseits über nicht näher ausgewiesene 1.249 Stück sowie 605 Stück, die als „Altbesitz“ deklariert waren.⁸⁷⁸ Diese Zahl stimmt mit einem Bericht Dinghofers an die Kamig vom Mai 1939 überein, in dem er bestätigte, dass er 1.249 Aktien aus der Arisierungskaktion an sich selbst verkauft habe.⁸⁷⁹ Demzufolge musste man nach 1945 davon ausgehen, er habe vor dem „Anschluss“ 605 Aktien besessen.⁸⁸⁰ Anfang 1949 gab Dinghofer hingegen an, dass er vor 1938 nur 300 Kamig-Aktien im Eigentum gehabt hatte.⁸⁸¹ Im Februar 1950 korrigierte er diese Feststellung dahingehend, dass er vor dem März 1938 330 Aktien besessen habe.⁸⁸² Diese Zahl wurde schließlich als die gültige während des Rückstellungsverfahrens anerkannt.⁸⁸³

Noch viel unübersichtlicher wird die Situation, wenn man versucht, den Aktienbesitz Dinghofers während der NS-Zeit zu untersuchen, war dieser doch einem stetigen Wandel unterworfen. Die großen Züge dieser Entwicklung wurden bereits oben dargestellt. Im April 1938 verfügte Dinghofer über 12.145 Aktien der jüdischen Großaktionäre, das waren sämtliche Aktien mit Ausnahme jener 1.000 Stück, die von Paul Götzl der Gefolgschaft der Kamig gewidmet worden waren.⁸⁸⁴ Durch größere Verkäufe, denen aber auch mehrere Käufe gegenüberstanden, verringerte sich der Aktienbesitz Dinghofers rapide. Bei den ordentlichen Hauptversammlungen der Kamig im Juni 1942 und im April 1943 war er jeweils mit 1.510 Aktien vertreten.⁸⁸⁵ Die Frage, wie viele Aktien er unmittelbar nach der NS-Zeit besaß, beschäftigte nach 1945 die neue Kamig-Führung sowie die Behörden wiederholt. 1946 ging man in der Kamig von aktuell 2.115 Dinghofer-Aktien aus,⁸⁸⁶ was sich aber nicht bestätigen ließ. Offenbar konfrontiert mit Unterlagen, wonach er über ein Nominale von 161.000 Reichsmark – demnach

⁸⁷⁸ Archiv Kamig, Mappe ao. GV Dezember 1938, Aktionärsliste per 22.12.1938.

⁸⁷⁹ ÖStA, AdR, Vermögensverkehrsstelle, Kamig, Dinghofer an Kamig, 12.5.1939.

⁸⁸⁰ Vgl. Archiv Kamig, Mappe Diversa, Bundesministerium für Vermögenssicherung und Wirtschaftsplanung, Vorläufiges Abschlussblatt (Abschrift), 16.9.1947; ebenfalls vorhanden in Archiv Kamig, Mappe Öffentliche Verwaltung.

⁸⁸¹ OÖLA, Rückstellungsakten, Rk 693/48, Illner, Askonas und Götzl gegen Dinghofer, Schreiben Dinghofer, 15.1.1949

⁸⁸² Ebenda, Ergänzung der Eingabe vom 12.1.1949, 23.2.1950.

⁸⁸³ Vgl. Privatarhiv Prof. Dr. Peter Avancini, Vorbereitender Schriftsatz und Antrag auf Anberaumung einer Streitverhandlung, 3.4.1950; ebenda, 63 Rk 100-105/50-65, Beweisantrag Dinghofer, 26.9.1950.

⁸⁸⁴ Archiv Kamig, Mappe GV April 1938, Protokoll o. GV, 27.4.1938, sowie beiliegende Unterlagen.

⁸⁸⁵ Archiv Kamig, Mappe Generalversammlungen bis 1948, Hauptversammlung 4.6.1942, Anwesenheitsliste; ebenda, Hauptversammlung 22.4.1943, Anwesenheitsliste.

⁸⁸⁶ Archiv Kamig, Mappe Diversa, Fritz Götzl an Bundesministerium für Vermögenssicherung und Wirtschaftsplanung, 5.11.1946, Beilage 1, Bericht über die Gründe der Einsetzung eines öffentlichen Verwalters für die Kamig.

1.610 Aktien – verfügte, schlüsselte Dinghofer im September 1947 die Eigentümer und Eigentümerinnen der betreffenden Aktien, nämlich sich selbst, seine Ehefrau, seine Töchter und seinen Schwiegersohn auf. 1.510 Aktien der Kamig besaßen demnach Franz und Cäcilie Dinghofer gemeinsam.⁸⁸⁷ Im Jahr 1950 bezifferte Dinghofer seinen Aktienbesitz ebenfalls mit 1.510 Stück.⁸⁸⁸

Aus dem Dargestellten wird deutlich, dass es Dinghofer gelungen war, seinen Aktienbesitz während der NS-Diktatur deutlich zu erhöhen, ja beinahe zu verfünffachen. Sein Anteil am gesamten Aktienbestand der Kamig stieg von 2,2 Prozent vor dem „Anschluss“ auf über zehn Prozent am Ende der NS-Zeit. Ohne die erfolgte Arisierung wäre diese Vermehrung seines Aktienbesitzes wohl nicht eingetreten.

Noch schwieriger als die Frage nach dem wechselnden Aktienbesitz Dinghofers ist die Frage zu beantworten, inwieweit er vom Kauf und Verkauf der Kamig-Aktien finanziell profitiert hatte. Die jüdischen Großaktionäre der Kamig argumentierten nach 1945, dass ihnen 1938 ein viel zu niedriger Preis für ihre Aktienpakete zugestanden worden sei. Der Nennwert einer Aktie lag bei 100 Altschilling (= 66,66 Reichsmark). Im November 1946 gab Fritz Götzl gegenüber den Behörden an, der Kurswert – also der tatsächliche Wert einer Aktie – sei bei 300 Altschilling (= 200 Reichsmark) gewesen.⁸⁸⁹ Nach dieser Rechnung waren die 124 Schilling (= 82,66 Reichsmark) bzw. die 140 Schilling (= 93,33 Reichsmark), die Paul Götzl sowie Carl und Rudolf Askonas bzw. Rudolf Illner für ihre Aktien angeboten wurden,⁸⁹⁰ tatsächlich sehr wenig. Dinghofer vertrat hingegen, vor allem nach 1945, die Ansicht, man hätte den jüdischen Großaktionären seinerzeit einen zu hohen – und nicht zu niedrigen – Preis für ihre Aktien zugebilligt.⁸⁹¹ Als Argument führte er an, dass sich der Weiterverkauf der arisierten Aktien schwierig gestaltete, weil die Aktien nicht auf der Börse gehandelt wurden, das Schicksal der Kamig als unbestimmt angesehen wurde und generell der Aktienmarkt überschwemmt gewesen sei.⁸⁹² Freilich ist dem entgegenzuhalten, dass ohne die Rahmenbedingungen des NS-Staates und die Verfolgungsmaßnahmen gegen die jüdische Bevölkerung die meisten von

⁸⁸⁷ ÖStA, AdR, BM für Finanzen und Vermögenssicherung, J 278/15, Kamig, Dinghofer an Bundesministerium für Vermögenssicherung, 23.9.1947.

⁸⁸⁸ OÖLA, Rückstellungsakten, Rk 693/48, Illner, Askonas und Götzl gegen Dinghofer, Ergänzung der Eingabe vom 12.1.1949, 23.2.1950; Privataarchiv Prof. Dr. Peter Avancini, 63 Rk 100-105/50-65, Beweisantrag Dinghofer, 26.9.1950.

⁸⁸⁹ WStLA, M.Abt. 119, A41 – VEAV: 1. Bezirk, 93, Anmeldung entzogener Vermögen, 4.11.1946 und 27.7.1949.

⁸⁹⁰ ÖStA, AdR, Vermögensverkehrsstelle, Kamig, Dinghofer an Kamig, 12.5.1939; Privataarchiv Prof. Dr. Peter Avancini, Notiz von Franz Dinghofer, „Gründonnerstag, 14. April 1938“, datiert mit 15.4. und 16.4.1938

⁸⁹¹ Privataarchiv Prof. Dr. Peter Avancini, Protokoll Verhandlung Kreisgericht Wels, 15.1.1947.

⁸⁹² Privataarchiv Prof. Dr. Peter Avancini, Rückstellungsverfahren Rk 100/50 gegen Götzl, Illner, Askonas, Aussage Dinghofer, 13.2.1951.

Dinghofer angeführten Probleme für einen Verkauf von Kamig-Aktien nicht bestanden hätten.⁸⁹³

In weiterer Folge konnte Dinghofer – wie oben dargestellt – auf Grund der Arisierungsaktion seinen Aktienbestand vermehren, wobei in der Kamig festgelegt worden war, dass für Mitglieder des Verwaltungsrates – wie Dinghofer – ein Kaufpreis von 124 Schilling, für alle anderen aber ein Preis von 130 bis 135 Schilling gelten sollte.⁸⁹⁴ Dinghofer nutzte jedenfalls diesen Vorzugspreis beim Erwerb von 1.249 Aktien aus.⁸⁹⁵ Da er von diesen Aktien wiederum 606 Stück an Adolf Sandner weiterverkaufte,⁸⁹⁶ ist davon auszugehen, dass er bei dieser Transaktion einen Gewinn machte.

Dinghofer, der mit Genehmigung der Vermögensverkehrsstelle den Verkauf aller arisierten Aktien durchführte, erzielte bei der Weitergabe an unterschiedliche Interessenten zum Teil höhere Preise, als er beim Kauf den jüdischen Großaktionären gezahlt hatte: Walter Franck zahlte 132 bzw. 135 Schilling, Josef Poschacher 130 Schilling, Adolf Sandner, Amalie Mayer und Eberhard von Sick jeweils 135 Schilling, Fritz Becker 132 Schilling.⁸⁹⁷ Dinghofer verzeichnete deshalb durch den Weiterverkauf der Aktien abzüglich von Bankzinsen und Spesen einen Mehrerlös von 17.526,37 Reichsmark, den er freilich nicht selbst behalten konnte, da der Grundsatz galt, dass solche Gewinne der Allgemeinheit – sprich dem NS-Staat – zufließen müssen.⁸⁹⁸ Er machte gegenüber der Vermögensverkehrsstelle den Vorschlag, dass aus dem erzielten Gewinn seine Arbeitsleistung mit 9.526,32 Reichsmark abgegolten werde. Die Vermögensverkehrsstelle lehnte dieses Begehren jedoch als „zu hoch“ ab und sah lediglich pro Monat einen Betrag von 500 Reichsmark, demnach insgesamt 5.000 Reichsmark, als angemessen an.⁸⁹⁹

Es gab allerdings noch weitere Einkünfte Dinghofers, zahlte ihm doch auch die Kamig in der Zeit vom 1. April bis 31. Dezember 1938 ein monatliches Gehalt von über 500 Reichsmark.⁹⁰⁰ In dieser Zeit verfügte er in der Kamig-Zentrale über ein eigenes Büro und eine

⁸⁹³ Vgl. Unfried, Restitution von Unternehmen, 229 f.

⁸⁹⁴ ÖStA, AdR, Vermögensverkehrsstelle, Kamig, Dinghofer an Vermögensverkehrsstelle, 12.5.1939.

⁸⁹⁵ Ebenda, Dinghofer an Kamig, 12.5.1939.

⁸⁹⁶ Privatarchiv Prof. Dr. Peter Avancini, Protokoll Verhandlung Kreisgericht Wels, 15.1.1947.

⁸⁹⁷ Archiv Kamig, Mappe Diversa, Anlage zu II/Zl. 3 des U-Blattes, Auszug aus dem Akt der VVSt, Abschrift, undatiert.

⁸⁹⁸ ÖStA, AdR, Vermögensverkehrsstelle, Kamig, Vermögensverkehrsstelle an Dinghofer, 28.7.1938; ebenda, Kamig an Abwicklungsstelle der Vermögensverkehrsstelle, 5.6.1940. Allgemein siehe Weber, Grundzüge, 91.

⁸⁹⁹ Ebenda, Aktenvermerk, 11.7.1940; ebenda, Vermögensverkehrsstelle an Dinghofer, 17.7.1940.

⁹⁰⁰ ÖStA, AdR, Bundespensionsamt/Zentralbesoldungsamt, Zl. 78-2133 (Kt. 2674), Franz Dinghofer, Der Oberfinanzpräsident Wien, Jahresabrechnung Dinghofer pro 1938, 16.9.1939; ebenda, Äußerung der Buchhaltung der Kamig, undatiert.

Schreibkraft.⁹⁰¹ Erst mit 31. Dezember 1938 schied Dinghofer als „Vertragsangestellter“ aus den Diensten der Kamig aus und konnte daher die volle Pensionszahlung aus seiner Tätigkeit im öffentlichen Dienst beantragen.⁹⁰² Unabhängig von diesem „Vertragsangestellten“-Gehalt erhielt Dinghofer eine monatliche Vergütung von 600 bzw. 300 Reichsmark für seine Tätigkeit als Vorsitzender bzw. stellvertretender Vorsitzender des Aufsichtsrats der Kamig.⁹⁰³ Er bekam von der Kamig wegen seiner Verdienste bei der Arisierung noch ein weiteres Präsent, wie ihm der Vorstand des Unternehmens, Adolf Sandner, im März 1939 mitteilte:

„Als Vorstand und Vertreter der Aktienmehrheit erlaube ich mir daher namens der Kamig Ihnen, hochverehrter Herr Präsident, zum Ausdruck des Dankes und der Anerkennung für Ihren persönlichen Einsatz, der weit über Ihre gesellschaftliche Funktion hinausging, das Dienstauto der Kamig, Steyr 220, in Ihr Eigentum zu überlassen.“⁹⁰⁴

Gehalt und Vergütungen, die Dinghofer erhielt, waren auch im Rahmen seiner Tätigkeit für das Forstgut Oberhammer in Weitersfelden (Bezirk Freistadt, Oberösterreich) gedacht, das der Kamig gehörte.⁹⁰⁵ Vom Vorstand Adolf Sandner war er im März 1939 wegen seiner „landwirtschaftlichen Kenntnisse und Erfahrungen“ für „die Oberaufsicht und Oberleitung“ des Gutes bestellt worden, im August 1939 hatte er die Leitung jedoch bereits wieder zurückgelegt.⁹⁰⁶ Nach der NS-Zeit rechnete es sich Dinghofer als Verdienst an, die beabsichtigte Veräußerung des Oberhammergutes verhindert zu haben.⁹⁰⁷

Die Beurteilung von Dinghofers Rolle bei Arisierung und Rückstellung

Das Hauptrückstellungsverfahren der drei jüdischen Großaktionäre Götzl, Illner und der Familie Askonas gegen Franz Dinghofer endete mit keinem Schuldspruch für Dinghofer, sondern mit einem Vergleich. Das heißt, die Frage, ob bei der Arisierung der Kamig-Aktien die

⁹⁰¹ Privatarchiv Prof. Dr. Peter Avancini, Rückstellungsverfahren Rk 100/50 gegen Götzl, Illner, Askonas, Aussage Dinghofer, 13.2.1951.

⁹⁰² ÖStA, AdR, Bundespensionsamt/Zentralbesoldungsamt, Zl. 78-2133 (Kt. 2674), Franz Dinghofer, Dinghofer an Oberfinanzamt (Pensionsabteilung), 2.1.1939.

⁹⁰³ Vgl. Archiv Kamig, Mappe Generalversammlungen bis 1948, Protokoll ao. GV, 16.12.1938; ebenda, Mappe Aufsichtsrat neu, Fritz Götzl an Dinghofer, 16.8.1945.

⁹⁰⁴ Archiv Kamig, Mappe Vorstand und Dr. Sandner, Vorstand Kamig an Dinghofer, 9.3.1939.

⁹⁰⁵ Vgl. ÖStA, AdR, Bundespensionsamt/Zentralbesoldungsamt, Zl. 78-2133 (Kt. 2674), Franz Dinghofer, Meldung über die Grundlagen für die Stilllegung von Ruhe(Versorgungs)genüssen, 25.5.1938.

⁹⁰⁶ Archiv Kamig, Mappe Vorstand und Dr. Sandner, Sandner an Dinghofer, 16.3.1939; ebenda, Brief an Hans Temech, Gutsverwalter Gut Oberhammer, 16.3.1939; ebenda, Schreiben an Gutsverwalter Temech, 31.8.1939.

⁹⁰⁷ Privatarchiv Prof. Dr. Peter Avancini, Dinghofer an Kamig, undatiert [Aug./Sept. 1945].

„Regeln des redlichen Verkehrs“ im Sinne des Dritten Rückstellungsgesetzes eingehalten worden waren, wurde vor Gericht nicht abschließend beantwortet.⁹⁰⁸ Mit „redlich“ im Sinne des damaligen Gesetzes war gemeint, dass der Erwerber den Käufer auswählen hatte können und der Kaufpreis angemessen gewesen war.⁹⁰⁹

Theoretisch hätte die Arisierung nicht nur ein Fall für die Rückstellungskommission, sondern auch für das Volksgericht sein können. Der Paragraph 6 des Kriegsverbrechergesetzes beschrieb nämlich den Tatbestand der „missbräuchlichen Bereicherung“ mit einem Strafrahmen von einem bis zu fünf Jahren schwerem Kerker, im Extremfall sogar mit bis zu zehn Jahren Kerker.⁹¹⁰ In der Praxis war freilich der Beweis nicht leicht zu führen, dass es sich um einen „unverhältnismäßigen Vermögensvorteil“ gehandelt habe. So reichte der bloße Vorsatz, ein gutes Geschäft machen zu wollen, für die Verurteilung eines Ariseurs nicht aus.⁹¹¹

Franz Dinghofer stand jedenfalls in den Augen der Gerichte der Nachkriegszeit trotz seiner Rolle bei der Arisierung der Kamig makellos da. Im langen Rückstellungsverfahren traf das Gericht sogar die Feststellung, es solle nicht bestritten werden, dass Dinghofer im seinerzeitigen Aktienkauf und -verkauf mit Götzl die einzig richtige Lösung gesehen habe.⁹¹²

Die rechtliche Beurteilung der Behörden der Nachkriegszeit ist eine Sache, die moralische und rechtliche Sicht aus heutiger Perspektive eine andere. Die politischen Rahmenbedingungen des Jahres 1938 machten „redliche“ Geschäftsbeziehungen zwischen Juden und Ariern unmöglich.⁹¹³ Im Großen und Ganzen galt für die Arisierung der Kamig das, was generell für Arisierungen festzustellen ist:

„Dies war kein Eigentumsübergang zwischen gleichberechtigten Partnern, sondern war gekennzeichnet von folgenden Faktoren: der jüdische Eigentümer mußte auf seine Eigentumsrechte verzichten, auch wenn er nicht wollte; die Entschädigung, die er dafür erhielt, entsprach in keiner Weise dem wirklichen Wert; über diese Entschädigung hatte der jüdische Verkäufer zumeist kein Verfügungsrecht; der jüdische Verkäufer hatte auch keinen Einfluß, auf wen die Eigentumsrechte übergingen; er mußte alle Bedingungen ohne Einspruchsmöglichkeit hinnehmen; es gab keine Gleichbehandlung jüdischer Vermögenswerte mit anderen, für Juden und deren Eigentum galten eigene Regelungen; alles erfolgte unter großem Zeitdruck, da die Bedingungen für die Arisierung und für das Leben von Juden ständig nachteiliger wurden.“⁹¹⁴

⁹⁰⁸ Vgl. BGBl. 54/1947, § 5, Abs. 2: „Wurden bei einer Vermögensentziehung im übrigen die Regeln des redlichen Verkehrs eingehalten, so hat der Erwerber zwar das entzogene Vermögen zurückzustellen, zur Leistung von Ersatz ist er jedoch nur bei Verschulden verpflichtet.“

⁹⁰⁹ Unfried, Restitution von Unternehmen, 232.

⁹¹⁰ Loitfellner, „Ariseure“ vor Gericht, 194 f.

⁹¹¹ Ebenda.

⁹¹² Privatarchiv Prof. Dr. Peter Avancini, Beschluss der Rückstellungsoberkommission beim Oberlandesgericht Linz, 30.9.1948.

⁹¹³ Unfried, Restitution von Unternehmen, 232.

⁹¹⁴ Fuchs, Vermögensverkehrsstelle, 1.

Insbesondere die Studien der Österreichischen Historikerkommission haben eine differenzierte Betrachtung von Arisierungen ermöglicht. Dabei traten auch Unterschiede in der Beurteilung des Vermögensentzugs, den die Arisierung darstellte, zu Tage: Wurde dieser von manchen Experten klar als „Raub“ – „manchmal mehr, selten weniger“ – bezeichnet,⁹¹⁵ wollten andere darunter angesichts des komplexen bürokratischen Prozesses und des Interesses des NS-Staates an einer Regulierung auch der „arischen“ Wirtschaft nicht einfach einen reinen individuellen Raub- und Gewaltakt verstehen.⁹¹⁶

Aus den Unterlagen des Rückstellungsverfahrens gegen Dinghofer geht jedenfalls hervor, dass an dem Umstand, dass es sich bei dem seinerzeitigen Kauf der Aktien um eine „nichtige Vermögensentziehung“ gehandelt habe, nicht zu rütteln war. So erklärte im September 1948 die Rückstellungsoberkommission Linz im Verfahren Götzl gegen Dinghofer ausdrücklich, dass das seinerzeit abgeschlossene Geschäft und der Kaufvertrag nichtig seien.⁹¹⁷

Ist der Vermögensentzug der Kamig-Aktien als eine gewaltsame oder als eine „freundliche“ Arisierung – gemeint ist auf Basis von Absprachen der beteiligten Personen – zu charakterisieren oder ist er irgendwo zwischen diesen beiden Polen einzuordnen?⁹¹⁸

Insbesondere der Ort sowie die Begleitumstände der „Verhandlungen“ mit Paul Götzl – fanden diese doch während der Gestapohaft Götzls statt – lassen die Beteiligung Dinghofers an der Arisierung der Kamig-Aktien als sehr problematisch erscheinen. Auch sein Bericht an die Vermögensverkehrsstelle vom Mai 1939, in dem er auf den Widerstand der Familie Götzl gegen den Aktienverkauf hinwies und meinte, dass dieses Hindernis „durch die massgebende Unterstützung der Gestapo beseitigt“ worden sei,⁹¹⁹ wirft auf den ehemaligen Justizminister und Präsidenten des Obersten Gerichtshofes der Republik Österreich kein gutes Licht. Umgekehrt waren die späteren Beteuerungen Dinghofers, er habe sich bei den NS-Behörden auch für die Interessen der jüdischen Eigentümer eingesetzt, nicht völlig aus der Luft gegriffen: In einem Schreiben der Kamig, das von Dinghofer, Ecker und Graf unterzeichnet worden war, traten diese im Mai 1938 gegenüber der Vermögensverkehrsstelle für die Wahrung der „vertraglichen Rechte“ des ehemaligen Geschäftsführers Illner ein, der für die Errichtung und den Ausbau des Unternehmens Wesentliches beigetragen habe.⁹²⁰

⁹¹⁵ Böhmer, Bundesministerien, 17.

⁹¹⁶ Vgl. Unfried, Liquidierung und Arisierung, 225 f.; Melichar, Bankwesen, 22 f.

⁹¹⁷ Privatarchiv Prof. Dr. Peter Avancini, Beschluss der Rückstellungsoberkommission beim Oberlandesgericht Linz, 30.9.1948.

⁹¹⁸ Zu dieser Begrifflichkeit vgl. Unfried, Liquidierung und Arisierung, 225.

⁹¹⁹ Vgl. ÖStA, AdR, Vermögensverkehrsstelle, Kamig, Dinghofer an Vermögensverkehrsstelle, 12.5.1939.

⁹²⁰ ÖStA, AdR, Vermögensverkehrsstelle, Kamig, Kamig an Vermögensverkehrsstelle, 24.5.1938.

Dinghofer verantwortete sich nach dem Krieg damit, dass er die Arisierung der Kamig zunächst abgelehnt habe. Erst auf Bitte der jüdischen Eigentümer sei er bereit gewesen, die Rolle des Treuhänders der Aktien zu übernehmen.⁹²¹ Dass die jüdischen Eigentümer – angesichts ihrer Zwangslage – in der Person von Franz Dinghofer einen in ihren Augen akzeptablen Käufer sahen, ist möglich. Für die nach 1945 getätigte Aussage Dinghofers jedoch, er hätte mit dem Kauf der Kamig-Aktien den jüdischen Eigentümern geholfen,⁹²² finden sich in den Akten – außer den Beteuerungen Dinghofers – keine direkten Belege. Auch in anderen Fällen war es so, dass die vor Gericht Beschuldigten damit argumentierten, den jüdischen Eigentümern einen Gefallen getan zu haben.⁹²³

In diesem Zusammenhang ist interessant, wie nach 1945 die geschädigten Eigentümer selbst die Rolle Dinghofers beurteilten. Von den Brüdern Askonas ist keine Stellungnahme zu Dinghofer überliefert, zu Paul Götzl gibt es allerdings Informationen: Paul Götzls Sohn, Fritz Götzl, dürfte als öffentlicher Verwalter eine kritische Haltung gegenüber Dinghofer eingenommen haben, wie sich schon im Sommer 1945 bei der Ablöse des ehemaligen Kamig-Präsidenten als stellvertretenden Vorsitzenden des Aufsichtsrats zeigte. Ob das Verhältnis auch zu Paul Götzl bereits unmittelbar nach dem Krieg sehr belastet war, ist fraglich. Dinghofer war jedenfalls 1945 der Meinung, mit seiner seinerzeitigen Taktik Paul Götzl genützt bzw. ihn wahrscheinlich vor dem Konzentrationslager bewahrt oder vielleicht gar das Leben gerettet zu haben. Er meinte auch, er sei bei seiner Tätigkeit durch Götzls „äußerst kluge Haltung“ wesentlich unterstützt worden.⁹²⁴ Im März 1948 wurde Dinghofer tatsächlich von dritter Seite hinterbracht, dass die „Götzls“ „immer nur in Tönen der höchsten Hochachtung“ über ihn sprechen sollen.⁹²⁵ Paul Götzl trat offenbar vor Gericht persönlich nicht in Erscheinung und überließ das Betreiben der Rückstellungen seinem Sohn Fritz. Dinghofer selbst fühlte sich jedenfalls schließlich von der Familie Götzl ungerecht behandelt, wie er in einem privaten Brief im Februar 1951 betonte:

„Ich sehe die Hauptschwierigkeit darin, daß ich die Überzeugung habe, gar nicht der wirkliche Käufer der Aktien zu sein, ich lediglich von der Kamig als Werkzeug benützt wurde, die Familie Götzl unvernünftige Forderungen stellt und hiebei Methoden gebraucht, die einen anständigen Menschen abstoßen.“

⁹²¹ Privataarchiv Prof. Dr. Peter Avancini, Dinghofer an Kamig, undatiert [Aug./Sept. 1945].

⁹²² Vgl. Privataarchiv Prof. Dr. Peter Avancini, Rk 100/50, Aussage Dinghofer, 13.2.1951;

⁹²³ Loitfellner, „Ariseure“ vor Gericht, 205; Böhmer, Wer konnte, griff zu, 47.

⁹²⁴ Privataarchiv Prof. Dr. Peter Avancini, Dinghofer an Kamig, undatiert [Aug./Sept. 1945].

⁹²⁵ Privataarchiv Prof. Dr. Peter Avancini, Brief an Dinghofer, 15.3.1948.

Auch für das Nichterscheinen von Paul Götzl vor Gericht fand Dinghofer deutliche Worte: „Es wäre ehrlicher gewesen, wenn er erklärt hätte, ich kann nicht kommen, weil ich meine Lügen dann selbst aufdecken müsste.“⁹²⁶

Anders als mit Götzl dürfte die Beziehung zwischen Dinghofer und Dr. Rudolf Illner nach 1945 gewesen sein. In den nachgelassenen Papieren Dinghofers befindet sich eine Reihe von Briefen, die – trotz der Rechtsstreitigkeiten und der unterschiedlichen Standpunkte hinsichtlich der Rückstellung der Kamig-Aktien – von einem vertrauensvollen, ja geradezu amikalen Verhältnis der beiden zeugen. In einem Schreiben sprach Illner sogar von „meinem alten Freund Herrn Präsidenten Dinghofer“.⁹²⁷ Die grundsätzliche Einstellung Illners zu den Vorgängen bei der Arisierung 1938 in Bezug auf die Rolle Dinghofers wird an mehreren Stellen deutlich: So schrieb Illner im November 1945 aus New York an Dinghofer:

„Ich hoffe und nehme an, dass Sie und Ihre w[erte] Familie sich wohlfinden und dass Sie trotz Ihrer exponierten Vergangenheit Ihrer liberalen Gesinnung treu geblieben sind und sich während der Naziherrschaft politisch nicht kompromittiert haben. Ich habe mich von dem Schock nie ganz erholt, den mir Oesterreich und gewisse Herren bei der Kamig erteilt haben und ich habe in den sieben Jahren nicht gelernt, mich mit den Geschehnissen abzufinden.“⁹²⁸

Mitten im Rechtsstreit versicherte Illner Anfang 1951 Dinghofer: „Es war nicht mein Verlangen, mich auf Ihre Kosten zu bereichern, nur deshalb weil Sie 1938 – meiner Meinung nach unbewusst – Fehler gemacht haben, welche man jetzt auszuwerten versucht.“⁹²⁹ Im April 1951 schrieb Illner an Dinghofer: „Ihre Anschauung, dass wir Beide, Sie und ich, bedauerliche Verluste auf uns nehmen müssen, teile ich und ich wünsch nur, dass von nun an sich unser altes freundschaftliches Verhältnis in ungetrübter Form noch lange fortsetzen möge.“⁹³⁰ Schon aus diesen Passagen wird die grundsätzlich positive Einstellung Illners zu Dinghofer deutlich, aber auch die Auffassung Illners, wonach nicht primär Dinghofer für die seinerzeitigen Geschehnisse bei der Kamig verantwortlich zu machen sei.

Aus dem Schriftverkehr geht auch hervor, dass Illner ursprünglich gar keine Klage gegen Dinghofer einbringen wollte:

„Zunächst möchte ich Ihnen verraten, dass ich von Anfang an, schon in meinen Briefen aus USA an Götzl und unsere Anwälte, gegen die Motive, das Ausmass und die klägerischen Ansprüche gegen Sie Stellung nahm, mich lange weigerte mitzutun, und immer wieder anregte, man solle mich statt der Klagen eine gütliche Verständigung mit Ihnen versu-

⁹²⁶ Privatarhiv Prof. Dr. Peter Avancini, Dinghofer an Illner, 23.2.1951.

⁹²⁷ Privatarhiv Prof. Dr. Peter Avancini, Illner an Dinghofer, 29.3.1951.

⁹²⁸ Privatarhiv Prof. Dr. Peter Avancini, Illner an Dinghofer, 30.11.1945.

⁹²⁹ Privatarhiv Prof. Dr. Peter Avancini, Illner an Dinghofer, 1.1.1951.

⁹³⁰ Privatarhiv Prof. Dr. Peter Avancini, Illner an Dinghofer, 6.4.1951.

chen lassen. Erst als Götzl, dessen Zusagen meiner materiellen und personellen Rehabilitation bei der Kamig für mich unentbehrlich waren, darauf drängte, dass ich mich gegen Sie anschliesse, gab ich nach und überliess die ganze Frage der Aktien-Restitution, deren juristische Voraussetzungen sowie Methoden der Geltendmachung mir in USA eher fremd waren, den Anwälten in Wien."⁹³¹

Durch den Briefwechsel Illner/Dinghofer wird aber auch deutlich, dass das Verhältnis von Vater und Sohn Götzl zu Illner zunehmend belastet war. So schrieb Illner im Jänner 1951 an Dinghofer:

„Je mehr ich erkannte, dass blosser Gier der Götzls das Motiv des Verhaltens mir gegenüber und Ihnen gegenüber war, und ein Übermut, dessen eben nur Menschen fähig sind, welche das Schicksal mit Leid und Opfern, wie sie mir die traurigen Jahre gebracht haben, verschont hatte, desto stärker wurde mein Wunsch, mich von den Götzls zu separieren und mich mit Ihnen auf der Basis eines Schadlos-Minimums zu verständigen.“⁹³²

Insgesamt ist das Verhalten Dinghofers bei der Arisierung des Unternehmens als durchaus problematisch einzustufen. Dies gilt aber ebenso für sein Agieren in der Rückstellungssache. Durch das Studium der betreffenden Unterlagen wird deutlich, dass Dinghofer nur dann bereit war, Informationen herauszugeben und Taten zu setzen, wenn er dazu durch die Behörden genötigt war. Aber selbst gegenüber dem Bundesministerium für Vermögenssicherung gab er sich im September 1947 noch sehr zugeknöpft. Befragt zu den Aktien, die er für Dritte im Oktober 1944 von Carl Müller erworben hatte, teilte Dinghofer bloß mit:

„Die Fragen, ob diese Aktien am 27. April 1947 österr. oder reichsdeutscher Besitz waren, wo sich dieselben derzeit befinden, ob und bejahenden Falles an wem die damaligen Käufer sie weiter veräussert haben, vermag ich ohne Befragung und Ermächtigung der Käufer nicht zu beantworten.“⁹³³

Dass die Rückstellung der Kamig-Aktien zu einer sich lange hinziehenden Geschichte wurde, war nicht allein die Schuld Dinghofers, sondern hing auch mit der Eigenart der österreichischen Rückstellungsgesetzgebung zusammen. Man muss sich vergegenwärtigen, dass es ein generelles Leitmotiv der damaligen österreichischen Politik war, die Rückstellungen von jüdischem Eigentum möglichst einzuschränken.⁹³⁴ In der Praxis bestand das Grundproblem darin, dass die Ariseure vielfach den Kaufpreis zwar tatsächlich beglichen hatten, aber von den NS-Behörden angewiesen worden waren, diesen auf ein Sperrkonto einzuzahlen. Die

⁹³¹ Privatarchiv Prof. Dr. Peter Avancini, Illner an Dinghofer, 1.1.1951.

⁹³² Ebenda.

⁹³³ ÖStA, AdR, BM für Finanzen und Vermögenssicherung, J 278/15, Kamig, Dinghofer an Bundesministerium für Vermögenssicherung, 23.9.1947.

⁹³⁴ „Ich bin dafür, die Sache in die Länge zu ziehen“, 9 und 37–46; Rathkolb, Paradoxe Republik, 373 f.; Bailier-Galanda, Entstehung, 577–580; Böhmer, Bundesministerien, 17; Böhmer, Wer konnte, griff zu, 48 f.

geschädigten jüdischen Eigentümerinnen und Eigentümer hatten aber auf dieses keinen Zugriff gehabt. Vielfach hatten sie von der Kaufsumme nur einen Teil oder auch gar nichts erhalten, weil der eingezahlte Kaufpreis mit Steuerschulden, Reichsfluchtsteuer, Judenvermögensabgabe, Arisierungsgeld usw. gegenverrechnet worden war. Nach 1945 erklärte der österreichische Staat – da er sich nicht als Rechtsnachfolger des NS-Staates verstand –, in dieser Hinsicht keine Entschädigungen an die enteigneten Personen leisten zu wollen. Damit war aber für zahlreiche Rückstellungsverfahren die Ausgangssituation schwierig: Die Ariseure wollten zumindest das von ihnen bezahlte Geld zurückbekommen, während dies die Geschädigten nicht leisten konnten oder wollten. Eine gerechte Entscheidung über die (Teil-)Rückstattung des Kaufpreises durch die Geschädigten an die Rückstellungspflichtigen sollten die Rückstellungskommissionen unter Abwägung der Interessen beider Seiten treffen.⁹³⁵ Der Streitpunkt, wie hoch die finanzielle Gegenleistung für die Rückgabepflichtigen ausfallen sollte, war der Grund dafür, dass schon die Rückstellungskommissionen auf Vergleiche hinarbeiteten und tatsächlich die Mehrzahl der auf Basis des Dritten Rückstellungsgesetzes geführten Verfahren mit einem Vergleich endete.⁹³⁶

Antisemitismus

Wohl zu kaum einem Aspekt in Dinghofers Biographie gibt es in der wissenschaftlichen Literatur so unterschiedliche Meinungen wie in der Frage, wie sehr er selbst als Antisemit hervorgetreten ist. Die Bandbreite reicht dabei von der Ansicht, er habe „sich öffentlich immer wieder antisemitisch“ geäußert, bis zur Feststellung, es sei „keine einzige Passage [zu] finden, in welcher auch nur in Ansätzen irgendeiner dieser Vorwürfe Bestätigung finden könnte“.⁹³⁷

Diese Ausgangslage machte es für die vorliegende Arbeit notwendig, sehr genau möglichst viele Wortmeldungen Dinghofers in unterschiedlichem Kontext zu analysieren, um eine profundere Aussage über seine Einstellung hinsichtlich Antisemitismus machen zu können. In diesem Zusammenhang erscheint es auch geraten, einen Blick auf diejenigen Parteien zu werfen, denen Dinghofer angehörte, aber auch auf jene, die bzw. deren Vertreter ebenfalls antisemitisches Gedankengut transportiert haben.

⁹³⁵ Bailer-Galanda, Entstehung, bes. 88, 97 f., 101, 105, 110 f., 119, 575, 577 f.; Unfried, Restitution von Unternehmen, 261 f.; Fuchs, Vermögensverkehrsstelle, 198. Zu Judenvermögensabgabe, Reichsfluchtsteuer usw. siehe Weber, Grundzüge, 95; Weber, Ausmaß und Folgen, 337 f.

⁹³⁶ Unfried, Restitution von Unternehmen, 257; Rigele, Wiedergutmachung, 142; Jabloner u.a., Schlussbericht, 272 f.

⁹³⁷ Sandgruber, Hitlers Vater, 265; Rainer, Spuren, 58.

Antisemitismus in politischen Parteien

Nach der Mitte des 19. Jahrhunderts häuften sich Schriften und Ansichten, wonach Juden deshalb gehasst wurden, „weil sie anders und arm waren, und weil sie anders und reich waren. Die einen fürchteten den verarmten jüdischen Hausierer, die anderen den wohlhabenden jüdischen Bankier.“⁹³⁸ Arthur Graf Gobineau veröffentlichte seine Thesen über die „Wertigkeit“ der „Rassen“: Juden galten demnach nur als „Parasiten“.⁹³⁹ Im Jahr 1875 sah der berühmte Wiener Arzt Theodor Billroth einen großen Teil der Juden als geistig und körperlich verkommen an und meinte, ein Jude könne kein Deutscher werden.⁹⁴⁰ In Deutschland erblickte Otto Glagau in den Juden eine „fremde Rasse“, die mit ihrer Dominanz für die Ausbreitung und Erniedrigung aller arbeitenden Menschen Sorge.⁹⁴¹ Für Heinrich von Treitschke war die „Judenfrage“ nicht ein Problem neben anderen, sondern vielmehr der Kern allen Übels.⁹⁴² Noch vor dem Ende des 19. Jahrhunderts war der rassische Antisemitismus zu einem „kulturellen Code“ geworden, der zum Bestandteil der Kultur der meisten Deutschen und deutschsprachigen Österreicher wurde.⁹⁴³

In Österreich verstand es vor allem Georg Schönerer, eine größere Anhängerschaft, vor allem auch unter den Studenten, um sich zu scharren. Zählte zu seinen Mitarbeitern vorerst auch der „Jude“ Viktor Adler, blieben Juden von Schönerers 1882 gegründetem „Deutschnationalen Verein“ ausgeschlossen.⁹⁴⁴ Das von Schönerer und seinen Gefolgsleuten erstellte „Linzer Programm“ von 1882 enthielt neben Forderungen für ein freies Vereins- und Versammlungsrecht auch das Bekenntnis zur obligatorischen Zivilehe, aber auch sozialreformistische Punkte.⁹⁴⁵ Die Einfügung eines „Arierparagraphen“ erfolgte drei Jahre später durch Schönerer eigenmächtig.⁹⁴⁶

In der Folge formierten sich – auf Basis des Linzer Programms – verschiedene deutschnationale Gruppierungen, die auch im österreichischen Reichsrat vertreten waren. Hinsichtlich der Vehemenz des von ihnen praktizierten Antisemitismus unterschieden sie sich voneinander, wobei der „Verband der Deutschnationalen“ Schönerers eine besonders radikale Linie vertrat. Eine relativ gemäßigte Gruppierung stellte der „Deutsche Klub“ unter Emil Strohal und Otto Steinwender dar, aus dem sich die „Deutsche Nationalpartei“ und schließlich die

⁹³⁸ Volkov, Kultureller Code, 26.

⁹³⁹ Graf, „Los von Rom“, 118.

⁹⁴⁰ Wladika, Hitlers Vätergeneration, 45 f.

⁹⁴¹ Volkov, Kultureller Code, 29.

⁹⁴² Ebenda, 32.

⁹⁴³ Ebenda, bes. 20, 23 und 33.

⁹⁴⁴ Wladika, Hitlers Vätergeneration, 152.

⁹⁴⁵ Lönnecker, Burschenschaft der Ostmark, 523 f.

⁹⁴⁶ Höbelt, Kornblume, 36.

„Deutsche Volkspartei“ entwickelten. 1910 ging letztere, die keinen leidenschaftlichen Antisemitismus pflegte und deren Programm von Schönerer abgelehnt wurde, im „Deutschen Nationalverband“ auf.⁹⁴⁷ Innerhalb der Deutschen Volkspartei spielte der Linzer Rechtsanwalt Carl Beurle eine wichtige Rolle, in Linz und Oberösterreich war er deren profiliertester Politiker.⁹⁴⁸ Bekannt war Beurle, der 1883 im Alter von 23 Jahren von Wien nach Linz zugezogen war, auch für seinen prononcierten Antisemitismus, den er offen zur Schau trug.⁹⁴⁹ Die von ihm 1893 gegründete und bis 1901 fortgeführte „Linzer Montagspost“ hetzte am Ende des 19. Jahrhunderts allgemein gegen Juden und Jüdinnen und sprach auch von „jüdischen Parasiten“.⁹⁵⁰ Eine andere, besonders radikale antisemitische Zeitschrift waren in den Jahren zwischen 1899 und 1914 die „Linzer Fliegenden Blätter“, als deren Spiritus Rector Sepp Melichar, deutschnationaler Gemeinderat der Jahre 1909–1919, fungierte.⁹⁵¹

Carl Beurle war der Initiator des im Februar 1909 gegründeten „politischen Vereins“ „Deutscher Volksbund für Oberösterreich“, der – rechtzeitig vor den Landtagswahlen 1909 – durch einen Zusammenschluss der Deutschen Volkspartei, der Reste der alten Liberalen Partei, aber auch der Alldeutschen in Oberösterreich entstand. Bei den Verhandlungen, die zu dieser Einigung der deutschfreiheitlichen Kräfte im Land führten, hatte Dinghofer den Vorsitz innegehabt. In der Folge stellte der „Volksbund“ die oberösterreichische Landesparteiorganisation der Deutschen Volkspartei (bzw. später der Großdeutschen Volkspartei) dar.⁹⁵² Bei den öffentlich kommunizierten programmatischen Zielen des Deutschen Volksbundes fand sich keine Erwähnung des Antisemitismus.⁹⁵³ Obmann dieser Vereinigung wurde vorerst der Linzer

⁹⁴⁷ Ackerl, Großdeutsche Volkspartei, 9 f. und 12; Höbelt, Kornblume, bes. 31, 41, 45 und 59; Wladika, Hitlers Vätergeneration, 285 f.

⁹⁴⁸ Höbelt, Kornblume, 123; Slapnicka, Dinghofer (2010), 13; Bukey, Patenstadt, 23.

⁹⁴⁹ Tweraser, Carl Beurle, 72–74; siehe auch Beurle, Deutsche Studentenschaft, bes. 33 f., 50, 53–55 und 100–102. Beurle sprach sich für gesetzgeberische Maßnahmen gegen die Juden analog der amerikanischen „Chinesen-Bill“ von 1882 aus (Tweraser, Carl Beurle, 74 f.). Vgl. auch Embacher, Von liberal zu national, 76: „1890 forderte er im Landtag den Ausschluß der Juden aus dem Landesschulrat, denn Juden sollten in christlich-deutschen Angelegenheiten nicht mitreden dürfen. 1892 kritisiert Beurle die ‚Verjudung der Wiener Universität‘ [...]“. Eine Mäßigung hinsichtlich Antisemitismus kann bei Beurle im Laufe der Zeit nicht festgestellt werden (vgl. Tweraser, Carl Beurle, 79). Siehe auch John, Bevölkerung in der Stadt, 135 f. Vgl. auch Rafetseder, Kommunalwirtschaft, 415, der meint, dass sich Beurle ab 1896 öffentlich mit antisemitischen Äußerungen zurückhielt.

⁹⁵⁰ Zur „Montagspost“ siehe Beurle, Carl Beurle, 23, John, Linzer Fliegende Blätter und andere Zeitschriften, 349 f., Embacher, Von liberal zu national, 95 f., sowie Höbelt, Kornblume, 298.

⁹⁵¹ John, Bevölkerung in der Stadt, 414; ders., Linzer Fliegende Blätter und andere Zeitschriften, bes. 341–349; ders., Linzer Fliegende Blätter, 434 f.; ders., Vom nationalen Hort, 57 f.

⁹⁵² Tages-Post, 11.2.1909, 1; Linzer Volksblatt, 31.12.1908, 1; Slapnicka, Oberösterreich unter Kaiser Franz Joseph, 436; Höbelt, Kornblume, 291; Leidinger/Rapp, Hitler, 106.

⁹⁵³ Vgl. ausführlich Tages-Post, 11.2.1909, 1 f. Siehe auch Linzer Volksblatt, 31.12.1908, 1: „Erweckung des deutschen Bewusstseins, Förderung des Volkswohlstandes, Wahrung unserer staatsbürgerlichen Freiheiten, Kampf gegen Lüge und Heuchelei, in staatspolitischer Richtung namentlich die nachdrückliche Bekämpfung der beklagenswerten Vernachlässigung unseres Landes durch Regierung und Parlament, das sind, in kurzen Worten gesagt, die Hauptziele unseres Bundes.“ Vgl. auch

Bürgermeister Franz Dinghofer.⁹⁵⁴ Seine Karriere als Parteiführer verlief allerdings recht kurz: Nachdem er als Kandidat für die Landtagswahl im Mai 1909 aufgestellt worden war, musste er aus Parteiräson von seiner Kandidatur wieder zurücktreten, um den Einzug des Vertreters der Lehrer, Franz Langoth, in den Landtag zu ermöglichen. Dadurch wurde aus der – von der Partei zuvor als so sinnvoll bezeichneten – Übernahme eines Landtagsmandates durch den Linzer Bürgermeister nichts.⁹⁵⁵ Dinghofer dürfte sich in der Folge von der Leitung des Deutschen Volksbundes mehr und mehr zurückgezogen haben, wohingegen Langoth als Obmannstellvertreter immer mehr in Erscheinung trat. Den Höhepunkt dieser Entwicklung stellte der – offenbar auch für manche Parteifreunde – überraschende Rückzug des 38-jährigen Dinghofer von der Spitze der Vereinigung im Februar 1911 dar. Die Nachfolgerschaft erlangte der 33-jährige Franz Langoth. Der politische Gegner kommentierte diese Personalrochade wie folgt:

„Der Bürgermeister ist nun schon zum zweitenmal dem ehrgeizigen Herrn Langoth gewichen. Das erstmal als Landtagskandidat für Linz, und nun als Obmann der Parteiorganisation. Wir zweifeln, ob sich die liberalen Parteikreise bei diesen Veränderungen behaglich fühlen.“⁹⁵⁶

Mit Franz Langoth übernahm jedenfalls ein Vertreter eines radikaleren Antisemitismus die Obmannschaft in der Landesparteiorganisation.⁹⁵⁷

Die in Oberösterreich nach der Jahrhundertwende erfolgte Zusammenfassung deutschfreiheitlicher Mandatare unterschiedlicher Richtungen spiegelte sich auch im Linzer Gemeinderat wider: In der deutschnationalen Fraktion, die gegen Ende der Monarchie unter Bürgermeister Dinghofer über eine Dreiviertelmehrheit verfügte, befanden sich mit dem Alldeutschen Sepp Melichar sowie mit Fritz Ruckensteiner Vertreter, die sich durch einen besonders radikalen Antisemitismus bemerkbar machten.⁹⁵⁸

Religiöser, ökonomischer und rassistischer Antisemitismus waren gegen Ende der Monarchie und in der Zwischenkriegszeit nicht mehr klar voneinander unterscheidbar. Selbst der radikale Rassenantisemitismus wurde nicht nur von deutschnationalen Parteien vertreten,

Embacher, Von liberal zu national, 72: „Da die Deutschnationalen den Antisemitismus nicht mehr so stark betonten, gingen die Liberalen einen Kompromiß ein.“

⁹⁵⁴ Tages-Post, 11.2.1909, 1; Slapnicka, Oberösterreich unter Kaiser Franz Joseph, 436; Slapnicka, Dinghofer (2010), 20.

⁹⁵⁵ Vgl. Tages-Post, 12.5.1909, 2 und 4.

⁹⁵⁶ Neue Warte am Inn, 18.2.1911, 2.

⁹⁵⁷ Schuster, Deutschnational, 21 f.

⁹⁵⁸ Tweraser, Gemeinderat 1880–1914, 309–311; zu Melichar siehe Bart/Puffer, Gemeindevertretung, 203; John, Vom nationalen Hort, 45 und 57 f.; Embacher, Von liberal zu national, 81; zu Ruckensteiner Embacher, Von liberal zu national, 76 und 101.

sondern auch von katholischer bzw. christlichsozialer Seite.⁹⁵⁹ Auch im katholischen Milieu setzte sich die Idee durch, die Juden seien geringwertiger auf Grund ihrer „Art“.⁹⁶⁰ In Wien wurde Mitte der 1890er Jahre der christlichsoziale Politiker Karl Lueger – neben Schönerer einer der „Väter des politischen Antisemitismus in Österreich“ – mit Hilfe einer antisemitischen Allianz Bürgermeister.⁹⁶¹ 1919 forderte der Christlichsoziale Leopold Kunschak, die Erfassung der jüdischen Bevölkerung in einem „Judenkataster“ vorzunehmen, wofür die „Abstammung“ und nicht das religiöse Bekenntnis ausschlaggebend sein sollte.⁹⁶² Kunschak sprach sich in einer Rede auch dafür aus, die Jüdinnen und Juden vor die Wahl zu stellen, entweder freiwillig auszuwandern oder aber in „Konzentrationslager“ gesteckt zu werden.⁹⁶³ Auch der in Wien gegründete „Antisemitenbund“, der sich besonders in der Frühphase der Republik mit Großveranstaltungen und Demonstrationen öffentlich bemerkbar machte, war von den Christlichsozialen dominiert.⁹⁶⁴ Im „Linzer Programm“ der christlichen Arbeiter Österreichs von 1923 wurde gefordert, „daß die Führer der Arbeiterschaft in Abstammung und Denkart dem bodenständigen christlichen Volke angehören und daß der zersetzende Einfluß des Judentums aus dem Geistes- und Wirtschaftsleben des deutschen Volkes verdrängt werde“.⁹⁶⁵

In Linz und Oberösterreich beschränkte sich am Ende der Monarchie der Antisemitismus ebenfalls nicht nur auf das deutschnationale Lager, sondern wurde auch von christlichsozialer Seite stark propagiert.⁹⁶⁶ Seit 1884 verfügten die Katholisch-Konservativen bzw. die Christlichsoziale Partei über eine klare Mehrheit im oberösterreichischen Landtag.⁹⁶⁷ In der 1906 als Sprachrohr der Christlichsozialen gegründeten „Linzer Post“ fanden sich reihenweise antisemitische Artikel, in denen gegen die „Allmacht“ der Juden gewettert und zum Boykott jüdischer Geschäfte aufgerufen wurde.⁹⁶⁸

⁹⁵⁹ Wenninger, Christlichsozialer Antisemitismus, 201 und 227; Albrich, Vom Antijudaismus zum Antisemitismus, 37.

⁹⁶⁰ Graf, „Los von Rom“, 110.

⁹⁶¹ Albrich, Vom Antijudaismus zum Antisemitismus, 44.

⁹⁶² Wladika, Hitlers Vätergeneration, 614; Wenninger, Christlichsozialer Antisemitismus, 214 f.

⁹⁶³ Wladika, (Rassen-)Antisemitismus, 299.

⁹⁶⁴ Ebenda.

⁹⁶⁵ Berchtold, Parteiprogramme, 374.

⁹⁶⁶ Vgl. auch John, Linzer Fliegende Blätter und andere Zeitschriften, 340.

⁹⁶⁷ Slapnicka, Dinghofer (2010), 12; Leidinger/Rapp, Hitler, 104.

⁹⁶⁸ Embacher, Von liberal zu national, 83 f.; John, Linzer Fliegende Blätter und andere Zeitschriften, 352 f.; John, Vom nationalen Hort, 44; Leidinger/Rapp, Hitler, 96; Sandgruber, Hitlers Vater, 266. Zur Ausrichtung der Zeitung vgl. Linzer Post, 8.7.1906, 1: „Streng antisemitisch. Den Kampf gegen das übermächtige Judentum, in deren Knechtschaft die arischen Völker liegen, das auf allen Gebieten des geistigen und wirtschaftlichen Lebens seinen unheilvollen, zerstörenden Einfluss ausübt, wird das Blatt mit ganzer Kraft aufnehmen. Die Tatsache, dass gerade die Linzer Geschäftswelt einer immer mehr und mehr sich steigernden Verjudung anheimfällt, unter welcher unsere deutschen Geschäftsleute viel zu leiden haben, wird das Blatt seine besondere Aufmerksamkeit schenken und

Das christlichsoziale Mitglied der Landesregierung Josef Schlegel, der spätere Landeshauptmann, war 1909 Mitbegründer und Bundesobmann des nationalen „Schutzvereins“ „Ostmark“ und auch ab 1910 verantwortlicher Schriftleiter der „Ostmark-Briefe“, die nicht nur tschechenfeindliches, sondern auch antisemitisches Gedankengut verbreiteten: beispielsweise die Feststellung, ein Jude könne niemals ein Deutscher sein, oder die Aussage, jüdische Schüler seien ein „fremdnationales Element“, oder deutsche „Volksgenossen“ sollen nicht bei „Volksfremden“ – Juden oder Tschechen – kaufen.⁹⁶⁹ Das den Christlichsozialen nahestehende „Linzer Volksblatt“ beeilte sich zu erläutern, dass laut Satzungen Juden die Mitgliedschaft in diesem Verein verwehrt bliebe.⁹⁷⁰ Selbst der spätere Landeshauptmann Johann Nepomuk Hauser ließ sich 1905 im oberösterreichischen Landtag in einem Streit mit den Deutschnationalen zur Aussage hinreißen, dass „wir Klerikalen“ weitaus bessere Deutsche als „die Juden

sich für die Heranziehung der Bevölkerung zur praktischen Bestätigung des Antisemitismus mit vollem Eifer einsetzen. Unser Mahnruf: ‚Kauft nur bei Christen‘ wird nie von der Tagesordnung kommen. Inserate von Juden finden in unserem Blatte niemals Aufnahme. Die verjudete Sozialdemokratie mit ihrer Ausbeutung der Arbeiter wird stets die entsprechende, wahre Beleuchtung finden.“

⁹⁶⁹ Embacher, Von liberal zu national, 84; Ostmark-Briefe, Jg. 1, Nr. 4 u. 5 (April–Mai 1910), 3; ebenda, Jg. 2, Nr. 7 u. 8 (Juli–August 1911), 2: „Wir wollen uns in gar keine Erörterungen über die Verlässlichkeit der Sozialdemokraten einlassen, aber als Deutsche müssen wir es bedauern, wenn irgendwo ein Wahlbezirk, der bisher von einem Deutschen vertreten wurde, in die Hände eines Juden fällt, weil die Juden eben keine Deutschen sind.“ Ebenda, Jg. 2, Nr. 11 u. 12 (November–Dezember 1911), 2 f.: „Also Blutsverwandtschaft und gemeinsame Abstammung bedingen die Zugehörigkeit zu einer Nation und nicht die willkürliche Selbstbestimmung oder die zufällige Staatsangehörigkeit, auch nicht die Sprache allein, als etwas Erlerntes und nicht Angeborenes. Mit anderen Worten: Nur durch die Geburt ist man ein Deutscher. Deshalb kann auch ein Jude niemals ein Deutscher sein!! [...] Der Jude ist nur ein deutsch sprechendes Individuum einer anderen Rasse.“ Ebenda, Jg. 4, Nr. 5 (15.5.1913), 41: „Denn ist der Jude in Polen, so ist er Pole, ist er in Böhmen, ist er Czeche, lebt er in deutschen Gebieten, ist er Deutscher, aber nur so lange, als es für sein Geschäft von Vorteil ist. In seinem Denken und Handeln ist und bleibt er Jude.“ Weiters (nicht bei Juden kaufen): Ostmark-Briefe, Jg. 3, Nr. 7 u. 8 (Juli–August 1912), 54, sowie (jüdische Presse) ebenda, Ostmark-Briefe, Jg. 5, Nr. 6 (Juni 1914), 37: „So gefährlich dem deutschen Besitzstande das Vordringen der Slawen wird, nicht weniger gefährlich wird ihm die bereits sprichwörtlich gewordene Uneinigkeit der Deutschen, am gefährlichsten aber ist der Erreger dieser Uneinigkeit, die jüdische Presse.“ Vgl. auch Ostmark-Briefe, Jg. 1, Nr. 1 (Jänner 1910), 1 (gleichlautend auch in den weiteren Ausgaben): „Verantwortlicher Schriftleiter: Dr. Josef Schlegel, Bundesobmann.“ Siehe auch die „Anmerkung der Schriftleitung“ zu den Verhältnissen in Wien in der Ausgabe vom April 1914 (Ostmark-Briefe, Jg. 5, Nr. 4, April 1914, 17): „Hervorzuheben wäre noch im besonderen, dass die ‚Neue Freie Presse‘ und vermutlich auch andere Judenblätter als ‚freiheitliche Kandidaten‘ nicht allein den starosta Blasel, sondern auch dessen czechischen Mitkandidaten, den Schneider Komař, empfohlen hat. Wie der Ausgang der Wahlen gezeigt hat, konnte jedoch weder die Empfehlung der Judenblätter dem Czechen, noch die Umwandlung in einen starosta dem Herrn Blasel zu einem Gemeinderatsmandate verhelfen.“ Zur Auseinandersetzung zwischen (deutschnationaler) „Südmark“ und (christlichsozialer) „Ostmark“ vgl. etwa die Worte eines Südmark-Funktionärs (Ostmark-Briefe, Jg. 3, Nr. 5, Mai 1912, 38): „Weiters stellt er die Behauptung auf, dass die Christlichsozialen und Konservativen erst vor zehn Jahren ihr nationales Herz entdeckt hätten, während sie früher über die Schutzvereine nur Worte des Spottes und Hasses hatten. Weiters findet er es unmöglich, dass ein Katholik national sein könne, da zwischen Nationalismus und Katholizismus ein scharfer Gegensatz bestehe. Der Katholizismus sei Universalismus, desgleichen die Sozialdemokratie.“

⁹⁷⁰ Vgl. Linzer Volksblatt, 10.4.1909, 2.

und Judenstämmlinge“ der deutschnationalen „Tages-Post“ seien.⁹⁷¹ Nach dem Ersten Weltkrieg brachten christlichsoziale Abgeordnete im Landtag einen Antrag ein, wonach der Zuzug von Juden nach Oberösterreich, vor allem in den Berufen Arzt, Rechtsanwalt und Notar, prozentmäßig beschränkt werden soll.⁹⁷²

Das Salzburger Programm der Großdeutschen Volkspartei, die 1920 aus 17 deutschnationalen Parteien und Gruppierungen entstanden war, enthielt einen ausführlichen Abschnitt zur „Judenfrage“,⁹⁷³ in dem sich unter anderem die folgenden Inhalte wiederfinden: Die jüdische Moral zerstöre deutschen Geist, deutsches Gemüt und deutsche Gesinnung. Der Jude betone, seiner Rassenveranlagung entsprechend, stets das Gegensätzliche und nicht das Verbindende. Die deutsche Volksgemeinschaft stehe in Gegnerschaft zum Judentum.⁹⁷⁴ Allerdings war auch die folgende relativierende Feststellung enthalten:

„Wir sind auch weit davon entfernt, zu bestreiten, daß es Juden gibt, die sich von der jüdischen Interessengemeinschaft losgesagt haben und bestrebt sind, sich deutsche Denkart und Gesinnung anzueignen. Allein diese Fälle sind Ausnahmen, die große Masse der Juden ist volksfremd, mit ihr haben wir es in der Politik zu tun.“⁹⁷⁵

Konkrete Maßnahmen gegen Juden und Jüdinnen wurden im Salzburger Programm der Großdeutschen nicht gefordert.⁹⁷⁶ Insofern ergibt sich eine Parallele zum Programm der Christlichsozialen Partei von 1926, in dem zwar der Kampf gegen „die Übermacht des zersetzenden jüdischen Einflusses auf geistigem und wirtschaftlichem Gebiete“ propagiert wurde, sonst jedoch keine konkreten Forderungen erhoben wurden.⁹⁷⁷

⁹⁷¹ Tages-Post, 15.11.1905, 2.

⁹⁷² Linzer Volksblatt, 11.10.1919, 4: „Während die deutsche Jungmannschaft von der Universität weg ins Feld zog, konnten jüdische Kollegen ihre Studien beenden und unser Stand von Aerzten, Advokaten und Notaren hat eine Hochflut semitischen Ansiedlungsmaterials zu gewärtigen. Das kerndeutsche Oberösterreich kann dem nicht ruhig zusehen und hat keinen Grund, einen größeren Prozentsatz Juden in diesen Berufen zu dulden, als er dem Prozentsatz der jüdischen Bevölkerung in Oberösterreich entspricht. [...] Die genannten Abgeordneten sehen das beste Mittel zur Erreichung dieses Zieles darin, dass der Stand der Advokaten, Notare und Aerzte nur für heimatsberechtigte deutsche Oberösterreicher ein freier sei und der Beginn der Praxis von landfremden Leuten an die Bewilligung des Landesrates geknüpft sei.“ Siehe auch Reichspost, 11.10.1919, 4, „Oberösterreich gegen den Zuzug der Juden“; Salzkammergut Zeitung, 19.10.1919, 2, „Oberösterreich gegen den Zuzug von Juden“.

⁹⁷³ Ardelt, Zwischen Demokratie und Faschismus, 77.

⁹⁷⁴ Vgl. Berchtold, Parteiprogramme, 478–482. Zur Volksgemeinschaft im Programm der Großdeutschen Volkspartei siehe Ardelt, Zwischen Demokratie und Faschismus, 28 und 43; Ackerl, Großdeutsche Volkspartei, 313 f.

⁹⁷⁵ Berchtold, Parteiprogramme, 478.

⁹⁷⁶ Vgl. Pauley, Antisemitismus, 232: „Obwohl das offizielle Programm der Großdeutschen, abgesehen von dem der Nationalsozialisten, das am stärksten antisemitische und rassistische aller politischen Parteien Österreichs war, war die Partei in der Praxis gemäßigter, als ihr Programm annehmen ließe.“

⁹⁷⁷ Berchtold, Parteiprogramme, 376; Wenninger, Christlichsozialer Antisemitismus, 220; Pauley, Antisemitismus, 207 f. Vgl. auch Pauley, Antisemitismus, 233: „Die enge Zusammenarbeit und Übereinstimmung der Christlichsozialen Partei mit der Großdeutschen Volkspartei ist nicht nur aus ihrem

Auch in der Großdeutschen Volkspartei gab es radikale Vertreter des Antisemitismus: Josef Ursin forderte 1923 für die bevorstehende Volkszählung, dass sich alle Juden zur jüdischen Rasse bekennen müssen. Der großdeutsche Justizminister Waber erklärte im parlamentarischen Klub der Großdeutschen Volkspartei, dass eine Rassenzählung „vom wissenschaftlichen, sozialem und religiösem Standpunkt aus“ gänzlich überflüssig sei. Die Rassenzählung sei praktisch undurchführbar. Außerdem kämen ganz falsche Zahlen heraus, weil viele Juden sich als Deutsche bekennen würden. Dinghofer wollte trotzdem einen Ergänzungsantrag im Parlament einbringen, was er sachlich so begründete:

„Wir können formell die Sache durchführen, wenn wir einen Ergänzungsantrag einbringen. Sachlich wäre dieses Vorgehen aussichtslos, denn die Argumente Wabers sind vollständig richtig. Trotzdem bin ich der Meinung, dass wir gewissen Schlagworten Rechnung tragen und den Nationalsozialisten keine Gelegenheit zur Agitation geben. Es müsste daher eine Formel gefunden werden, in der die Rassenzählung ermöglicht wird.“⁹⁷⁸

Tatsächlich gelang es, für die Volkszählung eine Rubrik „Rasse“ in den Fragebogen hinein-zureklamieren. Das Ergebnis war jedoch nichtssagend, weil Viele bloß „weiß“ als Antwort eintrugen.⁹⁷⁹

Die Großdeutsche Volkspartei installierte einen eigenen innerparteilichen „Fachausschuss für die Judenfrage“, dem freilich weder Franz Dinghofer noch andere prominente Parteifunktionäre, wohl aber der als radikaler Antisemit bekannte Josef Ursin angehörten.⁹⁸⁰ Im Jahr 1921 wurde in diesem Ausschuss beschlossen, für alle „Volksgenossen“ eigene Urkunden bzw. Ausweise anzuregen, die die „arische Abstammung“ der jeweiligen Person dokumentieren sollten. Dieser Vorschlag war freilich nicht einmal in der Großdeutschen Volkspartei mehrheitsfähig, weshalb er nicht weiterverfolgt wurde.⁹⁸¹

Während der Antisemitismus der Deutschnationalen und der Christlichsozialen zur politischen Programmatik der jeweiligen Parteien gehörte, war dies bei den Sozialdemokraten anders.⁹⁸² Allerdings waren auch Funktionäre, Zeitungen und Anhängerschaft der Sozialdemokratischen Partei nicht frei von antisemitischem Gedankengut. Dieses konnte sich etwa in der

gemeinsamen Eintreten für Gesetzesentwürfe zur rassischen Identität ersichtlich, sondern auch aus dem Engagement der beiden Parteien im Deutsch-Österreichischen Schutzverein der Antisemiten, besser bekannt unter dem Namen Antisemitenbund.“

⁹⁷⁸ ÖStA, AdR, GDVP, Kt. 3, 179. Sitzung des Verbandes der GDVP, Verhandlungsschrift, 24.1.1923.

⁹⁷⁹ Wladika, (Rassen-)Antisemitismus, 311–313. Zum Antisemitismus von Josef Ursin siehe auch Ardelt, Zwischen Demokratie und Faschismus, 86.

⁹⁸⁰ ÖStA, AdR, GDVP, Kt. 53, Mappe Verhandlungsschriften des Judenausschusses.

⁹⁸¹ Wladika, (Rassen-)Antisemitismus, 309 f.

⁹⁸² John, Jüdische Bevölkerung und ihre Ausschaltung, 121, Anm. 38; Wenninger, Austrofaschismus, 83 f.

Agitation gegen „jüdische“ Unternehmer oder diffusen Vorstellungen von „den Juden“ äußern.⁹⁸³

Antisemitische Aussagen Dinghofers

Die Meinung, Dinghofer sei stark antisemitisch eingestellt gewesen, geht vor allem auf einen Redebeitrag des 30-jährigen Gemeinderates in einer Gemeinderatssitzung am 30. März 1903 zurück.⁹⁸⁴ Er referierte über den Wunsch des Oberösterreichischen Landestierschutz-Vereins, der verlangte, „dass beim Schächten der Schlachttiere jede Tierquälerei vermieden und verfügt werden solle, dass vor dem Schächten der Betäubungsschlag vorgenommen werde“. Dinghofer machte deutlich, dass in den Augen der „Israeliten“ jedoch der Gehirnschlag zu jenen Verletzungen zählen würde, die das Fleisch ungenießbar mache. Er zog die Schlussfolgerung, dass deshalb „ein Gebot, das Tier vorher betäuben zu müssen, einem Schächtverbote gleichkäme“. Als Konsequenz daraus wies er – juristisch korrekt – auf die Rechtslage hin: „Das Schächten ist ein ritueller Gebrauch der Juden, welcher als innere Kultusangelegenheit im Staatsgrundgesetze vom 21. Dezember 1867 [...] gewährleistet erscheint, da die jüdische Religion eine gesetzlich anerkannte ist. Daraus ergibt sich, dass die Gemeinde in keiner Weise berechtigt ist, irgend ein Schächtverbot zu erlassen, weil dies nicht in ihrer Kompetenz liegt.“ Weiters machte er noch auf das Faktum aufmerksam, dass durch ein etwaiges Schächtungsverbot ein materieller Schaden für die Stadt eintreten würde, „da die Juden dann nach Urfahr oder Kleinmünchen gehen würden, um die Schlachtungen nach ihren rituellen Gebräuchen vornehmen zu können“. Laut Gemeinderatsprotokoll fügte Dinghofer seiner Wortmeldung noch Folgendes hinzu: „Redner ist zwar als radikaler Antisemit nicht dieser Ansicht und würde das Ausziehen der Juden nicht für einen materiellen Nachteil, sondern einen materiellen Vorteil halten.“ Auf Grund der Rede Dinghofers beschloss der Gemeinderat jedoch, dem Ansuchen des Landestierschutz-Vereines nicht Folge zu geben.⁹⁸⁵ Bei der Analyse von Dinghofers Statement entsteht der Eindruck, dass der junge Gemeinderat, der seit nicht einmal zwei Jahren dem städtischen Gremium angehörte, vor allem gegenüber seinen Parteikollegen

⁹⁸³ Embacher, Von liberal zu national, 91 f.; Tweraser, Gemeinderat 1914–1934, 209 und 254; Albrich, Vom Antijudaismus zum Antisemitismus, 52; Leidinger/Rapp, Hitler, 210 f.; Slapnicka, Antisemitismus-Problem, 265; John, Bevölkerung in der Stadt, 176 f. und 414 f.; Wladika, Hitlers Vätergeneration, 591.

⁹⁸⁴ Angeführt bei: John, Bevölkerung in der Stadt, 141 und 412.

⁹⁸⁵ AStL, GRP, Sitzung vom 30.9.1903, fol. 314'.

nicht unter den Verdacht geraten wollte, jüdenfreundlich zu sein (was man aus seinen sachlichen Ausführungen zum Schächten schließen hätte können), weshalb er am Ende seiner Rede zu betonen glaubte, er sei ja doch ein Antisemit.⁹⁸⁶

Bezeichnend ist, dass der Aussage, ohnehin ein Antisemit zu sein, offenbar keine weiteren in dieser Richtung im Gemeinderat folgten, insbesondere keine des Vizebürgermeisters oder des Bürgermeisters Dinghofer. Offenbar zählte auch dieser Sager zu jenen „radikalen Anschauungen“ des jungen Kommunalpolitikers, die sich – in seiner eigenen Wahrnehmung – „allerdings dann im Laufe der Zeit abschwächten“.⁹⁸⁷

Anlässlich der Gründung des Deutschen Volksbundes für Oberösterreich ließ sich dessen neuer Obmann Dinghofer im Februar 1909 zu folgender Aussage hinreißen, mit der er die Ungarn in der Donaumonarchie glaubte kritisieren zu müssen: „Diese durch und durch verjudete, in ihrem öffentlichen und privaten Leben wenig vertrauenswürdige Tartarengesellschaft kennt den Nachbar nur dort, wo sie ihn ausnützen kann.“⁹⁸⁸ „Verjudet“ war offenkundig als Schimpfwort für anderssprachige Nationalitäten gedacht, denen die „Deutschen“ innerhalb der Habsburgermonarchie feindlich gegenüberstanden.

Zu einem Anstieg des Antisemitismus in Linz und Oberösterreich kam es im Zuge des Ersten Weltkriegs, als 18.000 Flüchtlinge aus Galizien, darunter viele Jüdinnen und Juden, nach Oberösterreich gelangten, wodurch das hier bestehende Problem der Wohnraumknappheit und der mangelnden Lebensmittelversorgung noch verstärkt wurde. Die Folge war die – nicht nur von Seiten der Deutschnationalen erhobene – Forderung nach Vertreibung dieser Juden und Jüdinnen.⁹⁸⁹

Auch Bürgermeister Franz Dinghofer sah sich bemüßigt, auf diese Weise Stimmung zu machen. Bei einer Versammlung der Vertreter von Industrie, Handel und Gewerbe im Kaufmännischen Vereinshaus, an der neben einigen deutschnationalen Politikern auch der prominente

⁹⁸⁶ John, Bevölkerung in der Stadt, 136, interpretierte die Stelle auch so: „Eine Diskriminierung der jüdischen Bevölkerung auf politisch-rechtlicher Ebene fand allerdings nicht statt: so nahm der spätere deutschnationale Bürgermeister Franz Dinghofer im Linzer Gemeinderat beispielsweise Stellung gegen Einschränkungen beim Schächtritus, die vom Landestierschutzverein gewünscht wurden. Dinghofer bekannte sich in diesem Punkt zu einer gewissen Toleranz und der der Verfassung entsprechenden Religionsfreiheit.“ Vgl. ähnlich John, Jüdische Bevölkerung und ihre Ausschaltung, 114.

⁹⁸⁷ Privatarchiv Prof. Dr. Peter Avancini, Denkschrift Dinghofer (1951), 5. Zu Dinghofers früherer Radikalität vgl. auch AStL, Matrienbestand, Sch. 631, Mapped Benennung Dinghoferstraße, Lebenslauf (ca. 1912): „Seiner politischen Gesinnung nach gehört er [Dinghofer] der deutsch-freiheitlichen Partei an, deren Grundsätze er früher in mehr radikaler Weise verfocht, während er jetzt, insbesondere seitdem er an die Spitze der Gemeindevertretung berufen wurde und auch im Reichsrat seinen Gesichtskreis und seine Erfahrung zu erweitern Gelegenheit hatte, zusehend in ruhigere Bahnen einlenkt.“

⁹⁸⁸ Tages-Post, 11.2.1909, 1.

⁹⁸⁹ Bukey, Patenstadt, 36.

christlichsoziale Landespolitiker Dr. Josef Schlegel teilnahm, kritisierte er im Juni 1918 die Organisation der Lebensmittelversorgung, die auf dem Treiben nicht reeller Kaufleute beruhe. Die für die zentrale Bewirtschaftung geschaffenen „Zentralen“ seien zu „Versorgungs- und Enthebungsanstalten [gemeint ist die Enthebung vom Militärdienst, W.S.] für gewisse Familien, meist nicht arischer Herkunft“ geworden. Zur heimischen Situation machte er noch die folgende Feststellung: „Auch wir in Oberösterreich leiden unter dieser Erscheinung, denn unsere Gäste aus Galizien betätigen sich hervorragend in dieser Richtung, so dass es für Stadt und Land eine Erlösung sein wird, wenn sie wieder in ihre Heimat abgeschoben werden.“ Der Bericht in der Linzer Tages-Post vermerkte an dieser Stelle „Lebhafte Zustimmung“ im Saal.⁹⁹⁰ Dass mit den „Gästen aus Galizien“ Juden gemeint waren, war jedem der Anwesenden klar. Dinghofer dürfte in seiner Rede auch weitere antisemitische Bemerkungen einfließen haben lassen, wie der Bericht des Linzer Volksblattes vermuten lässt: „Die Misswirtschaft mit der Anstellung der Verwandten bis ins letzte Glied, von der der Redner gleichfalls viele Beispiele brachte, erregte nicht selten große Heiterkeit, besonders bei der Aufzählung der hübschen semitischen Namen.“⁹⁹¹

Dinghofer reihte sich mit diesen Bemerkungen nahtlos in die Politik der Deutschnationalen, aber auch der Christlichsozialen, in Oberösterreich und Wien ein, die während und nach dem Krieg die Flüchtlinge aus Galizien, die als „Ostjuden“ bezeichnet wurden, für die triste Versorgungslage verantwortlich zu machen trachteten.⁹⁹² Höhepunkte dieser Agitationen waren die – von Christlichsozialen und Deutschnationalen gemeinsam abgehaltenen – „Deutschen Volkstage“ im Juni 1918, bei denen Loyalitätsbezeugungen für den Kaiser mit antisemitischen und antislawischen Kundgebungen verknüpft wurden.⁹⁹³ Freilich stießen die galizischen Flüchtlinge nach dem Ersten Weltkrieg auch anderswo – wie in der Tschechoslowakei, Ungarn, Deutschland, den Niederlanden und den USA – auf strikte Ablehnung.⁹⁹⁴

Im November 1920 scheiterte die Regierungsbildung von Johann Schober daran, dass sich der großdeutsche Parlamentsklub gegen den als Finanzminister vorgesehenen Josef Redlich aussprach, weil dieser als Gegner Deutschlands gelte und zudem Jude sei.⁹⁹⁵ Der einstimmige

⁹⁹⁰ Tages-Post, 25.6.1918, 2 f.

⁹⁹¹ Linzer Volksblatt, 26.6.1918, 2 f.

⁹⁹² Vgl. Tages-Post, 4.6.1918, 3; Albrich, Vom Antijudaismus zum Antisemitismus, 48; Wenninger, Christlichsozialer Antisemitismus, 201; John, Bevölkerung in der Stadt, 172; John, Vom nationalen Hort, 54 f.

⁹⁹³ Albrich, Vom Antijudaismus zum Antisemitismus, 48; Mateja, Oberösterreich im I. Weltkrieg, 63; Mühlviertler Nachrichten, 6.7.1918, 2.

⁹⁹⁴ Vgl. Pauley, Antisemitismus, 127.

⁹⁹⁵ Wladika, (Rassen-)Antisemitismus, 295.

Beschluss der großdeutschen Abgeordneten kontrastierte mit einschlägigen Zeitungsmeldungen, die davon berichteten, Dinghofer habe sich energisch für Redlich eingesetzt.⁹⁹⁶ Nach Redlichs eigenen Tagebuchaufzeichnungen habe Dinghofer Schober gesagt, „er sei gegen die Opposition in der Partei ohnmächtig“.⁹⁹⁷

Dinghofers Rolle scheint in dieser Angelegenheit tatsächlich etwas zwiespältig gewesen zu sein: Am 18. November 1920 berichtete er im großdeutschen Klub über seine Gespräche mit Schober, der ein reines Beamtenkabinett bilden wollte. Für das Finanzministerium sei Redlich vorgesehen. Gegen letzteren habe Dinghofer gegenüber Schober „Bedenken vorgebracht, dass er für die Grossdeutsche Volkspartei kaum annehmbar sei“. In der Klubberatung, in der auch über die Kandidaten für andere Ministerien diskutiert wurde, fügte Dinghofer noch hinzu: „Für Redlich zu stimmen ist wohl nur schwer möglich, da er Donauföederalist und Judenstämmeling ist.“⁹⁹⁸ Am nächsten Tag informierte Dinghofer den Klub, dass Schober erklärt habe, die Regierung nicht übernehmen zu können, weil er den Eintritt jener Fachmänner, auf die er besonderen Wert lege, nicht durchsetzen könne. Schober beharre – so Dinghofer – auf Redlich. Die Christlichsozialen würden die Regierungsbildung Schobers unterstützen. Dinghofer relativierte nun gegenüber dem Klub seine Stellungnahme zu Redlich:

„Es ist nun die Frage, ob uns die Liste [der Regierungsmitglieder] mit Fürstenberg so viel wert ist, daß wir Redlich allenfalls schlucken könnten. Die Liste wäre ja ausgezeichnet, bis auf Redlich. Die Verantwortung, die wir bei einer Ablehnung desselben tragen, ist ganz bedeutend. Redlich käme mehr für den internationalen Verkehr in Betracht. Die inneren Finanzgeschäfte würde Grimm führen.“

Nach dieser Wortmeldung Dinghofers setzte ein Sturm der Ablehnung mehrerer Sitzungsteilnehmer gegen Redlich ein. Parteiobmann Hermann Kandl bezeichnete Redlich als „für uns unannehmbar“. Der niederösterreichische Mandatar Viktor Zeidler sah in Redlich einen „Gegner Deutschlands“. Hans Schürff gab zu bedenken, dass viele Anhänger der Partei ihn ablehnen würden. Die deutlichsten Worte fand Sepp Straffner: „Wir sind Antisemiten. Unser Antisemitismus darf in diesem kritischen Augenblick nicht versagen.“ Für Redlich sprach sich kein einziger Mandatar aus. Schließlich stimmten die großdeutschen Abgeordneten einhellig gegen Josef Redlich als Anwärter für das Finanzministerium.⁹⁹⁹

Wenn man den Wortmeldungen im großdeutschen Klub folgt, so scheint es in der Tat so gewesen zu sein, dass Dinghofer versucht hat, Redlich als eventuell annehmbar hinzustellen.

⁹⁹⁶ Vgl. Kärntner Zeitung, 23.11.1920, 2; ebenda, Kärntner Bauernbote, 27.11.1920, 1.

⁹⁹⁷ Fellner, Schober und Redlich, 308.

⁹⁹⁸ ÖStA, AdR, GDVP, Kt. 2, 3. Sitzung des Verbandes der GDVP, Verhandlungsschrift, 18.11.1920.

⁹⁹⁹ Ebenda, 4. Sitzung des Verbandes der GDVP, Verhandlungsschrift, 19.11.1920.

Die einhellige Ablehnung des Kandidaten ist umso erstaunlicher, da Redlich, der evangelisch war, seinerzeit dem Deutschen Nationalverband angehört hatte.¹⁰⁰⁰ Ob – wie Redlich hinterbracht wurde – tatsächlich die Opposition der Großdeutschen gegen ihn eigentlich von den Christlichsozialen angestiftet worden war,¹⁰⁰¹ ist wohl zu bezweifeln.

Nachdem es im November 1923 an mehreren Universitäten zu Krawallen gekommen war, die von nationalsozialistischen Studenten gegen jüdische Studierende und Professoren initiiert worden waren, sorgte dies für großes Aufsehen. Die Universität Wien musste vorübergehend geschlossen werden. In diversen Zeitungsberichten war nicht nur von „Nationalsozialisten“ und „Hakenkreuzlern“, sondern auch von „deutschnationalen“ und „deutschvölkischen“ Studenten als Verursacher der Krawalle die Rede.¹⁰⁰² Bei einer sozialdemokratischen Großveranstaltung in der Volkshalle des Wiener Rathauses, an der auch Karl Renner teilnahm, wurde gegen die nationalsozialistischen Gewalttäter und Radaumacher protestiert und die Wiederherstellung eines ungestörten Lehrbetriebs gefordert.¹⁰⁰³

Im großdeutschen Klub machte man sich Sorgen, dass die Sozialdemokraten nicht nur die nationalsozialistischen Studenten ins Visier nehmen würden, sondern auch „unsere akademische Jugend“. Dinghofer wollte auf die Angelegenheit im Parlament nur eingehen, wenn dies die Sozialdemokraten tun würden. Für die krawallmachenden Studenten zeigte er viel Verständnis:

„Die Erregung der Studentenschaft ist begreiflich, weil sie mit Recht befürchtet, dass unseren Hochschulen systematisch der deutsche Charakter genommen werde. Österreich ist ein deutscher Nationalstaat, und es ist begreiflich, dass die deutsche Studentenschaft den deutschen Charakter unserer Hochschulen gewahrt wissen will, denn es ist eine Tatsache, dass fremde Elemente von Tag zu Tag an den Hochschulen zunehmen. Durch viele Tage hindurch werden Prüfungen abgehalten, ohne dass auch nur ein Kandidat ein Deutscher ist.“

Dinghofer verwies darauf, dass bei der am selben Tag stattfindenden Diskussion im Parlament nach Bundeskanzler Seipel und einem Sozialdemokraten er selbst spreche werde. Wenn der Sozialdemokrat die Hochschulfrage anspreche, könne er gleich darauf erwidern. Dinghofers Worte fanden die Zustimmung des Klubs.¹⁰⁰⁴

¹⁰⁰⁰ Vgl. Kärntner Zeitung, 23.11.1920, 2; Kärntner Bauernbote, 27.11.1920, 1.

¹⁰⁰¹ Fellner, Schober und Redlich, 308.

¹⁰⁰² Arbeiter-Zeitung, 21.11.1923, 7; Kleine Volks-Zeitung, 20.11.1923, 3; Arbeiter-Zeitung, 20.11.1923, 6; Die Stunde, 30.11.1923, 1; Innsbrucker Nachrichten, 20.11.1923, 1; Prager Tagblatt, 30.11.1923, 2; siehe auch Wladika, (Rassen-)Antisemitismus, 314.

¹⁰⁰³ Arbeiter-Zeitung, 21.11.1923, 7.

¹⁰⁰⁴ ÖStA, AdR, GDVP, Kt. 6, 4. Sitzung des Verbandes der GDVP, Verhandlungsschrift, 21.11.1923, 3. Zum Anteil der jüdischen Studierenden an der Universität Wien, der über ein Drittel ausmachte, siehe Graf, „Los von Rom“, 115, sowie Wladika, (Rassen-)Antisemitismus, 315.

Tatsächlich thematisierte Otto Bauer in der Nationalratssitzung, die der Regierungserklärung von Ignaz Seipel folgte, die Vorfälle an den Universitäten. Er wolle sich über „rohe und gewalttätige Menschen“, die es in allen Klassen der Bevölkerung gebe, nicht weiter aufregen. Bauer prangerte jedoch an, dass Polizei und Justiz ganz anders, nämlich härter, vorgehen würden, wenn es sich um Roheitsakte von Arbeitern handle. Der Redner thematisierte aber auch die Störung des Lehrbetriebs des Anatomen Julius Tandler durch die antisemitischen Studenten und fragte den Bundeskanzler, der für Inneres zuständig war, den Unterrichtsminister sowie den Justizminister, was sie zu tun gedenken, um die Gewalttätigkeiten an den Hochschulen künftig zu verhindern.¹⁰⁰⁵ Entgegen seinen Worten im Klub ging Dinghofer in seiner Rede nicht auf die Studentenkrawalle ein.¹⁰⁰⁶ Die Regierungsparteien überließen es dem christlichsozialen Abgeordneten Josef Kollmann, auf die Vorfälle mit der Aussage einzugehen, „dass man Lernwillige und Arbeitswillige gegen Terror und Gewalt schützen muss“.¹⁰⁰⁷ Von sozialdemokratischer Seite wurde – nach neuerlichen Vorfällen – die Bundesregierung kritisiert, die den Vorgängen auf den Universitäten tatenlos zusehe und damit riskiere, Österreich im Ausland zu blamieren.¹⁰⁰⁸

Im Jahr 1953 machte Dinghofer – angesichts des gegen ihn entschiedenen Rückstellungsverfahrens über das enteignete Schöllergut – seinem Ärger gegen die seiner Meinung nach ungerechte Rückstellungspraxis Luft, wobei auch antisemitische Ressentiments aus seinen Worten herauszuhören sind:

„Wir haben heute im Rückstellungsverfahren viererlei Recht. An der Spitze marschieren die Voreigentümer einer bestimmten Rasse, dann folgen die den Regierungsparteien nahestehenden Wirtschaftsorganisationen, dann der Fiskus aus Nützlichkeitsabwägungen und an letzter Stelle kommt der biedere Staatsbürger unter dem Motto: Gleiches Recht für alle und Unantastbarkeit des Privateigentums.“¹⁰⁰⁹

Dinghofers persönliches Verhältnis zu Juden und Jüdinnen

Unter Bürgermeister Dinghofer wurde der Industrielle Ludwig Hatschek, der die Ausgestaltung einer Sandgrube am Bauernberg zu einer großen Parkanlage finanzierte, mit der Ehrenbürgerwürde ausgestattet. Hatschek entstammte einer jüdischen Familie und war erst im

¹⁰⁰⁵ Stenographische Protokolle, 2. Sitzung des Nationalrates, 21.11.1923, 20 f., <https://alex.onb.ac.at/cgi-content/alex?aid=spe&datum=0002&page=32&size=45> (31.8.2022).

¹⁰⁰⁶ Stenographische Protokolle, 2. Sitzung des Nationalrates, 21.11.1923, 26–31, <https://alex.onb.ac.at/cgi-content/alex?aid=spe&datum=0002&page=38&size=45> (31.8.2022).

¹⁰⁰⁷ Stenographische Protokolle, 3. Sitzung des Nationalrates, 23.11.1923, 51, <https://alex.onb.ac.at/cgi-content/alex?aid=spe&datum=0002&page=63&size=45> (31.8.2022).

¹⁰⁰⁸ Wiener Morgenzeitung, 30.11.1923, 1.

¹⁰⁰⁹ AStL, Akten Bürgermeister Koref, Sch. 51, Dr. Franz Dinghofer, Dinghofer an Finanzminister Kamitz, 30.7.1953.

Alter von 34 Jahren zum Christentum konvertiert.¹⁰¹⁰ In der Gemeinderatssitzung am 22. April 1914 hielt – unter der Vorsitzführung von Bürgermeister Dinghofer – der deutschnationale Vizebürgermeister Leopold Wessely die Laudatio: Hatschek habe sich „hervorragende Verdienste“ um die Stadt erworben und sei „einer der größten Wohltäter“ von Linz. Die Abstimmung über die Verleihung der Ehrenbürgerwürde an Hatschek ergab ein einhelliges Ja.¹⁰¹¹ Der zu diesem Zeitpunkt bereits schwerkranke Hatschek starb nur wenige Monate später.¹⁰¹² Wie selten die Ehrenbürgerwürde von der Stadt Linz verliehen wurde, erkennt man daran, dass es im Jahr 1914 außer Hatschek nur drei noch lebende Persönlichkeiten gab, die derartig ausgezeichnet worden waren.¹⁰¹³ Dem Vernehmen nach war es Dinghofer selbst gewesen, der Hatschek für die Errichtung der Bauernberganlagen gewinnen hatte können.¹⁰¹⁴

Am Beginn der Sitzung der Provisorischen Nationalversammlung am 12. November 1918 hielt Franz Dinghofer einen Nachruf auf den verstorbenen Vorsitzenden der Sozialdemokratischen Partei und langjährigen Reichsratsabgeordneten Viktor Adler. Dinghofer fand für Adler, der jüdischer Abstammung war, besonders ehrende Worte. In seiner Rede bezeichnete er den Sozialdemokraten als „einer unserer Besten“ und hob dessen herausragende Eigenschaften hervor:

„Seine bedeutende Führergabe kam hier zur größten Geltung. Ein Redner von Glanz und Gehalt, ein Debatter von seltener Schlagfertigkeit, der, so oft er sprach, immer einer aufmerksamen Zuhörerschaft sicher sein konnte, ein Unterhändler von ebenso weiser Mäßigung als energischer Tatkraft war Dr. Adler bei Parteigenossen wie politischen Gegnern gleich hoch geachtet und beliebt.“¹⁰¹⁵

Ein paar Tage später sprach Dinghofer auch beim Begräbnis Adlers und betonte, dass dieser bis zum letzten Atemzug für das deutsche Volk und die gesamte Menschheit gelitten und gekämpft habe. In der Retrospektive lobte der Sozialdemokrat Ernst Koref diese „männlich-objektiven Worte“ Dinghofers.¹⁰¹⁶

In der Phase der Gründung und des Aufbaus der Kamig als Aktiengesellschaft Anfang der 1920er Jahre spielte der Bankbeamte Egon Basch, ein Mitglied der Linzer Kultusgemeinde, eine bedeutende Rolle.¹⁰¹⁷ Basch hatte bereits 1910 – als Dinghofer Bürgermeister gewesen war

¹⁰¹⁰ Vgl. AStL, Archivinformationssystem, Taufmatriken, Pfarre St. Matthias, Eintrag Ludwig Paul Hatschek, geb. 10.9.1855, getauft 5.9.1889. Ich danke Mag.^a Verena Wagner für diesen Hinweis.

¹⁰¹¹ AStL, GRP, Sitzung vom 22.4.1914, fol. 139–142.

¹⁰¹² Vgl. AStL, Archivinformationssystem, Sterbematriken, Pfarre St. Matthias, Eintrag Ludwig Hatschek, gest. 15.7.1914.

¹⁰¹³ Rechenschaftsbericht Gemeinderat 1914, 5.

¹⁰¹⁴ AStL, GRP, Sitzung vom 20.12.1918, fol. 761–764.

¹⁰¹⁵ Protokoll der 3. Sitzung der Provisorischen Nationalversammlung am 12. November 1918, 63, <https://alex.onb.ac.at/cgi-content/alex?aid=spk&datum=1918&page=73&size=45> (26.7.2022).

¹⁰¹⁶ Linzer Volksblatt, 17.11.1918, 2; Salzburger Wacht, 11.11.1933, 2; Koref, Gezeiten, 105.

¹⁰¹⁷ Siehe im Kapitel „Funktion in der Kamig“ die Abschnitte „Gründung“ und „Aktiengesellschaft“.

– als stellvertretender Leiter der Linzer Filiale der Anglobank amtiert.¹⁰¹⁸ Inwieweit die beiden bereits in dieser Zeit Kontakt hatten, ist nicht überliefert, jedenfalls wurden sie aber durch ihre gemeinsame Tätigkeit in der Kamig näher bekannt. Die Bekanntschaft ging so weit, dass Dinghofers jüngere Tochter Else mit Baschs Tochter Lisl jahrelang befreundet war. Als die Familie Dinghofer 1929 von Linz nach Wien übersiedelte, waren nicht nur Lisl, sondern auch ihr Bruder Ernst zu einem Abschiedsbesuch in Dinghofers Schöllergut eingeladen.¹⁰¹⁹

In seinen – 1952 in der Emigration in Argentinien – verfassten Lebenserinnerungen schildert Egon Basch ausführlich eine Begebenheit vom Februar 1927: Da sich sein Sohn Karli in dieser Zeit in Spitalsbehandlung befand und sich auch einer Operation zu unterziehen hatte, fühlte sich Egon Basch während einer Sitzung des Verwaltungsrates der Kamig aufgewühlt und niedergeschlagen. Dinghofer, dem die Erregung Baschs aufgefallen war, fragte nach der Sitzung nach dem Grund für Baschs Stimmung. Nachdem er von Baschs persönlichen Problemen gehört hatte, reagierte Dinghofer spontan und lud ihn noch für denselben Abend „mit Worten, aus denen edle Waerme und wahrhaftes Menschentum sprach“, in seine Loge im Burgtheater ein. Basch erinnerte sich noch Jahre später dankbar an diese Geste: „Dass Dr. Dinghofer in seiner Stellung als Oest. Justizminister und Vicekanzler mit mir seine Loge im Burgtheater teilte, beweist zur Genuge, dass er kein Antisemit war, wie seine Gegner behaupteten.“¹⁰²⁰

Dinghofer pflegte auch mit dem jüdischen Geschäftsführer der Kamig, Dr. Rudolf Illner, einen betont guten Umgang, was auch in der nationalsozialistischen Linzer „Volksstimme“ kritisiert wurde.¹⁰²¹ Auf das herzliche und freundschaftliche Verhältnis, das zwischen Dinghofer und Illner sogar noch nach 1945 herrschte, wird an anderer Stelle ausführlich eingegangen.¹⁰²²

Die angeführten Beispiele zeigen, dass sich Franz Dinghofer, was seinen Umgang mit ihm persönlich bekannten Juden betrifft, offenbar keine Zurückhaltung auferlegte oder gar antisemitische Tendenzen erkennen ließ. Dass dieses Verhalten bei manchen in seiner Partei auf Ablehnung stieß, war evident. Im Jänner 1921 kritisierte Parteiobmann Hermann Kandl im Klub der Abgeordneten der Großdeutschen Volkspartei das Artikelschreiben von großdeutschen Mandataren in „Judenzeitungen“. In den Bundesländern habe dies zu einer so großen Empörung geführt, dass man sogar mit dem Zerfall der Partei drohe. Dinghofer entgegnete, in dieser

¹⁰¹⁸ Privatsammlung Verena Wagner, Lebenserinnerungen Egon Basch, 22.

¹⁰¹⁹ Ebenda, 70.

¹⁰²⁰ Ebenda, 68.

¹⁰²¹ Vgl. Volksstimme, 10.9.1927, 1 f.

¹⁰²² Siehe im Kapitel „Funktion in der Kamig“ den Abschnitt „Die Beurteilung von Dinghofers Rolle bei Arisierung und Rückstellung“.

Frage anderer Meinung zu sein. Die „Judenpresse“ könne man „als ein Instrument in unserem Sinne benützen, weil wir keinen Ersatz für die grosse Presse haben“. Zur Entente und zum Ausland könne man nicht durch die „Deutsche Tageszeitung“ sprechen. Auch für die Innenpolitik sei es notwendig, die „große Presse“ zu nützen, „denn sonst heisst es, dass die Grossdeutschen nichts arbeiten, weil man nichts von ihnen hört“. Der radikale Antisemit Josef Ursin stieß nach und brachte den Antrag ein, den Abgeordneten zu verbieten, in „Judenzeitungen“ Artikel zu veröffentlichen. Dinghofer meinte, von einer „Mitarbeit“ könne nicht die Rede sein, wenn er einmal im Jahr einen Artikel für das „Wiener Tagblatt“ schreibe. Zudem stellte er fest: „Wenn der Antrag Ursin angenommen wird, müsste ich aus der Grossdeutschen Volkspartei austreten. Ein derartiges Diktat ist unmöglich.“ Nachdem schon vorgeschlagen worden war, den Reichsparteitag mit dieser Frage zu beschäftigen, versuchte Dinghofer, die Situation für sich zu retten, indem er vorschlug, die Angelegenheit besser in der Reichsparteileitung als auf dem Reichsparteitag zu besprechen. Daraufhin zog Ursin den Antrag zurück und war mit dessen Überweisung an den Reichsvollzugsausschuss der Partei einverstanden, was letztendlich zu keinem Ergebnis führte.¹⁰²³

Für das Artikelschreiben in „jüdischen“ Zeitungen wurde Dinghofer auch von christlichsozialer Seite kritisiert: So thematisierte das „Kärntner Tagblatt“ im Mai 1920, dass Dinghofer „zur Veröffentlichung seiner Gedanken über die Verfassungsfrage“ ausgerechnet die „jüdische“ „Neue Freie Presse“ verwende. Das „Kärntner Tagblatt“ kam zum folgenden Schluss: „Wer daher aufrichtiger Antisemit sein will, muss vor allem anderen die jüdische Presse bekämpfen.“¹⁰²⁴ In der „Ybbser Zeitung“ konnte man – direkt auf Dinghofer bezogen – Folgendes lesen: „Während die deutschen Hochschüler im schweren Kampfe gegen die jüdischen Studenten stehen, die sich bereits als Herren der Wiener Universität fühlen, arbeiten deutsch-nationale Führer fortgesetzt für die jüdische Presse! Ein trauriges Kapitel!“¹⁰²⁵

Noch im Februar 1924 berichtete Ursin im innerparteilichen „Fachausschuss für die Judenfrage“, dass der großdeutsche Abgeordnetenklub zwar beschlossen habe, dass Abgeordnete in „Judenzeitungen“ nicht schreiben dürften, in letzter Zeit jedoch dieser Beschluss „leider“ öfter durchbrochen worden sei.¹⁰²⁶

¹⁰²³ ÖStA, AdR, GDVP, Kt. 2, 18. Sitzung des Verbandes der GDVP, Verhandlungsschrift, 25.1.1921; Carsten, Faschismus, 84. Vgl. auch Ackerl, Kampfbündnis, 121 f.: „Zudem war ihre [= Großdeutsche Volkspartei] Grundeinstellung zur Presse eine überaus unglückliche, keiner der Mandatäre hatte Erfahrungen beziehungsweise Talente auf diesem Sektor, das Tagesschrifttum galt in Parteikreisen offenbar als nicht seriös genug.“

¹⁰²⁴ Kärntner Tagblatt, 16.5.1920, 5; ebenda, 27.4.1920, 5.

¹⁰²⁵ Ybbser Zeitung, 15.5.1920, 6.

¹⁰²⁶ ÖStA, AdR, GDVP, Kt. 53, Mappe Verhandlungsschriften des Judenausschusses, Verhandlungsschrift, 7.2.1924.

Nationalsozialismus

Verhältnis zum Nationalsozialismus vor 1938

Die „Deutsche Arbeiterpartei“ (DAP) wurde 1903 in Aussig (heute Ústí nad Labem) gegründet. Sie fand vor allem im deutschsprachigen Norden und Nordwesten Böhmens Unterstützung. Aus dem heutigen Österreich waren bei der Gründung nur Delegierte der Städte Wien und Linz vertreten.¹⁰²⁷ Im Mai 1918 benannte man sich auf dem Reichsparteitag in Wien in „Deutsche Nationalsozialistische Arbeiterpartei“ (DNSAP) um.¹⁰²⁸ Die Wahl zur konstituierenden Nationalversammlung im Jahr 1919 bescherte den Nationalsozialisten in Österreich eine Niederlage, hatte sich doch die Gefolgschaft der Partei besonders auf die Industriearbeiterschaft Deutschböhmens gestützt, die nun im neuen tschechoslowakischen Staat lebte. In Österreich rekrutierte sich die Hauptanhängerschaft aus dem öffentlichen Dienst und den freien Berufen.¹⁰²⁹ Erst 1926 spaltete sich von der alten DNSAP, die unter der Leitung von Karl Schulz stand, die NSDAP Hitlerbewegung ab, die eng mit der deutschen NSDAP kooperierte und die in der Person von Adolf Hitler auch ihren „Führer“ sah.¹⁰³⁰ Ende der 1920er Jahre war die Schulz-Gruppe bedeutungslos geworden, während die NSDAP Hitlerbewegung immer mehr an Aufmerksamkeit gewann.¹⁰³¹

Als sich die Großdeutsche Volkspartei im September 1920 durch den Zusammenschluss von 17 nationalen Parteien und Gruppierungen konstituierte, blieben die Nationalsozialisten außerhalb dieser Vereinigung.¹⁰³² Auch vor der Nationalratswahl im Oktober 1923 lehnten die Nationalsozialisten eine Wahlkoalition mit den Großdeutschen ab.¹⁰³³ Verhandlungsbereitschaft bewies am ehesten die Schulz-Gruppe, während die Hitlerbewegung nicht einmal an Gesprächen teilnehmen wollte.¹⁰³⁴ Großdeutsche und Nationalsozialisten blieben jedenfalls bis zu Dinghofers Ausscheiden aus der Politik im Jahr 1928 Konkurrenten.¹⁰³⁵ Rudolf Ardelt sah – zumindest bis 1930 – bei der Großdeutschen Volkspartei Unterschiede zum Nationalsozialismus bzw. Faschismus:

¹⁰²⁷ Wladika, Hitlers Vätergeneration, 518 und 522; Höbelt, Kornblume, 243.

¹⁰²⁸ Wladika, Hitlers Vätergeneration, 579.

¹⁰²⁹ Ebenda, 598.

¹⁰³⁰ Falter, Parteigenossen, 308; Wladika, Hitlers Vätergeneration, 635.

¹⁰³¹ Jagschitz, Nationalsozialistische Partei, 235.

¹⁰³² Mayrhofer, Dinghofer, 135; Ackerl, Großdeutsche Volkspartei, 47.

¹⁰³³ Ardelt, Zwischen Demokratie und Faschismus, 45.

¹⁰³⁴ Vgl. Ackerl, Großdeutsche Volkspartei, Anhang, Nr. 9.

¹⁰³⁵ Zu den Bemühungen der Großdeutschen um eine nationale Einheitsfront siehe Dostal, Großdeutsche Volkspartei, 216.

„Wohl spielen hier autoritäre, nationalistische und irrationale Verhaltens- und Denkkategorien eine bedeutende Rolle, sie steht aber dem ‚revolutionär-utopischen‘ Charakter faschistischer Bewegungen zumindest im ersten Jahrzehnt der Ersten Republik eindeutig ablehnend gegenüber.“¹⁰³⁶

Im Parlamentsklub der Großdeutschen Volkspartei, die sich zu diesem Zeitpunkt in einer Koalition mit den Christlichsozialen befand, wurde im Februar 1924 der an die großdeutschen Abgeordneten gerichtete Wunsch der Villacher Parteiorganisation diskutiert, „die Nationalsozialisten bei Interventionen nicht zu unterstützen“. Dinghofer schloss sich sofort der Meinung der Villacher an und begrüßte deren Vorschlag. In der Praxis sollten die Nationalsozialisten keine Unterstützung finden.¹⁰³⁷

Dinghofer selbst wies nach 1945 darauf hin, dass er als Politiker die nationalsozialistische Bewegung, die „in der Öffentlichkeit ab etwa 1921 sichtbar wurde“, „auf das Schärfste“ bekämpft habe. Das Organ der österreichischen NSDAP, die „Linzer Volksstimme“, habe ihn „als Gegner fortwährend angegriffen und beschimpft“.¹⁰³⁸ Eine Durchsicht der Artikel der „Linzer Volksstimme“ lässt den Schluss zu, dass Dinghofer mit seiner Aussage wenigstens zum Teil recht hatte. Am 11. April 1923 erschien jedoch noch ein wohlwollender Artikel im nationalsozialistischen Parteiblatt anlässlich des 50. Geburtstages Dinghofers:

„Der Präsident des österreichischen Nationalrates Dr. Franz Dinghofer feierte am 6. ds. seinen 50. Geburtstag. Aus diesem Anlasse wurden Dr. Dinghofer, welcher sich in den weitesten Kreisen von Linz und Oberösterreich großer Beliebtheit erfreut, zahlreiche Ehrungen zuteil. Dr. Dinghofer ist Gründer des oberösterreichischen Volksbundes und hat gegenwärtig die Obmannstelle des parlamentarischen Klubs der Großdeutschen inne. Dr. Dinghofer ist auch in gegnerischen Parteien als einsichtsvoller und ruhiger Politiker bekannt.“¹⁰³⁹

Im Dezember 1924 war hingegen ein Beitrag in der „Linzer Volksstimme“ zu lesen, in dem Dinghofer und die Großdeutsche Volkspartei wegen ihrer ablehnenden Haltung zum Eisenbahnerstreik kritisiert wurden. Die Großdeutsche Partei sei „im Seipelschen Sanierungsfieber“

¹⁰³⁶ Ardelt, Zwischen Demokratie und Faschismus, 207. Vgl. auch ebenda: „‚Faschistoid‘ könnte man vielleicht folgende Züge ihres Gedankengutes nennen: Die Auffassung der Gesellschaft als integrale Arbeitsgemeinschaft, die nach dem Prinzip der Unter- und Überordnung organisiert ist, das Betonen der Bindung des Individuums an die übergeordnete Gemeinschaft des Volkes, das Verlangen nach autoritativer Gewährleistung der gesamtgesellschaftlichen Ziele, Werte und Normen, der Glaube an die nationale Sendung und Aufgabe, die Ablehnung des ‚Fortschrittsglaubens‘ und des Glaubens an die Egalität der Menschen, verbunden mit einem gemäßigten anthropologischen Pessimismus usw. Der wesentliche Unterschied zum ‚Faschismus‘ ist aber darin zu sehen, daß die ‚Großdeutschen‘ dem ‚revolutionären‘ und ‚utopisch-totalitären‘ Wunsch der Veränderung der Gesellschaft und des Lebens ferne standen, daß sie an einer pragmatisch orientierten, die Freiheitsrechte des einzelnen vor Machtmißbrauch schützenden Politik der ‚Reform‘ festhielten.“

¹⁰³⁷ ÖStA, AdR, GDVP, Kt. 4, 20. Sitzung des Verbandes der GDVP, Verhandlungsschrift, 20.2.1924.

¹⁰³⁸ Privatarchiv Prof. Dr. Peter Avancini, Dinghofer an Kamig, undatiert [Aug./Sept. 1945]. Zur Linzer Volksstimme allgemein siehe Rohleder, Tages- und Wochenzeitungen, 160–166.

¹⁰³⁹ Linzer Volksstimme, 11.4.1923, 3.

von einer völkischen Partei zu einer „judenliberalen“ herabgesunken.¹⁰⁴⁰ Am 1. August 1925 wurden die Mehrfachbezüge von Politikern, die auch über Beschäftigungsverhältnisse im öffentlichen Dienst verfügten, thematisiert: Der sozialdemokratische Parteiobmann in Oberösterreich, Landeshauptmannstellvertreter Josef Gruber, war wegen seiner Bezüge als Bürgerschuldirektor kritisiert worden, worauf dieser bloß auf den christlichsozialen Landeshauptmannstellvertreter Josef Schlegel, den großdeutschen Landeshauptmannstellvertreter Franz Langoth und Dinghofer zu verweisen brauchte, um die öffentliche Diskussion zu beenden.¹⁰⁴¹ Im September 1927 beschäftigte sich ein Volksstimme-Artikel mit „Aktienbanken“ und deren Industrie Gründungen. Politiker würden dort als Präsidenten und Verwaltungsräte fungieren. In diesem Zusammenhang wurde auch die Kamig erwähnt: „In der Kamig A.-G. nahm auf Grund eines großen Postens Gratisaktien der mehr am Wiener Platz engagiert gewesene großdeutsche Ostmärker Dr. Dinghofer an der grünen Seite des Dr. Illner Platz [...]“¹⁰⁴²

Anlässlich der Béla-Kun-Affäre musste Dinghofer im Juli 1928 viel Kritik von Seiten der Volksstimme einstecken:

„Dr. Dinghofer, der großdeutsche Vertrauensmann in der Regierung, hat Kun gerettet! Bravo, Herr Dinghofer, das war Ihr Meisterstück! Der Jude Doktor Illner alias Jerusalem von der Kamig A.-G. sowie die ganze Linzer Loge des jüdischen Bnai-Brith-Ordens werden Ihnen Dank wissen. Das Vertrauen der Juden haben Sie nun, aber unter Arier gehen Sie nicht mehr. Herr Dinghofer! Wagen Sie es nicht, in Versammlungen vielleicht wieder dem betrogenen Volke etwas vom Kampf gegen den Marxismus zu erzählen! Ihr politischer Kredit ist erschöpft, vollkommen, Herr Dinghofer! Seien Sie froh, dass Sie sich zeitgerecht um ein gutes Einkommen als Präsident des Obersten Gerichtshofes bekümmert haben. Von wirtschaftlichen Nöten werden Sie aller Voraussicht nicht mehr geplagt werden. Treten Sie also ab, nicht nur vom Justizministerium, nein von der Politik überhaupt, diesen guten Rat geben wir ihnen! Sie mögen sich rechtfertigen wie Sie wollen, Sie mögen noch so viele juristische und sonstige Gründe ins Treffen führen, kein ehrlicher Volksgenosse wird Ihnen mehr glauben!“¹⁰⁴³

Der Rücktritt Dinghofers als Justizminister wurde in der Volksstimme wie folgt kommentiert:

„Er weiß ganz genau, dass er den heutigen Forderungen nicht mehr gewachsen ist, er ist verbraucht und müde, neuen Ideen nicht mehr zugänglich. Seine Versammlungsreden riefen nicht mehr den gewohnten Beifall hervor, er war kein Zugmittel mehr, das die Massen begeistern konnte.“¹⁰⁴⁴

¹⁰⁴⁰ Linzer Volksstimme, 6.12.1924, 2 f.

¹⁰⁴¹ Linzer Volksstimme, 1.8.1925, 1. Zur Ernennung Grubers zum Bürgerschuldirektor sowie zur medialen Thematisierung dieser Ernennung siehe auch Schuster, Deutschnational, 54 f.

¹⁰⁴² Volksstimme, 10.9.1927, 1 f.

¹⁰⁴³ Volksstimme, 6.7.1928, 2.

¹⁰⁴⁴ Ebenda, 4.

Lässt sich eine führende Rolle Dinghofers in den 1920er Jahren für die Bildung einer nationalen Einheitsfront unter Einschluss der Nationalsozialisten nicht feststellen,¹⁰⁴⁵ so gilt dies noch mehr für die Zeit nach dem Ausscheiden Dinghofers aus der Politik im Herbst 1928. Insbesondere gibt es keinen Hinweis dafür, dass Dinghofer am Zustandekommen des am 15. Mai 1933 geschlossenen „Kampfbündnisses“ zwischen NSDAP, Steirischem Heimatschutz und Großdeutscher Volkspartei beteiligt war. Von Seiten der Großdeutschen Volkspartei waren dabei die treibenden Kräfte der Reichsparteiobmann Hermann Foppa und der oberösterreichische Landesparteiobmann Franz Langoth gewesen. Ab diesem Zeitpunkt verfügte das nationale Lager über eine bis dahin nicht gekannte Geschlossenheit, wobei der dominierende Faktor eindeutig die Nationalsozialisten waren.¹⁰⁴⁶

Franz Dinghofer trat auch bei den Verhandlungen, die die „Nationalen“ mit den Regierungen Dollfuß und Schuschnigg ab dem Oktober 1933 für einen Eintritt der „nationalen Opposition“ in die Bundesregierung bzw. für eine weitergehende Betätigungsfreiheit der Nationalsozialisten führten, nicht in Erscheinung. An solchen Gesprächen nahmen – im Laufe der Zeit – die ehemaligen großdeutschen Parteikollegen Dinghofers Hermann Foppa und Franz Langoth bzw. „betont Nationale“ wie Hermann Neubacher, Anton Reinthaller, Arthur Seyß-Inquart und Edmund Glaise-Horstenau teil, die freilich allesamt ausschließlich nationalsozialistische Interessen vertraten.¹⁰⁴⁷

Den Höhepunkt dieser Verhandlungen für eine „innere Befriedung“ stellte das zwischen der Regierung Schuschnigg und dem nationalsozialistischen Deutschen Reich abgeschlossene Juliabkommen des Jahres 1936 dar. Für das von deutscher Seite gemachte Zugeständnis der vollen Souveränität Österreichs und der Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten Österreichs, was ausdrücklich auch die Frage der österreichischen Nationalsozialisten miteinschloss, verpflichtete sich Schuschnigg unter anderem, Vertreter der „nationalen Opposition“ zur „Mitwirkung an der politischen Verantwortung und Willensbildung“ in Österreich heranzuziehen. Die Auswahl dieser Personen sollte dem österreichischen Bundeskanzler vorbehalten bleiben.¹⁰⁴⁸

In Erfüllung des Juliabkommens dachte Bundeskanzler Schuschnigg daran, einen „Nationalen“ in die Bundesregierung aufzunehmen. Nach Schuschniggs späteren Erinnerungen fiel seine erste Wahl auf den 58-jährigen Historiker und Hochschulprofessor Heinrich Srbik, der bereits in den Jahren 1929 und 1930 Unterrichtsminister gewesen war. Srbik sagte jedoch dem

¹⁰⁴⁵ Vgl. Ackerl, Großdeutsche Volkspartei, Anhang, Nr. 9; Dostal, Großdeutsche Volkspartei, 217.

¹⁰⁴⁶ Ackerl, Kampfbündnis, 126; Langoth, Kampf, 101 f.; Schuster, Deutschnational, 71.

¹⁰⁴⁷ Vgl. Schuster, Deutschnational, 72–82; Volsansky, Pakt auf Zeit, 19–21.

¹⁰⁴⁸ Volsansky, Pakt auf Zeit, 30 f.

Kanzler sehr höflich ab. Ein weiterer Kandidat war der 54-jährige Verfassungs- und Verwaltungsjurist Egbert Mannlicher, der aber – in der Wahrnehmung Schuschniggs – unhöflich reagierte und eine scharf nationalsozialistische Position vertrat. Früh wandte sich Schuschnigg auch an den damals bereits 63-jährigen Dinghofer. Nach der Erinnerung Schuschniggs habe dieser „in einer sehr netten, aber sehr bestimmten Form“ erklärt, „er bliebe lieber Präsident des Obersten Gerichtshofes, er ginge von dort nicht weg“.¹⁰⁴⁹ Schließlich wurde als nationaler Vertreter der 54-jährige Leiter des Kriegsarchivs, Edmund Glaise-Horstenau, zum Minister ohne Portefeuille in der Regierung Schuschnigg bestellt.¹⁰⁵⁰ Die Kandidatensuche Schuschniggs für eine Beteiligung der Nationalen an einer österreichischen Bundesregierung war nicht geheim. Bereits im Juni 1936 berichtete die im Ausland gedruckte Arbeiter-Zeitung von diesem Plan, wobei die Namen der tatsächlich vom Kanzler angefragten Personen – inklusive des OGH-Präsidenten Dinghofer – genannt wurden.¹⁰⁵¹

Nach 1936 kam es in Zusammenhang mit den Aktivitäten der „nationalen Opposition“ zu keiner Nennung des Namens Dinghofer mehr. Das galt auch für den Plan, einen „Deutsch-sozialen Volksbund“ als Sammelbecken der Nationalen zu schaffen. Das – 489 Personen zählende – Proponentenkomitee dieses Projekts las sich wie ein „Who is who“ ehemaliger großdeutscher Politiker und nationalsozialistischer Aktivisten im Land. Dem Komitee gehörten die früheren großdeutschen Regierungsmitglieder Hans Schürff, Franz Slama und Leopold Waber ebenso wie ihre Parteikollegen Hermann Foppa, Franz Langoth und Fritz Ruckensteiner an. Nicht weniger prominent waren mit August Eigruber, Hugo Jury, Franz Peterseil, Anton Reinhaller, Arthur Seyß-Inquart und den Linzern Josef Wolkerstorfer und Karl Wiesmayr die Vertreter der Nationalsozialisten im Proponentenkomitee vertreten. Der Name Dinghofer fehlte allerdings auf der Liste. Die beabsichtigte Gründung des Deutsch-sozialen Volksbundes kam letztendlich nicht zustande, weil Bundeskanzler Schuschnigg fürchtete, dass diese den Handlungsspielraum der NSDAP erweitern würde.¹⁰⁵²

Im Rahmen des – von Schuschnigg zugelassenen – so genannten „Siebener-Komitees“ sowie der daraus resultierenden Länderkomitees, die sich aus Nationalsozialisten und Deutsch-nationalen zusammensetzten, spielte Franz Dinghofer ebenso keine Rolle.¹⁰⁵³ Auch mit der letzten größeren Aktion, der Schaffung des „Volkspolitischen Referates“ unter der Leitung des

¹⁰⁴⁹ Siehe ÖStA, AVA, Nachlass WIKO, E/1700-59, Interview Dr. Gerhard Jagschitz mit Dr. Kurt Schuschnigg, 25.–28.9.1972, 348 f. Vgl. auch Höbelt, Anmerkungen, 73. Zu Srbik siehe Graf-Stuhlhofer, Opportunisten, 153 f.

¹⁰⁵⁰ Volsansky, Pakt auf Zeit, 81.

¹⁰⁵¹ Arbeiter-Zeitung, 28.6.1936, 2.

¹⁰⁵² Vgl. Die neue Zeit, 18.2.1937, 1–4; Volsansky, Pakt auf Zeit, 87–91; Rosar, Deutsche Gemeinschaft, 116 f.

¹⁰⁵³ Vgl. Volsansky, Pakt auf Zeit, 89–91.

ehemaligen Großdeutschen Walter Pembaur, mit der der korporative Eintritt der Nationalen bzw. Nationalsozialisten in die Vaterländische Front möglich wurde, hatte Dinghofer nichts zu tun.¹⁰⁵⁴

Ob Dinghofer seine Weigerung, für die „Nationalen“ in die Regierung einzutreten oder eine andere Initiative der national(sozialistisch)en Opposition meinte: Die nach 1945 von ihm getätigten Aussagen, er habe sich in den Jahren 1936 und 1937 an keiner „Befriedungsaktion“ auf Seiten der „Nationalen“ beteiligt,¹⁰⁵⁵ entsprach offenkundig den tatsächlichen Gegebenheiten.

Die Motive Dinghofers, weshalb er vor 1938 einen Wiedereinstieg in die Politik ablehnte, können nur vermutet werden. Nach seinem Ausscheiden als Politiker hatte er offenbar keine Lust mehr, das angesehene oberste Richteramt gegen einen unsicheren Posten in einer Bundesregierung oder in einem anderen politischen Gremium zu tauschen. Noch dazu dürfte er gespürt haben, dass er zu diesem Zeitpunkt kaum mehr von den Nationalen und schon gar nicht von den Nationalsozialisten als Identifikationsfigur anerkannt worden wäre. Dinghofer verblieb also weiterhin auf der Stelle des Präsidenten des Obersten Gerichtshofs. Dass er sein Amt als oberster Richter nicht dazu gebrauchte, den Interessen der Nationalsozialisten zu dienen, erkennt man an den politischen Beurteilungen, die die Funktionäre der NSDAP nach dem „Anschluss“ über ihn verfasst haben, sowie an der Tatsache seiner Ablöse als Präsident des Obersten Gerichtshofs.¹⁰⁵⁶

Ein weiteres Indiz dafür, dass Dinghofer über keine Verdienste und Leistungen für den Nationalsozialismus verfügte, auf die er sich dann während der NS-Zeit berufen hätte können, lässt sich aus den Akten seiner gerichtlichen Auseinandersetzung mit den Göringwerken wegen der Enteignung seines Schöllergutes entnehmen: So konnten zwar er und sein Anwalt seine politische Tätigkeit für die Großdeutschen bis 1928 anführen, jedoch keine Verdienste für den Nationalsozialismus.¹⁰⁵⁷ Vielmehr suchte sein Rechtsanwalt Dr. Pramer im Jahr 1938 die Reichsstelle für Landbeschaffung in Berlin, die über die Enteignung des Dinghofer-Besitzes zu entscheiden hatte, mit der folgenden Aussage zu beeindrucken:

„Präsident Dr. Dinghofer war in der Folge der Sprecher der Großdeutschen Partei in allen grossen politischen Fragen, insbesondere der einzige Redner, der gegen Kaiser Karl, als er

¹⁰⁵⁴ Rosar, Deutsche Gemeinschaft, bes. 121–130; Volsansky, Pakt auf Zeit, 92–94.

¹⁰⁵⁵ Vgl. Privatarhiv Prof. Dr. Peter Avancini, Dinghofer an Kamig, undatiert [Aug./Sept. 1945]; O-ÖLA, Rückstellungsakten, Rk 257/47, 125–138, Verhandlungsprotokoll und Zwischenerkenntnis, 22.5.1950.

¹⁰⁵⁶ Siehe in diesem Kapitel die Abschnitte „Das Ende als Präsident des Obersten Gerichtshofes“ und „Politische Beurteilungen während der NS-Zeit“.

¹⁰⁵⁷ BAArch Freiburg, RW 43/3535, Reichsstelle für Landbeschaffung, 28–36, RA Pramer an Leiter der Reichsstelle für Landbeschaffung, 2.12.1938.

seinen Flug nach Ungarn unternommen hatte und die Habsburger nach Österreich zurückkehren wollten, Stellung nahm.“¹⁰⁵⁸

Das Ende als Präsident des Obersten Gerichtshofes

Unmittelbar nach dem „Anschluss“ begann im März 1938 die Gleichschaltung der österreichischen Behörden im nationalsozialistischen Sinne. Franz Dinghofer sandte an das Reichsgericht in Berlin ein Telegramm mit folgendem Wortlaut: „Freudig bewegt, entbietet der Oberste Gerichtshof des Landes Oesterreich, durch Reichseinheit nunmehr ein Teil des Reichsgerichtes, die herzlichsten Grüße mit dem Willen und Wunsche ehester engster Zusammenarbeit im Dienste des Deutschen Volkes. Heil Hitler.“¹⁰⁵⁹

Am 15. März 1938 wurde ein „Erlass des Führers und Reichskanzlers“ über die Vereidigung der Beamten des Landes Österreich kundgemacht. Die Eidesformel lautete: „Ich schwöre: Ich werde dem Führer des Deutschen Reiches und Volkes Adolf Hitler treu und gehorsam sein, die Gesetze beachten und meine Amtspflichten gewissenhaft erfüllen, so wahr mir Gott helfe.“ Ausgeschlossen von der Eidesleistung waren Juden und Jüdinnen sowie jene Personen, die mit Juden bzw. mit Jüdinnen verheiratet waren.¹⁰⁶⁰ Am 17. März fand im OGH – wie in allen anderen Behörden in diesen Tagen auch – die Vereidigung auf den „Führer“ statt.¹⁰⁶¹

Die politische Säuberung des Beamtenapparates begann im Obersten Gerichtshof noch unter der Präsidentschaft von Dinghofer. Dieser teilte einem Rat des OGH mit, dass er auf Anweisung des Justizministeriums vom Dienst enthoben worden sei. In den folgenden Wochen wurden noch ein Senatspräsident und zwei Räte entfernt. Zunächst waren alle vier beurlaubt worden. Am 13. Mai wurden schließlich alle in den Ruhestand versetzt, weil sie nach ihrem bisherigen Verhalten nicht die Gewähr dafür geboten hatten, dass sie jederzeit rückhaltlos für den nationalsozialistischen Staat eintreten würden. Ihnen waren vor allem harte Urteile gegen Nationalsozialisten bzw. die Unterstützung des Ständestaat-Regimes vorgeworfen wurden. Urheber der politischen Säuberungen dürfte ein nationalsozialistischer Kanzlist gewesen sein, der Mitglieder des OGH denunziert hatte.¹⁰⁶²

¹⁰⁵⁸ BAArch Freiburg, RW 43/3535, Reichsstelle für Landbeschaffung, 28–36, RA Pramer an Leiter der Reichsstelle für Landbeschaffung, 2.12.1938.

¹⁰⁵⁹ Zit. nach Neues Wiener Tagblatt, 16.3.1938, 10.

¹⁰⁶⁰ Vgl. zusammenfassend Schuster, NS-Kommunalpolitik, 280.

¹⁰⁶¹ Wedrac, Richter des Obersten Gerichtshofes, 154 f.; siehe allgemein Kadanik, NS-Verwaltung, 164 f.

¹⁰⁶² Wedrac, Richter des Obersten Gerichtshofes, 154 f.

Im April 1938 zeichnete sich im Obersten Gerichtshof aber auch das Karriereende von Dinghofer selbst ab. Er suchte schriftlich am 28. April 1938 beim Justizministerium in Wien um Versetzung in den dauernden Ruhestand an. Neben dem Hinweis auf sein Alter – er war zu diesem Zeitpunkt bereits 65 – begründete er den Antrag folgendermaßen:

„Meine restliche Dienstzeit dauert in keinem Falle so lange bis die restlose Eingliederung des Obersten Gerichtshofes in das Reichsgericht vorgenommen werden kann. Um die Art der Durchführung dieser so hohen und wichtigen Aufgabe in personeller Hinsicht zu erleichtern, halte ich es für zweckmässiger, dass die Ueberleitung des Obersten Gerichtshofes in das Reichsgericht bereits jetzt von einer Persönlichkeit in Angriff genommen wird, welche sie auch zu Ende führen kann.“¹⁰⁶³

In seinem Antwortschreiben akzeptierte Justizminister Dr. Franz Hueber am 2. Mai 1938 den Wunsch Dinghofers, in den Ruhestand treten zu wollen, und dankte ihm für seine „vieljährige, dem Vaterland gewidmete Tätigkeit“: „Empfangen Sie gleichzeitig meine herzlichsten Wünsche für Ihr weiteres Wohlergehen.“¹⁰⁶⁴ Der Aktivbezug Dinghofers wurde mit Ende Mai eingestellt.¹⁰⁶⁵ Ab 1. Juni 1938 galt Dinghofer demnach als Pensionist.¹⁰⁶⁶ Die Ruhestandsversetzung erfolgte vorzeitig, hätte doch der 65-Jährige eigentlich erst mit dem 31. Dezember 1938 aus dem Aktivstand ausscheiden müssen.¹⁰⁶⁷ Mehrere Zeitungen berichteten über die Pensionierung des Ersten Präsidenten des Obersten Gerichtshofes unter Hinweis auf dessen Verdienste, insbesondere wegen seines Kampfes für den Gedanken eines Großdeutschen Reiches.¹⁰⁶⁸

Nach 1945 stellte Dinghofer die damaligen Vorgänge so dar:

„Ich habe aber mein Pensionsgesuch nicht freiwillig, sondern unter Zwang überreicht, weil mich der damalige Justizminister Dr. Franz Hueber aufgefordert hat, unverzüglich um meine Versetzung in den Ruhestand einzuschreiten, da gegen mich feindliche Strömungen bestehen und ich der Gefahr von Gewaltmassregeln ausgesetzt sei. Ich erfreute mich zu dieser Zeit vollkommener Gesundheit und Rüstigkeit und leitete den Obersten Gerichtshof, wie allgemein anerkannt wurde, in einer in jeder Beziehung befriedigenden Art, so dass für mich nicht der geringste Grund vorlag, vorzeitig zurückzutreten.“¹⁰⁶⁹

Mit dem Justizminister habe er „einige unerfreuliche Auseinandersetzungen“ gehabt. Er sei genötigt worden, die Leitung des Obersten Gerichtshofes dem Rate des OGH Dr. August

¹⁰⁶³ Archiv des OGH, Dinghofer an Ministerium für Justiz, 28.4.1938.

¹⁰⁶⁴ Archiv des OGH, Justizminister Dr. Hueber an Dinghofer, 2.5.1938.

¹⁰⁶⁵ Ebenda.

¹⁰⁶⁶ Archiv des OGH, Präsidium des OGH an Bundesministerium für Justiz, 2.7.1946, Tabellarantrag.

¹⁰⁶⁷ Archiv des OGH, Dinghofer an Ministerium für Justiz, 28.4.1938.

¹⁰⁶⁸ Vgl. Illustrierte Kronen-Zeitung, 12.5.1938, 12; Neues Wiener Tagblatt, 12.5.1938, 12; Völkischer Beobachter, 12.5.1938, 21.

¹⁰⁶⁹ Archiv des OGH, Dinghofer an Bundesministerium für Justiz, 10.4.1946.

Zellner zu übergeben.¹⁰⁷⁰ Dinghofer erinnerte sich auch, dass ihm für den Falle der Weigerung, in Pension zu gehen, Gewalt angedroht worden sei.¹⁰⁷¹

Die Darstellung Dinghofers hat offenbar tatsächlich den wahren Sachverhalt wiedergegeben, bestätigten doch in der Nachkriegszeit mehrere Mitarbeiter des OGH, dass Justizminister Dr. Hueber Dinghofer aufgefordert hatte, sein Pensionsgesuch zu überreichen, „weil er mit Rücksicht auf seine Amtsführung beim OGH und die Rechtsprechung des OGH in Strafsachen während der Jahre 1933 bis 1938 bei der NSDAP missliebig geworden ist“.¹⁰⁷² Nach 1945 galt die Ruhestandsversetzung Dinghofers jedenfalls aus politischen Gründen erfolgt.¹⁰⁷³

In seinen späteren Erinnerungen berichtete Dinghofer, dass der im Jahr 1938 zur Macht gekommene Nationalsozialismus in ihm einen Feind erblickt hätte: „Aus welchem Grund ist mir heute noch nicht ganz klar. Ich habe nicht selten auch so manchen Nationalsozialisten geholfen, wie es überhaupt meine Art war, wenn ich Menschen, die es verdienen, beistehen konnte, dass ich niemals nach seiner politischen Farbe fragte.“ Laut Dinghofer habe der Obmann des Nationalsozialistischen Rechtswahrerbundes die Auffassung vertreten, der OGH sei „eine Gesellschaft von Mördern und ich ein Schandfleck der Justiz“ gewesen:

„Hiebei passierte dem Herrn Rechtsanwalt der Irrtum, dass er den Obersten Gerichtshof bzw. dessen Rechtssprechung mit der der Militärgerichte verwechselte, die er in hässlicher Weise empfand. Als alter Politiker mit harter Haut nahm ich derartige Gehirnausdünnungen einer regen Phantasie nicht allzu schwer.“

Den Hauptgrund seiner Entfernung sah Dinghofer freilich darin, dass der OGH durch den Anschluss Österreichs an das Deutsche Reich überflüssig geworden war und er als „Alter“ nicht in das neue System gepasst habe.¹⁰⁷⁴ Sein Nachfolger August Zellner galt jedenfalls als verlässlicher Nationalsozialist, der sich für die NSDAP bereits seit 1933 engagiert hatte, unterstützendes Mitglied der SA war und bereits vor dem Anschluss dem Nationalsozialistischen Rechtswahrerbund beigetreten war.¹⁰⁷⁵

¹⁰⁷⁰ Privatarhiv Prof. Dr. Peter Avancini, Rk 100/50, Aussage Dinghofer, 13.2.1951.

¹⁰⁷¹ ÖStA, AdR, Bundespensionsamt/Zentralbesoldungsamt, Zl. 78-2133 (Kt. 2674), Franz Dinghofer, Dinghofer an Ministerialrat Kehrler, Vorstand der Pensionsabteilung der Finanz-Landesdirektion Wien, 15.7.1946.

¹⁰⁷² Archiv des OGH, Präsidium des OGH an Bundesministerium für Justiz, 2.7.1946, Tabellarantrag.

¹⁰⁷³ Archiv des OGH, Justizminister Gerö an Präsidium des OGH, 31.7.1946; ebenda, Präsidium OGH an Dinghofer, 31.7.1946.

¹⁰⁷⁴ Privatarhiv Prof. Dr. Peter Avancini, Denkschrift Dinghofer (1951), 7.

¹⁰⁷⁵ Wedrac, Richter des Obersten Gerichtshofes, 156.

Politische Beurteilungen während der NS-Zeit

Über Franz Dinghofer sind einige politische Beurteilungen von diversen Parteistellen überliefert, die allerdings sämtlich aus der Zeit nach dem 2. Mai 1938 datieren, also aus einer Zeit, in der seine Pensionierung als Erster Präsident des OGH schon längst beschlossen war. Da Dinghofer auch als Erwerber von Aktien aus jüdischem Besitz in Erscheinung trat, musste schon allein aus diesem Grund seine politische Verlässlichkeit überprüft werden. Die – gemäß Wohnsitz – zuständige NSDAP-Ortsgruppe Stubenviertel bestätigte im Frühjahr 1938, dass er „als gut national und politisch vollständig einwandfrei bekannt“ sei: „Gegen den Kauf der Aktien der ‚Kamig‘ A.G. aus jüdischen Besitz durch Herrn Präsidenten Dinghofer ist daher nichts einzuwenden.“¹⁰⁷⁶ Am 10. Mai 1938 bekräftigte kein Geringerer als der Minister für Handel und Verkehr, Dr. Hans Fischböck, den guten Leumund Dinghofers mit der Aussage, dass „dessen Person als langjähriger Obmann der Großdeutschen Partei und Präsident des Obersten Gerichtshofes wohl vertrauenswürdig erscheint“.¹⁰⁷⁷ Der auch für die Vermögensverkehrsstelle verantwortliche Dr. Fischböck hatte ebenso wie Dinghofer der deutschnationalen Interessengemeinschaft „Deutscher Klub“ angehört, wenn auch Dinghofer aus diesem Verein wieder ausgetreten war.¹⁰⁷⁸

Im August 1938 stellten die Kreisleitung I sowie die Gauleitung der NSDAP Wien Dinghofer ein überaus positives Zeugnis aus: Er sei stets großdeutscher Politiker gewesen und seine politische Zuverlässigkeit sei „ganz selbstverständlich“ gegeben. Das politische Führungszeugnis gipfelte in der Feststellung: „Dr. Dinghofer steht längst in den Reihen der Kämpfer Adolf Hitlers und wird mit seinen grossen politischen Erfahrungen bestimmt der Bewegung dienen.“¹⁰⁷⁹

Detaillierter fiel schließlich die politische Beurteilung des Personalamtsleiters der Ortsgruppe Stubenviertel im Oktober 1938 aus: Nach Auskunft der NS-Beamenschaft sei Dinghofer als Großdeutscher bei der Nationalratswahl 1930 und bei der Gemeinderatswahl 1931 in Gegnerschaft zur NSDAP gestanden. Dinghofers Eintritt in die Vaterländische Front des Ständestaates wurde hingegen als „erzwungen“ gewertet. Als „Verdienste in der Bewegung“

¹⁰⁷⁶ ÖStA, AdR, Vermögensverkehrsstelle, Kamig, Leumund Dinghofer der NSDAP Ortsgruppe Stubenviertel, undatiert (ca. Mai 1938).

¹⁰⁷⁷ ÖStA, AdR, Vermögensverkehrsstelle, Minister Fischböck an Reichsbeauftragten für Österreich, 10.5.1938.

¹⁰⁷⁸ Huber/Erker/Taschwer, Deutscher Klub, 33 f. und 164–166. Dinghofer war zwischen dem Juli 1913 und dem März 1919 dem Deutschen Klub beigetreten und zwischen März 1919 und dem 30. September 1939 wieder ausgetreten (Huber/Erker/Taschwer, Deutscher Klub, 266; freundliche Mitteilung von Dr. Andreas Huber an den Verfasser, 20.4.2020).

¹⁰⁷⁹ ÖStA, AdR, Gauakt Franz Dinghofer, Beurteilung NSDAP Wien, Kreisleitung I, 24.8.1938; ebenda; Beurteilung NSDAP, Gauleitung Wien, 23.8.1938.

führte man „Verwendung für Nationalsozialisten“ an. Aktuell sei Dinghofer Mitglied im Nationalsozialistischen Rechtswahrerbund. Nach dem Umbruch habe er sich nicht gegensätzlich zum heutigen Staat und der Partei ausgesprochen. Sein diesbezügliches Verhalten wurde als „sehr gut“ bezeichnet.¹⁰⁸⁰

Im Dezember 1938 verlangte die Behörde des Reichskommissars für die Wiedervereinigung Österreichs mit dem Deutschen Reich von der Gauleitung Wien „eine ausführliche politische Beurteilung über den Beamten“ Dinghofer.¹⁰⁸¹ Das Gaurechtsamt kam zu einer negativen Einschätzung: Als Präsident des OGH habe Dinghofer „den Bestrebungen der Systemregierung keinen nennenswerten Widerstand“ geleistet. Im Präsidium des OGH sei er auch der Erste gewesen, der der Vaterländischen Front beigetreten sei, auch habe er sich mit dem Krukenkreuz, dem Symbol des Ständestaates, malen lassen. Zudem sei „an positivem Einsatz für den Nationalsozialismus ausser einigen unbedeutenden Interventionen nichts bekannt“.¹⁰⁸² Das Gaupersonalamt übernahm die Stellungnahme des Gaurechtsamtes wortwörtlich, fügte jedoch folgenden relativierenden Satz hinzu: „Abgesehen von dieser Schwäche könnte er vermöge seiner grossen Erfahrungen dem nationalsozialistischen Staate bestimmt wertvolle Dienste leisten.“¹⁰⁸³

Im März 1939 folgte die ausführlichste politische Beurteilung, für die das Amt für Beamte der Gauleitung Wien verantwortlich zeichnete und die an das Gaupersonalamt gesandt wurde. Diese – sehr differenzierte – Stellungnahme zeigte zwar die großdeutsche Gesinnung Dinghofers auf, betonte aber auch sein Eintreten für „eine stark gemässigte und mehr kompromissfreundliche Richtung“. Wie er sich 1933, als die Großdeutsche Volkspartei ein „Kampfbündnis“ mit der NSDAP abgeschlossen habe, verhalten hatte, wisse man nicht: „Wie er sich bei dem Beschluss des Abgeordnetenklubs der Grossdeutschen Partei im Jahre 1933, sich der Führung unseres Führers Adolf Hitler zu unterstellen, verhalten hat, ist hier nicht bekannt. Damals gehörte er dem Nationalrat nicht mehr an, stand aber mit den Abgeordneten stets im Verkehr und Fühlung.“ Als Präsident des Obersten Gerichtshofes sei er politisch nicht hervorgetreten, habe „jedoch in persönlichen Gesprächen und auch offen in Sitzungen stets seine nationale Gesinnung betont und das Vorgehen der Systemregierung ausdrücklich verurteilt“. In Strafsachen habe er in nichtöffentlichen Sitzungen nur selten den Vorsitz geführt, habe sich aber stets der milderen Ansicht angeschlossen und nie gegen Nationalsozialisten

¹⁰⁸⁰ ÖStA, AdR, Gauakt Franz Dinghofer, Politische Beurteilung des Personalamtsleiters der Ortsgruppe Stubenviertel, 15.10.1938.

¹⁰⁸¹ Ebenda, Reichskommissar für die Wiedervereinigung Österreichs mit dem Deutschen Reich an Gauleiter Wien der NSDAP, 28.12.1938.

¹⁰⁸² Ebenda, politische Beurteilung Dr. Paul Lux bzw. Gaurechtsamt, 4.2.1939.

¹⁰⁸³ Ebenda, politische Beurteilung Gaupersonalamt, 23.2.1939.

Stellung genommen. Die Beurteilung gipfelte in der zusammenfassenden Feststellung, dass Dinghofer „wohl nie Nationalsozialist, aber stets national war und der NSDAP nie feindlich gegenübergetreten ist“.¹⁰⁸⁴

Im Juli 1940 war die Beurteilung des Gauhauptstellenleiters F. Kamba hingegen eindeutig positiv: „Der Obengenannte erscheint politisch zuverlässig. Seine volle Einsatzbereitschaft für den nationalsozialistischen Staat steht ausser Zweifel.“¹⁰⁸⁵

Mitglied der NSDAP

Ob sich Franz Dinghofer – wie viele andere Personen auch – gleich nach dem „Anschluss“ um die Aufnahme in die NSDAP bemühte, ist nicht aktenkundig. Dass dies der Fall gewesen sein könnte, lässt sich aus der politischen Beurteilung der Wiener Ortsgruppe Stubenviertel der NSDAP vom Oktober 1938 schließen, in der an der Stelle des Fragebogens, die von der Ortsgruppe zur Mitgliedschaft auszufüllen war, „P.A.“ vermerkt ist, was wohl mit „Parteianwärter“ aufzulösen ist.¹⁰⁸⁶

Angesichts der vorhandenen politischen Beurteilungen sind die folgenden Angaben im Fragebogen einer parteistatistischen Erhebung des Reichsorganisationsleiters der NSDAP vom 8. Juli 1939 als nicht glaubwürdig und geradezu kurios einzustufen: Der Parteieintritt Dinghofers wurde mit dem 15. Mai 1933 angegeben, mit dem Datum der Unterzeichnung des „Kampfbündnisses“ zwischen der österreichischen NSDAP, dem Steirischen Heimatschutz und der Großdeutschen Volkspartei, an dessen Zustandekommen Dinghofer freilich nicht beteiligt gewesen war. Unschwer ist anhand der Handschrift zu erkennen, dass jener Parteifunktionär, der für die Einsammlung und Überprüfung des Fragebogens verantwortlich zeichnete, diesen auch selbst ausgefüllt hatte. Konsequenterweise findet sich an Stelle einer Unterschrift Dinghofers nur der Vermerk: „Dr. Dinghofer ist derzeit im Urlaub“.¹⁰⁸⁷

Zur tatsächlichen Parteimitgliedschaft Dinghofers sind Karteikarten in der Zentralkartei der NSDAP sowie in der NSDAP-Gaukartei vorhanden. Demnach wurde die Aufnahme am 18. April 1940 beantragt. Mit 1. Juli 1940 erfolgte der Eintritt in die NSDAP mit der Mitgliedsnummer 8,450.902. Am 30. September 1941 wurde eine Mitgliedskarte für ihn ausgestellt.¹⁰⁸⁸

¹⁰⁸⁴ ÖStA, AdR, Gauakt Franz Dinghofer, Politische Beurteilung Amt für Beamte an Gaupersonalamt, 6.3.1939.

¹⁰⁸⁵ Ebenda, Politische Beurteilung Gauhauptstellenleiter F. Kamba, 19.7.1940.

¹⁰⁸⁶ Ebenda, Politische Beurteilung des Personalamtsleiters der Ortsgruppe Stubenviertel, 15.10.1938.

¹⁰⁸⁷ WStLA, Gauakten, A1: 223.273, Franz Dinghofer, Fragebogen Parteistatistische Erhebung 1939, 8.7.1939.

¹⁰⁸⁸ BArch Berlin, NSDAP-Zentralkartei und NSDAP-Gaukartei, Franz Dinghofer, geb. 6.4.1873.

Die – relativ späte – Aufnahme Dinghofers in die Partei lässt sich – auch durch den Vergleich mit anderen Fällen – wie folgt interpretieren: Offenbar verfügte Franz Dinghofer über keinen geeigneten Rückhalt, der es ihm möglich machte, frühzeitig nach dem „Anschluss“ zum Parteimitglied gemacht zu werden. Wenn ein diesbezüglicher Rückhalt vorhanden gewesen wäre, hätte Dinghofer mit dem Beitrittsdatum „1. Mai 1938“ eine Mitgliedsnummer aus dem Nummernblock zwischen 6,100.001 und 6,600.000 erhalten. Die auf diesem Wege aufgenommen rund 252.000 Parteigenossen standen im Ruf, sich bereits in der Zeit des Verbotes der NSDAP in Österreich – zwischen 1933 und 1938 – für die nationalsozialistische Sache betätigt zu haben. Um in den Genuss dieser Auszeichnung zu kommen, bedurfte es den – von Zeugen bestätigten – klaren Nachweis einer tatsächlichen Betätigung für den Nationalsozialismus vor 1938 oder der besonderen Protektion durch einen einflussreichen NS-Funktionär.¹⁰⁸⁹ Dinghofer verfügte offensichtlich weder über das eine noch das andere. Sein ehemaliger oberösterreichischer Parteifreund in der Großdeutschen Volkspartei, Franz Langoth, der freilich tatsächlich viele „Leistungen“ für den Nationalsozialismus bereits vor dem „Anschluss“ aufzuweisen hatte, wurde hingegen offiziell mit dem 1. Mai 1938 in die NSDAP aufgenommen.¹⁰⁹⁰ Auch der letzte Reichsparteiobmann der Großdeutschen Volkspartei, Hermann Foppa, konnte auf dieses Aufnahmedatum verweisen.¹⁰⁹¹ Aber selbst der Linzer Industrielle Walter Franck, ein guter Bekannter Dinghofers, über dessen Verdienste für den Nationalsozialismus vor 1938 nichts bekannt ist, war als bevorzugter Parteigenosse mit dem Datum 1. Mai 1938 der NSDAP beigetreten.¹⁰⁹²

Jedenfalls stimmt Dinghofers relativ spätes Beitrittsdatum mit den politischen Beurteilungen überein, die ihm keine besonderen Leistungen für den Nationalsozialismus vor 1938 bescheinigt haben.¹⁰⁹³ Der Enkel Dinghofers sieht für die Parteimitgliedschaft „taktische Überlegungen“ maßgeblich, da Dinghofer gehofft habe, diese würde seine Position im Enteignungsverfahren Schöllergut verbessern.¹⁰⁹⁴

In diesem Zusammenhang ist natürlich interessant, wie sehr Dinghofer seine Parteimitgliedschaft in der NS-Zeit betonte und – noch viel mehr – wie er mit dem Faktum seiner Mitgliedschaft nach 1945 umging.

¹⁰⁸⁹ Vgl. OÖLA, Landesregierung, Präsidium, Sch. 27, Präs. 21.017/48, Sicherheitsdirektor an Amt der Landesregierung am 13. April 1948; Schuster, NS-Kommunalpolitik, 260 und 293 f.; Kuretsidis-Haider/Garscha, Linzer Volksgericht, 1526; Falter, Parteigenossen, 316 und 356.

¹⁰⁹⁰ Zu Langoth vgl. Schuster, Deutschnational, zur Mitgliedschaft in der NSDAP bes. 105.

¹⁰⁹¹ Vgl. OÖLA, Biographische Datenbank, Hermann Foppa, <https://www.landesarchiv-ooe.at/projekte/biografische-datenbank/> (1.9.2021).

¹⁰⁹² Vgl. Schuster, Aecht Franck, 75.

¹⁰⁹³ Siehe den Abschnitt „Politische Beurteilungen während der NS-Zeit“.

¹⁰⁹⁴ Neschwara, Rechtfertigung, 29 f.

Für die in der Nachkriegszeit in Österreich durchgeführte Entnazifizierung war das von der provisorischen Staatsregierung unter Karl Renner erlassene Verbotsgesetz vom 8. Mai 1945 von zentraler Bedeutung. Die Kernpunkte des Verbotsgesetzes waren die Auflösung der NSDAP und aller nationalsozialistischen Organisationen, das Verbot von jeder Betätigung im nationalsozialistischen Sinne sowie die Registrierung aller Mitglieder und Parteianwärter der NSDAP sowie aller Angehörigen der „Wehrverbände“ der Partei SS, SA, NSKK und NSFK.¹⁰⁹⁵ Die auf Basis der behördlichen Registrierung ermittelten Nationalsozialisten waren von der Wahl zum Nationalrat im November 1945 ausgeschlossen.¹⁰⁹⁶

Die Registrierung der Nationalsozialisten ging folgendermaßen vor sich: Nach öffentlicher Kundmachung hatten die Betroffenen von sich aus bei der Meldestelle ihrer Wohnsitzgemeinde zu erscheinen und die Angaben zu ihrer Parteimitgliedschaft in einem Fragebogen niederzulegen. Wer von seinem ordentlichen Wohnsitz zu diesem Zeitpunkt oder dauernd abwesend war, musste sich bei der Meldestelle seines derzeitigen Aufenthaltsortes melden.¹⁰⁹⁷

Aus dem oben Gesagten geht deutlich hervor, dass Franz Dinghofer als eingetragenes Mitglied der NSDAP zweifellos unter die Bestimmungen des Verbotsgesetzes und der damit verbundenen Registrierungspflicht gefallen ist. Allerdings sind wir mit dem Faktum konfrontiert, dass eine NS-Registrierung Dinghofers offenbar nicht existiert. Wo war der ordentliche Wohnsitz Dinghofers nach 1945? Laut Melderegister wohnte er seit 1926 in der Uraniastraße 4 im 1. Wiener Gemeindebezirk.¹⁰⁹⁸ Diese Wohnadresse ist auch in den erhaltenen Karteikarten der Zentral-Mitgliederkartei und der Gau-Mitgliederkartei der NSDAP eingetragen.¹⁰⁹⁹ Am 29. März 1944 meldeten sich Franz und Cäcilie Dinghofer in Bad Ischl, Bauerstraße 11, als zugezogen von Wien 1, an.¹¹⁰⁰ Bei dieser Adresse handelte es sich um ein Wohnhaus, das Dinghofer im Jahr 1940 erworben hatte.¹¹⁰¹ Im April 1945 wurde Dinghofers Wiener Wohnung durch einen Bombentreffer zerstört.¹¹⁰² Nach 1945 scheint nur mehr die Ischler Adresse Bauerstraße 11 als Wohnanschrift des Ehepaars Dinghofer auf.¹¹⁰³

¹⁰⁹⁵ Vgl. Staatsgesetzblatt Nr. 13/1945.

¹⁰⁹⁶ Staatsgesetzblatt Nr. 198/1945, § 7.

¹⁰⁹⁷ AStL, MD Oberhuber, Sch. 51, Verordnung vom 11. Juni 1945 über die Registrierung der Nationalsozialisten, 1 f.

¹⁰⁹⁸ WStLA, Meldeunterlagen Franz Dinghofer.

¹⁰⁹⁹ BArch Berlin, NSDAP-Zentralkartei und NSDAP-Gaukartei, Franz Dinghofer, geb. 6.4.1873.

¹¹⁰⁰ Stadtamt Bad Ischl, Meldeunterlagen Franz Dinghofer.

¹¹⁰¹ Mayrhofer, Dinghofer Diss., 12.

¹¹⁰² Ebenda.

¹¹⁰³ Vgl. WStLA, M.Abt. 119, A41 – VEAV: 1. Bezirk, 880, Anmeldung entzogener Vermögen, 4.11.1946; OÖLA, Rückstellungsakten, Rk 257/47, p. 11, Beschluss der Rückstellungskommission beim Landesgericht Linz, 5.11.1947; WStLA, M.Abt. 119, A41 – VEAV: 1. Bezirk, 880, Anmeldung entzogener Vermögen, Vergleichsausfertigung Rückstellungskommission, 13.3.1951; Mayrhofer, Dinghofer Diss., 12.

Dinghofer hätte sich demnach als ehemaliges NSDAP-Mitglied in Bad Ischl registrieren lassen müssen. Die NS-Registrierung nach dem Verbotsgesetz 1945 erfolgte in der US-Besatzungszone in Oberösterreich südlich der Donau ab dem Februar 1946.¹¹⁰⁴ In den für Bad Ischl erhaltenen NS-Registrierungsblättern wurde Franz Dinghofer nicht verzeichnet. Es muss deshalb daraus geschlossen werden, dass er seine Registrierung unterlassen hat.¹¹⁰⁵

Über die Motive, die Dinghofer veranlasst haben könnten, nach 1945 die behördliche Registrierung als Mitglied der NSDAP zu unterlassen, kann es mangels Quellen nur Mutmaßungen geben. Eine Motivation der Nichtregistrierung könnte darin gelegen sein, dass Dinghofer pekuniäre Folgen fürchtete. Nach dem Verbotsgesetz 1945 waren nämlich ehemalige NS-Parteigenossen davon bedroht, dass sie aus dem öffentlichen Dienst entlassen bzw. ihre Ruhebezüge gekürzt werden.¹¹⁰⁶ Auch nach dem Verbotsgesetz 1947 waren minderbelastete Nationalsozialisten noch Sühnefolgen unterworfen wie der befristeten Kürzung der Ruhegehälter aus einem öffentlichen Dienstverhältnis, dem befristeten Verbot, keine leitenden Stellungen in Unternehmen oder in Aufsichtsräten und dergleichen einzunehmen, sowie dem Verbot, rechtsgeschäftliche Verfügungen zu tätigen. Des Weiteren waren befristete laufende und einmalige Sühneabgaben vorgesehen wie ein Zuschlag zur Lohnsteuer oder eine Vermögensabgabe.¹¹⁰⁷

Zudem ist zu bedenken, dass sich Dinghofer in der Nachkriegszeit in einem Rechtsstreit mit der Linzer Wohnungsgesellschaft WAG befand, für dessen Ausgang es wesentlich erschien, ob die in der NS-Zeit erfolgte Enteignung von Dinghofers Grundbesitz in Linz aus politischen Gründen erfolgt war.¹¹⁰⁸ Einem Parteimitglied hätte man vor Gericht die politische Verfolgung wohl nicht abgenommen. Auch Dinghofers Rehabilitierung als oberster Richter, die vom Bundesministerium für Justiz im Juli 1946 verfügt wurde,¹¹⁰⁹ wäre wohl durch die Tatsache einer Mitgliedschaft in der NSDAP gefährdet gewesen. Für die Behörden der Nachkriegszeit, die mit der Entnazifizierung bzw. Registrierung von ehemaligen Nationalsozialisten befasst waren, galt Franz Dinghofer jedenfalls nicht als Parteimitglied oder Parteianwärter: Auf die Anfrage des Präsidenten des Obersten Gerichtshofs an das Bundesministerium für

¹¹⁰⁴ Vgl. Schuster, Entnazifizierung Magistrat, 128, 154, 165 und 178.

¹¹⁰⁵ Vgl. OÖLA, Registrierung der Nationalsozialisten, Bezirk Gmunden, Sch. 10 und 11. Ich danke Dr. Josef Goldberger, OÖLA, für die Recherche.

¹¹⁰⁶ Staatsgesetzblatt Nr. 13/1945, § 21.

¹¹⁰⁷ Vgl. BGBl. Nr. 25/1947, § 19, Abs. (1), c) und e), § 20, Abs. (1) sowie IX. Hauptstück.

¹¹⁰⁸ Vgl. OÖLA, Rückstellungsakten, Rk 257/47, 125–138, Verhandlungsprotokoll und Zwischenerkenntnis, 22.5.1950.

¹¹⁰⁹ Archiv des OGH, Präsidium OGH an Dinghofer, 31.7.1946; Abschrift auch in OÖLA, Rückstellungsakten, Rk 257/47, nach 293.

Inneres im April 1946, ob Dinghofer jemals der NSDAP oder einer ihrer Gliederungen angehört habe, wurde geantwortet, dass „bisher keine Vormerkungen aufgefunden werden konnten“.¹¹¹⁰ Der damalige Wissensstand der staatlichen Behörden wird auch durch eine nach 1945 angelegte Karteikarte bestätigt: Während die entsprechenden Felder für „Mitglied der NSDAP von/bis“, „Parteiwärter von/bis“ und „Funktion in der NSDAP“ frei blieben, wurde unter „Mitgliedsnummer“ ein „Abgel.“ eingetragen, was mit „Abgelehnt“ aufgelöst werden könnte.¹¹¹¹

Auch wenn es persönliche Gründe gegeben haben mag, die amtliche Registrierung zu unterlassen, stellt sich dennoch die Frage, weshalb Dinghofer das mögliche Risiko auf sich nahm, als ehemaliges Parteimitglied identifiziert zu werden. Die diesbezüglichen Bestimmungen des Verbotsgesetzes waren eindeutig formuliert: „Wer die Anmeldung unterläßt oder über wesentliche Umstände unvollständige oder unrichtige Angaben macht [...], macht sich des Verbrechens des Betruges schuldig und ist hiefür mit Kerker von einem bis zu fünf Jahren zu bestrafen.“¹¹¹²

Dinghofer ging offenbar davon aus, dass seine Mitgliedschaft in der NSDAP durch die Änderung des Wohnsitzes von Wien nach Bad Ischl verborgen bleiben könnte. Tatsächlich zogen viele ehemalige Nationalsozialisten aus einem Wohnsitzwechsel nach Oberösterreich Vorteile, weshalb die oberösterreichische Landesregierung wiederholt aus Wien mit dementsprechenden Vorwürfen konfrontiert wurde.¹¹¹³ Die großen politischen Parteien ÖVP und SPÖ in Oberösterreich, deren Spitzenrepräsentanten der Landeshauptmann Heinrich Gleißner und

¹¹¹⁰ Archiv des OGH, Präsidium OGH an Generaldirektion für die öffentliche Sicherheit, 20.4.1946; ebenda, Generaldirektion für die öffentliche Sicherheit an Präsidium des OGH, 21.6.1946.

¹¹¹¹ ÖStA, AdR, Gauakt Franz Dinghofer, Karteikarte, nach 1945. Die Datierung (nach 1945) wird aus dem kleingedruckten Vermerk „Österreichische Staatsdruckerei“ auf der Karteikarte geschlossen. Zur Karteikarte siehe auch Neschwara, Rechtfertigung, 44, Anm. 28.

¹¹¹² Staatsgesetzblatt Nr. 13/1945, § 8. Dieselbe Bestimmung findet sich auch im NS-Gesetz 1947 (BGBl. Nr. 25/1947). Freilich musste eine unterlassene Registrierung nicht zwangsläufig Folgen haben (vgl. OÖLA, Zivilverwaltung Mühlviertel, Sch. 110, Amt der o.ö. Landesregierung p.R., Entscheidungen des Verwaltungsgerichtshofes und der Beschwerdekommision, R, Entscheidung der Beschwerdekommision des BMfI, 8. Mai 1951): Ein in Hallstatt wohnender ehemaliger Schiffskapitän hatte sich – obwohl 1939–1945 Mitglied der SA – nicht als ehemaliger Nationalsozialist registrieren lassen. Die Beschwerdekommision im Innenministerium verfügte im April 1950 die Verzeichnung seiner SA-Mitgliedschaft in den Registrierungslisten. Der Verwaltungsgerichtshof gelangte jedoch im Mai 1951 zur Ansicht, dass die Beschwerdekommision gemäß Paragraph 43 der Durchführungsverordnung zum Verbotsgesetz 1947 nur das Recht habe, rechtswidrige oder fehlerhafte Eintragungen in den Registrierungslisten aufzuheben. Nicht vorhandene Eintragungen seien davon jedoch nicht betroffen. Obwohl der Mann offensichtlich seine NS-Zugehörigkeit unterschlagen hatte, blieb dies für ihn ohne Konsequenzen.

¹¹¹³ OÖLA, Zivilverwaltung Mühlviertel, Sch. 112, Mappe o.Zl., 1055, Präsidium an BHs am 15. Jänner 1946; ebenda, BMfI an Landeshauptmannschaft am 11. März 1946; siehe auch Stiefel, Entnazifizierung in Österreich, 90.

der Linzer Bürgermeister Ernst Koref waren, brachten den früheren NS-Parteigenossen generell eine sehr tolerante Haltung entgegen. Gleißner und Koref setzten sich insbesondere dafür ein, dass einfache Parteimitglieder keinen Sühnefolgen ausgesetzt werden sollten.¹¹¹⁴ Trotzdem hätte Dinghofers NS-Mitgliedschaft jederzeit entdeckt werden können, hatten doch die österreichischen Behörden die prinzipielle Möglichkeit, über das Bundesministerium für Inneres Auskünfte von der „Alliierten Zentralevidenz in Berlin“ – gemeint waren die zentralen NSDAP-Mitgliederkarteien, in denen auch Dinghofer verzeichnet war – einzuholen. Tatsächlich konnten auf diesem Wege nicht angegebene Mitgliedschaften aufgedeckt werden. Freilich galt der Grundsatz, dass derartige Anfragen „auf wichtige Fälle“ beschränkt bleiben sollten.¹¹¹⁵ Die Registrierungspflicht für „minderbelastete“ Nationalsozialisten endete mit dem Bundesverfassungsgesetz vom 13. Juli 1949.¹¹¹⁶

Dinghofer nahm jedenfalls das Risiko in Kauf, dass ihn jemand, der ihn aus der NS-Zeit kannte, als ehemaligen Parteigenossen identifiziert. Dieses Risiko war umso größer, als Dinghofer über mehrere Jahre diverse Gerichtsverfahren – wegen der Kamig-Aktien, aber auch wegen seines enteigneten Grundbesitzes in Linz – gegen unterschiedliche Kontrahenten führte, was theoretisch zur genauen Überprüfung seiner Mitgliedschaften während der NS-Zeit führen hätte können.

Erstmals wurde Dinghofer mit seiner NS-Vergangenheit im Zuge der Ablöse als stellvertretender Präsident der Kamig konfrontiert: Der öffentliche Verwalter Fritz Götzl berief sich in seinem Schreiben im August 1945 auf das Verbotsgesetz, wonach „auch bei unserem Unternehmen jene Funktionäre und Betriebsangehörige, die illegale Parteimitglieder, Funktionäre bei der Partei oder schwerbelastete Parteimitglieder waren, ihre Stellungen nicht beibehalten“ können.¹¹¹⁷ In seiner Antwort zeigte sich Dinghofer über diesen Hinweis empört: „Ich war weder illegal noch Funktionär bei [der] Nationalsozialistischen Partei, noch schwerbelastetes Parteimitglied, noch in oder für dieselbe tätig.“¹¹¹⁸ Wenn man diese Entgegnung wörtlich versteht, so bestritt Dinghofer damit nicht seine einfache Parteimitgliedschaft, gab diese aber auch nicht zu.

¹¹¹⁴ Vgl. Schuster, Politische Restauration, bes. 188–195.

¹¹¹⁵ Vgl. OÖLA, Landesregierung 1945 ff., politische Reinigung, Fasz. 2, Zl. 1180/1947, Generaldirektion für die öffentliche Sicherheit an Landesamtsdirektoren u.a. am 12. Februar 1947; ebenda, Zivilverwaltung Mühlviertel, Sch. 110, Amt der o.ö. Landesregierung p.R., Entscheidungen des Verwaltungsgerichtshofes und der Beschwerdekommision, H, Entscheidung der Beschwerdekommision des BMfL, 16. November 1950; ebenda, Entscheidung der Beschwerdekommision des BMfL, 17. November 1950.

¹¹¹⁶ BGBl. Nr. 99/1948.

¹¹¹⁷ Archiv Kamig, Mappe Aufsichtsrat neu, Fritz Götzl, Kamig, an Dinghofer, 16.8.1945.

¹¹¹⁸ Privatarchiv Prof. Dr. Peter Avancini, Dinghofer an Kamig, undatiert [Aug./Sept. 1945].

Noch ernster wurde es für ihn im Mai 1950 in dem von ihm angestregten Rückstellungsverfahren gegen die WAG, als er von der Gegenpartei mit der Aussage konfrontiert wurde, er „sei zu den Verhandlungen mit dem Parteiabzeichen erschienen, müsse daher Parteimitglied oder Anwärter gewesen sein“.¹¹¹⁹ Laut WAG habe Dinghofer das Parteiabzeichen sogar anlässlich des Verfahrens vor dem Reichsverwaltungsgericht Berlin getragen.¹¹²⁰ Dinghofer leugnete dies nicht, meinte jedoch, „er habe das Parteiabzeichen unberechtigt getragen, um weiteren Verfolgungen auszuweichen“.¹¹²¹ Diese Aussage entbehrt freilich jeglicher Glaubwürdigkeit, wäre die unbefugte Verwendung des Parteiabzeichens wohl von den NS-Stellen streng geahndet worden. Dass sich Dinghofer dies angesichts seiner damaligen mächtigen Kontrahenten – hinter der WAG standen die Hermann-Göring-Werke – und trotz der von ihm nach 1945 behaupteten Verfolgungen durch NS-Stellen getraut hätte, erscheint mehr als unwahrscheinlich. Zum Beweis seiner Aussage vor Gericht berief sich Dinghofer auf die Bestätigung des Registrierungsamtes der Bezirkshauptmannschaft Gmunden, in der offenbar nur bestätigt worden war, dass er sich nicht als NSDAP-Mitglied registrieren hatte lassen.¹¹²² Im November 1950 äußerte sich Dinghofer im Zuge des Verfahrens gegen die WAG gegenüber dem Gericht sehr deutlich, indem er angab „niemals Mitglied oder Anwärter der NSDAP“ gewesen zu sein.¹¹²³

Aber wie hätte sich Dinghofer verantwortet, wenn er mit dem Faktum der Mitgliedschaft, die ja nach 1945 in den NSDAP-Mitgliederkarteien in Berlin auflag, konfrontiert worden wäre? Er hätte wohl so argumentiert, wie dies viele ehemalige Nationalsozialisten in Deutschland und Österreich taten: Entweder sie bestritten überhaupt, von der Aufnahme in die Partei etwas gewusst zu haben, oder sie wiesen darauf hin, niemals eine Mitgliedskarte oder ein Mitgliedsbuch ausgehändigt bekommen zu haben, weshalb die Mitgliedschaft formal nicht in Kraft getreten sei.¹¹²⁴ Insgesamt wäre eine solche Argumentation Dinghofers freilich auf

¹¹¹⁹ OÖLA, Rückstellungsakten, Rk 257/47, 125–138, Verhandlungsprotokoll und Zwischenerkenntnis, 22.5.1950.

¹¹²⁰ Ebenda, nach 183, WAG an Rückstellungskommission, eingelangt 30.12.1950.

¹¹²¹ Ebenda, 125–138, Verhandlungsprotokoll und Zwischenerkenntnis, 22.5.1950.

¹¹²² Ebenda.

¹¹²³ Ebenda, 161–179, Franz und Cäcilia Dinghofer an Rückstellungskommission, eingelangt 24.11.1950.

¹¹²⁴ Vgl. Meinhart, Parteimitglied, 10: „Die Aufnahme ist erfolgt mit Aushändigung einer Mitgliedskarte oder eines Mitgliedsbuches als Ausweis. Erst durch diesen Formalakt der Aushändigung wurde die Mitgliedschaft rechtswirksam erworben, ebenso wie etwa die österreichische Staatsbürgerschaft im Falle der Verleihung erst durch die Aushändigung der Verleihungsurkunde erworben wird. [...] Hat der Aufnahmewerber weder Mitgliedskarte noch Mitgliedsbuch erhalten, so ist er niemals in die Partei aufgenommen und Parteimitglied geworden.“ Zur Praxis siehe OÖLA, Zivilverwaltung Mühlviertel, Sch. 110, Amt der o.ö. Landesregierung p.R., Entscheidungen des Verwaltungsgerichtshofes und der Beschwerdekommision, F, Entscheidung der Beschwerdekommision des BMfI, 6. April 1951. Zu Deutschland vgl. Kellerhoff, Karteimitglied, 167–180.

schwachen Beinen gestanden: Durch den Eintrag seiner Mitgliedschaft sowohl in die Zentralkartei als auch in die Gaukartei der NSDAP und dem Faktum, dass für ihn eine Mitgliedskarte ausgestellt worden war, sowie dem von ihm selbst bestätigten Tragen des Parteiabzeichens ist davon auszugehen, dass Franz Dinghofer als Mitglied in die NSDAP eingetreten war.¹¹²⁵

Die Frage nach der validen Quelle für das Faktum der Parteimitgliedschaft

Die Mitteilung über die NSDAP-Mitgliedschaft Dinghofers, die für den Autor sicher erscheint, muss insofern ergänzt werden, als in wissenschaftlichen Arbeiten auch andere Sichtweisen und Interpretationen über die Mitgliedschaft in der NSDAP zu finden sind. Es wurde – vor allem bei prominenten Fällen – auch die Meinung vertreten, dass der vorhandene Eintrag in der Zentralkartei oder in der Gaukartei der NSDAP, die sich heute beide im Bundesarchiv Berlin befinden, nicht ausreicht, um auf eine tatsächliche Mitgliedschaft schließen zu können. Womöglich sei die Aufnahme wenig förmlich in einer kollektiven Prozedur erfolgt, oder überhaupt ohne Wissen des Betroffenen geschehen, oder die Aushändigung der Mitgliedskarte habe nicht stattgefunden.¹¹²⁶

In Deutschland sorgte nach der Jahrtausendwende die Aufdeckung der Parteimitgliedschaft von Martin Broszat, einem Pionier der deutschen Zeitgeschichtsforschung, für großes Aufsehen, was prompt zur Behauptung führte, Broszat habe womöglich keine Mitgliedskarte ausgehändigt bekommen und das Aufnahmeverfahren sei deshalb nicht formal abgeschlossen worden.¹¹²⁷ Auch ein Forschungsprojekt, das 100 prominente deutsche Germanisten als Mitglieder der NSDAP identifiziert hatte, sorgte für große Diskussionen, wobei manche Fachleute den Betroffenen attestierten, womöglich gar nichts von ihrer Mitgliedschaft gewusst zu haben.¹¹²⁸

Eine Studie, die vom Karl von Vogelsang-Institut über NS-Mitgliedschaften von ÖVP-Mandataren in Auftrag gegeben wurde, zählt ebenfalls nicht alle Personen „zweifelsfrei“ zu NSDAP-Mitgliedern, die in den zentralen Mitgliederkarteien in Berlin als solche verzeichnet sind. Wenn die Betroffenen nach 1945 – insbesondere bei der NS-Registrierung – diese Mitgliedschaft nicht bestätigt hatten, wurden sie in der Studie als „Zweifelsfälle“ gerechnet, da

¹¹²⁵ Vgl. auch Heusterberg, *Unterlagen*, 4: „In den Beständen des Bundesarchivs sind vor allem für die späteren Jahre zahlreiche Fallbeispiele überliefert, welche belegen, daß die Parteibürokratie der NSDAP penibel funktionierte, das Aufnahmeverfahren sehr stark reglementiert war und folglich grundsätzlich niemand ohne sein Wissen in die NSDAP aufgenommen werden konnte.“

¹¹²⁶ Kellerhoff, *Karteimitglied*, 167–179.

¹¹²⁷ Ebenda, 168 f.

¹¹²⁸ Ebenda, 170–175.

nicht nachweisbar sei, dass sie ein Mitgliedsbuch oder eine Mitgliedskarte ausgehändigt bekommen hatten. Konsequenterweise wurden deshalb für eine Anzahl ÖVP-Politiker Zweifel über die NSDAP-Mitgliedschaft geäußert bzw. die Fälle als „offen“ angesehen.¹¹²⁹

Wenn man sich diesen Ausführungen anschließen würde, so könnte man die Parteimitgliedschaft Dinghofers ebenfalls als „Zweifelsfall“ einstufen. Tatsächlich wurde bereits auch hinsichtlich seiner Person in dieser Hinsicht argumentiert: „Ob und wann sie [die Mitgliedskarte] vom örtlichen Hoheitsträger der Partei in Wien an Dinghofer ausgehändigt worden ist, lässt sich nicht mehr feststellen; diese NSDAP-Mitgliedschaft ist mangels persönlicher Erklärung von Dinghofer nie rechtswirksam gewesen.“¹¹³⁰ Diese in einer wissenschaftlichen Publikation des Franz-Dinghofer-Instituts geäußerte Feststellung kann noch ergänzt werden, da es ja von Dinghofer selbst die klare Äußerung gegeben hat, niemals Mitglied in der NSDAP geworden zu sein.¹¹³¹

Trotz der anderen Interpretationen in diversen Studien und in der Publikation des Dinghofer-Instituts wird hier die zuvor dargelegte Ansicht über die als definitiv zu wertende Mitgliedschaft Dinghofers in der NSDAP aufrechterhalten. Die in der Forschungsarbeit zu den ÖVP-Politikern vertretenen Ansichten gehen primär von zwei Prämissen aus: Zum einen davon, dass die im Bundesarchiv Berlin befindlichen Mitgliederkarteien keinen sicheren Schluss auf die Mitgliedschaft wegen des etwaigen Fehlens eines Quellenbelegs für die Aushändigung des Mitgliedsbuches zulassen. Dazu ist freilich anzumerken, dass solche Quellenbelege in den Beständen des Bundesarchivs, aber auch in anderen Archiven überhaupt nicht vorhanden sind. Allerdings gab es seinerzeit ein sehr formalisiertes Aufnahmeverfahren, wodurch man nicht davon ausgehen kann, dass eine Mitgliedernummer vergeben wurde und diese auch in

¹¹²⁹ Vgl. Wladika, Repräsentanz, bes. 7, 49–51, 77 f., 82, 98 f., 118–120, 156–161, 166–170, 172–174, 194 f., sowie Addendum.

¹¹³⁰ Neschwara, Rechtfertigung, 45, Anm. 30.

¹¹³¹ OÖLA, Rückstellungsakten, Rk 257/47, 161–179, Franz und Cäcilia Dinghofer an Rückstellungskommission, eingelangt 24.11.1950.

die betreffende Mitgliederkartei eingetragen wurde, ohne dass es zur Übergabe eines Mitgliedsbuches oder einer Mitgliedskarte an den Betreffenden gekommen ist.¹¹³² Es war prinzipiell nicht möglich, dass jemand ohne eigenes Zutun Mitglied der NSDAP geworden ist.¹¹³³ Freilich kam es vor, dass – insbesondere mit Fortdauer des Krieges – Mitgliederkarten tatsächlich nicht mehr an die Betroffenen ausgegeben werden konnten, weil diese sich wegen ihres Kriegsdienstes, Reichsarbeitsdienstes oder Kriegshilfsdienstes längere Zeit außerhalb ihres Wohnortes befanden.¹¹³⁴

Die zweite Prämisse in der Studie des Vogelsang-Instituts liegt in der Bewertung der Unterlagen der NS-Registrierung nach 1945, insbesondere jener Angaben, die die Betroffenen selbst gemacht haben: „Es kann daher nicht davon ausgegangen werden, dass die Angaben prima vista falsch sind, sondern vielmehr dem subjektiven Wissen der Betroffenen entsprechen haben.“¹¹³⁵ Diese Interpretation der Unterlagen der NS-Registrierung und deren Auslegung im Sinne der Betroffenen hat in der Studie dazu geführt, dass das Fehlen von derartigen Akten – also die offensichtliche Unterlassung der Registrierung – überhaupt als positives Faktum für den Betroffenen gewertet worden ist.¹¹³⁶ Nach den Erfahrungen des Autors sind die eigenen Angaben ehemaliger Nationalsozialisten nach 1945 im Zuge der NS-Registrierung jedoch mit größter Vorsicht zu betrachten: Diese hatten nämlich ein vitales Interesse daran, ihre Involvierung in das NS-System möglichst zu verharmlosen, hingen doch von ihren Mitteilungen etwaige Sühnefolgen ab. Generell beruhte die bürokratische Entnazifizierung auf vielen relativierenden Aussagen der Befragten sowie „Persilscheinen“, die Nicht-Nationalsozialisten, aber auch Nationalsozialisten für die Betroffenen ausstellten.¹¹³⁷

¹¹³² Vgl. Heusterberg, *Unterlagen*, 5: „In der Regel kann jedoch eine rechtskräftige NSDAP-Mitgliedschaft aus nachfolgend genanntem Verfahren abgeleitet werden: Die Vergabe der Mitgliedsnummer erfolgte nach Eingang des eigenhändig unterschriebenen Aufnahmeantrages bei der Reichsleitung der NSDAP. In einem abschließenden Arbeitsgang wurden dann entsprechende Karteien zur Person für die Gau- und die Zentralkartei bei der Reichsleitung der NSDAP angelegt. Nach Anlegung der beiden Karteien wurde die rote Mitgliedskarte für den Parteienwärter ausgestellt. Beim Vorhandensein derartiger Karteien ist zwar zunächst nicht zwingend zu schließen, daß die Mitgliedschaft durch Aushändigung der Mitgliedskarte durch den regional zuständigen Hoheitsträger der NSDAP auch rechtskräftig geworden ist. Allerdings sind ausgegebene Mitgliedsnummern neu vergeben worden, wenn die Mitgliedschaft des Betroffenen durch die Reichsleitung der NSDAP abgelehnt worden ist, oder der Betroffene selbst seinen Aufnahmeantrag zurückgezogen hat.“

¹¹³³ Buddrus, *Mitglied der NSDAP*, 23 f.; Kellerhoff, *Karteimitglied*, 171. Allerdings siehe auch die bei Botz, *Österreichische NSDAP als asymmetrische Volkspartei*, bes. 445 f., angeführten Beispiele, wonach etwa der bzw. die Antragstellende den Aufnahmeantrag nicht selbst unterschrieben hat.

¹¹³⁴ Buddrus, *Mitglied der NSDAP*, 24 f.

¹¹³⁵ Vgl. Wladika, *Repräsentanz*, 49.

¹¹³⁶ Ebenda, 168.

¹¹³⁷ Vgl. Stiefel, *Entnazifizierung in Österreich*, 97 f.; Schuster, *Entnazifizierung in Österreich*, 165 f. Zur Problematik der Angaben im Zuge der NS-Registrierung siehe auch die angeführten Einzelfälle bei Schuster, *Entnazifizierung Magistrat*, 195–199.

Freilich gibt es nicht nur die Auffassung, das vermeintlich sicher scheinende Faktum einer Mitgliedschaft zu hinterfragen, sondern auch die gegenteilige Strategie, den Personenkreis der Parteimitglieder möglichst weit zu fassen. So werden in anderen wissenschaftliche Arbeiten zu den NSDAP-Angehörigen alle jene gerechnet, die auch nur den Wunsch geäußert hatten, der Partei beizutreten.¹¹³⁸ Als „NS-Angehörige“ zählten demnach neben den Parteimitgliedern auch die Parteanwärter sowie Personen, die einen Antrag um Aufnahme in die Partei gestellt hatten, gleichgültig ob diesem stattgegeben worden war oder nicht, sowie alle Mitglieder der Wehrverbände SS, SA, NSKK und NSFK.¹¹³⁹

Verfolgt von der Gestapo?

In dem von ihm selbst nach 1945 angestregten Rückstellungsverfahren gegen die WAG war für einen günstigen Prozessausgang wesentlich, dass Dinghofer dokumentieren konnte, die Enteignung des Schöllergutes während der NS-Zeit sei aus politischen Gründen erfolgt bzw. er selbst sei politisch verfolgt worden. So führte er neben der – mit einem Schreiben des OGH leicht beweisbaren – Tatsache seiner vorzeitigen Ablöse als OGH-Präsident noch weitere Gründe an, die die Verfolgung durch den Nationalsozialismus untermauern sollten. So gab er an, als Jude bezeichnet worden zu sein, weshalb sein Besitz in Linz-Lustenau beschlagnahmt hätte werden sollen. Als Zeugin führte er seine Pächterin an.¹¹⁴⁰

In seinen, im Jahr 1951 verfassten Erinnerungen berichtete Dinghofer, dass er bereits anlässlich des Kriegsbeginns gegen die Sowjetunion im Juni 1941 der Ansicht gewesen sei, der Krieg sei nicht mehr zu gewinnen. Da er diese Meinung auch öffentlich geäußert habe, sei die Gestapo auf ihn aufmerksam geworden, wobei ihn ein Gestapobeamter belehrt habe, „dass dies Sabotage sei“.¹¹⁴¹

Im Jahr 1943 habe die Gestapo – so Dinghofer – versucht, ein Verfahren wegen der angeblichen Unterschlagung von 625.000 Reichsmark einzuleiten. Dass diese behauptete Tat mit der „Kamig“ in Zusammenhang stand, wird dadurch ersichtlich, dass – nach dem Bericht Dinghofers – Direktor Adolf Graf „diesen Versuch, der mir auch noch die Ehre nehmen sollte, bereinigt“ habe.¹¹⁴²

Dinghofer führte auch an, dass er zu Kriegsende in das Konzentrationslager Mauthausen eingeliefert hätte werden sollen. Dieser Einlieferung sei er nur deshalb entgangen, weil er die

¹¹³⁸ Wladika, Repräsentanz, 58.

¹¹³⁹ Sottopietra/Wirth, Ehemalige NationalsozialistInnen, 273 f.

¹¹⁴⁰ OÖLA, Rückstellungsakten, Rk 257/47, 125–138, Verhandlungsprotokoll und Zwischenerkenntnis, 22.5.1950.

¹¹⁴¹ Privatarhiv Prof. Dr. Peter Avancini, Denkschrift Dinghofer (1951), 20.

¹¹⁴² Privatarhiv Prof. Dr. Peter Avancini, Dinghofer an Kamig, undatiert [Aug./Sept. 1945].

Zerstörung seiner Wiener Wohnung in Folge eines Bombenangriffs dazu genutzt habe, – ohne sich abzumelden – einen anderen Wohnsitz zu nehmen und er deshalb nicht aufgefunden worden sei. Diese Angabe sollte durch die Zeugenschaft eines Bad Ischler Gemeindebeamten bewiesen werden.¹¹⁴³

All diese Behauptungen sind schwer bzw. nicht zu überprüfen, fehlen doch in den Quellen weitergehende Ausführungen von Dinghofer selbst ebenso wie die angegebenen Zeugenaussagen. Zudem sind keine weiteren Unterlagen bekannt, die Dinghofers Angaben stützen würden. In den Akten der Vermögensverkehrsstelle und der Kamig findet sich kein Hinweis auf eine etwaige Unterschlagung. Was die angeblich beabsichtigte Einlieferung in das KZ Mauthausen betrifft, so erscheint diese Erzählung insofern mysteriös, weil aus anderen historischen Quellen kein Grund für eine solche Maßnahme des NS-Staates gegen Dinghofer erkennbar ist. Auch Dinghofers Angabe, er habe sich durch einen plötzlichen Wohnsitzwechsel vor der KZ-Haft retten können, ist nur bedingt nachvollziehbar: Zwar stimmt es, dass er sich von Wien nicht abgemeldet hat, seine Anmeldung in Bad Ischl als „zugezogen von Wien 1“ erfolgte jedoch bereits Ende März 1944.¹¹⁴⁴ Dass im Chaos der letzten Kriegstage die Wiener Polizeistellen seinen Aufenthaltsort nicht mehr rasch ausfindig machen hätten können, ist freilich möglich.

Was die angegebene Verwarnung durch die Gestapo wegen defätistischer Äußerungen zum Kriegsausgang betrifft, kontrastiert diese in auffälliger Weise mit der Meinung, die Dinghofer in einem privaten Schreiben vom Jänner 1944 an seinen Linzer Bekannten Walter Franck zu dessen Geburtstag äußerte: „Hoffentlich können wir beide noch miteinander den 80iger machen und insbesondere das siegreiche Ende dieses ungeheuren Krieges erleben durch Vernichtung der Bestie im Osten und der verblendeten Narren im Westen.“¹¹⁴⁵ Freilich ist es möglich, dass sich Dinghofer – eingedenk der Verwarnung durch die Gestapo – in der Folge bemühte, nicht noch einmal den Eindruck zu erwecken, nicht an den positiven Kriegsausgang für das nationalsozialistische Deutsche Reich zu glauben. Das könnte seine vorsorgliche, regimekonforme Bemerkung im Schreiben an Walter Franck, der seinerseits über beste Kontakte zur unmittelbaren Umgebung Hitlers verfügte, erklären.¹¹⁴⁶

Die oben berichteten, kurzen Bemerkungen Dinghofers über Schwierigkeiten und Verfolgungen während der NS-Zeit unterscheiden sich auffällig von Meldungen der deutschen

¹¹⁴³ OÖLA, Rückstellungsakten, Rk 257/47, 125–138, Verhandlungsprotokoll und Zwischenerkenntnis, 22.5.1950.

¹¹⁴⁴ Stadtamt Bad Ischl, Meldeunterlagen Franz Dinghofer.

¹¹⁴⁵ AStL, Sammlung Franck, Dinghofer an Walter Franck, 22.1.1944.

¹¹⁴⁶ Zu den Kontakten Walter Francks zum persönlichen Adjutanten Hitlers, Albert Bormann, siehe Schuster, Aecht Franck, 75.

Presse, die anlässlich seines 70. Geburtstages im April 1943 erschienen sind. In einem ausführlichen Artikel würdigte die Linzer „Tages-Post“ den Jubilar: Er habe seiner Heimat große Dienste geleistet, wobei auf seine Leistungen als Linzer Bürgermeister speziell während des Ersten Weltkriegs näher eingegangen wurde, aber auch seine späteren Funktionen als Präsident der Nationalversammlung und des Staatsrates, Vizekanzler, Justizminister und Präsident des Obersten Gerichtshofs Erwähnung fanden.¹¹⁴⁷ Auch die „Oberdonau-Zeitung“ widmete ihm einen ähnlich ausführlichen Artikel, in dem auch die Verkündung des „Anschlusses“ Österreichs an das Deutsche Reich durch ihn im Jahr 1918 ein Thema war. Die Lobpreisung schloss mit den Worten: „1938 trat Dr. Dinghofer in den Ruhestand, den er, der in Linz keineswegs zu den Vergessenen zählt, in Wien verbringt.“¹¹⁴⁸ Auch die Zeitung „Neues Wiener Tagblatt“ thematisierte lobend den Einsatz des Jubilars für die Vereinigung Österreichs mit dem Deutschen Reich: „Als er am 13. Dezember 1926 in einer Rede erklärte, keine Macht der Erde werde den Anschluß an Deutschland dauernd verhindern können, erhoben die Gesandten der Westmächte Vorstellungen.“¹¹⁴⁹ Selbst im „Znaimer Tagblatt“ erschien wegen des 70. Geburtstages Dinghofers ein Artikel, in dem die Verkündung des „Anschlusses“ im Jahr 1918 erwähnt wurde.¹¹⁵⁰ Auch die Nachrichtenagentur „Zeitungsdiens Graf Reischach“ mit der Zentrale in Berlin und einem Büro in Wien gedachte des „verdienten Wiener Politikers“: „Der Jubilar spielte im politischen Leben des alten Österreich eine führende Rolle. Im Jahre 1918 verkündete Dinghofer als Präsident der provisorischen österreichischen Nationalversammlung den Anschluß an das Deutsche Reich. 1928 zog sich der Politiker, der zuletzt Vizekanzler und Justizminister war, aus dem öffentlichen Leben zurück, um sich wieder seinem Richterberuf zu widmen. Die Stadt Linz hat ihm eine Reihe kommunaler Einrichtungen zu verdanken.“¹¹⁵¹

Enteignung des Schöllergutes

Durch seine Eheschließung mit Cäcilie Meindl wurde Franz Dinghofer im Jahr 1899 Miteigentümer des Schöllergutes in der Katastralgemeinde Waldegg, das sich bereits seit Jahrhunderten im Familienbesitz befunden hatte. Das Schöllergut bestand aus dem namengebenden Bauernhof, der an der Niedernharter Straße 27 situiert war (entspricht heute ungefähr dem

¹¹⁴⁷ Tages-Post, 5.4.1943, 3.

¹¹⁴⁸ Oberdonau-Zeitung, 6.4.1943, 4.

¹¹⁴⁹ Neues Wiener Tagblatt, 7.4.1943, 5.

¹¹⁵⁰ Znaimer Tagblatt, 7.4.1943, 3.

¹¹⁵¹ BArch Berlin, R 8034 III, Reichslandbund/Pressearchiv, Zeitungsdiens Graf Reischach über Franz Dinghofer, 6.4.1943.

Kreuzungsbereich Hanuschstraße/Niedernharter Straße), einem weiteren – auch als „Schusterhäusel“ bezeichneten – Gebäude (Niedernharter Straße 31), dem Bindermichlgut (Niedernharter Straße 35), Äckern, Wiesen, Obst- und Gemüsegärten und einem Park im Gesamtausmaß von 28,5 Hektar. Ein Großteil des Grundbesitzes war verpachtet, das Ehepaar Dinghofer behielt nur drei Wohnhäuser und zwei Obstgärten in der Größe von sechs Hektar. Die Familie Dinghofer nutzte das Gebäude Niedernharter Straße 27 selbst, die zum Bindermichlgut gehörenden Gründe waren an Eberhard von Sick verpachtet und in den Häusern Niedernharter Straße 31 und 35 waren Arbeiterfamilien untergebracht.¹¹⁵² Der Grundbesitz Dinghofers reichte östlich der heutigen Hanuschstraße von der Unionstraße im Norden bis zur heutigen Werndlstraße im Süden. Im Osten grenzte er an die Landes-Heil- und Pflegeanstalt Niedernhart (heute Teil des Neuromed Campus des Kepler Universitätsklinikums). Der südliche Teil erstreckte sich nach Westen hin beinahe bis zur heutigen Ramsauerstraße. Auf den Grundstücken im Süden befinden sich heute Teile der Siedlung Bindermichl, der Mühlkreisautobahn und der Muldenstraßensiedlung. Ein einzelnes Grundstück lag isoliert südöstlich vom übrigen Besitz am Hausleitnerweg im heutigen Stadtteil Spallerhof.¹¹⁵³

Enteignung

Am 1. September 1938 beantragte die „Wohnungsaktiengesellschaft der Reichswerke ‚Hermann Göring‘“ (WAG) bei der Reichsstelle für Landbeschaffung in Berlin wegen „der Errichtung unserer Werksiedlung und der für Umsiedlungszwecke vorgesehenen Siedlungsbauten“ ein Enteignungsverfahren gegen die Eheleute Franz und Cäcilie Dinghofer einzuleiten. Die WAG musste bekennen, mit dem Eigentümer zu keinem Einvernehmen gekommen zu sein: „Mit Herrn Dr. Dinghofer konnte weder bezüglich der Besitzeinräumung noch bezüglich der Kaufpreishöhe eine Einigung erzielt werden. Die sofortige Inanspruchnahme des Dinghoferschen Besitzes ist aber aus betrieblichen Gründen unumgänglich notwendig.“¹¹⁵⁴ Zudem

¹¹⁵² Privataarchiv Prof. Dr. Peter Avancini, Denkschrift Dinghofer (1951), 1 f., 4 und 9; AStL, Bezirksverwaltungsamt, Zinsertragsbekenntnisse, Sch. 1600, Franz und Cäcilie Dinghofer, Niedernharter Straße 27; OÖLA, Rückstellungsakten, Rk 257/47, p. 1–9, Franz und Cäcilie Dinghofer an Rückstellungskommission des Landesgerichtes Linz, eingelangt 31.10.1947; ebenda, 79, Dinghofer an Rückstellungskommission, eingelangt 2.2.1949; BArch Freiburg, RW 43/3535, Reichsstelle für Landbeschaffung, 96a-g, RA Pramer an Reichsstelle für Landbeschaffung, 6.4.1940; ebenda, Schätzungsgutachten Ing. Ernst Adam, 8.9.1938; Salzburger Volksblatt, 21.10.1929, 7. Zum Straßenverlauf siehe Mayrhofer, Linzer Straßen, 76 f.

¹¹⁵³ Privataarchiv Prof. Dr. Peter Avancini, Denkschrift Dinghofer (1951), 9; BArch Freiburg, RW 43/3535, Reichsstelle für Landbeschaffung, Enteignung Eheleute Dinghofer, fol. 28–36, Pramer an Leiter Reichsstelle für Landbeschaffung, 2.12.1938; siehe auch die Pläne in OÖLA, Rückstellungsakten, Rk 257/47, Nr. 40–42 und 166.

¹¹⁵⁴ BArch Freiburg, RW 43/3535, Reichsstelle für Landbeschaffung, 1 f., WAG an Reichsstelle für Landbeschaffung, 1.9.1938.

machte die WAG darauf aufmerksam, dass dieser Besitz nicht als „Erbhof bezeichnet werden könne, da die landwirtschaftlich genutzten Flächen „seit jeher“ verpachtet gewesen seien und auch kein selbstständiger Hof dazugehöre, „sondern nur ein Wohnhaus mit Garten, das von den Eigentümern als Ruhesitz benutzt wird“.¹¹⁵⁵

Die Reichsstelle für Landbeschaffung reagierte prompt: Mit Schreiben vom 3. September 1938 wurde Dinghofer von der Einleitung des Enteignungsverfahrens verständigt und bereits für 8. September ein Verhandlungstermin über die Besitzeinweisung im Landesgericht Linz festgesetzt.¹¹⁵⁶ An der Verhandlung nahm Dinghofer persönlich gemeinsam mit seinem Anwalt Dr. Ludwig Pramer teil, die HGW wurden von Fritz Sprick und Johannes Meissner, die beide Reichsdeutsche waren, vertreten.¹¹⁵⁷ Sprick war einer der Direktoren, Vorstandsmitglied und schließlich Betriebsführer der Hütte Linz, aber auch Direktor der WAG.¹¹⁵⁸ Meissner, ein Angehöriger der SS, war ein ihm unterstellter junger Jurist, der für die Göringwerke Grundstücksrequisirierungen und Absiedelungen organisierte und zum Führungspersonal des Konzerns zählte.¹¹⁵⁹ Sprick vergaß nicht, bei der Verhandlung darauf hinzuweisen, dass der „Führer“ die Planungen ausdrücklich genehmigt habe.¹¹⁶⁰ Der Vorsitzende der Verhandlung, der die Reichsstelle für Landbeschaffung vertrat, unterstützte in allen Punkten die Auffassungen der HGW. Als einziger Erfolg Dinghofers kann nur der Umstand gewertet werden, dass eine Besitzeinweisung in die bewohnten Gebäude noch nicht ausgesprochen wurde, da die Mieter noch nicht gehört worden waren.¹¹⁶¹

An dem für Jänner 1939 angesetzten zweiten Verhandlungstermin nahm neben Dinghofer und dessen Anwalt auch der Pächter Dinghofers, Major von Sick, teil. Die WAG wurde von Assessor Dr. Meissner vertreten, der darauf drang, den Beschluss vom September 1938 dahingehend zu korrigieren, dass die Enteignung nicht zu Gunsten der Göringwerke, sondern zu Gunsten der WAG ausgesprochen werde.¹¹⁶²

¹¹⁵⁵ BArch Freiburg, RW 43/3535, Reichsstelle für Landbeschaffung, 1 f., WAG an Reichsstelle für Landbeschaffung, 1.9.1938.

¹¹⁵⁶ Ebenda, 3, Reichsstelle für Landbeschaffung an Dinghofer, 3.9.1938.

¹¹⁵⁷ Ebenda, 10–13, Reichsstelle für Landbeschaffung, Verhandlungsniederschrift, 13.10.1938.

¹¹⁵⁸ AStL, NS-Zeit, B 36a, Ratsherren, Karteikarte Dr. Friedrich Sprick; Rathkolb, Manager, 293 und 298; Fallend, Zwangsarbeit, 31, Anm. 20.

¹¹⁵⁹ John, Zwangsarbeit und NS-Industriepolitik, 36; Rathkolb, Manager, 301; Karl/Kurowski, Mit heißen Wünschen, 165–183; Fallend, Zwangsarbeit, 32, Anm. 21, und 40, Anm. 25.

¹¹⁶⁰ BArch Freiburg, RW 43/3535, Reichsstelle für Landbeschaffung, 10–13, Reichsstelle für Landbeschaffung, Verhandlungsniederschrift, 13.10.1938.

¹¹⁶¹ Ebenda.

¹¹⁶² BArch Freiburg, RW 43/3535, Reichsstelle für Landbeschaffung, 46 f., Reichsstelle für Landbeschaffung, Verhandlungsniederschrift, 24.1.1939.

Mit den Beschlüssen vom September 1938 und Jänner 1939 wurde die Enteignung des Besitzes zu Gunsten der „Reichswerke Hermann Göring“ bzw. der WAG realisiert.¹¹⁶³ Die Göringwerke übernahmen bereits im Juni 1939 die Besitzungen.¹¹⁶⁴ Das Wohnhaus des Schöllerguts musste Dinghofer mit Ende Oktober 1939 räumen.¹¹⁶⁵

Franz Dinghofer versuchte die Enteignung juristisch zu bekämpfen. Im Oktober 1941 erfolgte jedoch die endgültige Entscheidung zu Gunsten der „Wohnungsaktiengesellschaft der Reichswerke ‚Hermann Göring‘“. ¹¹⁶⁶ Die Reichsstelle für Landbeschaffung entschied im Oktober 1941, dass den Eheleuten Dinghofer eine Entschädigung von 494.865 Reichsmark zustehe.¹¹⁶⁷ Schließlich erhöhte das Reichsverwaltungsgericht Berlin im Mai 1944 die Entschädigung auf 562.200 Reichsmark zuzüglich vier Prozent Zinsen.¹¹⁶⁸ Doch selbst nach der Entscheidung des Reichsverwaltungsgerichtes versuchte Dinghofer die Wiederaufnahme des Verfahrens zu erreichen, um „wenigstens den Teil der Gründe zu retten, die die WAG auf Grund ihrer unrichtigen Angaben zugeeignet erhalten hat. Besonders das Herrenhaus mit dem Park und Obstgarten.“¹¹⁶⁹ Im August 1944 lehnte jedoch die Reichsstelle für Landbeschaffung die Wiederaufnahme des Verfahrens ab.¹¹⁷⁰

Streitpunkte

Franz Dinghofer wehrte sich von Beginn an mit vielen Argumenten gegen die Enteignung. Schon die Art und Weise der Besitznahme durch die WAG bekräftelte der Rechtsanwalt Dinghofers, Dr. Pramer: Die WAG habe im Sommer 1938 überhaupt keine Erwerbsverhandlungen

¹¹⁶³ OÖLA, Rückstellungsakten, Rk 257/47, p. 1–9, Franz und Cäcilie Dinghofer an Rückstellungskommission des Landesgerichtes Linz, eingelangt 31.10.1947.

¹¹⁶⁴ Ebenda.

¹¹⁶⁵ Ebenda, 37–58, WAG an Rückstellungskommission, eingelangt 29.11.1948.

¹¹⁶⁶ Ebenda, p. 1–9, Franz und Cäcilie Dinghofer an Rückstellungskommission des Landesgerichtes Linz, eingelangt 31.10.1947.

¹¹⁶⁷ BArch Freiburg, RW 43/3535, Reichsstelle für Landbeschaffung, 150–162, Reichsstelle für Landbeschaffung, Entschädigungs- und Enteignungsbeschluss, 22.10.1941.

¹¹⁶⁸ BArch Freiburg, RW 43/3535, Reichsstelle für Landbeschaffung, Urteil Reichsverwaltungsgericht, 6.6.1944; ebenda, Reichsstelle für Landbeschaffung, Rep. 311 (Nachtrag), Pakt 15, Dinghofer an Reichsstelle für Landbeschaffung, 14.6.1944; ebenda, Schreiben WAG, 5.7.1944; ebenda, WAG an Dinghofer, 17.8.1944; OÖLA, Rückstellungsakten, Rk 257/47, p. 1–9, Franz und Cäcilie Dinghofer an Rückstellungskommission des Landesgerichtes Linz, eingelangt 31.10.1947.

¹¹⁶⁹ BArch Freiburg, RW 43/3535, Reichsstelle für Landbeschaffung, Rep. 311 (Nachtrag), Pakt 15, Dinghofer an Reichsstelle für Landbeschaffung, 14.6.1944.

¹¹⁷⁰ BArch Freiburg, RW 43/3535, Reichsstelle für Landbeschaffung, Reichsstelle für Landbeschaffung an Dinghofer, 17.8.1944.

mit Dinghofer geführt, sondern Anfang Juni – ohne zu fragen – eine Ackerparzelle mit unreifem Weizen abmähen lassen und auf dem Grundstück Wohnbaracken für Arbeiter errichtet.¹¹⁷¹

Dinghofer bestritt, dass eine Wohnsiedlung auf seinen Gründen überhaupt notwendig sei. Vielmehr wären Gründe in Scharlinz bzw. in Richtung Wegscheid, die viel näher bei den HGW liegen würden und auch landwirtschaftlich weniger ertragreich seien, viel besser geeignet. Er kritisierte den fehlenden Verbauungsplan und unterstellte, dass sein Besitz nicht für eine Arbeiter- und Angestelltensiedlung, sondern für die Errichtung von „Gross-Wohnhäusern und Geschäftshäusern“ Verwendung finden solle.¹¹⁷² Auch später bekrittelte er die Ausgestaltung der WAG-Siedlung, die auch hohe Geschäftshäuser miteinschloss. Die WAG wies bloß daraufhin, „dass bei einer derart grossen Siedlung auch Geschäftshäuser errichtet werden müssen und dass die Siedlung nach städtebaulich richtigen Gesichtspunkten ausgestaltet werden muss“.¹¹⁷³

Ein Streitpunkt in der rechtlichen Auseinandersetzung war, ob die Enteignung zu Gunsten der WAG überhaupt mit dem Landbeschaffungsgesetz, das Enteignungen zu Gunsten der Wehrmacht vorsah, begründet werden konnte. Während Dinghofer dies bestritt, zeigte die WAG – unter Berufung auf eine Verordnung – auf, dass das Landbeschaffungsgesetz auch für die Reichswerke Hermann Göring gelte. Dinghofer entgegnete, dass auf Grund dieser Verordnung nur Land für die Errichtung eines Hüttenwerkes enteignet werden könne, nicht aber für Wohnsiedlungen. Anderer Meinung waren die HGW und die WAG: Dass die Göringwerke ihre Wohnsiedlungen durch die WAG errichten ließen, ändere nichts an der Tatsache, dass die Wohnbauten solche der HGW seien.¹¹⁷⁴ Dinghofer wiederum vertrat die Meinung, dass die WAG als eine selbstständige juristische Person anzusehen sei und deshalb eine Enteignung zu ihren Gunsten jeder gesetzlichen Grundlage entbehre.¹¹⁷⁵

Dinghofer kritisierte, dass laut Landbeschaffungsgesetz in erster Linie der Grundbesitz der öffentlichen Hand Verwendung finden sollte, was in diesem Fall jedoch nicht geschehe, da die Grundstücke des Landes Oberösterreich, die in unmittelbarer Nachbarschaft zu seinem eigenen Besitz lägen, nicht herangezogen würden.¹¹⁷⁶ Er beanspruchte auch die Enteignung von

¹¹⁷¹ BACh Freiburg, RW 43/3536, Reichsstelle für Landbeschaffung, Dr. Pramer an Reichsstelle für Landbeschaffung, 14.8.1941.

¹¹⁷² BACh Freiburg, RW 43/3536, 10–13, Reichsstelle für Landbeschaffung, Verhandlungsniederschrift, 13.10.1938; ebenda, 8 f., Dinghofer, Niederschrift, undatiert.

¹¹⁷³ Ebenda, Rep. 311 (Nachtrag), Pakt 15, Schreiben WAG, 5.7.1944.

¹¹⁷⁴ Ebenda, 10–13, Reichsstelle für Landbeschaffung, Verhandlungsniederschrift, 13.10.1938; ebenda, Rep. 311 (Nachtrag), Pakt 15, Schreiben WAG, 5.7.1944.

¹¹⁷⁵ Ebenda, Rep. 311 (Nachtrag), Pakt 15, Dinghofer an Reichsstelle für Landbeschaffung, 24.9.1943.

¹¹⁷⁶ BACh Freiburg, RW 43/3535, Reichsstelle für Landbeschaffung, 8 f., Dinghofer, Niederschrift, undatiert.

Grundstücken in der Größenordnung von 70.000 bis 80.000 Quadratmetern – immerhin ein Viertel des gesamten betroffenen Besitzes –, die nicht für Siedlungszwecke, sondern für den Bau einer Zubringerstraße der Reichsautobahn München–Wien verwendet worden seien.¹¹⁷⁷ Die WAG argumentierte, dass es sich bei diesem so genannten Zubringer um eine Aufschließungsstraße handle, die für die Aufschließung des bis zur Bebauung gänzlich unaufgeschlossenen Harter Plateaus nötig sei. Da diese Hauptaufschließungsstraße in die Autobahn einmünde, habe sich für diese Straße der Name „Autobahnzubringer“ eingebürgert.¹¹⁷⁸

Bereits früh hatte Dinghofer an der Erklärung der WAG gezweifelt, dass sie die auf den Grundstücken befindlichen Häuser sofort niederreißen lassen müsse, um gleich mit der Bebauung beginnen zu können. Vielmehr nahm er an,

„dass die Enteignung anscheinend den Zweck verfolgt, um einerseits in den auf den enteigneten Gründen bestehenden Wohnhäusern Wohnungen für die Arbeiter und Angestellten des Betriebes freizubekommen und Gründe auf Vorrat für eine spätere Verwendung zu erwerben“.¹¹⁷⁹

Tatsächlich wurde das Hauptgebäude des Schöllerguts an der Niedernharter Straße 27 schließlich als Direktorenwohnhaus der HGW adaptiert. Laut Dinghofer erfolgten dabei umfassende Umbauarbeiten inklusive der Herstellung eines Gasanschlusses für Küche und Bad. Dinghofer zog den klaren Schluss: „Es ist nicht anzunehmen, dass derartige Neuherstellungen in solchem Umfange in einem Haus vorgenommen werden, das sofort niedergerissen werden soll.“¹¹⁸⁰ Im September 1943 waren die Gebäude auf den enteigneten Grundstücken jedenfalls noch nicht abgebrochen worden. Es sei – so Dinghofer – somit erwiesen, dass gar nicht das gesamte Gelände benötigt werde. Die WAG konterte mit der Feststellung, dass durch den Ausbruch des Krieges die Verbauung verzögert worden sei.¹¹⁸¹

Entschädigung

Die Höhe, aber auch die Art der Entschädigung waren die umstrittensten Punkte im Enteignungsverfahren. Da die beiden Parteien keine Einigung erzielen konnten, beauftragte die Reichsstelle für Landbeschaffung Gutachter, die den Wert der enteigneten Güter feststellen

¹¹⁷⁷ BAArch Freiburg, RW 43/3535, Reichsstelle für Landbeschaffung, Rep. 311 (Nachtrag), Pakt 15, Dinghofer an Reichsstelle für Landbeschaffung, 24.9.1943; OÖLA, Rückstellungsakten, Rk 257/47, p. 1–9, Franz und Cäcilie Dinghofer an Rückstellungskommission des Landesgerichtes Linz, eingelangt 31.10.1947.

¹¹⁷⁸ Ebenda, Rep. 311 (Nachtrag), Pakt 15, Schreiben WAG, 5.7.1944.

¹¹⁷⁹ Ebenda, 8 f., Dinghofer, Niederschrift, undatiert.

¹¹⁸⁰ Ebenda, Rep. 311 (Nachtrag), Pakt 15, Dinghofer an Reichsstelle für Landbeschaffung, 24.9.1943.

¹¹⁸¹ Ebenda, Schreiben WAG, 5.7.1944.

sollten. Freilich sorgte bereits die Bestellung der Gutachter für Unstimmigkeiten: Rechtsanwalt Pramer bekrittelt insbesondere die Auswahl des Berliner Experten Ing. von Heydebrand, der bereits durch seine Tätigkeit in Linz bekannt war. Er war bereits in einem ähnlichen Fall – nachdem Linzer Sachverständige zu einer für die HGW ungünstigen Schätzung gekommen waren – auf Betreiben der Göringwerke bestellt worden. Dr. Pramer stellte dazu grundsätzlich fest:

„Die Bestellung dieses Sachverständigen aus Berlin, wie der landwirtschaftlichen Sachverständigen überhaupt, entspringt den in Linz bekannten Bestrebungen der Reichswerke Hermann Göring, Grundstücke, die längst wirtschaftlich aufgehört haben, landwirtschaftlich genützter Boden, also Bauernland zu sein, als solche zu bewerten und solchen Grundstücken ihre Eigenschaft als Baugebiet abzuerkennen.“

Der Rechtsanwalt Dinghofers kritisierte die Betrauung mit ortsfremden – Berliner – Experten und suchte auch die Berliner Behörde mit österreichischem Selbstbewusstsein zu beeindrucken:

„Es wurde nach der Machtübernahme und auch in der Folge den Österreichern wiederholt zugesagt, dass sie als vollkommen gleichwertige Volksgenossen dem Reiche eingegliedert worden sind. Wenn aber auf einem Gebiete, auf dem die österreichische Verwaltung und Rechtsprechung nach ihrer langjährigen Entwicklung dem Altreiche ebenbürtig ist, entgegen den allgemeinen Rechtsgrundsätzen und den geltenden besonderen gesetzlichen Bestimmungen ein völlig ortsfremder Sachverständiger zur Bewertung von Grund und Boden herangezogen wird, so ist dies eine für die Ostmarkdeutschen unverdiente Kränkung.“¹¹⁸²

Rechtsanwalt Pramer beanstandete überhaupt die Bestellung von landwirtschaftlichen Sachverständigen für Gründe, die „als Bauland in einem behördlichen Verfahren bereits im Jahre 1922 festgestellt worden“ seien. Der Magistrat habe seinerzeit – so der Anwalt Dinghofers – die betreffenden Grundstücke als „Bauland“ bezeichnet und ihnen die Eigenschaft als land- und forstwirtschaftliche Gründe ausdrücklich aberkannt:

„Aus dieser behördlichen Festlegung der Eigenschaft der enteigneten Gründe als Bauland ergibt sich die Folgerung, dass diese Gründe nicht heute durch irgendwelche landwirtschaftliche Sachverständige, insbesondere nicht durch ortsfremde auf irgendwelcher theoretischer Grundlage als landwirtschaftliches Nutzungsland bewertet werden können.“¹¹⁸³

Von Dinghofer wurde ins Treffen geführt, dass das Schöllergut verkehrstechnisch und von der Infrastruktur her besondere Vorzüge aufweise: Die Gründe würden beiderseits bzw. in unmittelbarer Nähe von öffentlichen Straßen liegen. Die Niedernharter Straße sei eine nur wenige hundert Meter entfernte Parallelstraße der Wiener Straße, die eine Hauptverkehrsader

¹¹⁸² BAArch Freiburg, RW 43/3535, Reichsstelle für Landbeschaffung, 28–36, RA Pramer an Leiter der Reichsstelle für Landbeschaffung, 2.12.1938.

¹¹⁸³ Ebenda.

der Stadt sei. Seit dem Ende des 19. Jahrhunderts sei das Schöllergut zudem an das städtische Wasserleitungsnetz sowie an das Netz des Elektrizitätswerkes angeschlossen, zudem wäre der Anschluss an das Gasnetz und an das Kanalsystem gegeben. Mit diesen Argumenten wurde die Feststellung bekräftigt, dass die enteigneten Gründe in einem von der Stadtgemeinde Linz aufgeschlossenen Baugebiet liegen würden. Im Unterschied zu benachbarten Gründen, die verbaut worden seien, habe das Ehepaar Dinghofer „eines der schönst gelegenen Gebiete der Stadt Linz vor der wilden Verbauung der vergangenen Jahrzehnte, die sonst wie überall erfolgt wäre, gerettet“. In der Vergangenheit seien vom Land Oberösterreich Kaufpreise von zwölf Schilling (= acht Reichsmark) pro Quadratmeter für das Schöllergut geboten worden, was für den gesamten Besitz den Wert von einer Million Schilling bedeuten würde. Die Eheleute Dinghofer seien aber wegen „ihrer Anhänglichkeit an den Familienbesitz“ nicht bereit gewesen, zu verkaufen.¹¹⁸⁴ Im Gegensatz dazu hatte die WAG eine andere Position, was den Wert der enteigneten Grundstücke betraf, und wollte nur 0,57 Reichsmark (= 0,86 Schilling) pro Quadratmeter zubilligen.¹¹⁸⁵

Durch einen gesonderten Sachverständigen wünschte Dinghofer den „wertvollen Park“, der 4.000 Quadratmeter groß war, zu bewerten. Er schlug für diese Aufgabe Stadtgartendirektor Josef Schweiger vor,¹¹⁸⁶ der erst im Jahr 1920 städtischer Bediensteter geworden war, aber bereits während der Zeit von Bürgermeister Dinghofer die Parkanlage auf dem Bauernberg gestaltet hatte, die von Ludwig Hatschek an die Stadt übergeben worden war.¹¹⁸⁷ Zusätzlich verlangte Dinghofer die Bestellung eines Sachverständigen für die Obstbäume sowie eines weiteren Experten zur Festsetzung des Holzwertes dieser Bäume.¹¹⁸⁸

Es wurden schließlich nicht weniger als acht Sachverständige bestellt, die den Grundbesitz inklusive Häuser, Park und Obstbäume bewerten sollten.¹¹⁸⁹ Ihre Arbeit zog sich in die Länge, sodass die Reichswerke Hermann Göring es im Mai 1939 als notwendig ansahen, die Reichsstelle für Landbeschaffung zu bitten, die Fertigstellung der Gutachten zu veranlassen. Die geplanten Wohnungseinheiten seien bereits in Bau begriffen und man würde „die Mittel zur Fortsetzung des Baues nur erhalten, wenn die Wohnungsaktiengesellschaft als Eigentümerin

¹¹⁸⁴ BArch Freiburg, RW 43/3535, Reichsstelle für Landbeschaffung, Enteignung Eheleute Dinghofer, fol. 28–36, Pramer an Leiter Reichsstelle für Landbeschaffung, 2.12.1938.

¹¹⁸⁵ Ebenda, nach 96, WAG an Reichsstelle für Landbeschaffung, undatiert (1939/40).

¹¹⁸⁶ Ebenda, 28–36, RA Pramer an Leiter der Reichsstelle für Landbeschaffung, 2.12.1938.

¹¹⁸⁷ AStL, Personalakten, Josef Schweiger, Personalblatt und Lebenslauf (1920).

¹¹⁸⁸ BArch Freiburg, RW 43/3535, Reichsstelle für Landbeschaffung, Enteignung Eheleute Dinghofer, fol. 28–36, Pramer an Leiter Reichsstelle für Landbeschaffung, 2.12.1938.

¹¹⁸⁹ Ebenda, 87, Landwirtschaftliche Prüfungsstelle Berlin an Reichsstelle für Landbeschaffung, 21.10.1939; ebenda, nach 174, Urteil Reichsverwaltungsgericht, 2, ausgefertigt 6.6.1944.

der Baugrundstücke die grundbücherliche Sicherstellung der Baudarlehen unverzüglich vornimmt“.¹¹⁹⁰

Schließlich waren zwei Gutachter zur Meinung gelangt, dass es sich bei den betreffenden Grundstücken um Bauland handle, während drei andere von einem landwirtschaftlichen Nutzungsland ausgingen. Der Anwalt Dinghofers kritisierte die mangelnde Ortskenntnis zweier Gutachter, die das Schöllergut als „bei Linz“ bezeichnet hatten, obwohl es doch bereits seit 1873 zum Stadtgebiet von Linz gehöre. Auch gegen die in diesen Gutachten vorgenommene Heranziehung der drei an der Niedernharter Straße gelegenen Häuser als Betriebsstätten eines landwirtschaftlichen Besitzes nahm Dinghofer Stellung: Der Hof des Schöllergutes sei bereits 1911 abgebrannt und als solcher gar nicht mehr aufgebaut worden. Das Haus sei nur mehr als Sommersitz der Familie Dinghofer genutzt worden, die beiden anderen Gebäude seien nur mehr Mietwohnhäuser, die von Arbeitern der umliegenden Fabriken und der Bahn bewohnt seien. Dinghofer behauptete auch, sich schon vor 1938 im Klaren gewesen zu sein, „dass die Ausdehnung der Stadt die Abgabe unserer Gründe für die Erbauung von Wohnungen bald unvermeidlich machen wird“.¹¹⁹¹ Ein von der Reichsstelle für Landbeschaffung mit Einverständnis der beiden Parteien eingesetzter Obergutachter kam immerhin zum Schluss, dass die enteigneten Grundstücke „sogenanntes werdendes Bauland sind“, was letztendlich auch die Behörde so sah. Der Obergutachter sah auch nicht die von der WAG behaupteten unverhältnismäßig großen Erschließungskosten im Vergleich zu anderen Gebieten. Auch die Reichsstelle für Landbeschaffung betonte den Vorzug, den das Harter Plateau gegenüber anderen Siedlungsgebieten aufweise: „Es liegt mit der Nordspitze nur etwa 1 km vom Hauptbahnhof entfernt und ist über die Wiener Reichsstrasse, Unionstrasse und Niedernhardter [sic] Strasse schnell und bequem vom Stadtkern aus zu erreichen.“ All das begründe – so die Reichsstelle in ihrem Beschluss vom Oktober 1941 – einen „Bauerwartungswert“, der höher als der landwirtschaftliche Ertragswert angesetzt werden müsse.¹¹⁹²

Überhaupt nicht zufrieden war die enteignete Partei mit der Bewertung der Gebäude: Während laut Dinghofer sein Haus Niedernharter Straße 27 in einer amtlichen Schätzung auf 73.106 Reichsmark geschätzt worden sei, wurden ihm dafür von der Reichsstelle für Landbeschaffung bloß 50.000 Reichsmark zugesprochen. Die Häuser Nummer 31 und 35 seien mit

¹¹⁹⁰ BArch Freiburg, RW 43/3535, Reichsstelle für Landbeschaffung, 55 f., HGW an Reichsstelle für Landbeschaffung, 10.5.1939.

¹¹⁹¹ Ebenda, 96a-g, RA Pramer an Reichsstelle für Landbeschaffung, 6.4.1940.

¹¹⁹² Ebenda, 150-162, Reichsstelle für Landbeschaffung, Entschädigungs- und Enteignungsbeschluss, 22.10.1941.

Null eingestuft worden, obwohl die amtlichen Schätzungen auf 4.913 bzw. 44.934 Reichsmark gelautet hätten.¹¹⁹³

Im Oktober 1941 entschied die Reichsstelle für Landbeschaffung, dass den Eheleuten Dinghofer eine Entschädigung von 494.865 Reichsmark zustehe.¹¹⁹⁴ Gegen diesen Entscheid der Behörde riefen sowohl das Ehepaar Dinghofer als auch die WAG das Reichsverwaltungsgericht Berlin an. Die Standpunkte hätten nicht unterschiedlicher sein können: Während die enteignete Partei eine Erhöhung auf 875.105 Reichsmark forderte, verlangte die WAG eine Verminderung auf 210.000 Reichsmark. Das Reichsverwaltungsgericht entschied in einer 32-seitigen Urteilsschrift insofern zu Gunsten Dinghofers, als die Entschädigungssumme auf 562.200 Reichsmark erhöht wurde, die Klage der WAG abgewiesen wurde und die Wohnungsgesellschaft auch die Gerichtskosten zu bezahlen hatte.¹¹⁹⁵ Allerdings stellte auch das Reichsverwaltungsgericht fest, dass die Eheleute auf Grund der Enteignung nur den Nachteil hätten, sich einen anderen Sommeraufenthalt zu verschaffen: „Dieser Nachteil kann ihnen billigerweise bei den im Zeitpunkt der Enteignung in Deutschland obwaltenden allgemeinen wirtschaftlichen Verhältnissen und ihrer eigenen Wirtschaftslage zugemutet werden.“¹¹⁹⁶

Die Bezahlung der Entschädigung erfolgte in mehreren Etappen: Im Dezember 1939 erhielten die Eheleute Dinghofer eine Zahlung von 65.000 Reichsmark. Im Dezember 1941 überwies die WAG insgesamt eine Summe von 160.007 Reichsmark, die sich aus einem Teilbetrag der Entschädigungssumme, der Besitzeinweisungsentschädigung und den Zinsen zusammensetzte.¹¹⁹⁷ Der offene Rechtsstreit zwischen Dinghofer und WAG bzw. die Frage der Berechnung der Zinsen hatte zur Folge, dass die von der WAG beim Amtsgericht Linz im Februar 1942 deponierte restliche Entschädigungssumme von 328.470,55 Reichsmark von Dinghofer noch im Sommer 1944 nicht behoben war.¹¹⁹⁸

Die langen rechtlichen Auseinandersetzungen brachten für Dinghofer große Nachteile: Er meinte bereits im Jahr 1941, dass es 1938 noch leichter gewesen wäre, Ersatzbesitz in Linz zu bekommen, aktuell aber nicht mehr. Auch Aktienbesitz sei 1938 noch günstiger zu erwerben gewesen.¹¹⁹⁹

¹¹⁹³ BAArch Freiburg, RW 43/3535, Reichsstelle für Landbeschaffung, Rep. 311 (Nachtrag), Pakt 15, Dinghofer an Reichsstelle für Landbeschaffung, 24.9.1943.

¹¹⁹⁴ Ebenda, 150–162, Reichsstelle für Landbeschaffung, Entschädigungs- und Enteignungsbeschluss, 22.10.1941.

¹¹⁹⁵ Ebenda, nach 174, Urteil Reichsverwaltungsgericht, ausgefertigt 6.6.1944.

¹¹⁹⁶ Ebenda.

¹¹⁹⁷ Ebenda, Rep. 311 (Nachtrag), Pakt 15, WAG an Dinghofer, 17.8.1944.

¹¹⁹⁸ Ebenda.

¹¹⁹⁹ BAArch Freiburg, RW 43/3536, Reichsstelle für Landbeschaffung, Dr. Pramer an Reichsstelle für Landbeschaffung, 3 f., 14.8.1941.

Der „Ersatz“

Franz Dinghofer argumentierte im Enteignungsverfahren, dass das Landbeschaffungsgesetz vorsehe, „dem Enteigneten Ersatz in gleicher Art und Beschaffenheit zu gewähren, also bei Wegnahme von Grundstücken und Häusern wieder Grundstücke und Häuser im gleichen Verkehrswerte“. So vertrat sein Rechtsvertreter bereits im Juli 1938 die Meinung, die HGW sollten seinem Mandanten das Gut Wimsbach bei Lambach überlassen, was diese jedoch ablehnten.¹²⁰⁰ Mit seinem diesbezüglichen Wunsch hatte Dinghofer freilich den Bogen weit überspannt, handelte es sich dabei doch um ein von den Göringwerken arisiertes Besitztum mit einem Schloss und Grundbesitz in der Größenordnung von 430 Hektar, das mehrere Interessenten angezogen hatte.¹²⁰¹

Die WAG entgegnete im Juli 1944 auf die Klagen Dinghofers, er hätte für seinen Haus- und Grundbesitz keinen Naturalersatz erhalten, dass sich die Eheleute Dinghofer die Villa Barbara in Bad Ischl sowie das Haus Taborstraße 9 im zweiten Wiener Gemeindebezirk gekauft hätten: „Von einer Entschädigung nur in Geld kann daher keine Rede sein.“¹²⁰² Tatsächlich ist aktenkundig, dass Dinghofer 1939/40 sowohl einen Hauskauf in Wien als auch einen eben solchen in Bad Ischl tätigte.¹²⁰³

Villa in Bad Ischl

Die Eheleute Dinghofer erwarben im Jänner 1940 in Bad Ischl ein Grundstück mit Wohnhaus im Gesamtausmaß von 4.700 Quadratmetern als „Ersatzgrundstück“ für ihren enteigneten Besitz. Die Finanzierung der Kaufsumme von 60.000 Reichsmark erfolgte durch die HGW als Vorschuss auf die Entschädigungssumme für die Enteignung.¹²⁰⁴ Nicht weniger als acht Personen traten ihre Eigentumsanteile ab: Eine Kaufmannswitwe in Salzburg, ein Gastwirt in Salzburg und dessen Ehefrau, vier Geschwister, von denen drei in Gmunden und einer in Krefeld lebten, sowie ein Beamter in Salzburg.¹²⁰⁵ Es gibt keinen Hinweis dafür, dass es sich bei den genannten Personen um Juden bzw. Jüdinnen handelte. Im Grundbuch ist auch keine davorliegende Eigentumsübertragung während der NS-Zeit vermerkt.¹²⁰⁶ Die Überprüfung,

¹²⁰⁰ BAArch Freiburg, RW 43/3535, Reichsstelle für Landbeschaffung, Rep. 311 (Nachtrag), Pakt 15, Dinghofer an Reichsstelle für Landbeschaffung, 24.9.1943.

¹²⁰¹ Vgl. Ellmauer/John/Thumser, Arisierungen, 275, 279, 283, 399 und 401.

¹²⁰² BAArch Freiburg, RW 43/3535, Reichsstelle für Landbeschaffung, Rep. 311 (Nachtrag), Pakt 15, Schreiben WAG, 5.7.1944.

¹²⁰³ Ebenda, 95, Dinghofer an Reichsstelle für Landbeschaffung, 7.2.1940.

¹²⁰⁴ Ebenda, 97 f., WAG an Reichsstelle für Landbeschaffung, eingelangt 23.3.1940.

¹²⁰⁵ Bezirksgericht Bad Ischl, Grundbuchsunterlagen, Einlagezahl 216, Nr. 198/1940, Kaufvertrag, 8.1.1940.

¹²⁰⁶ Vgl. OÖLA, Grundbuch, GB Bad Ischl, KG Kaltenbach, Einlagezahl 216.

ob es sich bei der Ischler Villa „Barbara“ an der Bauerstraße 11, die Dinghofer erwarb, um ehemaligen jüdischen Besitz handelte, hat sich deshalb aufgedrängt, weil in Bad Ischl an die hundert Liegenschaften arisiert wurden.¹²⁰⁷

Das Ehepaar Dinghofer musste sich im Kaufvertrag verpflichten, dem derzeitigen Mieter im Haus, Direktor Schrey, eine Entschädigung für die in seiner Wohnung vorgenommenen Instandsetzungen im Höchstausmaß von 2.000 Reichsmark zu bezahlen.¹²⁰⁸

Der Kauf der Villa „Barbara“ durch Dinghofer löste eine Korrespondenz an die NS-Behörden aus. Der Mieter Wolf Schrey wandte sich im März 1940 an die Gestapo Linz und an das Gauwirtschaftsamt Linz um Hilfe, da ihm die Hermann-Göring-Werke und Dinghofer mitgeteilt hätten, „dass sie den größten Wert darauf legen, dass ich mein Haus sofort räume“. Dinghofers Inventar könne in Linz nicht mehr länger verbleiben und müsse in die Villa nach Ischl überführt werden. Zudem hätten die HGW mitgeteilt, „dass mein Mietverhältnis gegebenenfalls auf Antrag der Reichsstelle für Landbeschaffung aufgelöst und die Räumung erzwungen werden kann“. Schrey machte einen Vorschlag, wie seine Wohnprobleme gelöst werden könnten: Man möge ihm die bereits beschlagnahmte ehemalige Villa „Lilly“ des Juden David Goldmann verkaufen.¹²⁰⁹ Dieser Vorschlag wurde von der WAG mit einem Schreiben an die Gauleitung Oberdonau befürwortet.¹²¹⁰ Schließlich wandte sich noch Franz Dinghofer selbst an den zuständigen Regierungsrat Katzwendel im Gauwirtschaftsamt, um eine rasche Erledigung zu erreichen. Dinghofer gab an, auch an anderer Stelle tätig geworden zu sein: „Ich habe unterdessen auch den Stellvertreter des Herrn Staatssekretärs Dr. Kaltenbrunner, Obergruppenführer Cassel persönlich informiert.“¹²¹¹

Die Angelegenheit wurde allerdings nicht nach dem Wunsch der vielen Petenten erledigt. Der Grund hierfür dürfte gewesen sein, dass die SS an diesem Gebäude selbst Interesse hatte. Die Villa von David Goldmann war bereits im Jahr 1938 von der Gestapo beschlagnahmt und von der SS belegt worden.¹²¹² Für die beschlagnahmte Liegenschaft wurde schließlich im Mai 1940 vom Amt für Entjudungen des Reichsstatthalters in Oberdonau der Parteigenosse Wilhelm Haenel zum „Verwaltungstreuhänder“ bestellt, der in Bad Ischl als genereller „Arisierungs- und Entjudungsbeauftragter“ fungierte.¹²¹³ Schließlich ging der Besitz an das Deutsche

¹²⁰⁷ Vgl. Hangler, Villen, bes. 266 f. und 291.

¹²⁰⁸ Bezirksgericht Bad Ischl, Grundbuchsunterlagen, Einlagezahl 216, Nr. 198/1940, Kaufvertrag, 8.1.1940.

¹²⁰⁹ OÖLA, Arisierungen, Sch. 9, Zl. 2, Goldmann David, 2, Schrey an Gestapo Linz, 14.3.1940; ebenda, 1, Schrey an Gauwirtschaftsamt Linz, 14.3.1940.

¹²¹⁰ Ebenda, 3, WAG an Gauleitung Oberdonau, 12.3.1940.

¹²¹¹ Ebenda, 5, Dinghofer an Gauwirtschaftsamt, 21.3.1940.

¹²¹² OÖLA, Arisierungen, Sch. 9, Zl. 2, Goldmann David, 24, Abrechnung und Bericht von Wilhelm Haenel, eingelangt 2.1.1941.

¹²¹³ Ebenda, 23, Amt für Entjudungen, Vollmacht, 6.5.1940; zu Haenel siehe Arnbohm, Villen, 15.

Reich über.¹²¹⁴ Wolf Schrey scheiterte mit seinem Wunsch, aus der Villa „Barbara“ auszuziehen und die Villa „Lilly“ zu übernehmen.¹²¹⁵ Schrey, der die Kalkwerke Stockerau arisiert und aus ihnen durch Sitzverlegung die „Kalk- und Schotterwerke“ Bad Ischl gemacht hatte, muss sich mit Franz Dinghofer wegen seines Wohnsitzes arrangiert haben. Jedenfalls wohnte er auch noch nach 1945 offiziell an der Adresse Bauerstraße 11.¹²¹⁶

Bereits während der NS-Zeit ließ Dinghofer durch seinen Rechtsanwalt Dr. Pramer gegenüber der Berliner Reichsstelle für Landbeschaffung feststellen, dass die Villa „Barbara“ überbezahlt werden musste, um seinen Einzug ehestens gewährleisten zu können.¹²¹⁷ Diese Behauptung muss nicht aus der Luft gegriffen sein, wurde doch die Villa „Lilly“, die ebenfalls im Ischler Villenviertel Kaltenbach gelegen war und über ein ungefähr gleichgroßes Grundstück verfügte, auf nicht einmal 40.000 Reichsmark geschätzt.¹²¹⁸

Haus Taborstraße 9

Im Rückstellungsverfahren, das Dinghofer nach 1945 gegen die WAG angestrengt hatte, suchte die Wohnungsgesellschaft aufzuzeigen, dass Dinghofer den an ihn bezahlten Kaufpreis investieren konnte:

„So soll Dr. Dinghofer in Wien Häuser aus ehemaligen jüdischen Besitz erworben und sich an einer Farbfilmgesellschaft in Böhmen beteiligt haben. Beide Geldanlagen sind derzeit naturgemäß sehr dubios. Diesen Umstand hat aber keineswegs die Wohnungs-A.G. Linz zu vertreten.“¹²¹⁹

Im Februar 1949 widersprach Dinghofer der WAG insofern, als er meinte, für die Erwerbung des Hauses Taborstraße 9 in Wien keine Akontozahlung der WAG erhalten zu haben. Über den Ankauf gab er der Linzer Rückstellungskommission, die mit der Causa Schöllergut befasst war, Folgendes bekannt: „Bei der Erwerbung dieses Objektes übernahmen wir die Hypothekarschulden und deckten den Rest aus eigenen Mitteln. Übrigens ist das Haus heute nicht mehr unser Eigentum.“¹²²⁰

¹²¹⁴ OÖLA, Arisierungen, Sch. 9, Zl. 2, Goldmann David, 24, Abrechnung und Bericht von Wilhelm Haenel, eingelangt 2.1.1941.

¹²¹⁵ Vgl. auch Ellmayer/John/Thumser, Arisierungen, 276 f.

¹²¹⁶ Vgl. OÖLA, Vermögensentziehungsanmeldungen, Sch. 5, Dr. Felix Schostal, Anmeldung Schrey, 10.11.1946, sowie Beilagen; vgl. auch das Rückstellungsverfahren in OÖLA, Rückstellungsakten, Sch. 653, Rk 377/49; Stadtamt Bad Ischl, Hauskartei Bauerstraße 11.

¹²¹⁷ BA Freiburg, RW 43/3536, Reichsstelle für Landbeschaffung, Dr. Pramer an Reichsstelle für Landbeschaffung, 2 f., 14.8.1941.

¹²¹⁸ Vgl. OÖLA, Arisierungen, Sch. 9, Zl. 2, Goldmann David, 16 f., Schätzungsgutachten, 14.9.1940.

¹²¹⁹ AStL, Akten Bürgermeister Koref, Sch. 51, Dr. Franz Dinghofer, Schöpf an Koref, 11.3.1949.

¹²²⁰ OÖLA, Rückstellungsakten, Rk 257/47, 63–93, Dinghofer an Rückstellungskommission, eingelangt 2.2.1949.

Im Zuge der Recherchen konnte tatsächlich eine Erwerbung aus jüdischem Besitz festgestellt werden: Im Oktober 1939 kauften Franz und Cäcilie Dinghofer vom jüdischen Ehepaar Mordko und Elsa Fahrer das Haus an der Taborstraße 9,¹²²¹ das sich nur einige Minuten Fußweg entfernt von ihrem Wohnsitz an der Uraniastraße 4 befand. Da die Akten der Rückstellungsverfahren des Landesgerichtes Wien in diesem Fall wie auch in den meisten anderen Fällen nicht überliefert wurden,¹²²² sind nur wenige Details über den Erwerb und die Rückstellung des Gebäudes bekannt.

Mordko und Elsa Fahrer waren Inhaber eines Friseurgeschäftes und einer Parfümerie gewesen.¹²²³ Die NS-Behörden ermittelten für das Ehepaar ein Gesamtvermögen von 129.530 Reichsmark, von dem ein Viertel – 32.382 Reichsmark – als „Reichsfluchtsteuer“ zu bezahlen war.¹²²⁴ Im Mai 1938 gab der 49-jährige Mordko Fahrer gegenüber der Fürsorgezentrale der Israelitischen Kultusgemeinde Wien an, dass er, seine 45-jährige Frau Elsa und der 23-jährige Sohn Kurt nach Nordamerika, Argentinien, England, Frankreich oder Palästina auswandern wollen.¹²²⁵ Die gemeinsame Ausreise der Familie ließ sich offenbar nicht verwirklichen. Mordko Fahrer war laut dem Wiener Melderegister bereits im Juni 1938 „geflüchtet“.¹²²⁶ Kurt Fahrer meldete sich im Oktober 1938 nach Paris ab.¹²²⁷ Für die in Österreich verbliebene Elsa Fahrer lag im Juli 1939 ein „Ausweisungsbefehl“ der Gestapo vor.¹²²⁸ Sie verließ im August 1939 Wien und wanderte nach New York aus.¹²²⁹

Der Verkauf des Hauses an Dinghofer fand demnach bereits zu einem Zeitpunkt statt, als sich beide Eheleute schon im Ausland befanden. Das stimmt mit den Angaben aus den Akten der Vermögensverkehrsstelle überein, die im Jänner 1940 Mordko Fahrer als in Mexiko befindlich und Elsa Fahrer als in den USA aufhältig ausweisen.¹²³⁰

Die Eheleute Fahrer hatten die Liegenschaft im Jahr 1931 zum Preis von 135.000 Schilling erworben. In diesem Kaufpreis war allerdings die Summe von über 100.000 Schilling Schulden

¹²²¹ ÖStA, AdR, BM für Finanzen, Vermögensakten, Vermögensanmeldung Mordko Fahrer, 14.7.1938, und Beilagen; ebenda, Vermögensanmeldung Else Fahrer, 14.7.1938, und Beilagen; Bezirksgericht Leopoldstadt, Grundbuch, Einlagezahl 2054, Eintrag 31.5.1940.

¹²²² Rigele, Wiedergutmachung, 142 f.

¹²²³ ÖStA, AdR, BM für Finanzen, Vermögensakten, Vermögensanmeldung Mordko Fahrer, 14.7.1938, und Beilagen; ebenda, Vermögensanmeldung Else Fahrer, 14.7.1938, und Beilagen.

¹²²⁴ Ebenda.

¹²²⁵ Archiv IKG Wien, Bestand Jerusalem, A/W 2589,18, Auswanderungsfragebogen betreffend die Familie Mordko, Elsa und Kurt Fahrer, 11.5.1938.

¹²²⁶ WStLA, Meldeunterlagen, Mordko bzw. Max Fahrer.

¹²²⁷ Ebenda, Kurt Fahrer.

¹²²⁸ ÖStA, AdR, BM für Finanzen, Vermögensakten, Vermögensanmeldung Else Fahrer, 14.7.1938, Beilage Finanzamt Innere Stadt, 5.7.1938.

¹²²⁹ WStLA, Meldeunterlagen, Elsa Fahrer.

¹²³⁰ ÖStA, AdR, BM für Finanzen, Vermögensakten, Mordko Fahrer, Vermögensverkehrsstelle an RA Zembaty, 22.1.1940.

inkludiert gewesen.¹²³¹ In den überlieferten Vermögensakten der NS-Zeit ist dokumentiert, dass das Mietzinshaus 94.000 Reichsmark, nach Abzug der darauf befindlichen Hypothekarschulden 26.662 Reichsmark wert war. Die Schulden auf dem Haus betrugen demnach 67.338 Reichsmark.¹²³²

Im Kaufvertrag vom 23. Oktober 1939 wurde ein Kaufpreis von 120.000 Reichsmark festgeschrieben. Penibel wurden im Vertrag nicht weniger als zwölf Finanzpositionen aufgelistet, die das Ehepaar Dinghofer an andere juristische und natürliche Personen zu bezahlen hatte und die den Verkaufserlös für die Familie Fahrer reduzierten. Davon lassen sich knapp 60.000 Reichsmark als Pfandrechtsforderungen, die auf dem Haus lagen, identifizieren. Andere Positionen betrafen grundbürgerlich einverleibte Forderungen aus den Jahren 1938 und 1939 von diversen Institutionen und Personen, wobei allein die „Judenvermögensabgabe“ über 13.500 Reichsmark ausmachte. Zudem waren an den Realitätenvermittler Franz Wache, der das Ehepaar Fahrer beim Verkauf vertrat, eine Summe von rund 14.000 Reichsmark zu bezahlen, die sich aus zahlreichen, genau dokumentierten Einzelpositionen zusammensetzte. Der Realitätenvermittler hatte nämlich für Elsa Fahrer diverse Ausgaben „zum Zwecke der Ermöglichung ihrer Auswanderung“ getätigt. Nach Abzug aller Schulden, die dem Ehepaar Fahrer zugeschrieben worden waren, verblieb lediglich ein Kaufpreisrest von rund 15.000 Reichsmark.¹²³³ Im Jänner 1940 genehmigte die Vermögensverkehrsstelle mit einem Schreiben an Dinghofers Rechtsanwalt den Kauf. Allerdings wurde die Kaufsumme mit 116.000 Reichsmark festgesetzt. Nach den Bestimmungen des Schreibens hatte das Ehepaar Dinghofer alle im Kaufvertrag angegebenen Lasten und Abgaben zu begleichen und den Kaufpreisrest unter der Bezeichnung „Entjudungserlös“ auf ein Konto einzuzahlen, über das nur mit Genehmigung der Devisenstelle Wien verfügt werden konnte. In der Beilage zu diesem Schreiben wurde das Ehepaar Dinghofer von der Vermögensverkehrsstelle angewiesen, 21.742 Reichsmark aus der Kaufsumme auf ein bestimmtes Konto der Zentralsparkasse einzuzahlen. Dieser Betrag wurde auf Basis der „Verordnung über den Einsatz des jüdischen Vermögens“ vom 3. Dezember 1938 „zugunsten des Reichs“ eingehoben.¹²³⁴

¹²³¹ Bezirksgericht Innere Stadt, Grundbuchsunterlagen, Einlagezahl 2054, Nr. 10137/1931, Kaufvertrag, 19.5.1931.

¹²³² ÖStA, AdR, BM für Finanzen, Vermögensakten, Vermögensanmeldung Mordko Fahrer, 14.7.1938, und Beilagen; ebenda, Vermögensanmeldung Else Fahrer, 14.7.1938, Beilagen (mit etwas differierenden Wertangaben zum Haus).

¹²³³ Bezirksgericht Innere Stadt, Grundbuchsunterlagen, Einlagezahl 2054, Nr. 8928/1940, Kaufvertrag, 23.10.1939.

¹²³⁴ ÖStA, AdR, BM für Finanzen, Vermögensakten, Mordko und Else Fahrer, Vermögensverkehrsstelle, Genehmigung für Dinghofer, 22.1.1940, sowie Beilage 1; vgl. Gesetzblatt für das Land Österreich, Nr. 633/1938, § 15, Abs. 1: „Die Genehmigung zur Veräußerung jüdischer Gewerbebetriebe,

Dinghofer sagte im Februar 1949 die Wahrheit, als er gegenüber dem Gericht angab, nicht mehr Eigentümer des Hauses Taborstraße 9 zu sein: Es war beim Landesgericht für Zivilrechtssachen in Wien ein Rückstellungsverfahren anhängig gewesen, das am 14. Dezember 1948 mit dem folgenden Vergleich endete: Franz und Cäcilie Dinghofer verpflichteten sich, die Liegenschaft Taborstraße 9 an Max Mordko und Elsa Fahrer, beide New York, gegen Zahlung eines Betrages von 107.500 Schilling zu übergeben. Die Verwaltung und die Erträgnisse des Hauses sollten ab dem 1. Februar 1949 auf das Ehepaar Fahrer übergehen.¹²³⁵ Für die Aufbringung der Kaufsumme, die sie an die Eheleute Dinghofer zu bezahlen hatten, mussten Max und Elsa Fahrer ein Darlehen bei der „Versicherungsanstalt der Österreichischen Bundesländer“ aufnehmen, wofür die Versicherungsanstalt das Pfandrecht für das Haus Taborstraße 9 erhielt.¹²³⁶

Rückstellungsverfahren

Das in der NS-Zeit während mehrerer Jahre geführte Verfahren über die Enteignung des Schöllergutes fand nach 1945 eine Fortsetzung. Die Umstände schienen für Dinghofer nicht ungünstig zu sein: Das gesamte Vermögen der WAG war im Oktober 1945 durch die US-Militärregierung beschlagnahmt worden. Die österreichische Bundesregierung wurde im Juli 1946 mit der Treuhandschaft betraut.¹²³⁷ Gemäß der österreichischen Rückstellungsgesetzgebung musste der öffentliche Verwalter der WAG, Dr. Albert Schöpf, im November 1946 das Schöllergut samt allen Nebengebäuden und Grundstücken als ein während der NS-Herrschaft entzogenes Vermögen des Ehepaars Dinghofer anmelden.¹²³⁸

Gegen Jahresmitte 1947 war die Position Dinghofers die folgende: Man habe ihm geraten, mit Dr. Schöpf zu verhandeln und einen außergerichtlichen Vergleich mit der WAG zu suchen. Dinghofer selbst war jedoch nicht optimistisch, was eine Lösung des Problems anbelangte:

„Ueber die prinzipielle Frage werden wir uns rasch einigen, aber die Hauptschwierigkeiten werden sich ergeben in der Frage des Ersatzes der Gründe, die nicht mehr zurückgestellt werden können, weil sie entweder verbaut sind oder zu Strassenzwecken verwendet wurden, und in der Frage der Rückstellung des Entschädigungsbetrages, den wir erhalten haben, aber infolge der Verhältnisse nicht mehr haben, der vielfach verloren ist. Auch der

jüdischen Grundbesitzes oder sonstiger jüdischer Vermögensteile kann unter Auflagen erteilt werden, die auch in Geldleistungen des Erwerbers zugunsten des Reichs bestehen können.“

¹²³⁵ WStLA, M.Abt. 119, A41 – VEAV: 2. Bezirk, 586, 59 Rk 382/47, Vergleichsausfertigung, 14.12.1948.

¹²³⁶ Bezirksgericht Innere Stadt, Grundbuchsukunden, EZ 2054, Nr. 1768/49, Österreichische Nationalbank an RA Scheff, 12.2.1949.

¹²³⁷ OÖLA, Rückstellungsakten, Rk 257/47, 14–23, WAG an Rückstellungskommission beim Landesgericht Linz, eingelangt 18.12.1947.

¹²³⁸ Ebenda, 25–27, Anmeldung entzogener Vermögen, 30.11.1946.

Ersatz unseres Schadens wird eine gewisse Rolle spielen. Ich vermute, dass weder Herr Schöpf bei bestem Willen noch das Ministerium die Verantwortung eines Ausgleiches übernehmen werden und dass daher doch die Entscheidung des Gerichtes notwendig wird.“¹²³⁹

In der Folge fanden mehrere Gespräche zwischen Dinghofer und den Vertretern der WAG statt. Dinghofer meinte später, Schöpf hätte die Ansicht vertreten, dass bis zum Herbst 1947 eine Einigung zustande gebracht werden könnte.¹²⁴⁰ Prinzipiell schien es jedenfalls möglich, dass Dinghofer einige Grundstücke gegen eine Rückzahlung übernehmen könnte, wohingegen klar war, dass andere Grundstücke, die für die Bebauung mit Wohnhäusern, öffentlichen Straßen und Plätzen, Kanalisations- und anderen Anlagen Verwendung fanden, für eine Rückstellung nicht in Betracht kamen.¹²⁴¹

Im Oktober 1947 kristallisierte sich aber immer mehr heraus, dass die WAG – vertreten durch Albert Schöpf und dessen Mitarbeiter Ernst Dunkel – auf der einen Seite und Dinghofer auf der anderen schon allein bei der Bewertung des Fortgangs der Verhandlungen unterschiedlicher Auffassung waren. Franz Dinghofer gab sich jedenfalls enttäuscht von den Gesprächen:

„Ich komme mir vor wie das Mäuschen, das man fangen will. Die Herren vergessen, dass ich doch einige Erfahrung im Verhandeln habe. Sie boten mir die Rückgabe eines Teiles meines Besitzes, was mich natürlich freute, aber vermengten dabei angebliche Zusagen von mir, die ich nie gemacht habe.“¹²⁴²

Es wurde schließlich klar, dass Dinghofer seine Ansprüche vor einer Rückstellungskommission vertreten wollte.¹²⁴³

Am 31. Oktober 1947 langte das Rückstellungsbegehren der Eheleute Dinghofer beim Landesgericht Linz ein.¹²⁴⁴ In seinem Antrag an das Gericht wies Dinghofer – wie bereits während der NS-Zeit – auf die „gewaltsame Besitzergreifung durch die Reichswerke Hermann Göring“ hin. Der Weizen auf dem Feld sei einfach abgemäht worden, „ein Schutz durch die Behörden war nicht zu erhalten“. Dinghofer betonte diese Aktion besonders: „Die Überreichung der Besitzstörungsklage lehnte unser Rechtsvertreter wegen Gefahr des Abtransportes in ein KZ. ab.“ Bei der Enteignung sei kein Instanzenzug vorgesehen gewesen. Die Grundstücke seien

¹²³⁹ AStL, Akten Bürgermeister Koref, Sch. 51, Dr. Franz Dinghofer, Dinghofer an Koref, wohl Juni bzw. vor Juni 1947.

¹²⁴⁰ Privatarhiv Prof. Dr. Peter Avancini, Denkschrift Dinghofer (1951), 20.

¹²⁴¹ OÖLA, Rückstellungsakten, Rk 257/47, nach p. 13, WAG an Dinghofer, 2.10.1947.

¹²⁴² AStL, Akten Bürgermeister Koref, Sch. 51, Dr. Franz Dinghofer, Dinghofer an Koref, 11.10.1947.

¹²⁴³ OÖLA, Rückstellungsakten, Rk 257/47, nach p. 13, WAG an Dinghofer, 2.10.1947; AStL, Akten Bürgermeister Koref, Sch. 51, Dr. Franz Dinghofer, Dinghofer an Koref, 11.10.1947.

¹²⁴⁴ Vgl. zum Folgenden OÖLA, Rückstellungsakten, Rk 257/47, p. 1-9, Franz und Cäzilie Dinghofer an Rückstellungskommission des Landesgerichtes Linz, eingelangt 31.10.1947.

nicht für Siedlungszwecke gebraucht worden, sondern als Zubringerstraße der Reichsautobahn München–Wien zum Hauptbahnhof Linz. Die WAG hätte die Besitzeinweisung verlangt, da die Wohnhäuser abgerissen werden müssten, was nicht gestimmt hätte. Mit dieser Feststellung sagte Dinghofer jedenfalls die Wahrheit, wurde doch das Gebäude des Schöllerguts erst im Jahr 1963 abgebrochen.¹²⁴⁵ Dinghofer bemühte sich, vor allem auf die Unrechtmäßigkeit der Enteignung während der NS-Diktatur hinzuweisen:

„Der 6jährige ungleiche Kampf, auf der einen Seite wir, von denen Dr. Franz Dinghofer für den Nationalsozialismus angeblich untragbar war, und der mit Androhung von Gewalt zum Rücktritt als Erster Präsident des Obersten Gerichtshofes gezwungen wurde [...] und auf der anderen Seite die mächtigen Göringwerke mit dem Reichsstatthalter im Aufsichtsrat und von sämtlichen Lokal- und Reichsbehörden auf das wärmste unterstützt, wobei sich insbesondere willfährig die Preisbildungsstelle betätigte, mußte zu unseren Ungunsten enden, ganz abgesehen davon, daß wir es nicht mit einem Rechtsstaate zu tun hatten.“¹²⁴⁶

In ihrer Entgegnung im Dezember 1947 stellte die WAG die Wohnraumbeschaffung als „soziale Notwendigkeit“ dar, weshalb eine Enteignungsgesetzgebung – auch aus der Perspektive nach 1945 – notwendig sei: „Es ist daher völlig abwegig, die hier erfolgte Enteignung als widerrechtlich darzustellen.“ Auf die Schilderungen Dinghofers über die Art und Weise, wie das Enteignungsverfahren abgelaufen war, ging die WAG nicht ein,

„weil in unserm Betrieb z. Zt. niemand mehr von denjenigen Herren tätig ist, die während der Jahre 1938 bis 1942 mit der Aufnahme der Erwerbsverhandlungen mit den Antragstellern und infolge deren ablehnenden Haltung danach dann auch mit der Einleitung und endgültigen Durchführung des Enteignungsverfahrens befaßt gewesen sind“.

Zudem sei es „nebensächlich“, unter welchen Umständen die Entziehung erfolgt sei. Die WAG erklärte sich zur Rückstellung von einigen Grundstücken bereit, die jedoch mit Wohnbaracken für „Displaced Persons“, also Flüchtlingen, die unter dem besonderen Schutz der Alliierten standen, belegt seien. Unbebaute Grundstücke, die sich im unmittelbaren Bereich der Spallerhof-Siedlung befanden, könne man ebenfalls für eine Rückgabe in Betracht ziehen. Andere, die mit großen Wohnhäusern der Bindermichl-Siedlung bebaut seien, kämen dafür nicht in Frage. Eine Entschädigung für diese Grundstücke mit gleichwertigen, wie es sich Dinghofer vorstelle, lehnte die WAG ab. Auch die Zahlung eines Schadenersatzes verweigerte

¹²⁴⁵ Einst/Jetzt 1, 154.

¹²⁴⁶ OÖLA, Rückstellungsakten, Rk 257/47, p. 1–9, Franz und Cäzilie Dinghofer an Rückstellungskommission des Landesgerichtes Linz, eingelangt 31.10.1947.

die WAG, da die Grundstücke, die das Ehepaar Dinghofer zurückerhalten würde, eine Wertsteigerung durch Bevölkerungszuwachs der WAG-Siedlungen Bindermichl und Spallerhof erhalten hätten. Dazu wäre es aber ohne die Bebauung durch die WAG nicht gekommen.¹²⁴⁷

Das Rückstellungsverfahren konnte jedoch nicht zügig abgewickelt werden, da Dinghofer von der Rückstellungskommission aufgefordert worden war, die Genehmigung der US-Militärregierung zur Durchführung des Verfahrens einzuholen. Die US-Militärregierung hatte sich diesen Vorbehalt in allen Rückstellungsfällen, die so genanntes „Deutsches Eigentum“ betrafen – was ja bei der WAG der Fall war –, ausbedungen. Dinghofer vertrat eine andere Rechtsansicht, musste sich aber von der Rückstellungskommission belehren lassen, dass trotzdem die Genehmigung erforderlich sei.¹²⁴⁸ Zwar traf die Bewilligung der amerikanischen Militärregierung im Dezember 1948 ein, allerdings mit dem Vorbehalt, dass jene Liegenschaften, die von der WAG schon verbaut worden seien, vom Rückstellungsverfahren ausgenommen werden müssten.¹²⁴⁹

Schien einige Jahre lang die Rückgabe eines Teils des Dinghofer-Besitzes durchaus wahrscheinlich, hatte sich die Situation gegen Jahresende 1948 hin bereits verändert: Der Österreichische Verband Gemeinnütziger Bau-, Wohnungs- und Siedlungs-Vereinigungen bestätigte nicht nur die Gemeinnützigkeit der WAG, sondern auch, dass diese Gesellschaft „das größte gemeinnützige Wohnungsunternehmen Österreichs“ sei. Der Verband legte

„daher den grössten Wert darauf, dass die Wohnungs A.G. Linz, die unserem Verband angehört, und von ihm laufend überprüft und überwacht wird, in ihrer wirtschaftlichen Lebensfähigkeit erhalten und mit ihren Siedlungen, dem bereits erworbenen Vorratsgelände und Erfahrungen auf dem Gebiete des sozialen Wohnungsbaues der österreichischen Wohnungswirtschaft weiterhin dienstbar bleibt“.¹²⁵⁰

Zudem wies die WAG im November 1948 darauf hin, der Oberste Gerichtshof habe in einer Anzahl von ähnlichen Fällen entschieden, „daß nur die Grundstücksübertragungen unter das 3. Rückstellungsgesetz fallen, bei denen das Erwerbsmotiv für die nationalsozialistische Ideologie typisch und charakteristisch war“. Der völlig unpolitische Wohnbauzweck des Grunderwerbs in diesem konkreten Fall lasse Rückstellungsansprüche gegen die WAG nicht mehr als gesetzlich begründet erscheinen. Das Harter Plateau, auf dem der frühere Dinghofer-Besitz liege, sei „schon lange Zeit vor der nationalsozialistischen Machtergreifung in Österreich zur

¹²⁴⁷ OÖLA, Rückstellungsakten, Rk 257/47, 14–23, WAG an Rückstellungskommission beim Landesgericht Linz, eingelangt 18.12.1947.

¹²⁴⁸ Ebenda, 35, Dinghofer an Rückstellungskommission, eingelangt 18.10.1948; ebenda, Rückstellungskommission an Dinghofer, 22.10.1948.

¹²⁴⁹ Ebenda, 59–61a, US-Militärregierung an Rückstellungskommission, eingelangt 24.12.1948.

¹²⁵⁰ Ebenda, 107–109, Österreichischer Verband Gemeinnütziger Bau-, Wohnungs- und Siedlungs-Vereinigungen an WAG, eingelangt 3.12.1948.

Verbauung im Zuge des natürlichen Wachstums der Stadt vorgesehen“ gewesen. Die WAG-Siedlung sei mit 8.000 bis 10.000 Wohnungen geplant worden, deshalb sei das ganze Harter Plateau erworben worden, auch um Gelände für Straßen, Schulen usw. zu erhalten. Fertiggestellt seien inzwischen die Siedlungen Spallerhof, Bindermichl und Keferfeld mit insgesamt 2.886 Wohnungen worden.¹²⁵¹

Die WAG hatte den früheren Assessor Meissner ausfindig gemacht und beantragte seine Zeugeneinvernahme: „Seine Darstellung der tatsächlichen Vorgänge ergibt in Verbindung mit dem vollständig erhaltenen Aktenmaterial ein wesentlich anderes Bild, als es die Ausführungen der Gegenseite vermuten lassen.“ Dasselbe gelte für den früheren Direktor Sprick, der ebenfalls als Zeuge namhaft gemacht wurde. Die WAG ließ es in ihrem Schriftsatz für das Gericht an weiteren Spitzen und Angriffen gegen Dinghofer nicht fehlen: Dinghofer hätte gemeint, er habe im Jahr 1944 keine Geldveranlagungsmöglichkeiten mehr gehabt, dies stimme nicht: „Geldanlagemöglichkeiten bestanden aber auch 1944 noch. Wie wir hörten, sollen die Antragsteller davon durch Beteiligung an einem Filmunternehmen Gebrauch gemacht haben.“ Während sich die WAG während der NS-Zeit nur streng an das Gesetz gehalten habe und auch den Eigentümern über die gesetzlichen Pflichten hinaus behilflich gewesen sei, habe Präsident Dr. Dinghofer versucht, „durch persönliche Intervention bei Göring das amtliche Enteignungsverfahren zu seinen Gunsten zu beeinflussen“. Trotz aller Differenzen war die WAG auch zu diesem Zeitpunkt noch bereit, das Land am Hausleitnerweg im Ausmaß von 11.000 Quadratmetern an Dinghofer zurückzustellen.¹²⁵²

Dinghofer blieb der WAG die Antwort nicht schuldig und wies erneut auf die Ungesetzlichkeit der Enteignung hin. Zudem habe ein rechtliches Durcheinander zwischen Hermann-Göring-Werken, Hütte Linz und WAG geherrscht: „Dies geschah offenbar alles mit Absicht und scheint geradezu für das autoritäre System typisch zu sein, rechtlich ein möglichstes Durcheinander, damit der wahre Hintergrund, die Gewalt, nicht allzu sichtbar wird.“ Die Räumung seines Wohnhauses an der Niedernharter Straße im November 1939 habe „nicht in so harmloser Weise statt[gefunden], als wie sie die heutige Wohnungs A.G. schildert“. Die ihm zuvor angebotene Villa zur Unterbringung seiner Möbel sei dann nicht zur Verfügung gestellt worden und die vereinbarte Unterstützung bei der Übersiedlung sei nicht erfolgt. Eine Intervention bei Reichsmarschall Hermann Göring bestritt Dinghofer: Er habe Göring nicht persönlich gekannt und habe sich auch nie an ihn gewandt. Auch die Qualität der WAG-Bauten zog Dinghofer in Zweifel: „Wir werden unsere Gründe der Verbauung zuführen und zwar

¹²⁵¹ OÖLA, Rückstellungsakten, Rk 257/47, 37–58, WAG an Rückstellungskommission, eingelangt 29.11.1948.

¹²⁵² Ebenda.

in einem viel rascheren Tempo als wie bisher und nicht in der Form von Kasernbauten, die das Stadtbild verunzieren.“¹²⁵³

Der Ton wurde nun auch seitens der WAG schärfer:

„Die äusserst weitschweifigen und zum Teil völlig neben der Sache liegenden Ausführungen der Antragsteller verfolgen offensichtlich den Zweck, Stimmung gegen uns zu machen. Anders kann man wohl die an Göbbels'sche Methoden erinnernde Greuel-Propaganda, wir hätten Häuser bei Nacht über den Köpfen der Eigentümer niedergerissen und Frauen und Kinder vom Herde mit kochenden Töpfen abtransportiert, nicht werten. Wir können nur bedauern, daß sich die Antragsteller durch den lockenden Gewinn, den sie auf Grund der öffentlichen Aufschließung und unserer Baumaßnahmen auf dem Harter Plateau bei einer Rückstellung, wie sie sie anstreben, erzielen würden, zu solchen wenig fairen Mitteln hinreissen lassen.“

Das Klima zwischen den Streitparteien war nunmehr so vergiftet, dass der Leiter der WAG, Albert Schöpf, jeglichen Teilvergleich ablehnte.¹²⁵⁴

Die Verhandlung vor der Rückstellungskommission des Landesgerichts Linz endete im Mai 1950 mit einem für Dinghofer günstigen Ausgang: Die Übertragung des Dinghofer-Besitzes an die WAG auf Grund des Enteignungsbeschlusses der Reichsstelle für Landbeschaffung sei eine nichtige Vermögensentziehung gewesen. Diese Vermögensentziehung sei nicht unabhängig vom Nationalsozialismus entstanden, weil ohne NS-Machtübernahme weder die Hermann-Göring-Werke noch die WAG errichtet worden wären. Ohne den Wohnungsbedarf der Hütte Linz wäre das Harter Plateau erst acht Jahre später verbaut worden. Ein Enderkenntnis werde entscheiden, welche unverbauten Flächen zurückzustellen sind, für welche Ersatz zu leisten ist und welcher Kulturschaden zu vergüten ist.¹²⁵⁵

Gegen das Zwischenerkenntnis legte Albert Schöpf im Namen der WAG Beschwerde ein. Vor allem bemühte er sich festzustellen, dass Dinghofer während der NS-Zeit keinen Verfolgungen ausgesetzt gewesen sei: „Der Antragsteller war nicht nur keinen politischen Verfolgungen ausgesetzt, sondern genoß vom Anfang an die größte Unterstützung der nationalsozialistischen Gewalthaber.“ So habe sich Landwirtschaftsminister Anton Reinthaller in Linz und Berlin für Dinghofers Schöllergut eingesetzt. Zudem wies die WAG auf die jahrelange Freundschaft Dinghofers mit Franz Langoth hin: „Dieser hätte als eine der einflußreichsten Persönlichkeiten des NS-Regimes jede politische Schikane von seinem Freunde abgewehrt.“

¹²⁵³ OÖLA, Rückstellungsakten, Rk 257/47, 63–93, Dinghofer an Rückstellungskommission, eingelangt 2.2.1949.

¹²⁵⁴ Ebenda, 95–102, Erwiderung WAG, eingelangt 11.3.1949.

¹²⁵⁵ Ebenda, 125–138, Verhandlungsprotokoll und Zwischenerkenntnis, 22.5.1950.

Da Dinghofer bereits bei der Verhandlung im Mai 1950 zugeben hatte müssen, das Parteiabzeichen der NSDAP – angeblich widerrechtlich – getragen zu haben, wollte die WAG auch auf diesen Punkt die Aufmerksamkeit des Gerichts lenken:

„Wir hoffen nun, daß die Rückstellungsoberkommission den Beweis für unsere obige Behauptung bereits durch das zugegebene Tragen des Parteiabzeichens (siehe Sitzungsprotokoll vom 22. Mai 1950) als erbracht ansieht und es uns erspart, durch restlose Aufdeckung des wirklichen Sachverhaltes den hochbetagten Antragstellern über unseren Verteidigungszweck hinausgehende Unannehmlichkeiten zu machen.“¹²⁵⁶

Dinghofer argumentierte, dass bei der Enteignung des Grundbesitzes er und seine Frau schlechter gestellt worden seien wie deren Nachbarn. Insbesondere wies er darauf hin, dass den Eheleuten Sick „über Intervention der Zentralkanzlei der NSDAP“ ihr Wohnhaus samt Garten belassen worden sei.¹²⁵⁷ Ob die Erklärung für die Bevorzugung des Ehepaars Sick den Tatsachen entsprach, kann nicht nachvollzogen werden. Völlig unglaubwürdig musste diese Behauptung nicht sein, verfügte doch die Linzer Unternehmerfamilie Franck – Frau Sick war eine geborene Franck – über gute Kontakte zum persönlichen Adjutanten des „Führers“.¹²⁵⁸

Die Zeit arbeitete jedoch für die WAG, wie die Wohnungsgenossenschaft im November 1950 gegenüber der Rückstellungskommission aufzeigen konnte:

„Die Oberste Rückstellungskommission vertritt in ständiger Rechtsprechung den Standpunkt, daß eine Enteignung zum Zwecke der Errichtung von Wohnhäusern nicht als eine für die Zielsetzung des Nationalsozialismus typische und charakteristische Maßnahme anzusehen ist und daher an sich keine mit der nationalsozialistischen Machtergreifung im Zusammenhang stehende Vermögensentziehung darstellt.“¹²⁵⁹

Im August 1951 gab die Rückstellungsoberkommission der WAG Recht: Die Beschaffung von Wohnraum sei keine typische nationalsozialistische Zielsetzung gewesen. Das Gericht bestätigte zwar die vorzeitige Pensionierung Dinghofers aus politischen Gründen. Insgesamt maß die Oberkommission jedoch der Frage der politischen Verfolgung bzw. der seinerzeitigen politischen Einstellung Dinghofers keine Bedeutung zu: Da auch andere, die nicht politisch verfolgt worden seien, enteignet worden waren, sei die Frage der etwaigen politischen Verfolgung Dinghofers nicht relevant.¹²⁶⁰

¹²⁵⁶ OÖLA, Rückstellungsakten, Rk 257/47, 139–154, WAG an Rückstellungskommission, eingelangt 27.10.1950.

¹²⁵⁷ Ebenda, Dinghofer an Rückstellungskommission, eingelangt 8.1.1951.

¹²⁵⁸ Vgl. Schuster, Aecht Franck, 75.

¹²⁵⁹ OÖLA, Rückstellungsakten, Rk 257/47, 155–160, WAG an Rückstellungskommission, eingelangt 16.11.1950.

¹²⁶⁰ Ebenda, Beschluss der Rückstellungsoberkommission, 17.8.1951.

In seiner Beschwerde gegen das Urteil brachte Dinghofer altbekannte Argumente vor, wobei er Manches besonders betonte und ergänzte: Die nationalsozialistischen Enteignungsgesetze wären in einem demokratischen Staat nicht möglich gewesen. Dinghofer sei um sein ganzes Vermögen gebracht worden, weil das Entschädigungsgeld aus dem Jahr 1944 auf Null geschmolzen sei. Die WAG hätte nach Dinghofers Meinung beweisen müssen, dass die Entziehung nicht mit einer politischen Verfolgung im Zusammenhang gestanden sei und nicht umgekehrt. Dinghofers politische Verfolgung während der NS-Zeit sei in beiden Instanzen erwiesen worden.¹²⁶¹ Dinghofer sprach der WAG auch jegliche Gemeinnützigkeit ab, da die gebauten Wohnungen nur für die Gefolgschaft der Göringwerke bzw. der VÖEST da seien.¹²⁶² Zudem wies er darauf hin, dass auf den betreffenden Grundstücken seit 1944 nicht mehr gebaut worden sei.¹²⁶³

Im Dezember 1951 entschied schließlich die Oberste Rückstellungskommission, die sich beim Obersten Gerichtshof befand, der Beschwerde Dinghofers nicht stattzugeben. Auch in diesem Erkenntnis wurde kein Zusammenhang zwischen der politischen Verfolgung und der Enteignung gesehen. Die Gründung der Hermann-Göring-Werke sei nicht im Zuge der wirtschaftlichen Durchdringung Österreichs durch das Deutsche Reich erfolgt, sondern im Zuge der wirtschaftlichen Erschließung Österreichs. Auch heute müsse das Unternehmen „als bedeutendes wirtschaftliches Aktivum Österreichs“ bezeichnet werden. Dinghofer musste die Kosten der Beschwerde selbst tragen.¹²⁶⁴

Dinghofer richtete noch eine Eingabe an den Obersten Gerichtshof, in der er das Urteil der Rückstellungsoberkommission bekrittelte: Die von ihr hervorgehobenen „Industriepioniere“ seien Adolf Hitler, Hermann Göring, Reichsstatthalter Eigruber und andere prominente Nationalsozialisten gewesen: „War die Oberkommission darüber im Zweifel, hatte sie die Pflicht, darüber Erhebungen pflegen zu lassen.“ Dinghofer wandte sich auch gegen „die Fiktion, Wohnungen seien immer notwendig gewesen, vor und nach 1938, der Wohnbau sei eine soziale Angelegenheit und habe daher mit dem Nationalsozialismus keinen Zusammenhang“. Dies führe zu einem Irrweg in der Handhabung des Dritten Rückstellungsgesetzes, weil dieses kein Sozialgesetz, sondern ein Schutzgesetz für die früheren Eigentümer sei. Durch das Erkenntnis der Oberkommission sei der Wille des Gesetzgebers nicht beachtet worden, die Entscheidung

¹²⁶¹ OÖLA, Rückstellungsakten, Rk 257/47, 209–229, Dinghofer an Rückstellungskommission, eingelangt 19.9.1951.

¹²⁶² Ebenda, 231–238, Dinghofer an Rückstellungskommission, eingelangt 12.10.1951.

¹²⁶³ Ebenda, 257–260, Dinghofer an Rückstellungskommission, eingelangt 31.10.1951.

¹²⁶⁴ Ebenda, 261–271, Beschluss der Obersten Rückstellungskommission, 15.12.1951.

selbst sei oberflächlich und unaufrichtig.¹²⁶⁵ An dem für Dinghofer negativen Ausgang des Rückstellungsverfahrens konnte die Eingabe an den OGH freilich nichts mehr ändern.

In der Auseinandersetzung zwischen WAG und Dinghofer gab es noch ein außergerichtliches Nachspiel. Von dem diesbezüglichen Briefwechsel ist in den Akten von Bürgermeister Koref, dem Schöpf sein Schreiben in Kopie geschickt hatte, nur die Antwort von Schöpf an Dinghofer überliefert: Schöpf drückte gegenüber Dinghofer sein „stärkstes Befremden über Ihr nicht nur persönlich, sondern auch schriftlich wiederholt an Tag gelegtes Verhalten“ aus. Offensichtlich hatte Dinghofer unterstellt, dass die Entscheidungen der Gerichte „ausgepackelt“ worden seien, was Schöpf empörte:

„Dies ist eine derart ungeheuerliche Behauptung, besonders für einen ehem[aligen] Präsidenten unseres Obersten Gerichtshofes, der ja wahrscheinlich auch des öfteren in letzter Instanz zum Mißvergnügen irgend eines Berufungswerbers entschieden haben dürfte, dass ich in den letzten Monaten Mühe hatte, meine von Anfang an gegebene Bereitschaft zu einer gütlichen Auseinandersetzung mit Ihnen aufrecht zu halten.“

Schöpf lehnte jegliche weitere Verhandlungen ab, da ihm von Dinghofer

„der Vorwurf gemacht wird, ich hätte die österreichische Justiz beeinflusst oder mißbraucht. Mich ernsthaft mit diesem Vorwurf auseinanderzusetzen, halte ich für absurd. Ich möchte es auch mit Rücksicht auf Ihr Alter und Ihre seinerzeitige hohe Stellung im österreichischen öffentlichen Leben unterlassen.“¹²⁶⁶

In den Koref-Akten ist noch ein Schreiben Dinghofers an den ÖVP-nahen Finanzminister Reinhard Kamitz vom Juli 1953 überliefert. Daraus geht hervor, dass sich Dinghofer bereits ein Jahr zuvor an Kamitz gewandt, aber keine Antwort erhalten hatte. Dinghofer beklagte sich in scharfen Worten über die Gerichte, die gegen ihn in der Schöllergut-Sache entschieden hatten, insbesondere über das Urteil des Obersten Gerichtshofs:

„Eine Beleidigung für jeden Österreicher aber ist es, wenn die Oberste Rückstellungskommission behauptet, dass Österreich erst im Jahre 1938 wirtschaftlich erschlossen wurde. Österreich war also nach Ansicht der Obersten Rückstellungskommission vor 1938 Afrika und unsere tausendjährige wirtschaftliche Mission gegenüber dem Osten und wirtschaftliche Bedeutung in der ganzen Welt eine Erfindung der Historiker und Schulmänner.“

Dinghofer konfrontierte den für Rückstellungsangelegenheiten zuständigen Finanzminister mit der Frage, ob das Dritte Rückstellungsgesetz bei der Erwerbung von Grundstücken für den Wohnungsbau Ausnahmen kenne und ob vor 1938 die zwangsweise Wegnahme von Grund und Boden zu Gunsten eines Industrieunternehmens zum Zwecke der Erbauung von

¹²⁶⁵ OÖLA, Rückstellungsakten, Rk 257/47, 275–287, Dinghofer an Oberste Rückstellungskommission, eingelangt OGH 29.1.1952.

¹²⁶⁶ AStL, Akten Bürgermeister Koref, Sch. 302, Dr. Albert Schöpf, Schöpf an Dinghofer (Durchschrift), 20.6.1952.

Wohnungen möglich gewesen wäre. Dinghofer verlangte einen Vergleich und die Nachzahlung von 686.000 Schilling. Im Falle einer Ablehnung drohte er mit der „Flucht in die Öffentlichkeit“.¹²⁶⁷

Interventionsversuche

Im Zuge der Versuche, seinen enteigneten Grundbesitz wieder zurückzubekommen, trachtete Dinghofer danach, Unterstützung von Seiten der Politik zu erhalten. Dabei suchte er die wichtigsten Entscheidungsträger von ÖVP und SPÖ auf seine Seite zu ziehen. Zwischen 1950 und 1954 korrespondierte Dinghofer wiederholt mit dem Büro von Landeshauptmann Gleißner in Sachen Schöllergut.¹²⁶⁸ Auch in den Akten des Linzer Bürgermeisters Ernst Koref lässt sich ein Briefwechsel zwischen Dinghofer und Koref zwischen 1947 und 1955 nachweisen.¹²⁶⁹ Während er Landeshauptmann Gleißner – im Falle der Rückstellung – mit einem Grundstück für einen Kirchenbau für sich zu gewinnen suchte, bekundete er gegenüber Bürgermeister Koref im Erfolgsfalle seine Absicht, unentgeltlich ein Grundstück für Gemeindezwecke – etwa eine Schule – zur Verfügung zu stellen.¹²⁷⁰ Beide Politiker scheinen mit den Interventionsversuchen Dinghofers ähnlich umgegangen zu sein: Sie kontaktierten den Verwalter der WAG Albert Schöpf und baten ihn um eine Stellungnahme.¹²⁷¹ Beide kannten Schöpf sehr gut, war er doch einerseits ein prominenter ÖVP-Politiker (was ihn mit Gleißner verband), aber auch ein Spitzenbeamter des Magistrates Linz (was die besondere Verbindung mit Koref verdeutlicht).¹²⁷²

¹²⁶⁷ AStL, Akten Bürgermeister Koref, Sch. 51, Dr. Franz Dinghofer, Dinghofer an Finanzminister Kamitz, 30.7.1953.

¹²⁶⁸ OÖLA, LH-Tagebuch Gleißner, Protokollbücher, 1499/1950; ebenda, Protokollbücher, 2949/1951; Protokollbücher, 1624/1952; Protokollbücher, 3298/1952; Protokollbücher, 840/1953; Protokollbücher, 1138/1954; siehe auch Protokollbücher, 5409/1956.

¹²⁶⁹ AStL, Akten Bürgermeister Koref, Sch. 51, Dr. Franz Dinghofer, Dinghofer an Koref, wohl Juni bzw. vor Juni 1947; ebenda, Dinghofer an Koref, 11.10.1947; ebenda, Dinghofer an Koref, 28.1.1949; ebenda, Dinghofer an Koref, 8.9.1951; ebenda, Koref an Dinghofer, 10.9.1951; ebenda, Dinghofer an Koref, 15.10.1951; ebenda, Koref an Dinghofer, 2.11.1951; ebenda, Dinghofer an Koref, 30.7.1953; ebenda, Dinghofer an Koref, 3.3.1955; ebenda, Koref an Dinghofer, 22.3.1955; ebenda, Dinghofer an Koref, 3.5.1955; ebenda, Koref an Dinghofer, 14.5.1955; ebenda, Dinghofer an Koref, 28.5.1955.

¹²⁷⁰ OÖLA, LH-Tagebuch Gleißner, Protokollbücher, 1499/1950, Gegenstand: Kirchenbau Pfarre Am Bindermichl. Schreiben an Präsident Dr. Dinghofer betr. Grundüberlassung, 5.5.1950; AStL, Akten Bürgermeister Koref, Sch. 51, Dr. Franz Dinghofer, Koref an Dinghofer, 10.9.1951, und handschriftlicher Vermerk, 13.9.1951.

¹²⁷¹ OÖLA, LH-Tagebuch Gleißner, Protokollbücher, 1624/1952, Eingang Schreiben WAG vom 24.6.1952, sowie Eingang Schreiben WAG vom 27.6.1952; AStL, Akten Bürgermeister Koref, Sch. 51, Dr. Franz Dinghofer, Dinghofer an Koref, 11.10.1947, sowie Notiz Korefs; ebenda, Schöpf an Koref, 11.3.1949; ebenda, Koref an Schöpf, 15.4.1949; ebenda, Schöpf an Koref, 28.4.1949; ebenda, Schöpf an Koref, 25.1.1952; ebenda, Koref an Schöpf, 7.2.1952; ebenda, Schöpf an Koref, 24.6.1952.

¹²⁷² Slapnicka, Politische Führungsschicht ab 1945, 262 f.; AStL, Personalakten, Dr. Albert Schöpf, Personalkarteikarte.

Während die Korrespondenz Gleißners nur durch die betreffenden Protokollbücher bezeugt werden kann, hat sich der Briefwechsel Korefs erhalten, was erklärt, weshalb Korefs Position in dieser Sache sehr detailliert dargestellt werden kann. Dinghofer bot Koref auch an, die zurückgestellten Grundstücke an die Stadt abzugeben. Im Jänner 1949 machte er gegenüber dem Linzer Bürgermeister einzig den Verwalter der WAG, Albert Schöpf, dafür verantwortlich, dass es zu keinem Vergleich in der Rückstellungssache komme:

„Das Ministerium, die Landesregierung und die Amerikaner sind für die Rückgabe meines Grundbesitzes, soweit er nicht verbaut ist. Ich bin damit einverstanden. Scheinbare Schwierigkeiten macht der öffentliche Verwalter, offenbar deshalb, weil er für einen Vergleich die Verantwortung nicht tragen will [...].“¹²⁷³

Schöpf sah dies naturgemäß anders, wie er Koref mitteilte: Die WAG hatte die Rückgabe des unverbauten Teiles des Dinghofer-Besitzes zugestanden. Dinghofer wollte dafür aber nur jenen Gegenwert in Geld leisten, den ihm die WAG dafür bezahlt hatte, was wiederum Schöpf ablehnte, da die betreffenden Grundstücke durch die von der WAG vorgenommene Erschließung zu wertvollen Baugrundstücken geworden seien.¹²⁷⁴

Albert Schöpf suchte Koref auch klarzumachen, dass Dinghofer sich „als Opfer der Nazi-Invasion“ darstelle:

„Eine solche Darstellung mutet aus dem Munde des Herrn Präsident Dr. Dinghofer umso sonderbarer an, als in unserem Besitz schriftliche Originaläußerungen des Genannten sich befinden, in denen er seiner Beglückung über die stattgehabte Befreiung Österreichs durch den Nationalsozialismus Ausdruck gibt und diese als die Erfüllung seiner Träume hinstellt. Wir haben bisher von der Verwendung dieses für Dr. Dinghofer nicht gerade empfehlenden Schriftstückes Abstand genommen, wären aber, falls dieser seine Märtyrerrolle zu unserem Nachteil weiterspielen sollte, zur Unterlassung dieser Ritterlichkeit gezwungen.“¹²⁷⁵

Nachdem er in zweiter Instanz verloren hatte, bat Dinghofer Koref darum, für ihn beim Präsidenten des Obersten Gerichtshofes zu intervenieren. Der Leiter des städtischen Grundamtes, Adolf Breitenfellner, den Koref zu einer Stellungnahme aufgefordert hatte, riet davon ab:

„Das Ersuchen des Herrn Präsidenten Dr. Dinghofer um eine persönliche Intervention beim Präsidenten der obersten Rückstellungskommission erscheint mir äußerst bedenklich, da es sich dabei um nichts anderes handelt, als um eine Beeinflussung des Gerichtes zu Gunsten des Herrn Dr. Dinghofer. Auch könnte sich eine derartige Intervention insofern zum Nachteil der Stadtgemeinde auswirken, als sie sich ja selbst in mehreren Rückstellungsfällen in der gleichen Rolle der ‚WAG‘ – also des beklagten Teiles – befindet und in diesen Fällen den Standpunkt des Herrn Dr. Dinghofer nicht einnehmen kann. Daß die

¹²⁷³ AStL, Akten Bürgermeister Koref, Sch. 51, Dr. Franz Dinghofer, Dinghofer an Koref, 28.1.1949.

¹²⁷⁴ Ebenda, Schöpf an Koref, 11.3.1949.

¹²⁷⁵ Ebenda.

Stadtgemeinde aber in diesen heiklen Fragen kein Doppelspiel führen darf, bedarf wohl keiner weiteren Erörterung.“¹²⁷⁶

Koref folgte der Meinung seines Beamten und teilte Dinghofer offen die Sicht der Stadt Linz in dieser Angelegenheit mit:

„Ich bitte Sie zu bedenken, daß die Stadt Linz selbst einige Rückstellungsfälle anhängig hat, in denen sie sich in der Rolle der WAG, also des beklagten Teiles befindet, und in denen sie daher nicht den von Ihnen vorgeschlagenen Standpunkt vertreten kann. Daß die Stadtverwaltung aber in dieser heiklen Frage keine Doppelrolle spielen darf, bedarf wohl keiner weiteren Erörterung.“¹²⁷⁷

Nach dem letztinstanzlichen Urteil berichtete der Leiter der WAG, Albert Schöpf, in einem ausführlichen Bericht an Koref über den Wunsch Dinghofers, nun wieder Vergleichsverhandlungen zu führen. Schöpf reagierte völlig ablehnend auf dieses Ansinnen:

„Es tut mir leid, die diesbezüglichen Illusionen des hochbetagten Herrn Präsidenten Dinghofer zerstören zu müssen. Ich habe ihm in schonender Form auseinandergesetzt, daß ich gerne bereit sei, mit ihm oder einem Bevollmächtigten über seine Wünsche und Auffassung zu sprechen, mußte ihn aber darauf verweisen, daß jede Abgabe von Grundstücken durch die Wohnungs-A.G. Linz an ihn nur im Wege eines formalen Verkaufes erfolgen könne, der zudem der Zustimmung des Ministeriums für Finanzen und des US-Besatzungselementes bedürfe.“¹²⁷⁸

Koref schloss sich dieser Meinung an: „Ich kann Ihrer Auffassung über die Haltung des genannten Herrn nur beipflichten.“¹²⁷⁹

Im März 1955 machte Dinghofer einen erneuten Versuch, Koref für seine Sache einzuspannen. Er bat ihn, seinen Einfluss in der SPÖ auf einen „Ausgleich“ geltend zu machen. Dinghofer meinte, Koref würde bei Vizekanzler Adolf Schärf sicherlich Gehör finden.¹²⁸⁰ Tatsächlich wandte sich Koref an Schärf, der wiederum mit Justizminister Gerö über den Fall sprach. Schärf ließ in seinem Schreiben an Koref wenig Verständnis für die Position Dinghofers erkennen: „Ein gewesener Präsident des Obersten Gerichtshofes soll doch wissen, daß es gegen Entscheidungen der dritten Instanz nichts mehr gibt!“¹²⁸¹ Koref versuchte in seinem Antwortschreiben Dinghofer zu beruhigen und äußerte auch Verständnis für dessen Lage:

„Ich verstehe vollkommen, sehr geehrter Herr Vizekanzler, daß Sie der Fall schwer bedrückt und habe sogar ein dankbares Verständnis dafür, daß Sie mich mit Ihrem Vertrauen auszeichnen, ich würde auch vom Herzen gerne das Meine dazu beitragen, Ihnen die Sorgen des Lebensabends zu erleichtern oder zu beheben, allein – was tun, wenn niemand mehr eine formale und sachliche Möglichkeit hiefür offen sieht. [...] Ich wäre aufrichtig

¹²⁷⁶ AStL, Akten Bürgermeister Koref, Sch. 51, Dr. Franz Dinghofer, Breitenfellner an Koref, 25.10.1951.

¹²⁷⁷ Ebenda, Koref an Dinghofer, 2.11.1951.

¹²⁷⁸ Ebenda, Albert Schöpf, WAG, an Koref, 25.1.1952.

¹²⁷⁹ Ebenda, Koref an Schöpf, 7.2.1952.

¹²⁸⁰ Ebenda, Dinghofer an Koref, 3.3.1955.

¹²⁸¹ Ebenda, Schärf an Koref, 11.5.1955.

glücklich, wenn Sie, sehr verehrter Herr Präsident, sich innerlich beruhigen und mit den Verhältnissen, die nun einmal anscheinend nicht zu ändern sind, seelisch abfinden würden.“¹²⁸²

Der 82-jährige Franz Dinghofer gab jedoch nicht auf und richtete einen weiteren langen Brief an Koref, den dieser noch an seine Parteifreunde Adolf Schärf und Bruno Pittermann weiterleitete.¹²⁸³ Im November 1955, eineinhalb Monate bevor Dinghofer starb, schrieb Pittermann an Koref: „Ich kann mich der Auffassung des Gen[ossen] Schärf nur voll anschließen, dass man leider an den rechtskräftigen Entscheidungen nichts mehr ändern kann, so schmerz-lich das auch im Einzelfall ist.“¹²⁸⁴

Die Vertreter der WAG

Waren während der NS-Zeit vorerst Fritz Sprick und Johannes Meissner seitens der Hermann-Göring-Werke und der WAG die Verantwortlichen im Verfahren gegen Dinghofer, so zeichneten in der Spätphase des Enteignungsprozesses, nämlich im Jahr 1944, Albert Schöpf und Ernst Dunkel gemeinsam die Schreiben der WAG in der Sache Dinghofer.¹²⁸⁵

Der gebürtige Vorarlberger Albert Schöpf studierte Rechtswissenschaften an der Universität Innsbruck und arbeitete schließlich in Oberösterreich als Rechtskonsulent des Katholischen Volksvereins und als Redakteur des „Volksvereinsboten“.¹²⁸⁶ Drei Monate nach den Februar-kämpfen trat er im Mai 1934 im Alter von 28 Jahren in die neu formierte Linzer Stadtverwaltung ein, an deren Spitze nun ein Regierungskommissär stand.¹²⁸⁷ Schöpf war im politischen System des autoritären „Ständestaates“ fest verankert, war er doch Landesführer der Ostmär-kischen Sturmcharen und Funktionär der Vaterländischen Front.¹²⁸⁸ Zudem fungierte er als stellvertretender Obmann bzw. Obmann der „Wohnungsbau“, der Gemeinnützigen Bau- und Siedlungsgenossenschaft der christlichen Arbeiter und Angestellten Oberösterreichs.¹²⁸⁹ Nach dem Anschluss Österreichs an das Deutsche Reich wurde Schöpf im Mai 1938 des Dienstes im

¹²⁸² AStL, Akten Bürgermeister Koref, Sch. 51, Dr. Franz Dinghofer, Koref an Dinghofer, 14.5.1955.

¹²⁸³ Ebenda, Dinghofer an Koref, 28.5.1955; ebenda, Koref an Schärf und Pittermann, 6.6.1955.

¹²⁸⁴ Ebenda, Pittermann an Koref, 29.11.1955.

¹²⁸⁵ BA Freiburg, RW 43/3535, Reichsstelle für Landbeschaffung, Rep. 311 (Nachtrag), Pakt 15, WAG an Dinghofer, 17.8.1944; ebenda, WAG an Reichsstelle für Landbeschaffung, 1.9.1944.

¹²⁸⁶ Slapnicka, Politische Führungsschicht ab 1945, 262.

¹²⁸⁷ AStL, Personalamt, Verwaltung in der NS- und Nachkriegszeit, Sch. 28, Mappede Rehabilitierungen, Liste Wiedergutmachungsfälle 1938.

¹²⁸⁸ AStL, Personalakt Albert Schöpf, Personal- und Besoldungsamt an Gauleitung Oberdonau der NSDAP, 23.10.1939; Amtskalender 1935, 354; Amtskalender 1936, 370; Schuster, Deutschnational, 78. Im Amtskalender 1938, 46, scheint Schöpf als Gauführer der Vaterländischen Front im Verwaltungsbezirk Urfahr-Land auf (zum Vergleich: Gauführer des Verwaltungsbezirks Linz-Stadt war Bürgermeister Dr. Wilhelm Bock).

¹²⁸⁹ Amtskalender 1934, 334; Amtskalender 1935, 318; Amtskalender 1936, 332; Amtskalender 1937, 354; Amtskalender 1938, 356.

Magistrat enthoben und seine Bezüge wurden auf die Hälfte gekürzt. Im Februar 1939 folgte seine Entlassung.¹²⁹⁰ Aber noch im Jahr 1939 fand Schöpf eine Anstellung in der Wohnungsaktiengesellschaft der Reichswerke Hermann Göring, wo er die Leitung der Wohnungsverwaltung übernahm.¹²⁹¹ Knapp vor Kriegsende wurde er zum Kriegsdienst eingezogen und erlitt einen Armschuss.¹²⁹²

Nach dem Ende der NS-Herrschaft trat Schöpf noch im Mai 1945 wieder in den Magistratesdienst ein und übernahm die Oberleitung des Wirtschafts- und Wirtschaftsförderungsamtes.¹²⁹³ Zudem wurde er im Jahr 1946 auch mit der Oberleitung des Ernährungsamtes, des Ernährungsdienstes sowie des Marktamtes inklusive der Lebensmittelpolizei betraut.¹²⁹⁴ 1949 verfügte er über die Funktion eines Bezirksverwaltungsdirektors.¹²⁹⁵ Wegen seiner Entlassung im Jahr 1939, die eine Maßregelung aus politischen Gründen dargestellt hatte, galt er nach 1945 als Rehabilitierungsfall.¹²⁹⁶ Im Magistrat Linz amtierte Schöpf, der der NSDAP nicht beigetreten war, auch als einer von mehreren „Untersuchungskommissären“ bzw. „Überprüfungskommissären“, die in der Nachkriegszeit die städtischen Bediensteten auf etwaige NS-Belastungen zu überprüfen hatten.¹²⁹⁷ Im Mai 1945 wurde er auch – mit Zustimmung des Linzer Bürgermeisters Koref – alleiniger Chef der WAG, vorerst als „öffentlicher Verwalter“, da die WAG als „Deutsches Eigentum“ eingestuft worden war. Ab 1956 fungierte er als alleiniger Vorstand der WAG.¹²⁹⁸ Die öffentliche Verwaltung stellte das wichtigste Instrument für die politischen Parteien dar, Einfluss über Österreichs Wirtschaft zu erhalten.¹²⁹⁹ Deshalb war es kein Zufall, dass gerade Schöpf zum öffentlichen Verwalter der Wohnbaugesellschaft bestellt worden war, schien er doch außer seinen Kenntnissen über das Unternehmen auch wegen seiner exzellenten politischen Kontakte prädestiniert für diese Stelle zu sein.

¹²⁹⁰ AStL, Personalakten, Personalkarteikarte Albert Schöpf; AStL, Personalamt, Verwaltung in der NS- und Nachkriegszeit, Sch. 28, Mapped Rehabilitierungen, Liste Wiedergutmachungsfälle 1938.

¹²⁹¹ Slapnicka, Führungsschicht ab 1945, 262; 25 Jahre WAG, 21.

¹²⁹² Slapnicka, Führungsschicht ab 1945, 262.

¹²⁹³ AStL, Personalakten, Personalkarteikarte Albert Schöpf; ebenda, Personalakt Albert Schöpf, Antrag MD Oberhuber, 16.5.1946.

¹²⁹⁴ AStL, Personalakt Albert Schöpf, Ernennung, 24.5.1946.

¹²⁹⁵ Ebenda, Verfügung Präsidialamt, 20.12.1949.

¹²⁹⁶ AStL, Personalakten, Personalkarteikarte Albert Schöpf.

¹²⁹⁷ AStL, Personalamt, politisches Beweismaterial, Sch. 3; ebenda, Verwaltung in NS- und Nachkriegszeit, Sch. 20, Mapped Denazifizierung 1945–1948, Schreiben Bürgermeister, 23.5.1947; AStL, Personalakt Albert Schöpf, Bestellung durch den Bürgermeister, 22.6.1945; Schuster, Entnazifizierung Magistrat, 130 f. und 166. Eine Überprüfung von Albert Schöpf auf eine etwaige Mitgliedschaft in der NSDAP im Bundesarchiv Berlin blieb ergebnislos (vgl. AStL, Archivablage, BArch Berlin an Archiv der Stadt Linz, 17.2.2022).

¹²⁹⁸ AStL, Personalakt Albert Schöpf, Koref an Schöpf, 16.5.1945; Wohngeschichten, 23; Slapnicka, Politische Führungsschicht ab 1945, 263.

¹²⁹⁹ Vgl. Böhmer, Wer konnte, griff zu, 52.

Nach dem Krieg entwickelte sich die politische Karriere von Albert Schöpf rasch: Er war Mitbegründer der ÖVP und des ÖVP-Wirtschaftsbundes. In der Partei übernahm er Spitzenpositionen, darunter die Funktion eines Landesparteiobmanns zwischen November 1947 und Oktober 1951.¹³⁰⁰ 1948/49 fungierte er für die ÖVP als Mitglied des Bundesrates, 1949 bis 1953 als Abgeordneter des Nationalrates und 1953 bis 1956 wiederum als Mitglied des Bundesrates.¹³⁰¹ In dieser Zeit war er von der Dienstleistung im Magistrat Linz freigestellt.¹³⁰²

Der in Hagen in Westfalen geborene Ernst Dunkel hatte als Bürovorsteher eines Rechtsanwalts- und Notariatsbüros in Essen gearbeitet, bevor er 1942 als juristischer Sachbearbeiter in die WAG eintrat. Die Stelle als Mitarbeiter bei der WAG behielt er auch nach 1945.¹³⁰³ Dunkel war 1937 in Deutschland der NSDAP beigetreten und galt deshalb nach 1945 in Österreich als registrierungspflichtig. Er suchte sich von der Registrierungspflicht zu befreien und nannte seinen Vorgesetzten Albert Schöpf als Zeugen dafür, dass er nicht für die NSDAP, sondern nur für die WAG tätig gewesen sei. Nach dem NS-Gesetz 1947 galt er schließlich als „minderbelastet“.¹³⁰⁴

Ein gerichtliches Nachspiel

Beinahe ein Vierteljahrhundert nach dem Ableben Dinghofers fällte der Verfassungsgerichtshof im Dezember 1980 eine Entscheidung in der Causa, die die Gerichtsurteile davor zum Teil umstieß. Die Erbinnen Dinghofers hatten Gerichte und Behörden wiederholt mit dem Umstand konfrontiert, dass von dem ursprünglich enteigneten rund 285.000 Quadratmetern großen Grundbesitz nur etwa 172.000 Quadratmeter tatsächlich verbaut worden waren. Der übrige Teil lag noch brach bzw. war von der WAG an das Land Oberösterreich und die Stadt Linz verkauft worden. Die Beschwerdeführerinnen argumentierten, es sei offenkundig, dass diese Grundstücke nicht für jenen Zweck verwendet worden seien, für den sie enteignet worden waren. Der Verfassungsgerichtshof stellte allgemein fest, dass eine Enteignung „nicht über das zur Erfüllung einer öffentlichen Aufgabe unbedingt notwendige Ausmaß“ hinausgehen dürfe. Zudem sei es unzulässig, eine „Enteignung auf Vorrat“ durchzuführen. Der Verfassungsgerichtshof machte klar, „daß die Aufrechterhaltung einer einmal verfügten Enteig-

¹³⁰⁰ Slapnicka, Politische Führungsschicht ab 1945, 262.

¹³⁰¹ Ebenda.

¹³⁰² AStL, Personalakt Albert Schöpf, Amtsbericht, 31.3.1956.

¹³⁰³ AStL, NS-Registrierungsakten Linz, Ernst Dunkel, Meldeblatt 26.2.1946.

¹³⁰⁴ BArch Berlin, NSDAP-Zentralkartei, Ernst Dunkel; AStL, NS-Registrierungsakten Linz, Ernst Dunkel, Meldeblatt 26.2.1946, Vermerk Registrierungsamt, 28.8.1947; ebenda, Ansuchen um Nachsicht von der Registrierung, 25.2.1946.

nung verfassungsrechtlich unzulässig ist, wenn der öffentliche Zweck, zu dessen Verwirklichung das Gesetz eine Enteignungsmöglichkeit vorgesehen hat, tatsächlich nicht verwirklicht wird“.¹³⁰⁵

Schließlich ergaben Vergleichsverhandlungen, die zwischen den Beteiligten im Jahr 1982 abgeschlossen wurden, dass Bund, WAG, Land Oberösterreich und Stadt Linz insgesamt 15 Millionen Schilling an die Erben des Ehepaars Dinghofer für jene Grundstücke zu zahlen hatten, die nicht dem eigentlichen Enteignungszweck zugeführt worden waren.¹³⁰⁶ Mit diesem Vergleich hatte sich die Rechtsansicht Dinghofers – wenigstens zum Teil – spät, aber doch durchgesetzt.¹³⁰⁷

Zusammenfassende Beurteilung der Causa

Während des Enteignungsverfahrens suchte Franz Dinghofer die Enteignung mit rechtlichen Argumenten zu bekämpfen. Insbesondere die Berufung auf das Landbeschaffungsgesetz, das Enteignungen für Zwecke der Wehrmacht erlaubte, und eine Verordnung, die dieses Recht auch für Zwecke der Reichswerke Hermann Göring einräumte, konnte er nicht nachvollziehen. Nach 1945 suchte er deutlich zu machen, dass ein solches Enteignungsverfahren in einem demokratischen Rechtsstaat nicht möglich gewesen wäre.

Tatsächlich fällt in der historischen Betrachtung auf, wie schnell und kompromisslos die Absiedelung der Bevölkerung erfolgte, deren Grund und Boden für die Zwecke der Reichswerke Hermann Göring benötigt wurde. Das Landbeschaffungsgesetz selbst und die betreffende Verordnung sorgten dafür, dass der Enteignungsprozess der normalen Gerichtsbarkeit entzogen und einer Verwaltungsbehörde übertragen wurde.¹³⁰⁸ Von jenen Menschen, die wegen des Baus der Hütte Linz aus der Ortschaft St. Peter abgesiedelt worden waren, aber auch von Bauern, die wegen der Bauten der WAG auf dem Harter Plateau enteignet worden waren, gab es nach 1945 zahlreiche Klagen wegen Androhung von Gewalt und großem Druck seitens der Göringwerke und der WAG. Insbesondere der auch im Dinghofer-Verfahren involvierte Assessor Johannes Meissner kam in diversen Berichten der Betroffenen nicht gut weg. Auch in der Entschädigungsfrage sahen sich die enteigneten Grundbesitzerinnen und Grundbesitzer übervorteilt und beklagten die zu geringe Höhe der Entschädigungszahlungen.¹³⁰⁹

¹³⁰⁵ Vgl. Rechtsinformationssystem des Bundes, Entscheidung des Verfassungsgerichtshofs, GZ B206/75, 3.12.1980, https://www.ris.bka.gv.at/Dokumente/Vfgh/JFT_10198797_75B00206_00/JFT_10198797_75B00206_00.pdf (16.2.2022).

¹³⁰⁶ AStL, Archivablage, Schreiben Avancini an Sandgruber, 28.6.2019, 4.

¹³⁰⁷ AStL, GRP, Sitzung vom 18.2.1980, 23; AStL, Akten Bürgermeister Hillinger, Sch. 16, Avancini, Hillinger an Rechtsanwälte Gastgeb, 24.2.1982.

¹³⁰⁸ Karl/Kurowski, Mit heißen Wünschen, 68 f.

¹³⁰⁹ Ebenda, 70–87, 94 f. und 153; Karl, Aussiedlung, 88 f.

Franz Dinghofer stand mit seinen Vorbehalten und Beschwerden also nicht alleine da. Einige Umstände lassen jedoch darauf schließen, dass mit ihm besonders unverhältnismäßig streng umgegangen wurde: Dinghofer beklagte, dass der Familie Sick, den Besitzern des Hummelhofes, im Unterschied zu den Eheleuten Dinghofer ihr Wohnhaus samt Garten belassen worden war. Seinem Nachbarn Ferdinand Mayr wiederum sei – so Dinghofer – der größte Teil seines Grundbesitzes erhalten geblieben, insbesondere auch das Grundstück Nr. 421, das sich zwischen Dinghofers enteigneten Grundstücken Nr. 418 und Nr. 414/4 befand.¹³¹⁰ Eine Überprüfung dieser Behauptungen ist anhand der erhaltenen Pläne in den Aktenbeständen möglich und bestätigt die Angaben Dinghofers voll und ganz.¹³¹¹ Die Ausnahmen für Sick und Mayr sind offensichtlich und stehen in eigenartigem Kontrast zu der Härte, mit der man Dinghofer verweigerte, weiterhin über das Gebäude des Schöllerguts zu verfügen, das man lieber als Direktorenwohnung für die Göringwerke adaptierte. Auch die Tatsache, dass die WAG noch im Jahr 1950 offenbar nur einen kleinen Teil der 28,5 Hektar des ehemaligen Dinghofer-Besitzes verbaut hatte,¹³¹² unterstreicht in mancher Hinsicht Dinghofers Argumentation. Wie wenig fair man bei der Enteignung vorgegangen ist, zeigt auch der Umstand, dass sogar das NS-Reichsverwaltungsgericht die Entschädigungssumme für Dinghofer von 495.000 auf über 560.000 Reichsmark hinaufgesetzt hat.

Nach dem Ende der NS-Diktatur hätte die Situation für die ehemaligen Eigentümerinnen und Eigentümer, die ihren Grundbesitz an die WAG verloren hatten, theoretisch besser aussehen können: Während die WAG in der NS-Zeit über eine starke Position – mit den mächtigen Reichswerken Hermann Göring im Rücken – verfügt hatte, war dies unmittelbar nach Kriegsende anders. Die Verbindung mit den ehemaligen Göringwerken war getrennt und die WAG galt als „Deutsches Eigentum“, das unter der Kontrolle der Alliierten stand. Die US-Besatzungsmacht beschlagnahmte zahlreiche Wohnungen der WAG – allein in der Siedlung Bindermichl waren es 367 – für „Displaced Persons“ und eigene Zwecke. In der WAG wurde – aus der Belegschaft heraus – eine provisorische Geschäftsleitung gebildet, in der Dr. Albert Schöpf bereits die zentrale Rolle spielte. Ein entscheidender Schritt für die Absicherung der Vermögensmasse der Linzer Niederlassung erfolgte im Oktober 1945, als die US-Militärregierung Schöpf zum öffentlichen Verwalter der WAG bestellte. Wegen der ungeklärten Rechtslage war aber die Aufnahme von Krediten nicht möglich. Erst mit der Übertragung des Deutschen Eigentums auf die Republik Österreich im Jahr 1955 konnte die WAG schließlich auf

¹³¹⁰ OÖLA, Rückstellungsakten, Rk 257/47, Dinghofer an Rückstellungskommission, eingelangt 8.1.1951.

¹³¹¹ Siehe Pläne in OÖLA, Rückstellungsakten, Rk 257/47, sowie BArch Freiburg, RW 43/3537.

¹³¹² OÖLA, Rückstellungsakten, Rk 257/47, 161-179, Franz und Cäcilia Dinghofer an Rückstellungskommission, eingelangt 24.11.1950.

rechtlich sicheren Boden gestellt werden. Die Neugründung der „Wohnungsaktiengesellschaft Linz“, die sich im hundertprozentigen Eigentum des Bundes befand, im Dezember 1955 war die Folge. Am Ende der öffentlichen Verwaltung konnte Schöpf zufrieden Bilanz ziehen, dass das Vermögen der WAG nicht nur erhalten, sondern noch wesentlich vermehrt werden konnte.¹³¹³

Nach 1945 befand sich demnach die WAG als Unternehmen wegen der unklaren Verhältnisse lange Zeit in einer schwierigen Lage. Zudem war sie mit einer Fülle von Rückstellungsansprüchen konfrontiert. So teilte Albert Schöpf dem Linzer Bürgermeister Koref im April 1949 mit, dass man aktuell nicht weniger als 40 Rückstellungsverfahren zu führen habe und deshalb kein Zugeständnis im Einzelfall machen könne.¹³¹⁴ Insgesamt war die WAG schließlich mit 87 Rückstellungsprozessen beschäftigt. Dabei kam ihr – wie sich auch im Dinghofer-Verfahren zeigte – der Umstand zugute, dass der Oberste Gerichtshof die Meinung vertrat, der Wohnbau sei keine typisch nationalsozialistische Maßnahme gewesen, weshalb auch keine Vermögensentziehung vorliege.¹³¹⁵ Wie auch bei anderen vergleichbaren Fällen wirkte sich der Zeitfaktor positiv für die WAG aus, da die oberste Judikatur immer mehr zu Gunsten der Unternehmen entschied.¹³¹⁶ Nach eigenen Angaben gelang es der WAG, alle Rückstellungsverfahren bis auf drei zu gewinnen.¹³¹⁷

Mitentscheidend für die geringer werdenden Chancen, seinen Besitz zurückzuerhalten, erwies sich für Dinghofer die Persönlichkeit von Albert Schöpf, der mit Zähigkeit und Ausdauer sowie mit harter und fester Hand die angeschlagene WAG zusammenhielt.¹³¹⁸ Es war offensichtlich, dass Schöpf seine politischen Funktionen dazu benutzte, die Vermögensmasse der WAG zu erhalten und zu vermehren.¹³¹⁹

Für Franz Dinghofer – wie für viele andere, die von den Göringwerken oder der WAG enteignet worden waren – verschlechterte sich die Situation im Rückstellungsverfahren jedenfalls immer mehr. Der ehemalige Präsident des Obersten Gerichtshofs konnte die OGH-Rechtsprechung, die keinen Zusammenhang zwischen den Enteignungen der WAG und dem Nationalsozialismus sah, nicht nachvollziehen. Seine Verärgerung über die Art und Weise, wie nach

¹³¹³ 25 Jahre WAG, 31, 35, 47, 61, 63 und 131; Stöger, Sozialer Wohnbau, 146; vgl. allgemein Seidel, Wirtschaft, 343 und 406 f.

¹³¹⁴ AStL, Akten Bürgermeister Koref, Sch. 51, Dr. Franz Dinghofer, Schöpf an Koref, 28.4.1949; ebenfalls vorhanden in: OÖLA, Rückstellungsakten, Rk 257/47.

¹³¹⁵ 25 Jahre WAG, 47.

¹³¹⁶ Vgl. Jabloner u.a., Schlussbericht, 261; Meissel/Gnant, Müh(l)en des Rechts, 58.

¹³¹⁷ 40 Jahre WAG, 9.

¹³¹⁸ AStL, Personenkataster, Dr. Albert Schöpf, Artikel „Dr. Albert Schöpf – 30 Jahre bei der WAG!“

¹³¹⁹ Ebenda, Artikel „25 Jahre für die WAG: Dr. Albert Schöpf“.

dem in vieler Hinsicht problematischen Enteignungsverfahren auch das Rückstellungsverfahren für ihn ungünstig ablief, ist nachvollziehbar. Die WAG war nur auf Grund der vom NS-Regime in Linz getätigten Investitionen entstanden. Ohne die in der NS-Zeit durchgeführten Enteignungspolitik hätte sie nach 1945 keine Existenzgrundlage gehabt. Zudem waren die personellen Kontinuitäten in der WAG von der NS-Zeit bis in die Zweite Republik – vor allem mit ihren Repräsentanten Albert Schöpf und Ernst Dunkel – augenscheinlich. Dass zwischen 1948 und 1951 selbst der frühere Assessor Johannes Meissner wieder für die WAG tätig war, komplettiert das Bild.¹³²⁰ Angesichts dieser Verhältnisse mutet es seltsam an, wenn die Vertreter der WAG im Rückstellungsverfahren bestrebt waren, Dinghofer als Profiteur des Nationalsozialismus darzustellen.

Mit der Behauptung, dass die früheren Hermann-Göring-Werke ausschließlich friedensmäßige Wirtschaftsziele verfolgt hätten,¹³²¹ sagte die WAG zweifellos nicht die Wahrheit. Schon Dinghofer führte im Verfahren an, dass zumindest das Linzer Tochterunternehmen der Göringwerke, die Eisenwerke Oberdonau, mit der Panzerproduktion Rüstungszwecken gedient hatte.¹³²² Auch in der historischen Betrachtung sind die Eisenwerke Oberdonau, wo tausende KZ-Häftlinge für den Panzerbau eingesetzt worden waren, als reiner Rüstungsbetrieb anzusehen.¹³²³ Allerdings wurde die Aussage der WAG durch die damalige Spruchpraxis des Obersten Gerichtshofs gedeckt.¹³²⁴

Das – von beiden Seiten – mit harten Bandagen geführte Rückstellungsverfahren zeugt von persönlichen Animositäten, die zwischen den Hauptbeteiligten Franz Dinghofer und Albert Schöpf offenbar herrschten. Höhepunkt des Austausch von Unfreundlichkeiten war wohl die Bemerkung von Schöpf, Dinghofer mache gegen die WAG Gräuelpropaganda in der Art des NS-Propagandaministers Goebbels. Der prominente ehemalige großdeutsche Politiker und der nunmehrige ÖVP-Spitzenpolitiker hatten jedenfalls am Ende des Verfahrens keine Gesprächsbasis mehr.

Dass Dinghofer in der Causa einiges an Unrecht geschehen war, stellte der Verfassungsgerichtshof im Jahr 1980 fest: Jene Körperschaften, die von der nicht gänzlich widmungskonformen Enteignung profitiert hatten, mussten schließlich einen namhaften Geldbetrag an die Erben Dinghofers rückerstatten.

¹³²⁰ Vgl. Karl/Kurowski, Mit heißen Wünschen, 173.

¹³²¹ OÖLA, Rückstellungsakten, Rk 257/47, 139–154, WAG an Rückstellungskommission, eingelangt 27.10.1950.

¹³²² OÖLA, Rückstellungsakten, Rk 257/47, Dinghofer an Rückstellungskommission, eingelangt 13.4.1951.

¹³²³ Fiereder, Reichswerke, 212; ders., Hütte Linz, 194; Perz, Konzentrationslager in Linz, 1068 f.

¹³²⁴ Karl/Kurowski, Mit heißen Wünschen, 99 f.

Aktivitäten nach 1945

In der Dinghofer-Biographie von Fritz Mayrhofer ist zu lesen, dass Franz Dinghofer nach 1945 zurückgezogen in seiner Villa in Bad Ischl lebte und gerne Tarock im Café Ramsauer spielte.¹³²⁵ Im Jahr 1948 wurde Dinghofer zum Obmann des neugegründeten „Bruckner-Bundes“ in Ischl gewählt.¹³²⁶ Unter seiner Obmannschaft sorgte der Verein für die Anbringung einer Gedenktafel an jenem Haus, wo der Komponist wiederholt Gast gewesen war. Bei dieser Gelegenheit hielt Dinghofer die Festrede.¹³²⁷

Die politischen Ambitionen Dinghofers nach 1945 scheinen sich sehr in Grenzen gehalten zu haben. Im Jahr 1946 gab er in einem Schreiben an das Justizministerium an, dass er sich seit 1928 – seit seinem Ausscheiden aus der Großdeutschen Volkspartei – nicht mehr politisch betätigt habe.¹³²⁸ Gegen Ende des Jahres 1950 wiederholte er diese Feststellung und bestätigte, seit 1928 keiner politischen Partei mehr angehört zu haben.¹³²⁹

Allerdings sind bald nach 1945 Kontaktaufnahmen Dinghofers zu Politikern nachzuweisen, die freilich primär seinen eigenen Interessen bzw. Problemen gedient haben dürften. Im September 1945 wandte er sich an den Linzer Bürgermeister Ernst Koref mit dem Ersuchen, einen Brief an Staatskanzler Karl Renner „betreffend Malzacher“ weiterzuleiten. Zudem bat er Koref bei einem Gesuch an das Wohnungsamt um Unterstützung. Dinghofer riet Koref, dass dieser von Hans Malzacher einen Lebenslauf einfordern möge, wobei er diesen Rat noch mit einem Kommentar versah: „Derselbe wird Ihnen gewiss interessant sein.“¹³³⁰ Da sich weder Dinghofers Brief an Renner noch das Gesuch in Wohnungsangelegenheiten in der Aktenablage des Bürgermeisters erhalten hat, lässt sich nur wenig aus diesem Schreiben herauslesen. Jedenfalls wird klar, dass Koref und Dinghofer bereits zuvor eine „Besprechung“ gehabt hatten, in dem es schon um die beiden Punkte Malzacher und Wohnungsgesuch gegangen war. Aus dem Zusammenhang lässt sich erschließen, dass hinsichtlich Malzacher wohl Koref derjenige gewesen war, der Dinghofer um Informationen gebeten hatte.

Der im niederösterreichischen Traisen geborene und als Fachmann für Hüttenwesen ausgewiesene Hans Malzacher war früh deutschnational orientiert gewesen und gehörte – wie Dinghofer – dem „Deutschen Klub“ an, trat der Heimwehr bei und fungierte auch als industrieller Berater des Heimwehr-Ministers Guido Jakoncig, um schließlich nach dem „Anschluss“

¹³²⁵ Mayrhofer, Dinghofer Diss., 12.

¹³²⁶ OÖN, 31.5.1948, 2.

¹³²⁷ Linzer Volksblatt, 8.11.1948, 3.

¹³²⁸ Archiv des OGH, Dinghofer an Bundesministerium für Justiz, 10.4.1946.

¹³²⁹ OÖLA, Rückstellungsakten, Rk 257/47, 161–179, Franz und Cäcilia Dinghofer an Rückstellungskommission, eingelangt 24.11.1950.

¹³³⁰ AStL, Akten Bürgermeister Koref, Sch. 51, Dr. Franz Dinghofer, Dinghofer an Koref, 28.9.1945.

Mitglied der NSDAP und des NSKK zu werden. Da er gänzlich andere Ansichten als Paul Pleiger hinsichtlich der Konzernpolitik für Linz und Donawitz vertrat, musste er schließlich aus den „Reichswerken Hermann Göring“ ausscheiden.¹³³¹ Nach dem Ende der NS-Herrschaft galt der „Österreicher“ Malzacher in den Augen der Arbeiterschaft und der heimischen Politik, die früh an die Weiterführung der großen Linzer Industriebetriebe dachte, aber auch in den Augen mancher Offiziere der US-Besatzungsmacht als Idealbesetzung für die Leitung der Hütte Linz. Tatsächlich wurde Malzacher im Juni 1945 mit der Führung der Werke betraut. Er entwickelte rasch Konzepte für die Fortsetzung der Produktion in Friedenszeiten und führte eine bewusst „österreichische“ Personalauswahl durch.¹³³²

Es bleibt unklar, worauf Dinghofer die Aufmerksamkeit Korefs im Lebenslauf Malzachers lenken wollte: Auf die deutschnationale Vergangenheit, die Mitgliedschaft in der Heimwehr oder die NS-Affinität des Managers? Oder auf alles zusammen? Im Oktober 1945 gelangte Malzacher jedenfalls in die Entnazifizierungsmaschinerie der US-Besatzungsbehörden: Zum Leidwesen von Koref und des oberösterreichischen Landeshauptmanns Gleißner wurde er verhaftet und zwei Jahre lang interniert. In die VÖEST kehrte er erst 1964 als Aufsichtsrat zurück.¹³³³

Die politischen Kontakte Dinghofers zu Gleißner und Koref, die vor allem Dinghofers Interessen hinsichtlich der Restituierung des Schöllergutes betrafen, sind in dem betreffenden Kapitel über das Schöllergut dokumentiert. Freilich wandte sich Dinghofer auch wegen der Kamig an SPÖ und ÖVP: Im Jahr 1950 lag im Finanzministerium eine Intervention des Vizekanzlers Adolf Schärf zu Gunsten Dinghofers auf.¹³³⁴ Auch Heinrich Gleißner war mit der Angelegenheit beschäftigt: In den Protokollbüchern des Büros des Landeshauptmanns lässt sich jedenfalls wegen des Gegenstands „Kamig-Aktien, Verwaltung über das Aktienpaket Dr. Franz Dinghofer bzw. Restitutionsangelegenheit zwischen Dinghofer und C. Müller, Berlin“ der Eingang mehrerer Schreiben des deutschen Kamig-Aktionärs Carl Müller und des österreichischen Aktionärs Otto Braun sowie des Bundesministeriums für Handel und Wiederaufbau nachweisen. Die dazugehörigen Akten haben sich nicht erhalten.¹³³⁵

Der im Jahr 1949 gegründete „Verband der Unabhängigen“ stellte eine Art Nachfolgepartei für die deutschnationalen Parteien der Ersten Republik dar. Tatsächlich fanden hier einige

¹³³¹ AStL, Akten Bürgermeister Koref, Sch. 51, Sch. 187, Malzacher an Koref, 22.10.1945; Tweraser, US-Militärregierung 2, 27–29 und 77.

¹³³² Tweraser, US-Militärregierung 2, 69–75; Rathkolb, Manager, 315–317.

¹³³³ Tweraser, US-Militärregierung 2, 75–79; Koref, Gezeiten, 330 f.

¹³³⁴ ÖGZ, NL 87, Eugen Margaretha, M23, Tagebuch 1.3.1950.

¹³³⁵ OÖLA, LH-Tagebuch Gleißner, Protokollbücher, 2159/1949.

Vertreter der Großdeutschen Volkspartei und des Landbundes eine neue Wirkungsstätte. Getragen wurde der VdU jedoch in erster Linie von vielen ehemaligen Nationalsozialisten.¹³³⁶ Dementsprechend war auch das Programm des VdU ausgerichtet, das vor allem auf Beseitigung der „Sühnefolgen“ für die früheren NS-Mitglieder sowie die Abschaffung der öffentlichen Verwalter hinauslief.¹³³⁷

Die alten, ehemaligen großdeutschen Politiker hielten sich bei der Gründung der neuen Partei zurück.¹³³⁸ Der 76-jährige Franz Dinghofer spielte bei der Entstehung des VdU offensichtlich keine Rolle und trat der neuen Partei auch vorerst nicht bei.¹³³⁹

Dinghofer exponierte sich allerdings im Jahr 1951 politisch, als er dem Komitee für die Wahl von Burghard Breitner zum Bundespräsidenten beitrug. Breitner galt als anerkannter Arzt, dessen guter Ruf durch die Betreuung von Kriegsgefangenen in Russland im Ersten Weltkrieg begründet worden war. Seit 1932 leitete er die Chirurgische Abteilung der Universitätsklinik Innsbruck. Zudem war er Präsident des Österreichischen Roten Kreuzes. Der Umstand, dass während der NS-Zeit in der Innsbrucker Klinik Zwangssterilisierungen vorgenommen worden waren, spielte in der Beurteilung seiner Person nach 1945 keine Rolle.¹³⁴⁰

Das Breitner-Komitee wurde gebildet, um die Unabhängigkeit und Überparteilichkeit des Kandidaten zu betonen. Politisch war Breitner freilich als Burschenschafter und als ehemaliges Mitglied der NSDAP leicht einzuordnen. Konsequenterweise wurde er gerade von VdU-Politikern unterstützt. Der VdU organisierte und finanzierte auch seinen Wahlkampf.¹³⁴¹ Dem Breitner-Komitee gehörten 44 Personen an, wobei Akademiker und ehemalige Funktionsträger stark vertreten waren. Neben Dinghofer zählte auch sein früherer großdeutscher Parteifreund Franz Langoth dazu. Die ÖVP versuchte die Breitner-Unterstützer öffentlich dadurch zu diskreditieren, dass von beinahe der Hälfte der Mitglieder des Komitees die Mitgliedschaft in der NSDAP bekanntgemacht wurde.¹³⁴² Breitners Antreten war durchaus erfolgreich: Er erzielte 15 Prozent der Stimmen. Besonders gut fiel sein Abschneiden in der Stadt Linz aus.¹³⁴³

Im Jahr 1951 verfasste Franz Dinghofer das Werk „Mahnung und Warnung. Ein Zeitbild 1951“.¹³⁴⁴ Offenbar hatte er ursprünglich eine längere Abhandlung oder auch andere Inhalte

¹³³⁶ Reiter, Die Ehemaligen, 121 und 125 f.

¹³³⁷ Höbelt, Vierte Partei, 251.

¹³³⁸ Ebenda, 73.

¹³³⁹ Vgl. Aufstieg und Fall des VdU. Der Name Franz Dinghofer scheint im Personenregister (ebenda, 341) überhaupt nicht auf.

¹³⁴⁰ Reiter, Die Ehemaligen, 150–152.

¹³⁴¹ Reiter, Die Ehemaligen, 150 f.

¹³⁴² Höbelt, Vierte Partei, 145 f.

¹³⁴³ Reiter, Die Ehemaligen, 151.

¹³⁴⁴ Privatarhiv Prof. Dr. Peter Avancini, Denkschrift Dinghofer (1951), 1–22.

im Auge gehabt. Jedenfalls wurde die Arbeit dem Titel kaum gerecht. Das in zwei Teile gegliederte maschinenschriftliche Werk besteht aus neun Seiten „Geschichtliches“, wobei die Geschichte des Schöllergutes allein schon vier Seiten einnimmt, und 13 Seiten über die Enteignung des Schöllergutes. Die Erklärung für diese Schwerpunktsetzung gab Dinghofer selbst:

„Ich hätte auch diese knappe Darstellung eines Teiles meines Lebens [Absetzung als OGH-Präsident] an dieser Stelle unterlassen, wenn nicht die auffallende stark persönliche Begründung der Rückstellungsoberkommission beim Oberlandesgerichte Linz in ihrer Entscheidung über die Frage der Rückstellung des Schöllergutes an die früheren Eigentümer, dieselbe erfordert hätte, woraus hervorgeht, dass wir immerhin auf ein Leben und eine Vergangenheit zurückblicken können, welche die Achtung aller objektiv eingestellten Kreise verdient.“¹³⁴⁵

Erhalten hat sich auch eine zweieinhalbseitige maschinenschriftliche Kurzfassung der Erinnerungen unter dem handschriftlichen Titel „Dr. Dinghofer: Denkschrift für seine Familie“. Nach dem Ende des Textes wurde noch handschriftlich hinzugefügt: „Verfasst zw[ischen] 1947 und 1953“. Auf die Darstellung der Geschichte und der Enteignung des Schöllergutes wurde hier verzichtet.¹³⁴⁶

Im Jahr 1953 richtete das im Oberösterreichischen Landesmuseum angesiedelte Institut für Landeskunde mehrere detaillierte Fragen an Dinghofer zu dessen Werdegang. Dinghofer antwortete wenige Tage später ausführlich auf diese Anfrage.¹³⁴⁷

Anlässlich des 80. Geburtstags von Franz Dinghofer begab sich Bürgermeister Ernst Koref im April 1953 persönlich zu dem Jubilar, um die Glückwünsche der Stadt Linz zu überbringen. Das Linzer Presseamt gab dazu die folgende Mitteilung heraus:

„Bürgermeister Dr. Koref, der derzeit zur Kur in Bad Ischl weilt, stattete dem Ehrenbürger und ehemaligen Bürgermeister der Stadt Linz, Präsident Dr. Franz Dinghofer, anlässlich seines achtzigsten Geburtstages am 6. d.M. in seiner Villa in Bad Ischl einen Besuch ab und sprach ihm im Namen der Stadtverwaltung die besten Wünsche für sein ferneres Wohlergehen aus. Präsident Dr. Dinghofer war in bester Stimmung und die beiden Herren verweilten längere Zeit in angeregtem Gespräch.“¹³⁴⁸

Auch ein Jahr später – zu Dinghofers 81. Geburtstag – besuchte eine Abordnung der Stadt Linz den früheren Bürgermeister, wofür dieser sich bei Koref herzlich bedankte:

„Ich weiß gar nicht, womit ich beginnen soll, um meinen Dank in richtiger Weise zum Ausdruck zu bringen. Jedenfalls danke ich Ihnen als dem Stadtoberhaupt in erster Linie für die lieben und herzlichen Wünsche, dann der hohen Auszeichnung, die mir durch den

¹³⁴⁵ Privataarchiv Prof. Dr. Peter Avancini, Denkschrift Dinghofer (1951), 8.

¹³⁴⁶ ÖGZ, PERS Dinghofer Dr. Franz, 1-3.

¹³⁴⁷ ÖGZ, PERS Dinghofer Dr. Franz, 9, Oö. Landesmuseum an Dinghofer, 13.3.1953; ebenda, 10-12, Dinghofer an Institut für Landeskunde, 11.4.1953.

¹³⁴⁸ AStL, Akten Bürgermeister Koref, Sch. 51, Dr. Franz Dinghofer, Büro Koref an Pressereferat, 7.4.1953.

persönlichen Besuch der Abordnung des Gemeinde- und Stadtrates zuteil wurde. Diese überbrachten nicht nur ehrende Grüße von Ihnen, sondern auch das Buch ‚Das ist Linz‘ mit Ihrer Widmung.“¹³⁴⁹

Franz Dinghofer trat schließlich 1953 – im Alter von 80 Jahren – dem VdU bei, zu einem Zeitpunkt, als die Partei schon starke Zerfallserscheinungen aufwies.¹³⁵⁰ Beim Gründungsparteitag der FPÖ im April 1956 wurde eine Gedenkminute wegen des Ablebens von Burghard Breitner abgehalten, aber nicht für Dinghofer, der im Jänner desselben Jahres an einem Leberleiden verstorben war.¹³⁵¹

Rezeption

Stimmen der Zeitgenossen

Eine Analyse der politischen Tätigkeit Dinghofers erfolgte bereits unmittelbar nach seinem Rücktritt als Justizminister. Das „Grazer Tagblatt“ charakterisierte im Juni 1928 den langjährigen Politiker wie folgt: „Er ist im Lager der Großdeutschen Volkspartei und im Parlament überhaupt eine der nicht allzu zahlreichen starken politischen Persönlichkeiten. Sein Scheiden aus der Politik ist daher, abgesehen von jeder Parteipolitik, ein Verlust. Das sei vorweg ausgesprochen.“¹³⁵²

Bereits die Zeitgenossen sahen in Dinghofer einen verdienstvollen Politiker „von großem Zuschnitt“, einen weitblickenden Mann und geborenen Taktiker, der bei bestehenden Differenzen immer wieder einen Ausgleich gefunden hat.¹³⁵³

Selbst das gegenüber Dinghofer stets kritisch eingestellte sozialdemokratische „Tagblatt“ fand im Juli 1928 für den wegen der „Affäre Béla Kun“ aus dem Amt geschiedenen Justizminister einige positive Worte:

„[...] man hätte dem Dr. Dinghofer, der doch immerhin ein Stück Ansehens zu verwirtschaften gehabt hat, wirklich einen anständigeren Abgang gewünscht. Dr. Dinghofer scheidet also nunmehr aus der österreichischen Politik. Was bleibt von seiner, von der großdeutschen Partei noch übrig? Man sehe sich sie nur an, wie sie es jetzt treiben! Sie haben den für jeden Demokraten, für jeden Europäer, für jeden anständigen Menschen selbstverständlichen Beschluss, den Chef einer gestürzten Regierung nicht den Henkern derer, die ihn gestürzt haben, auszuliefern, zum Vorwand genommen, Dinghofers Ministerportefeuille freizumachen.“¹³⁵⁴

¹³⁴⁹ AStL, Akten Bürgermeister Koref, Sch. 51, Dr. Franz Dinghofer, Dinghofer an Koref, 12.4.1954.

¹³⁵⁰ Höbelt, Vierte Partei, 73. Zu den Auflösungserscheinungen vgl. Reiter, Die Ehemaligen, 159 f.; Höbelt, Vierte Partei, 161.

¹³⁵¹ Reiter, Die Ehemaligen, 152; Mayrhofer, Dinghofer Diss., 13.

¹³⁵² Grazer Tagblatt, 27.6.1928, 1 f.

¹³⁵³ ÖGZ, PERS Dinghofer Dr. Franz, 17–19, Würdigung Dinghofers, Herbst 1928.

¹³⁵⁴ Tagblatt, 7.7.1928, 2.

Freilich wurde von der zeitgenössischen Presse auch die enge Anlehnung der Großdeutschen Volkspartei an die Christlichsozialen festgestellt. Dieser Kurs sei Dinghofer, der mit dem christlichsozialen Parteiführer Seipel freundschaftlich verbunden sei, in großdeutschen Parteilagen verübelt worden.¹³⁵⁵

Sein ehemaliger großdeutscher Parteilage Franz Langoth ging auf Dinghofer in seinen im Jahr 1951 veröffentlichten Memoiren kurz ein und sah in ihn „eine politische Persönlichkeit, die nicht nur bei seinen Parteilagen, sondern weit darüber hinaus großes Ansehen genöß“.¹³⁵⁶

Nach Dinghofers Ableben im Jänner 1956 kondolierte der sozialdemokratische Bürgermeister Ernst Koref der Witwe und bedauerte, am Begräbnis wegen einer schweren Venenentzündung selbst nicht teilnehmen zu können.¹³⁵⁷ In Stellvertretung des Bürgermeisters hielt Vizebürgermeister Theodor Grill die Grabrede im Linzer Barbara-Friedhof:

„Und so wie die Linzer diesen ihren Bürgermeister und Ehrenbürger nicht vergaßen, als er zu anderen Aufgaben berufen worden war, so wenig werden sie ihn jetzt, da er von uns gegangen ist, vergessen. Sein Name steht nicht nur im Ehrenbuch der Stadt Linz, sondern er lebt fort in den Werken, die er zum Wohle der Stadt geschaffen hat.“¹³⁵⁸

Im Linzer Amtsblatt erschien eine Traueranzeige der Stadt Linz:

„Die Landeshauptstadt Linz hat das unermüdliche und verdienstvolle Wirken Doktor Dinghofers durch Verleihung der Ehrenbürgerschaft und Benennung einer Straße gewürdigt. Gemeinderat und Magistrat der Landeshauptstadt Linz werden dem Verstorbenen stets ein ehrendes Angedenken bewahren.“¹³⁵⁹

Der Höhepunkt des offiziellen Gedenkens der Stadt Linz an den verstorbenen Altbürgermeister war die Trauerrede von Ernst Koref im Gemeinderat. Der Linzer Bürgermeister bezeichnete Dinghofer als „eine der prominentesten Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens in der Zeit vor dem Ersten Weltkrieg, während des Ersten Weltkrieges und in den Jahren nach dem Ersten Weltkrieg“. Er fasste die Tätigkeit des Verstorbenen in öffentlichen Funktionen zusammen:

„Dr. Dinghofer, seines Berufes Richter, hat sich in jungen Jahren dem öffentlichen Leben zugewendet; er wurde Mitglied des Gemeinderates der oberösterreichischen Landeshauptstadt und ist dann alsbald zum Bürgermeister gewählt worden. Er stand 11 Jahre

¹³⁵⁵ Grazer Tagblatt, 27.6.1928, 1 f.

¹³⁵⁶ Langoth, Kampf um Österreich, 55. Zu den Erinnerungen Langoths vgl. Schuster, Deutschnational, bes. 254: „Von der Geschichtsklitterung im nationalsozialistischen Sinne abgesehen, erweisen sich Langoths Memoiren bezüglich der darin angesprochenen Darstellungen und Fakten als relativ verlässlich.“

¹³⁵⁷ AStL, Akten Bürgermeister Koref, Sch. 51, Dr. Franz Dinghofer, Koref an Cäcilie Dinghofer, 14.1.1956.

¹³⁵⁸ Ebenda, Grabrede Grill für Dinghofer, 19.1.1956.

¹³⁵⁹ AStL, Gemeinderatskartei, Franz Dinghofer, Amtsblatt Linz, 16.1.1956.

hindurch diesem Gremium vor und hat in der Stadt Linz außerordentlich verdienstvoll gewirkt. Nach dem Zusammenbruch der Monarchie wurde er dann einer der drei Präsidenten der provisorischen Nationalversammlung und anschließend einer der Präsidenten des Nationalrates. Daß das sehr verantwortungsvolle und – in jener Zeit – besonders schwierige Ämter gewesen sind, darüber sind wir uns alle klar. Dr. Dinghofer ist dann auch eine Zeitlang als Vizekanzler bzw. als Justizminister Mitglied der Regierung gewesen und war zum Schluß Präsident des Obersten Gerichtshofes. Wo immer Dr. Dinghofer, der ein treuer Sohn seiner Heimat gewesen und geblieben ist, stand, hat er seine Pflichten in vorbildlicher Weise erfüllt. Wir haben am Grabe des Ehrenbürgers der oberösterreichischen Landeshauptstadt einen Kranz niedergelegt und Herr Bürgermeister-Stellvertreter Grill hat ehrende Worte für Dr. Dinghofer gesprochen. Ich darf hier namens des Gemeinderates die Versicherung abgeben, daß wir den Verstorbenen über das Grab hinaus ein treues, dankbares Andenken bewahren werden.“¹³⁶⁰

Zeitgeschichtsforschung

Der Historiker Adam Wandruszka beschäftigte sich im Jahr 1954 im Rahmen des Buchprojekts „Geschichte der Republik Österreich“ mit der Entwicklung der politischen Parteien in Österreich. Er prägte den Begriff der „drei großen Lager“: das christlichsoziale-konservative, das sozialistische und das „nationale“ Lager. „Diese Gliederung hat sich über alle Umwälzungen hinweg als derartig stabil erwiesen, daß man mit Recht von einer ‚natur- oder gottgewollten Dreiteilung Österreichs‘ sprechen konnte.“¹³⁶¹

Wandruszka charakterisierte die Spitzenpolitiker der Großdeutschen Volkspartei wie folgt:

„Ihre Führer, sachlich-farblose Bürokraten, sprachen die Phantasie der breiten Massen nicht an und wurden durch die scharf profilierte Gestalt des Regierungschefs Seipel immer mehr in den Hintergrund gedrängt. Die Frank, Waber, Dinghofer, Schürff, Wotawa und wie sie alle hießen, waren gewiß Ehrenmänner, die alle ihnen anvertrauten Aufgaben mit Gewissenhaftigkeit und Sachkenntnis durchführten; bedeutende Politiker oder gar populäre Volksführer waren sie nicht.“¹³⁶²

Diese Beschreibung der großdeutschen Spitzenpolitiker durch Wandruszka fand sich fortan so oder ähnlich auch in anderen wissenschaftlichen Arbeiten. In der Dissertation von Isabella Ackerl über die Großdeutsche Volkspartei liest man die Feststellung, dass die Großdeutschen „immer sehr brave, pflichtbewußte, aber nie hervorragende Politiker von großem Format in ihren Reihen hatten“.¹³⁶³ Auch Thomas Dostal kam zu einem ähnlichen Schluss:

„Die großdeutschen Parteiführer stellten insgesamt gesehen keine bedeutenden Politiker oder gar populäre charismatische Persönlichkeiten dar. Vielmehr waren sie teils sachlich-

¹³⁶⁰ AStL, GRP, Sitzung vom 30.1.1956, fol. 5 f.

¹³⁶¹ Wandruszka, Politische Struktur, 291.

¹³⁶² Ebenda, 394. Vgl. ebenso Wandruszka, Nationales Lager, 291 f.

¹³⁶³ Ackerl, Großdeutsche Volkspartei, 315.

farblose Bürokraten, teils gutbürgerliche Provinzpolitiker, die allesamt nicht die Phantasie der breiten Massen ansprechen konnten.“¹³⁶⁴

Die Charakterisierung Dinghofers (neben anderen großdeutschen Spitzenpolitikern) durch den Historiker und späteren renommierten Universitätsprofessor für österreichische Geschichte Adam Wandruszka war offenbar so prägend, dass auch die spätere Forschung darauf Bezug nahm.¹³⁶⁵ An Wandruszkas Beschreibung mutet jedoch besonders die Feststellung seltsam an, dass die großdeutschen Politiker keine „populären Volksführer“ gewesen seien. Der Gebrauch dieses Begriffs, der für Wandruszka offenbar besonders positiv, nämlich als Steigerung für „bedeutende Politiker“ besetzt war, wirkt vor allem aus der Perspektive des Jahres 1954 – keine zehn Jahre nach Ende der NS-Diktatur – eher befremdlich. Wandruszka selbst war vor 1945 als frühes österreichisches Mitglied der SA und der NSDAP einer nicht-demokratischen Ideologie angehängen.¹³⁶⁶ Angesichts dieser Tatsache ist das von ihm postulierte Ideal des „populären Volksführers“, das Dinghofer in der demokratischen Ersten Republik zweifellos nicht repräsentierte, wohl kritisch zu hinterfragen.

Im 1953 erschienenen „Linzer Bürgermeisterbuch“ von Georg Grüll ist eine knappe Darstellung der Lebensdaten und Funktionen enthalten, allerdings keine besondere Charakterisierung der Person Dinghofers.¹³⁶⁷

Ein umfassendes Bild von Dinghofer lieferte Fritz Mayrhofer in seiner Dissertation im Jahr 1968, die im Historischen Jahrbuch der Stadt Linz 1969 in gedruckter Form erschien.¹³⁶⁸ Eine Kurzfassung der Biographie wurde 1981 in der Reihe „Lebensbilder zur Geschichte Oberösterreichs“ herausgegeben.¹³⁶⁹ Mayrhofer sah in Dinghofer einen Mann der „politischen Mitte“¹³⁷⁰:

„Sein Handeln und politisches Denken war vielfach noch vom altösterreichischen Beamtenstand her bestimmt, aus dem er als Richter kam. Sauberkeit in der Amtsführung und die Voranstellung der Staatsinteressen vor das Parteiinteresse zählten zu seinen obersten Prinzipien. Diese beiden Vorzüge paarten sich mit einem ausgezeichneten Organisations-talent und politischem Weitblick. Im Parlament zählte Dinghofer zu den nicht gerade allzu

¹³⁶⁴ Dostal, Großdeutsche Volkspartei, 152.

¹³⁶⁵ Zu Wandruszkas Laufbahn als akademischer Lehrer siehe Fellner/Corradini, Österreichische Geschichtswissenschaft, 438 f., sowie Fellner, Nachruf Wandruszka, 443–450.

¹³⁶⁶ Vgl. Appelt/Reiterer, Dorn im Auge, 99–101; BArch Berlin, NSDAP-Gaukartei, Adam Wandruszka.

¹³⁶⁷ Grüll, Bürgermeisterbuch (1. Aufl.), 112 f.; ders., Bürgermeisterbuch (2. Aufl.), 116 f.

¹³⁶⁸ Mayrhofer, Dinghofer Diss.; ders., Dinghofer.

¹³⁶⁹ Mayrhofer, Franz Dinghofer.

¹³⁷⁰ Mayrhofer, Dinghofer, 136.

zahlreich vorhandenen ‚starken politischen Persönlichkeiten‘. Seine Reden und Verhandlungen zeichnete Sachlichkeit aus. Sein stetes Bemühen ging dahin, ausgleichend auf die Gegenseite zu wirken.“¹³⁷¹

Der Autor charakterisierte Dinghofer auch wie folgt: „Dinghofer war ein Mann der ‚Mitte‘, der vom politischen Gegner geachtet wurde. Seine vermittelnde Art und seine Auffassung über das politische Amt vermochte sich angesichts der zunehmenden Radikalisierung im politischen Leben immer weniger durchzusetzen.“¹³⁷² Und weiters: „Sicher beherrschte Dinghofer die Kunst der Massenbeeinflussung nicht in jenem Grad wie die Führer der beiden Großparteien. In vielen Fällen dachte er zu real und zu wenig politisch.“¹³⁷³ Mayrhofer war – auf Basis der im Jahr 1968 zur Verfügung stehenden Quellen – noch zum Schluss gekommen: „Daher machte er auch nicht mehr den Schritt zum Nationalsozialismus, wie viele seiner ehemaligen Parteikollegen, mit.“¹³⁷⁴

Der Doyen der oberösterreichischen Zeitgeschichtsforschung, Harry Slapnicka, stellte im Jahr 1976 u.a. zu Dinghofer fest: „Dem gemäßigten Flügel seiner Partei zugehörig, kam er in ein Nahverhältnis zu Seipel und dessen Politik, was schließlich zu einer Vertrauenskrise in seiner Partei und zum Sturz als Minister führte.“¹³⁷⁵

Im Jahr 1987 veröffentlichte Slapnicka ein rund 30-seitiges Lebensbild Dinghofers, das eine Ergänzung bisheriger Arbeiten darstellte und im Jahr 2010 ohne Veränderungen neu herausgegeben wurde.¹³⁷⁶ Slapnicka, der wohl so viele Biographien oberösterreichischer Politiker wie kein anderer Autor verfasst hatte, kam zu folgender Analyse:

„Soll einer ein ‚großer‘ Politiker werden, so gibt es eine Reihe von Rezepten, die rasch aufgezählt, aber schwer realisierbar sind. Er muss vor allem jung beginnen. Das geht meist nicht ohne gute und vertraute Freunde. Denn ein junger Mann und junger Politiker braucht einen Vertrauensvorschuss. Dann muss, immer und immer wieder, dieses Vertrauen neu erkämpft und neu bestätigt werden. Durch Fleiß und Ideen, durch Ideen und Fleiß. Und er muss wissen – und das scheint das Schwerste zu sein – wann er abzutreten hat. Alle diese Voraussetzungen werden bei Dinghofer im Wesentlichen erfüllt.“¹³⁷⁷

Slapnickas Bewertung von Dinghofer als Politiker fiel durchaus positiv aus:

„War Dinghofer der ‚radikale Antisemit‘, als den er sich selbst in jungen Jahren bezeichnete? Der Historiker wird diesen Ausspruch eher einschränken oder nur auf wenige Jahre beschränken müssen. Dinghofer hatte in der Stadt Linz die Zusammenarbeit mit Bürgern aller politischen Gruppen gelernt; er hat sie nach 1918 im größeren Rahmen praktiziert. Als einstigem Richter und späteren Politiker bedeutete ihm Rechtsstaatlichkeit gleichermaßen

¹³⁷¹ Mayrhofer, Dinghofer Diss., 195.

¹³⁷² Mayrhofer, Franz Dinghofer, 198.

¹³⁷³ Ebenda, 197.

¹³⁷⁴ Mayrhofer, Dinghofer Diss., 196. Gleichlautend noch 1996 Dvorak, Dinghofer, 205 f.

¹³⁷⁵ Slapnicka, Politische Führungsschicht 1918–1938, 64.

¹³⁷⁶ Slapnicka, Dinghofer (1987 und 2010).

¹³⁷⁷ Slapnicka, Dinghofer (2010), 15.

viel wie Demokratie. Sein Weg der politischen Mitte brachte ihm manche persönliche Schwierigkeit, machte gleichzeitig den entscheidenden Faktor in der Wertung Dinghofers und seines Wirkens für die letzten Jahre der Monarchie und fast für die ganze Zwischenkriegszeit aus.“¹³⁷⁸

Slapnicka lieferte 1987 auch noch ein wichtiges biographisches Detail: „Später soll Dinghofer der NSDAP beigetreten sein, ohne irgendwann aktiv in Erscheinung getreten zu sein.“¹³⁷⁹ Für Lothar Höbelt waren großdeutsche Politiker wie Franz Dinghofer, Leopold Waber und Hans Schürff „Pragmatiker in der Zwischenkriegszeit“.¹³⁸⁰

Michael John zeichnete im Jahr 2000 ein differenziertes Bild Dinghofers:

„Zur selben Zeit amtierte in Wien mit Dr. Karl Lueger ein populistischer, christlichsozialer Antisemit und in Linz mit Dr. Franz Dinghofer ein deutschnationaler Antisemit, dessen Amtsführung jedoch als elitär und moderat angesehen werden muß; akzeptiert wurde er in dem Konglomerat diverser nationaler Gruppen und Mandatare der oberösterreichischen Landeshauptstadt wohl nur deswegen, weil er eine Integrationsfigur darstellte.“¹³⁸¹

Und weiters: „Daß er auch politisch zuwenig Radikalität zeigte, wurde ihm innerparteilich tatsächlich zum Verhängnis.“¹³⁸²

Die wirtschaftswissenschaftliche Diplomarbeit von Stefan Höpoltzeder aus dem Jahr 2012 hatte die Geschichte des Kaolinabbaus in Österreich und des oberösterreichischen Familienbetriebs „Kamig“ zum Inhalt. Der Name Dinghofer wurde nur im Zusammenhang mit der Gründung des Unternehmens und in Bezug auf die Hauptaktionäre der 1920er und 1930er Jahre erwähnt.¹³⁸³ Die Arisierung der Kamig war darin kein Thema.¹³⁸⁴

In einem Aufsatz wies Stefan Wedrac 2014 auf die Diskrepanz hin, dass sich Dinghofer 1938 offiziell „freiwillig“ in den Ruhestand versetzen hatte lassen, aber nach 1945 als Rehabilitationsfall gegolten hatte. Letzteres sei – so Wedrac – ein Hinweis dafür, dass Dinghofer doch nicht freiwillig aus dem Amt geschieden sei.¹³⁸⁵

Im Jahr 2011 wurde durch eine Publikation des Archivs der Stadt Linz bekannt, dass Dinghofer sowohl in der Zentralkartei wie auch in der Gaukartei der NSDAP als Parteimitglied mit

¹³⁷⁸ Slapnicka, Dinghofer (1987), 32.

¹³⁷⁹ Ebenda, 28.

¹³⁸⁰ Höbelt, Kornblume, 276.

¹³⁸¹ John, Bevölkerung in der Stadt, 402. Vgl. auch John, Jüdische Bevölkerung, 1318 f.: „Der deutschnationale Linzer Bürgermeister Franz Dinghofer äußerte sich in der Öffentlichkeit durchaus antisemitisch, privat teilte er mit einem jüdischen Geschäftspartner eine Loge im Wiener Burgtheater.“

¹³⁸² John, Bevölkerung in der Stadt, 419.

¹³⁸³ Höpoltzeder, 32 und 34.

¹³⁸⁴ Auf die Arisierung des Unternehmens kann höchstens indirekt geschlossen werden (vgl. Höpoltzeder, Kamig, 34): „Für die Dauer des Zweiten Weltkrieges musste der Aktienbesitz in die Verwaltung des Staates gelegt werden und die Geschäftsräume von Linz nach Wien, Hansenstraße 4–6, übersiedeln.“

¹³⁸⁵ Wedrac, Richter des Obersten Gerichtshofes, 157.

dem Aufnahmedatum 1. Juli 1940 aufscheint.¹³⁸⁶ Ein weiteres Faktum konnte 2019 durch eine andere Publikation des Archivs der Stadt Linz dem Lebenslauf Dinghofers hinzugefügt werden, nämlich dass er bei der Arisierung des Bergbauunternehmens „Kamig“ eine Schlüsselrolle eingenommen hatte.¹³⁸⁷ Bereits in seinem Vortrag bei der außerordentlichen Sitzung des Linzer Gemeinderats anlässlich der „Neukonstituierung des Gemeinderates vor 100 Jahren“ hatte der Autor im November 2018 auf beide Umstände – NSDAP-Mitgliedschaft und Arisierung – in Dinghofers Biographie hingewiesen.¹³⁸⁸

Im März 2019 erschienen Berichte in Medien, die die weitgehend unkritische ORF-Dokumentation über Dinghofer, die im Februar desselben Jahres ausgestrahlt worden war, ebenso thematisierten wie die Mitgliedschaft in der NSDAP, die durch Recherchen des Mauthausen-Komitees und des Netzwerks gegen Rassismus und Rechtsextremismus offenbar geworden sei.¹³⁸⁹

Im Mai 2019 publizierte Roman Sandgruber in der Beilage „Spectrum“ der Tageszeitung „Die Presse“ unter dem Titel „Die Kamig und ihr Ariseur“ einen Artikel über Dinghofer. Sandgruber zeigte das seiner Meinung nach falsche Bild des Politikers in der Öffentlichkeit auf:

„Die FPÖ ist auf der Suche nach einem herzeigbaren politisch unbelasteten Vorfahren und Mentor und glaubt, ihn in Franz Dinghofer gefunden zu haben: mit einem Franz-Dinghofer-Institut als Denkwerkstatt und einer jährlich vergebenen Franz-Dinghofer-Medaille als Parteiauszeichnung. Auch der ORF hat ihm anlässlich des Gedenkjahres ‚100 Jahre Republik‘ eine Dokumentation gewidmet. Die dafür interviewten Journalisten, Parteihistoriker und Altpolitiker feierten ihn unisono als Mann der Mitte, österreichischen Patrioten, aufrechten Demokraten, Baumeister der Republik und Mix aus österreichischem Beamten und fortschrittlichem Politiker.“

Neben der NSDAP-Mitgliedschaft wies Sandgruber erstmals auch auf die „Verhandlungen“ Dinghofers mit dem Kamig-Mehrheitsaktionär Paul Götzl hin, die während der Gestapohaft Götzls stattgefunden hatten.¹³⁹⁰

Die Replik auf Sandgrubers Artikel wurde 2020 in der Publikation des Franz-Dinghofer-Instituts „100 Jahre Verfassung – 10 Jahre Dinghofer-Institut“ publiziert. Kernpunkt war darin ein Beitrag von Christian Neschwara, in dem dieser die Aussagen Sandgrubers den Ausführ-

¹³⁸⁶ Schuster, Eliten, 62.

¹³⁸⁷ Schuster, Aecht Franck, 100 f.

¹³⁸⁸ AStL, GRP, außerordentliche Sitzung vom 16.11.2018, Text des Vortrags von Walter Schuster.

¹³⁸⁹ Vgl. z.B. Der Standard online, „Mauthausen-Komitee kritisiert Dinghofer-Doku, 14.3.2019, <https://www.derstandard.at/story/2000099535006/mauthausen-komitee-kritisiert-dinghofer-doku-nazi-als-baumeister-der-republik> (28.7.2022).

¹³⁹⁰ Roman Sandgruber, Die Kamig und ihr Ariseur, in: Die Presse, Spectrum, 4.5.2019. Der Zeitungsartikel Sandgrubers fand auch Eingang in die wissenschaftliche Literatur (vgl. Huber/Erker/Taschwer, Deutscher Klub, 98).

rungen des Enkels Dinghofers, Peter Avancini, im vollen Wortlaut gegenüberstellte und seinen Kommentar dazu abgab. Avancini betonte unter anderem die vorzeitige Ruhestandsversetzung Dinghofers – regulär hätte er erst Ende 1938 in Pension gehen müssen – und die Mitteilung der Justizstellen nach 1945, wonach die Ruhestandsversetzung 1938 aus politischen Gründen erfolgt sei. Bei der Enteignung von Dinghofers Schöllergut sei der eigentliche Enteignungszweck verfehlt worden, was der österreichische Verfassungsgerichtshof letztendlich festgestellt habe. Insgesamt wurden aus diesem Beitrag die unterschiedlichen Meinungen hinsichtlich Dinghofers Antisemitismus und seiner Einstellung zum Nationalsozialismus offenbar.¹³⁹¹ In derselben Publikation des Dinghofer-Instituts finden sich noch mehrere Beiträge zu Dinghofer, wobei eine eingehendere Analyse der Tätigkeit des Politikers vor allem Lothar Höbelt lieferte.¹³⁹²

Dinghofer wird auch noch in der jüngeren zeitgeschichtlichen Forschung positiv erwähnt: Etwa wenn er – neben anderen wie Karl Renner, Otto Bauer oder Heinrich Lammasch – zu jenen konsensorientierten Politikern gerechnet wird, die unmittelbar nach dem Ersten Weltkrieg eine geradlinige politische Konsolidierung Österreichs ermöglicht haben.¹³⁹³

Zusammenfassung und Schlussbetrachtung

Franz Dinghofer startete seine politische Karriere 1901 im Alter von 28 Jahren mit der Übernahme eines Mandats im Gemeinderat der Landeshauptstadt Linz. Bereits sechs Jahre später wurde er zum Bürgermeister gewählt. Er erwies sich als vorausschauendes, gewissenhaftes und für Neuerungen aufgeschlossenes Stadtoberhaupt. Besonders während der Zeit des Ersten Weltkriegs war er bestrebt, die Defizite der staatlichen Lebensmittelversorgung für die Linzer Bevölkerung auszugleichen. Seine Leistungen und Verdienste als Bürgermeister wurden von allen politischen Parteien anerkannt.

Im Unterschied zu seinen Parteikollegen Carl Beurle und Gustav Eder tat sich Dinghofer nicht mit einer betont antisemitischen Politik hervor, ließ aber – wie andere prominente deutschnationale und christlichsoziale Politiker auch – mitunter antisemitische Aussagen in seine Reden einfließen.¹³⁹⁴

¹³⁹¹ Neschwara, Rechtfertigung, 15–46. In diesem Zusammenhang siehe auch Neschwara, Gedenken, 11 f.

¹³⁹² Höbelt, Anmerkungen, 62–75. Weiters in diesem Band: Rainer, Spuren, 56–61; Brauneder, Staatsmann, 76–85; Ofner, Dinghofer, 86–92; Achatz, Dinghofer als Kommunalpolitiker, 48–54.

¹³⁹³ Murber, Staatswerdung, 201, beruft sich auf Moos, Habsburg post mortem, 80, der allerdings Dinghofer in diesem Zusammenhang nicht erwähnt und nur Lammasch, Renner, Bauer und Ignaz Seipel als Beispiele anführt.

¹³⁹⁴ Zum Antisemitismus von Beurle und Eder siehe die Biographien von Marcus Gräser und Maria Altrichter im Straßennamenbericht der Stadt Linz.

In der Ersten Republik übte Dinghofer zehn Jahre lang höchste Funktionen im Parlament und in der Bundesregierung aus. Als einer der drei Präsidenten der Provisorischen Nationalversammlung und des Staatsrates war er in der Anfangsphase der Republik auch einer der Repräsentanten der höchsten Regierungsgewalt. Als dritter Präsident der Konstituierenden Nationalversammlung und des Nationalrates sowie als Klubobmann verfügte er über hohe Ämter im parlamentarischen Betrieb. Eine besondere Verankerung des großdeutschen Parlamentariers in der Parteiorganisation erfolgte nicht, was offenbar auch dazu führte, dass er mit Parteiangelegenheiten nur wenig befasst war. Maßgeblich war Dinghofer am Zustandekommen des Koalitionsbündnisses mit der Christlichsozialen Partei beteiligt, das ab 1922 zehn Jahre lang die österreichische Politik prägte. Insbesondere sein Verhältnis zum christlichsozialen Parteiführer Ignaz Seipel gestaltete sich sehr vertrauensvoll und freundschaftlich.

Antisemitische Aussagen Dinghofers aus der Zwischenkriegszeit sind kaum bezeugt. Er pflegte auch privaten Umgang mit jüdischen Bekannten und schrieb wiederholt Artikel in „jüdischen“ Zeitungen, wofür er von großdeutschen Parteifunktionären kritisiert wurde. Nach seinem von der eigenen Partei erzwungenen Ausscheiden aus der Politik, weil er sich als Justizminister geweigert hatte, den jüdischen Revolutionär Béla Kun an Ungarn auszuliefern, übernahm er im Jahr 1928 den Posten des Präsidenten des Obersten Gerichtshofs.

Eine positive Einstellung Dinghofers zum aufstrebenden Nationalsozialismus Hitlerscher Ausrichtung kann weder in seiner aktiven Zeit als Politiker noch in seiner Eigenschaft als Präsident des Obersten Gerichtshofs bezeugt werden.

Dinghofers Verhalten während der NS-Zeit war zwiespältig: Er konnte 1938 mit keinen Leistungen und Verdiensten für den Nationalsozialismus aufwarten. Im Gegenteil: Durch seine Tätigkeit als Präsident des Obersten Gerichtshofs, die er vor dem „Anschluss“ nicht im Sinne der Nationalsozialisten ausgeübt hatte, erschien er manchen NS-Funktionären untragbar. Dies führte dazu, dass er sich vorzeitig in den Ruhestand zurückziehen musste. An dem Faktum, dass er aus politischen Gründen pensioniert worden war, ist nicht zu zweifeln.

Auch eine zweite Sache ist anzuführen, durch die Dinghofer Nachteile während der nationalsozialistischen Herrschaft erlitten hatte. Das seit Jahrhunderten im Eigentum der Familie seiner Ehefrau befindliche, 28,5 Hektar große Schöllergut mitten in Linz wurde für die Zwecke der „Reichswerke Hermann Göring“ bzw. ihrer Wohnbaugesellschaft WAG enteignet. Sowohl die Umstände und das Ausmaß des enteigneten Grundbesitzes als auch die dafür vorgesehene Entschädigungszahlung waren wohl härter, als anderen, vergleichbaren Eigentümern zugemutet wurde. Auch die Tatsache, dass nur ein Teil des Dinghofer-Gutes dem Enteignungszweck gemäß Verwendung fand, zeugt vom unangemessenen Druck der NS-Behörden in diesem Fall.

Auf der anderen Seite suchte Dinghofer offensichtlich den Anschluss an den Nationalsozialismus, was durch seinen Eintritt in die NSDAP mit 1. Juli 1940 – Dinghofer war zu diesem Zeitpunkt bereits 67 Jahre alt – dokumentiert wird.

Wohl schwerer als seine Parteimitgliedschaft wiegt, dass er maßgeblich an der Arisierung des Bergbauunternehmens „Kamig“ beteiligt war. Auch wenn es klare Hinweise dafür gibt, dass die Arisierung nicht von ihm persönlich ausging und er auch in die Preisfestsetzungen mit den jüdischen Eigentümern nicht eingebunden war, stellte er sich in den Dienst der Sache. Nach außen war er es, der die Aktien kaufte und dann auf Weisung der Vermögensverkehrsstelle die Arisierung gemeinsam mit dem Kamig-Management formal korrekt abwickelte. Einer der drei jüdischen Haupteigentümer der Kamig, Rudolf Illner, konzedierte Dinghofer nach 1945, im Jahr 1938 nur „unbewusst“ „Fehler gemacht zu haben“. Die Optik während des „Verkaufsvorganges“ war zumindest im Falle eines anderen Eigentümers, Paul Götzl, denkbar schlecht, führte doch Dinghofer die „Verhandlungen“ mit ihm während dessen Gestapohaft. Durch den Kauf und Weiterverkauf der arisierten Aktien konnte Dinghofer seinen eigenen Aktienbestand deutlich vermehren und zog in der NS-Zeit wohl auch aus den Transaktionen finanzielle Vorteile.

Auch in eine zweite Arisierung war er involviert: Im Oktober 1939 kaufte das Ehepaar Dinghofer das Haus Taborstraße 9 in Wien vom jüdischen Ehepaar Fahrer, das sich zu diesem Zeitpunkt bereits in der Emigration befand. Die Transaktion wurde an Stelle des Eigentümers und der Eigentümerin von einem Realitätenvermittler durchgeführt. Auf Grund der schlechten Quellenlage konnte nicht festgestellt werden, ob Dinghofer die Eheleute gekannt hatte. Es scheint eher so, dass er den Hauskauf durchführte, weil sich das Objekt zum Verkauf am Markt befand. Freilich tätigte er den Kauf im vollen Bewusstsein, jüdisches Eigentum zu erwerben.

Die Enteignung des Schöllergutes wurde nach 1945 in vollem Umfang bestätigt, wohingegen Dinghofer die während der NS-Zeit erworbenen Kamig-Aktien und auch das Haus an der Taborstraße wieder zurückstellen musste. Während er zweifellos durch die Enteignung seines Schöllergutes trotz der Entschädigungszahlungen finanzielle Nachteile erfuhr, ist kaum nachvollziehbar, ob und wie sehr er letztendlich Vor- oder Nachteile aus den Transaktionen und Besitzwechseln mit den jüdischen Eigentümern gezogen hat. Dass die Situation der betroffenen jüdischen Geschädigten, von denen die meisten neben anderen Repressalien große finanzielle Einbußen erlitten und ihre Heimat verloren hatten, auch nach dem Ende der NS-Herrschaft wesentlich schlechter war als seine eigene, ist offensichtlich.

Dinghofers Haltung während der NS-Zeit war die eines Opportunisten und Mitläufers.¹³⁹⁵ Nach 1945 war ihm – im Zusammenhang mit der Enteignung des Schöllergutes – bewusst, dass das nationalsozialistische Deutsche Reich kein Rechtsstaat gewesen war. Trotzdem konnte er nur wenig Empathie gegenüber den jüdischen Opfern des NS-Staates aufbringen. Diese Sichtweise teilte er wohl mit dem Großteil der österreichischen Bevölkerung.¹³⁹⁶

Franz Dinghofer erwarb sich durch seine 27-jährige politische Tätigkeit als Bundes- und Kommunalpolitiker große Verdienste. Während der NS-Diktatur musste er einige Nachteile hinnehmen, die ihm die nationalsozialistischen Behörden auferlegt hatten. Insgesamt war jedoch sein Agieren in der Zeit des Nationalsozialismus stark von Opportunismus geprägt. Speziell dieses Verhalten gereichte einem Mann, der zuvor höchste Staatsämter in der demokratischen Republik Österreich innegehabt hatte, nicht zur Ehre.

Literatur

25 Jahre WAG = 25 Jahre Wohnungsaktiengesellschaft Linz. Hrsg. von der Wohnungsaktiengesellschaft Linz. Linz 1963.

40 Jahre WAG = 40 Jahre WAG Wohnungsaktiengesellschaft Linz. Hrsg. von der Wohnungsaktiengesellschaft Linz. Linz 1978.

100 Jahre Verfassung – 10 Jahre Dinghofer-Institut = 100 Jahre Verfassung – 10 Jahre Dinghofer-Institut. Symposiumsbeiträge 2010–2019. Hrsg. von Franz-Dinghofer-Institut und Christian Neschwara. Graz 2020.

Ackerl, Großdeutsche Volkspartei = Isabella Ackerl, Die Großdeutsche Volkspartei 1920–1934. Ungedr. Phil. Diss. Wien 1967.

Ackerl, Kampfbündnis = Isabella Ackerl, Das Kampfbündnis der NSDAP mit der Großdeutschen Volkspartei vom 15. Mai 1933. In: Vom Justizpalast zum Heldenplatz. Studien und Dokumentationen 1927 bis 1938. Hrsg. von Ludwig Jedlicka und Rudolf Neck. Wien 1975, 121–128.

Ackerl, Nationale Mehrheitsparteien = Isabella Ackerl, Der 15. Juli 1927 und die „nationalen“ Mehrheitsparteien. In: Die Ereignisse des 15. Juli 1927. Hrsg. von Rudolf Neck und Adam Wandruszka. Wien 1979, 169–177.

Albrich, Vom Antijudaismus zum Antisemitismus = Thomas Albrich, Vom Antijudaismus zum Antisemitismus in Österreich. Von den Anfängen bis Ende der 1920er Jahre. In: Antisemitismus in Österreich 1933–1938. Hrsg. von Gertrude Enderle-Burcel und Ilse Reiter-Zatloukal. Wien 2018, 37–60.

Achatz, Dinghofer als Kommunalpolitiker = Hans Achatz, Franz Dinghofer als Kommunalpolitiker. In: = 100 Jahre Verfassung – 10 Jahre Dinghofer-Institut. Symposiumsbeiträge 2010–2019. Hrsg. von Franz-Dinghofer-Institut und Christian Neschwara. Graz 2020, 48–54.

Altmüller, Eingemeindungen = Rudolf Peter Altmüller, Die Linzer Eingemeindungen. Linz 1965.

¹³⁹⁵ Vgl. allgemein Graf-Stuhlhofer, Opportunisten, 152.

¹³⁹⁶ Siehe z.B. Schuster, Deutschnational, 289–295, sowie die dort angeführte Literatur.

- Amtskalender 1934–1938 = Oberösterreichischer Amtskalender Der Oberösterreicher. Auskunfts- und Geschäftshandbuch für das Jahr 1934–1938. Linz 1933–1937.
- Appelt/Reiterer, Dorn im Auge = Erna Appelt und Albert F. Reiterer, Ein Dorn im Auge. Adam Wandruszka holt seine Vergangenheit ein. In: Österreichische Zeitschrift für Geschichtswissenschaften (ÖGZ), Jg. 1, Heft 3 (1990), 99–101.
- Ardelt, Zwischen Demokratie und Faschismus = Rudolf G. Ardelt, Zwischen Demokratie und Faschismus. Deutschnationales Gedankengut in Österreich 1919–1930. Wien–Salzburg 1972.
- Arnbom, Villen = Marie-Theres Arnbom, Die Villen von Bad Ischl. Wenn Häuser Geschichten erzählen. 3. Aufl. Wien 2017.
- Aufstieg und Fall des VdU = Aufstieg und Fall des VdU. Briefe und Protokolle aus privaten Nachlässen 1948–1955. Hrsg. von Lothar Höbelt. Wien–Köln–Weimar 2015.
- Bailer-Galanda, Entstehung = Brigitte Bailer-Galanda, Die Entstehung der Rückstellungs- und Entschädigungsgesetzgebung. Die Republik Österreich und das in der NS-Zeit entzogene Vermögen (Veröffentlichungen der Österreichischen Historikerkommission 3). Wien 2003.
- Banuls, Scherer = André Banuls, Das völkische Blatt „Der Scherer“. Ein Beitrag zu Hitlers Schulzeit. In: Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte, Jg. 18, Heft 2 (April 1970), 196–203.
- Bart/Puffer, Gemeindevertretung = Richard Bart und Emil Puffer, Die Gemeindevertretung der Stadt Linz vom Jahre 1848 bis zur Gegenwart. Linz 1968.
- Beck/Kelle, Universitätsgesetze = Leo Ritter Beck von Mannagetta und Carl von Kelle, Die österreichischen Universitätsgesetze. Wien 1906.
- Berchtold, Parteiprogramme = Österreichische Parteiprogramme 1868–1966. Hrsg. und mit einer Einleitung versehen von Klaus Berchtold. Wien 1967.
- Beurle, Carl Beurle = Else Beurle, Dr. Carl Beurle. Ein Lebensbild. Linz 1960.
- Beurle, Deutsche Studentenschaft = Carl Beurle, Beiträge zur Geschichte der deutschen Studentenschaft Wiens. Wien 1892.
- Bihl, Erster Weltkrieg = Wolfdieter Bihl, Der Erste Weltkrieg 1914–1918. Chronik – Daten – Fakten. Wien–Köln–Weimar 2010.
- Böhmer, Bundesministerien = Peter Böhmer, Die Bundesministerien für Vermögenssicherung und Wirtschaftsplanung und für Finanzen. In: Veröffentlichungen der Österreichischen Historikerkommission 5. Hrsg. von Clemens Jabloner u.a. Wien 2003, 13–149.
- Böhmer, Wer konnte, griff zu = Peter Böhmer, Wer konnte, griff zu. „Arisierte“ Güter und NS-Vermögen im Krauland-Ministerium (1945–1949). Wien–Köln–Weimar 1999.
- Bösche, Studentenverbindungen = Andreas Bösche, Zwischen Kaiser Franz Joseph I. und Schönerer. Die Innsbrucker Universität und ihre Studentenverbindungen 1859–1918. Innsbruck 2008.
- Botz, Gewalt in der Politik = Gerhard Botz, Gewalt in der Politik. Attentate, Zusammenstöße, Putschversuche, Unruhen in Österreich 1918 bis 1938. 2. Aufl. München 1983.
- Botz, Österreichische NSDAP als asymmetrische Volkspartei = Gerhard Botz, Die österreichische NSDAP als asymmetrische Volkspartei: Soziale Dynamiken oder bürokratische Selbstkonstruktion? In: Junge Kämpfer, alte Opportunisten. Die Mitglieder der NSDAP 1919–1945. Hrsg. von Jürgen W. Falter. Frankfurt am Main 2016, 417–462.
- Brandlmaier, ESG-Chronik = Gernot Brandlmaier, ESG-Chronik. Linz 1997.

- Brauneder, Staatsmann = Wilhem Brauneder, Dr. Franz Dinghofer als Staatsmann. In: 100 Jahre Verfassung – 10 Jahre Dinghofer-Institut. Symposiumsbeiträge 2010–2019. Hrsg. von Franz-Dinghofer-Institut und Christian Neschwara. Graz 2020, 76–85.
- Brunner, Graz = Meinhard Brunner, Allgemeine politische und soziale Entwicklung von Graz 1850 bis 2003. In: Geschichte der Stadt Graz 1. Hrsg. von Walter Brunner. Graz 2003, 215–310.
- Bubestinger/Zeindl, Stadtgeschichte = Ingrid Bubestinger und Gertraud Zeindl, Zur Stadtgeschichte Innsbrucks. Innsbruck 2008.
- Buddrus, Mitglied der NSDAP = Michael Buddrus, „War es möglich, ohne eigenes Zutun Mitglied der NSDAP zu werden?“ Gutachten des Instituts für Zeitgeschichte München–Berlin für das „Internationale Germanistenlexikon 1800–1950“. In: Geschichte der Germanistik 23/24 (2003), 21–26.
- Bukey, Patenstadt = Evan Burr Bukey, „Patenstadt des Führers“. Eine Politik- und Sozialgeschichte von Linz 1908–1945 (Studien zur Historischen Sozialwissenschaft 21). Frankfurt–New York 1993.
- Carsten, Faschismus = F. L. Carsten, Faschismus in Österreich. Von Schönerer zu Hitler. München 1977.
- Chaloupek, From Stabilization to Depression = Günther Chaloupek, From Stabilization to Depression: Comments in the „Österreichische Volkswirt“ on Economic Policy in Austria Between 1923 and 1929. In: The Beginnings of Scholarly Economic Journalism. Hrsg. von J. G. Backhaus. New York 2011, 73–91.
- Dietrich-Daum, Tuberkulose = Elisabeth Dietrich-Daum, Die „Wiener Krankheit“. Eine Sozialgeschichte der Tuberkulose in Österreich. Wien–München 2007.
- Doblinger/Cerwinka, Studentenwesen in Graz = Max Doblinger und Günter Cerwinka, Gesamtdeutsche Bewegung und Studentenwesen in Graz von 1884 bis 1898 (Schriftenreihe des Steirischen Studentenhistoriker-Vereines, Folge 32). Graz 2014.
- Dohle, Urfahr – 80 Jahre bei Linz = Oskar Dohle, Urfahr – 80 Jahre bei Linz (1919–1999). In: HistJbL 1997 (1999), 291–352.
- Dopsch/Hoffmann, Salzburg = Heinz Dopsch und Robert Hoffmann, Salzburg. Die Geschichte einer Stadt. 2. Aufl. Salzburg–Wien–München 2008.
- Dostal, Braunes Netzwerk = Thomas Dostal, Das „Braune Netzwerk“ in Linz. Die illegalen nationalsozialistischen Aktivitäten zwischen 1933 und 1938. In: Nationalsozialismus in Linz 1. Hrsg. von Fritz Mayrhofer und Walter Schuster. Linz 2001, 21–136.
- Dostal, Großdeutsche Volkspartei = Thomas Dostal, Aspekte deutschnationaler Politik in Österreich. Zu einer Geschichte der Großdeutschen Volkspartei 1920–1934. Ungedr. Geisteswiss. Diplomarbeit Wien 1994.
- Dvorak, Dinghofer = Helge Dvorak, Art. Dinghofer, Franz. In: Biographisches Lexikon der Deutschen Burschenschaft, Bd. I: Politiker, Teilbd. 1: A–E. Hrsg. von Helge Dvorak und Klaus Oldenhege. Heidelberg 1996, 205 f.
- Einst/Jetzt 1 = Fritz Mayrhofer, Walter Schuster und Anneliese Schweiger, Linz Einst/Jetzt 1. Linz 2010.
- Ellmauer/John/Thumser, Arisierungen = Daniela Ellmauer, Michael John und Regina Thumser, „Arisierungen“, beschlagnahmte Vermögen, Rückstellungen und Entschädigungen in Oberösterreich (Veröffentlichungen der Österreichischen Historikerkommission 17/1). München 2004.

- Embacher, Von liberal zu national = Helga Embacher, Von liberal zu national. Das Linzer Vereinswesen 1848–1938. In: *HistJbL* 1991 (1992), 41–110.
- Engelmann, Reichenberg und seine jüdischen Bürger = Isa Engelmann, Reichenberg und seine jüdischen Bürger. Berlin 2012.
- Fallend, Zwangsarbeit = Karl Fallend, Zwangsarbeit – Sklavenarbeit in den Reichswerken Hermann Göring am Standort Linz (NS-Zwangsarbeit: Der Standort Linz der Reichswerke Hermann Göring AG Berlin, 1938–1945. Band 2. Hrsg. von Oliver Rathkolb). Wien-Köln-Weimar 2011.
- Falter, Parteigenossen = Jürgen W. Falter, Hitlers Parteigenossen. Die Mitglieder der NSDAP 1919–1945. Frankfurt am Main 2020.
- Fellner, Nachruf Wandruszka = Fritz Fellner, Nachruf Adam Wandruszka. In: *MIÖG* 106 (1998), 443–450.
- Fellner, Schober und Redlich = Fritz Fellner, Johannes Schober und Josef Redlich. Aus den Tagebüchern und Korrespondenzen I. In: *Zeitgeschichte* 4 (1976/77), 305–319.
- Fellner/Corradini, Österreichische Geschichtswissenschaft = Fritz Fellner und Doris A. Corradini, Österreichische Geschichtswissenschaft im 20. Jahrhundert. Ein biographisch-bibliographisches Lexikon. Wien-Köln-Weimar 2006.
- Fiereder, Hütte Linz = Helmut Fiereder, Die Hütte Linz und ihre Nebenbetriebe von 1938 bis 1945. In: *HistJbL* 1981 (1982), 179–219.
- Fiereder, Reichswerke = Helmut Fiereder, Reichswerke „Hermann Göring“ in Österreich (1938–1945). Wien-Salzburg 1983.
- Forcher, Innsbruck = Michael Forcher, Innsbruck in Geschichte und Gegenwart. Innsbruck 1973.
- Fuchs, Vermögensverkehrsstelle = Gertraud Fuchs, Die Vermögensverkehrsstelle als Arierisierungsbehörde jüdischer Betriebe. Ungedr. Diplomarbeit Wirtschaftsuniversität Wien 1989.
- Gaugusch, Wer einmal war = Georg Gaugusch, Wer einmal war. Das jüdische Großbürgertum Wiens 1800–1938. Band A–K. Wien 2011.
- Goldinger/Binder, Österreich 1918–1938 = Walter Goldinger und Dieter A. Binder, Geschichte der Republik Österreich 1918–1938. Wien 1992.
- Graf, „Los von Rom“ = Alexander Graf, „Los von Rom“ und „heim ins Reich“. Das deutsch-nationale Akademikermilieu an den cisleithanischen Hochschulen der Habsburgermonarchie 1859–1914. Berlin 2015.
- Graf, Rückstellungsgesetzgebung = Georg Graf, Die österreichische Rückstellungsgesetzgebung. Eine juristische Analyse (Veröffentlichungen der Österreichischen Historikerkommission 2). Wien 2003.
- Graf-Stuhlhofer, Opportunisten = Franz Graf-Stuhlhofer, Opportunisten, Sympathisanten und Beamte. Unterstützung des NS-Systems in der Wiener Akademie der Wissenschaften, dargestellt am Wirken Nadlers, Srbiks und Meisters. In: *Wiener klinische Wochenschrift* 110/4–5 (1998), 152–157.
- Gröbl-Steinbach, Genossenschaftlicher Wohnbau = Evelyn Gröbl-Steinbach, Der genossenschaftliche Wohnbau. In: *Wohnen in Linz. Zur Geschichte des Linzer Arbeiterwohnbaues von den Anfängen bis 1945*. Hrsg. von Brigitte Kepplinger. Wien-Köln-Graz 1989, 147–177.
- Grüll, Bürgermeisterbuch = Georg Grüll, Das Linzer Bürgermeisterbuch. 1. Aufl. Linz 1953 und 2. Aufl. Linz 1959.

- Haas, Historische Einführung = Hanns Haas, Historische Einführung. In: Der österreichische Staatsrat. Protokolle des Vollzugausschusses, des Staatsrates und des Geschäftsführenden Staatsratsdirektoriums 21. Oktober 1918 bis 14. März 1919. Hrsg. von Gertrude Enderle-Burcel, Hanns Haas und Peter Mähner. Wien 2008, XXI-LXVII.
- Haas, Vom Liberalismus zum Deutschnationalismus = Hanns Haas, Vom Liberalismus zum Deutschnationalismus. In: Geschichte Salzburgs 2/2. Hrsg. von Heinz Dopsch und Hans Spatzenegger. Salzburg 1988, 833–900.
- Haas/Koller, Jüdisches Gemeinschaftsleben = Hanns Haas und Monika Koller, Jüdisches Gemeinschaftsleben in Salzburg – Von der Neuansiedlung bis zum Ersten Weltkrieg. In: Ein ewiges Dennoch. 125 Jahre Juden in Salzburg. Hrsg. von Marko M. Feingold. Wien-Köln-Weimar 1993, 31–52.
- Hangler, Villen = Jutta Hangler, Die Villen „Neu-Jeruselems“. Die Arisierung von Immobileneigentum am Beispiel des Kurortes Bad Ischl. In: Mitteilungen des Oberösterreichischen Landesarchivs 19 (2000), 259–296.
- Hauch, Frauen = Gabriella Hauch, Frauen, Leben, Linz. Eine Frauen- und Geschlechtergeschichte im 19. und 20. Jahrhundert. Linz 2013.
- Hauer, Wiener Verzehrungssteuer = Friedrich Hauer, Die Wiener Verzehrungssteuer 1829–1913 als Quelle. In: Die Versorgung Wiens 1829–1913. Neue Forschungsergebnisse auf Grundlage der Wiener Verzehrungssteuer (Forschungen und Beiträge zur Wiener Stadtgeschichte 59). Hrsg. von Friedrich Hauer. Innsbruck 2014, 13–49.
- Heer, Glaube = Friedrich Heer, Der Glaube des Adolf Hitler. Anatomie einer politischen Religiosität. München-Eßlingen 1968.
- Heusterberg, Unterlagen = Babette Heusterberg, Personenbezogene Unterlagen aus der Zeit des Nationalsozialismus. Das Bundesarchiv in Berlin und seine Bestände, insbesondere des ehemaligen amerikanischen Berlin Document Centers (BDC). In: HEROLD-Jahrbuch, Neue Folge, Neustadt an der Aisch 2000, 147–186, URL: https://www.bundesarchiv.de/DE/Content/Publikationen/Aufsaezte/aufsatz-heusterberg-persbez-unterlagen-ns-zeit.pdf?__blob=publicationFile,1-21 (11.1.2022).
- Höbelt, Anmerkungen = Lothar Höbelt, Anmerkungen zur politischen Laufbahn Franz Dinghofers. In: 100 Jahre Verfassung – 10 Jahre Dinghofer-Institut. Symposiumsbeiträge 2010–2019. Hrsg. von Franz-Dinghofer-Institut und Christian Neschwara. Graz 2020, 62–75.
- Höbelt, Erste Republik = Lothar Höbelt, Die Erste Republik Österreich (1918–1938). Das Provisorium. Wien-Köln-Weimar 2018.
- Höbelt, Kornblume = Lothar Höbelt, Kornblume und Kaiseradler. Die deutschfreiheitlichen Parteien Altösterreichs 1882–1918. Wien-München 1993.
- Höbelt, Vierte Partei = Lothar Höbelt, Von der Vierten Partei zur Dritten Kraft. Die Geschichte des VdU. Graz 1999.
- Höpoltseder, Kamig = Stefan Höpoltseder, Die geschichtliche und wirtschaftliche Entwicklung des Kaolinabbaus in Österreich am Beispiel des oberösterreichischen Familienbetriebes KAMIG. Ungedr. Wirtschaftswiss. Diplomarbeit Universität Linz 2012.
- Hoffmann, Stadt im bürgerlichen Zeitalter = Robert Hoffmann, Die Stadt im bürgerlichen Zeitalter (1860–1918). In: Geschichte Salzburgs 2/4. Hrsg. von Heinz Dopsch und Hans Spatzenegger. Salzburg 1991, 2281–2375.
- Hubbard, Graz = William H. Hubbard, Auf dem Weg zur Großstadt. Eine Sozialgeschichte der Stadt Graz 1850–1914. Wien 1984.

- Huber/Erker/Taschwer, Deutscher Klub = Andreas Huber, Linda Erker und Klaus Taschwer. Der Deutsche Klub. Austro-Nazis in der Hofburg. Wien 2020.
- „Ich bin dafür, die Sache in die Länge zu ziehen“ = „Ich bin dafür, die Sache in die Länge zu ziehen“. Die Wortprotokolle der österreichischen Bundesregierung von 1945 bis 1952 über die Entschädigung der Juden. Hrsg. von Robert Knight. Wien-Köln-Weimar 2000.
- In Memoriam Carl Franck = In Memoriam Carl Franck. o.O. o.J.
- Jabloner u.a., Schlussbericht = Clemens Jabloner, Brigitte Bailer-Galanda, Eva Blimlinger, Georg Graf, Robert Knight, Lorenz Mikoletzky, Bertrand Perz, Roman Sandgruber, Karl Stuhlpfarrer und Alice Teichova, Schlussbericht der Historikerkommission der Republik Österreich. Vermögensentzug während der NS-Zeit sowie Rückstellungen und Entschädigungen seit 1945 in Österreich. Zusammenfassungen und Einschätzungen (Veröffentlichungen der Österreichischen Historikerkommission 1). Wien-München 2003.
- Jagschitz, Nationalsozialistische Partei = Gerhard Jagschitz, Die Nationalsozialistische Partei. In: Handbuch des politischen Systems Österreichs. Erste Republik 1918-1933. Hrsg. von Emmerich Tálos u.a. Wien 1995, 231-244.
- John, Bevölkerung in der Stadt = Michael John, Bevölkerung in der Stadt. „Einheimische“ und „Fremde“ in Linz (19. und 20. Jahrhundert). Linz 2000.
- John, Jüdische Bevölkerung = Michael John, „Bereits heute schon ganz judenfrei ...“ Die jüdische Bevölkerung von Linz und der Nationalsozialismus. In: Nationalsozialismus in Linz 2. Hrsg. von Fritz Mayrhofer und Walter Schuster. Linz 2001, 1311-1406.
- John, Jüdische Bevölkerung und ihre Ausschaltung = Michael John, Die jüdische Bevölkerung in Linz und ihre Ausschaltung aus öffentlichem Leben und Wirtschaft 1938-1945. In: HistJbL 1991 (1992), 111-168.
- John, Linzer Fliegende Blätter = Michael John, Linzer Fliegende Blätter (Österreich, 1899-1914). In: Handbuch des Antisemitismus 6. Judenfeindschaft und Gegenwart. Hrsg. von Wolfgang Benz. Berlin-Boston 2013, 434-436.
- John, Linzer Fliegende Blätter und andere Zeitschriften = Michael John, Die Linzer Fliegenden Blätter und andere Zeitschriften. Antisemitismus in der lokalen und regionalen Presse Oberösterreichs 1890-1920. In: Judenfeindschaft und Antisemitismus in der deutschen Presse über fünf Jahrhunderte: Erscheinungsformen, Rezeption, Debatte und Gegenwehr. Hrsg. von Michael Nagel und Moshe Zimmermann. Bremen 2013, 331-360.
- John, Vom nationalen Hort = Michael John, Vom nationalen Hort zur postmodernen City. Zur Migrations- und Identitätsgeschichte der Stadt Linz im 20. und 21. Jahrhundert (HistJbL 2014/2015). Linz 2015.
- John, Zwangsarbeit und NS-Industriepolitik = Michael John, Zwangsarbeit und NS-Industriepolitik am Standort Linz. In: NS-Zwangsarbeit: Der Standort Linz der Reichswerke Hermann Göring AG Berlin, 1938-1945. Band 1. Hrsg. von Oliver Rathkolb. Wien-Köln-Weimar 2001, 23-146.
- Kadanik, NS-Verwaltung = Heinz Kadanik, NS-Verwaltung in Österreich 1938-1945. Ungedr. Rechtswiss. Diss. Graz 1994.
- Kamig = Die Kamig im Wandel der Zeit. Hrsg. von Kamig - Österreichische Kaolin- und Montanindustrie Aktiengesellschaft Nfg. Komm. Ges. Schwertberg 2002.
- Kandl, Hitlers Österreichbild = Eleonore Kandl, Hitlers Österreichbild. Ungedr. Phil. Diss. Wien 1963.

- Karl, Aussiedlung = Maria Karl, Die Aussiedlung der Bevölkerung von St. Peter/Zizlau im Zuge der Errichtung der Reichswerke Hermann Göring Linz. Ungedr. Sozial- und Wirtschaftswiss. Diplomarbeit Linz 1998.
- Karl/Kurowski, Mit heißen Wünschen = Maria Karl und Stefan Kurowski, Mit heißen Wünschen, Hermann Göring. Vom Dorf St. Peter in Linz, das Hitlers Plänen für ein Hüttenwerk im Weg stand. Grünbach 1998.
- Kellerhoff, Karteimitglied = Sven Felix Kellerhoff, Die Erfindung des Karteimitglieds. Rhetorik des Herauswindens: Wie heute die NSDAP-Mitgliedschaft kleingeredet wird. In: Wie wurde man Parteigenosse? Die NSDAP und ihre Mitglieder. Hrsg. von Wolfgang Benz. Frankfurt am Main 2009, 167–180 und 213–215.
- Kepplinger, Arbeiterwohnbau = Brigitte Kepplinger, Arbeiterwohnbau in Linz 1850–1945. Ein historischer Überblick. In: Wohnen in Linz. Zur Geschichte des Linzer Arbeiterwohnbaues von den Anfängen bis 1945. Hrsg. von Brigitte Kepplinger. Wien-Köln-Graz 1989, 1–101.
- Kepplinger, Finanzierungsgeschichte des Arbeiterwohnbaus = Hermann Kepplinger, Zur Finanzierungsgeschichte des Arbeiterwohnbaus in Österreich bis 1945 unter besonderer Berücksichtigung des Wohnbaus in Linz. In: Wohnen in Linz. Zur Geschichte des Linzer Arbeiterwohnbaues von den Anfängen bis 1945. Hrsg. von Brigitte Kepplinger. Wien-Köln-Graz 1989, 103–145.
- Kernbauer, Universitäten = Alois Kernbauer, Universitäten, Hochschulen und Wissenschaft. In: Geschichte der Stadt Graz 3. Hrsg. von Walter Brunner. Graz 2003, 327–410.
- Koref, Gezeiten = Ernst Koref, Die Gezeiten meines Lebens. Wien-München 1980.
- Krackowizer/Berger, Biographisches Lexikon = Ferdinand Krackowizer und Franz Berger, Biographisches Lexikon des Landes Österreich ob der Enns. Gelehrte, Schriftsteller und Künstler Oberösterreichs seit 1800. Passau-Linz 1931.
- Kral, Gemäldefenster = Hans Kral, Die Gemäldefenster des Neuen Domes – ihre Darstellungen und Stifter. In: Neues Archiv für die Geschichte der Diözese Linz 4 (1985/86), 212–222.
- Kreczi, Linz = Hanns Kreczi, Linz, Stadt an der Donau. Linz 1951.
- Krenn, Bismarckstraße = Martin Krenn, Straßenbenennungen in Linz im ausgehenden 19. Jahrhundert und beginnenden 20. Jahrhundert am Beispiel der Bismarckstraße. In: Pro Civitate Austriae NF 23 (2018), 21–54.
- Krumpöck, Hamerling = Ilse Krumpöck, Zündstofflieferant Robert Hamerling. Ein Mythos gerät ins Wanken. Munderfing 2019.
- Kunsttopographie 15/3 = Österreichische Kunsttopographie 15/3. Die profanen Bau- und Kunstdenkmäler der Stadt Linz. Außenbereiche, Urfahr, Ebelsberg. Hrsg. vom Bundesdenkmalamt. Horn 1999.
- Kuretsidis-Haider/Garscha, Linzer Volksgericht = Claudia Kuretsidis-Haider und Winfried R. Garscha, Das Linzer Volksgericht. Die Ahndung von NS-Verbrechen in Oberösterreich nach 1945. In: Nationalsozialismus in Linz 2. Hrsg. von Fritz Mayrhofer und Walter Schuster. Linz 2001, 1467–1561.
- Kykal/Stadler, Bernaschek = Inez Kykal und Karl R. Stadler, Richard Bernaschek. Odyssee eines Rebellen. Wien 1976.
- Lackner/Stadler, Fabriken = Helmut Lackner und Gerhard A. Stadler, Fabriken in der Stadt. Eine Industriegeschichte der Stadt Linz. Linz 1990.
- Langoth, Kampf um Österreich = Franz Langoth, Kampf um Österreich. Erinnerungen eines Politikers. Wels 1951.

- Leidinger/Rapp, Hitler = Hannes Leidinger und Christian Rapp, Hitler. Prägende Jahre. Kindheit und Jugend 1889–1914. Salzburg–Wien 2020.
- Leonhard, Geschichte des Obersten Gerichtshofes = Otto Leonhard, Aus der Geschichte des Obersten Gerichtshofes. In: Festschrift zur Hundertjahrfeier des österreichischen Obersten Gerichtshofes 1850–1950. Wien 1950, 163–211.
- Liebscher, Geschwornengerichtsbarkeit = Viktor Liebscher, Die österreichische Geschwornengerichtsbarkeit und die Juliereignisse 1927. In: Die Ereignisse des 15. Juli 1927. Hrsg. von Rudolf Neck und Adam Wandruszka. Wien 1979, 60–99.
- Lönnecker, Burschenschaft der Ostmark = Harald Lönnecker, „... das deutsche Volk in der Zeit tiefer nationaler Erniedrigung aufzurütteln, für ein einiges und freies deutsches Vaterland zu begeistern und gegen innere und äußere Bedrängung anzuführen“ – Die Burschenschaft der Ostmark (BDO) und ihre Vorläufer 1889–1919. In: „... ein großes Ganzes ...“, wenn auch verschieden in seinen Teilen“. Beiträge zur Geschichte der Burschenschaft. Hrsg. von Helma Brunck, Harald Lönnecker und Klaus Oldenhage. Heidelberg 2012, 516–630.
- Lönnecker, Burschenschafterturm = Harald Lönnecker, „Wuchs riesengroß das Wort: Ein Volk! Ein Reich!“ Der Linzer Burschenschafterturm zwischen nationalem Bewusstsein, Heldenkult und Friedensmahnung. In: 200 Jahre burschenschaftliche Geschichte. Von Friedrich Ludwig Jahn zum Linzer Burschenschafterturm. Hrsg. von Günter Cerwinka, Peter Kaupp, Harald Lönnecker und Klaus Oldenhage. Heidelberg 2008, 402–527.
- Loitfellner, „Ariseure“ vor Gericht = Sabine Loitfellner, „Ariseure“ vor Gericht. Volksgerichtsverfahren nach 1945 wegen missbräuchlicher Bereicherung. In: Arisierte Wirtschaft. Raub und Rückgabe – Österreich von 1938 bis heute. Hrsg. von Verena Pawlowsky und Harald Wendelin. Wien 2005, 193–207 u. 219 f.
- Maderthaner, Krise einer Kultur = Wolfgang Maderthaner, Die Krise einer Kultur. In: Österreich 1934. Vorgeschichte – Ereignisse – Wirkungen. Hrsg. von Günther Schebeck. Wien–München 2004, 60–69.
- Masek, Schattendorf = Karin Masek, Schattendorf und der Justizpalastbrand 1927 im Spiegel der Wiener Tagespresse. Ungedr. Geisteswiss. Diplomarbeit Universität Wien 2004.
- Mateja, Oberösterreich im I. Weltkrieg = Robert Mateja, Oberösterreich im I. Weltkrieg. Ungedr. Phil. Diss. Innsbruck 1948.
- Mayrhofer, Dinghofer = Fritz Mayrhofer, Franz Dinghofer – Leben und Wirken (1873–1956). In: HistJbL 1969 (1970), 11–152.
- Mayrhofer, Dinghofer Diss. = Friedrich Mayrhofer, Dr. Franz Dinghofer (1873–1956). Ungedr. Phil. Diss. Wien 1968.
- Mayrhofer, Franz Dinghofer = Fritz Mayrhofer, Franz Dinghofer. Verkünder der Republik. In: Oberösterreich 1. Lebensbilder zur Geschichte Oberösterreichs. Hrsg. von Alois Zauner und Harry Slapnicka. Linz 1981, 185–199.
- Mayrhofer, Kulturführer = Fritz Mayrhofer, Oberösterreichischer Kulturführer Linz. Wien–München 1984.
- Mayrhofer, Linz am Beginn der Moderne = Fritz Mayrhofer, Linz am Beginn der Moderne. In: Gebaut für alle. Curt Kühne und Julius Schulte planen das soziale Linz (1909–38). Hrsg. von Andrea Bina und Georg Wilbertz. Salzburg 2021, 19–27.
- Mayrhofer, Linzer Straßen = Fritz Mayrhofer, Die Linzer Straßen. 2. Aufl. Linz 1994.
- Mayrhofer/Katzinger, Geschichte Linz 2 = Fritz Mayrhofer und Willibald Katzinger, Geschichte der Stadt Linz 2. Linz 1990.

- Meinhart, Parteimitglied = Hugo Meinhart, Parteimitglied und Parteianwärter. Eine quellenmäßige Darstellung unter Berücksichtigung der Rechtsprechung des Obersten Gerichtshofes nach dem Stand vom 1. Mai 1947. Wien [1947].
- Meissel/Gnant, Müh(l)en des Rechts = Franz Stefan Meissel und Christoph Gnant, Die Müh(l)en des Rechts – Am Beispiel eines Verfahrens vor der Rückstellungskommission Wien. In: Raub und Rückgabe. Österreich von 1938 bis heute. Band 1: Die Republik und das NS-Erbe. Hrsg. von Verena Pawlowsky und Harald Wendelin. Wien 2005, 53–66.
- Melichar, Bankwesen = Peter Melichar, Neuordnung im Bankwesen. Die NS-Maßnahmen und die Problematik der Restitution (Veröffentlichungen der Österreichischen Historikerkommission 11). Wien 2004.
- Melichar, Papier- und Holzsektor = Peter Melichar, Arisierungen und Liquidierungen im Papier- und Holzsektor. In: Ulrike Felber, Peter Melichar, Markus Priller, Berthold Unfried und Fritz Weber, Ökonomie der Arisierung. Teil 2: Wirtschaftssektoren, Branchen, Falldarstellungen (Veröffentlichungen der Österreichischen Historikerkommission 10/2). Wien 2004, 279–741.
- Melinz/Hödl, Liegenschaftseigentum = Gerhard Melinz und Gerald Hödl, „Jüdisches“ Liegenschaftseigentum in Wien zwischen Arisierungsstrategien und Rückstellungsverfahren (Veröffentlichungen der Österreichischen Historikerkommission 13). Wien 2004.
- Ministerratsprotokolle V/2 = Protokolle des Ministerrates der Ersten Republik. Abteilung V. 20. Oktober 1926 bis 4. Mai 1929. Band 2. Bearb. von Eszter Dorner-Brader. Wien 1986.
- Mittmannsgruber, Stadtverwaltung 1848–1918 = Wieland Mittmannsgruber, Die Linzer Stadtverwaltung 1848–1918. Organisation, Aufgaben und Bedienstete vom Beginn der Gemeindeautonomie bis zum Ende der Monarchie unter Einschluss der Entwicklung der Gemeindegeldverwaltung. In: *HistJbL* 2001 (2003), 99–289.
- Moos, Habsburg post mortem = Carlo Moos, Habsburg post mortem. Betrachtungen zum Weiterleben der Habsburgermonarchie. Wien-Köln-Weimar 2016.
- Murber, Staatswerdung = Ibolya Murber, Die Staatswerdung Österreichs und Ungarns zwischen 1918 und 1920 im Vergleich. In: Die junge Republik. Österreich 1918/19. Hrsg. von Robert Kriechbaumer, Michaela Maier, Maria Mesner und Helmut Wohnout. Wien 2018, 197–210.
- Neisser, Verfassungsentwicklung = Heinrich Neisser, Die Verfassungsentwicklung in der Republik Deutschösterreich beziehungsweise der Ersten Republik in den Jahren 1918 bis 1920. In: 100 Jahre Verfassung – 10 Jahre Dinghofer-Institut. Symposiumsbeiträge 2010–2019. Hrsg. von Franz-Dinghofer-Institut und Christian Neschwara. Graz 2020, 93–102.
- Neschwara, Entstehung = Christian Neschwara, Die Entstehung des österreichischen Bundesverfassungsgesetzes im Vergleich zur Weimarer Reichsverfassung. In: 100 Jahre Verfassung – 10 Jahre Dinghofer-Institut. Symposiumsbeiträge 2010–2019. Hrsg. von Franz-Dinghofer-Institut und Christian Neschwara. Graz 2020, 113–125.
- Neschwara, Gedenken = Christian Neschwara, Gedenken an deutsche Patrioten. Rede zum WKR-Kommers 2019. In: *Junges Leben* 1 (2020), 11 f.
- Neschwara, Rechtfertigung = Christian Neschwara, Zur Rechtfertigung von Franz Dinghofer als „Mentor“ einer freiheitlichen „Denkwerkstatt“ – Dokumentation einer Kontroverse. In: 100 Jahre Verfassung – 10 Jahre Dinghofer-Institut. Symposiumsbeiträge 2010–2019. Hrsg. von Franz-Dinghofer-Institut und Christian Neschwara. Graz 2020, 15–46.

- Österreichischer Zentralkataster 1908 = Österreichischer Zentralkataster sämtlicher Handels-, Industrie- und Gewerbebetriebe Band 3: Die Betriebe von Oberösterreich. Handelskammerbezirk Linz. Wien 1908.
- Ofner, Dinghofer = Harald Ofner, Dr. Franz Dinghofer als Justizminister und OGH-Präsident. In: 100 Jahre Verfassung - 10 Jahre Dinghofer-Institut. Symposiumsbeiträge 2010-2019. Hrsg. von Franz-Dinghofer-Institut und Christian Neschwara. Graz 2020, 86-92.
- Pauley, Antisemitismus = Bruce Pauley, Eine Geschichte des österreichischen Antisemitismus. Von der Ausgrenzung zur Auslöschung. Wien 1993.
- Perz, Konzentrationslager in Linz = Bertrand Perz, Nationalsozialistische Konzentrationslager in Linz. In: Nationalsozialismus in Linz 2. Hrsg. von Fritz Mayrhofer und Walter Schuster. Linz 2001, 1041-1094.
- Pfister/Huber, Familie Franck = A. von Pfister und F. C. Huber, Geschichte der Familie Franck und der Firma Heinr. Franck Söhne. Ludwigsburg 1911.
- Pfundner, Austro Daimler und Steyr = Martin Pfundner, Austro Daimler und Steyr. Rivalen bis zur Fusion. Die frühen Jahre des Ferdinand Porsche. Wien-Köln-Weimar 2007.
- Piringer, Freiheitliche = Kurt Piringer, Die Geschichte der Freiheitlichen. Wien 1982.
- Posch, Kühne = Wilfried Posch, Curt Kühne. Sein Wirken als Architekt und Stadtbaudirektor der Stadt Linz. In: Gebaut für alle. Curt Kühne und Julius Schulte planen das soziale Linz (1909-38). Hrsg. von Andrea Bina und Georg Wilbertz. Salzburg 2021, 51-63.
- Preradovich, SS-Führer = Nikolaus von Preradovich, Österreichs höhere SS-Führer. Berg/Starnbergersee 1987.
- Protokolle Staatsrat = Der österreichische Staatsrat. Protokolle des Vollzugsausschusses, des Staatsrates und des Geschäftsführenden Staatsratsdirektoriums 21. Oktober 1918 bis 14. März 1919. Hrsg. von Gertrude Enderle-Burcel, Hanns Haas und Peter Mähner. Wien 2008.
- Puffer, Gemeindevertretung Urfahr = Emil Puffer, Die Gemeindevertretung von Urfahr 1848-1919. Linz 1980.
- Puffer, Magistratsdirektoren = Emil Puffer, Die Linzer Magistratsdirektoren. In: Kunstjahrbuch der Stadt Linz 1989, 129-140.
- Rafetseder, Kommunalwirtschaft = Hermann Rafetseder, Variationen Linzer Kommunalwirtschaft im 20. Jahrhundert. In: Linz im 20. Jahrhundert 1. Hrsg. von Fritz Mayrhofer und Walter Schuster. Linz 2010, 369-518.
- Rainer, Spuren = Johannes Michael Rainer, Auf den Spuren der Persönlichkeit des Dr. Franz Dinghofer. In: 100 Jahre Verfassung - 10 Jahre Dinghofer-Institut. Symposiumsbeiträge 2010-2019. Hrsg. von Franz-Dinghofer-Institut und Christian Neschwara. Graz 2020, 56-61.
- Rappersberger, Dinghofer = Othmar Rappersberger, „Auch sie waren einmal in unserer Schule“: Dr. Franz Dinghofer (1873-1956). In: 118. Jahresbericht Bundesgymnasium Freistadt (1988), 16-20.
- Rathkolb, Manager = Oliver Rathkolb, Am Beispiel Paul Pleigers und seiner Manager in Linz - Eliten zwischen Wirtschaftsräumen, NS-Eroberungs- und Rüstungspolitik, Zwangsarbeit und Nachkriegsjustiz. In: NS-Zwangsarbeit: Der Standort Linz der Reichswerke Hermann Göring AG Berlin, 1938-1945. Band 1. Hrsg. von Oliver Rathkolb. Wien-Köln-Weimar 2001, 287-320.
- Rathkolb, Paradoxe Republik = Oliver Rathkolb, Die paradoxe Republik. Österreich 1945 bis 2005. Wien 2005.

- Rebhan, Politische Parteien = Hanno Rebhan, Die politischen Parteien als Träger des Staatswerdungsprozesses. Monarchie oder Republik? Die Entscheidung zur Staatsformfrage innerhalb der Parteien. In: Die junge Republik. Österreich 1918/19. Hrsg. von Robert Kriechbaumer, Michaela Maier, Maria Mesner und Helmut Wohnout. Wien 2018, 23–46.
- Rechenschaftsbericht Gemeinderat 1901–1917 = Rechenschaftsbericht des Gemeinderates der Landeshauptstadt Linz über seine Tätigkeit im Jahre 1901–1917. Linz 1902–1919.
- Reder, Koref = Wolfgang Reder, Ernst Koref 1891–1988. Eine politische Biographie des Linzer Bürgermeisters. Ungedr. Sozial- und wirtschaftswiss. Diss. Linz 2017.
- Reiter, Die Ehemaligen = Margit Reiter, Die Ehemaligen. Der Nationalsozialismus und die Anfänge der FPÖ. 2. Aufl. Göttingen 2019.
- Reiter-Zatloukal, Rechtsstaat = Ilse Reiter-Zatloukal, Der Abschied vom Rechtsstaat. Österreich 1933–1938. In: (K)ein Austrofaschismus? Studien zum Herrschaftssystem 1933–1938. Hrsg. von Carlo Moos. Wien 2021, 221–245.
- Rigele, Wiedergutmachung = Brigitte Rigele, „Wiedergutmachung“. Bestände zu den Rückstellungsverfahren im Wiener Stadt- und Landesarchiv. In: Jahrbuch des Vereins für Geschichte der Stadt Wien 56 (2000), 127–143.
- Rohleder, Tages- und Wochenzeitungen = Edith Sibylle Rohleder, Die oberösterreichischen Tages- und Wochenzeitungen in ihrer Entwicklung vom Ende der Monarchie bis 1965. Ungedr. Phil. Diss. Wien 1966.
- Rosar, Deutsche Gemeinschaft = Wolfgang Rosar, Deutsche Gemeinschaft. Seyss-Inquart und der Anschluß. Wien 1971.
- Ruckensteiner, Familiengeschichte = Fritz Ruckensteiner, Zur Familiengeschichte des alten Linzer Geschlechtes der Ruckensteiner mit Lebenserinnerungen des Dr. Fritz Ruckensteiner d.Ä., Rechtsanwalt in Linz. Linz 1938.
- Sandgruber, Franck in Linz = Roman Sandgruber, Franck in Linz. Geschichte eines Familienunternehmens. Linz 2014.
- Sandgruber, Hitlers Vater = Roman Sandgruber, Hitlers Vater. Wie der Sohn zum Diktator wurde. Wien–Graz 2021.
- Schultes, Linz = Lothar Schultes, Linz – Gesichter einer Stadt. Weitra 2011.
- Schuster, Aecht Franck = Walter Schuster, Aecht Franck. Biographie einer Firma. Linz 2019.
- Schuster, Deutschnational = Walter Schuster, Deutschnational, nationalsozialistisch, entnazifiziert. Franz Langoth – eine NS-Laufbahn. Linz 1999.
- Schuster, Eliten = Walter Schuster, Eliten in Politik und Verwaltung: Die Stadt Linz 1918 – 1934 – 1938 – 1945. In: Biographien und Zäsuren. Österreich und seine Länder 1918 – 1933 – 1938. Hrsg. von Wolfgang Weber und Walter Schuster. Linz 2011, 55–90.
- Schuster, Entnazifizierung in Österreich = Walter Schuster, Zur Entnazifizierung in Österreich: der Vergleich mit (West-)Deutschland und das Beispiel Linzer Stadtverwaltung. In: Geschichte im Westen 18/2 (2003), 155–179.
- Schuster, Entnazifizierung Magistrat = Walter Schuster, Die Entnazifizierung des Magistrates Linz. In: Entnazifizierung und Wiederaufbau in Linz. Hrsg. von Fritz Mayrhofer und Walter Schuster. Linz 1996, 87–205.
- Schuster, Erster Weltkrieg = Walter Schuster, Erster Weltkrieg. In: Linz zwischen Revolution und Weltkrieg 1848–1918 (Linz-Bilder 1). Hrsg. von Fritz Mayrhofer und Walter Schuster. Linz 2005, 161–181.

- Schuster, Hitler und Linz = Walter Schuster, Hitler und Linz. In: Bilder des Nationalsozialismus in Linz Hrsg. von Fritz Mayrhofer und Walter Schuster. Linz 1997, 10-27 und 179 f.
- Schuster, NS-Kommunalpolitik = Walter Schuster, Aspekte nationalsozialistischer Kommunalpolitik. In: Nationalsozialismus in Linz 1. Hrsg. von Fritz Mayrhofer und Walter Schuster. Linz 2001, 197-325.
- Schuster, Politische Restauration = Walter Schuster, Politische Restauration und Entnazifizierungspolitik in Oberösterreich. In: Entnazifizierung im regionalen Vergleich. Hrsg. von Walter Schuster und Wolfgang Weber. Linz 2004, 157-215.
- Schuster, Politischer Extremismus = Walter Schuster, Politischer Extremismus, Bürgerkrieg und „Ständestaat“ 1930-1938. In: Nationalsozialismus - Auseinandersetzung in Linz. 60 Jahre Zweite Republik. Hrsg. von Walter Schuster, Anneliese Schweiger und Maximilian Schimböck unter Mitarbeit von Markus Altrichter, Cornelia Daurer und Renate Matt. Linz 2005, 14-23 und 207.
- Schuster, „Ständestaat“ = Walter Schuster, „Ständestaat“ 1934-1938. In: Linz zwischen Demokratie und Diktatur 1918-1945 (Linz-Bilder 2). Hrsg. von Fritz Mayrhofer und Walter Schuster. Linz 2008, 52-75 und 216-218.
- Schuster, Umbruch = Walter Schuster, Umbruch 1918-1921. In: Linz zwischen Demokratie und Diktatur 1918-1945 (Linz-Bilder 2). Hrsg. von Fritz Mayrhofer und Walter Schuster. Linz 2008, 14-31 und 214-216.
- Seidel, Wirtschaft = Hans Seidel, Österreichs Wirtschaft und Wirtschaftspolitik nach dem Zweiten Weltkrieg. Wien 2005.
- Slapnicka, Antisemitismus-Problem = Harry Slapnicka, Zum Antisemitismus-Problem in Oberösterreich. In: Zeitgeschichte 1 (1973/74), 264-267.
- Slapnicka, Dinghofer = Harry Slapnicka, Festvortrag anlässlich der Gedenkfeier für Franz Dinghofer am 11. März 1987 in Linz. Schmerling-Institut Wien 1987 und Aktualisierte Auflage Franz Dinghofer Institut Wien 2010.
- Slapnicka, Oberdonau = Harry Slapnicka, Oberösterreich - als es „Oberdonau“ hieß (1938-1945). Linz 1978.
- Slapnicka, Oberösterreich unter Kaiser Franz Joseph = Harry Slapnicka, Oberösterreich - unter Kaiser Franz Joseph (1861 bis 1918). Linz 1982.
- Slapnicka, Politische Führungsschicht 1918-1938 = Harry Slapnicka, Oberösterreich - Die Politische Führungsschicht 1918 bis 1938. Linz 1976.
- Slapnicka, Politische Führungsschicht ab 1945 = Harry Slapnicka, Oberösterreich - Die Politische Führungsschicht ab 1945. Linz 1989.
- Sottopietra/Wirth, Ehemalige NationalsozialistInnen = Doris Sottopietra und Maria Wirth, Ehemalige NationalsozialistInnen in der SPÖ: eine quantitative und qualitative Untersuchung. In: Entnazifizierung zwischen politischem Anspruch, Parteienkonkurrenz und Kaltem Krieg. Das Beispiel der SPÖ. Hrsg. von Maria Mesner. München 2005, 266-334.
- Städte Deutschösterreichs 1 = Die Städte Deutschösterreichs 1: Linz. Hrsg. von Erwin Stein. Linz 1927.
- Sternhart, Straßenbahn = Hans Sternhart, Straßenbahn in Linz. Wien 1980.
- Stiefel, Entnazifizierung in Österreich = Dieter Stiefel, Entnazifizierung in Österreich. Wien 1981.

- Stöger, Sozialer Wohnbau = Harald Stöger, Sozialer Wohnbau in Linz. Problemstellungen von Wohnungswirtschaft und Wohnungsversorgung in der Nachkriegszeit (1945–1970). Ungedr. Geisteswiss. Diss. Salzburg 2002.
- Strahalm, Graz = Werner Strahalm, Graz. Eine Stadtgeschichte. Graz 1989.
- Tweraser, Carl Beurle = Kurt Tweraser, Dr. Carl Beurle – Schönerers Apostel in Linz. In: HistJbL 1989 (1990), 67–83.
- Tweraser, Gemeinderat 1880–1914 = Kurt Tweraser, Der Linzer Gemeinderat 1880–1914. Glanz und Elend bürgerlicher Herrschaft. In: HistJbL 1979 (1980), 293–341.
- Tweraser, Parteiensystem = Kurt Tweraser, Das politische Parteiensystem im Linzer Gemeinderat. In: Linz im 20. Jahrhundert 1. Hrsg. von Fritz Mayrhofer und Walter Schuster. Linz 2010, 93–210.
- Tweraser, US-Militärregierung 1 = Kurt Tweraser, US-Militärregierung Oberösterreich. Band 1: Sicherheitspolitische Aspekte der amerikanischen Besatzung in Oberösterreich-Süd 1945–1950. Linz 1995.
- Tweraser, US-Militärregierung 2 = Kurt Tweraser, US-Militärregierung Oberösterreich 1945–1950. Band 2: Amerikanische Industriepolitik in Oberösterreich am Beispiel VÖEST und Steyr-Daimler-Puch. Linz 2009.
- Unfried, Liquidierung und Arisierung = Berthold Unfried, Liquidierung und „Arisierung“ von Betrieben als Elemente von Strukturpolitik und NS-„Wiedergutmachung“. In: Ulrike Felber, Peter Melichar, Markus Priller, Berthold Unfried und Fritz Weber, Ökonomie der Arisierung. Teil 1: Grundzüge, Akteure und Institutionen (Veröffentlichungen der Österreichischen Historikerkommission 10/1). Wien 2004, 166–226.
- Unfried, Restitution von Unternehmen = Berthold Unfried, Grundzüge der Restitution von Unternehmen. In: Ulrike Felber, Peter Melichar, Markus Priller, Berthold Unfried und Fritz Weber, Ökonomie der Arisierung. Teil 1: Grundzüge, Akteure und Institutionen (Veröffentlichungen der Österreichischen Historikerkommission 10/1). Wien 2004, 227–315.
- Vasold, Spanische Grippe = Manfred Vasold, Die Seuche und der Erste Weltkrieg. Darmstadt 2009.
- Vocelka, Geschichte Österreichs = Karl Vocelka, Geschichte Österreichs. Kultur – Gesellschaft – Politik. Graz–Wien–Köln 2000.
- Volkov, Kultureller Code = Shulamit Volkov. Antisemitismus als kultureller Code. München 2000.
- Volsansky, Pakt auf Zeit = Gabriele Volsansky, Pakt auf Zeit. Das deutsch-österreichische Juli-Abkommen 1936. Wien–Köln–Weimar 1936.
- Wagner, Jüdisches Leben = Verena Wagner, Jüdisches Leben in Linz 1849–1943. 2 Bände. Linz 2008.
- Wandruszka, Nationales Lager = Adam Wandruszka, Das „nationale Lager“. In: Österreich 1918–1938. Hrsg. von Erika Weinzierl und Kurt Skalnik. Graz–Wien–Köln 1983, 277–315.
- Wandruszka, Politische Struktur = Adam Wandruszka, Österreichs politische Struktur. Die Entwicklung der Parteien und politischen Bewegungen. In: Geschichte der Republik Österreich. Hrsg. von Heinrich Benedikt. Wien 1954, 288–485.
- Weber, Ausmaß und Folgen = Fritz Weber, Ausmaß und Folgen der Arisierung und Liquidierung jüdischer Unternehmen. In: Ulrike Felber, Peter Melichar, Markus Priller, Berthold

- Unfried und Fritz Weber, *Ökonomie der Arisierung*. Teil 1: Grundzüge, Akteure und Institutionen (Veröffentlichungen der Österreichischen Historikerkommission 10/1). Wien 2004, 316–352.
- Weber, Grundzüge = Fritz Weber, *Die Arisierung in Österreich: Grundzüge, Akteure und Institutionen*. In: Ulrike Felber, Peter Melichar, Markus Priller, Berthold Unfried und Fritz Weber, *Ökonomie der Arisierung*. Teil 1: Grundzüge, Akteure und Institutionen (Veröffentlichungen der Österreichischen Historikerkommission 10/1). Wien 2004, 40–165.
- Wedrac, Richter des Obersten Gerichtshofes = Stefan Wedrac, *Die Richter des Obersten Gerichtshofes vom Anschluss 1938 bis zur Eingliederung in das Reichsgericht 1939*. In: *Österreichische Richterzeitung*, Jg. 92, 6 (2014), 152–158.
- Wenninger, Austrofaschismus = Florian Wenninger, *Austrofaschismus*. In: *Österreichische Zeitgeschichte – Zeitgeschichte in Österreich*. Eine Standortbestimmung in Zeiten des Umbruchs. Hrsg. von Marcus Gräser und Dirk Rupnow. Wien 2021, 67–107.
- Wenninger, Christlichsozialer Antisemitismus = Florian Wenninger, „... für das ganze christliche Volk eine Frage auf Leben und Tod“. Anmerkungen zu Wesen und Bedeutung des christlichsozialen Antisemitismus bis 1934. In: *Antisemitismus in Österreich 1933–1938*. Hrsg. von Gertrude Enderle-Burcel und Ilse Reiter-Zatloukal. Wien 2018, 195–235.
- Witte, Bedrohungsszenario = Wilfried Witte, *Bedrohungsszenario*. Historische Darstellungen der Spanischen Grippe im 20. Jahrhundert. In: *Infiziertes Europa (Historische Zeitschrift Beiheft 64)*. Hrsg. von Malte Thießen. München 2014, 186–205.
- Wladika, Hitlers Vätergeneration = Michael Wladika, *Hitlers Vätergeneration*. Die Ursprünge des Nationalsozialismus in der k. u. k. Monarchie. Wien-Köln-Weimar 2005.
- Wladika, (Rassen-)Antisemitismus = Michael Wladika, „Wir sind freiheitlich gesinnt und Judegegner“. Der (Rassen-)Antisemitismus der Großdeutschen Volkspartei. In: *Antisemitismus in Österreich 1933–1938*. Hrsg. von Gertrude Enderle-Burcel und Ilse Reiter-Zatloukal. Wien 2018, 291–329.
- Wladika, Repräsentanz = Michael Wladika, *Zur Repräsentanz von Politikern und Mandatären mit NS-Vergangenheit in der Österreichischen Volkspartei 1945–1980*. Eine gruppenbiographische Untersuchung (Forschungsprojekt im Auftrag des Karl von Vogelsang-Instituts). Wien 2018, URL: <http://www.vogelsanginstitut.at/at/wp-content/uploads/2019/05/forschungsbericht.pdf> (13.2.2022).
- Wohngeschichten = *Wohn(ge)schichten 1938–2013*. 75 Jahre WAG. Hrsg. von der Wohnungsanlagen Ges.m.b.H. Linz 2013.
- Ziegler, Urfahr = Anton Ziegler, *Rückblick auf die Geschichte der Stadt Urfahr a.D. in Oberösterreich*. Linz 1920.
- Ziegler, Volksschulwesen = Anton Ziegler, *Kurze Geschichte des Volksschulwesens des Stadt-schulbezirkes Linz*. Linz 1921.
- Zöhrer/Pesendorfer, *Donauperle 1908* = Ferdinand Zöhrer und Friedrich Pesendorfer, *Donauperle*. Illustrierter Führer durch Linz und Umgebung. 2.–6. Aufl. Linz 1908.

